

Über Aussperrung, Streik und § 116 S. 10/11

Arbeiterkampf

Jg. 15, Nr. 265, 16. 12. 85 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E



Es ist ein gutes Gefühl, wenn aus Leistung Erfolg wird. Deutsche Bank

Flick macht Kasse

Deutsche Bank Superstar

Wenn rungsumher die Korken knallen, wird in einer „logischen Sekunde" zwischen Silvester-Mitternacht und Neujahr der größte Industrie-Verkauf in der Geschichte dieser Republik und aller ihrer Vorläuferinnen juristisch perfekt gemacht. Friedrich Karl Flick schiebt sein Imperium mitsamt 43.000 Arbeitern und Angestellten über den Tisch der Deutschen Bank und kassiert dafür innerhalb eines halben Jahres rund 5 Milliarden in bar. „Um das Flick-Vermögen anzuhäufen, müßte ein Bundesbürger etwa 100 Jahre lang jede Woche sechs Richtige im Lotto haben." (Spiegel, Nr. 50/1985).

Der reichste Mann der Republik, von Beruf Erbe, verscherbelt die Buderus-Gruppe (Stahl und Handel), die Gruppe Dynamit Nobel (Chemie und Sprengstoffe), die Gruppe Feldmühle (Papier und Bauelemente), 15% an der Panzerschmiede Krauss-Mafei, 10% an Daimler-Benz und 28.% am US-Gemischtwaren-Konzern W.R. Grace & Co.

FKF behält 86% an der Versicherungs-Holding der Deutschen Industrie, die der größte bundesdeutsche Industrie-Versicherer ist, und als „Perle" unter den Versicheurngs-Aktien angesehen wird. Über diese Versicherungs-Holding wird Flick auch weiterhin die (51%ige) Mehrheit am Gerling-Konzern, ebenfalls Versicherungen, halten.

Flick behält seine für 20 Millionen Mark bei einer holländischen Spezialwerft gebaute Yacht „Diana II", die 30-Zimmer-Villa „Neue Hohbeck" in Düsseldorf-Meerbusch, eine geräumige Immobilie in Seeshaupt am Starnberger See, den Hof Sauersberg bei Bad Tölz, das idyllische Haus Grüneck in Wildbad Kreuth, ein Jaghaus in Rottenmann in der Steiermark, ein Schloß bei Paris, eine Villa an der Côte d'Azur und ein Penthouse in New York, sein Flugzeug, seine Autos.

Bei dieser Aufzählung fehlt noch ein bescheidenes Anwesen in der Münchener Pienzenauerstraße: *„Das Haus erinnert an ein Refugium aus einem James-Bond-Film. Die 600 Quadratmeter Wohnfläche sind mit drei Dächern und Panzerglasfenster geschützt, die notfalls einem Trommelfeuer aus NATO-Gewehren standhalten können.*

Südafrika: Die Belagerten warten ...

... und hoffen auf die Erschöpfung des Widerstandes. Seit nunmehr einem Jahr halten die Kämpfe in Südafrika an. Tägliche Demonstrationen, Erschießungen, manchmal bewaffnete Aktionen des ANC, bestimmen mehr und mehr die Lage im ganzen Land. Einsatz der Armee und Polizei zur Eingrenzung der Revolte, und sog. Reformangebote bestimmen die Politik der Botha-Regierung. Dagegen entwickelt ein Teil des Widerstandes eine langfristige Strategie zur Erringung der Macht.

Die Proteste von Zehntausenden gegen die Erhängung des ANC-Mitgliedes B. Moloise Ende Oktober beantwortete die Regierung mit einer Ausweitung der Notstandsgesetzgebung. Polizisten und Armeesoldaten können seit Anfang November nicht mehr für ihr Tun gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden. Bis dato galt eine solche Regelung für die Regionen, in denen die Regierung den Belagerungszustand ausgerufen hatte, nunmehr haben Armee und Polizei freie Hand im ganzen Land.

Gemäß einer weiteren Verordnung im Rahmen der Notstandsgesetze ist es Journalisten ab November verboten worden, ohne Spezialerlaubnis über Auseinandersetzungen zwischen dem Regime und der unterdrückten Bevölkerung zu berichten. Betroffen von dieser Regelung sind die rund 150 Auslandskorrespondenten, die sich gegenwärtig in Südafrika aufhalten. Botha begründete diese Maßnahme mit einer Drahtziehertheorie neuer Art: Die Anwesenheit von Kamerateams und Reportern provoziere die Menschen zu Ausschreitungen gegen die Ordnungskräfte. „Die Regierung wirft namentlich ausländischen Fernsehcrews vor, in den Ghettos junge Schwarze mit Geld zu animieren, vor den Kameras nach Regieanweisung Gewaltakte zu begehen." (NZZ, 5.11.) Wenn Unruhe und Gewalt ausbrechen, so haben sich die Journalisten umgehend zu entfernen oder beim diensthabenden örtlichen Polizeikommandanten zu melden. Weiterhin dürfen sich in den Gebieten, in denen der Belagerungszustand ausgerufen ist, nur Journalisten aufhalten, die bei der Polizeibehörde akkreditiert sind.

Dieser Erweiterung der Notstandsgesetzgebung ist zum einen zuzuschreiben, daß nur noch sehr selektiv über die Situation in der Rassistenrepublik berichtet wird. Zusammen mit der Einstellung der Presse, daß die Kämpfe der Völker nur selten große Schlagzeilen wert sind, führt dies dazu, daß die Berichterstattung über die unterdrückten Menschen in Südafrika zur Zeit in den Hintergrund tritt.

Plutoniumschieberei in Hanau

Internes Bundestagsprotokoll enthüllt

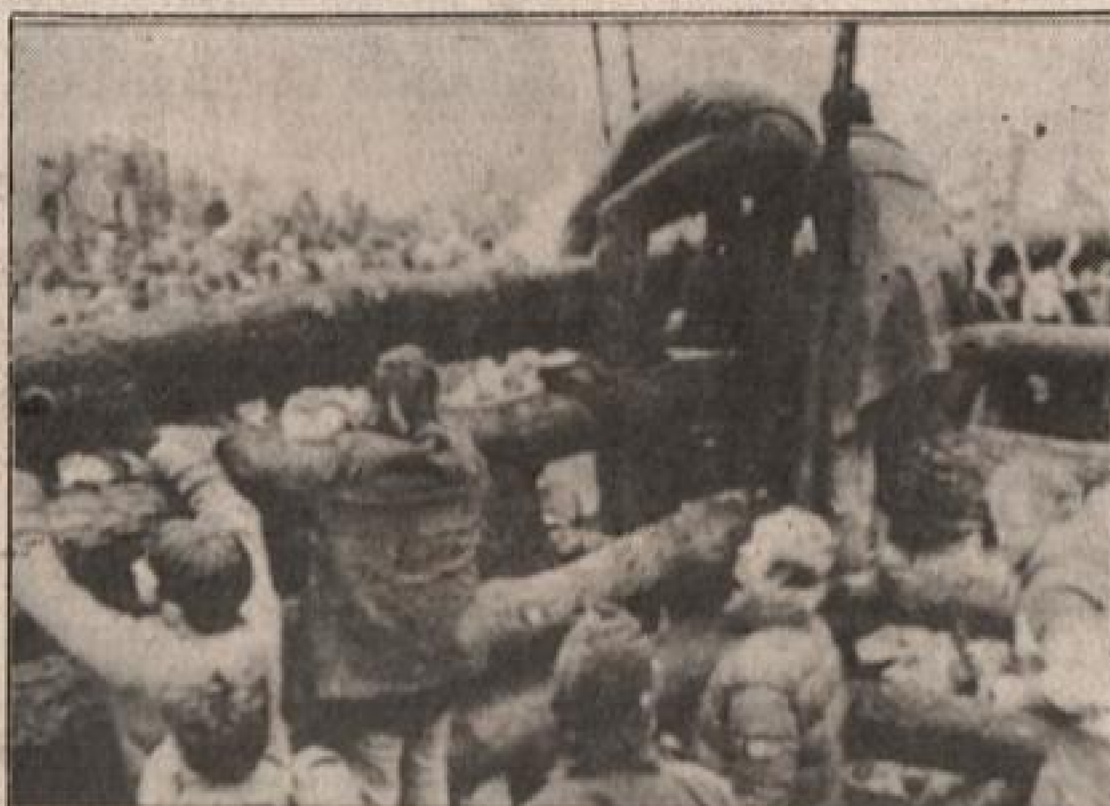
Und wieder einmal merkt es niemand. Nicht an irgendeinem Tag hat kürzlich in Hessen ein Sponti den Ministerschwur auf Gesetz und Verfassung geleistet, sondern an einem Jahrestag. Am 12.12.1975 nämlich, genau 10 Jahre **vor** Joschkas Schwur, haben ALKEM und RBU ihren Antrag auf Betriebsgenehmigung nach § 7 Atomgesetz eingereicht. Diese Genehmigung gibt es bis heute nicht. Beide Anlagen laufen seit 10 Jahren faktisch illegal und lediglich abgesichert durch eine Art „Übergangsduldung" des Atomfilzes in Wiesbaden und Bonn. (1)

Jahrelang konnten mithilfe derartiger Machenschaften die Hanauer Atomfabriken perfekt vor jeder Öffentlichkeit abgeschottet werden, nicht obwohl, sondern gerade weil sie mit den Stoffen hantieren, aus denen die deutsche Atombombe entsteht. Das uns vorliegende stenographische Protokoll einer nicht-öffentlichen Sitzung des Bundestag-Innenausschusses vom 22.5.1985 über die Hanauer Reaktor-Brennelemente Union (RBU) wirft ein Schlaglicht auf Zustände, die eine geradezu ideale Kulisse dafür bieten, mal hier, mal da Plutoniumabzweigungen vorzunehmen und dies hinter diversen Produktionsstufen zu verstecken. Er habe *„selten eine Diskussion in diesem Ausschuß mit größerem und wachsenden Unbehagen zugehört wie dieser"*, entrüstete sich selbst der hartgesottene altliberale Burkhard Hirsch und Teilnehmer der Ausschuß-Sitzung vom 22.5.85. (2)

Anders freilich die neuen Liberalen aus der Wiesbadener Landtagsgruppe,

Grüner Parteitag:

Koalodurchmarsch ausgeblieben



Wackersdorf: Bauplatzbesetzung nach der Demonstration von 40.000

Wenig Substanz, aber Spektakuläres hatte der grüne Parteitag vom 13. — 15. Dezember zu bieten. Er begann am Freitag mit der Wackersdorf-Debatte. Soll der Parteitag ins 400 Kilometer entfernte Wackersdorf zur Demonstration fahren, ja oder nein? Was von einigen zunächst als Schachzug der Fundis gewertet wurde, um einer drohenden Abwahlniederlage der Vorständlerin Jutta Ditfurth zu entgehen (die als Niederlage des gesamten Nicht-Realo-Flügels der Grünen gewertet worden wäre), das traf auf überraschende Gegenliebe bei prominenten Realos wie z.B. Fischer. Man kann sogar Einigkeit unterstellen, die einen wollten den Parteitag nicht wegen der drohenden Niederlage, die anderen sahen mit der Nicht-Kandidatur ihrer Spitzenfrau Waltraud Schoppe ihre Siegesträume platzen. Also einigten sich im Bundesvorstand die Fundis Tost, Schmeißner, Ditfurth und der Realo Köstede sowie die Halb-Reala Brigitte Berthold auf einen gemeinsamen Initiativantrag:

Aus dem Inhalt

Fortsetzung von Seite 1

Grüner Parteitag:

Der Parteitag tagt nur am Freitag, am Samstag fährt man nach Wackersdorf und am Sonntag fällt er aus. Der nächste sollte dann innerhalb von drei Monaten stattfinden. Gegner einer Fahrt nach Wackersdorf war daher nicht ein spezieller Flügel, sondern fanden sich in allen Strömungen wieder sowie bei der großen Zahl Parteibürokraten denen nichts wichtiger ist, als die Bewältigung der Tagesordnung. Doch dann kam alles ganz anders.

In mehreren Meinungsbildern gab es für nichts eine Mehrheit. Mit 40 gegen 60 Prozent unterlagen die fünf Bundesvorständler. Doch auch ein Antrag, den Parteitag fortzusetzen, weil es nicht auf grünen „Polittourismus" ankomme, sondern auf die Entwicklung dauerhaften Widerstands, wurde knapp abgelehnt. Noch deutlicher mit 30 gegen 70 unterlagen Westberliner Delegierte, die die Weiterführung des Parteitages und die Unterbrechung für eine Demonstration am Samstag in Offenburg beantragten. Erst als bayerische Grüne aus Nürnberg den Antrag zur Abstimmung stellten, den Parteitag für die Fahrt zur Demonstration am Samstag zu unterbrechen und am Sonntag fortzuführen, registrierte das Parteitagspräsidium eine zweifelhafte Mehrheit. Doch so geschah es. Eine Entscheidung, die den Grünen reichlich Medien-Resonanz bescherte und eine zeitlang den Eindruck vermittelte, in Wackersdorf würde nur der grüne Parteitag demonstrieren wollen.

Stimmung also bei den Grünen. Stimmungsvoll kamen auch die zwei Drittel Delegierten, die nach Wackersdorf gefahren waren, zurück. Am Sonntag dann die zuvor von niemandem mehr geliebte Personaldebatte um den Rechenschaftbericht des Bundesvorstands (siehe dazu in diesem AK Seite (13). Ein wenig Zündstoff war dieser Debatte bereits genommen. Die verschiedenen Anträge von Realos, die eine klare Aussage für ein Bündnis mit der SPD forderten, waren erwartungsgemäß mit 90 Prozent Zustimmung auf Nichtbefassung vertagt worden. Die Antragsteller selber hatten schon gar nicht mehr dafür gesprochen. Jutta Ditfurth, noch ganz unter dem Eindruck von Wackersdorf, verteidigte offensiv ihre Kritik an den Ereignissen in Frankfurt, in deren Folge Günter Sare „ermordet" wurde, wie sie eine Dokumentation betitelt hatte, bekannte sich als Staatesgegnerin und gegen das staatliche Gewaltmonopol und plädierte für verstärkte grüne Kampagnenpolitik. Lukas Beckmann appellierte, den hessischen Weg — ein „Markstein grüner Politik" — trotz vieler berechtigter Kritik zu akzeptieren und wünschte den Hessen „viel Glück". Beckmann kritisierte zwar die Abwahlanträge gegen den Bundesvorstand, stellte aber selbstkritisch dessen mangelnde Parteiintegration fest und forderte mehr Einigkeit in der Partei im Hinblick auf die anstehenden Wahlen. Rainer Trampert beklagte die „Verparlamentarisierung" der Grünen. Ihre Info-Tische seien aus dem Straßenbild verschwunden und müßten „wieder aus den Kellern geholt werden". Er kritisierte die Koalo-Offensive und erklärte, wenn die Koalo-Positionen innerhalb der Grünen Mehrheit werden, würde er das Weite suchen. Trampert forderte Kompromisse der grünen Strömungen, kein Flügel dürfe einen Durchmarsch versuchen. Allein Norbert Kostede bemühte sich in einem schwachen Beitrag, klar Position für die Realos zu beziehen.

In der anschließenden Debatte war der Auftritt von Otto Schily bemerkenswert. Er erklärte, daß eine Entscheidung über die grüne Bündnispolitik erst nach der Vorlage von Ergebnissen der vom letzten Parteitag eingesetzten Kommissionen anstehe. Schily widersprach ausdrücklich unterstellten Absichten von der Spaltung der Partei. Er trete zwar nicht für Koalitionen um jeden Preis ein, doch müssen diese angesteuert werden über den Weg von Verhandlungen und ohne Bedingungen zu stellen. Ausdrücklich wiederholte er sein Bekenntnis zum staatlichen Gewaltmonopol. Die Polizei werde gebraucht, wie man an der Gewalt in Fußballstadien sehen könne. Schily sprach gegen das „Feindbild' Polizei, forderte deren Anerkennung und „Pazifizierung". Innerparteilich plädierte er für mehr „Toleranz" in den Auseinandersetzungen.

Dann die mit Spannung erwartete Debatte um die Abwahlanträge gegen die Vorstandssprecher. Realo Hans Herbers begründete den gegen Jutta Ditfurth und zog ihn zurück. Offensichtlich sah man im Realo-Lager die Stimmung nicht als günstig an. Pech dann, daß trotzdem ein Delegierter den Antrag übernahm. Er mußte abgestimmt werden. Bei 214 gegen 468 Stimmen wurde er abgelehnt. Damit war für die alte Vorstandsmehrheit das Eis gebrochen. Das Mißtrauen gegen

„Auf jeden Fall verlieren die Grünen ihre Berechtigung, wenn sie mit den Wölfen heulen und mit den Füchsen stehlen. Sie müssen Opposition bleiben."
(Die Schriftstellerin Luise Rinser)

die beiden Sprecher Trampert und Beckmann wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Danach begann das Spiel mit persönlichen Erklärungen. U.a. stellte ein sichtlich enttäuschter Otto Schily die Frage an den Parteitag, was er jetzt machen solle, wo sein Platz in der Partei sei. Eine befriedigende Antwort erhielt er darauf nicht.

Für die Koalo-Offensive war diese Abstimmung eine Niederlage. Während es in den Parlamenten und den Landesverbänden für ihre Position alles bestens läuft, waren die obersten Parteigremien für sie die letzte noch zu nehmende Bastion. Das ist in Offenburg gründlich schief gegangen. Schon vorher äußerte Schily gegenüber der FAZ (14.12.) dunkle Vorahnungen, weil die Überlegung, die prominente Realo-Frau Waltraud Schoppe gegen Jutta Ditfurth zu stellten, an deren Verzicht auf die Kandidatur scheiterte. Zudem verstehen nicht alle Realo-Durchmarschierer die Taktik ihrer Oberen grünen-gemäß umzusetzen. Fischer z.B. hatte nicht von Abwahl gesprochen, sondern von notwendiger verstärkter Berücksichtigung der Realos in den Parteigremien. Die Stimmung auf diesem Parteitag war gegen Bestrafungen. Und solche Stimmungen haben bei den Grünen schon manche Überraschung bereitet.

Der Parteitag scheint mal wieder salomonisch entschieden zu haben. Knallen Otto Schily und einige Realos nicht durch (denkt an Hoplitschek!), dann haben die Offenburger Beschlüsse tatsächlich integrative Wirkung. Sie binden den linken und fundamentalistischen Flügel — der sich inhaltlich und perspektivisch in der letzten Zeit vor allem orientierungslos gezeigt hat —wieder stärker an die Partei, schließlich hat er einen moralischen und personalpolitischen Sieg errungen. Und er nährt die Hoffnung bei den Linken, in der Politik der Partei sei noch alles offen und möglich. Realpolitik wurde bei den Grünen zeit ihres Bestehens nicht auf Parteitagen gemacht. Also könnten beide Flügel zufrieden sein. Ebermann/Trampert sind in ihrer Ansicht bestätigt, die Partei wolle den Bundesvorstand als fundamentales Gegengewicht (immer unterstellt, solche Entscheidungen fallen bewußt) und Schily, Fischer & Co können derweil in der Hoffnung auf und Orientierung am Wähler ihre Realpolitik weiterbetreiben.

hr.

Außerdem auf dem Parteitag

Mit 80 gegen 20 % wurde die Gesetzesvorlage für ein „Bundesabstimmunggesetz" (Volksentscheid) angenommen. Eine Million stimmberechtigter Bürger sollen einen solchen Volksentscheid beantragen dürfen. Ausgenommen sind von diesem Verfahren die Grundrechte.

Für alle hauptamtlichen Stellen wurde eine 50 Prozent-Quotierung für Frauen beschlossen. Auf Antrag können zukünftig alle Frauen in Bundesparteigremien Geld für Kinderbetreuung beantragen. Erweitert wurde dies „auch für Männer, die im Sinne des Antrages Frauen sind". Ein Bundesfrauen-Referat wurde eingerichtet.

Mit 80 gegen 20 Prozent wurde ein Antrag gegen die Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz verabschiedet. Die Grünen fordern ein Verbot der Aussperrung und „unterstützen daher alle gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen bis hin zum politischen Streik".

Mit großer Mehrheit wurde der Rücktritt des Zimmermann-Intimus Spranger gefordert, der — wie im Tiedge-Spionage-Ausschuß bekannt wurde — dem Verfassungsschutz Untersuchungsaufträge über 'linksextremistische Einflüsse' bei den Grünen erteilt hat. Bezweifeln muß man allerdings, ob der VS damit „mißbraucht" worden sei, wie Schily und Ströbele meinten. Wozu wird der denn sonst gebraucht?



Demonstration auf dem grünen Parteitag

Friedensbewegung:
Gemeinsam an einen Atomraketen-Standort?

Aus den Schlagzeilen ist die Friedensbewegung allemal verschwunden, vielfach sogar aus den unteren Rubriken. Für Überraschungen ist aber gesorgt: Seit einiger Zeit wird in Bonn ernsthaft um eine gemeinsame Großaktion der Friedensbewegung für den Herbst 1986 gestritten.

Streit im KA

Austragungsort dieser Debatten ist das 'alte' Bündnis, das seinerzeit (bis zum Herbst 1984) zentrale Aktionen der Friedensbewegung organisierte. Das Gremium ist der Bonner 'Koordinationsausschuß der Friedensbewegung' (im weiteren KA), das sich 1984 nach den als „Mißerfolg" eingeschätzten Aktionen eine längere Beratungspause — ohne Aktionen — verordnet hatte. Während der Debatte schienen lange Zeit die Differenzen unüberbrückbar, die Zeiten fraktioneller Sitzungen („Auszeiten") häuften sich. Die Konstellation dabei waren und sind ungewöhnlich. Ausgestanden ist die Sache noch nicht. Die ursprünglich für den Dezember geplante bundesweite Aktionskonferenz mußte abgesetzt werden, sie soll aber Anfang Februar (1) stattfinden. Bis dahin soll eine Einigung auf eine und ausschließlich eine gemeinsame Großaktion gefunden sein.

Auf der einen Seite des Streits stand das KoFAZ/DKP-Spektrum (2). Sie hätten gern einmal mehr eine zentrale Aktion in Bonn gehabt, am liebsten auch mit Parteienrednern (wie es der VVN-Sprecher erklärte) auf die man im Wahlkampf allerdings auch verzichten könne. Dem AK-Leser nicht unbekannt, sollte der Kampf gegen SDI im Mittelpunkt stehen, wobei der „Zusammenhang" zu anderen Aufrüstungsmaßnahmen aber nicht „verloren" gehen solle (zumindest nicht in den Arbeitsmaterialien, wie es Gregor Witt in einem Artikel formulierte (3)). Aber gerade durch SDI werde ja die Gefährlichkeit der übrigen Rüstungsmaßnahmen erst richtig deutlich. Die Regierung in Bonn habe sich als „druckempfindlich" gezeigt, was im Wahlkampf noch zunehmen werde. Die sowjetischen Moratoriums-Vorschläge und Genf böten „zusätzliche Argumente". Da müsse nun eine Aktion in Bonn hineinstoßen, an der sich „jeder" beteiligen können müsse. (4)

Demo in Bonn ...

Seit einem halben Jahr lang kann man der DKP-Zeitung UZ entnehmen, daß nun „die Friedensbewegung" sich zu einer Anti-SDI-Bewegung gemausert habe. In Hamburg sprach sich sogar das erste Landesparlament mit den Stimmen der SPD-Rechten gegen SDI aus, bloß die GAL mochte da nicht mitmachen, weil sie auf ihre Kritik an Eureka nicht verzichten mochte, wie man der UZ entnahm. Das gemeinsame Friedensplenum war schon vorher gespalten worden. Nimmt man den Bonner KA als Maßstab, so ist die Propaganda der DKP eine schlichte Lüge, dort jedenfalls vertritt sie ganz allein diesen Kurs. Daran ändert auch nichts, daß zur letzten Sitzung ganz empört die Sprecher der Ruhrinitiativen angereist kamen, um den KA erst einmal beizubringen, was an „der Basis" überhaupt gedacht würde, und wie abgehoben der KA es hatte wagen können, die Aktionskonferenz zu verschieben.

Da aber die DKP auch die bisherigen Bündnisse unbedingt erhalten möchte, und sie allein als tatkräftiger Bündnispartner gegenüber der SPD nichts bewirken kann, ist sie immer für überraschende Kompromisse gut.

Auch die Jusos und andere Teilgliederungen der SPD hätten am liebsten eine Bonner Demo gehabt. Neben SDI hätten sie auch mehrere Schwerpunkte. Keineswegs möchten sie allein mit dem KoFAZ übrig bleiben. Da würden sie sich noch mehr aus den Friedensaktivitäten zurückziehen, zumal im kommenden Jahr der Wahlkampf zugunsten der SPD vornansteht.

Eine ganz besondere Position nahmen die Grünen ein: die Bundes-AG wollte unbedingt eine Aktion am vorgesehenen Cruise missile-Standort, Lukas Beckmann ebenfalls unbedingt eine Aktion am Pershing-Standort Mutlangen, wo er besonders engagiert ist.


Do it again, Sam ... ?

... oder wo?

Am anderen Pol hatte sich ein bisher ungewöhnliches Bündnis herausgebildet: Sämtliche kirchliche Gruppen, die Gustav-Heinemann-Initiative, das Komitee für Grundrechte, der BBU, Gewaltfreie und der Bundeskongreß Unabhängiger Friedensgruppen wandten sich gemeinsam gegen die 'SDI'-Zuspitzung und gegen eine Orientierung auf Genf. Im Mittelpunkt müsse die Bedrohlichkeit durch den *Gesamtaufrüstungskurs* gestellt werden, dem einseitige Abrüstungsforderungen entgegengestellt werden müßten. Gefordert wurde eine einzige zentrale Großaktion an einem Stationierungsort im Herbst 1986, wo auch Platz für Aktionen des zivilen Ungehorsams sein müsse. Man wolle keine prominenten Parteienredner, sondern müsse sich mit seinen Forderungen in den Wahlkampf einmischen. Konkret wurde eine Aktion im Hunsrück vorgeschlagen, wo die nächste Regierung mit als erste Tat 1987 die Cruise-missiles-Stationierung zu vollziehen hat.

Dort werde außerdem der Ausbau der Militarisierung insgesamt deutlich. Hier liege auch ein positives Votum der dortigen Friedensinitiativen für eine solche Aktion vor. Komme eine entsprechende Einigung nicht zustande, sei keine Einheit in diesem Gremium mehr möglich.

Das rief natürlich hellste Empörung über diese „ultimativen" Töne hervor, dieser Vorschlag „grenze erhebliche Teile" aus; es sei völlig unmöglich, das zu organisieren; ob er überhaupt schon mal etwas organisiert habe, wollte der Ruhr-Gast vom BUF-Sprecher wissen. Jedenfalls wurde das ganze wieder einmal als Anschlag auf die derzeit phantastische Breite der Friedensbewegung (die sich z.B. in Umfragen zum SDI-Programm zeige) gewertet, wo viele doch gerade dabei seien, jetzt zur Friedensbewegung zu stoßen. Doch nach einer längeren „Auszeit" hatte sich das Blatt gewendet. Man wolle auf keinen Fall nach Hasselbach, aber eine zentrale Aktion im Pershing-Ort Mutlangen (für zivilen Ungehorsam) und eine Großdemo in Heilbronn (Ort des Pershing-Unfalls), da sei man bereit. Ein echter Kompromiß also: eine Stadtaktion in der Nähe eines Standorts.

Dort stehen zwar schon die Raketen, aber die müssen ja auch weg. Vor Ort angefragt hatte man allerdings nicht.

Ein Teil des Blocks der Hasselbach-Befürworter wollte bereits auf dieses Angebot einschwenken, andere witterten darin schlicht faule Logik. Denn, wenn man nun doch an einem Stationierungsort demonstrieren könne, warum dann in keinem Fall in Wüschheim/Hasselbach? Also noch mal Diskussion, noch einmal eine Fülle von „Auszeiten" und nun soll erst eine erneute KA-Sitzung im Januar eine endgültige Klärung bringen, ob ein Pershing-Ort im Süden oder der geplante Cruise Missiles Standort sich durchsetzt. Das Meinungsbild im KA ging vorerst mit 13 zu 8 (2 Enthaltungen) für den Hunsrück aus.

HH

(1) Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 1./2. Februar 86 in Bonn, Ort: Gesamtschule Bonn-Beuel, Siegburger Str. 321,
Anmeldungen beim KA-Büro in 53 Bonn 1, Dorotheenstr. 20, Tel: 0228/692904
Teilnahmegebühr DM 10, 5 DM + Porto für einen Reader
(2) KoFAZ = Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit
(3) in 'antimilitarismus-information' 12/85
(4) die Positionsaussagen sind dem KA-Rundbrief Nr. 6 zu entnehmen

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Ein Teil der Auflage enthält Beilagen des Kinderhauses e.V. und des Buchlandes Gegenwind.

Fortsetzung von Seite 1

Südafrika: Die Belagerten warten ...

Den Kampf in die weißen Städte getragen

In seiner Neujahrsbotschaft Anfang 1984 stellte der ANC Präsident Oliver Tambo dem Widerstand die Aufgabe, Südafrika unregierbar zu machen. Heute ist die Rassistenrepublik nur noch durch den massiven Einsatz von Polizei und Armee unter Kontrolle zu halten, täglich werden mehrere nichtweiße Menschen erschossen oder in Polizeigewahrsam umgebracht. Die Gesamtzahl der Verhaftungen seit Verhängung des Ausnahmezustandes stieg über die 12.000. Im Oktober und November kam es erstmals in den weißen Stadtzentren von Johannesburg und Kapstadt zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Protestierenden. Die Regionen um die Städte gelten für Weiße als ,,unsicher'', und die Polizei rät jedem, der sich dorthin begibt, auch im Auto Sturzhelme zu tragen. In Soweto kursieren Flugblätter mit der Parole ,,In die Stadt! In die Stadt!'' Das Rassistenregime setzt mittlerweile Hubschrauber gegen die Demonstranten ein, und läßt aus Maschinengewehren Gummigeschosse verschießen. Alltäglich ist der gezielte Todesschuß mit Schrotflinten. Berichte, nach denen man sich in der südafrikanischen Republik bewegen kann, ohne vom Aufstand gegen die weiße Herrschaft etwas zu bemerken, entsprechen heute nicht mehr der Realität.

Erstmals tauchen auch einzelne Weiße in den Polizeireporten auf, die wegen irgendwelcher Proteste gegen das Regime verhaftet werden. 60 weiße Hochschulstudenten solidarisierten sich mit dem Boykott von schwarzen Studenten, die gegen die Rassendiskriminierung an der Universität protestierten. Die Gruppe von Weißen, die Kriegsdienstverweigerer unterstützt, veranstaltete eine kleine Kampagne mit dem Motto ,,Truppen raus aus den Townships'', deren Höhepunkt in Kapstadt eine Veranstaltung mit ca. 4000 vornehmlich Weißen war. Ein Ereignis für die weiße Opposition ohne Beispiel in ihrer Geschichte. Bezeichnend für die Haltung der weißen Bevölkerung ist, daß solche doch sehr kleinen und zahmen Äußerungen weißen Protestes gegen die Rassistenherrschaft das einzig berichtenswerte aus dem weißen Lager ist. Die große Mehrheit der Weißen steht nach wie vor an der Seite von Botha, und dies nicht nur bildlich gesprochen Gewehr bei Fuß. Bei den Nachwahlen Anfang November mußte die Regierung Botha Stimmenverluste hinnehmen. Dies war Ausdruck der Kritik der weißen Wählerschaft an Bothas sog. Reformpolitik. Stimmengewinne konnte die rechtsextreme bis faschistische Partei des A. Treurnicht verzeichnen, die den Wahlkampf mit der Versicherung führte, gegen die Schwarzen mit größerer Härte vorzugehen. Diese Strömung erhielt in einer Region Zulauf, in der zum einen die höchste Arbeitslosenquote unter Weißen besteht, und überwiegend afrikaanssprachige Weiße leben.

Bisher kein Platz zwischen den Fronten

Zwischen den weißen Rassisten und den Forderungen des Widerstands, zwischen Reaktion und Revolte ist nach wie vor kein Raum für Personen oder politische Strömungen, die eine kontrollierte Ablösung des Rassistenregimes gewährleisten könnten. Jüngster Versuch eine solche Gruppierung zwischen den Stühlen zu errichten ist die Gründung des ,,Convention Movement''. Diese Bewegung wurde zusammen von der Progressiven Liberalen Partei und dem Vorsitzenden der Inkatha Bewegung, G. Buthelezi, ins Leben gerufen. Ziel dieser Bewegung ist, eine Grundlage für Verhandlungen zur Schlichtung der gegenwärtigen Situation in Südafrika zu legen. Ein derartiges Vorgehen wird jedoch von der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und dem ANC abgelehnt. Der Sekretär der UDF, Morobe, klassifizierte die Ziele des Convention Movement als Versuche, in Muzorewa-Buthelezi-Manier eine Machtteilung von oben zu erreichen. Dies sei nicht nur ein Akt von Opportunismus sondern auch von Hoffnungslosigkeit. Morobe erklärte weiter: ,,*Großindustrie und die Interessen, die Reagan und Thatcher repräsentieren, wissen um die Bewegungslosigkeit der (südafrikanischen) Regierung und ihre Unfähigkeit den Widerstand in Schach zu halten. Sie wissen, daß das Regime die Menschen nicht zufriedenstellen kann (...), und so versuchen sie Wege zu finden, populäre Wünsche aufzunehmen, die die Rahmenbedingungen des kapitalistischen Systems nicht erschüttern. Sie bemerken richtigerweise, daß es eine enge Verbindung zwischen Unterdrückung durch Apartheid und klassenmäßiger Ausbeutung gibt, und sie versuchen nun beides voneinander zu trennen und so den Preis für die Befreiung zu reduzieren.*''(AfricAsia, Dez. 85)

G. Buthelezi, Präsident der mehrere zehntausend schwarze Mitglieder zählenden Inkatha-Bewegung, wird mehr und mehr zum Kollaborateur, der von den Machthabern nicht gerufen wird. Gegenüber dem ANC, der UDF und allen anderen Strömungen des Widerstands grenzt Buthelezi sich radikal ab. Nach wie vor ist er Prediger von Gewaltfreiheit, was ihn aber nicht davon abhält, seine Partei in militante Auseinandersetzungen mit dem nichtweißen Teil der Bevölkerung zu hetzen. Andererseits bieten die Rassisten einem Politiker wie Buthelezi keine Ebene der Macht- oder Gesprächsbeteiligung an, von der aus er einem nennenswerten Teil der nicht-weißen Bevölkerung deutlich machen könnte, daß sich etwas an der Machtverteilung in Südafrika geändert hätte. Auch die letzten Gesprächsrunden von Botha mit mehreren ,,Homeland''-Chiefs mußte Buthelezi ausschlagen, wollte er nicht zum Harlekin der sog. Reformpolitik Bothas werden.

Diese letzte Gesprächsrunde der Regierung Botha mit schwarzen Führern, die eine friedliche Lösung des Konflikts suchen, beweist, daß auch nach einem Jahr aufkeimender Revolte in Südafrika das Regime keineswegs gewillt ist, irgendwelche Machtbeteiligungen anzubieten.

Der lange Weg des Widerstands

Die Sanktionsmassnahmen der Metropolen gegen die Rassistenrepublik sind bekanntlich äußerst begrenzt. Ende Oktober wurde diese Linie der Unterstützung des Rassistenregimes sowohl von der Regierung der BRD als auch der USA bestätigt. Der Zufall der Geschichte wollte nun, daß die Commonwealth-Konferenz tagte, während um die Verhinderung der Vollstreckung des Todesurteils gegen B. Moloise gerungen wurde. An dieser Konferenz nehmen alle Staaten des ehemaligen britischen Kolonialreiches teil, also Kanada, Australien, Indien, auch Grenada, und der Frontstaat Zimbabwe. Am Tage der Erhängung B. Moloises wurde M. Thatcher von den meisten Teilnehmern der Konferenz bestürmt, nun endlich den Bann gegen das Rassistenregime zu verhängen.

Gerade in dieser sehr emotionsgeladen Atmosphäre blieb die britische Regierungschefin bei der bisherigen Politik, Sanktionen im Prinzip abzulehnen. Die Commonwealth-Konferenz verabschiedete daraufhin eine Resolution, die den Konflikt zwischen Großbritannien einerseits und den anwesenden afrikanischen Staaten andererseits verwischte. Die Konferenz setzte eine Kommission ein, die sowohl den Dialog mit der Botha-Regierung suchen soll, um auf Veränderungen der Apartheid-Politik zu drängen, als auch eventuelle Fortschritte im Abbau der Apartheid beobachtet. Nach einem



Oktober 1985:
Auseinandersetzungen auf der Hauptgeschäftsstraße in Kapstadt

halben Jahr will man und frau dann weitersehen.

Deutlich wurde auf dieser Konferenz, daß sich auch beispielsweise die indische und zimbabwesche Regierung auf solche objektiv proimperialistische Linien einlassen und dadurch an eine solche Politik gebunden sind. Erwartungen, daß die südafrikanische Opposition durch solcherart Staatenbündnisse eine nennenswerte Unterstützung erhielte, erweisen sich immer wieder als Illusion.

In Südafrika selber führte die nun

Illusion.
In Südafrika selber führte die nun

schon über ein Jahr anhaltende Revolte der nicht-weißen Bevölkerung bei einigen gesellschaftlichen Gruppen zu der Erkenntnis, daß es nun an der Zeit sei, das Gespräch mit den führenden Organisationen des Widerstandes zu suchen. Neben der Gesprächsrunde zwischen ANC und einigen südafrikanischen Großkapitalisten fanden Kontakte zwischen einigen Kirchenfraktionen und dem Widerstand statt. Weiterhin wurde von einer südafrikanischen Zeitung ein Interview mit dem ANC-Präsidenten O. Tambo veröffentlicht. Die Kapstädter Zeitung Cape Times verstieß damit gegen eine gesetzliche Bestimmung des Rassistenregimes, nach dem die Nennung des ANC und Veröffentlichungen über diese gebannte Organisation strikt verboten sind. In diesem Interview relativiert O. Tambo zunächst Mutmaßungen über den Einfluß der südafrikanischen KP im ANC; über das Verhältnis zur Sowjetunion sagte Tambo: ,,*Von den westlichen Staaten, die uns unterstützen, erhalten wir keine Waffen. In den sozialistischen Ländern dagegen bekommen wir die Waffen. Darum gehen wir dahin — um das zu bekommen, was man uns anderswo vorenthält. Das ist alles.*''

Insgesamt richtet sich dies Interview an die Weißen, die bereit sind über eine Veränderung der Apartheid-Politik nachzudenken. Heikler Punkt für diese Leute ist natürlich das Verhältnis zwischen den Rassen. ,,*Nach unserem Programm gehört Südafrika allen seinen Bewohnern. Alle Menschen, die Südafrika als ihre Heimat betrachten, sind uns willkommen; Raum hat das Land genug. Wir sehen die Weißen ja nicht in erster Linie als Weiße, sondern als Landsleute.*'' Zur Rolle eines möglichen Dialogs mit dem Rassistenregime führte Tambo aus: ,,*Die Möglichkeit eines Waffenstillstandes ist immer da. Er wäre leicht, sehr leicht zu erreichen, wenn wie zum Beispiel mit Verhandlungen beginnen würden.*'' Als Vorbedingungen für solche Verhandlungen nennt er die Freilassung der politischen Führer des Widerstandes, die Aufhebung des Notstandes, Abzug von Polizei und Armee aus den Townships und die Aufhebung des Bannes gegen den ANC. Solange dies nicht der Fall ist, wird der ANC fortfahren mit seiner Politik, einer Verbindung aus politischen und bewaffneten Aktionen. (,,Zeit'', 13.12.85)

Für uns ist schon interessant, daß es die gleiche Handvoll Punkte sind, die Tambo hier anführt, die auch in der gegenwärtigen Diskussion in der BRD eine zentrale Rolle spielen: Das Verhältnis des ANC zur KP Südafrikas, zur Sowjetunion, zur Rassenfrage und seine Position zur bewaffneten Gewalt und einem potentiellen Dialog mit dem Rassistenregime.

Andere Schwerpunkte setzt ein Interview mit Joe Slovo, das ebenfalls im Herbst dieses Jahres geführt wurde. Joe Slovo ist Mitglied der Führung der Südafrikanischen KP und des Exekutivkomitees des ANC. Nach seiner Einschätzung ist der Kampf in ein neues Stadium getreten, und ,,*wenn wir als revolutionäre Bewegung diesen kritischen, sozusagen historischen Moment richtig nutzen, liegt die Machtergreifung durch das Volk im Bereich des Möglichen.*'' Grundlage für eine solche Einschätzung ist die weitere Entwicklung an drei strategischen Punkten: Zum einen gibt es eine tiefe Krise der herrschenden Strukturen. Zweitens sind die Unterdrückten bereit den Kampf zu führen und drittens gibt es eine Organisation, die die Führung im Kampf übernehmen kann. ,,*Bis jetzt sind diese Bedingungen ... noch nicht*

Kampf übernehmen kann. ,,Bis jetzt sind diese Bedingungen ... noch nicht

voll ausgereift, doch es fehlt nicht viel dazu, daß sich erstmalig alle drei miteinander verketten. In der Tat, das Regime steckt in einer tiefen ökonomischen Krise. Die herrschende Klasse ist gespalten, wie nie zuvor durch Konflikte zerrissen. ... Ein wichtiger Ausdruck der zunehmenden Energie des Volkes ist, daß sich organisierte Aktionen mit spontanen Aufständen verbinden und die Massen selbst neue Kampfformen finden.''

Neben dem Erstarken der legalen Massenorganisationen wie z.B. UDF ist für Slovo das Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung unter den afrikanischen Werktätigen. Darüber hinaus ,,*bewährt sich* (die Gewerkschaftsbewegung) *immer mehr als eine Kraft, die im Kampf für die nationale Befreiung eine sehr wichtige Rolle spielen kann.*'' Die SaKP ist nach ihrem Verständnis ein Teil der breiten Befreiungsfront, an dessen Spitze der ANC steht, und die auf eine nationaldemokratische Revolution orientiert.

International hat sich nach Slovo die Situation zugunsten des Widerstandes in Südafrika verändert. Die Proteste in den USA gegen das Apartheid-Regime spielen dabei eine zentrale Rolle. In den USA glaubt man ,,*immer weniger daran, daß die Botha-Regierung imstande ist, die Positionen des USA-Monopolkapitals und des USA-Imperialismus zu schützen und Südafrika im westlichen Bündnis, im kapitalistischen System überhaupt, zu halten. Unseres Erachtens lassen die Wandlungen in der herrschenden Klasse der USA hinsichtlich ihrer Haltung zur Apartheidfrage, unter anderem erkennen, daß die Möglichkeiten größer geworden sind, einen wirksamen Kampf gegen das südafrikanische Regime zu organisieren.*'' (Probleme des Friedens und des Sozialismus, 10/85)

wo./Imp.-Kom.


Dezember 1985: 45.000 demonstrieren auf einer Trauerkundgebung für 13 von der Polizei getötete Schwarze in Mamelodi (Pretoria)

Chronik des Jahres 1985

18. Februar: Bei der versuchten Umsiedlung des Squatter-Camps Crossroads (Kapstadt) werden 18 Afrikaner von Polizei und Militär getötet, 230 verwundet.
26. Februar: Die ANC-Mitglieder S. Xulu und L. Payi werden zum Tode verurteilt.
21. März: 25 Jahre nach dem Massaker von Sharpeville tötet in Polizeikommando auf den Tag genau 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Trauerzuges in Langa bei Uitenhage.
22. März: für ein Jahr werden alle Kungebungen zu Schul- und Universitätsboykotten verboten; wenige Tage später werden für drei Monate alle Versammlungen der UDF und von 28 weiteren Organisationen der Schwarzen in 18 Bezirken der Kapprovinz verboten.
13. April: 6.000 nehmen an der Beisetzung der Opfer vom Massaker von Langa teil.
18./25. April: In zwei Hochverratsprozessen wird gegen 14 bzw. 16 schwarze Politiker Anklage erhoben.
29 April: Bombenanschlag des ANC auf zwei Verwaltungen von Goldbergbauunternehmen.
4./5. Mai: Sipko Mutsi und Andries Raditsela werden in Polizeigewahrsam umgebracht. — Sipho Hashe und zwei weitere UDF-Politiker ,,verschwinden'' unter ungeklärten Umständen.
14. Mai: ANC-Anschlag auf Apartheidverwaltungsstellen.
14. Juni: Ein südafrikanisches Kommando überfällt Botswanas Hauptstadt Gaborone und ermordet mindestens 12 Personen.
21. - 26. Juni: ANC-Anschläge bei Durban, in East London, Johannesburg und Umtata (transkei).
29. Juni: Von der Inkatha-Partei wird eine militante Organisation mobilisiert, genannt ,,Impi''.
Ende Juni/Anfang Juli: Die Leichname der vier verschleppten UDF-Politiker aus Cradock bzw. Oudtshoorn werden gefunden. — Ein Konsumentenboykott gegen die Geschäfte weißer Inhaber beginnt.
21. Juli: Verhängung des Ausnahmezustandes. Das South African Institute of Race Relations schätzt, daß seit Jahresbeginn an die 300 Personen bei den Protestaktionen getötet wurden. — An der Beisetzung der vier ermordeten UDF-Politiker nehmen über 50.000 Menschen teil.
31. Juli: In den vom Ausnahmezustand betroffenen Bezirken werden überdies öffentliche Beisetzungsfeiern verboten.
Anfang August: Victoria Mxenge, Anwälti in einem der Hochverratsprozesse (gegen 16 UDF-Führer) und Witwe des 1982 ermordeten Rechtsanwalts G. Mxenge, wird ermordet. 30.000 Personen nehmen an ihrer Beisetzung teil. Provokateure und Inkatha-Angehörige entfachen in den Townships um Durban blutige Auseinandersetzungen zwischen Afrikanern und ansässigen Indern, denen über 70 Menschen zum Opfer fallen.
15. August: Die mit großer Spannung

nen über 70 Menschen zum Opfer fallen.
15. August: Die mit großer Spannung

erwartete ,,programmatische Rede'' Präsident Bothas beweist den Willen der Rassisten, an der Apartheidpolitik festzuhalten.
23. August: In Soweto werden über 800 Kinder festgenommen; das jüngste ist acht Jahre alt.
24. August: Insgesamt 25 Gewerkschaften der Afrikaner beschließen ihre vereinigung zu einem Verband auf einer Konferenz im November.
27./28. August: Solidaritätskundgebungen für N. Mandela in Kapstadt geplant. Pastor Boesak als einer der Aufrufer wird verhaftet. Zehntausende demonstrieren trotz Verbots und massiver Polizei- und Militäreinsätze.
31. August: Der Schülerverband COSAS wird verboten.
7. September: An der Beisetzung für 18 Opfer der Polizei in Duncan Village bei East London nehmen über 80.000 Personen teil. Demonstrative Bekenntnisse zum ANC während der Beisetzung.
18. Oktober: Benjamin Moloise wird trotz internationaler Proteste hingerichtet, mit ihm ein weiterer ungenannter Mann.
20. Oktober: Die Commonwealth-Konferenz lehnt Sanktionen gegen Südafrika ab.
September/Oktober: Es findet ein Treffen zwischen südafrikanischen Großindustriellen und ANC-Vertretern in Sambia statt. Desgleichen zwischen der Progressiven Liberalen Partei und dem ANC.
Anfang November: Erweiterung des Notstands; Polizei und Militär können für ihre Vergehen prinzipiell nicht mehr vor Gericht zitiert werden; Einschränkung der Bewegungsmöglichkeiten für ausländische Korrespondenten; Informationsverbot über Auseinandersetzungen zwischen Militär/Polizei und dem Widerstand.
13. Dezember: Verurteilung von sechs Schwarzen zum Tode wegen Tötung eines Bürgermeisters in Sharpeville 1984, Grundsatzurteil gegen die Liquidation von Kollaborateuren mit dem Rassistenregime.
Quelle: ISSA, Nr. 6 1985; div. Tagespresse

Der Gipfel und die Genfer Faktoren

Ronnie füttert Fische. Gorbie spricht frei. Aber Raissa hatte den Schlips an in Genf. Was sie raffiniert bewältigte: Eine Funktionärinnen-Regel wird zum modischen Sibirien-Look. Das November-Meeting von Reagan und Gorbatschow war ein Bild-Gipfel. Die message der beiden Großen war visuell, und folglich reichte es völlig aus, sich von der Bildzeitung informieren zu lassen. Ronnie lächelte, Gorbie war schüchtern, Raissa hatte einen Pelzkragen, Nancy kam in rot. Am nächsten Tag nochmal von vorn: Ronnie war ausgeschlafen, Gorbie gestikulierte, Raissa im Juweliershop, Nancy elegant. Die Polster waren blau, der Spaziergang fand bei nebligem Wetter statt. Gorbie ließ Raissa als erste in die Staatslimousine einsteigen — formvollendeter Polarbär. Ronnie wartete, bis Nancy über den Rücksitz auf die linke Seite gerutscht war — gedankenlose Micky Maus.

Aber: Die Inszenierung hatte einen ausgesprochen ernsten Hintergrund. Der westlichen Führungsmacht gelang es mal wieder elegant, die Hauptgefahr dieses Gipfels zu umschiffen. Wie würde sich der Präsident verhalten? Würde er den Generalsekretär als gottlosen Kommunisten und Höllenhund begrüßen? Oder einfach, wie beim Papst, eine Viertelstunde lang munter drauflosfabulieren, z.B. über das schweizer Fernsehprogramm, und anschließend einnicken? Zu befürchten war auch, *„er könne sich wohl nicht länger als 15 Minuten unter vier Augen konzentrieren, ohne ‚versehentlich dem neuen Zaren Alaska wieder zu verkaufen'."* („FAZ", 21.11.85) So stöhnte die leidgeprobte Washingtoner Administration auf, als Reagan die sog. „brie-

(„FAZ", 21.11.85) So stöhnte die leid-geprobte Washingtoner Administration auf, als Reagan die sog. „brie-fings" (Zettelkasten) für die erste Unterredung starr zurückwies und darauf bestand, die Vorbereitung persönlich auszu„arbeiten".

Angesichts des präsidialen *„X-Faktors" — „jene unbekannte Größe, die man immer einkalkulieren müsse, wenn man Reagan zu lange mit jemandem allein lasse"* („Spiegel", 48/85) — hatten die Amerikaner eine glänzende Idee: Nachrichtensperre oder auch „blackout", wie sie in Genf außerordentlich treffend genannt wurde. Das schwarze Loch in einem schwarzen Loch verschwinden lassen; so würde der Faktor von niemandem bemerkt werden. Den Russen war's recht: Peinlichkeiten sind dem Entspannungsprozeß nicht förderlich und auch zu Hause schwer zu verkaufen.

Dabei war Reagan gar nicht mal schlecht instruiert. Ausgehend von den einschlägig bekannten Stärken und Schwächen des „Großen Kommunikators" — *„es hapert gelegentlich mit der Beherrschung der Details, vor allem bei Atomwaffen"* („FAZ", 18.11.85) — hatten seine Berater ein intensives Schulungsprogramm für den Senior entworfen. Auf keinen Fall sollte der Chef mit Fakten gefüttert werden; die bringe er dann nur durcheinander. *„Wichtiges Gerät im Weißen Haus war einmal mehr ein Video-Recorder ... Um Reagan, wie es hieß, auch ein ‚Gefühl für das Leben in der Sowjetunion' zu geben, wurde ein Kinofilm geordert, der vor Jahren einen ‚Oskar' gewann: ‚Moskau glaubt den Tränen nicht' — eine romantische Komödie mit Szenen aus dem Alltag in der anderen Hauptstadt."* (ebenda) Einer der großen amerikanischen Diplomaten mit globaler Erfahrung und dem notwendigen Biß (wenn dabei gelegentlich auch Teppiche in Mitleidenschaft gezogen werden) wurde zu Rat gezogen, Richard Nixon. Ausgewählte Sowjetexperten traten zum Kurzvortrag an. Ihr einhelliges Urteil: Er hat keine Ahnung.

Aus dem hermetisch abgeschirmten Ostblock erfährt man leider keine so ausführlichen Einzelheiten, außer daß Arbatow, der Leiter des Amerika-Instituts, bei Gorbatschows Trockenübungen die Micky Maus gemimt haben soll. Es kann aber davon ausgegangen werden, daß der Parteichef schon aus Gründen des technologischen Rückstands seines Landes weitaus schlechter vorbereitet nach Genf kam. Wie altbacken und konventionell die Russen sind, wurde den 3.000 Journalisten in Genf schlagartig klar, als Gorbatschow längere Erklärungen ohne versteckten elektronischen Spickzettel abgab, fließend sprach, Fragen verstand und auch noch zu beantworteten suchte, anstatt einen Fototermin zu machen wie alle professionellen Staatsmänner.

Dank des „blackouts", konnte die allgemeine Aufmerksamkeit abgestandene Politbagatellen wie z.B. Abrüstung beiseiteschieben und sich ganz auf die wirklich wichtigen Aspekte von Genf konzentrieren: Wie die beiden Ehepaare auftraten, wie sie gelaunt waren, was sie anhatten, wer besser an-



Sowjet New Wave

Sowjet New Wave

kam, also das Menschliche an den Großen der Welt. Dieses Interesse ist einfach großartig und aktuell wie historisch bewährt. Man kennt es von der Aufmerksamkeit, welche den Damen Diana und Caroline oder den Herren Juan Carlos und Bernhard zuteil wird. Es ist halt monarchistisch. Beachtliche Teile der hierzulande veröffentlichten Meinung sehnen sich nach ihren Kaisern und Königen. Das ist das erste herausragende Ergebnis des Gipfels.

Zweitens stimmen „Spiegel", „FAZ", „Welt" und in gewissem Sinn sogar die „UZ" darin überein, daß es weniger auf die konkret niedergeschriebenen Vereinbarungen des Treffens ankommt als vielmehr auf die Atmosphäre. Nicht nur, daß das bloße Stattfinden der Gespräche als Wert an sich eingeschätzt wird. Das Klima selbst kann Berge versetzen. Ohne Ironie redet sich der „Spiegel" (s.o.) „günstige Chancen" herbei, wenn die beiden postmodernen Herrscher einander nur verstünden. *„Und da bei Ronald Reagan persönliche Erlebnisse und auch Intuition stets mehr bewirken als noch so sorgfältig vorbereitete Dossiers, als Vorträge und Stellproben, könnte allein schon die gute Atmosphäre des Gipfels langfristig sehr wohl auch etwas bewirken."* In Genf haben nicht einfach zwei Delegationen verhandelt, das war sogar relativ unwichtig. Vielmehr war beim entscheidenden tête á tête zwischen dem X- und dem K(PdSU)-Faktor noch etwas Anderes, Unbeschreibliches im Raum: Vibrations, die sehr wohl etwas bewirken. Wir gehen kaum fehl in der Annahme, daß es sich um den Psi-Faktor handelte.

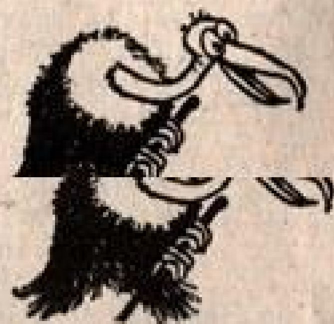
Drittens heißt es in einer Gipfel-Expertise des Abrüstungsverantwortlichen im Kommunistischen Bund (KB): „Schwierig erscheint mir, irgendetwas SUBSTANTIELLES zu schreiben." Dieses Problem ist objektiver Natur. Mögen noch so viele Oberhäupter dieses Planeten den „Sieg von Genf" reklamieren: Reagan siegte (für sich), Gorbatschow siegte (für den Warschauer Pakt), Kohl verbuchte einen außerordentlichen persönlichen Erfolg auf sein Konto, weil er das Treffen als erster vorgeschlagen habe; es siegten „der Friede", „die Vernunft", natürlich Raissa und Nancy usw. Einen ganz großen Sieg errang jedenfalls der KB mit seiner fundierten Einschätzung, aus Genf werde für Frieden und Abrüstung nichts herausspringen. Und wenn *wir* das schon mit unserer unverbesserlich pessimistischen Sicht meinen, dann war dieser Gipfel wirklich für die ganze Welt ein Erfolg.

Bewegt hat sich nichts. Wem die früheren Ost-West-Gipfel nicht mehr erinnerlich sind, dem gibt dieser jüngste ein ausgezeichnetes Beispiel. Freilich läßt sich an der Abrüstungsdiplomatie als notwendigem Pendant der Rüstungspolitik ablesen, wohin die Interessen der Großmächte gehen. So lag der Schwerpunkt der letzten US-Vorschläge darin, von der Sowjetunion insbesondere die Reduzierung ihrer schweren strategischen Waffen zu verlangen, die auf das amerikanische Festland gerichtet sind. Umgekehrt ist der SU besonders daran gelegen, dort einen Stopp zu erreichen, wo es um die militärische Anwendung modernster Technologien geht, zuletzt bei SDI. Darin bestätigt sich erneut das offensive Vorgehen der US-Administration, die gar kein Hehl daraus macht, daß Abrüstung bei den „Hauptwaffen" der SU beginnen müsse, keinesfalls aber dort, wo man seine eigene Überlegenheit und Stärkepolitik zu begründen sucht.

Umgekehrt ist erstaunlich, welchen kontinuierlichen Rückzug von den eigenen Verhandlungspositionen Moskau in den letzten Jahren angetreten hat. Wurde die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa zunächst als point of no return bezeichnet, so ist die SU heute bereit, Cruise Missiles hinzunehmen und sogar die eigenen SS 20 zu reduzieren. Ähnlich scheint sich die bedingungslose SDI-Ablehnung allmählich etwas zu nuancieren; die Sowjetexperten denken bereits über eine Einschränkung auf „Laborforschung" nach. Aber am erstaunlichsten ist die Wendigkeit des der DKP nahestehenden Flügels in der Friedensbewegung, der nicht müde wird, Genf als Erfolg des eigenen „Drucks" zu feiern, während genau das real passiert, was zuvor und nicht gerade zu Unrecht als Katastrophe bezeichnet wurde: Fortsetzung der Stationierung, Forcierung des SDI-Projekts.

Dabei war es gar nicht so unklug, was Gorbie auf seiner Pressekonferenz sagte: *„Bürden Sie nicht alles den politischen Führern auf!"*

de



Dr. Kohl proudly presents:
Geißheinerl, das tapfere Kläfferlein, gegen Tschasow, das soffjetische Friedensteibsche

Allerdings keine Welturaufführung. Die hat Adolf schon 1936 gedreht. Ronnie kapiert den Rummel sowieso nicht: Weshalb soll dieser Tschasow, der doch völlig unbekannt ist, einen Oskar bekommen und nicht Sacharow sein Bambi. **Absurdistan,** sagte er zu Nancy. Dr. Kohl witterte beim Stichwort **Nobel** gleich Morgenluft. **Stopp mal. Hier! Nobel, nobel ... das ist doch mein Fach! Darin bin ich gut. — Genauso gut wie in Hölderlin,** scherzte Hannelore, die gerade ihre Scharfschützinnen-Armatur polierte.

Ein Soffjet als Friedensnobelpreis?! Das Volk, das unsere Uhren geklaut hat? Das uns in Stalingrad heimtückisch überfallen hat? Das Opa Heß in Einzelhaft martert? Das seine Dissidenten mit grausigen sibirischen, unsereins völlig unvorstellbaren Methoden verfolgt? Und überhaupt, seit wann gibt es da Ärzte? Was würde Konnie dazu sagen?

Nein!, dachte Dr. Kohlchen, vor Ihnen steht **der Bundeskanzler!** Also schwang das Heinerl seine Geißel. **Frieden, Frieden — den haben wir im Griff. Sozusagen stationiert.**

„Ich muß versuchen, deutlich zu sagen, worum es geht", meinte er. *„Feigheit, Faulheit und moralische Dekadenz der westlichen Welt"*, erklärte (1) Deutschlands erotischster Primat (das erfuhr frau aus dem „Pflasterstrand", natürlich hieß es dort nicht Primat. Sogar ich würde da den Fischer vorziehen).

Wenn schon so'n Haufen Ausländer, genauer gesagt Norweger (und das kennen wir schon alles, nicht erst seit Brandt), so'n Friedenspreis verleihen muß, dann der NATO, oder noch gerechter: der Bundeswehr. Weil da, da ist es eine echte Leistung, diese totale Zurückhaltung. *„Verwirrung der Begriffe und eine Desorientierung der Werte"* — die spinnen, die Wikinger. Aber denen ging es schon vor 49 Jahren so.

> Am 2.11.1934 berichtete die Gestapo: „Bereits seit einiger Zeit ist hier allerdings die Beobachtung gemacht worden, daß sich verschiedene namhafte Stellen des Auslandes, unter dem Deckmantel des Kampfes für den Pazifismus, um die Freilassung von Ossietzky aus der Schutzhaft bemühen." (Zit. n. Bruno Frei, Carl von Ossietzky. Eine politische Biographie. Westberlin: Arsenal-Verlag, 1978, S.249).

„Eine Schande", sagt Geißler zu Tschasow (1). *„Eine unverschämte Herausforderung"*, schrieb der „Völkische Beobachter" zu Ossietzky. Wo doch der Pazifismus Auschwitz erst möglich gemacht hat, wie jedes Heinerl weiß.

> „Mit Karl von Ossietzky ist der Friedensnobelpreis zum ersten Mal auf einen von dem höchsten Gericht seiner Heimat verurteilten Landesverräter gefallen. Karl von Ossietzky wurde am 23. November 1931, also in der Zeit der Novemberrepublik, vom Vierten Strafsenat des Reichsgerichts wegen Landesverrats zu einer Strafe von eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Er hat diese Strafe im Mai 1932 angetreten. Ein Gnadengesuch an den Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, wurde von diesem abgelehnt. Ossietzky ist Weihnachten 1932 auf Grund einer allgemeinen Amnestie in Freiheit gesetzt worden. Im Gegensatz zum Sowjetsstaat, der jeden politischen Gegner an die Wand stellen läßt, hat sich das nationalsozialistische Deutschland darauf beschränkt, Ossietzky am 28. Februar 1933 in Sicherheitsverwahrung nehmen zu lassen. Ossietzky ist vor längerer Zeit aus dieser Haft entlassen worden und befindet sich in Freiheit. Die Verleihung des Nobelpreises an einen notorischen Landesverräter ist eine derart unverschämte Herausforderung und Beleidigung des neuen Deutschland, daß darauf eine entsprechend deutliche Antwort erfolgen wird." („Völkischer Beobachter", 26.11.36) Mit besonderer Häme tat sich übrigens der norwegische Dichter Knut Hamsun hervor: „Es ist vielleicht nicht ganz abwegig, daran zu erinnern, daß Herr Ossietzky, bevor der Nazismus zur Macht gekommen ist, wie auch nachher, Deutschland hätte verlassen können. Aber das wollte er nicht. Er rechnete damit, daß die Leute aufschreien würden, wenn er festgesetzt würde." (Zit. n. Bruno Frei, a.a.O., S. 256).

An der Preisverleihung am 10. Dezember 1936 konnte der deutsche KZ-Häftling mit der Nummer 562 nicht teilnehmen. Der deutsche Gesandte in Oslo erschien natürlich ebenfalls nicht. Der deutsche Botschafter, diesmal sekundiert von den englischen und amerikanischen Alliierten, kam auch am 10. Dezember 1985 nicht zur Preisverleihung.

Frieden ist *„kein Grundwert, schon gar nicht der oberste"*, und überhaupt — *„Demokratie ist aber nun mal kein Gesangsverein, keine Harmonieveranstaltung"* (2). Deshalb hat mit Dr. Kohl erstmals seit Hitler ein Staatsoberhaupt gegen die Verleihung eines Nobelpreises protestiert. Enkel gehen ihren Weg.

E.

Anmerkungen:
1) „Spiegel", 18.11.85
2) „FR", 11.11.85 und „Spiegel", 9.12.85

PS: Den Friedensnobelpreis für die Bundeswehr oder, als Kompromiß, für die NATO — das ist *kein* Witz. Das ist Geißlers zwar durchgeknallte, aber ernsthafte Meinung (siehe „Spiegel" vom 18.11.85).

Unverschämte Herausforderung

Das Nobelpreiskomitee des norwegischen Storthing hat den Friedensnobelpreis für 1935 Karl von Ossietzky zugeteilt. Den Friedensnobelpreis für 1936 hat der argentinische Außenminister Carlos Saavedra Lamas erhalten.

•

Mit Karl von Ossietzky ist der Friedensnobelpreis zum erstenmal an einen von dem höchsten Gericht seiner Heimat verurteilten Landesverräter gefallen. Karl von Ossietzky wurde am 23. November 1931, also in der Zeit der Novemberrepublik, vom Vierten Strafsenat des Reichsgerichts wegen Landesverrats zu einer Strafe von eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Er hat diese Strafe im Mai 1932 angetreten. Ein Gnadengesuch an den Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, wurde von diesem abgelehnt. Ossietzky ist Weihnachten 1932 auf Grund einer allgemeinen Amnestie in Freiheit gesetzt worden. Im Gegensatz zum Sowjetstaat, der jeden politischen Gegner an die Wand stellen läßt, hat sich das nationalsozialistische Deutschland darauf beschränkt, Ossietzky am 28. Februar 1933 in Sicherheitsverwahrung nehmen zu lassen. Ossietzky ist vor längerer Zeit aus dieser Haft entlassen worden und befindet sich in Freiheit.

Die Verleihung des Nobelpreises an einen notorischen Landesverräter ist eine derart unverschämte Herausforderung und Beleidigung des neuen Deutschland, daß darauf eine entsprechend deutliche Antwort erfolgen wird.

Aus: „Völkischer Beobachter", 26.11.36

Flick macht Kasse — Deutsche Bank Superstar

Fortsetzung von Seite 1

Herr und Haus werden von zwei Dutzend Wachposten und profesionellen Leibwächtern beschützt, die von einem vietnamerfahrenen und hochdekorierten Green Beret befehligt werden.'

Die mit ihren drei Dächern asiatisch anmutende Villa enthält neben einer Schwimmhalle und zwei Stromaggregaten auch einen Atombunker. Als in den Zeitungen die Summe von 28 Millionen Mark als Anschaffungspreis für das Anwesen gehandelt wurde, dementierte Flick-Firmensprecher Manfred Kiesewetter höchst zweideutig: ‚Die Summe stimmt nicht.'

Der Chef selbst gibt noch in selben Jahr der Bild-Zeitung ein denkwürdiges Interview. Befragt nach der Entwicklung der Wirtschaft sieht er die Deutschen in ‚rauhe See' kommen: ‚Die Kosten, vor allem Rohstoffe und Löhne, drücken schwer.' Und dann gibt er seinen Landsleuten noch einen guten Rat: ‚Wir alle müssen den Gürtel enger schnallen.' '' (Flick, Die gekaufte Republik, S. 246)

Zu den ,,paar Kleinigkeiten, die den Alltag erträglicher machen'' (Spiegel), und die ihm jetzt noch verbleiben, kriegt FKF fünf Milliarden Mark dazu. Aufgrund der Steuergesetzgebung, deren unsozialer Charakter zum Himmel stinkt, kann er das meiste Geld in die Tasche stecken, bzw. wieder neu anlegen. Zunächst einmal kann er mit dem Trick des Zeitpunkts des Verkaufs, der auf dem sogenannten Mitternachtserlaß basiert, seinen Gewinn ,,*ein Jahr lang frei von Vermögen- und Körperschaftssteuer halten.*'' (Spiegel Nr. 50/1985) Dann muß er Steuern bezah-

schaftssteuer halten.'' (Spiegel Nr. 50/1985) Dann muß er Steuern bezah-

len — aber nicht etwa den Spitzensteuersatz von 56 Prozent, sondern nur die Hälfte, also 28 Prozent, denn der Flick-Verkaufserlös wird als ,,außerordentliche Einkünfte'' nach Paragraph 34 des Einkommensteuergesetzes versteuert. Die 28% muß er aber nicht auf die rund 5 Milliarden zahlen, zuvor kann er noch den sogenannten Buchwert seiner Firmen — etwa 3 Milliarden — abziehen. **Letztlich dürften ca. 500 Millionen für die Steuer übrigbleiben.**

Allerdings wird er nun noch die 450 Millionen zurückzahlen müssen, die er 1975 beim Verkauf eines Daimler-Aktienpakets als Steuergeschenk eingestrichen hat (denn der Grund der Steuerbefreiung ist mit dem Verkauf seiner Firmen und Beteiligungen hinfällig). Da aber in Sachen Steuerbefreiung ein Prozeß gegen die von Flick gesponserten Minister Friderich und Lambsdorff läuft, hätte FKF diese 450 Millionen wahrscheinlich früher oder später eh zurückzahlen müssen, unabhängig davon, ob er sein Imperium zu Bargeld gemacht hätte oder nicht.

Das sei hier nur erwähnt, weil Flick jetzt gern in der Presse als großer Neurotiker dargestellt wird, was sicher zutrifft, und als ,,lebenslaner Unternehmer-Dilettant'' . (Spiegel), was so nicht zutrifft. Ja, es ist auch ein Aufatmen im Blätterwald zu verspüren, nach dem Motto: ein überlebtes Fossil tritt ab, das zeigt die Selbstreinigungskraft und Stärke unserer Demokratie. Dieter Spöri, sozialdemokratischer Steuerexperte, kommentierte: ,,*Der Name verschwindet. Was bleibt ist der größte Politskandal in der Bundesrepublik.*'' (Wirtschaftswoche, 13.12.85).

Der Name Flick verschwindet natürlich nicht. FKF bleibt nach dem Verkauf nicht nur der mit Abstand reichste Mann der Republik, sondern nach wie vor einer der mächtigsten. Flick sitzt immer noch in dem Gremium, das einen Großteil der Wirtschaft regiert und kontrolliert: er hat Sitz und Stimme im Aufsichtsrat der Deutschen Bank. Sprecher der Bank, die natürlich auch das Flick-Imperium versilbert, haben bereits betont, daß Flick mit seinen Milliarden bei der Deutschen Bank höchst willkommen ist.'' (Financial Times, 9.12.85)

Flick konzentriert sich künftig auf das Versicherungs- und Bankkapital. In diesem Licht könnte der Verkauf einen Sinn haben, der nichts Beruhigendes an sich hat, denn die Machtfülle Flicks würde ungleich weiter wachsen. Ob FKF aus solchen Überlegungen heraus Kasse macht, ist momentan nicht absehbar. Tatsache ist, daß er zur Zeit soviel für sein Imperium bekommt, wie zuvor überhaupt nicht denkbar war. Die Aktienkurse haben einen historischen Höchststand nach schon seit zwei Jahren abkassieren wollte, auch noch die Übernahme von der AEG durch die Daimler-Banz AG, an der er mit 10% beteiligt ist, abgewartet.

Tatsache ist weiter, daß er durch den Verkauf (Erbschafts)Steuern spart, die ab 1988 (in Höhe von 50%) fällig gewesen wären, da seine Beteiligungen in Form von Stiftungen geregelt sind.

Flicks rasanter Aufstieg zeugt auch nicht unbedingt von Dilettantismus. Nach dem Tode seines Vaters, Friedrich Flick, war FKF zwar endgültig Chef des riesigen Imperiums, aber die drei Kinder seines Bruders hielten noch zusammen eine über 30%ige Beteiligung an dem Firmenreich. Als dann 1975 FKF 29% der Daimler-Aktien an die Deutsche Bank verkauft hatte, schieden die Kinder aus. ,,*Wenn die Abfindungssumme stimmt, die damals zirkuliert (gut 200 Millionen Mark netto für alle drei zusammen), dann hat FKF das Geschäft des Lebens gemacht. Der Zeitpunkt freilich ist auch überaus günstig gewählt. (...) FKF jedenfalls ist nach Abschluß der Transaktion der Alleinherrscher über das größte private Industrievermögen, das ein Deutscher besitzt.*'' (Flick, Die gekaufte Republik, S. 242f.)

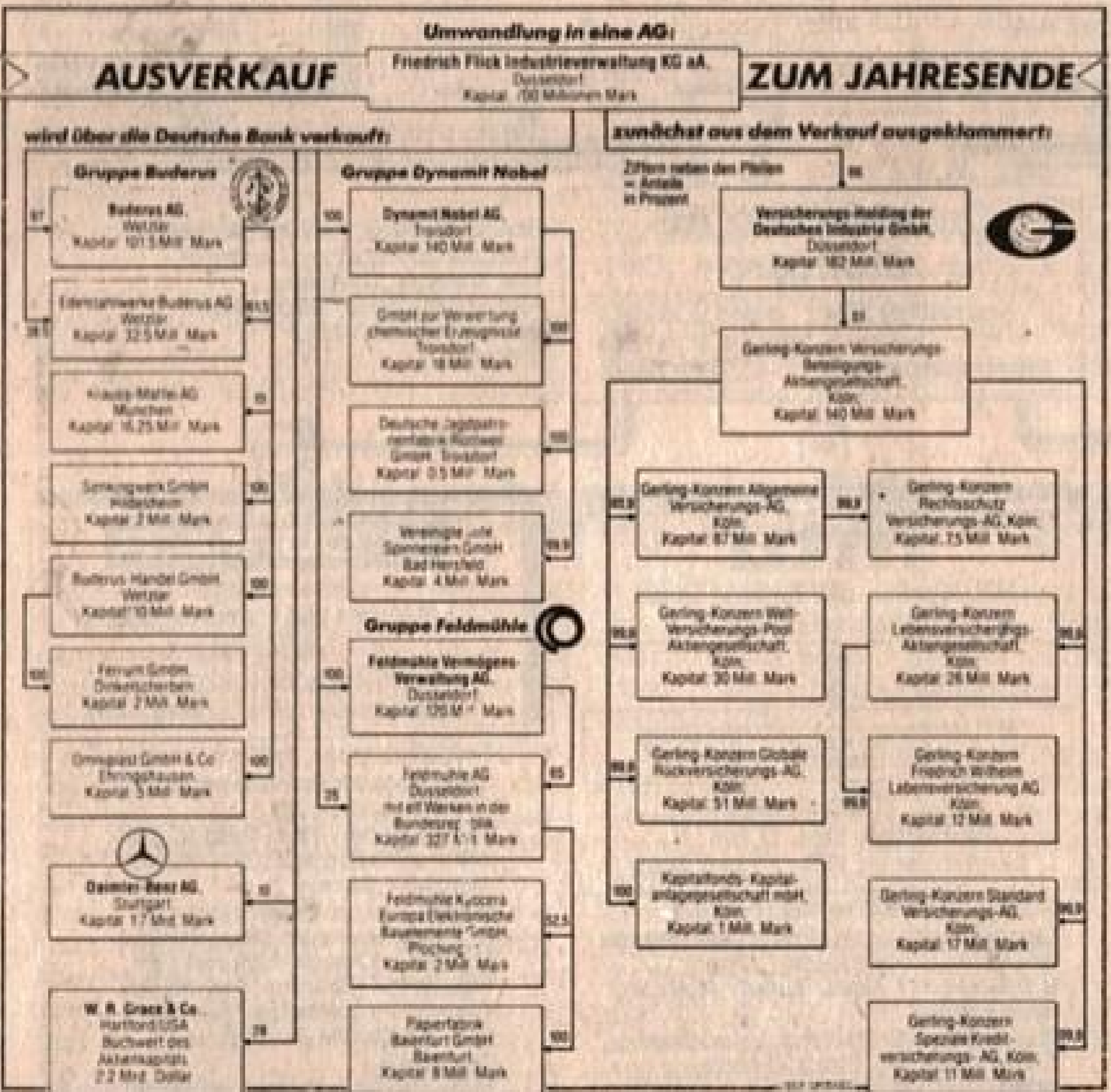
Andererseits versteht sich Flick, da wo es notwendig ist, geschickt im Hintergrund zu halten: Zwar trägt der größte Skandal in der Geschichte dieser Republik seinen Namen, aber nicht er ist vor Gericht angeklagt, sondern seine Handlanger und von ihm ausgehaltene Politiker.

Flick ist kein Krebsgeschwür, sondern immer noch einer der mächtigsten Herren hierzulande.

Deutsche Bank bestätigt Lenin

Mit dem Verakuf seines Imperiums hat Aufsichtsrat-Mitglied Flick die Deutsche Bank beauftragt. Die Bank, die von der ,,Financial Times'' mit sicherem Instinkt für die Macht lediglich die Deutsche genannt wird, kann an diesem Deal nach Abzug aller Kosten gut und gerne mehr als eine Milliarde Mark verdienen. ,,*Wir beneiden die Deutsche Bank um diese Transaktion*'', bekennt denn auch freimütig Herbert Wolf, Generalbevollmächtigter der Commerzbank. (Wirtschaftswoche, 13.12.85) Es ist aber nicht nur der schnöde Gewinn, der den Abstand der Deutschen Bank zu den übrigen Großbanken uneinholbar macht. Der Verkauf verspricht noch mehr Macht über das Industriekapital, selbst wenn die Sprecher der Deutschen Bank nicht müde werden zu betonen, daß sie das Gegenteil erreichen wollen: Sie wollen den Flick-Besitz breit streuen und da-

dem anderen erreicht. Schließlich hat Flick, der laut Pressedarstellungen mit zur Dekonzentration beitragen. Wieso bilden sie dann aber aus den Flick-Unternehmen eine Dachgesellschaft, die Feldmühle-Nobel AG, wo doch die Flick-Firmen nur durch ihren ehemaligen Besitzer miteinander verbunden waren. ,,*Werden die Aktien aus Flicks Firmenvermögen tatsächlich breit gestreut, dann sind unter den Käufern gewißlich viele, die ihre Depots von der Deutschen Bank verwalten lassen. Ein gut Teil dieser Aktionäre wird auf den Hauptversammlungen von der Bank vertreten. Mit diesem sogenannten Depotstimmrecht können die Bankiers dann die Aufsichtsräte richtig aufmischen.*'' (Spiegel, Nr. 50/1985)



Obwohl das alle wissen, hat niemand Bedenken; das Kartellamt nicht, Kohl erst recht nicht (der vom Deutsche Bank-Vorstandssprecher persönlich informiert wurde) und auch Sozialdemokraten nicht. Was zählt schon die triste Realität gegen die Ankündigungen seriöser Bankiers?

Die Konzentration und die Vorherrschaft des Finanzkapitals über das Industriekapital schreitet unterdessen in großen Sprüngen fort. Die Herren der Deutschen Bank saßen bisher schon in den Aufsichtsräten von über 100 Firmen und in mehr als 200 Bei- und Verwaltungsräten von allen möglichen Groß-, Mittel- und Kleinunternehmen. Und schließlich sind da noch die Depots der Kleinaktionäre, die ihr Stimmrecht auf den Aktionärsversammlungen meist an die Banken abgetreten haben. ,,*Und weil die Deutsche Bank die meisten Kleindepots hat, darf sie auch dort mitreden und mitbestimmen, wo sie mangels eigener Aktien eigentlich gar nichts zu sagen hätte — bei VW etwa oder bei der VEBA. Auf diese Weise guckt die Deutsche Bank bei Mannesmann mit durch die Röhre, mischt sie bei den Chemie-Giganten Bayer und BASF mit.*'' (Stern, Nr. 51/1985)

ha, Hamburg



Krieg und Leichen schafft Profit den Reichen

Der Aufstieg der Flicks zur reichsten und mächtigsten Familie Deutschlands ist untrennbar mit Kriegsrüstung und Korruption verbunden. Später verdienten sie an der Wiederaufrüstung, die Korruption blieb. Der Aufstieg zeigt somit im geradezu klassischen Sinne alle Merkmale der Entwicklung des Imperialismus in Deutschland.

,,Krieg und Leichen schafft Profit den Reichen'' galt für den alten Flick allemal. Er hatte als berüchtigter Kriegsgewinnler schon im Ersten Weltkrieg seine ersten Millionen abgestaubt. ,,Am Ende der NS-Zeit, rund 25 Jahre nach Beginn seiner Karriere, war Friedrich Flick der reichste Mann Deutschlands.'' (Flick, Die gekaufte Republik, S. 223) Er hatte die Nazis unter anderem als Mitglied des Freundeskreises des Reichsführers SS Heinrich Himmler mit insgesamt 7,65 Millionen Reichsmark großzügig mit Spenden versorgt — was sich freilich auch für ihn auszahlte. ,,*Mit Görings Hilfe gelang Flick einer der größten Raubzüge seines Lebenswerkes, das Konrad Adenauer so ‚staunenswert' fand: Er jagte der in der Tschechoslowakei ansässigen jüdischen Familie Petschek ihren riesigen Besitz ab. Die ‚Arisierung' der Petscheks, die in Sachsen, Oberschlesien und in Berlin über ein Drttel der deutschen Braunkohle-Vorräte verfügten, war durchaus nicht Flicks einzige Beute aus der Judenverfolgung, aber sie war mit Abstand die größte.*'' (Flick, s.o., S. 228)

Der Wehrwirtschaftsführer Flick wurde zum größten Rüstungslieferanten der Nazis. In seinen Rüstungsbetrieben schufteten zehntausende von Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und Fremdarbeitern ,,teilweise unter den unwürdigsten Umständen''. (S. 222) Die ,,Sklavenarbeiter des Konzerns'' sind übrigens bis heute nicht einmal finanziell entschädigt worden, worauf der frühere stellvertretende Hauptankläger in den Nürnberger Prozessen, Robert Kampner, in einem Schreiben an F.W. Christians, einen der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, hingewiesen hat. ,,*Laut Kempner hat Flick nach dem Krieg die Unterschrift unter einen Vergleich verweigert, wonach das ehemalige ‚Sklavenarbeitsunternehmen' an die Opfer fünf bis acht Millionen Mark Wiedergutmachung zahlen sollte.*'' (Süddeutsche Zeitung, 13.12.85)

Nach dem Zweiten Weltkrieg wird Flick zu sieben Jahren verurteilt, aber vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen. In der Zeit des Kalten Krieges wird Flick beim ,,Wiederaufbau'' gebraucht. Und nur zehn Jahre später ,,*war seine wirtschaftliche Macht ‚größer als sie vorher war', wie das Düsseldorfer Handelsblatt vermerkte.*'' (S. 235)

Der alte Flick hatte schon im Gefängnis die Weichen wieder neu gestellt. ,,*Draußen war inzwischen die Christlich Demokratische Union entstanden, die mit Konrad Adenauer den ersten Bundeskanzler stellte und in der Flick zwei seiner engsten Vertrauten an einflußreicher Stelle wußte. Odilo Burkart, mit ihm angeklagt, aber freigesprochen in Nürnberg, gehörte wie Robert Tillmanns, Flicks einstiger Privatsekretär, zu den Gründungsmitgliedern der CDU. Tillmanns war zugleich Berliner CDU-Chef und Mitglied des Geschäftsführnden Bundesparteivorstandes. Der Flick-Spezi sollte sogar bald, von 1953 bis zu seinem Tod 1955, als ‚Bundesminister für besondere Aufgaben' im Adenauer-Kabinett sitzen. Robert Pferdmenges vom Bankhaus Oppenheim in Köln, der schon zur Nazi-Zeit bei Flick im Aufsichtsrat saß, war der vielleicht engste Berater des Kanzlers. Der Bankier nahm, da Flick noch durch allerlei Auflagen gehandikapt war, einstweilen die Aktionärsrechte für den alten Freund wahr.*'' (S. 233)

Die Auflagen der Allierten, die Flicks Rückzug aus der Montanindustrie forderten, nutzte er geschickt zu seinen Gunsten, er investierte zukunftsträchtig u.a. bei Daimler und bei der Panzerschmiede Krauss-Mafei. So profitierte er auch noch von der Wiederaufrüstung.

ha, Hamburg

Die Macht über Millionen üben aus:

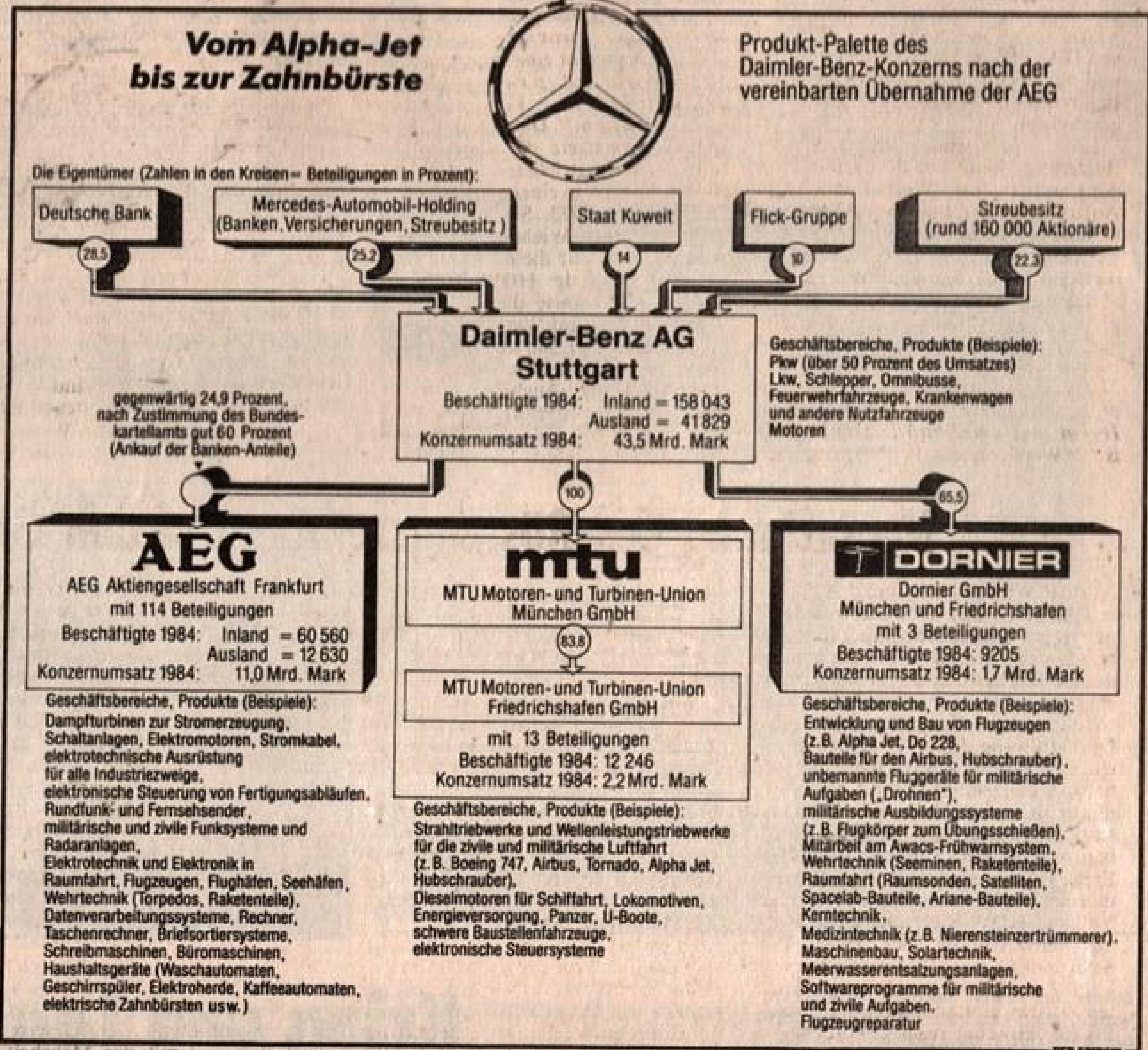
Ehrenvorsitzender der Bank:
Hermann J. Abs, Frankfurt

Aufsichtsrat:
Dr. Wilfried Guth, Vorsitzender, Frankfurt
Konrad Reeb*, München, stellv. Vorsitzender, Deutsche Bank AG
Dr. Robert Ehret, Frankfurt am Main
Hagen Findeisen*, Hamburg, Deutsche Bank AG
Dr. Friedrich Karl Flick, Düsseldorf-Oberkassel, Geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA
Jörg A. Henie, Duisburg, Geschäftsführender persönlich haftender Gesellschafter der Fa. Klöckner & Co.. KGaA
Gerd Hirsbrunner*, Berlin, Deusche Bank Berlin AG
H.F. van den Hoven, Rotterdam, Niederlande
Karlheinz Krippendorf*, Köln, Deutsche Bank AG
Dr. Helmut Kruse, Vorsitzender des Vorstandes der Beiersdorf AG, HH
Hans L. Merkle, Stuttgart, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Robert Bosch GmbH
Karl Messing*, Düsseldorf, Deutsche Bank AG
Josef Pfaff*, Köln, Deutsche Bank AG
Dipl.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Bernhard Plettner, München, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Siemens Aktiengesellschaft
Gerhard Renner*, Hamburg, Leiter der Bundesberufsgruppe Banken und Sparkassen beim Bundesvorstand der DAG
Irene Rodermund*, Salzgitter, Deutsche Bank AG
Lorenz Schwegler*, Düsseldorf, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
Dipl.-Kfm. Günter Vogelsang, Düsseldorf-Oberkassel
Lothar Wacker*, Köln, Deutsche Bank AG
Hannelore Winter, Düsseldorf-Oberkassel
* von der Belegschaft gewählt

Vorstand:
Werner Blessing, Horst Burgard, Ulrich Cartellieri,
F. Wilhelm Christians, Alfred Herrhausen, Eckart van Hooven,
Hilmar Kopper, Klaus Mertin, Ulrich Weiss, Herbert Zapp,
Rolf-E. Breuer, stellv., Georg Krupp, stellv.

Quelle: Die Großen 500, vom 6.8.1985

Daimler-Benz-Fusionen: Deutsche Bank schmiedet Großkonzern



Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Übernahme der AEG durch die Daimler-Benz AG — die Genehmigung durch das Kartellamt steht noch aus — möchte ich in Ergänzung des Artikels "Daimler/AEG: BRD-Konzerne bereit für Handels- und Weltkrieg" in AK 264 (S. 24), einige Aspekte nachtragen, die die Rolle und Politik der Deutschen Bank und somit die Hintergründe dieser Fusion betreffen.

Ohne die Deutsche Bank läuft nämlich bei Daimler — und nicht nur dort — gar nichts. Die Bank ist mit rund 28,1% bedeutendster Großaktionär, gefolgt von der Mercedes-Automobil-Holding AG mit 25,23%, an der die Deutsche Bank auch noch indirekt und direkt beteilig ist. (Zahlenangaben aus: Die Großen 500, Nr. 95 vom 27.8.85) Nach Insiderangaben kommt die größte Bank im Lande auf fast 40% bei Daimler, bezieht man das Stimmrecht mit ein, das die Deutsche Bank für Aktionäre ausübt, die Daimler-Aktien bei ihr im Safe deponiert haben (sog. Depotstimmrecht).

Daß Vorstandsmitglieder von Banken, Versicherungen und Industriekonzernen in allen möglichen Aufsichtsräten vertreten sind und dort über die Unternehmenspolitik bestimmen, gehört mehr oder minder zum Allgemeingut. Das personelle Engagement der Deutschen Bank bei der Daimler-Benz AG aber ist einmalig: Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates ist der entnazifizierte Nestor des bundesdeutschen Bankenwesens **Hermann J. Abs**. Abs ist hauptamtlich Ehrenvorsitzender der Deutschen Bank. Den Aufsichtsrats-Vorsitz bei Daimler nimmt **Dr. Wilfried Guth** ein, Mitglied des Vortands der Deutschen Bank. Und der Dritte im Bunde ist **Dr. Alfred Herrhausen**, der zwar nur „einfaches" AR-Mitglied bei Daimler ist, dafür aber sein Gewicht als Vorstandssprecher der Deutschen Bank auf die Waagschale legen kann. (Daimler-Benz AG, Die Großen 500) (1)

Von der Daimler-AG zur BRD-AG?

Vor diesem Hintergrund mag zunächst verwundern, daß in der öffentlichen Diskussion die Rolle und Politik der Deutschen Bank bei diesem Deal völlig unterbelichtet sind. Das hat in erster Linie ideologische Gründe. Denn die grundgesetzlich verankerte Ideologie der Marktwirtschaft geht natürlich bei diesem Coup baden. Die Konzentration des Kapitals und der Einfluß der Banken auf diesen Prozeß sind Tabuthemen.

Auch leise Zweifel sind nicht erlaubt, zumal wenn sie von denen kom-
Auch leise Zweifel sind nicht er-laubt, zumal wenn sie von denen kom-
men, die in ihrer Funktion als Hüter des freien Marktes, des Wettbewerbs etc. auftreten sollen. So wurden die „harten Vorwürfe" — Originalton „Handelsblatt" — des Kartellamtspräsidenten Kartte, *„die deutschen Banken seien die heimlichen Drahtzieher der zu beobachtenden Fusionswelle"*, flugs vom Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Herrhausen, und dem Commerzbank-Chef Seipp zurückgewiesen. Beide sind übrigens im Daimler-Aufsichtsrat vertreten.

Doch das Dementi geriet zur Bestätigung: *„In den Fusionsfällen, an denen die Deutsche Bank beteiligt gewesen sei, habe man das Kriterium der Wettbewerbsförderung erfüllt. Außerdem sei zu beobachten, daß eine oligopolistische Konkurrenz härter sein könnte als eine atomistische."* (Handelsblatt, 29./30.11.85) Daß multinationale Konzerne im (internationalen) Konkurrenzkampf härter auftreten können als kleinere Unternehmenseinheiten, was hier gesagt wird, mag unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise zutreffen. Damit ist aber die aktive Rolle der Banken in dem Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß nicht widerlegt. Im Gegenteil, Deutsche Bank Vorstandssprecher Herrhausen zeigt gleich die dimension auf: *„Diese Vorgänge seien nicht nur unter binnenwirtschaftlichen Aspekten, sondern im weltwirtschaftlichen Gefüge zu sehen. Internationale Firmen wie BMW oder Daimler müßten ihre Unternehmensziele auf die weltwirtschaftlichen Perspektiven ausrichten."* (s.o.) Das Ziel ist also eindeutig Marktbeherrschung.

Da wäre es nur konsequent, eine einzige „BRD Aktiengesellschaft" zusammenzuschmieden. Von der Richtung her ist das gar nicht so abwegig. Denn das jüngste Kind der Deutschen Bank übertrifft an Gigantomanie alles bisher dagewesene: Der neue multinationale Technik- und Rüstungskonzern Daimler/AEG/MTU/Dornier bringt es bei fast 300.000 Beschäftigten auf etwa 70 Milliarden (Jahres-)Umsatz und wird somit unangefochten zur Nr. eins in der BRD; in der Weltrangliste nimmt er seinen Platz irgendwo zwischen Rang 15 und 20 ein. *„Der neu entstandene Stuttgarter Verkehrs- und Technologie-Multi überholt in einem Zug Volkswagen, Nissan und Chrysler und schließt zu Toyota, dem drittgrößten Autowerk der Welt, auf. Der Blick richtet sich nicht mehr nur vorwiegend auf die Wettbewerber in München, Ingolstadt oder Wolfsburg, sondern nun auch auf die Giganten in Detroit und Tokio."* (Capital, 12/85)

Mit ihrer Beteiligungs- und Industriepolitik, setzt sich die Deutsche
Mit ihrer Beteiligungs- und Industriepolitik setzt sich die Deutsche
Bank noch deutlicher von ihren ewigen Konkurrentinnen im Kreis der großen Drei (Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank) ab und baut ihre Spitzenposition weiter aus. Die Sanierung der AEG ist zwar unter Federführung der Dresdner Bank betrieben worden. Dr. Hans Friderichs war bis zu seinem Gerichtsverfahren Vorstandssprecher der Dresdner Bank und führte auch den Vorsitz des AEG-Aufsichtsrates. Aber die Früchte fährt jetzt die Deutsche Bank mit dem guten Stern nach Hause.

Sowohl die Dresdner Bank als auch die Commerzbank haben sich in letzter Zeit bei einigen Transaktionen/Investitionen etwas verkalkuliert. Inwieweit das eine Rolle spielt für die aktuellen Verschiebungen im Bankengefüge, vermag ich nicht eideutig zu sagen. Eindeutig aber ist Daimler mit Geld so vollgesogen, daß der AEG-Kaufpreis (zwischen 2 und 2 1/2 Milliarden Mark) zum größten Teil allein von den Zusatzgewinnen in den USA im letzten Jahr bezahlt werden kann. (Capital, 12/85)

Wo die Deutsche Bank auftaucht, darf Lenin nicht fehlen, bestätigen doch die laufenden Konzentrations- und Zentralisationsprozesse des Kapitals die grundsätzliche Richtigkeit und Aktualität der Leninschen Imperialismusanalyse. Lenin hatte „die Banken und ihre neue Rolle" maßgeblich anhand der Aktivitäten der Deutschen Bank untersucht, und daraus den Schluß gezogen: *„Das 20. Jahrhundert ist also der Wendepunk vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zu der Herrschaft des Finanzkapitals."* (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Bd. 22, S. 229)

O.M.G.U.S. vergessen? Aktualisieren!

Die Deutsche Bank war immer schon Spitze, und sie ist es wieder geworden, obwohl es eine — viel zu kurze — Zeit nicht so aussah. Die Finanzabteilung der Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland hatte nämlich in einem 1946/47 erarbeiteten Bericht die Kriegsverbrechen der Deutschen Bank zusammengetragen und empfohlen, daß *„1. die Deutsche Bank liquidiert wird, 2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsvebrecher vor Gericht gestellt werden, 3. die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden."* (OMGUS, Ermittlungen gegen die Deutschen Bank, S. 11) Daraus ist bekanntlich nichts geworden, außer einer rund zweijährigen Episode, die *„eine bruchlose Kontinuität verhinderte."* (ebd., S. 540) Als zu mächtig erwiesen sich die Finanzmagnaten, ihre Verbindungen und ihr Einfluß waren zu weitreichend — und ihre Flexibilität war erstaunlich.

Diese Eigenschaften haben sich bis heute beibehalten. Und so bleibt noch nachzutragen, daß die Deutsche Bank heutzutage nicht nur mit Dornier an der Spitze der Weltraumrüstung (SDI und EUREKA) steht, sondern über Mannesmann auch an der Spitze des Osthandels. In einer Zeit nach der ersten sogenannten Ölkrise, als die bürgerlichen Kommentatoren „Ausverkauf nationaler Interessen an die Ölscheichs" schrien, hat die Deutsche Bank das Scheichtum Kuweit sich mit rd. 14% an Daimler beteiligen lassen. Recycling von Petrodollars nannte man das vornehm. Und es dürfte ein geschickter Zug der Bank gewesen sein, um somit andere Transaktionen finanzieren zu können. Denn es war bekannt, daß die Kuwaitis nur eine Geldanlage suchten; im Aufsichtsrat der Daimler-Benz AG sind sie nicht einmal vertreten.

Schließlich ist auch die Integration von Sozialdemokraten für die Bankiers kein Widerspruch. Nach dem Tode des ehemaligen Daimler-Chefs Prinz soll die Deutsche Bank zwar verhindert haben, daß der Daimler-Finanzchef **Edzard Reuter**, der wie sein Vater Ernst Reuter, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin, Sozialdemokrat ist, die Nachfolge als Konzernherr antritt. (Spiegel Nr. 43/85) Aber dafür durfte Reuter junior mit dem Kauf von MTU, Dornier und AEG seine Talente voll entfalten — und wurde dafür belohnt, indem man ihn unlängst zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates von Dornier kürte. AR-Mitglied bei MTU und AEG ist er ohnehin schon. Wenn es der Wähler denn will, kann Reuter noch eine zweite Karriere starten: Er gilt als Wirtschaftsministerkandidat im Schattenkabinett des Johannes Rau.

Ha., Hamburg

Anmerkungen

1) Neben der Deutschen Bank drücken aber auch je ein Vertreter der beiden anderen konkurrierenden Großbanken die Ledersessel des Aufsichtsrates bei Daimler. Es sind dies Dr. Wolfgang Röller, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank AG und Dr. Walter Seipp, Vorstandsvorsitzender der Commerzbank AG. Ansonsten lümmeln da noch rum: Dr. Friedrich Karl Flick, der Herr der Republik; Dr. Marcus Bierich, Allianz-Vorstand und AR-Vorsitzender der Mercedes-Automobil-Holding AG; Dr. Närger, Siemens-Vorstand; Dr. Roland Schelling, Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz und etliche Arbeitnehmer-Verdreher. (Daimler-Benz AG, Die Großen 500 Nr. 84 vom 6.9.84)

Blohm + Voss kauft HDW-Hamburg

In aller Stille haben Vertreter des Thyssen-Konzerns (Hauptanteilseigner von Blohm + Voss) und des Salzgitter-Konzerns (Hauptanteilseigner von HDW, zu hundert Prozent in Bundesbesitz) eine lang erwartete Entscheidung vorbereitet: Blohm + Voss kauft das Hamburger Werk HDW. Der Name HDW, einstmals der größte Arbeitgeber in Hamburg, wird damit endgültig aus dem Hamburger Hafen verschwinden und mit ihm erneut zunächst ca. 400 Arbeitsplätze, wobei Belegschaft und Betriebsrat bei HDW davon ausgehen, daß es damit sein Bewenden nicht haben wird.

Erst nach und nach schält sich heraus, daß der Hamburger Werften-Deal in einem doppeltern Zusammenhang steht: Zum einen ist damit ein weiterer Schritt vollzogen in dem seit 1972 planmäßig betriebenen Kapazitätsabbau der bundesdeutschen Schiffbau-Industrie. Zum anderen teilen die Konzerne Thyssen und Salzgitter ein bedeutsames Segment des Kriegsschiffbaus neu auf: Thyssen wird die Nummer eins im Bau großer Überwasserschiffe (Fregatten), während Salzgitter seine Führung im U-Boot-Bau stärkt Das dürfte Konsequenzen haben für eine weitere Thyssen-Werft: die Nordseewerke in Emden, bislang neben HDW-Kiel stark im U-Boot-Bau engagiert.

Dieser Konzentrationsprozeß wird begleitet und befördert durch einen — von der bundesdeutschen Öffentlichkeit kaum registrierten — milliardenschweren Rüstungsschub. Die Bundeswehr erhält „außerplanmäßig" zwei neue Fregatten F 122, 40 Tornado-Kampfflugzeuge und 250 Kampfpanzer Leopard II. Weitere 400 Mio. Mark Steuergelder ermöglichen Blohm + Voss ein lang ersehntes Milliardengeschäft: den Bau von drei MEKO-Fregatten für NATO-Partner Portugal.

Die Tragödie der HDW-Belegschaft

Völlig überrascht wurden die Belegschaften von HDW Hamburg und Blohm + Voss am 19.11. von einer klammheimlich ausgehandelten Entscheidung: Blohm + Voss kauft das Hamburger HDW-Werk. Schon drei Tage später sollten die Aufsichtsräte den Deal beschließen. Bei HDW war jedem klar, was das bedeutet: wieder die Angst um die Arbeitsplätze, das Gespenst der Arbeitslosigkeit, das diese gebeutelte Belegschaft wie kaum eine andere seit mehr als einem Jahrzehnt begleitet. Kaum sechs Wochen vorher war das Werk — gegen den Widerstand der Arbeitnehmervertreter — in die „Selbstständigkeit" entlassen worden. Aus der HDW Hamburg und Kiel AG war der Hamburger Teil abgekoppelt und in eine GmbH umgewandelt worden, die, so die Versprechungen des Vorstandes, nunmehr aus eigener Kraft ertragsorientiert wirtschaften sollte. Übriggeblieben waren von dem ehemals größten westdeutschen Werftbetrieb ohnehin nur die Bereiche Schiffsreparatur und Maschinenbau mit ca. 2.150 Beschäftigten. Ein Blick hinüber zum großen Nachbarn Blohm + Voss macht deutlich, wo zuerst der Hebel angesetzt werden würde: Auch B + V macht Schiffsreparaturen, und zwar mit Gewinn; auch B + V hat einen Maschinenbau, wenn auch mit einer anderen Produktpalette. Trotz der Ankündigung von B + V-Vorstandssprecher Budczies, daß HDW unter dem neuen Namen „Blohm + Voss Ross GmbH" als eigenständiges Unternehmen weitergeführt werden soll, rechnen alle HDW-Kollegen, aber auch die B + V-Kollegen damit, daß die Tage des Standorts Ross gezählt sind. Auf die besorgte nachfrage von B + V-Betriebsräten nach Auswirkungen auf die Arbeitsplätze bei B + V erhielten sie zwar die Antwort, daß sich dort im Wesentlichen nichts ändern sollte; jedoch weigerte sich der Vorstand, für das Jahr 1986 eine Beschäftigungsgarantie abzugeben.

Es lag nicht nur an der Kürze der verbleibenden Zeit, daß die Möglichkeiten zur Organisierung von Widerstand auf objektive Grenzen stieß. Immerhin hatte man es jetzt sogar mit zwei mächtigen Gegnern zu tun; außerdem ist die HDW-Belegschaft nach der aufsehenerregenden Besetzung der Werft im September 1983, die die Entlassung von 1.340 Kollegen letztlich nicht verhindern konnte, stark geschwächt: ca. 90% der gewerkschaftlichen Vertrauensleute waren unter den Entlassenen.

So richtete sich der Protest der Arbeitnehmer-Vertreter zunächst vor allem dagegen, daß Betriebsräte und Aufsichtsratsmitglieder erst drei Tage

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

vor den entscheidenden Abstimmungen informiert wurden, und das auch nur völlig unzureichend. In gemeinsamen Sitzungen von führenden Betriebsräten, Vertrauenskörper-Leitungen der beiden Betriebe sowie Bezirksleitung und Ortsverwaltung der IG Metall einigte man sich auf eine gemeinsame Linie für die am nächsten Tag anstehenden Aufsichtsratssitzungen. Tatsächlich wurde in beiden Sitzungen noch einmal der Aufschub der Abstimmung erreicht, wenn auch nur für eine knappe Woche.

Immerhin gelang es in dieser Woche, noch einen öffentlichkeitswirksamen Auftritt zu organisieren.

Am 27.11. wollten ca. 150 HDW-Kollegen, unter ihnen auch eine Reihe B + V-Vertrauensleute sowie der B + V-BR-Vorsitzende und der VK-Leiter, die gerade tagende Hamburger Bürgerschaft, das Landesparlament, mit ihrem Problem konfrontieren. Erschreckte Polizisten riegelten sofort die Rathaustore ab, als die Kollegen auf dem Rathausplatz einige Transparente entrollten. Schließlich konnte unter Parteigenossen geregelt werden, daß die SPD einen Raum für eine improvisierte Pressekonferenz im Rathaus organisierte. Dem dazugekommenen Wirtschaftssenator Volker Lange und der Presse wurden Protesterklärungen gegen den Verkauf vorgetragen und insbesondere erneut die während der Besetzung entwickelte Forderung vorgetragen, daß die Stadt Hamburg sich mit einer Sperrminorität an HDW beteiligen sollte. Bürgermeister von Dohnanyi hatte während der Besetzung die Bereitschaft des Senats dazu erklärt, diesen Schritt aber an Bedingungen geknüpft, an deren Erfüllung nicht zu denken war. Die Kollegen forderten nun Einlösung dieses Versprechens. Der Senat sollte sich, so die Kollegen, für die Verwirklichung eines Konzeptes einsetzen, das ebenfalls im Zusammenhang mit der Besetzung entstanden war. Die IG Metall hatte mit Vertretern der Behörde für Umwelt sowie der Behörde für Arbeit und Soziales den Plan einer „Gesellschaft für Energie- und Umwelttechnik" entwickelt, die auf dem HDW-Gelände gegründet werden und durch kommunale Aufträge zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen sollte. Freilich war dieser Plan seinerzeit von Langes Wirtschaftsbehörde rundweg abgelehnt worden. Von den ganzen vorgeschlagenen Produkten, die insbesondere der Energieeinsparung und dem Umweltschutz dienen sollten, fand lediglich das einzige aus dem Rahmen der „ökologischen Modernisierung" (SPD-Motto) fallende Projekt eines Mini-Kugelhaufen-Atomreaktors Langes Zustimmung.

So ließ er auch diesmal die Kollegen kalt abblitzen. Die neuen Anteilseigner wollten Hamburg auf keinen Fall hereinnehmen; der Hamburger Senat wie-

So ließ er auch diesmal die Kollegen kalt abblitzen. Die neuen Anteilseigner wollten Hamburg auf keinen Fall hereinnehmen; der Hamburger Senat wie-

derum knüpfe seinerseits seine Beteiligung daran, daß der Bund nicht aus seiner Verantwortung entlassen werde. Der Bund als Alleininhaber des Salzgitter-Konzerns trat aber gerade als fest entschlossener Verkäufer in diesem Handel auf, hatte er sich doch schon lange darum bemüht, den lästigen Hamburger Standort loszuwerden. Bevor der Senator wieder abrauschte, gab ihm HDW-VK-Sprecher Kühnle noch mit auf den Weg: „Wenn HDW dann also sterben soll, dann werden wir doch nicht leise sterben." Diese Worte bringen die Kampfperspektive ziemlich genau auf den Punkt.

Die Werftvorstände hatten ihrerseits die knappe Woche genutzt. Es war ihnen gelungen, in den Reihen der IG Metaller eine Spaltungslinie aufzubauen. Mit der Drohung, anderenfalls den Handelsschiffneubau im Kieler Werk zu schließen, erpreßten sie von den dortigen Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat, daß diese dem Verkauf zustimmten; lediglich die Hamburger sowie die IGM-Vertreter stimmten dagegen.

Nur eine Woche danach ließ B + V-Chef Budczies auf der Betriebsversammlung der neuen „Ross GmbH" keine Illusionen aufkommen: vierhundert Entlassungen seien der nächste Schritt. Weil die Belegschaft total überaltert sei, werde den Beschäftigten über 55 Jahre, die im Genuß des tariflichen Kündigungsschutzes sind, ein bis zum 28. Februar 1986 befristetes „lukratives Angebot" gemacht, wenn sie „freiwillig" ausscheiden. Mit diesem Mittel hatte Budczies schon einen Teil der ca. 2.000 Entlassungen bei B + V recht geräuschlos abgewickelt. So wird denn die HDW-Belegschaft, die 1968 nach der Fusion mit der ehemals größten Werft der Welt, Deutsche Werft Hamburg-Finkenwerder, stolze 22.000 Beschäftigte umfaßte, immer weiter dezimiert.

Umsetzung eines langfristigen Plans

„Tod auf Raten", nannten die Werftarbeiter den nunmehr seit 15 Jahren anhaltenden Prozeß des Ausblutens. Der Zusammenschluß der Howaldt-Werke mit der Deutschen Werft hatte von Anfang an das Ziel, planvoll Kapazitäten zu vernichten. Konsequent wurde insbesondere auf der ehemaligen DW jegliche Investition vermieden und nur noch rausgepumpt. Das Werk Finkenwerder wurde 1973 endgültig geschlossen.

Die sozialliberale Brandt/Scheel-Regierung hatte bald nach ihrem Amtsantritt eine Werft-Enquete in Auftrag gegeben, mit deren Veröffentlichung der Kapazitätenabbau und die Vernichtung ganzer Standorte systematisiert wurde. Für Hamburg sah das Gutachten vor, den Schiffsneubau gänzlich aufzugeben. „*Arbeitsplätze (sollten) im Hamburger Schiffbau nur insoweit erhalten werden, als dies zur Sicherung seiner komplementären (= ergänzenden) Funktion gegenüber dem Hafen und der Schiffahrt notwendig ist.*" (Werftenquete, S. 109). Lediglich der Bau von Spezialschifen mit sehr hohem technischen Standard sollte noch eine gewisse Zukunft haben, sowie der Bau von Offshore-Geräten. Diese Orientierung wurde zielstrebig verfolgt. Zeitweilig gegenläufige Tendenzen wie der Tanker-Boom bis 1975 änderten nichts an der verfolgten Politik. Klar war auch, daß in Hamburg nur eine Großwerft übrig bleiben würde. „*Aus der Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Werften erscheint eine Übernahme der HDW-Werke auf privater Ebene durch Blohm + Voss realistischer als eine Fusion.*" Diese Zukunftsperspektive erwartete die damalige Leitung der KB-Betriebszellen HDW und Blohm + Voss in einem Artikel im AK 26, im März 1973. Sie hat sich nunmehr bestätigt. Wichtige Schritte des Werftkapitals auf diesem Wege waren die Schließung des HDW-Werks Reiherstieg 1981 sowie die Aufgabe des Schiffsneubaus im Werk Ross mit der Entlassung von 1.340 Kollegen im Jahr 1983, Auslöser für die eindrucksvolle Werftbesetzung. Auch B + V hat sich aus dem Handelsschiffneubau verabschiedet; 1978 wurde das letzte Handelsschiff abgeliefert. Übrig bleibt nur noch die Zusammenfassung der verbliebenen Reparaturkapazität auf dem B + V-Gelände und damit die Aufgabe des Standorts Ross. Dabei ist es von untergeordneter Bedeutung, ob der HDW-Maschinenbau mit seinem relativ geringen Platzbedarf und den modernen Anlagen auf dem Gelände verbleibt oder ob er auch eines Tages nach Steinwerder übersiedelt. 1983 wurde bekannt, daß im Rahmen des Hamburger Hafen-Entwicklungsplanes ein Entwurf existiert, in dem das Werk Ross nicht mehr auftaucht, ebensowenig wie das benachbarte MAN-Werk, das mittlerweile noch ganze 250 Menschen beschäftigt.

Dieses planmäßige „Gesundschrumpfen" der Werftindustrie, das ebenso an den anderen Standorten in Kiel, Bremen und Bremerhaven sowie in Emden vollzogen wurde und nach wie vor nicht abgeschlossen ist, wurde begleitet von einem unaufhörlichen Strom öffentlicher Gelder aus Bonn und aus den Töpfen der beteiligten norddeutschen Küstenländer. In keine bundesdeutsche Branche sind seit dem Wiederaufbau so viele Steuermilliarden geflossen wie in die Werftindustrie. Der gesamte Vorgang der Vernichtung von ca. 45.000 Arbeitsplätzen auf den Werften erfolgte in enger Absprache mit den verantwortlichen Politikern in Bonn und an der Küste. Allein im Zeitraum von 1975 bis 1983 stellten sie 6 Milliarden Mark zur Verfügung. Diese Gelder flossen mitnichten zur Sicherung von Arbeitsplätzen, sondern waren ausschließlich an einer optimalen Kapitalverwertung der Anteilseigner orientiert. Einher ging eine enorme Produktivitätssteigerung auf den Werften (siehe Grafiken). Der IG Metall-Arbeitskreis Alternative Fertigung bei B + V bemerkt dazu in einer Broschüre vom April 1985: „*1970 erwirtschafteten 80.000 Beschäftigte auf den Werften einen Gesamtumsatz von 3,6 Mrd. Mark, 1983 kan es mit 46.500 zu einem Rekordumsatz von über 8,5 Mrd. Mark.*"

Im Rekordjahr 1983 beschlossen Werftbosse und die Ministerpräsidenten der Küstenländer, weitere 9.000 Arbeitsplätze zu vernichten. Diese Vorgabe ist inzwischen übererfüllt: seither sind bereits 13.000 Arbeitsplätze zerschlagen worden.

Neuordnung des Rüstungssektors auf den Großwerften

Auf der Werftenkonferenz 1983 nannte Hamburgs Bürgermeister von Dohnanyi als strategische Aufgaben der bundesdeutschen Werftindustrie neben der Gewährleistung der Versorgungssicherheit noch ein zweites Ziel: die Festigung der Voraussetzungen zur Durchführung des „Verteidigungsauftrages". Blohm + Voss hatte die 1975 heftig einsetzende Krise auf dem Weltmarkt für Großschiffe mit einem verstärkten Engagement im Kriegsschiffbau beantwortet. Zunächst war es das Fregattenbauprogramm der Bundesmarine, von dem vor allem der Bremer Vulkan, HDW-Kiel und auch B + V mit dem Auftrag über jeweils zwei Schiffe des Typs F 122 profitierten.

1977 zog B + V einen bemerkenswerten Auftrag an Land: das durch Ölausfuhren zeitweilig reich gewordene Nigeria bestellte eine Fregatte des völlig neuen Typs MEKO 360. Auf diesen Verkaufserfolg hatte sich B + V lange sorgfältig vorbereitet: „*Bereits 1969 hatte die Werft damit begonnen, ein System zum Bau von Kriegsschiffen zu entwickeln: mit Hilfe der Bundesmarine wurde es innerhalb von sieben Jahren bis zur Produktionsreife vorangetrieben. Dieses System der sog. Funktionseinheiten ist insofern neuartig, als alle Waffenarten und ein Teil der Elektronik in standardisierten Containern untergebracht sind. Diese Technik verkürzt nicht nur die Bauzeit um bis zu 25 Prozent, sondern ermöglicht auch das Auswechseln beschädigter oder veralteter Waffenanlagen innerhalb weniger Stunden. Alle nach diesem System gebauten Kriegsschiffe tragen in ihrer Typenbezeichnung das Kürzel*

das Auswechseln beschädigter oder veralteter Waffenanlagen innerhalb weniger Stunden. Alle nach diesem System gebauten Kriegsschiffe tragen in ihrer Typenbezeichnung das Kürzel

‚MEKO', was für ‚Mehrzweckkombination' steht." (zit. n. „Hamburg kriegsbereit", Broschüre der Hamburger Friedenskoordination, 1985).

Auch für diesen Auftrag war ein enges Zusammenspiel mit der Politik erforderlich. Spielten die Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter, die die Bundesregierung 1971 beschlossen hatte, im Kriegsschiffbau ohnehin nie eine Rolle, so gab es aber noch ein echtes Hindernis, das politisch aus dem Weg geräumt werden mußte. Die Nigeria-Fregatte überschritt mit ihren 3.600 t Wasserverdrängung die Grenze, die der Bundesrepublik in den Verträgen der Westeuropäischen Union (WEU) aus dem Jahr 1954 gesetzt worden war. Lediglich 3.000 t waren zulässig. Rechtzeitig vor Ablieferung des Schiffes sorgte die Schmidt/Genscher-Regierung dafür, daß diese Bestimmung 1980 aufgehoben wurde.

Mit der Hereinnahme eines weiteren MEKO-Auftrags setzten B + V ein Jahr nach Unterzeichnung des Nigeriaauftrags erneut Maßstäbe. Die argentinischen Militärdiktatoren bestellten vier MEKO 360-Fregatten sowie sechs kleinere MEKO 140-Korvetten. Letztere sollten in Argentinien mit von B + V geliefertem Material gebaut werden. Damit angelte sich die Werft den größten Rüstungsexportauftrag in der Geschichte der Bundesrepublik. Wert: ca. 2 Mrd. Mark.

Vielleicht von noch größerer strategischer Bedeutung für das Unternehmen war der Auftrag über vier Fregatten MEKO 200 für die Türkei. Auch wenn Generalunternehmer B + V nur eines der Schiffe selbst baut (Stapellauf war November 1985) und die anderen bei HDW in Kiel (1) und in der Türkei (2) entstehen, so war der Auftrag für B + V aus politischen Gründen außerordentlich wichtig. Immerhin war es doch der erste Verkaufserfolg innerhalb der NATO. Damit kann sich B + V mit einigem Recht die Hoffnung machen, das MEKO-System als Standard der NATO-Mittelmeerflotte durchzusetzen.

Möglich wurde dieser Auftrag nur durch massive Finanzhilfe aus Bonner Steuermitteln. Eine Zeitlang schien das Geschäft an der Finanzschwäche der türkischen Militärdiktatur zu scheitern; eine Auslandsschuld von ca. 60 Mrd. Dollar bedeutete praktisch die Zahlungsunfähigkeit. Die Bundesregierung sprang mit (zweifellos abzuschreibenden) Bürgschaften von etwa 500 Mio. Mark bei.

Es bedarf eigentlich kaum einer Erwähnung, daß die Freigabe der Steuergelder jeweils mit der Begründung abgefeiert wurde, Arbeitsplätze auf den notleidenden Werften zu sichern. Aber auch bei B + V sank die Zahl der Beschäftigten ständig weiter, namentlich im Schiffbau. Da die Fregatten zwar einen sehr hohen Aufwand an Konstruktionsstunden erfordern, aber vergleichsweise wenig Fertigungsstunden, ist der Beschäftigungseffekt ungewöhnlich gering. Der Arbeitskreis Alternative Fertigung stellte in einer vergleichenden Berechnung fest, daß mit dem gleichen Aufwand an öffentlichen Geldern etwa fünfmal mehr Beschäftigung auf den Werften hätte gesichert werden können, wenn das Geld in den zivilen Schiffbau geflossen wäre, als gerade in den Fregattenbau. Das Arbeitsplatzargument dient im Munde der Politiker und Werftbosse ausschließlich zur Täuschung der Öffentlichkeit. Der B + V-Schiffbau steht nach dem Stapellauf der Türkei-

beitsplatzargument dient im Munde der Politiker und Werftbosse ausschließlich zur Täuschung der Öffentlichkeit. Der B + V-Schiffbau steht nach dem Stapellauf der Türkei-

Fregatte, wenn nicht noch kurzfristig neue Offshore-Aufträge hereinkommen, vor einem langen Zeitraum Kurzarbeit mit praktisch Null Beschäftigung und möglicherweise neuen Entlassungen.

Ein Geleitzug kommt in Fahrt

Kurz vor seinem Rücktritt in diesem Jahr überraschte der Bremer Bürgermeister Hans Koschnik (SPD) die Öffentlichkeit damit, daß er als Oppositionspolitiker der Bonner Regierungskoalition bei einem heftig umstrittenen Gesetzesvorhaben die notwendige Mehrheit sicherte. Um den von Verteidigungsminister Wörner (CDU) entdeckten „Beförderungsstau" in der Bundeswehr abzubauen, wollte er einen gesetzlichen Weg schaffen, um 1.200 hohen Offizieren „jenseits der Knackigkeitsgrenze" (gemeint war damit 45 Jahre und älter) den vorzeitigen Ruhestand nebst hohen Abfindungssummen zu ermöglichen. Die Industrie riß sich alsbald um diese wohldisziplinierte Garde von Führungskräften, und im Verteidigungsministerium liefen in kurzer Zeit dreimal so viele Ruhestands-Anträge ein, als Wörners Planungen vorsahen. Der Gesetzesentwurf passierte mit der Mehrheit der Regierungsparteien den Bundestag. Im Bundesrat brauchte Wörner jedoch mindestens eine Stimme eines SPD-regierten Bundeslands.

Koschnik sprang in die Bresche. Das Rätselraten um Koschniks ungewöhnlichen Schritt hielt nicht lange an. Fast zeitgleich wurde in Bonn bekannt, daß die Bundesmarine zwei weitere Fregatten F 122 in Auftrag geben werde, obwohl die Marine-Planungen eine Neubeschaffung von Fregatten erst für die 90er Jahre vorsah. Wie zu hören war, hatte die Marine in ihrem Haushalt noch genügend nicht abgeflossene Gelder entdeckt, die den vorgezogenen Auftrag ermöglichten. Und da traditionell auch Heer und Luftwaffe nicht darben sollen, wenn die Marine be-

hatte die Marine in ihrem Haushalt noch genügend nicht abgeflossene Gelder entdeckt, die den vorgezogenen Auftrag ermöglichten. Und da traditionell auch Heer und Luftwaffe nicht darben sollen, wenn die Marine be-

dient wird, können sie, obwohl nicht einmal ausdrücklich Bedarf angemeldet ist, demnächst mit 40 zusätzlichen Tornado-Kampfflugzeugen und einem weiteren Los von 250 Kampfpanzern Leopard II rechnen. Allein letztere werden nach bisherigem Stückpreis von ca. 5 Mio. Mark immerhin 1,25 Mrd. Mark verschlingen. Profitieren wird hiervon neben anderen der zweite B + V-Rüstungsbereich, die „Wehrtechnik Land". Die in den letzten Jahren gelaufene Fertigung von 1.800 Wannen und Türmen läuft im kommenden Jahr aus.

Doch zurück zum Kriegsschiffbau. Obschon nie offiziell bestätigt, zweifelt in Bonn niemand an einem Zusammenhang zwischen dem Abstimmungsverhalten Koschniks und der Tatsache, daß eine der beiden Fregatten beim Bremer Vulkan gebaut wird; die zweite wird auf die neben B + V kleinere Thyssenwerft Nordseewerke Emden vergeben, also nach Niedersachsen. Ebenfalls zu den Gepflogenheiten der Vergabe Bonner Flotten-Rüstungsgelder gehört, daß alle vier Küstenländer was abkriegen. In dieser Situation konnte B + V ein Geschäft durchbringen, das an lange Zeit schier unlösbaren Finanzproblemen zu scheitern drohte.

NATO-Mitglied Portugal hatte großes Interesse an drei MEKO-Fregatten bekundet, um sie im Atlantik im Gebiet der Azoren einzusetzen. Diese Aufgabe bestreitet Portugal bislang mit Korvetten, die ebenfalls bei B + V sowie auf der spanischen Bazan-Werft gebaut worden waren. Sie gelten in NATO-Kreisen als ungeeignet, waren sie doch seinerzeit von Portugal für den Kolonialkrieg in den inzwischen befreiten afrikanischen Kolonien bestellt worden.

Portugal ist ebensowenig wie die Türkei aus eigener Kraft in der Lage, eine derartige Aufrüstung zu finanzieren (Auftragswert: 1,95 Mrd. Mark für drei Schiffe). Von Anfang an war klar, daß der Auftrag ohne Bonner Gelder in dreistelliger Millionenhöhe nicht zustandekommen würde. Noch vor weni-

ren (Auftragswert: 1,95 Mrd. Mark für drei Schiffe). Von Anfang an war klar, daß der Auftrag ohne Bonner Gelder in dreistelliger Millionenhöhe nicht zustandekommen würde. Noch vor weni-

gen Monaten war Außenminister Genscher nicht eben freundlich verabschiedet worden, nachdem er in Lissabon einen 40-Millionen-Scheck Bonner Militärhilfe überreicht, die Forderung nach einer 500 Millionen-Beteiligung am Fregattenbau aber rundweg abgelehnt hatte.

Inzwischen ist der MEKO-Vorstoß in den Atlantik praktisch perfekt, noch

Fortsetzung nächste Seite

Werftarbeiter protestieren im Rathaus gegen den Verkauf. Von links: HDW-BR Pilgrim, Wirtschaftssenator Lange, HDW-BR Kühnle, B + V-BR Taschenberger. Zu welchem der Herren aber gehört der finstere Bodyguard im Hintergrund?

Fortsetzung von vorheriger Seite

in diesem Monat sollen die letzten Unterschriften geleistet werden. Am 8.11. meldet das ,,Hamburger Abendblatt'' die Bewilligung von 394 Mio. Mark Militärhilfe, auch die Amerikaner, die Waffenleitsysteme liefern sollen, haben ebenso wie Portugal noch etwas zugelegt. Ähnlich wie beim Türkei-Auftrag ist B + V Generalunternehmer und baut mindestens ein Schiff; ein zweites kommt von HDW aus Kiel. Gegenwärtig ist noch unklar, wo das dritte Schiff gebaut wird. So bekommen auch Hamburg und Schleswig-Holstein ihre Fregatten, und alles ist in Butter ...

Für Blohm + Voss bedeutet dieser Auftrag eine immense Stärkung seiner Position auf dem Fregattenmarkt und unterstreicht den Hamburger Führungsanspruch NATO-weit. Dabei ist die Stellung auch bisher schon alles andere als bescheiden. B + V-Vorstandssprecher Dr. Budczies ist Vorsitzender des Verwaltungsrats der nur wenig bekannten MTG Marinetechnik GmbH mit Sitz in Hamburg. In dieser Braintrust-Firma, an der alle Kriegsschiffbauer sowie die Elektronik-Industrie beteiligt sind, hecken 150 hochqualifizierte Ingenieure immer neue Schrecklichkeiten für die Seekriegsführung. Hier wurden u.a. auch wesentliche Entwicklungsarbeiten für die F 122 geleistet.

Als nächstes Großprojekt steht für die MTG die Entwicklung einer standardisierten NATO-Fregatte für die neunziger Jahre an. Auf deutscher Seite nimmt die MTG die Rolle der Führungsfirma in einem Konsortium ein, das insgesamt sieben NATO-Länder und 130 Firmen umfaßt. Sitz der ,,Internationalen Schiffsstudiengesellschaft mbH'' (ISS) wird Hamburg sein. Federführend bei der Entwicklung der Fregatte 90: B + V-Vorstandsmitglied Dr. Rohkamm, Leiter des Marineschiffbaus.

Kooperationsvertrag zwischen HDW Kiel und Blohm + Voss

Der Monat November hatte noch eine Meldung zu bieten, die für die Werften von Bedeutung ist. Zwischen Kiel und Hamburg würde ein Vertrag geschlossen, der, so schält sich langsam heraus, die zukünftigen Marktverhältnisse im Kriegsschiffbau zwischen den Konzernen Thyssen und Salzgitter regelt. Danach, so meldete die ,,taz'' am 28. und 30.11. unter Berufung auf ,,gut informierte Kreise'', soll Thyssen via Blohm + Voss die unumstrittene Führung des Fregattenmarktes übernehmen, während Salzgitter via HDW Kiel, das gerade 150 Mio. Mark in den Bau einer neuen U-Boot-Fabrik investiert, ,,*wesentliche Auftragskapazitäten*'' (,,taz'') von dem bislang einzigen Mitbewerber im U-Bootbau, den Thyssen Nordseewerften in Emden erhält. Die ,,taz'' zitiert den Betriebsratsvorsitzenden der Emdener Werft, Walter Gehlfuß: ,,*Es gibt Anzeichen dafür, daß nach den Wahlen die Bude dichtgemacht wird.*'' In Emden stehen 2.100 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Geburtshilfe soll beim Abschluß des Kooperationsvertrages die Bundesregierung mit ihrer Portugal-Militärhilfe gespielt haben.

Nach Meinung von Frank Teichmüller, IG Metall-Bezirkssekretär und Mitglied im Aufsichtsrat der HDW, haben die Portugal-Millionen aber a u c h für den nötigen Druck aus Bonn gesorgt, die Blohm + Voss-Bosse zu dem Kauf des Hamburger HDW-Werks zu bewegen. Bis zum weitgehenden Abschluß der ,,Sanierung'' der staatseigenen Nachbarwerft auf Kosten von Steuergeldern hatten sich die Thyssen-Leute nie sehr für eine Übernahme des Betriebes erwärmen können. Die Übernahme der HDW-Hamburg erscheint unter dem Lichte viel bedeutender machtpolitischer Veränderungen in der Branche fast als eine untergeordnete Dreingabe, als eine Vertragsbedingung, mit der quasi im Vorbeigehen ein altes, eher lästiges Problem seiner endgültigen Erledigung zugeführt wird. So, wie ein Autohändler, der eine Partie guter Gebrauchtwagen übernimmt und dabei auch mal 'ne alte Rostbeule akzeptieren muß.

Die ,,taz'' zitiert gewerkschaftliche Schätzungen, nach denen die Kooperation zwischen Blohm + Voss und HDW Kiel, zwischen Thyssen und Salzgitter, zwischen dem Privatkapital und dem Staatskonzern mindestens 1.000 weitere Arbeitsplätze auf den Hamburger Werften kosten wird. Wobei noch nicht entschieden ist, ob es nur die HDWler oder auch Blohm + Voss-Kollegen treffen wird.

Merke also: Rüstung sichert Arbeitsplätze. Auch an der Küste. Ahoi!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Lufthansastreik:
Ein tarifpolitisches Desaster

BILD: ,,Es geht um ganze 75 Mark. Diesen Streik versteht keiner!''
Ruhnau: ,,Ein Arbeitskampf fügt dem Unternehmen Schaden zu. Er steht in keinem Verhältnis zu der Forderung um die es geht.''

Was BILD ist, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Und Heinz Ruhnau? Vorstandsvorsitzender der Lufthansa, SPD- und IG Metall-Mitglied; früher Innensenator in Hamburg; davor Leiter des Hamburger IG Metall-Bezirks; später aufgestiegen zum Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, von wo aus er — mit Protektion seiner ÖTV-Kollegen bei der Lufthansa — in deren höchstes Management zum heutigem Job vorstieß. Alles in allem also ein gestandener sozialdemokratischer Gewerkschafter mit Traumkarriere, wie sie halt nur in einem Staatsunternehmen möglich ist. — BILD und Ruhnau haben eines gemeinsam: Mögen tun sie die Arbeiter nicht, aber brauchen schon.

Den Stolz der ,,Lufthanseaten'' verletzt

Was also haben die Kollegen bei der Lufthansa falsch gemacht? Wo hat die Gewerkschaft ÖTV versagt? Richtig, sie haben zu wenig gefordert. Z.B. 200 oder 300 Mark mehr, dann hätte BILD geschrieben: Das versteht jeder. Oder: Statt 1.800 Mark im Monat für angelernte Arbeiter, Küchen- und Putzpersonal sowie 18.000 im gleichen Zeitraum für Flugkapitäne, mindestens 3.000 Mark für alle, dann hätte Ruhnau gesagt, der Streik steht im Verhältnis zur Forderung.

Doch ging es um 75 Mark mehr? Die ÖTV sagt, ja, auch, aber es ging auch gegen die Wende in der Tarifpolitik der Lufthansa. Denn seit der Wende in Bonn ist das zu 81% in Bundesbesitz befindliche Luftfahrtunternehmen zwar nach wie vor vom sozialdemokratischen Filz in Vorstand und Gewerkschaft gelenkt, steht aber unter dem politischen Druck der neuen Bonner Mehrheit. Ruhnau hat damit keine Probleme, seine Gewerkschaftskollegen mit Kontakt zur Basis schon. Ruhnau sagt, ,,*Neid und Mißgunst*'' bringen die Lufthansa nicht voran. Oder anders gewendet: Auch bei uns gilt, ,,*Leistung muß sich wieder lohnen*''. Deshalb sollte 1985 die betriebsübliche Gewinnbeteiligung nicht wie in den Vorjahren einheitlich ausgezahlt werden, sondern leistungsbezogen gestaffelt (in den letzten acht Jahren gab es im Schnitt 400 DM, 1984 allerdings 1.100 DM). Also bot der Vorstand 1985 an: 850 DM plus 6%, mindestens aber 960 DM für jeden. Da springen dann für den Flugkapitän schon mal bis zu 2.000 DM bei raus, doppelt so viel, wie beim Putzpersonal. Ist das nicht einer Tarifpolitik angemessen, die ihm zehnmal so viel Lohn ermöglicht? Eigentlich ja, und ernstnehmen kann man vor diesem Hintergrund die ÖTV-Parole ,,*Für eine gerechte Tarifpolitik*'' wohl kaum, mit der die Forderung nach einheitlich 1.100 DM für alle begründet wurde.

Und doch gab es einen Streik, den der Geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV gar nicht gewollt hat. Warum? Nun, Ruhnau stellte auch fest: ,,*Der Geist der Zusammenarbeit hat die Lufthansa stark gemacht.*'' In der Tat, dieser betriebspartnerschaftliche Geist vom ,,Lufthanseaten'', abgesichert mit überdurchschnittlicher Bezahlung, sozialer Absicherung und Vergünstigungen wie z.B. die Gewinnausschüttung hat die Situation bei der Lufthansa geprägt. Der sogenannte ,,leistungsbezogene'' Lohn ist längst Wirklichkeit. Wenn Ruhnau dann zur Änderung eines Gewohnheitsrechts einheitlicher Gewinnausschüttung begründet, ,,*die Leistung des einzelnen Mitarbeiters muß anerkannt werden*'', dann verletzt er die in ihrem Stolz und Selbstbewußtsein, die bislang ohne Murren das Beste für ,,ihre'' Firma gegeben haben. Wenn dann noch so en passant bekannt wird, daß die Vorstandsmitglieder sich einheitlich 40.000 DM Prämie genehmigt haben, Direktoren einheitlich 20.000 DM erhalten, Abteilungsleiter einheitlich 8.000, dann dürften ja wohl für die große Masse einheitlich 1.100 DM nur rechtens sein. Diese zusätzliche Beleidigung scheint das ,,Geheimnis'' des Lufthansa-Streiks zu sein, an dem viele sich beteiligten, obwohl sie mit ihrer Forderung nach 1.100 DM für alle am Ende weniger ausgezahlt bekommen hätten, als beim Lufthansa-Angebot der Differenzierung. Also ging es gar nicht so sehr ums Geld, als vielmehr um die angegriffene Ehre der ,,Lufthanseaten''.

Ein Streik, der nicht gewollt war

Ein Streik bei der Lufthansa ist kein einfaches Unterfangen. Etwa 6.000 der 34.000 Beschäftigten in den verschiedenen Werken sind Besserverdienende vom fliegenden Personal. Sie und die Cockpit-Besatzungen werden gewerkschaftlich durch die DAG oder die ständische Vereinigung Cockpit, die der DAG angeschlossen ist, vertreten. Die ÖTV hat etwa 10.000 Beschäftigte organisiert, die meisten bei den Arbeitern und Facharbeitern des Bodenpersonals und den Service-Diensten. Die Urabstimmung unter den ÖTV-Mitgliedern Ende Oktober brachte 82% Zustimmung zum Streik für die Forderung nach einheitlich 1.100 DM für alle. Doch die ÖTV rief nicht den Streik aus, sondern stellte der Lufthansa ein Verhandlungsultimatum, das drei Tage nach der Urabstimmung zum Ergebnis hatte: 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.025 DM. Den Verhandelnden vom Gewerkschaftsvorstand schien das genug. Aber man hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Basis spielte nicht mit. In Hamburg demonstrierten 1.200 Kollegen zur Versammlung ihrer Vertrauensleute und machten Druck, die Einheitsforderung nicht aufzugeben. Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung mit 6.000 Beschäftigten am nächsten Tag wurden dann die Hamburger Mitglieder der Bundestarifkommission der ÖTV darauf verpflichtet, das Verhandlungsergebnis abzulehnen. Hamburg als größter Lufthansa-Betrieb und die ebenfalls konsequenten Frankfurter sorgten für eine mit 20 gegen 14 Stimmen erfolgte Ablehnung in der Kommission.

Dem ÖTV-Vorstand blieb keine andere Wahl, als den Streik mit Beginn am 11. November auszurufen. Der Lufthansa-Vorstand war gut vorbereitet. Sofort ließ er die Gewinnausschüttung überweisen: 850 DM plus 6%, mindestens 1.025 DM, das Geld war bereits am zweiten Streiktag auf den Konten. Eine täglich erscheinende, höchst professionell gemachte Streikbrecherzeitung, ,,Der Lufthanseat'', wurde in hoher Auflage auf den Markt geworfen. Der ÖTV-Vorstand reagierte mit einer klammheimlichen Veränderung der Forderung: aus 1.100 DM für alle wurden 1.100 DM mindestens, wollte man sich doch nicht auch noch dem Vorwurf aussetzen, einigen Leuten wieder Geld wegzunehmen. Etwa 6.000 Beschäftigte rief die ÖTV insgesamt zum Streik auf. Der ökonomische Druck war kurzfristig kaum spürbar, da der Streik fast ausschließlich in den Bereichen Wartung, Überholung und Reparatur stattfand, erst eine längere Streikdauer hätte gravierende Auswirkungen auf den Flugverkehr haben können.

So konnte denn das bewährte Tarifritual ablaufen. Am vierten Streiktag tauchte Georg Leber als ,,Schlichter'' auf. Bis auf einen Vertreter aus dem Arbeitgeberverband saßen sich nur Sozialdemokraten am Verhandlungstisch gegenüber: Ruhnau (IGM) und Frühe (ÖTV) vom Lufthansa-Vorstand, drei sozialdemokratische Hauptvorstandsmitglieder für die ÖTV und Georg Leber (SPD/IG Bau) als Schlichter. Die präsentierten nicht nur eine Einigung, 850 DM plus 6%, mindestens aber 1.060 DM, sondern verfügten eine sofortige Streikaussetzung, was faktisch den Abbruch des Streiks bedeutete. Die Streikenden erfuhren hiervon aus dem Fernsehen, die Mitglieder der Bundestarifkommission der ÖTV sogar noch später, weil sie zu dieser Zeit mit dem Zug anreisten, um über das Verhandlungsergebnis zu entscheiden. So demokratisch sind Gewerkschaften hierzulande.

Das Nachspiel: Die Tarifkommission stimmte mit 21 gegen 13 für den Abschluß, die Hamburger, zuvor von der Basis auf Ablehnung verpflichtet, falls keine einheitliche Forderung rauskommt, stimmten zu und gaben den Ausschlag. In der eigentlich nur noch formalen Urabstimmung — jeder wußte, daß der Streik nicht wieder aufgenommen würde — verpaßten die Gewerkschaftsmitglieder ihrem Vorstand noch einen Denkzettel und stimmten mit 55% gegen das Ergebnis, nur 45% waren dafür. Damit wäre laut Satzung der Streik nicht beendet (50% Zustimmung sind notwendig). In Hamburg mußten sämtliche Tarifkommissionsmitglieder zurücktreten, nachdem aktive Gewerkschafter zuvor 800 Unterschriften für diese Forderung gesammelt hatten. Zurücktreten soll nach ihrer Auffassung auch das maßgebliche ÖTV-Hauptvorstandsmitglied Eike Eulen. Dieser Kauz hatte nach der ÖTV-Vorstands-Entscheidung, sich nicht an das Urabstimmungsergebnis zu halten, den sagenhaften Ausspruch verbrochen, daß man bei Kenntnis des zweiten Urabstimmungsergebnisses gar nicht erst den Streik ausgerufen hätte. Denn: ,,*Wenn man aus der Kirche herauskommt, ist man immer schlauer.*''

,,*Weder Sieger noch Besiegte*'' soll dieser Streik gehabt haben, meinte Ruhnau hinterher. Meistens stimmte dies ja in der letzten Zeit. Man kann mal unterstellen, daß Ruhnau diesen gönnerhaften Ausspruch seinen ansonsten gar nicht widerspenstigen ÖTV-Kollegen zur Güte anbot. Für die ÖTV hat dieser Streik allerdings die Bedingungen für die kommende Tarifrunde im öffentlichen Dienst verschlechtert. Der Lufthansa-Vorstand hat mal so ganz nebenbei vorgeführt, wo die Grenzen gewerkschaftlicher Durchsetzung liegen. Was früher immer souverän im gegenseitigen Deal zwischen Vorstand und Gewerkschaft ausgehandelt wurde, scheiterte diesesmal am harten Kurs des Sozialpartners. Der ließ seine Gewerkschaftskollegen hängen und die schlidderten in einen Streik hinein, den sie nicht wollten. Kein gutes Omen für die Forderung der ÖTV nach 5 - 6% mehr Lohn mit sozialer Komponente für die unteren Lohngruppen. Da Leistung wieder lohnen soll, dürfte eine solche ,,gleichmacherische'' Komponente als erstes auf entschiedenen Widerstand der öffentlichen Arbeitgeber stoßen. Da könnten dann wieder diejenigen als erste aus der gewerkschaftlichen Interessenvertretung herausfallen, die in den Betrieben am schwächsten gesichert sind.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Demonstration in der Abflughalle des Frankfurter Flughafens

ÖTV-Eiertanz mit höherer Mathematik

Nichts ist einem Gewerkschaftsvorstand peinlicher, als eine Urabstimmung zu verlieren. Was tut er also? Er schweigt sich über die konkreten Zahlen aus, wenigstens gegenüber seinen Mitgliedern. Allein der bürgerlichen Presse konnte man entnehmen: 60% der ÖTV-Mitglieder haben sich an der Abstimmung beteiligt, davon haben 55% gegen und 45% für das Ergebnis gestimmt. Das könnte man ja auch seinen Beitragszahlern mitteilen. Stattdessen redet man um den heißen Brei herum, z.B. so:

,,*Während bei der ersten Urabstimmung ... eine überwältigende Mehrheit ... für den Streik gestimmt hatte, ergibt die zweite Urabstimmung ein höchst unterschiedliches Bild:*
Zunächst einmal haben sich an dieser zweiten Abstimmung weit weniger Mitglieder beteiligt, als an der ersten.
Und: Die Mehrzahl der Urabstimmungsbereiche hat sich für die Annahme des Ergebnisses ausgesprochen. In sieben Abstimmungsbereichen ist weit mehr als die Hälfte für Annahme, in fünf Abstimmungsbereichen bleibt das Votum für die Annahme unter 50 Prozent.

Alles in allem heißt das: Die Zahl der Mitglieder zugrunde gelegt, die sich insgesamt an der zweiten Urabstimmung beteiligt haben, ergibt sich nur eine Zustimmung von rund 45 Prozent.
Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn die Zahl der Urabstimmungsberechtigten als Grundlage genommen wird. Bei der ersten Urabstimmung hatten 82 Prozent ... (sich) für den Arbeitskampf ausgesprochen. Bei der zweiten Urabstimmung jedoch haben sich an dieser Zahl nur noch rund 33 Prozent gegen das ... Ergebnis ausgesprochen. Der Vergleich macht deutlich, daß nur noch ein Drittel gegenüber vorher vier Fünfteln der Mitglieder Möglichkeiten sieht, das Ergebnis des Konflikts zu verbessern'' (aus: ÖTV-Informationen für die Lufthansa, 25.11.85).

Tip an die ÖTV-Kollegen: Noch besser hättet ihr dagestanden, wenn ihr das Ergebnis auf die Zahl aller Lufthansa-Beschäftigten hochgerechnet hättet, so wie die FDP dies ja zukünftig bei Urabstimmungen gesetzlich einführen möchte.

Wochenendarbeitsmodell im Norden: Hurra, wir dürfen sonntags arbeiten!

Anfang des Jahres warb ein Kleinunternehmer aus Wahlstedt (Bad Segeberg) in einem lokalen Anzeigenblatt unter dem Motto: „Massenhaft Arbeit für DM 8,- je Stunde". 300 Arbeitslose sollen sich gemeldet haben. Drei stellte er als Hilfsarbeiter ein. Die Aktion fand in den Medien der BRD ein breites Echo, so daß der Kleinunternehmer Hintz sich ermuntert sah, mit einer „beschäftigungspolitischen Offensive" nachzustoßen. Mit von Lambsdorff und Haussmann abgekupferten Sprüchen wie „Tarifpolitik verhindert Arbeit", setzte er sich für eine Öffnung der Tarifverträge nach unten ein.

Der Norden der Bundesrepublik scheint für solcherart „Beschäftigungspolitik" das richtige Pflaster zu sein. Mit „Strukturproblemen" kämpfend und gebeutelt von überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit gedeihen hier Modelle, die für die westdeutschen Kapitalisten richtungsweisend sind.

So macht in letzter Zeit verstärkt die Wochenendarbeit von sich Reden. Die Medien vermitteln zufriedene Gesichter: Stolze Fertigungsleiter, glückliche Wiederbeschäftigte, strahlende Betriebsräte. Nur die Behördenvertreter sind noch nicht mit dem ganzen Herzen dabei. Aber das kann sich unter dem Druck der „öffentlichen Meinung" bald ändern.

Druck der „öffentlichen Meinung" bald ändern.

Öffentliches Interesse an Höschenwindeln?

Im August '84 wurden in der Mikrochip-Fertigung bei der Firma **Valvo in Hamburg** 55 Arbeiter neu eingestellt. Sie arbeiten samstags und sonntags im wöchentlichen Wechsel mal tags mal nachts, jeweils 12 Stunden pro Schicht. Werktags müssen sie außerdem alle 14 Tage für vier Stunden zur Arbeit. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit beträgt 26 Stunden. Dafür bekommen sie ca. 2.000 DM netto im Monat. Das Amt für Arbeitsschutz genehmigte den entsprechenden Antrag der Firma und gab grünes Licht für diese außergewöhnliche Arbeitszeit. Laut Arbeitszeitordnung (§ 28) können Ausnahmen von den geltenden Arbeitsschutzvorschriften zugelassen werden, *„wenn sie im öffentlichen Interesse dringend nötig werden."* Valvo begründete den Antrag mit den besonderen Bedingungen der Mikrochip-Produktion. Diese werden in staubarmen Räumen unter gleichmäßigen Temperaturbedingungen mit kostspieligen Diffusionsöfen hergestellt. Bei Unterbrechung der Produktion am Wochenende könne Valvo im internationalen Chip-Wettbewerb nicht mithalten, so Valvo-Werksleiter Lüken im „Spiegel".

Und da die Valvo-Stammbelegschaft vor der Wochenendarbeit durch Tarifvertrag geschützt ist, blieb den Kapitalisten eben nichts anderes übrig als neue Leute einzustellen.

Auch bei **Polygramm in Hannover**, dem größten CD-Platten-Hersteller der Welt gibt es seit dem 13./14. April dieses Jahres Wochenendarbeit. Die Produktion läuft jetzt sonnabends/sonntags rund um die Uhr. 350 Arbeitslose sollen eingestellt worden sein. Nur so hätte man der verstärkten Nachfrage nach CD-Platten nachkommen können.

Die Neueingestellten verdienen rund 90% des normalen Schichtnettolohns. Auch hier werden am Wochenende zwei Schichten à zwölf Stunden gearbeitet. Bei einem Stundenlohn von 15 DM macht das durch den steuerfreien Sonntagsarbeitszuschlag und den Zuschlag für Nachtarbeit zwischen 1.445 und 1.516 DM im Monat.

Im **Beiersdorf-Werk Hausbruch in Hamburg** läuft seit dem 15. September des Jahres das dritte Modell der Wochenendarbeit. Um die 15 Millionen Mark teuren Maschinen, die Klebebänder für Höschenwindeln herstellen, besser auszulasten, arbeiten auch hier bisher 6 Kollegen (davon drei Neueingestellte) in zwei Wochenendschichten à zwölf Stunden. Alle 14 Tage arbeiten sie außerdem noch einmal acht Stunden an einem Werktag, so daß sich eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 28 Stunden ergibt. Eine Schicht am Sonnabend geht von 6-18 Uhr, die andere am Sonntag von 18 Uhr bis Montag früh um 6 Uhr.

Personalleiter Hein wies im „Hamburg-Journal" des NDR stolz auf eine Kapazitätssteigerung von 40% hin.

In der zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung von Beiersdorf Hamburg einvernehmlich ausgehandelten Betriebsvereinbarung, die zum 31.7.86 ohne Kündigung ausläuft, heißt es ausdrücklich: *„Es besteht Einigkeit darüber, daß ... dieses Schichtmodell keine Verkürzung der 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich bedeutet."*

Das wäre ja auch noch schöner. Immerhin geht es den BDF-Kapitalisten neben einer effektiveren Anlagennutzung auch um niedrigere Lohnkosten. Denn bisher wurde die notwendige Mehrarbeit am Wochenende als Überstunden geschoben (zwei 12-Stundenschichten). Beiersdorf hatte so einen wesentlich höheren Kostenaufwand durch Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit-Zuschläge. So konnte ein Arbeiter bisher bei zwei 12er Schichten durchaus auf das Entgeld einer regulären 40-Stunden-Woche kommen. Die Kapitalisten sparen also die durch die Progression anfallenden Mehrausgaben an Steuern und Sozialabgaben.

Das volle Durchlaufen der Anlagen an sieben Tagen, wie vom Konzernbetriebsrat (!) gewünscht, ist bisher noch nicht realisiert worden, da es in den Hamburger Behörden gegenüber dem neuen Modell bei BDF auch noch kritische Stimmen zu geben scheint. Außer-

nicht realisiert worden, da es in den Hamburger Behörden gegenüber dem neuen Modell bei BDF auch noch kritische Stimmen zu geben scheint. Außer-

dem gibt es Probleme bei der Abstimmung mit den Gewerbeaufsichtsämtern der anderen Bundesländer, denen das Hamburger Amt für Arbeitsschutz den Beiersdorf-Antrag vorsorglich zur Begutachtung zuschickte. Bisher hat jedoch nur ein Ministerium den Antrag befürwortet. Die restlichen acht lehnten ab. Die Antwort aus Schleswig-Holstein steht noch aus. Die letzte Entscheidung liegt bei Sozialsenator Ehlers (Hamburger Abendblatt, 14.10.85).

Daß 12-Stunden-Schichten in zwei Fällen (Valvo, Polygramm) überhaupt schon genehmigt wurden, liegt an § 5(3) der AZO, der eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Stunden über 10 Stunden hinaus dann zuläßt, wenn es sich bei diesen zwei Stunden um „Vor- und Abschlußarbeiten" handelt.

Um der Wochenendarbeit in den beschriebenen Betrieben einen Signalcharakter zu geben, die Behörden auf Trab zu bringen und den nötigen Background für entsprechende gesetzliche Änderungen der AZO in Bonn zu schaffen, wurden die neuen Arbeitszeitmodelle in den Medien reichlich ausgewalzt. Nicht nur die „BILD-Zeitung", das „Hamburger Abendblatt" und das Fernsehen berichtete. Sogar in „Bunte" und „Neue Revue" ließ man die Wiederbeschäftigten von den Vorzügen der Sonntagsarbeit schwärmen.

Je teurer die Maschinen desto flexibler die Arbeitszeiten?

In der Bundesrepublik arbeitet heute bereits ein Viertel aller Erwerbstätigen am Samstag oder Sonntag. 40% der Beschäftigten in der Energiewirtschaft, bei der Wasserversorgung und im Bergbau, 38% in der Land- und Forstwirtschaft und in der Fischerei, 36% im Verkehrswesen und der Nachrichtenübermittlung, und 30% der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich arbeiten am Wochenende. Im verarbeitenden Gewerbe sind es bisher „nur" 10,3%. Das soll jetzt anders werden.

Im August letzten Jahres verabschiedete das Bundeskabinett einen Entwurf für eine neue Arbeitszeitordnung, der die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Schutzrechten auch im verarbeitenden Gewerbe leichter machen soll.

In dem Entwurf ist neben der Einschränkung des Frauenarbeitsschutzes, der Verlängerung der Arbeitszeiten in bestimmten Fällen über 10 Stunden hinaus auch ein breiter Katalog von Fällen aufgelistet, in denen die Sonn- und Feiertagsarbeit möglich sein soll. In einem Zusatzantrag des Bundesrates zum Regierungsentwurf heißt es außerdem, daß die Bundesregierung durch Rechtsverordnung Sonn- und Feiertagsarbeit zulassen kann „... *für den Betrieb von hochmechanisierten oder automatisierten Produktionsanlagen, bei denen infolge der Mechanisierung oder Automatisierung ein erheblicher Anteil wartender, steuernder und überwachender Tätigkeiten vorliegt."*

Außerdem will man — wie schon in den Tarifverträgen bei Metall und Druck 1984 und beim Beschäftigungsförderungsgesetz den Entscheidungsspielraum der „Tarifpartner" auf Betriebs- und Branchenebene erweitern. Staatssekretär Vogt vom Bundesarbeitsministerium nennt das „Stärkung der Tarifautonomie". So soll es nach dem neuen Entwurf möglich sein, daß in einem gesonderten Tarifvertrag, einer Betriebsvereinbarung, (wenn ein Tarifvertrag dies zuläßt oder Arbeitszeitfragen im Tarifvertrag nicht geregelt werden) oder in einem nicht tarifgebundenen Betrieb ohne Betriebsrat durch Einzelarbeitsvertrag, elf Ausnahmen schlechtere Regelungen zulassen, als sie das Gesetz vorschreibt. U.a.:

— Verlängerung der werktäglichen Arbeitszeit über 10 Stunden bei Arbeitsbereitschaft,
— Festlegung eines größeren Ausgleichszeitraums für Mehrarbeit,
— ohne Ausgleich 10-Stundentag an 60 Tagen im Jahr,
— Kürzung der Mindestruhezeit von 11 bis auf 9 Stunden usw.

Mit diesen Ausnahmeregelungen würde gleichzeitig das „Günstigkeits-



aus „Bild", 16.10.85

prinzip" gesetzlich beseitigt. Dieses sah vor, daß tarifliche Regelungen im allgemeinen nur besser sein dürfen als die gesetzlichen Bestimmungen.

Für die Beseitigung des „Günstigkeitsprinzips" haben sich in der Vergangenheit besonders FDP-Politiker stark gemacht. So forderte im Frühjahr des Jahres Lambsdorff das „Recht auf Arbeit" in einem „freien Marktzutritt bei freier Lohnbildung". FDP-Generalsekretär Haussmann war noch weiter gegangen und hatte zeitlich befristete Arbeitsverträge für Arbeitslose zu Löhnen unter Tarif gefordert. Auch sollten Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit andere Löhne zahlen als Ballungsgebiete (FR 23.3., FAZ 16.4.85).

Das was jetzt bei Beiersdorf, Valvo und Polygramm läuft, kommt den FDP-Vorstellungen schon recht nahe.

Die immer teurer werdenden Produktionsanlagen verlangen eine intensivere Nutzung, was u.a. durch die Entkoppelung von Arbeitszeit und Maschinenlaufzeit sowie die verstärkte Einführung von Teilzeitarbeit, Arbeit auf Abruf etc. erreicht werden soll. Der Konkurrenzkampf erfordert schnelle Reaktionen der Produktion auf Marktschwankungen. Flexible Arbeitszeiten sind hier für die Kapitalisten d a s ideale Instrument. Durch den Wegfall von Überstundenzuschlägen tragen sie außerdem zur Kostenersparnis bei und ermöglichen eine Leistungssteigerung der Arbeitskräfte (Krankheiten können in den Freizeitblocks auskuriert werden).

Wie sehr den Kapitalisten die flexiblen Arbeitszeiten am Herzen liegen, zeigt eine jüngst veröffentlichte Umfrage von Gesamtmetall bei 5.000 Betrieben. 63% der Betriebe mit 87% aller Beschäftigten nutzen demnach mindestens eine der vom Tarifvertrag eröffneten Flexibilisierungsmöglichkeiten.

Reaktionen bei den Kollegen

Betriebsrat und Personalleiter von Beiersdorf behaupten in den Medien, daß die Reaktion der Kollegen/innen auf das neue Modell nur positiv seien. Guckt mensch sich jedoch die bisher veröffentlichten Äußerungen genauer an, so wird da nicht nur Positives berichtet. Auf die Frage, wie ihm die neue Wochenendarbeit gefalle, antwortete Herbert Höft, ein durch die Stillegung einer BP-Raffinerie arbeitslos gewordener Betriebsschlosser: *„Diese neue Wochenendarbeit gefällt mir sehr gut. Ich habe viel Freizeit dadurch. Sonst wäre ich eventuell arbeitslos, wenn ich diesen Job nicht gefunden hätte ... Das einzigste Problem ist, daß diese Nachtschicht noch ein bißchen hart für mich ist. Aber man gewöhnt sich dran."* (Hamburg-Journal)

Helmut Wittleben, seit 10 Jahren bei BDF, bekommt jetzt statt 2.300 nur noch 2.000 DM netto. Diese Lohneinbuße gleicht seine Frau durch Reinmachearbeiten aus. Zur neuen Arbeitszeit meint er: *„Erstens kommt das meiner Familie zugute und zweitens bin ich auch ausgeglichener und nicht mehr so nervös und schrei die Kinder auch nicht mehr so an."* (Hamburg-Journal)

Hans-Joachim Oerthling arbeitete auch schon vorher bei Beiersdorf: *„Ewig will ich am Wochenende nicht arbeiten ... Nach dem Sonnabenddienst schlafe ich ‚normal'. Doch von Sonntag früh bis Montag nacht bleibe ich dann durchgehend wach. Die Zeit ist schon hart."* (Hamburger Abendblatt 14.10.)

Ein weiteres Problem, das in den veröffentlichten Interviews nur angeschnitten wird, ist, daß man zwar viel Freizeit hat, diese aber nicht wie gewohnt mit Familie und Freunden/innen verbringen kann, da diese meist einen anderen Lebensrhythmus haben. Auch kulturelle und sportliche Aktivitäten konzentrieren sich am Wochenende, so daß die Wiederbeschäftigten davon abgeschnitten sind.

Daß die Flexibilisierungsmodelle der Kapitalisten bei den Kollegen/innen und Arbeitslosen trotz allem auf recht offene Ohren stoßen, liegt nicht nur an dem Druck der Arbeitslosigkeit, sondern auch daran, daß es für die Masse im Produktionsprozeß immer weniger Möglichkeiten zu einer sinnerfüllten Arbeit gibt, so daß das Bedürfnis der Lohnarbeit zu entfliehen immer größer wird. Dementsprechend müßten in der Gewerkschaftspolitik Arbeitsformen und Inhalte viel stärker als bisher thematisiert werden.

Betriebsräte, Gewerkschaften und Wochenendarbeit

Der Kampf um die Begrenzung des Arbeitstages und der Arbeitswoche ist so alt wie die Gewerkschaften selbst. Trotzdem scheinen dies viele Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre vergessen zu haben bzw. zu meinen, daß in wirtschaftlichen Krisen andere Gesetze gelten. Daß es im DGB-Grundsatzprogramm von 1981 heißt, *„Nacht- und Schichtarbeit, Wochenend- und Feiertagsarbeit sowie Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten sind auf das unabdingbare Maß zu beschränken und so zu gestalten, daß die betroffenen Arbeitnehmer am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen können"*, spielt in der gewerkschaftlichen Praxis keine entscheidende Rolle. Weiter heißt es, *„Nachtarbeit darf nur noch zugelassen werden, wenn sie aus technischen Gründen oder im öffentlichen Interesse notwendig ist"*. Daß die Wochenendproduktion von Mikrochips, Disc-Platten und Höschenwindeln im öffentlichen oder vielleicht besser: gesellschaftlichen Interesse liegt, kann ja wohl kaum behauptet werden.

Im Gegenteil: Eigentlich müßten die Gewerkschaften Produkte wie Mikrochips auf ihre gesellschaftliche Bedeutung hin abklopfen. Und die Gewerkschaften müßten sich fragen, ob sie sich nicht selbst das Wasser abgraben, wenn sie die Spaltung von Belegschaften in einen Kern und die „Randbeschäftigten" zulassen.

Der Betriebsrat bei Beiersdorf in Hamburg setzt sich aus rechten IG-Chemielern und DAG-Leuten zusammen, die die linke Opposition im Betrieb und im Betriebsrat immer scharf bekämpft haben (u.a. mit dem Mittel der Gewerkschaftsausschlüsse). Der Betriebsratsvorsitzende Günter Käding ist Mitglied der Christlich Demokratischen Arbeitnehmer und Mitglied der IG Chemie. Im BDF-Hauskurier (Juni '85) darf der BDF-Betriebsrat das Arbeitszeitmodell nun der Belegschaft vorstellen und begründen, warum er sich dafür so engagiert hat. Um „Kapazitätsengpässe" zu überwinden, habe es in der Vergangenheit ein erhebli-

vorstellen und begründen, warum er sich dafür so engagiert hat. Um „Kapazitätsengpässe" zu überwinden, habe es in der Vergangenheit ein erhebli-

ches Maß an Überstunden gegeben, unter dem *„die Leistungsfähigkeit und die Gesundheit der Mitarbeiter leiden. Andererseits steigt die Zahl der Arbeitslosen ständig. Jedem, der Verantwortung trägt, kann beides nicht gleichgültig sein ... Im Mittelpunkt der Überlegungen des Betriebsrates stand die Überzeugung, daß es eine zusätzliche Belastung der Mitarbeiter im Dreischichtenbetrieb nicht geben darf und daß das arbeitsfreie Wochenende für diesen Personenkreis erhalten bleiben muß."*. Als Vorteil der Wochenendarbeit wird ausdrücklich die *„erheblichen Kapazitätsgewinne für das Unternehmen pro Anlage"* genannt.

Doch damit nicht genug! *„Überlegen müssen wir, ob es noch weitere Möglichkeiten bei BDF gibt, das geschilderte Schichtmodell einzuführen."* Personalchef Hein meint diesbezüglich, daß, wenn man das Schichtmodell auf alle Beiersdorf-Betriebe ausdehnt, hundert neue Arbeitsplätze entstehen könnten.

Wolfgang Baumhöfer, von der BILD-Zeitung als hauptamtlicher IG-Chemiefunktionär der Verwaltungsstelle Hamburg zu dem Arbeitszeitmodell bei Beiersdorf befragt, meint: *„Ich habe Verständnis für Betriebsräte, die zugunsten neuer Arbeitsplätze heute auf den arbeitsfreien Sonnabend verzichten, den die Gewerkschaften vor vielen Jahren erkämpft haben."* (15.10.). Der Valvo-Betriebsrat Friedrich Pola — ebenfalls in der BILD-Zeitung: *„Als Betriebsrat bin ich dafür und als Gewerkschafter dagegen."* (16.10.).

Diese Äußerungen belegen auf erschreckende Art und Weise, wie sehr das sozialpartnerschaftliche und betriebsbornierte Denken unter dem Druck der Arbeitslosigkeit politische und gesellschaftliche Ziele verdrängt. Dies ist vor allem auch das Resultat einer Gewerkschaftspolitik, der die Marktwirtschaft und das Wohl des einzelnen Betriebes immer näherstanden als die gesellschaftlichen Utopien.

Einschränkend muß mensch vielleicht noch hinzufügen, daß sich die Kapitalisten bei ihren Modellen auch Betriebe ausgesucht haben, in denen es bekanntermaßen keine linken Bastionen (mehr) gibt. Bleibt zu hoffen, daß die Flexibilisierungsstrategie des Kapitals in anderen Betrieben nicht so sang- und klanglos über die Bühne geht.

B&G-Kommission

Literaturhinweise:

„Heuern und Feuern", Arbeitsrecht nach der „Wende", herausgegeben von der Arbeiterkammer Bremen, VSA-Verlag
Politische Berichte - extra 7.9.85
Gegen die Regierungsvorhaben zur Neufassung der Arbeitszeitordnung, herausgegeben vom BWK.

Kommentar
Schwarz-rot-gold?

,,Gebt diesen Systemveränderern der anderen Seite, die eine andere Republik wollen, keine Chance'', ruft Hans Mayr auf. *,,Demokratie sichern''* wird auf schwarz-rot-goldenen Plakaten gefordert. Die da so reden, sind keine Konservativen, die mal wieder das Gespenst kommunistischer Verschwörung strapazieren. Umgekehrt sind die gemeinten ,,Systemveränderer'' die heute Regierenden im Bund. Was da so in dieser fürchterlichen, nicht zu übersehenden Farbenkombination auf Plakatwänden prangt, ist das Totalbekenntnis der Nachkriegsgewerkschaften zur bürgerlichen Demokratie der Bundesrepublik und zur sozialen Marktwirtschaft, nicht zu vergessen. Schon in der Vergangenheit gehörte der DGB eher zu den Gralshütern dieses Systems. So kontrastiert denn dieser Teil der IGM-Kampagne mit den radikalen Parolen, die Gewerkschafts-Funktionäre heute auf Versammlungen und in den Betrieben ausgeben.

Ein Widerspruch? Nur auf den ersten Blick. Der unbestrittene Angriff der Bundesregierung auf einen Bestandteil demokratischen Rechts, die Notwendigkeit die Gewerkschaften in ihrem Widerstand zu unterstützen, sollte aber nicht gänzlich den Blick dafür verstellen, daß bei aller Mobilisierung und Politisierung von Teilen der Arbeiter im Rahmen dieser Auseinandersetzung im Zentrum gewerkschaftlichen Bemühens die etwas unzeitgemäße Trauer um den verlorengegangenen ,,sozialen Frieden'' alter Couleur (der neue ist bereits im Wachsen) steht. Man sollte nicht die sozialdemokratische Beleitmusik zur gewerkschaftlichen Kampagne überhören, die Willy Brandt — schon ganz auf neues Regierungsprogramm eingestellt — mit seinem Angebot für einen *,,nationalen Solidarpakt''* machte. Schon sind wir wieder bei schwarz-rot-gold auf sozialdemokratisch.

Und der gewiefte Sozialdemokrat Franz Steinkühler steht nicht nur für radikale Sprüche, sondern auch für sozialpartnerschaftliches Geschick und den neuen sozialdemokratischen Konsens des Rappe/Steinkühler-Papiers. Neue Töne der IGM wie die von *,,der größten Herausforderung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung''* seit 1945 sind erstmal genauso Agitation,wie Mayrs *,,fünf Minuten vor zwölf''*. Und als Agitation muß man auch die Schwarzmalerei der IGM werten, nach der Änderung des § 116 gäbe es keine Möglichkeiten mehr, für Forderungen zu kämpfen, und *,,wir könnten jeden Gedanken an Einkommensverbesserungen aufgeben''*. Also jetzt alle Kräfte konzentrieren und nicht nörgeln. So kann man auch das notwendige Nachdenken und die Diskussion um veränderte Gewerkschaftspolitik unter veränderten Bedingungen erschlagen. Das alleinige Beharren auf Satus-quo-Positionen aus besseren Zeiten für die Sozialdemokratie läßt ahnen, was bevorsteht, wenn der derzeitige Rauch sich verzogen hat. Man wird zur Tagesordnung übergehen und sich mit der kapitalistischen Entwicklung modernisieren, dazu ist der sozialpartnerschaftliche Konsens zu tief verankert. Und Franz Steinkühler wird dabei sein.

Schwarz-rot-gold garantiert diese Kontinuität.

Hr.

sche Beleitmusik zur gewerkschaftlichen Kampagne überhören, die Willy Kontinuität. Hr.





Schwarz-rot-goldenes Transparent
auf einer Hamburger IGM-Demonstration

Aussperrung verbieten!

Die BRD rühmt sich, das westliche Industrieland mit den wenigsten Streiks zu sein. Gleiches kann man nicht für die Aussperrungspraxis sagen, bei der die BRD in Europa führend ist, während die Aussperrung in vielen Ländern verboten ist oder die aussperrenden Unternehmen bei Aussperrungen weiter Lohn zahlen müssen. Die Änderung des § 116 hat ihre Bedeutung vor dem Hintergrund dieser ausgedehnten Aussperrungspraxis und der Tatsache, daß Aussperrungen in der Rechtsprechung seit 1955 als dem Streik gleichgestellt gelten. Mit Beginn stärkerer ökonomischer Krisen und zunehmender wirtschaftlicher Stagnation setzten Kapitalistenverbände verstärkt dieses Kampfmittel zur Brechung oder Senkung gewerkschaftlicher Forderungen ein.

Erstmals wurde 1963 in größerem Ausmaß die flächendeckende Aussperrung durch einen Arbeitgeberverband angewandt. Der damalige Gesamtmetallvorsitzende Schleyer ließ zur Abwehr der Lohnforderung der IG Metall in der Metallindustrie Baden-Württembergs 300.000 Metaller aussperren.

Ebenfalls in Baden-Württemberg und wieder unter Schleyer wurden 1971 in der Lohntarifrunde 304.000 Metaller ausgesperrt.

1976 wurden im Lohnkampf der Druckindustrie bundesweit 58.000 Druckarbeiter ausgesperrt, fast viermal so viele, wie im Streik waren (16.000).

Ebenfalls in der Druckindustrie wurden 1978 nach dem Streik von 55.000 Druckern für eine Tarifvertrag ,,Neue Techniken'' 255.000 Drucker ausgesperrt.

Auch in der Metallindustrie Baden-Württembergs wurden 1978 beim Streik um einen neuen Lohnrahmentarifvertrag 177.000 Beschäftigte aus den Betrieben verbannt.

Ende 1978 wurden im Streik der Stahlarbeiter für die 35-Stundenwoche 41.000 ausgesperrt.

1984 wurden nach Streiks von 57.500 Metallern in Baden-Württemberg und Hessen für die 35-Stundenwoche 350.000 Beschäftigte bundesweit ausgesperrt.

Die Gewerkschaften haben bislang gezögert, eine offensive politische Kampagne zum Verbot der Aussperrung zu starten. Mehr halbherzig haben sie 1984 eine solche Gesetzesinitiative der Grünen im Bundestag unterstützt. Mit den Stimmen der SPD, die sich immer einem solchen Verbot verweigert hat, wurde der grüne Gesetzesentwurf in den Bundestagsausschuß verwiesen, wo er bis heute schmort. In Hamburg hat die regierende SPD mit den Stimmen sämtlicher Gewerkschafter in der Bürgerschaft einen Verbotsantrag der GAL abgelehnt. Bundesweit ist auf allen Ebenen eine politische Offensive für das Aussperrungsverbot notwendig. Am günstigsten sind die Bedingungen in Hessen, wo das Aussperrungsverbot nach wie vor in der Länderverfassung verankert ist (wenngleich aufgrund der Bundesrechtssprechung nicht rechtswirksam). Also auf, rotgrün, denn mal voran.

Langer Gespräche Kurzer Sinn:

Langer Gespräche Kurzer Sinn:
Ein Anti-Gewerkschaftsgesetz

Was ist bloß in dieser Republik los? Da tauchen Flugblätter in nie gekannter Auflagenhöhe auf und bereiten auf den ,,Tag X'' vor; ,,Es ist fünf Minuten vor zwölf'', heißt es in Aufrufen, die öffentlich zum Widerstand gegen Regierungspläne auffordern; da demonstrieren Hunderttausende, viele rufen radikale Parolen, tragen Tranparente mit ebensolchen, wie z.B. ,,Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht''. Die Rede ist nicht von der Friedensbewegung, die Rede ist auch nicht von Aktionen gegen die WAA in Wackersdorf, die Rede ist von Aktionen der IG Metall gegen die Pläne zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes.

Die andere Seite: Seit dem Spitzengespräch vom 23. Juli dieses Jahres hatten sich die Beziehungen des DGB zur Bundesregierung verbessert. Im September wurde gar der ,,Soziale Trialog'' von Staat und Sozialpartnern aus der Taufe gehoben. Selbst die Aktionswoche des DGB im Oktober schien das Tauwetter nicht nachhaltig zu beeinflussen. Erst Mitte November dämmerte einigen im DGB, daß die Bundesregierung dabei war, die Gewerkschaften über Gesprächsbereitschaft vorzuführen. Letzte Zweifel beseitigte vor wenigen Tagen die Bundesregierung, indem sie den DGB gleich zweimal brüskierte. Statt wie vorgeben eine Einigung der Tarifpartner herbeizuführen, legte sie sich auf eine gesetzliche Änderung des § 116 AFG fest, was Minister Bangemann umgehend der Öffentlichkeit als Ergebnis präsentierte, noch bevor die Gesprächspartner davon informiert waren.

Für ein Späßchen ist er immer zu haben, der Norbert Blüm. Die Interessen von Kapitalisten und Gewerkschaften gleichermaßen wollte er als neutraler Mittler auf den Punkt bringen. Lediglich die unterschiedlichen Interpretationen des § 116 habe er zugunsten einer eindeutigen Regelung beseitigen wollen. ,,Rechtsunsicherheit'' sei weder den Arbeitnehmern noch den Arbeitgebern zuzumuten. Doch dann verriet der Regierungsprolet mit einem Augenzwinkern, seine Position liege zwar zwischen den Standpunkten von Arbeitgebern und Gewerkschaften, aber , *vielleicht näher bei den Gewerkschaften''*. Esser — wenn er bei dieser Erklärung neben Blüm gestanden — hätte zustimmend genickt, ganz ernsthaft.

Und wie beseitigt man Rechtsunsicherheit? Indem man der einen Seite, dem Kapital, die Unsicherheit nimmt, das eigene Mittel der ,,kalten'' Massenaussperrung könne in seiner Wirkung deswegen beeinträchtigt werden, weil die Kosten der Aussperrung nicht in vollem Umfang auf eine streikende Gewerkschaft abzuwälzen sind, da der bisherige § 116 dem in engen Grenzen einen Riegel vorschiebt. Und indem man der anderen Seite, den Gewerkschaften, die Sicherheit gibt, daß jeder Streik, der sich nicht an die Spielregeln des Kapitals hält, teuer oder unbezahlbar wird. Man formuliert einfach ein neues Gesetz, wonach bei kalten Aussperrungen grundsätzlich dann kein Arbeitslosengeld gezahlt wird, wenn die gewerkschaftlichen *,,Hauptforderungen nach Art und Umfang annähernd gleich''* sind, und nicht wie bisher festgeschrieben, *,,nach Art und Umfang gleiche Forderungen''* aufgestellt sind. Faktisch ist damit der ,,Franke-Erlaß'' aus dem letzten Jahr legalisiert worden, der vor den Sozialgerichten als nicht rechtmäßig eingestuft wurde und über dessen letztinstanzliche Bewertung eine Entscheidung des Bundessozialgerichts aussteht.

Verhandlungsstrategen gescheitert

Lange Zeit haben die Gewerkschaften das Spiel ,,fruchtbarer Gespräche'' zwischen Regierung, Unternehmern und DGB zur Kompromißfindung bei der Änderung des Streikrechts mitgespielt, obwohl zu keinem Zeitpunkt sichtbar war, wo denn dieser Kompromiß liegen könnte. Die Bundesregierung hat den DGB dabei in eine erhebliche Zwickmühle bringen können. Abgeordnete aus CDU/CSU und FDP hatten den Auftrag der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ernstgenommen, den § 116 per Gesetz zu verändern und im Juli im Bundestag einen Gesetzentwurf zur ,,Neutralitätssicherung'' der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) eingebracht. Die Arbeitgeber hatten nämlich am Jahresende 1984 den Streik um die 35-Stundenwoche ausgewertet und gefordert: *,,Statt der bisher differenzierten Voraussetzungen für am Arbeitskampf beteiligte und nicht beteiligte Arbeitnehmer sollte **ein generelles Ruhen der Ansprüche auf Arbeitslosengeld** für beteiligte ebenso wie für mittelbar beteiligte Arbeitnehmer angeordnet werden''*. (BDA-Jahresbericht 1984) Also formulierten die folgsamen Abgeordneten: *,,Ist die Arbeitslosigkeit durch ... Streik oder ... Aussperrung verursacht, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht nur im regionalen Bereich des umkämpften Tarifvertrages, sondern darüber hinaus innerhalb des gesamten fachlichen Geltungsbereichs während der Dauer des Streiks oder der Aussperrung''*. Mit dieser recht schnörkellosen Formulierung wäre tatsächlich eine eindeutige, ausnahmslose Regelung bei bundesweiten Aussperrungen entstanden. Dies so durchzusetzen, hätte eine enorme Verschärfung gegenüber den Gewerkschaften bedeutet.

Man mag spekulieren, ob das Ganze Teil einer geschickten Inszenierung war. Unstrittig ist, daß das Damoklesschwert einer harten gesetzlichen Neuregelung des § 116 der Bundesregierung überhaupt erst das Mittel von Vermittlungsgesprächen in die Hand gab, das in den folgenden Monaten exzessiv strapaziert wurde. Die harte Linie suggerierte öffentlich einen Verhandlungsspielraum, den es für die Gewerkschaften gar nicht gab. Zwei Ereignisse ermöglichten dem DGB bislang, dabei nicht unterzugehen. Einmal die Entscheidung der IG Metall in der ersten Novemberhälfte, nicht einseitig auf einen gütlichen Verhandlungsausgang zu hoffen, sondern schwerpunktmäßig über Mobilisierung in den Betrieben Druck auf die Bundesregierung auszuüben. Faktisch ist die IGM damit aus dem mühsamen DGB-Konsens ausgestiegen. Zum anderen half Wirtschaftsminister Bangemann nach, als er unprogrammgemäß vorzeitig ausplauderte, was eh beschlossene Sache war: Die Bundesregierung will ein neues Gesetz vor Weihnachten auf den Weg bringen, bei dem die Gewerkschaften das Nachsehen haben, er, Blüm und die Minister Engelhard, Schäuble und Zimmermann hatten noch vor dem nächsten Dreiergespräch einen Entwurf formuliert . Man darf gern glauben, daß Bangemanns Vorstoß mit der CDU/CSU unabgesprochen war, schließlich konkurrieren die Koalitionspartner ja auch untereinander und die FDP hofft, daß ihre Gewerkschaftsfeindlichkeit vom Mittelstand mit entsprechender Zustimmung honoriert wird. Auf jeden Fall half er der IG Metall, Empörung zu mobilisieren.

Sozialausschüsse als Hoffnungsträger?

Das öffentliche Geschrei um Bangemanns Stilbruch war lauter, als die Empörung über die Gesetzesschwei-

Fortsetzung nächste Seite

''Streik ist unsere einzige Waffe''

Am 14. November gab die IG Metall ihren Aufruf ,,Verteidigt unser Recht auf Streik!'' heraus. In der Folge begannen zahlreiche Informations- und Mobilisierungskampagnen mit tausenden von Funktionären. Betriebsversammlungen wurden zur Information über den § 116 genutzt. ,,Streik ist unsere einzige Waffe'' schrieb die ,,Metall''.

Am 20. November tagte in einer außerordentlichen Sitzung der Bundesvorstand des DGB. Er beschloß ebenfalls eine Informations- und Mobilisierungskampagne. Über betriebliche Aktionen, die nicht ausgeschlossen wurden, soll gegebenenfalls gesondert beschlossen werden.

Vor den Gesprächen mit der Bundesregierung Anfang Dezember verstärkte die IGM ihre Mobilisierung. ,,*Durch die Betriebe muß ein Ruck gehen. Aus den Betrieben müssen die Signale kommen*'', schrieb der Gewerkschaftsvorsitzende Mayr. ,,Demonstrative Arbeitsniederlegungen'' kündigte er an. Die IGM-Funktionäre wurden aufgerufen: ,,*Am Tag X müssen alle Betriebe stehen*'' (,,Metall''-Extra, 25.11.). Besondere Kontroversen mit der Bundesregierung lösten sogenannte ,,Mahnwachen'' von Metallern vor Wohnungen von CDU-Abgeordneten oder CDU-Büros aus. Unvermeidlich natürlich wieder der Vorwurf aus der CDU, das erinnere an ,,finstere Kapitel der deutschen Vergangenheit''. Der IGM-Vorstand blies solche Aktionen ab.

Am 2. Dezember traten bundesweit tausende in kurze Warnstreiks. Schwerpunkte waren Nordrhein-Westfalen und vor allem Baden-Württemberg mit ca. 40.000 Warnstreikern. Mehrere hundert Gewerkschafter demonstrierten in Bonn vor dem Bundesarbeitsministerium. Auch an den nächsten beiden Tagen gab es einzelne Warnstreikaktionen. Vom ,,Tag X'' war noch nicht die Rede.

Das wurde schlagartig anders, als Wirtschaftsminister Bangemann die Gesetzespläne am 6. Dezember ausplauderte. Die IGM brachte am 9. ein Extrablatt mit Riesenlettern ,,Protest! Jetzt!'' heraus. In den Betrieben wurde die Parole ausgegeben, am Dienstag, den 10.12., dem Tag des nächsten Dreiergesprächs, geht es los. Der IGM-Vorstand beschloß nach einigem Zögern, offensichtlich mit Rücksicht auf andere DGB-Führer, noch einmal zu diesen Gesprächen hinzugehen. An diesem Tag sind nach IGM-Angaben 450.000 Beschäftigte bundesweit in Warnstreiks getreten, politische Streiks, meist von kurzer Dauer, in einigen Fällen auch einen halben bis einen ganzen Tag, doch dürften das eher Ausnahmen gewesen sein. 3.500 Gewerkschafter demonstrierten am Abend der Gespräche in Bonn vor dem Kanzleramt.

Bis auf wenige Ausnahmen waren ausschließlich Beschäftigte aus Metallbetrieben an Aktionen während der Arbeitszeit beteiligt. In Dortmund streikten außer 15.000 Hoesch-Arbeitern am 12. Dezember auch Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst bei Bahn und Bussen. Am 18. Dezember, dem voraussichtlichen Tag des Bonner Kabinettsbeschlusses, will der DGB in Düsseldorf eine zentrale Protestveranstaltung durchführen. Die IGM plant mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeiertage, ihre Schwerpunktmobilisierung auf Mitte Januar zu konzentriereh. Der zentrale Warnstreiktag am 1o. Dezember soll noch nicht der ,,Tag X'' gewesen sein.



Fortsetzung von vorheriger Seite

nerei. Insbesondere die christdemokratischen Gewerkschafter aus den Sozialausschüssen waren sauer. Hatte Bangemann ihnen doch ein Stück weit den Blues versaut, sich als die Reformer des Gesetzes zu präsentieren. Ihre Erfolge gegenüber den Hardlinern — kein Sperren des Arbeitslosengeldes bei Aussperrungen in anderen Branchen, noch nicht näher definierter Nachweis eines Streiks als Ursache für Aussperrungen — nehmen sich angesichts des Gesamtverlaufs des Gesetzesweges nicht gerade glänzend aus. Nichtsdestotrotz wird in den Gewerkschaften viel Hoffnung auf Widersprüche bei CDU-Bundestagsabgeordneten aus

viel Hoffnung auf Widersprüche bei CDU-Bundestagsabgeordneten aus

den Sozialausschüssen gesetzt, die ja vielleicht doch noch das Gesetz verhindern könnten. Solcherlei Hoffnungen sind allerdings auf Sand gebaut. Nicht nur, daß Blüm selber als unumstrittener Vorsitzender der Sozialausschüsse das Gesetz mitformuliert hat, auch ihr Sprecher in der Bundestagsfraktion — Müller — ließ in der Bundestagsdebatte keinen Zweifel an deren Loyalität gegenüber der Bundesregierung. Und niemand sollte ernsthaft annehmen, daß erstmals in der BRD-Geschichte eine Minderheit die eigene Regierung per Gegenstimme in die Gefahr des Scheiterns bringt. Vielmehr werden sich die ,,aufmüpfigen'' Sozialausschüßler eifrig bei der Beratung des Gesetzes in den Bundestagsausschüssen um einzelne Formulierungsverbesserungen bemühen, das wars denn auch schon.

Vor einem Generalstreik?

Hunderttausende konnten von den Gewerkschaften seit Anfang Dezember in kurzen Warnstreiks, verlängerten Betriebsversammlungen, Demonstrationen und Veranstaltungen mobilisiert werden. Wieder war es fast ausschließlich die IG Metall, die diese Mobilisierung betrieb. Die Protestwelle wird vor Weihnachten eher abebben und sich auf Funktionärsversammlungen des DGB begleitend zu den Regierungsberatungen reduzieren (,,Kampagne zur Aufklärung der Bundestagsabgeordneten''). Aus der IG Metall sind Überlegungen bekannt, für Mitte Januar eine erneute Mobilisierungs- und Streikkampagne vorzuplanen. Doch von der verschiedentlich erhobenen Forderung nach Generalstreik sind die Gewerkschaften weit entfernt, im Gegenteil, er würde den Konsens im DGB brechen. Bereits die derzeitigen IGM-Aktionen, so gering in ihren Auswirkungen sie bislang auch sind, sind heftig umstritten, wenngleich nach außen hin gern Geschlossenheit im DGB demonstriert wird. Immerhin hat es sich bei den IGM-Aktionen um politische Streiks gehandelt, die nach der BRD-Rechtssprechung verboten sind. Zur Wahrung dieses Konsenses hat die IGM das letzte Dreiergespräch am 10.12. nicht platzen lassen, man wolle, so Hans Mayr, einen letzten Versuch machen, den Kanzler dazu zu bewegen, den Gesetzentwurf vom Tisch zu nehmen.

Gründe für eine weitergehende Mobilisierung hätten die Gewerkschaften allemal. Allerdings muß man auch realistisch einschätzen, daß die Verhinderung des 116 kaum realistisch erscheint. Dennoch kann die weitere Auseinandersetzung der Bundesregierung erhebliche Schwierigkeiten bereiten, die sie bislang aber nicht erkennbar von der Durchführung ihres Vorhabens abhalten. Nach den gesetzlichen Änderungen zur Flexibilisierung von Arbeitszeit und Beschäftigungsmöglichkeiten fordert das Kapital eine weitere nachhaltige Veränderung der politischen Bedingungen im Tarifrecht, um dieses seinen Modernisierungsvorstellungen der Zukunft anzupassen. Die logische Folge der Gesetzesänderung wäre eine Dezentralisierung

passen. Die logische Folge der Gesetzesänderung wäre eine Dezentralisierung

gewerkschaftlicher Tarifpolitik, die Beförderung regionaler, und immer stärker betrieblicher Interessen und in der Folge die Gefahr der Herausbildung von Gewerkschaften, die mehr noch als bisher nicht Vertretung der sozial Schwächeren in der Gesellschaft wären, sondern tendenziell Vertreterinnen des neuen Facharbeiter- und Angestelltentyps. Eine Entwicklung, für die heute schon Gewerkschaften wie die IG Chemie stehen, mit denen sich sowohl diese Bundesregierung, als auch das Kapital die Begründung einer neuen Sozialpartnerschaft vorstellen können.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Das soll sich ändern: 'Annähernd gleiche Hauptforderungen'

Der § 116 AFG aus dem Jahre 1969 regelt die Verpflichtung der Bundesanstalt für Arbeit zur sogenannten ,,Neutralität'' bei Streiks und Aussperrungen. Dort heißt es in Absatz 1:

,,*(1) Durch Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden.*'' Dieser Absatz ist im Vorschlag der fünf Minister Blüm, Bangemann, Engelhard, Schäuble und Zimmermann wörtlich übernommen worden, ebenso wie der Absatz 2:

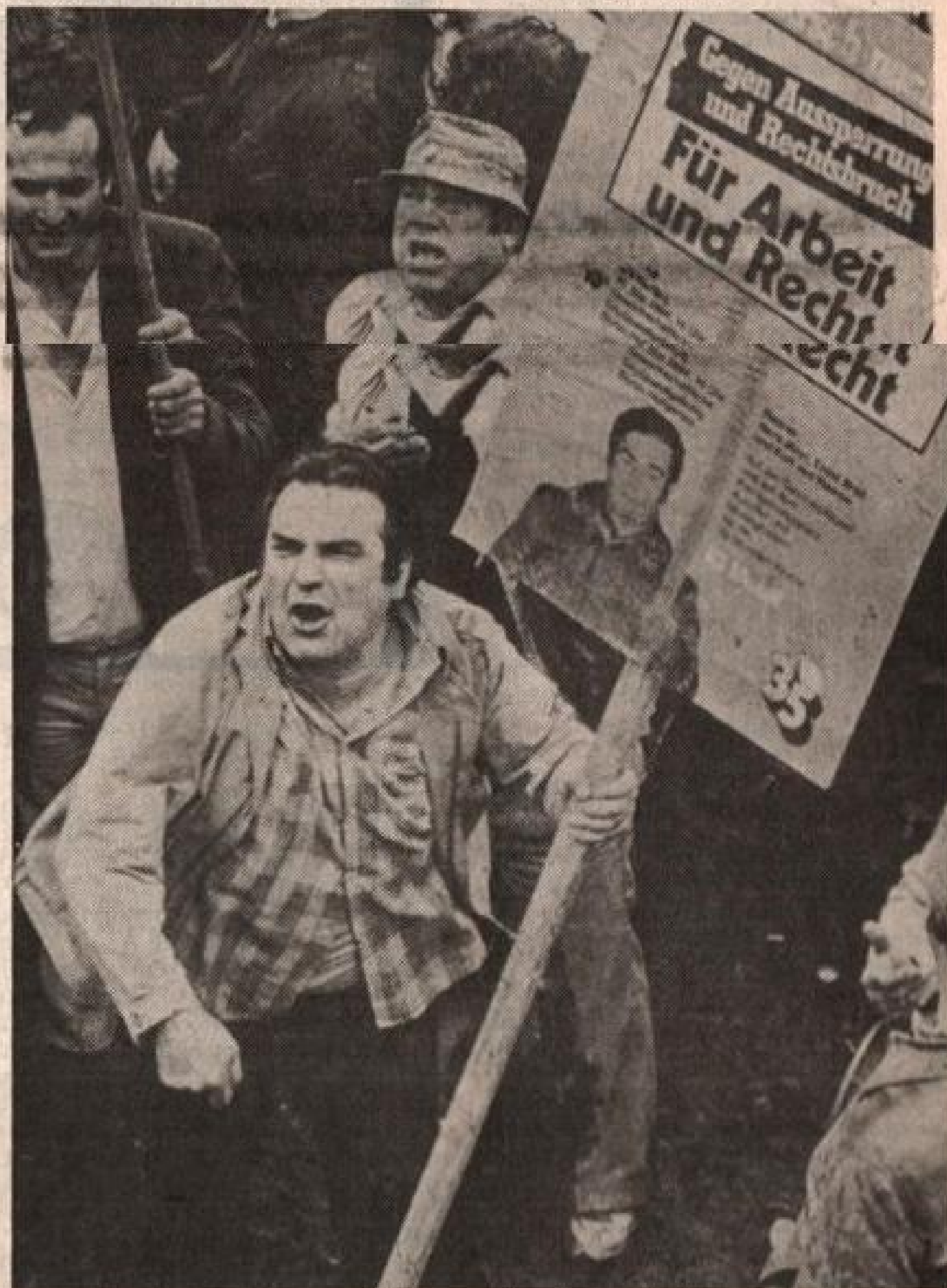
,,*(2) Ist der Arbeitnehmer durch Beteiligung an einem inländischen Arbeitskampf arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes.*'' Als arbeitslos gilt man sowohl bei Beteiligung am Streik als auch als Opfer der Aussperrung.

Die entscheidenden Veränderungen enthält der Absatz 3, der in der **neuen Fassung** lauten soll:

,,*(3)Ist der Arbeitnehmer durch einen inländischen Arbeitskampf,* ***an dem er nicht beteiligt ist****, arbeitslos ge-* ***worden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes*** *nur dann, wenn der Betrieb, in dem der Arbeitslose zuletzt beschäftigt war,*
1. dem räumlichen und fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrags zuzuordnen ist'' — das umfaßt alle Beschäftigten einer vom Tarifvertrag betroffenen Branche im regionalen Tarifgebiet — ,,*oder*
2. zwar nicht dem räumlichen, aber dem fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrags zuzuordnen ist'' — das umfaßt alle Beschäftigten dieser Branche im Bundesgebiet — ,,*und im räumlichen Geltungsbereich des Tarifvertrages, dem der Betrieb zuzuordnen ist, eine Forderung erhoben worden ist,* ***die einer Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang annähernd gleich ist.***''

Mit der veränderten Formulierung, das Arbeitslosengeld ruhe ,,nur dann, wenn...'' wird eine Ausnahme suggeriert. In Wahrheit bedeutet die Neuformulierung die Einführung der Nichtzahlung von Arbeitslosengeld als Regelfall und eine entscheidende Verschlechterung gegenüber der bisherigen Regelung. Absatz (3)1. und 2. heißt übersetzt: Zukünftig erhalten Ausgesperrte innerhalb des streitenden Tarifgebietes ebensowenig Arbeitslosengeld, wie ihre Kollegen aus der gleichen Branche im übrigen Bundesgebiet, es sei denn, es handelt sich um so unterschiedliche Tarifforderungen in den einzelnen Gebieten, daß diese sich wirklich nach Art und Umfang nicht annähernd gleichen.

Der bislang noch gültige § 116 formuliert die Nichtzahlung an Ausgesperrte außerhalb des Tarifgebiets für den Fall, daß der Tarifkampf 1. auf die Änderung von Arbeitsbedingungen abzielt, die später auch im Aussperrungsbetrieb Gültigkeit hätten und 2. die Gewerkschaft ,,***nach Art und Umfang gleiche Forderungen***'' in den Regionen außerhalb des Kampfgebietes aufgestellt hat (,,Neutralitätsanordnung'' der BfA vom 22.3.1973). Die Neuformulierung ,,annähernd gleiche'' statt ,,gleiche Forderungen'' hat den Auslegungsspielraum für das Vollzugsorgan, die Bundesanstalt für Arbeit, erheblich erweitert. Dies ist um so bedeutsamer, als daß diese heute in ihren Verwaltungsgremien mehrheitlich auf Regierungskurs liegt. Entgegen den Ankündigungen hat die geplante Neuregelung die sogenannte ,,Neutralität'' der BfA nicht eindeutig geregelt, da auch die Formulierung ,,annähernd'' Auslegungsstreitigkeiten nach sich ziehen und die Arbeitsgerichte beschäftigen wird. Allerdings mit dem erheblichen Unterschied, daß der Rechtsvorteil zugunsten derjenigen verändert wurde, die aussperren. Die bisherige Rechtsprechung ermöglichte den Gewerkschaften begrenzte Erfolge bei der Auslegung dessen, was als gleiche Forderung nach Art und Umfang anzusehen ist. Zukünftig könnte beispielsweise die BfA zu der Überzeugung kommen, wenn die Gewerkschaft in einem Tarifgebiet 5 % und im anderen 6 % mehr Lohn fordert, daß diese Hauptforderung annähernd gleich sei. Ebenso könnte die Gewerkschaft sich gezwungen sehen, nicht mehr die 35-Stundenwoche für alle zu fordern, sondern unterschiedlich 37, 35 oder 35 Stunden. Wer will dabei ausschließen, daß nicht eine Regierungsmehrheit in der BfA trotz alledem diese Forderungen für annähernd gleich hält? Den Gerichten dürfte also noch viel Arbeit bleiben.



Entsolidarisierung im DGB

Härtester Gegner konsequenter gewerkschaftlicher Maßnahmen gegen die Gesetzesänderung ist der IG Chemievorsitzende Hermann Rappe. Rappe hatte scharf gegen ein Flugblatt der IGM protestiert, auf dem ein Demonstrant die Parole trug, ,,*Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten. Diese Regierung will sie ausbluten*''. Er sandte an alle hauptamtlichen IG Chemie-Funktionäre ein Rundschreiben, sich so lange nicht an Aktionen zu beteiligen, wie die IGM sich hiervon nicht distanziert habe. Rappe spielte ständig die Bedeutung des Regierungsvorhabens herunter: ,,*Für uns geht es beim Streikrecht zwar ans Eingemachte, aber deshalb bricht nicht die Republik zusammen*'' (BILD, 22.11.). Scharf distanzierte er sich von allen Forderungen nach Generalstreik. Und noch nach Bekanntwerden des Fünf-Minister-Entwurfs erklärte er: ,,*Ich setze auf den Bundeskanzler, der mit seiner Richtlinienkompetenz klären muß, wo es langgeht*'' (9.12.).

Rappes rechte Kollegen aus der IG Bergbau haben sich auch mit der Änderung des § 116 befaßt und den Beschluß des DGB-Bundesvorstands für eine Mobilisierungskampagne (,,*betriebliche Protestaktionen sind nicht auszuschließen*'') auf seine Art umgesetzt. In der IG Bergbau-Zeitung ,,einheit'' liest sich das nüchtern so:

,,*Für die IGBE werden die Konsequenzen aus diesem Beschluß (Anm: des DGB) wie folgt gezogen: Die ,einheit' wird über die Zusammenhänge und Entwicklungen zum Thema § 116 AFG kontinuierlich informieren; die zukünftigen Konferenzen und Veranstaltungen der IGBE werden sich mit dem Thema beschäftigen.: ergänzendes Referentenmaterial wird zur Verfügung gestellt; der DGB wird bei der Durchführung zentraler Veranstaltungen wie bisher durch die IGBE unterstützt*'' (,,einheit'', 1.12.85). Hau rein, Kumpel.

Plutoniumschieberei in Hanau

Fortsetzung von Seite 1

die das stenographische Protokoll dieser Sitzung seit September 1985 kennen und nach Kräften ignorieren, um die Kumpanei mit der SPD nicht zu gefährden. Das kann nur böse enden. Wer sich, wie derzeit die hessischen Grünen, in Sachen Hanau vor dem ,,Diskretionsbereich der Exekutive'' (O-Ton Steger) verneigt, dem ist nur zuzurufen: Mitgefangen, mitgehangen! Und der wird bald, wie Steger am 22.5.85 gegenüber dem atombombengeilen CSU-Innenministerium ausrufen müssen: *,,Wir sind zur Zusammenarbeit verdammt, das ist ganz klar!'' (Protokoll, S. 94)*

Mit 8-wöchiger Verspätung wurde Ende April 1985 eine Überschreitung der zugelassenen Plutoniummenge um 12 kg bei ALKEM festgestellt. Und wie es der Zufall so will, hat man dieses Plutonium *,,durch Umdatierungen in der Buchführung''* (FR, 25.4.) aus den Bilanzen prompt verschwinden lassen. Die daraufhin veranlaßte Untersuchung brachte Überraschendes zutage. O-Ton Steger: *,,Im Zuge dieser Ermittlungen haben wir festgestellt, daß RBU mehrfach (!) die genehmigten Umgangsformen für plutoniumhaltige Brennelemente überschritten hat. Im Zuge dieser Diskussion ... entdeckten wir dann — was für uns zunächst unfaßbar schien; das gestehe ich offen ein —, daß der von der Firma RBU ... eingereichte Sicherheitsbericht nicht deckungsgleich war mit der Geschäftstätigkeit der RBU ... Wir haben dann ... die Firma darauf aufmerksam gemacht, den Geschäftsführer Warrikoff* (CDU-MdB, Anm. AK). *Der Geschäftsführer hat uns gegenüber erklärt, daß dies kein Irrtum sei, sondern daß dies die Firma bewußt so gemacht habe. Er hat als Begründung die Theorie der* ***Schicksalsgemeinschaft*** *angeführt, nämlich daß es sich bei ALKEM und NUKEM um identische Firmen handelt.''* (Protokoll, S. 8)

Tatsächlich hatten Warrikoff und Co. in dem für die Öffentlichkeit bestimmten Sicherheitsbericht genau den Firmenbereich verschwinden lassen, der mit den waffenfähigen Stoffen Plutonium und hochangereichertem Uran befaßt ist und — als Unterabteilung der RBU — im Plutoniumbunker der ALKEM längst produziert.

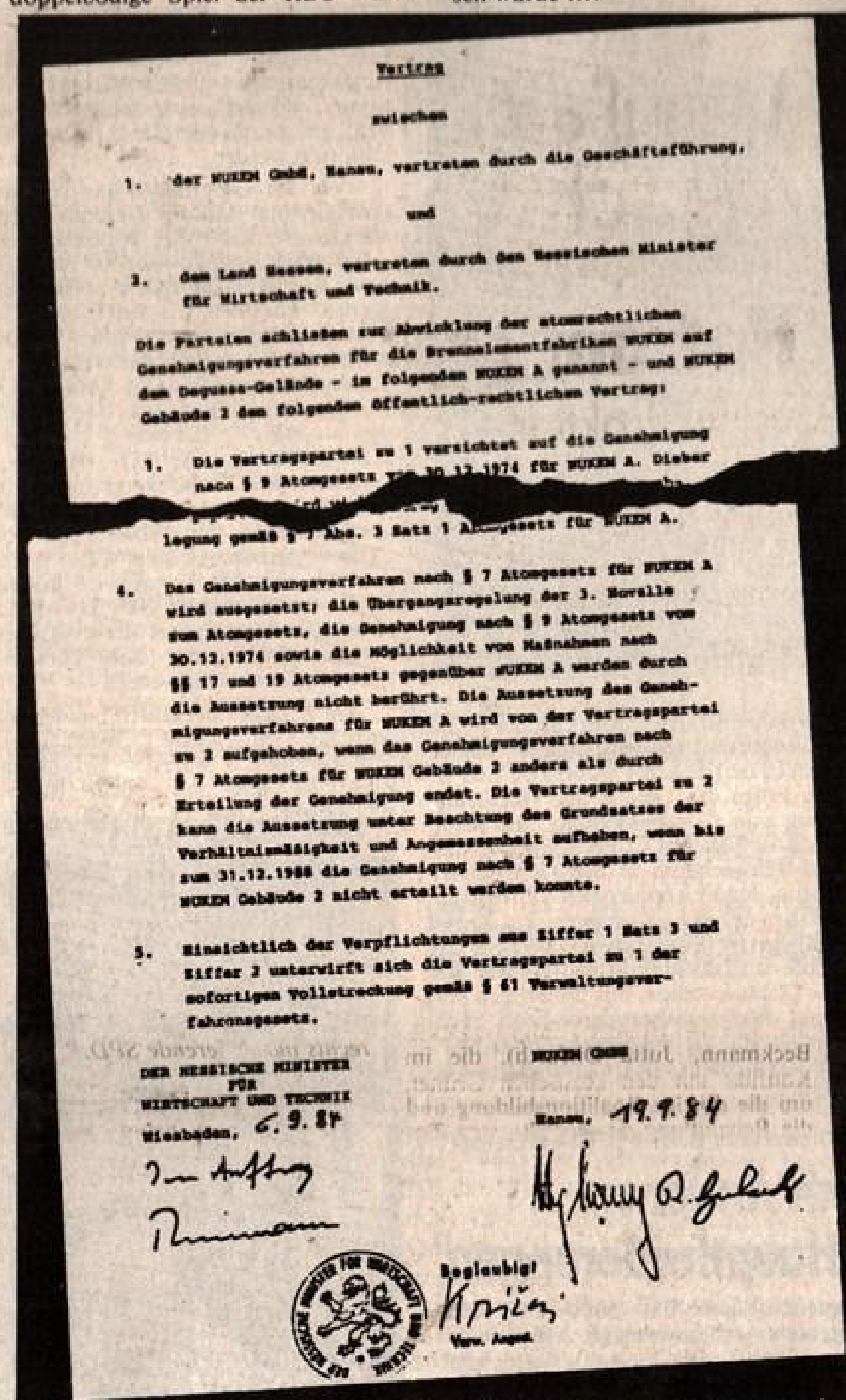
Überraschend war die Existenz dieser Geheimabteilung allerdings nur für die Öffentlichkeit — Landes- und Bundesregierung wußten hingegen Bescheid. ,,Unfaßbar'' für Steger war allein der Umstand, daß die RBU ohne Absprache mit seinem Ministerium den Sicherheitsbericht gefälscht hat. (3)

All dies kam ans Tageslicht, weil u.a. auch die RBU als Mitverursacher der Plutoniumüberschreitung der ALKEM in Frage kam und ein RBU-Mitarbeiter auspackte. Originalton Thurmann, hess. Wirtschaftsministerium: *,,Im Rahmen der Mengenüberschreitung bei ALKEM haben wir Gespräche über die Frage geführt: Wie ist mit den Plutoniummengen der ALKEM, der Bundesverwahrung (4) und — das war uns allen bekannt — auch der RBU — 40 kg — im einzelnen umgegangen worden? Bei diesem Gespräch — es fand in meinem Zimmer am 24. April statt — hat ein Mitarbeiter der RBU erstmalig eine halbe Andeutung gemacht, daß dort etwas sei, was ihm persönlich Kopfzerbrechen bereite ...''* (Protokoll, S. 42)

RBU — Ein Tarnverein?

Lange Zeit galt RBU im Unterschied zu NUKEM und ALKEM (vermutlich auch international) als die etwas harmlosere und zumindest nicht mit der militärischen Ambition behaftete Anlage. Von außen ersichtlich war allein der Umgang mit leichtangereichertem, d.h. nicht-waffenfähigem Uran, dessen Jahresdurchsatz sie allerdings von derzeit 700 Tonnen auf 2.000 Tonnen aufstocken will, um zum weltweit größten Brennelementhersteller zu avancieren. Nach Lektüre des Protokolls der besagten Innenausschußsitzung stellt sich die Sachlage folgendermaßen dar: **NUKEM und ALKEM haben immer offen mit waffenfähigem Material hantiert. RBU hat seit 10 Jahren h e i m l i c h mit waffenfähigem Material gearbeitet.** Das Abfassen des für die Öffentlichkeit bestimmten Sicherheitsberichts, wie nach § 7 Atomgesetz seit 1976 vorgeschrieben, wurde von der RBU-Geschäftsführung fast 10 Jahre mit immer neuen Begründungen verzögert. Als dies nicht mehr möglich war, wurde der Sicherheitsbericht der RBU gefälscht — der heimliche Bereich der Plutoniumverarbeitung fiel heraus, angeblich, weil dies später im Sicherheitsbericht der ALKEM erscheinen sollte.

Zu seinem Erstaunen — so Thurmann vor dem Innenausschuß — begründete die RBU-Geschäftsführung diese ,,Kürzung'' ihres Sicherheitsberichts wahrheitsgemäß damit, **,,um in der Öffentlichkeit nicht mit dem Umgang mit Plutonium und hochangereichertem Uran — das mußte man und wollte man auch weiter durchführen —, in Verbindung gebracht zu werden.''** (Protokoll, S. 42) Dieses doppelbödige Spiel der RBU wurde jahrelang und unter diversen hessischen Wirtschaftsministern (Karry!) gedeckt:


Vertrag

zwischen

1. der NUKEM GmbH, Hanau, vertreten durch die Geschäftsführung,

und

2. dem Land Hessen, vertreten durch den Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik.

Die Parteien schließen zur Abwicklung der atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für die Brennelementfabriken NUKEM auf dem Degussa-Gelände - im folgenden NUKEM A genannt - und NUKEM Gebäude 2 den folgenden öffentlich-rechtlichen Vertrag:

1. Die Vertragspartei zu 1 verzichtet auf die Genehmigung nach § 9 Atomgesetz vom 30.12.1974 für NUKEM A. Dieser ...

... legung gemäß § 7 Abs. 3 Satz 1 Atomgesetz für NUKEM A.

4. Das Genehmigungsverfahren nach § 7 Atomgesetz für NUKEM A wird ausgesetzt; die Übergangsregelung der 3. Novelle zum Atomgesetz, die Genehmigung nach § 9 Atomgesetz vom 30.12.1974 sowie die Möglichkeit von Maßnahmen nach §§ 17 und 19 Atomgesetz gegenüber NUKEM A werden durch die Aussetzung nicht berührt. Die Aussetzung des Genehmigungsverfahrens für NUKEM A wird von der Vertragspartei zu 2 aufgehoben, wenn das Genehmigungsverfahren nach § 7 Atomgesetz für NUKEM Gebäude 2 anders als durch Erteilung der Genehmigung endet. Die Vertragspartei zu 2 kann die Aussetzung unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und Angemessenheit aufheben, wenn bis zum 31.12.1988 die Genehmigung nach § 7 Atomgesetz für NUKEM Gebäude 2 nicht erteilt werden konnte.

5. Hinsichtlich der Verpflichtungen aus Ziffer 1 Satz 3 und Ziffer 2 unterwirft sich die Vertragspartei zu 1 der sofortigen Vollstreckung gemäß § 61 Verwaltungsverfahrensgesetz.

DER HESSISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK
Wiesbaden, 6.9.84
Im Auftrag

NUKEM GMBH
Hanau, 19.9.84

Beglaubigt
Verw. Angest.

Seit mindestens 1976 ist bei der Führungsriege der hessischen SPD RBU mit Plutonium (Pu) und hochangereichertem Uran (HAU) bekannt. 1978 wurde ihr eine entsprechende Produktion in den Räumen der ALKEM gestattet (zu einem Zeitpunkt also, als der erst 1980 eröffnete Bunker noch nicht existierte). 1979 wurde erstmals ein RBU-Sicherheitsbericht vorgelegt, der jedoch nicht genehmigungsreif war. Es folgten ab 1979 *,,alle sechs Wochen Statusgespräche über das Genehmigungsverfahren''* zwischen RBU und dem Land Hessen (so Steger, lt. Protokoll, S. 24) bis schließlich Ende 1984 erstmals ein ,,auslegungsfähiger'' Sicherheitsbericht — diesmal jedoch unter Weglassung der Pu- und HAU-Bereiche (s.o.) vorgelegt wurde. (5) Der Fall RBU provoziert auch deshalb unser besonderes Interesse, weil die Akten über das langjährig verzögerte RBU-Genehmigungsverfahren zum Staatsgeheimnis erklärt wurden:

Am 1.11.84 begannen mit der Strafanzeige der BI Hanau die staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen ALKEM und Mitarbeiter des hessischen Wirtschaftsministeriums. Im Februar 85 wies CSU-Zimmermann Steger *,,mit Nachdruck''* darauf hin, *,,der Hanauer Staatsanwaltschaft die Akten über die umstrittenen Genehmigungsverfahren nicht zur Verfügung zu stellen. Das Innenministerium bezog sich dabei auf den Paragraphen 96 der Strafprozeßordnung, wonach eine Behörde die Herausgabe amtlicher Schriftstücke dann verweigern kann, wenn sie ,,das Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes gefährdet sieht.''* (FR, 7.4.85) Am 4.3.85 beschloß das Hanauer Amtsgericht eine Hausdurchsuchung im Wirtschaftsministerium Hessens.

Einen Tag darauf war bereits klar, daß innerhalb des Wirtschaftsministeriums ,,belastendes Aktenmaterial beiseitegeschafft'' worden war. (taz, 15.3.85) Am 22.5.85 vor dem Innenausschuß drohte Steger — provoziert von den Unionsparteien — die Vorlage und Dokumentation der RBU-Akte zum Genehmigungsverfahren an, die bisher dem ,,Diskretionsbereich der Exekutive'' unterläge und warnt gleichzeitig vor den *,,Konsequenzen, die sich in einem Gerichtsverfahren daraus ergeben, wenn wir wirklich gezwungen werden, mal alle Akten auf den Tisch zu legen.''* (Protokoll, S. 81)

Ein Ansinnen, das gewiß nicht zufällig besonders massiv von den SPD-Vertretern im Innenausschuß (H. Schäfer, F. Duve usw.) zurückgewiesen wurde ...!

Internationale Kontrolleure werden ausgeschaltet

Entgegen der üblichen Selbstdarstellung gelten die Hanauer Atomfirmen, speziell die ALKEM, innerhalb der Internationalen Atomenergie-Agentur (der Kontrollbehörde bzgl. Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags) als besonders störrische Partner. So gibt es bis heute keine ernsthafte Anlagen-Beschreibung für die Inspektoren der IAEO. (Dieses sog. ,,Facility Attachment'' ist die Grundlage jeder Inspektion.) In einem Papier der ALKEM vom 11.2.85 wird eine Anlagenbeschreibung von Oktober 1980 als die derzeit gültige bezeichnet, was angesichts der mindestens 37 inzwischen vorgenommenen baulichen Veränderungen nur als Verarschung bewertet werden kann. In der gleichen Schrift wird im übrigen unumwunden zugegeben, daß die traditionellen Safeguard-Konzepte bei ALKEM fehlgeschlagen sind (*,,Man sah sich trotz der Daueranwesenheit von IAEA-Inspektoren und trotz ihres nahezu unbegrenzten Zugangs zu allen wichtigen Teilen des Betriebes mit der merkwürdigen Situation konfrontiert, daß die IAEO zum Schluß kam, daß das Ziel allseitiger Kontrollen nicht erreicht wurde, weil insbesondere das Ziel der rechtzeitigen Entdeckung von Abzweigungen nicht unerreicht blieb.''*), um neue Konzepte vorzuschlagen, die eher eine Abschwächung zugunsten des Betriebsablaufs beinhalten. (6) Daß die Bundesregierung beim internationalen Tauziehen zwischen IAEA, Euratom und der ALKEM um ein neues ,,Facility Attachment'' massiv engagiert ist, zeigt die Antwort des ALKEM-Geschäftsführers Stoll auf eine entsprechende Frage anläßlich der Anhörung über Proliferationsfragen im hessischen Landtag vom 15.6.84: *,,Ich möchte dazu nichts sagen. Ich kenne natürlich den Sachverhalt; aber ich möchte mich dazu ohne die Bundesregierung hier nicht äußern.''* (Protokoll, S. 110) Auch das IAEA-Statement für diese Anhörung erwähnte in diplomatischer Verpackung Anomalien und Diskrepanzen, die jedoch erläutert werden konnten. (7) Es ist also mit Sicherheit davon auszugehen, daß seitens des Auslandes die Aktivitäten im Hanauer Atomzentrum mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden; die ,,FAZ'' wußte am 6.3.85 zu berichten, daß dort *,,auch hohe Militärs beider Weltmächte''* zu den Besuchern gehören. Vor diesem Hintergrund liegt auf der Hand, welche spezielle Rolle RBU eingenommen haben könnte: Während sich die internationale Aufmerksamkeit auf die Hanauer Firmen konzentriert, die offen mit Waffenmaterial hantieren (ALKEM, NUKEM, HOBERG), dürfte die RBU mit ihrem vergleichsweise ,,sauberen'' Image viele Jahre lang das bessere Terrain für ,,krumme Dinger'' geboten haben, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß es weniger um Atomgesetzinterpretationen als vielmehr hierum geht, wenn Akten zurückgehalten werden, weil andernfalls ,,das Wohl des Bundes'' gefährdet sei.

Als Mitte Mai 85 Steger vom Innenministerium verdonnert wurde, nur noch nach Absprache bzgl. RBU eine Anweisung zu erteilen, antwortete dieser postwendend mit der Frage, ob damit gemeint sei, *,,daß gegenüber der Firma RBU die Ankündigung des Besuchs internationaler Kontrolleure zur Ermöglichung von deren Zutritt nicht mehr erfolgen soll''* ... Ist das Überspitzung oder lediglich gute Aktenkenntnis?

Eine Atommafia namens SPD

Der politische Kern der Affaire RBU wird in dem stenographischen Protokoll der Innenausschußsitzung von Reuter (SPD-MdB aus Hanau) und Steger auf den Punkt gebracht: **Reuter: ,,Diese Sache hätte nicht das Licht der Welt erblicken müssen .''**
Steger: ,,Wir sind zur Zusammenarbeit verdammt, das ist ganz klar.''

Der seinerzeit künstlich aufgeblasene Streit um Bundesanweisung, RBU-Teilstillegung und Atomgesetz hatte nur einen realen Kern: Die RBU hatte erstmals das hessische Wirtschaftsministerium nicht eingebunden, sondern getäuscht. Originalton Steger: *,,Ich bitte auch das Bundesinnenministerium, einmal zu würdigen, daß dadurch, daß die Firma erklärt hat, dies* (Vorlegen eines unvollständigen Sicherheitsberichts — AK) *sei so gewollt gewesen, und ausdrücklich zurückgewiesen hat, daß das ein Irrtum gewesen wäre, wie in diesen rechtlichen Zugzwang gekommen sind.''* (Protokoll, S. 75)

Diesen Mangel an Sensibilität mußte die RBU mit der Teilstillegung und dem plötzlichen Auffliegen eines 10 Jahre lang gemeinsam wohlgehüteten Geheimnisses teuer bezahlen.

Solange hingegen die innerstaatliche Abstimmung über RBU, ALKEM, NUKEM und HOBEG funktioniert und n u r die Öffentlichkeit ausgegrenzt ist, läuft die Maschine.

Genau das bedeutet Atomstaat.

ms, Bonn

Anmerkungen:

(1) Die Hanauer Atombetriebe wurden ursprünglich nach § 9, Atomgesetz, d.h. unter Ausschluß der Öffentlichkeit, genehmigt. Diese Genehmigung ist seit dem 1.1.1976 ausgelaufen. Seit der Atomgesetz-Änderung von 1975 müssen die Anlagen nachträglich einem Genehmigungsverfahren nach § 7 Atomgesetz unterzogen werden, und das bedeutet: Öffentlichkeitsbeteiligung (wenn auch zur Farce verkümmert) und Überprüfbarkeit der Errichungs- und Betriebsunterlagen. Für die Hanauer Atommafia, die z.T. schon im Faschismus das Uranmetall für Waffenzwecke lieferte (AK 232), wurde freilich seitens der regierenden SPD eine Sonderbestimmung nachgereicht, wonach „die bisherigen Tätigkeiten bis zur rechtskräftigen Entscheidung über den Antrag nach § 7 des Atomgesetzes fortgeführt werden" kann. Seither produzieren die Hanauer Betriebe ohne atomrechtliche Genehmigung allein auf Grundlage dieser Übergangsregelung.
(2) aus: Anlage 1 zu Protokoll 67 der Bundestags-Innenausschußsitzung vom 22.5.85. Punkt 1 der Tagesordnung: „Unterrichtung und Aussprache über die der Bundesaufsicht unterliegenden atomrechtlichen Anordnung des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik vom 3.5.85, mit der der Firma Reaktor-Brennelemente Union (RBU) die Assemblierung von Brennelementen in den Räumen der Firma Alkem in Hanau untersagt wurde".
(3) Weil, was im Sicherheitsbericht nicht erwähnt wird, aufgrund der Übergangsregelung nach § 9 nicht betrieben werden darf, verfügte Steger am 3.5. die Teilstillegung der RBU, die allerdings nicht vollzogen und im Juni 85 wieder aufgehoben wurde. Ausführliche Darstellung in: „ATOM", Sommer 85
(4) „Bundesverwahrung" meint das unter strikter Geheimhaltung stehende Plutoniumdepot der Bundesregierung im Bunker der ALKEM. Zwischen den Plutonium-Bundesbeständen und den ALKEM-Plutoniumbeständen verläuft im Bunker lediglich eine gelbe Bodenmarkierung, was den Austausch in beliebiger Richtung fördert und Kontrollen unmöglich macht. SPD-MdB Reuter erklärte bzgl. des überschüssigen ALKEM-Plutioniums im Innenausschuß: „Bei der Alkem sind diese 8 kg (richtiger: 12 kg, Anm. - AK) nie aus dem Bereich des Bunkers herausgekommen. Sie lagen noch jenseits einer gelben Linie in dem Verfügungsbereich der Firma ALKEM. Damit wurde die Umgehungsmenge, die genehmigt war, überschritten. Das ist noch lange kein Beinbruch ..." (Protokoll, S. 70)
(5) Ltd. MR Thurmann lt. Protokoll: „Die Firma RBU hat sich von allen Hanauer Firmen am schwersten getan, das was seit 1968 existiert, uns auch nur unterlagenmäßig einzureichen. Die haben die ersten fünf Jahre überhaupt nichts eingereicht und sich dann eine weitere Frist von dreieinhalb Jahren einräumen lassen, um dies zu tun." (S. 39)
(6) ALKEM GmbH, Considerations about Safeguarding ALKEM, a MOX Fuel Fabrication Plant, 1985
(7) „To date there have been no anomalies or discrepancies which could not be satisfactorily resolved or explained."

40.000 auf dem Baugelände in Wackersdorf

Ein großer Mobilisierungserfolg wurde die Demonstration gegen den Rodungsbeginn auf dem Gelände der geplanten Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf am 14. Dezember. 40.000 Demonstranten aus dem ganzen Bundesgebiet folgten dem Aufruf zur seit langem von den Bürgerinitiativen und politischen Organisationen (Grüne, SPD) geplanten Aktion. Am Samstag nach Beginn der Rodungsarbeiten, so lautete die Einigung, solle ein unübersehbares Zeichen des Widerstands gesetzt werden.

Vier Tage vorher hatte der bayerische Verwaltungsgerichtshof grünes Licht für den Beginn der Bauarbeiten gegeben. Umgehend wurde quasi demonstrativ mit dem Fällen von zunächst 150 Bäumen begonnen. Bis zum Samstag kam es zu wiederholten Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten, die diese Arbeiten behindern wollten, mehrere sind verhaftet, aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen worden. Bis dahin waren allerdings nur 300 Demonstranten beteiligt. Im Vorfeld der Samstagsdemonstration hatten Innenminister Hillermeier und der oberpfälzische Polizeipräsident Friker eine heftige öffentliche Kampagne zur Warnung vor Gewalttätern gestartet. Am Samstag selber allerdings präsentierte sich die Polizei wider alles Erwarten ausgesprochen zurückhaltend (wenn auch massiv vor Ort versammelt).

Auf der Kundgebung in der Nähe des Bauplatzes sprachen u.a. der Landrat Schuierer (SPD), die Sprecherin der BI Schwandorf, Erna Wellenhofer und der BUND-Vorsitzende Weinzierl. Im Anschluß an diese Kundgebung konnten die Demonstranten ungehindert auf das Rodungsgelände gehen. Den einzigen größeren Übergriff leistete sich die Polizei vor der Kundgebung in Nürnberg und Erlangen. Die dortigen Treffpunkte zur Bildung gemeinsamer PKW-Konvois wurden umzingelt, die Demonstranten festgehalten, ihre PKWs durchsucht und alles an Werkzeug beschlagnahmt, was sich als Waffe bezeichnen ließ. Dieses Vorgehen erklärt sich wohl aus dem Verdacht der Polizei, daß sich hier insbesondere die Linken treffen würden. Wegen dieser Vorfälle verzögerte sich in Wackersdorf auch der Kundgebungsbeginn.

Auf dem Wackersdorfer Rodungsgelände im Taxöldener Forst begannen Teile der Demonstranten eine rege Bautätigkeit. Zunächst wurden vier Blockhütten und Barrikaden auf den Zufahrtswegen errichtet. Auch dies ließ die beobachtende Staatsmacht zu, ebenso wie sie einen LKW mit Werkzeugen der gut vorbereiteten Demonstranten nicht behinderte. In guter Stimmung arbeiteten 4.000 Leute auf dem Gelände und noch am Sonntag waren es 2.000, die die Bauarbeiten fortsetzten. Offensichtlich hat das bayerische Innenministerium nach den harten Übergriffen im Anschluß an die Münchener Demonstration, nach der unübersehbaren Demonstration staatlicher Macht gleich zu Beginn dieser Woche, auf eine softere Taktik gesetzt. Möglicherweise werden die Rodungsarbeiten auch zunächst an anderer Stelle fortgesetzt. Haben sich die Mobilisierungsgemüter erst einmal beruhigt, so scheint man zu spekulieren, geht eine Räumung ohne so großes Aufsehen vonstatten, wie es in der derzeitigen Situation der Fall wäre.

Die Grünen, durch ihre spektakuläre Parteitagsunterbrechung in den Medien ganz vorne, beteiligten sich u.a. mit zwei Drittel ihrer Delegierten an der Demonstration.

Wo die Not am größten ist

Grüne Koalitionsgegner fraktionieren und konspirieren

Allenthalben ist in der grünen Partei von einer „Koalo-Offensive'' vor ihrem Offenburger Bundesparteitag die Rede. Wir wollen ja der Parteitagsbasis nicht vorgreifen, aber vieles spricht dafür, daß diese Offensive auf dem Parteitag selber gar nicht so sehr spürbar wird. Der Realo-Kern hat sich offensichtlich darauf geeinigt, keinen Koalitionsbeschluß durchpowern zu wollen. Die von Koalitionsbefürwortern gestellten Anträge „Perspektive '87'' und „Die Dynamik wiedergewinnen'' (beide vorgestellt im letzten AK) wird von ihm nicht gestützt, die Wahlaussage zur Bündnispolitik soll nach der Niedersachsen-Wahl vom Juni 1986 fallen. So reduziert sich die ‚Spannung' für Offenburg auf die Personalauseinandersetzung. Seine *„einzige Erwartung''* sei, sagt Otto Schily in der FAZ (12.12.), *„daß ein personalpolitisches Signal gesetzt wird''*.

Mehrere Abwahlanträge von grünen Realos wollen einmal die allseits wenig beliebte Jutta Ditfurth abwählen, Rainer Trampert einen Dämpfer verpassen und Lukas Beckmann dahin befördern, wo er hingehört, in die rechte Mitte der Grünen, eine Position, die ihm allein die für die Partei unrepräsentativen Mehrheitsverhältnisse im derzeitigen Bundesvorstand verwehrt haben.

Doch auch die Personal-Spannung ist reduziert, seit Waltraut Schoppe aus vorgeblich „privaten Gründen'' nicht mehr gegen Jutta Ditfurth kandidiert, nachdem sie sich im SPIEGEL-Gespräch vom 9.12. noch als Realo-Alternative für den Vorstandssprecherposten präsentierte. Ein „Manko'', wie Schily meint, der — wie zuvor schon Minister Fischer öffentlich forderte — dennoch auf Stärkung des Realo-Flügels im Vorstand setzt (sechs Sitze werden neu besetzt).

Koalo-Opposition an der grünen Basis

Geradezu hektisch reagierte in den vergangenen Wochen die Opposition aus Fundis, Ökosozialisten und versprengten linken Strömungen auf die in allen Landesverbänden spürbare Offensive der Koalos.

In **Bayern** hatte sich anläßlich der Verabschiedung eines staatstragenden und marktwirtschaftlich orientierten Landtagswahlprogramms ein oppositioneller Kreis gebildet, der mit einer Protesterklärung an die Öffentlichkeit getreten war (Wortlaut im AK 264). Der Kreis mit dem schönen Namen „Trachtenverein'' stellt sich nach zwei Treffen auf eine längerfristige fraktionelle Arbeit innerhalb der Grünen ein und will zu diesem Zweck eine politische Plattform erarbeiten. Nach der Landesversammlung im Januar soll über den in der Resolution angedrohten Boykott des Landtagswahlkampfs (Wahltermin im Herbst 1986) entschieden werden. Die Mitunterzeichner der Protestresolution, Petra Kelly und Gert Bastian, haben sich bisher nicht

und will zu diesem Zweck eine politische Plattform erarbeiten. Nach der Landesversammlung im Januar soll über den in der Resolution angedrohten Boykott des Landtagswahlkampfs (Wahltermin im Herbst 1986) entschieden werden. Die Mitunterzeichner der Protestresolution, Petra Kelly und Gert Bastian, haben sich bisher nicht

landespolitisch eingemischt. Als weiterer „Prominenter'' kündigte Dieter Burgmann, ehemals Bundesvorstandssprecher und Bundestagsabgeordneter, Widerstand gegen den bayerischen Mehrheitskurs an.

In **Baden-Württemberg**, wo die Mehrheit der Koalitionsbefürworter bundesweit am eindeutigsten ist, fand am 16. und 17.11. ein zweites *„Forum für Fundamentalisten, Linke, Ökosozialisten, Radikalfeministinnen ...''* statt. Beteiligt sind hier auch die Bundesvorstandsmitglieder Ulli Tost und Ali Schmeißner. Von Teilnehmern aus dem Kreis wurden für den Fall, daß sich der Koalitionskurs in der Partei durchsetzt, alle möglichen Protest-und Widerstandsaktionen erwogen: Boykott der Mitarbeit und der Beitragszahlung, Abkoppeln „linker'' Kreisverbände von der Partei, Wahlkampfboykott, Drohung mit örtlichen Alternativen Listen, äußerstenfalls Parteiaustritt und Aufbau einer bundesweiten AL! In Offenburg solle, falls die Koalos den Durchmarsch versuchten, eine Auszeit beantragt und fraktionell beraten werden.

Am 5.12. haben sich auf einem landesweiten Treffen in Frankfurt grüne Koalitionsgegner/innen aus ganz **Hessen**, 33 Tage nach dem Koalitionsbeschluß von Neu-Isenburg und 11 vor der Vereidigung des ersten grünen Ministers, unter dem Namen *„‚Linke in den Grünen' — Forum der Radikalökolog/inn/en, Fundamentalist/inn/en, Ökosozialist/inn/en, Ökoanarchist/inn/en ... innerhalb und außerhalb der Grünen* gegründet'' (aus der Presse-Erklärung). Kontaktpersonen sind u.a. Manfred Zieran und MdL Jan Kuhnert. Nach einer Diskussion zum Thema „Parlamentarismus, Rätedemokratie, Anarchie — welchen Staat wollen wir?'' sind drei weitere Veranstaltungen in Vorbereitung. Themen: „Utopie und Perspektiven grüner Politik'', „Wie bauen wir gesellschaftliche Gegenmacht auf?'' und „Wie befreien wir uns von Gewalt? (Gewaltmonopol des Staates/ Polizeistaat/ sozialer Widerstand)''. Hilfestellung bei der Aufarbeitung theoretischer Defizite in der Staatsfrage leisten Frankfurter Anarchos und Autonome. Zur Verbesserung der Kommunikation soll ein Informationsrundbrief herausgegeben werden. Bislang haben 180 grüne Mitglieder aus ganz Hessen per Eintragung in entsprechende Listen ihr Interesse an fraktioneller Arbeit bekundet.

Koalo-Gegner aus der **AL-Westberlin** werten die letzte Mitgliederversammlung der AL als Protest gegen derzeitigen Mehrheitstrend der Grünen. Zur Abstimmung stand die Frage, ob die AL ihren Namen zukünftig mit dem Zusatz „Die Grünen'' versieht. Als nach zwei Abstimmungen die für eine solche Satzungsänderung erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit nicht sichtbar war, wurde beim dritten Mal schriftlich abgestimmt. 259 Befürworter der Namensänderung stand eine Opposition von 139 Gegnern gegenüber. Das reichte nicht für die Namensänderung.

Reine Negativ-Koalition?

Auf Bundesebene ist der Zusammenschluß von Fundamentalisten und Ökosozialisten bisher kaum vorangekommen. Drei „Prominenten''-Treffen in Bonn bzw.

Reine Negativ-Koalition?

Auf Bundesebene ist der Zusammenschluß von Fundamentalisten und Ökosozialisten bisher kaum vorangekommen. Drei „Prominenten''-Treffen in Bonn bzw.

Köln haben weder politisch noch in Bezug auf die in Offenburg aktuell einzuschlagende Taktik eine Einigung gebracht. So ist das gemeinsame Eintreten für die Wiederwahl von Jutta Ditfurth im Vorfeld von Offenburg in der Opposition nicht unumstritten geblieben. Ein „Ökologisches Manifest'' mit inhaltlichen Abgrenzungen von den Realos auf den Feldern der Wirtschafts-, Ökologie-und Friedenspolitik und mit deutlicher Abgrenzung zur SPD ist in Arbeit und soll Mitte Januar öffentlich gemacht werden.

Noch deutlicher als auf Landesebene zeigt sich bei den Fraktionierungsversuchen auf Bundesebene, daß hier eine reine Negativkoalition gegen die alles niederwalzende Koalo-Übermacht („anti-hegemonistische Einheitsfront''?) zusammengefunden hat. Zieran und Kuhnert sind ebenso mit von der Partie wie Ebermann und Reents, die erstere noch vor nicht allzu langer Zeit am liebsten aus der Grünen Partei ausgeschlossen hätten. Selbst der linksgrüne Hamburger Kern ist zerstritten: Thomas Ebermann zählt seine alten Kampfgefährten Jürgen Reents und Michael Stamm, den Erfinder der „bedingungslosen Tolerierung'', mittlerweile zu den Realos.

Andere, wie Antje Vollmer, wollen weniger die SPD-Frage als vielmehr Volksentscheid und Friedensvertrag zur innerparteilichen Grenzlinie machen. Michael Wendt von der AL Westberlin, jetzt Mit-Beteiligter der Sammlungsbewegung gegen die Koalos, hat noch auf dem Hagener Parteitag im Juni den damals bahnbrechenden Beschluß mitgetragen, der grüne Regierungsbeteiligung für sinnvoll und zulässig erklärte. So fangen die Schwierigkeiten der „linken'' Fraktionsbildung schon bei der Einladungspraxis an: wer ist noch halbwegs „zuverlässig''; bei wem muß man befürchten, daß er oder sie in allernächster Zeit die Seite wechselt? Als Folge dieser Unsicherheit ist bei den „linken'' Grünen die Haupttendenz Konspiration.

Bundesvorstand: Getrennt marschieren...

Der Bundesvorstand, bislang „fundamentalistisches'' Gegengewicht gegen die „im Rampenlicht der Öffentlichkeit'' stehenden Wortführer der Koalos in Bundestag und Landesparlamenten, hat am 6.12. seinen Rechenschaftsbericht der Presse vorgestellt und zu den bevorstehenden Auseinandersetzungen Stellung bezogen. Die drei Sprecher (Rainer Trampert, Lukas Beckmann, Jutta Ditfurth), die im Konflikt mit den hessischen Grünen um die dortige Koalitionsbildung und die Behandlung des gewaltsamen Todes von Günter Sare erstaunlich geschlossen aufgetreten waren, gehen wieder ihre jeweils eigenen Wege. Gegen alle drei liegen Abwahlanträge vor.

Jutta Ditfurth scheint aus der Sicht ihrer Mitstreiter schwer zu retten zu sein. Mit ihrem Fernsehkommentar am Abend der Landtagswahl im Saarland, die Niederlage der Grünen sei auf ihre „Anbiederung'' an die SPD zurückzuführen, hatte sie extrem danebengelegen. Zu dem zweiten ihre Abwahl begründenden Vorwurf, sie habe den hessischen Grünen Mitschuld am Tod von Günter Sare unterstellt, hat in ihrem persönlichen Rechenschaftsbericht inzwischen Stellung genommen. Zunächst wiederholt sie das, was sie auf

führen, hatte sie extrem danebengelegen. Zu dem zweiten ihre Abwahl begründenden Vorwurf, sie habe den hessischen Grünen Mitschuld am Tod von Günter Sare unterstellt, hat in ihrem persönlichen Rechenschaftsbericht inzwischen Stellung genommen. Zunächst wiederholt sie das, was sie auf

der Kundgebung am Tag nach dem Tod Günter Sares tatsächlich gesagt hat: *„Ich bin verbittert darüber, daß der Wasserwerfer, der Günter Sare getötet hat, einer von denen sein kann, den die SPD mit Zustimmung der Grünen zum Landeshaushalt 1984 angeschafft hat.''* In ihrem Rechenschaftsbericht fährt sie dann fort: *„Das hat mit Schuld nichts zu tun und nichts mit moralischer Verantwortung für Günter Sares Tod. Ich bin allerdings der Meinung, daß ein Haushalt kein nacktes Zahlenwerk ist, sondern konkrete Auswirkungen auf das Leben der Menschen und auf unseren Alltag hat. Und in dem Sinn tragen Grüne, wo immer sie Haushalten zustimmen, nicht nur für die positiven Seiten eines Haushalts, z.B. Geld für Frauenhäuser, sondern auch die negativen Seiten Verantwortung, der sie sich nicht entziehen können.''*

Den Vorwurf, als Bundesvorstandssprecherin nicht integrierend, sondern polarisierend gearbeitet zu haben, wendet sie gegen ihre Kritiker: „Ich muß zugeben, es ist mir nicht gelungen, Otto Schily zu integrieren, der sich in Baden-Württemberg auch eine Koalition mit der CDU vorstellen kann, oder Heinz Suhr, der als jahrelanger Pressesprecher nun der Killi-Zeitung ein Interview gibt, oder Joschka Fischer, der in Hessen nur seine Männerbünde einstellt und sich Frauen fast nur als Sekretärinnen loyal genug für seinen Koalitionskurs vorstellen kann.''

Rainer Trampert widmet sich in seinem Teil des Rechenschaftsberichts vor allem der SPD und ihrer *„neuen Strategie zur Mitte und zur modernen Wirschaftspartei''*, die ein Bündnis mit den Grünen ausschließe, im Gegenteil für 1987 das „Etappenziel'' vorgebe, die Grünen aus dem Bundestag herauszuhalten. Daraus folgt für Rainer Trampert: *„Ich will nicht verhehlen, daß ich unter den heutigen Bedingungen für richtig hielte, die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit mit der SPD, so wie sie unter Rau ist, zu betonen. Diese Einstellung entspringt einer nüchternen Analyse und nicht irgendeinem Fundamentalismus aus Prinzip. Mir kommt es nicht darauf an, diese Sichtweise den Grünen aufzudrängen. Ich kann gut ertragen, wenn die Hoffnungen in eine Zusammenarbeit mit der SPD im Sinne einer Tolerierung unterschiedlich groß sind. Mit kommt es allerdings darauf an, daß unsere Bedingungen für eine Unterstützung der SPD nicht schrittweise demontiert werden. In der aktuellen Koalo-Offensive sehe ich die politisch-inhaltliche wie auch strukturelle oder kulturelle Anpassung der Grünen an eine nach rechts marschierende SPD.''*



Zu dem Abwahlantrag gegen sich stellt Trampert klar, er habe nie — wie von den Antragstellern behauptet — Joschka Fischer einen „obskuren Po-

Zu dem Abwahlantrag gegen sich stellt Trampert klar, er habe nie — wie von den Antragstellern behauptet — Joschka Fischer einen „obskuren Po-

littyp'' genannt. In Bezug auf Fischers Bemühungen um Konsens mit der Industrie sei aber *„objektiv festzustellen, daß kein relevanter grüner Programmpunkt im Konsens mit der Hoechst AG durchzusetzen wäre. Wenn dies aber so festgestellt werden muß, dann gewinnt die Frage, wer das ‚Nichts' am besten verkaufen kann, an Bedeutung. In diesem Sinnzusammenhang habe ich betont, daß ein Polittyp wie Joschka dafür besonders gut geeignet sei.''*

Lukas Beckmann ist als dritter Bundesvorstandssprecher ist in seinem Rechenschaftsbericht auf Distanz zu seinen Kollegen gegangen: *„Der Bundesvorstand selbst hat die Aufgaben der Integration der Gesamtpartei nur teilweise bestanden. Arbeitsprozesse gegen eigene Mitglieder, recht willkürliche Schuldzuweisungen bei enttäuschenden Wahlergebnissen (wie nach der Saarlandwahl) haben viele zu Recht verärgert.''* Diese „Selbstkritik'' richtet sich, das weiß jeder Parteitagsdelegierte, gegen Rainer Trampert („Arbeitsprozesse gegen eigene Mitglieder'') und Jutta Ditfurth („willkürliche Schuldzuweisungen''). Der kluge Mann baut vor, schließlich muß auch Beckmanns Mandat vom Parteitag bestätigt werden. „Besonnenheit'' und Appelle zur Mäßigung im innerparteilichen Streit machen sich da immer gut.

Auf der vom grünen Bundesvorstand zur Vorstellung des Rechenschaftsberichts veranstalteten Pressekonferenz hat Lukas Beckmann sich noch deutlicher als besonnener Warner zu profilieren versucht und mit folgender Passage aus seiner Erklärung prompt Schlagzeilen gemacht: *„Wir bewegen uns am Rande einer Spaltung, deren Ursache nicht in der Unvereinbarkeit der beiden politischen Flügel, sondern in der fehlenden Bereitschaft zum Dialog begründet liegt.''*

Wenn Trampert darauf kontert, *„der Streit in den Grünen ist nicht in einer mangelnden Dialogbereitschaft begründet; er wäre durch Gespräche nicht integrierbar''*, dann ist das zweifellos die Wahrheit. Aber „strömungsübergreifende'' Zustimmung erhält er dafür wohl ebensowenig wie für seine Aussage, die Grünen seien ein **„Zweckbündnis''**. Eine *„störende Formulierung''*, so Otto Schily, der sich laut FAZ bei dieser Bewertung „sehr zurückgenommen'' hat. Neu ist das Zweckbündnis bei Trampert auf jeden Fall (sieht man mal von der Anfangsphase seiner Grünen-Mitgliedschaft ab, als er noch der Z-Fraktion angehörte). Bislang schwammen er und Ebermann nicht zuletzt in ihrem Buch „Zukunft der Grünen'' auf der Welle der Grünen als einer „ganz neuen'', „ganz anderen'' Kraft, als alle bisher dagewesenen. Das scheint sich unter dem Eindruck der veränderten Kräfteverhältnisse in der Partei zu verändern; ja, Taktiker sind sie geblieben.

So wird's denn in Offenburg um die Machtposition im Bundesvorstand gehen, dessen derzeitige Zusammensetzung Thomas Ebermann für *„eine bewußte Entscheidung''* der Partei hält, *„weil prominente Realos in den Medien so stark bevorzugt wurden, wollten sie* (Anm: die Delegierten) *ein Sprecher-Gremium haben, das gegensteuert. Das halte ich nach wie vor für richtig''*, sagt der prominente Fundi im

zung Thomas Ebermann für „eine bewußte Entscheidung'' der Partei hält, „weil prominente Realos in den Medien so stark bevorzugt wurden, wollten sie (Anm: die Delegierten) ein Sprecher-Gremium haben, das gegensteuert. Das halte ich nach wie vor für richtig'', sagt der prominente Fundi im

Medium „Spiegel''. Erfüllt sich seine Hoffnungen, kann sich das ganze Sinnen und Trachten auf veränderte Parteimehrheiten wieder um ein halbes Jahr verlängern.

'Kleine reformerische Wege' der Realpolitik

„Ich gehe kleine reformerische Wege'', beichtet Waltraud Schoppe im „Spiegel''. Zum Beispiel: in der Friedenspolitik: *„Ich glaube, mit der SPD wäre allenfalls eine Einigung auf den Status quo möglich: Keine neuen Waffen dürfen nach Europa kommen, jetzt ist Schluß. In unserer Partei müßte dann ernsthaft diskutiert werden, ob das reicht''* (Spiegel, 9.12.). Dann diskutiert mal ganz ernsthaft...

Einen anderen kleinen Weg offenbart Otto Schily im Gespräch mit der FAZ. *„.... wichtiger als die Grünen-Formel ‚Raus aus der NATO' sei doch die Forderung, die Mittelstreckenraketen aus der Bundesrepublik wegzubekommen''*. So weit könnt man dem realpolitisch ja noch folgen. Aber dann? *„Und deutlicher noch: ‚Ich bin nicht für einen einseitigen Auszug der Bundesrepublik aus der NATO' ''(FAZ, 12.12.).*

Heinz Suhr: »Nie wieder BILD-Interview«

Heinz Suhr, Bundestagsabgeordneter der Grünen, hat einen Rückzieher gemacht — aber was für einen! Sein "Bild''-Interview, in dem er für seine Partei vier Ministerämter in einer grün-sozialdemokratischen Bundesregierung gefordert hat (vgl. AK 264), tut ihm jetzt leid. Nicht daß er meint, etwas falsch gemacht zu haben. Nur hat keiner sein Anliegen verstanden, auch seine Freunde nicht. Deshalb erklärt er es uns noch einmal:

„Ausgangspunkt war für mich die schwierige Situation der Grünen, gegenüber der SPD wieder in die Offensive zu kommen. Denn nichts scheut die SPD mehr als unsere erklärte Bereitschaft, bei substantiellen Änderungen der Politik ‚Verantwortung zu übernehmen', d.h. Machtpositionen streitig zu machen. (...) Daß diese Rechnung voll aufgegangen ist, zeigen die völlig wirren Reaktionen seitens der SPD.'' Aber wie gesagt: daß er mit seinem genialen Interview die SPD in eine tiefe Krise gestürzt hat, wollte bei den Grünen niemand wahrhaben. Heinz will es also nicht wieder tun: *„Mir tut es leid, dieses Interview in der ‚Bild'-Zeitung, vor allem weil ich bei einigen (von ‚Bild' persönlich betroffenen) grünen Freund(inn)en auf gänzliches Unverständnis und tiefe Verletztheit gestoßen bin. Deswegen wird dies auch mein erstes und letztes ‚Bild'-Interview sein.''*

VERGESST DIE GRÜNEN!

Der grünen Spitzenfrau Waltraud Schoppe mißfällt das Fußvolk ihrer Partei. Zeit also, die Basis aufzulösen und sich eine neue zu wählen: „*Ich behaupte, ein Großteil der grünen Mitglieder hat keine Ahnung, wie schlecht es der Partei im Moment geht. Zu den Kreisversammlungen erscheinen Mitglieder häufig sporadisch, sie mischen sich ein mit einer Mischung aus momentan aufflackerndem Engagement und Gelangweiltheit. Mein Gott, wenn es die Grünen nicht gibt, geht man eben mal wieder bei der Friedensgruppe vorbei, oder soll es da nicht irgendwo eine Umweltgruppe geben?* **Wenig Sinn für den historischen Versuch, den die Grünen bedeuten.**"

Gemeint ist: W. Schoppe gehört zu den ganz harten Realo-Koalos bei den Grünen. Also zu denjenigen Grünen, die sich in der historischen Rolle eines Juniorpartners der SPD wähnen und sich in dieser Einbildung sauwohl fühlen. Die Parteibasis wird dabei von W. Schoppe nur noch als lästiger, leider nicht einfach abzuschüttelnder Störfaktor wahrgenommen. Denn die Hauptbeschäftigung des Partei-Fußvolks besteht laut W. Schoppe darin, sich über lächerliche, völlig abseitige Themen zu streiten, wie etwa über das Schlachten von Lebewesen zum Zwecke des Verzehrs. Den Rest der Zeit verbringt das undankbare Fußvolk damit, seine hochtalentierten, experimentierfreudigen Realo-Funktionäre und Koalo-Abgeordneten in unsolidarischer Weise „*so richtig zur Sau zu machen*". Wer medienwirksam aufzutreten versteht und sich eigene Gedanken zu machen wagt, werde vom Fußvolk „*mißtrauisch beäugt*". **"Es steht schlecht um die Partei der Meckerer und Nörgler, der Neider und Eifersüchtigen"**, klagt W. Schoppe. Gemeint sind die Grünen. Unkonventioneller und kühner hat in diesem Land sicher noch kein Politiker Sympathiewerbung für die eigene Partei zu treiben versucht. Logisch, daß da bei W. Schoppe nur noch ein, grammatisch nicht gerade elegantes, Menetekel folgen kann: „*Wenn es die Grünen nicht mehr gibt, werden nicht nur einige der grünen Identität nachweinen, sondern auch darüber, für eine lange Zeit die Möglichkeit einer eingreifenden linken Alternative verspielt zu haben.*" („Kommune" 10/85)

Ähnliche Vorahnungen vom Untergang der Grünen plagen auch den „Kommune"-Herausgeber Joscha Schmierer, ehemals Vorsitzender des legendären KBW: **„Experiment am Ende, bevor es begonnen hat?"**(„Kommune" 11/85). „*Was als Versuch begonnen hat, die Parteienlandschaft bundesweit aufzumischen, ist fast nur noch ein Versuch, die Grünen dort präsent zu halten*". Mit anderen Worten, viel erwarten sollte sich niemand mehr von den Grünen; sie kämpfen nur noch ums Überleben, und bei den Mitteln, auf die sie dabei verfallen, sollte man es nicht so dogmatisch genau nehmen. Daß Schmierer derart schwarz für die Grünen sieht, läßt aufmerken, denn kein anderer Alt-Neulinker hat mit solcher Vehemenz und Unbedenklichkeit wie Schmierer jahrelang versucht, Reklame für die Grüne Partei als neue Hoffnungsträgerin einer vergrätzten und gescheiterten Linken zu machen. Zudem unterstützt Schmierer seit langem den Realo-Koalo-Flügel, wenngleich er im Gegensatz zu den meisten anderen Realo-Koalos klar weiß und bekennt, daß dabei an Reformen nur ein Minimum und an weitergehenden Veränderungen ein Nichts herauskommen wird.

landschaft bundesweit aufzumischen, ist fast nur noch ein Versuch, die Grünen dort präsent zu halten". Mit anderen Worten, viel erwarten sollte sich niemand mehr von den Grünen; sie

Jahrhundert-Unternehmen gescheitert

Daß die Grüne Partei in einer tiefen Krise steckt, wird von niemandem mehr bestritten. Längst schon wird die Krise auch für den Streit der Parteiflügel instrumentalisiert. Man wirft sich gegenseitig vor, die Partei zu zerstören und ihre Zukunft zu vernichten. Ob die Partei wenigstens die Bundestagswahl noch übersteht, ist bereits ein Glücksspiel.

Zum Scheitern verurteilt ist nicht bloß die eine oder die andere Variante grüner Parteipolitik, sondern gescheitert ist jetzt schon das „Jahrhundert-Unternehmen", die bundesdeutsche Politlandschaft dauerhaft um eine oppositionelle Kraft zu bereichern, die endlich einmal Radikalität nicht mit zahlenmäßiger Bedeutungslosigkeit bezahlen sollte. Die Grüne Partei sollte nach Auskunft ihrer Gründerinnen und Gründer etwas revolutionierend Neues darstellen - neu nicht nur gegenüber den etablierten Parteien, sondern neu auch gegenüber den traditionellen linken Politikformen. Inzwischen ist die Partei zur Alternativbäckerei für ganz kleine Brötchen geworden.

Daß dies so kam, ergab sich aus dem Zwang der Verhältnisse. Die schlaue Idee, sich aus dem „linken Ghetto" mit irgendwelchen Tricks befreien zu können, also von den berüchtigten Nullkommadingsda Prozent auf acht oder zehn Prozent zu kommen, ohne dafür den Preis der inhaltlichen Selbstaufgabe zahlen zu müssen, stürzt ein wie ein Kartenhaus. Für den „Ausstieg", den die Grünen programmatisch wollten, fehlt die Massenbasis. Beachtliche Wahlergebnisse gestatteten einige Jahre lang den angenehmen Selbstbetrug, die Leute hätten die Grüne Partei ihres Programms wegen gewählt, und nicht aus anderen, eher tagespolitischen Gründen. Wenn man Umfragen und Untersuchungen durchsieht, stößt man konstant auf die Tatsache, daß 10% bis 20% der Grün-Wähler die Partei offenbar auf Grund von Mißverständnissen gewählt haben, da ihre Ansichten über Aufrüstung, NATO, Gesellschaftspolitik konträr zu den bekannten Positionen der Grünen sind. Sie sind für die Raketen-„Nachrüstung", gegen die Friedensbewegung, für Berufsverbote, für totale Zuzugs-Sperre gegen die Kinder hier arbeitender Ausländer, für eine rigide Handhabung des §218 und sogar für Helmut Kohl als Kanzler. Außerdem gibt es bei den Grün-Wählern anscheinend eine Mehrheit von mindestens 70%, die eigentlich nur eine etwas verbesserte SPD regieren sehen wollen und die von den Grünen erwarten, daß sie dafür die nötigen Voraussetzungen schaffen. Ihre Stimme für die Grünen ist als Denkzettel an die SPD gemeint, vielleicht auch als Ausdruck des Wunsches nach ein bißchen Druck von Links in Parlamenten und Regierungen. Im Grunde sind es Leihstimmen von der SPD.

Von diesem Wählerpotential geht auf die Grüne Partei ein Handlungsdruck zum Opportunismus aus, dem sich nur entziehen kann, wer ein Abfallen der Partei unter die kritischen 5% bewußt in Kauf nehmen mag. Wer das tut, stellt jedoch die Geschäftsgrundlage der Grünen in Frage, weil die Partei überhaupt nur zum Zweck der erfolgreichen Führung von Wahlkämpfen und der Anwesenheit in Parlamenten, Stadträten, Bezirksversammlungen und Unterausschüssen existiert. Für eine Partei, die angeblich „basisdemokratisch" sein will, ist es bemerkenswert, daß keine andere Partei einen ähnlich hohen Prozentsatz ihrer Mitglieder und ihrer Aktivitäten nur für den Parlamentsbetrieb auf allen Ebenen investiert. Außerdem haben die Grünen unter allen Parteien das schlechteste Zahlenverhältis zwischen Mitgliedern und Wählern, d.h. die Partei ist nach wie vor relativ mitgliederschwach. Eine Grüne Partei, die in den Parlamenten nicht mehr präsent wäre oder die ständig vor der 5%-Hürde bangen müßte, wäre am Ende. Da hilft auch nicht der Verweis einiger Fundamentalos, daß man in den ersten Jahren schon einmal außerparlamentarisch existiert hat. Für eine Partei im Aufstieg gelten ganz andere Gesetze als für eine Partei im Niedergang.

„basisdemokratisch" sein will, ist es bemerkenswert, daß keine andere Partei einen ähnlich hohen Prozentsatz ihrer Mitglieder und ihrer Aktivitäten nur für den Parlamentsbetrieb auf al-

Der Durchmarsch der Realo-Koalo-Linie in der Partei verschärft das Dilemma der Grünen noch, statt ihm einen Ausweg zu schaffen. Zwei Erklärungsmöglichkeiten gibt es für die Koalo-Politik: Entweder man glaubt selbst nicht an positive Ergebnisse und betreibt nur eine klassische „Entlarvungsstrategie", um zum zwanzigsten Mal den historisch längst langweiligen Beweis zu führen, daß es mit der SPD tatsächlich immer noch nicht geht. Da sich zweifellos sämtliche Realo-Koalos über diese Interpretation ihrer Politik höchst beleidigt zeigen würden, bleibt nur die zweite Erklärungsmöglichkeit: die tonangebenden Kräfte der Grünen trauen der SPD eine reformistische Wende in Sachen Ökologie, Friedenspolitik, Staat u.a. zu. Wenn dies so steht, soll man sich nicht wundern, wenn der mit grüner Hilfe neubelebte Glaube an den Reformwillen und die Reformfähigkeit der SPD nicht bloß die Grünen erfaßt, sondern noch weit stärker und unvernünftiger auch das breite Wählerpotential der Grünen Partei. Wenn man den eigenen Wählern so beharrlich vorschwärmt, was für konkrete Verbesserungen und „Einstiege" man schon in so kurzer Zeit im Bündnis mit der SPD auf den Weg gebracht hat, gibt man dem grünen Wählerpotential, das in seiner großen Mehrheit ohnehin rechts von der Partei steht, den Rest. Die Wähler werden sich nämlich fragen, ob für die wiedererstandene Reformfähigkeit der SPD die Grünen eigentlich noch nötig sind, oder ob sie, zumindest in ihrem herrschenden desolaten Zustand, dafür nicht eine Belastung darstellen.

Im Übrigen ist bei einem Großteil der Grün-Wähler die bekannte Schizophrenie des Spießers zu vermuten: Einerseits verlangt er von den Grünen Anpassung und Zugeständnisse, praktisch die totale Unterwerfung unter die SPD und die staatlichen Spielregeln. Andererseits wird er es den Grünen aber noch tierisch übel nehmen, wenn sie endlich so geworden sind, wie er selbst sie immer haben wollte, nämlich „auch nicht besser als alle anderen".

Es ist die Stunde der innerparteilichen Opposition, die sich jetzt überall zusammenfindet, radikale Statements formuliert, weitreichende Boykott- und Austrittsdrohungen vorbeugend in Erwägung zieht und die auf Spitzenebene auch schon mal in Konspiration und Intrigen mitzuhalten versucht. Praktisch herauskommen wird dabei wohl nicht viel. Die Opposition bei den Grünen ist bekanntermaßen nicht mehr als eine Negativ-Koalition; sie vermittelt sich also nicht über eigene gemeinsame Inhalte, sondern nur über die Ablehnung der Realo-Koalo-Politik. In dieser Opposition befinden sich die sogenannten Ökosozialisten, von denen viele früher einmal im KB oder danach in der Gruppe Z waren, im Bündnis mit den Fundamentalisten, die vor ein paar Jahren noch als Linken-Fresser durch die Grüne Partei tobten und bei denen es zum Teil heute noch fraglich ist, ob sie wirklich *links* von den Realo-Koalos stehen. Speziell die Z-Leute unter den Ökosozialisten haben schon in der Vergangenheit eine Bündnispolitik betrieben, die schlau sein sollte, aber erwiesenermaßen kontraproduktiv wirkte. Das bekannteste Beispiel war beim letzten Bundesparteitag der Grünen die Schnapsidee, eine Partnerschaft zwischen dem profiliertesten und eigentlich besonnensten linken Grünen, Rainer Trampert, und dem unberechenbaren Selbstdarsteller Bahro zu bilden; dabei wurde es Bahro auch noch überlassen, das sonderbare Zweckbündnis programmatisch in seiner Rede vorzustellen. Das Beispiel ist typisch für die Neigung führender linker Grüner, nur noch von der Hand in den Mund zu leben, sich ohne Perspektive und Konzept irgendwie durchzuwurschteln. Vorgestern Block mit Kelly, gestern Block mit Schily und Fischer, heute Block mit Vollmer, morgen vielleicht mal Block mit Cohn-Bendit.

Block mit Schily und Fischer, heute Block mit Vollmer, morgen vielleicht mal Block mit Cohn-Bendit.

Opposition bei den Grünen ist vertane Zeit

Ein erheblicher Teil der auseinanderfallenden Ökosozialisten ist inzwischen praktisch auf Realo-Positionen übergegangen. Begründet wird das mit der Furcht, man würde sonst in eine totale Außenseiter-Rolle geraten und man müsse eine tendenziell auch einmal mehrheitsfähige Kompromißlinie aufbauen. Ein Kuriosum von besonderem Niveau ist der linksradikal formulierte Vorschlag des früheren Hamburger Z-Theoretikers Stamm, die Grünen sollten statt einer Koalition bedingungslos einen SPD-Regierungschef wählen und unterstützen, beispielsweise bei Abstimmungen über den Haushalt. Von der Praxis der Realo-Koalos unterscheidet sich dieser Vorschlag nur dadurch, daß er offensichtlich schlechter und unlogischer ist. Denn wenn man die SPD sowieso bedingungslos unterstützt, ist schwerlich plausibel, daß man auf die Einflußnahme durch Minister, Staatssekretäre und andere grüne Postenjäger im Staatsapparat einfach verzichten will. Wenn man die Kröte schon schluckt, wird man doch wohl noch mit einem Gläschen Champagner nachspülen dürfen.

Zu allen sonstigen Schwächen des Oppositionsblocks bei den Grünen kommt noch hinzu, daß die Realo-Koalos in der Summe eindeutig die gescheiteren, eindrucksvolleren Politikerinnen und Politiker haben. Allein der Einfall, sich den Firmennamen Realos, also Realpolitiker, zuzulegen, zeugt von unschlagbarer Cleverness: der Gegenposition wurde von Anfang an die unpopuläre Rolle des unpraktischen Spinners zugewiesen, der auf machbare Reformen zugunsten radikaler Utopien verzichtet. Die Anti-Realos haben ihrerseits viel dazu getan, dieses Bild zu bestätigen und einige besonders pikante Details, wie etwa das Bündnis mit Bahro, hinzuzufügen.

„Runter kommen sie immer"

Was nach dem Ende der Grünen Partei als bleibende positive Ergebnisse in der Bilanz zu verbuchen sein wird, muß sich noch herausstellen. Mit völliger Sicherheit haben die Grünen jedenfalls den organisatorischen und dann auch geistigen Niedergang und Verfall der Neuen Linken zwar nicht ausgelöst, aber doch gewaltig vorangetrieben. Die Linken haben bei diesem Vorgang keinen qualitativen Sprung nach vorn gemacht, sondern viele haben auch noch das vergessen, was sie gelernt hatten. Tausende von Linken haben ihre Arbeitskraft und oft ihre gesamte Person eingebracht, um den grünen Parteiapparat in Gang zu halten und um eine weitestgehend sinnentleerte, frustrierende Tätigkeit in Bezirksparlamenten, Kreisräten usw. zu leisten.

Man hat nach einer Abkürzung gesucht, aber man ist auf langen Umwegen schon wieder fast am Ausgangspunkt angelangt und hat nur Zeit verloren. Daß dieses Experiment unternommen wurde, soll trotzdem nicht besserwisserisch abgewertet werden. Die Argumente vieler Linker für diesen Schritt waren erwägenswert und nicht a priori falsch. Daß wir mit unserer äußerst skeptischen Einschätzung der Grünen Partei letztlich Recht zu behalten scheinen, beweist noch keineswegs, daß wir in allen Phasen der Debatte wirklich die besseren Argumente hatten. Nur, es wäre nicht mehr zu vertreten, wenn nach fünf Jahren, die mit der Arbeit für die Grüne Partei fehlinvestiert wurden, jetzt zwei weitere Jahre drangegeben werden, um sich auch noch experimentell davon zu überzeugen, daß der Aufbau einer linken Opposition in der Grünen Partei vertane Zeit ist.

Kt., Hamburg

Grüne Realpolitik auf dem flachen Land:

Grüne Realpolitik auf dem flachen Land:
Der Winsener Bauskandal

„*Die Grünen sind keine besseren Menschen. Irgendwann wird der erste grüne Bestechungsskandal auffliegen, der kommt*", sagt Eckhard Stratmann, wegrotierter grüner Bundestagsabgeordneter im Gespräch mit Sabine Stamer („Von der Machbarkeit des Unmöglichen", Junius-Verlag).

In dem als „grüner Bauamtsskandal" im Landkreis Harburg (Niedersachsen) bekannt gewordenen Fall kommunaler Realpolitik wurden — so viel bekannt ist — keine Kuverts an grüne Mandatsträger übergeben. Die vier grünen Kreistagsangebordneten haben auch ohne solche Zuwendungen eine Politik betrieben, die „*zu einem moralischen Feigenblatt für die CDU verkommen*" sei, wie es in einer Stellungnahme grüner Mitglieder aus Winsen heißt (zitiert in der Dokumentation „Der grüne Bauamtsskandal", herausgegeben von der GAL Harburg-Land).

Der dokumentierte Fall ist vor allem in ländlichen Regionen in jedem Kommunalparlament, in dem grüne Abgeordnete sitzen, vorstellbar. Da er anschaulich belegt, daß die Integration der Grünen nicht nur durch öffentliche Bekenntnisse zum Staatlichen Gewaltmonopol vonstatten geht, soll diese schon etwas zurückliegende Geschichte hier noch einmal nacherzählt werden.

„Rechtswidrige Gefälligkeitsentscheidungen"?

Im Herbst 1984 legt die Bezirksregierung Harburg dem niedersächsischen Sozialminister das Ergebnis ihrer Geschäftsprüfung beim Landkreis Harburg vor: „*Die Geschäftsprüfung hat ergeben, daß der Landkreis Harburg seine Aufgabe als untere Bauaufsichtsbehörde unzureichend erfüllt. Die Bezirksregierung hat bei einer außergewöhnlich hohen Anzahl von Vorgängen fehlerhafte Entscheidungen festgestellt*" (dieses und alle weiteren Zitate nach der von der GAL Harburg-Land herausgegebenen Dokumentation „Der grüne Bauamtsskandal"). Stärkster Vorwurf gegen das Kreisbauamt Winsen: es seien auch „*rechtswidrige Gefälligkeitsentscheidungen*" getroffen worden

Im Dezember informiert der Minister im Landtagsausschuß „Bau- und Wohnungswesen"; einen Monat später wendet sich der grüne Landtagsabgeordnete Georg Fruck an die Öffentlichkeit und fordert den Rücktritt des Oberkreisdirektors im Landkreis. Am 5.2. beauftragt der Kreisverband Harburg-Land der Grünen seine vier Kreistagsabgeordneten, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses und die Abwahl des Oberkreisdirektors zu beantragen. Die grüne Kreistagsfraktion lehnt das ab, da „*der dem Bauamtsskandal zugrunde liegende Sachverhalt noch nicht klar*" sei. Fraktionsvorsitzender Thiel nimmt die Kreisverwaltung in Schutz: „*Wir sind, entgegen unserem Landtagsabgeordneten Georg Fruck, nicht der Ansicht, daß das Bauamt in Winsen eine Institution ist, die das Recht mit Füßen tritt und Gefälligkeitsentscheidungen trifft, also durch und durch korrupt ist.*" Das ist auch der

Fortsetzung nächste Seite

GRÜNE Niedersachsen:

Schröder for President!

Seit „Infratest" eine mögliche „rot-grüne Mehrheit" nach den Landtagswahlen im Juni 1986 für Niedersachsen in Aussicht gestellt hat, spekulieren SPD und Grüne auf eine Ablösung der Regierung Albrecht. Der SPD-Spitzenkandidat, Ex-Juso Chef Gerhard Schröder, hatte kurzzeitig gar ein Regierungsbündnis mit den Grünen für anstrebenswert erklärt. Als Bedingung hatte er genannt, daß sich bei den Grünen die „Realpolitiker" durchsetzen und die Rotation abgeschafft würde. Inzwischen kämpft Schröder Seite an Seite mit Rau um die „alleinige Regierung", das Wort Grüne nimmt er erst gar nicht mehr in den Mund. Offiziell will die niedersächsische SPD jetzt in die „konstruktive Opposition" gehen, sollte sie die absolute Mehrheit verfehlen — Wechselwähler sollen sich für 1987 keine Hoffnungen mehr auf ein „rot-grünes Bündnis" machen, sondern gleich SPD wählen.

Grüner Blankoscheck für die SPD

Wesentlich drei Entwürfe für eine „Wahlaussage" bestimmten die Debatte auf der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der Grünen am 7. und 8.12. in Braunschweig.

Ein Antrag stammt von dem „Karl Kerschgens Niedersachsens", dem herausrotierten Landtagsabgeordneten Helmut Lippelt, der, selbst schon als künftiger Minister gehandelt, die niedersächsischen Koalitionsbefürworter hinter sich schart. Lippelt fordert in seinem Entwurf im Falle eines rot-grünen Wahlerfolgs, mit der SPD „auf der Grundlage unseres und ihres Programms ein gemeinsames Programm für die kommende Legislaturperiode zu vereinbaren". Oberstes Wahlziel sei der „Entzug des Vertrauens für die Regierung Albrecht durch den Wähler". Das gemeinsame Regierungsprogramm von Grünen und SPD müsse „deutlich mit der bisherigen Politik brechen". Ein unverbindliches Sammelsurium von „Politikfeldern" ist dieser vagen Zielvorstellung angehängt. In der mündlichen Begründung seiner Position forderte Lippelt Verhandlungen „über die gesamte Programmbreite" und die Abkehr von „Essentials".

Der zweite Entwurf kommt aus der

tion forderte Lippelt Verhandlungen „über die gesamte Programmbreite" und die Abkehr von „Essentials".

Der zweite Entwurf kommt aus der

„Linken". Die Vorlage des jetzigen Fraktionsvorsitzenden Jürgen Trittin (ehemals „Gruppe Z") wurde am Schluß mit 62 Stimmen zur Grundlage der „Wahlaussage" gemacht; gegenüber 54 Stimmen für Lippelt und 30 für den Antrag von Helmut Koch (s.u.).

Trittin hat den Entwurf von Lippelt lediglich überarbeitet. Übernommen hat er die Verhinderung einer erneuten Albrecht-Mehrheit als erstes Wahlziel. Er plädiert dafür, Albrecht auch nicht im dritten Wahlgang durch Enthaltung zu tolerieren; mit dieser Konstruktion würde Schröder auch „gegen seinen Willen" Ministerpräsident. Zweites Wahlziel ist auch für Trittin die Zusammenarbeit mit der SPD. Die Differenz liegt bei ihm wesentlich darin, daß er eine Koalition „unter Wahrung grünen Selbstverständnisses angesichts der SPD-Politik für sehr unwahrscheinlich hält". Konsequenz ist für ihn, die Bündnisschwelle etwas tiefer anzusetzen und für Tolerierung zu plädieren. Die Unverbindlichkeit der Bedingungen für ein Bündnis mit der SPD hat Trittin ebenfalls von Lippelt übernommen.

Der dritte Antrag wurde von dem Lüchow-Dannenberger „Fundi" Helmut Koch vorgelegt. Auch bei Koch ist die Hauptforderung „die CDU muß abgelöst werden". Gleichzeitig möchte er verhindern, daß die Grünen „sich dem Diktat der SPD ausliefern". Von Verhandlungen mit der SPD verspricht Koch sich nichts. Er will ohne Vorbedingungen „das kleinere Übel, d.h. einen SPD-Ministerpräsidenten, noch besser eine Präsidentin" mitwählen. Die SPD müßte dann mit wechselnden Mehrheiten regieren. Koch verstieg sich sogar zu der Behauptung, damit läge die „Freiheit des Handelns" bei den Grünen.

Die Debatte um die Wahlaussage wurde fast ausschließlich entlang der Frage der Realisierungschance einer Zusammenarbeit mit der SPD und um den Unterschied von Koalition und Tolerierung geführt. Eigens angereist waren die Bundestagsabgeordneten Waltraud Schoppe, Jo Müller und Heidemarie Dann. Waltraud Schoppe überraschte mit ihrer Position, „Schröder mitwählen ist Wählerverarschung", vor allem die eigene Realo-Fraktion.

Beschlossen wurde ein Kurs der Mitte, mit dem sowohl die Koalos als auch die AKW-Gegner leben können: der heftig umkämpfte „sofortige Ausstieg aus der Atomenergie" wurde als Zielvorstellung in die Wahlaussage aufgenommen. Schlaue Füchse unter den Koalos wie Helmut Lippelt setzen auf eine Entscheidung der Landesversammlung nach den Wahlen und auf das Hessen-Syndrom: Hat der Hund den Knochen Koalition vor Augen, dann muß er ihn auch haben, egal ob ihm davon nachher schlecht wird.

Aber auch ohne direkte Regierungsbeteiligung könnten die Grünen durch einen von ihnen mitgewählten Mini-

ihm davon nachher schlecht wird.

Aber auch ohne direkte Regierungsbeteiligung könnten die Grünen durch einen von ihnen mitgewählten Mini-

sterpräsidenten Schröder immer wieder in Bedrängnis gebracht werden. Wenn Schröder im Rahmen seiner Politik der wechselnden Mehrheiten die Vertrauensfrage stellt, müßten die Grünen ihn — nach ihrer eigenen Logik — immer wieder bestätigen, um Albrecht zu verhindern.

Bisher sind die grünen Strategiedebatten allerdings nichts weiter als Sandkastenspiele und werden es vermutlich auch bleiben: eine grün-sozialdemokratische Mehrheit bei der Landtagswahl wird quer durch die politischen Lager als ziemlich unwahrscheinlich eingeschätzt.

Ein endliches Kapitel der Ökologie in der unendlichen Geschichte der Macht ist ein endliches Kapitel der Okölogie in der unendlichen Geschichte der Macht ist ein endliches Kapitel der Ökologie in der unendlichen Geschichte der Macht ist ein endliches Kapitel der Ökologie in d ... der Ök ... hes Kap ... ein

KEINE MACHT DEN GRÜNEN!

endliches Kapitel der Ökologie in der unendliche Geschichte der Macht ist ein endliches Kapitel der Ökologie in der unendliche Geschichte der Macht ist ein endliches Kapitel der Ökologie in der unendliche Geschichte

Der Kuhhandel ist perfekt, und die Hände der Akteure sind schmutzig. Joschka Fischer, Marita Haibach, Karl Kerschgens und mit ihnen die Mehrheit der Grünen sind zwar nicht am Ziel ihrer Wünsche, aber doch auf der politischen Plattform angekommen, nach der sie sich seit geraumer Zeit streckten. Sie haben einen Preis dafür entrichtet, der aus der Sicht ihres Parteiprogramms recht hoch erscheint: Von dem grünen Herzensanliegen, den sogenannten Fragen des Lebens und Überlebens, wurde keines verwirklicht, weder annähernd noch entfernt. Die nächste Etappe ist simpel zu prognostizieren: Schnellstens werden sich die Grünen an die neuen Sachzwänge der Koalitionsräson gewöhnen. Um das Bündnis nicht durch wechselnde Mehrheiten zu gefährden, wird man lieber selber eine Reihe bitterer Pillen schlucken als zulassen, daß die Sozialdemokraten mit FDP oder CDU fremdgehen. Nur eines erwartet der grüne Biedermann und seine Edeltraud von ihrem Minister: Gut ausschau'n soll er dabei. Daß das Image weiter stimmt, ist ein absolutes Muß. Hier werden keine Kompromisse geduldet. Fischer muß Wallmann abrammen und auch Börner notfalls die Faust unter die Nase halten — naja, so ist es auch wiederum nicht gemeint, notfalls tut's der kleine Finger.

der kleine Finger.

Sündenpfuhl und nasse Augen

Besser die realpolitische Schamlosigkeit als die fundamentalistische Verlogenheit! Lieber ein Fischer, der gegen die Rotation lärmend anpöbelt, aber zur Hälfte der Legislaturperiode zähneknirschend zurücktritt, als eine Kelly, die mit nassen Augen die grüne Fahne schwenkt, aber wenn es darauf ankommt, an ihrem Mandat klebt — gegen die Beschlüsse, gegen den Willen der Fraktion und sogar gegen die eigene Basis. Wobei es hier nicht um fundamentale Ausrutscher geht, sondern um eine bemerkenswerte Serie: Das unglaublich zähe Feilschen der Oberfundis Jutta Ditfurth und Manfred Zieran um eine Anstellung als Fraktionsmitarbeiter im Frankfurter Römer, von dem sie nach vierjähriger Stadtverordnetenzeit nicht lassen mochten, ist noch in unguter Erinnerung. Vergessen ist auch nicht ihre Drohung, bei der Frankfurter Kommunalwahl eine eigene Liste aufzustellen, als man sich auf das letzte Zehntel des mit den Realos ausgehandelten Listen-Proporzes nicht einigen konnte. Wegen dieser Bagatelle waren die Fundis in Frankfurt (und anderswo ähnlich) zur Spaltung bereit. Heute agitieren sie die Koalitionsgegner, auf keinen Fall die Partei zu verlassen. Daß es ihnen um alles andere als Machtpolitik gehe, können die Freundinnen und Freunde nicht nur nicht dem KB unter die Nase reiben, der dieses außerordentlich irdische Repertoire der fundamentalen Idealisten als einer der ersten und höchst unerquicklich erfahren durfte. Das nehmen ihnen auch die anderen linken Restfraktionen nicht ab. Kusch!

Der Kritik, welche die grünen Realtaten gegen die ursprünglichen Verbalansprüche stellt, wird also nicht der Stoff ausgehen, im Gegenteil. Nur: Je mehr Stoff, desto kurzatmiger die Empörung. Aufrichtige Wut wird die Partei erst dann wieder ergreifen, wenn sie merkt, daß ihr das Wasser abgegraben wird. Deshalb ist es an der Zeit, diese Argumentationsweise hinter sich zu lassen. Sie verleitet einen immer aufs Neue dazu, den insgesamt doch eher dämlichen Alltagsgeschäften einer Landesregierung nachzuspüren. Man verpulvert seine Energien im Streit um Taktisches, während es doch die Strategie ist, die geändert werden muß. Wo der neue Umweltminister den hessischen Müll unterbringt, ist irgendwo nicht unser prioritäres Problem. Wohl aber, ob seine politische Linie recycLingfähig ist.

Cohn-Bendit, Fischer und Mitstreiter sagen, es ginge ihnen um Macht und Einfluß, wie es jeder politischen Partei um Macht und Einfluß gehe. Dies sei genau der Ursprung allen Übels, erwidern ihre fundamentalistischen Gegner, die Quelle des Verrats. Auf diesem, freilich oberplatten Niveau haben natürlich die Realos und nur sie recht. Wozu eine Partei gründen, wenn sie nicht nach Macht strebt? Vielleicht weil das Vereinsleben so lustvoll ist? Den Kommunisten seiner Zeit — unter denen es ja auch jede Menge Schwärmer und Utopisten gab — hat Altvater Lenin mit beachtlicher Deutlichkeit eingehämmert, worum sie sich gefälligst zu kümmern hätten: Um die Eroberung der politischen Macht. Seitdem geht gegen den Kommunismus der Vorwurf der Machtbesessenheit und Staatsfixierung durch die Welt, wo doch Wladimir Iljitsch nur ehrlich genug war, etwas zuzugeben, was im Wesen aller politischen Parteien liegt. Mir ist kein Gegenbeispiel bekannt (und wäre mir eins bekannt, würde ich es nicht glauben). Diese schlichte Feststellung war ja auch gar nicht Lenins Beitrag zur Entwicklung kommunistischer Strategie; vielmehr vertrat er zusätzlich, daß eine Partei für die Erkämpfung der Macht auch unverzichtbar sei, selbst wenn und gerade wenn dies auf revolutionäre Weise geschehen soll.

Unternehmen Josef-Marita

Cohn-Bendit und Fischer haben also recht: Alle Parteien streben nach Macht. Eine winzige Kleinigkeit stört an der tiefschürfenden Erkenntnis: Welches ist der Beitrag ruhmreicher Spontis in dieser Disziplin? Ja, hören wir dann, man habe es ja anders versucht, APO-Barrikaden, Internationalismus, Betriebsarbeit, Häuserkampf, Bauzäune — überall dabeigewesen, nichts erreicht. Wo die Revolution erfolgreich gewesen sei, von Vietnam bis Nicaragua, könne man sich mit dem Resultat nicht identifizieren. Und in der BRD werde es sowieso keinen Umsturz geben. **Falsch, denn haarscharf daneben ist auch vorbei: Eine Revolution im Sinne Vietnams wird nicht erst von den heutigen Realos abgelehnt; sie wurde auch von den damaligen Spontis schon massiv bekämpft. Deren Parole lautete gerade nicht „Alle Macht dem Vietcong", sondern „Keine Macht für Niemand".**

Wer die Macht fürs Volk, für die Befreiungsbewegungen oder die Arbeiterklasse forderte, wurde heftig angefeindet: Das sei nur ein leninistischer Trick, um die Diktatur einer Parteienavantgarde zu errichten. Eine spontaneistisch-anarchistische Position stand einer sozialistisch-kommunistischen unversöhnlich gegenüber. Wir können ein Lied davon singen, denn wir sind damals einem außerordentlichen Irrtum aufgesessen. Wir dachten, die Sponti-Position sei im Kern Mißtrauen gegen den Stalinismus; das hielten wir für berechtigt. Wir meinten, es käme hauptsächlich darauf an, zu zeigen, daß wir nicht wie DKP und KPF (und auch nicht wie KBW und KPD) sind. Dann werde es ein linksradikales Bündnis geben, das mit der Phantasie von Sponti-Aktionen und mit der Intelligenz von KB-Analysen ... aber hallo!

Aber Pustekuchen. Der Plan war gut, nur er klappte nicht. Es war halt eine Fehleinschätzung. Sie ging uns erstmals auf, als wir einer merkwürdigen Doppelstrategie gewahr wurden: Die gleichen Leute, die auf der Straße den kompromißlosen Anarchisten mimten, denen nichts so zuwider war wie eine Demoleitung, auch wenn sie in Brokdorf erst nach Sonnenuntergang ankamen, weil der Weg von Itzehoe so weit und die Straßen so verstopft waren, die folglich dem Auftreten von Demo-Ordnern ein Vielfaches der Aufmerksamkeit widmeten, die sie für die AKW-Betreiber übrig hatten — die gleiche Strömung also ging an Wahlsonntagen **geräuschlos, aber aktiv,** individuell, aber scharenweise an die Urnen, um SPD anzukreuzen. 1975 schrieb Cohn-Bendit: *„Wenn es jedoch bei dem Wahlausgang auf zwei oder drei Prozent der Stimmen ankommt, und die radikale Linke etwa 3 Prozent der Wähler repräsentiert — dann müßte sie auch Mitterrand wählen."* Es geht nicht darum, diese Auffassung verdammenswert zu finden. Es geht darum, festzuhalten, daß sie mit der radikalen Sponti-Pose harmonierte. Der Widerspruch löste sich so: Das eine war Bewegung, Selbstbestimmung, Lustprinzip; das andere Politik, Beruf, Geschäft. Die Geschichte wurde einfach arbeitsteilig verstanden. Für das eine hat man den Anarchismus, für das andere die Sozialdemokratie.

Anarchistisch, aber konservativ

Nichts anderes als diese Aufgabenteilung wird von den Realos heute verkündet, wenn sie fein säuberlich „Bewegung" und „Partei" trennen. Als die realpolitische Richtung bei den Grünen vor etwas mehr als zwei Jahren aus der Taufe gehoben wurde, schrieb

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Tenor von Thiels Rede im Kreistag, für die er mit *„langanhaltendem Beifall, auch aus den Reihen der CDU"* („Nordheide Wochenblatt") belohnt wird. Nachdem die Bezirksregierung den Vorwurf der „rechtswidrigen Gefäligkeitsaussagen" gegen die Kreisverwaltung zurückgenommen hat, ist der Weg frei für eine von CDU, FDP und Grünen per Kreistagsbeschluß erteilte „Teilabsolution für das Bauamt" („Nordheide Wochenblatt"): *„Mit Befriedigung nimmt der Kreistag ... zur Kenntnis, daß der Vorwurf, die Kreisverwaltung habe in Bauangelegenheiten rechtswidrige Gewfälligkeitsaussagen getroffen, zurückgenommen ist."* Sein „Befremden" zeigt der Kreistag über *„die Leichtfertigkeit, mit der die Prüfer der Bezirksregierung einen solchen, von den Tatsachen nicht gedeckten Vorwurf gegen die Kreisverwaltung erhoben haben."* Für irgendwelche Konsequenzen sieht der Kreistag einschließlich seiner vier grünen Mitglieder keinen Anlaß — obwohl bei der von den Grünen vorgenommenen Prüfung von sieben beanstandeten Einzelfällen „grobe Ungereimtheiten" zu tage treten: *„Die Bauakte über einen Pferdestall in Buchholz, der sich als drei komplette Wohnhäuser entpuppte, war zufällig bei der Überprüfung nicht greifbar."*

Bei der Motivforschung für das seltsame Verhalten der grünen Mandatsträger hält sich hartnäckig die Vermutung (Fraktionsvorsitzender Thiel: „ungeheure Behauptung"), sie selbst *„seien ‚Begünstigte' der rechtswidrigen Winsener Bauamtspraxis und deshalb ‚nicht frei' in (ihrem) Verhalten gegenüber der Kreisverwaltung"*.

Am 21.5. scheitert ein Abwahlantrag gegen die grünen Kreistagsabgeordneten mit 35 zu 47 Stimmen. Die Auseinandersetzung offenbart *„völlig entgegengesetzte Politikvorstellungen"*, so die Minderheit, die sich kurz darauf zum „Initiativkreis GAL Harburg-Land" formiert. Ein im Mai veröffentlichtes Positionspapier der Fraktion erhebt die Anpassung an die bestehenden Mehrheitsverhältnisse zum Programm. *„Weil die Mehrheit der CDU überall im Kreis so eindeutig ist"*, legt man sich mit ihr besser nicht an. Ganz falsch sei es, zu meinen, *„durch das Aufdecken von Skandalen und Skandälchen und deren Auswälzung um jeden Preis irgend etwas in der Sache erreichen zu können. (...) Eine persönliche Schuldzuweisung an den politischen Gegner führt nach unserer Überzeugung zu einem Abblocken und macht ein Gespräch unmöglich."* Da haben die grünen Kreistagsabgeordneten in der Tat mehr erreicht: sie richten ihre „Schuldzuweisung" an die eigene Partei (MdL Fruck), stellen sich vor die bedrängte Verwaltung, und schon hören die viel zu oft von grüner Seite verunglimpften CDU-Kollegen nicht nur aufmerksam zu, sondern applaudieren sogar — „langanhaltend".

Js.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Fischer im „Pflasterstrand", es sei sinnlos, eine radikale oppositionelle Verweigerungshaltung in die Parlamente zu transportieren. Denn jene könne von den Bewegungen „draußen" viel besser verkörpert werden. Eine Partei hingegen müsse den Weg des Kuhhandels gehen, um „Macht" zu erringen. Das sei zwar eine neokonservative Denkweise, aber trotzdem einleuchtend. Etwas undeutlicher, aber ganz in diesem Sinn äußert sich auch Cohn-Bendit. Außerparlamentarische Bewegungen hätten ihre eigene Logik; sie könnten sich nur selbst vertreten, müßten autonom sein und jedwede parteipolitische Einmischung zurückweisen (was doppeldeutig ist: die Parteien sollen sich nicht in die Bewegungen einmischen, die Bewegungen aber auch nicht in die Parteipolitik). Das klingt radikal, ist aber konkret als Entlastung der Grünen gemeint. Cohn-Bendit entschuldigt so ihr politisches Versagen in den Tagen nach Günter Sares Tod.

Allmählich sollten wir kapieren, daß dieses arbeitsteilige Verständnis überhaupt nicht neo, wohl aber konservativ ist, und zwar im getreulichen Sinne des Wortes: Bewahrend. Die Bewegungen — ob Umweltschützer, Pazifisten, Frauen oder Arbeiter — verweigern sich radikal der Macht, streben für sich auch keine Macht an, bleiben also bewußt (?) und freiwillig (??) machtlos. Die Parteien, Politiker und Lobbyisten, um diesen noblen Ausdruck mal zu gebrauchen, rangeln um die Macht und teilen sie unter sich auf, wie es ihrem Wesen entspricht. **Die Macht bleibt da, wo sie hingehört — aber da ist sie ja schon! Diese Doppelstrategie ist ebenso wenig neu wie genial, sondern frei nach Opas Motto: Dienst ist Dienst, und Schnaps ist Schnaps.**

Jetzt machen wir einen kleinen Trick, der in jedem Wörterbuch dieser unserer wunderbaren Sprache nachgeschlagen werden kann, und setzen an die Stelle des Wortes Macht das Wort Gewalt, weil nunmal tatsächlich das eine da ist, wo das andere ist. Schon sind wir mittendrin in der herzzerreißenden und verstanderweichenden aktuellen grünen Debatte: gewaltfreie Bewegungen — staatliches Gewaltmonopol. Ein Widerspruch? Oder eine ganz und gar treffende Beschreibung der herrschenden Verhältnisse, die halt so sind, daß die Polizei ihre Gummiknüppel durch doppelt so lange Harthölzer ersetzt, weil dadurch mehr Wirkung auf huma-

den Verhältnisse, die halt so sind, daß die Polizei ihre Gummiknüppel durch doppelt so lange Harthölzer ersetzt, weil dadurch mehr Wirkung auf huma-

nen Schädeln erzielt wird, während die Demonstranten das Tragen von Helmen als passive Bewaffnung zu unterlassen haben, damit diese Wirkung nicht beeinträchtigt wird.

Thomas Ebermann sagt in „Konkret", es ärgere ihn, daß sich Otto Schily als Gewaltfreier bezeichnet, wo er doch für das staatliche Gewaltmonopol eintritt. Aber mit der Gewaltfreiheit ist es ein Kreuz. Mal ganz pragmatisch: Ein wirklicher Gewaltfreier (also nicht ein schlecht getarnter Staatsrealo) wird in einer Auseinandersetzung zwischen Polizisten und Demonstranten stets beide Seiten zum Einhalten auffordern. Seine Chance, bei den staatlichen Ordnungshütern Gehör zu finden, ist von Anfang an gleich Null. Seine Chance, die Demonstranten zu bewegen, daß sie von der garstigen Militanz ablassen, ist jedenfalls höher, heutzutage sogar beträchtlich höher. Ergebnis...? Appelle zur Gewaltfreiheit bewegen in Polizeipräsidien, Innenministerien oder Konzernetagen bestenfalls die Mundwinkel zu einem breiten Grinsen. In den sozialen Bewegungen dagegen sind sie effektiv. Da reichen sich wirklich Menschen die Hände, da wird wirklich ein nettes „we shall overcome" gemeinschaftlich angestimmt, und es werden wirklich Blümchen an Polizisten verteilt.

Immer Ärger mit dem Monopol

Keiner will es (keiner behauptet jedenfalls, es zu wollen), und doch kommt natürlich immer heraus: **Je gewaltfreier die Opposition, desto monopoler die Gewalt beim Staat.** Und umgekehrt: Je innensicherer die Staatsgewalt, desto pazifizierter die Opposition. Nichts anderes sagt Otto Schily, weshalb er für mich ein ehrenwerter Mann ist (weil es mit Verlaub scheißegal ist, ob er es persönlich auch richtig findet oder nicht — **es ist so**). Gäbe es nicht diese konfuzianische Sprachverwirrung, die das ökologische Denken mit sich bringt, wäre die Sache ganz einfach. Gewaltfreiheit kann jedenfalls nicht das sein, was diejenigen, die davon reden, dafür halten. Freiheit setzt ja nun doch irgendwo eine freie Entscheidung voraus, etwas zu tun oder zu lassen bzw. zwischen verschiedenen Alternativen zu wählen. Im Angesicht eines Wawe 9 jedoch werden Demonstranten automatisch zu den friedfertigsten Wesen, weil ihnen gar nichts anderes übrig bleibt. Gewaltfreiheit könnte sinnvollerweise nur die Freiheit sein, Gegengewalt anzuwenden oder darauf zu verzichten, eine Entscheidung, die nur von einigermaßen ebenbürtigen Gegnern getroffen werden kann. Gewaltfreiheit bei Waffengleichheit — ja bitte (und dann beiderseitige Abrüstung auf das niedrigste Niveau).

Man mutet uns zu, eine durch die Gewalttätigkeit des Staates erzwungene Gewaltlosigkeit der Opposition für Freiheit zu halten und hat auch noch Erfolg damit. Das ist eine typische „Orwellsche" Manipulation. Alles wird zur Freiheit erklärt, weil und damit die Leute jede Ahnung davon verlieren, was Freiheit ist. Wundert es denn niemanden: Freiheit ist nie — niemals! — eine Sache, die sich ohne Widerstände erreichen ließe, ... außer eben die sogenannte „Gewaltfreiheit". Da sind alle dafür und am entschiedensten diejenigen, die von der Gewalt überreichlich besitzen. Und, logischerweise ist es aus ihrer Sicht immer die Opposition, die gewaltlos bleiben muß. Also spricht das staatliche Gewaltmonopol: Und willst du nicht gewaltfrei sein, so schlag ich dir den Schädel ein.

Thomas Ebermann ist nicht deswegen so ärgerlich über Otto Schily, weil dieser leicht zu widerlegen wäre, „rhetorisch" sozusagen. Das würde den Genossen, wie man ihn kennt und schätzt, nur freuen. Der gute Thomas ist einigermaßen gereizt, weil der böse Otto dazu zwingt, zur revolutionären Position in der Staats- und Gewaltfrage zurückzufinden, wenn wir mit unserer eigenen Argumentation streng sind.

Das wiederum ist verdammt anständig von Otto. Er bringt uns auf den Boden der Realitäten zurück, indem er die Macht- und die Gewaltfrage so zusammenbringt, wie sie zusammengehören.

Den geneigten Leserinnen und Lesern dürfte wohl schon klar sein, worauf dieses gehässige Pamphlet mal wieder hinaus will: Daß man den gefährlichen Realo-Quatsch nur kritisieren kann, wenn man den albernen Fundi-Quatsch abstreift. Mit ihrer Gewaltlosigkeit und ihrer Verweigerung, mit ihrem (verbalen) Rigorismus und Moralismus reproduzieren die Fundamentalisten nur die andere Seite des realspontaneistischen Weltbilds, das neben den schmutzigen Händen selbstverständlich ein reines Gemüt vorsieht. Mögen sie untereinander noch so heftig rangeln, was für die Partei der Grü-

verständlich ein reines Gemüt vorsieht. Mögen sie untereinander noch so heftig rangeln, was für die Partei der Grü-

nen Priorität haben soll: Der ganze Vorgang bleibt im Rahmen bürgerlicher Doppelmoral, *ist* bürgerliche Doppelmoral.

Wobei man ehrlicherweise noch hinzufügen muß: Die fundamentalistische Reproduktion ist eine schäbige Kopie des alten Sponti-Originals. Joschka Fischer und James Dean waren als uneigennützige Anarcho-Rebellen („Ich weiß nicht recht, wie mir geschieht, aber ich muß mich gegen Paps auflehnen, obwohl ich ihn eigentlich doch sehr liebe") um Klassen besser als Manfred Zieran und Jutta Ditfurth als gemeinnützige Protestträger („Mein Apfel fällt nicht weit vom Stamm ...").

Alles, was sich in den letzten zehn Jahren an dieser Szene verändert hat, ist, daß einige Rolle umbesetzt wurden. Gespielt wird nach wie vor die gleiche Dramaturgie. In das große Verratsgeschrei wegen der hessischen Koalition kann nur einstimmen, wer, wie unser Bundeskanzler einmal trefflich formulierte, nicht über den Tellerrand der Geschichte hinausblickt. Daß politische Menschen, die in ihrer Jugend den wilden Revoluzzer markierten, später zu biederen Regierungsämtern hinabsinken, ist ein so uralter, millionenfach durchgekauter Stoff, daß es heute bestenfalls zur Komödie langt. Die typisch grüne, in diesem Fall mehr fundamentalistische Unverschämtheit liegt darin, das'im Grunde gewöhnliche und langweilige Malheur als Welturaufführung auszuschreien, bloß weil es ihnen selbst passiert.







Der grüne Bluff

Der grüne Bluff

Das grüne Phänomen ist zuvorderst auch ein Phänomen des Bluffs. Es bleibt eine einmalige, unerreichte Leistung, wie die Grünen in ihrer Gründerzeit die Naturschutzkiste unter dem Titel „Ökologie" als absolut neue Jahrhunderterkenntnis verkauften, die eine Jahrtausendbewegung begründen sollte. Ganz Deutschland hielt inne. Speziell den Kommunisten wurde strengen Blicks verkündet: Das habt ihr nicht erkannt! Damit ist der Marxismus widerlegt! — Und reumütig senkten diese die Augen: Wir schämen uns ja so. Wir werden brave Schüler sein und fleißig lernen.

So lief das. Einfach furchtbar. Heute sagen die gleichen Grünen mehrheitlich: War da noch was? Ach ja, die ökologischen Fragen des Lebens und Überlebens. Die werden wir natürlich nie vergessen. Da haben wir erstmal nichts erreicht, aber das ist normal. Vielleicht bei den nächsten Koalitionsverhandlungen, vielleicht auch später? Wichtig ist, daß unsere kleinen reformerischen Wege real sind und in die richtige Richtung gehen.

„Kleine Wege", sagt Waltraud Schoppe dem „Spiegel". Da hat sie nach einer Umschreibung gesucht, weil „kleine Schritte" so nach SPD klingt, und versehentlich was Goldrichtiges gefunden. Kleine Wege überbrücken kleine Entfernungen. Kleine Wege führen zu nahen Zielen. Weil sie nur kleine Schritte machen können, wählen sie lieber gleich die kleinen Wege zu kleinen Zielen. Waltrauds Ehrlichkeit hat die Traumnote sechskommanull verdient. Warum aber sollten Linke in Treue fest zum grünen Programm stehen, das von den Ökologen selber nicht ernst genommen wird?

Im Vergleich zu anderen historischen Vorbildern verläuft die Integration der Grünen weder besonders dramatisch noch besonders überraschend. Dieser Heimweg war wirklich nicht besonders lang. Wir lüften nicht gerade eines der bestgehüteten Geheimnisse, wenn wir verraten, daß ähnliche Sachverhalte aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, auch der des Kommunismus schmerzlichst bekannt sind, wovon allein die zahlreichen Begriffe zeugen, die unsereins dafür parat hat, weil uns „Verrat" immer schon zu primitiv erschien: Opportunismus, Revisionismus, kapitalistischer Weg, neue Bourgeoisie, Sozialimperialismus usw. So-

was passiert vor jeder Revolution, nach jeder Revolution und erst recht bei Abwesenheit jeder Revolution. Am

was passiert vor jeder Revolution, nach jeder Revolution und erst recht bei Abwesenheit jeder Revolution. Am leichtesten passiert es denjenigen, die am lautesten schwören, dagegen gefeit zu sein.

Gerade weil es immer wieder passiert, und weil schon lange keiner mehr weiß, wie es abzustellen wäre — gerade deshalb haben die grünen Bluffer anfangs auch viele Kommunisten an der Achillesferse erwischt, als sie noch Basisdemokratie, Rotation, Dezentralismus und Antistaatlichkeit anzubieten schienen. Denn natürlich hat man als Kommunist ein schlechtes Gewissen — kaum jedoch wegen der Naturfrage, sondern wegen der Machtfrage und deren Behandlung durch allerhand Parteien und Bewegungen, mit denen man mindestens den Namen gemein hat. Dieses schlechte Gewissen war die Voraussetzung des grünen Durchmarsches gegen links oder aus heutiger Sicht: Die Basis dafür, sich von den Grünen hereinlegen zu lassen.

Dies freimütig zuzugeben, fällt nicht mal besonders schwer, da es nicht das erste Mal ist, daß man in der Machtfrage hereingelegt wird, und wir diesmal eher zu den Opfern als zu den Tätern gehören. Etwas schwerer fällt das Eingeständnis, daß zwischen Linken, die in die Grünen hineingegangen sind und solchen, die draußengeblieben sind, hinsichtlich des Geblufft-Werdens höchstens ein gradueller Unterschied besteht: Sonst müßte man den Mut zur Grünen-kritischen Ungezogenheit, zu dem wir Linken allmählich zurückfinden, nicht als neue Entdeckung feiern. Richtig schwierig wird es da, wo ein bißchen weitergedacht und vielleicht erkannt wird, daß wir mit unserem spezifisch kommunistischen schlechten Gewissen nur selber fertig werden können. Aber ein beachtlicher Lern- und Aha-Effekt bleibt doch, daß diejenigen, die so mühelos verstaatlicht werden konnten, einst als prachtvolle Anarchisten glänzten. Es wäre dumm, jetzt gleichermaßen zu verfahren, wie in der Regel mit uns verfahren wird, nämlich den Anarchismus kurzerhand über einen Leisten zu spannen und in die Pfanne zu hauen. Aber um eines geht es schon: Tut bitte nicht länger so, als ob die Schwächen der menschlichen Kreatur dem Anarchismus wesensfremd seien. Naivität allein, und sei sie noch so süß, reicht nicht, um die Fragen zu beantworten, mit denen ihr genauso wie alle anderen Revolutionäre konfrontiert seid.

Brauchen wir also eine neue Partei, wirklich links, wirklich demokratisch, und die uns nie im Stich läßt? Das wäre eine reizvolle Diskussion. Vorher aber muß etwas anderes geklärt werden: Wie nämlich die außerparlamentarische Opposition aus der ihr zugedachten (von den Realos zugedachten und von den Fundis angenommenen) Idiotenrolle rauskommt, moralisch einwandfrei aber auf ewig machtlos zu bleiben. Warum sollte den Bewegungen verboten sein, was den Parteien erlaubt ist?

Da lachte die Dachlatte

Weil das grüne Integrationsgeschehen in besonderer Weise in Hessen spielt, muß doch ein Wörtchen über die „machtvolle" (sic) Bewegung gegen den Bau der Startbahn West auf dem Frankfurter Flughafen verloren werden. Jene wuchs im Oktober/November '81 tatsächlich zum realen Machtfaktor im Lande (ohne diese Position auch nur in Teilbereichen stabilisieren zu können). Viele ihrer Akteurinnen und Akteure lehnten es jedoch unabhängig vom konkreten Zuwachs und folgenden Verlust an Macht und Einfluß generell ab, in der Politik, jedenfalls in der herkömmlichen oder gar Parteipolitik mitzumischen, weil Bürgerinitiativen etwas grundsätzlich anderes seien. Dafür hatten wir großes Verständnis, weil Parteien und Parlamente einen ja wirklich ankotzen können und es irgendwo fortschrittlich ist, wenn andere Leute das auch finden. Bis wir die Entdeckung machten, daß es u.a. abgefeimte Politprofis waren, Jusos und Grüne, die sich geradezu als Gralshüter eines reinen und überparteilichen Bewegungsverständnisses aufführten.

Es gibt doch immer wieder verblüffende Dinge auf der Welt. Einige nicht ganz unmaßgebliche Kräfte in den Bürgerinitiativen hatten sich nämlich Gedanken darüber gemacht, daß eigentlich auch die Bewegung selber zu den Landtagswahlen antreten könnte. Das fürchteten die Jusos, also die SPD, mehr als die Kandidatur der Grünen. Diese wiederum vermuteten, daß es ihrem Parteiaufbau schlecht bekäme, wenn die erwarteten Stimmen nicht von den Grünen, sondern von so einem Haufen, der nicht mal ein echt ökologisches Programm hatte, abgesahnt werden würden. Da konnte man die Taktiker erleben, wie sie die Autono-

gisches Programm hatte, abgesahnt werden würden. Da konnte man die Taktiker erleben, wie sie die Autono-

mie der Bewegung predigten, weil sie die Macht ihrer Partei mit niemandem teilen wollten. Diese Taktiker wurden bei den Grünen instruiert und dirigiert von Manfred Zieran und anderen selbstlosen Antipartei-Parteigängern. Sie wagten es, einem Alexander Schubart die Türen zuzuknallen, die sie einem Herbert Gruhl sperrangelweit offenhielten. **Und schäkern heute mit der Parole „Keine Macht für niemand", um als „Linke in den Grünen", wie das neueste Fundi-Etikett lautet, durchzugehen? Ohne die Spur einer Erklärung für den Wechsel von „vorne" — und ausdrücklich weder links noch rechts — auf den Flügel!**

So nicht, Freunde. Für eine gelegentliche Notlüge hat man ja Verständnis. Aber dieses Gespinst ist es wert, zerrissen zu werden. Uns würde reichen, was wir auch den anderen Parteien wünschen: Keine Macht den Grünen.

Und alle Macht den Bewegungen der Unterdrückten, der Erniedrigten und Beleidigten, wie Rudi Dutschke zu sagen pflegte. Wie wir's anstellen könnten, weiß wohl keiner so recht. Aber dies ist die einzig relevante Diskussion. **Das grüne Selbstverständnis von Fischer bis Zieran, das die herrschenden Verhältnisse einfach benennt und bestätigt, muß geradewegs umgedreht werden.** Wie bekommen die progressiven Bewegungen Macht? Revolutionär oder mit kleinen Schritten, organisiert oder unorganisiert, allein oder in Koalition mit bürgerlichen Kräften, kompromißlos und integer oder mit Kuhhandel und schmutzigen Händen, außerhalb oder innerhalb der Institutionen oder mit eigenen ganz neuen usw. Darüber muß gestritten werden — zwischen denen, die die Prämisse teilen, daß es für die Unterdrückten nicht um Firlefanz, sondern um reale politische Macht geht. Wie kann umgekehrt die Macht denjenigen, die sie besitzen, ausüben und verwalten, entrissen werden, ohne zum tausendsten Mal ein paar Kleinbürgern oder auch verdienten Parteiführern die Karriere zu besorgen? Das Thema ist nicht gerade unbekannt. Aber so ist es halt mit den Moden. Sie sind unterhaltsam, vertreiben die Zeit, und dann stellt man fest, daß man um die liegengebliebenen Hausaufgaben doch nicht drumrumkommt.

de.

Zum SPD-Wirtschaftsprogramm (Entwurf): 'Modell Deutschland' mit ökologischer Fassade

Seit dem 1. Oktober 1985 existiert ein zweiter Entwurf eines neuen sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramms unter dem Titel ,,Wege in die Industriegesellschaft von morgen''. Es trägt die Handschrift vom wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth und soll nunmehr in der gesamten SPD diskutiert werden. Im Mai nächsten Jahres will die SPD einen wirtschaftspolitischen Kongreß dazu abhalten, und später die endgültige Fassung dieses Programmteils verabschieden. Johannes Rau erklärte indessen, er werde als Kanzlerkandidat ein eigenes wirtschaftspolitisches Wahlprogramm vorlegen. In ersten Reaktionen auf diesen Programmentwurf kam vor allem Kritik von den Jusos und linken Sozialdemokraten, die kein gutes Haar an dem über 100seitigen Diskussionspapier ließen. Zurecht — denn dieser Programmentwurf setzt dort an, wo Ex-Kanzler Helmuth Schmidt einst augehört hat und führt die Kohlsche ,,Wende''-Politik im wesentlichen fort. Und die grünen Koalitionsbefürworter müßten noch allerlei inhaltliche Verrenkungen vornehmen, wenn sie auf dieser Basis ihren ,,Umbau'' der ,,Industriegesellschaft'' bewerkstelligen wollen.

Zur Erinnerung: das ,Modell Deutschland' des Helmut Schmidt (1976)

Im Jahre 1976 trat der damalige SPD-Kanzler Schmidt die Wahlen mit dem Slogan ,,Modell Deutschland'' an. Mit diesem ,,Modell'' war damals ein Bruch, eine ,,Wende'' in der Politik der sozialliberalen Ära verbunden bzw. dieser vorausgegangen, denn nach der Krise 1974/75 schaltete die damalige Bundesregierung auf Austerity-Politik um. Im Kern beinhaltete das Schmidt'sche ,,Modell Deutschland'', vor dem Hintergrund der extremen Exportorientierung des westdeutschen Kapitals (1), die Sicherung und den Ausbau der Weltmarktkonkurrenzfähigkeit als oberste Priorität der Wirtschaftspolitik, der sich alle anderen Ziele unterzuordnen hatten. Die monetäre, restriktive Geldpolitik der Deutschen Bundesbank sorgte für eine Politik niedriger Inflationsraten, um diese

higkeit als oberste Priorität der Wirtschaftspolitik, der sich alle anderen Ziele unterzuordnen hatten. Die monetäre, restriktive Geldpolitik der Deutschen Bundesbank sorgte für eine Politik niedriger Inflationsraten, um diese

Konkurrenzfähigkeit von der Kostenseite her zu unterstützen. Diesem außenwirtschaftlichen Primat diente auch das 2. Haushaltsstrukturgesetz von 1975, mit dem die Haushaltskonsolidierung eingeleitet, infolge dessen die ersten drastischen Einschnitte ins soziale Netz vollzogen und auf ein ,,deficit spending'' (staatliche Kreditnaufnahme und Verschuldung zur Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen usw.) weitgehend verzichtet wurde (2). Dieses ,,Modell'' funktionierte nur deshalb so reibungslos, weil die Gewerkschaftsführung diese Politik voll unterstützte, sich starker Lohnzurückhaltung rühmte und mit dazu beitrug, daß zugunsten der Weltmarktorientierung des westdeutschen Kapitals die notwendige Ruhe im eigenen Haus herrschte. Kurzum: Nicht mehr Wachstum und Vollbeschäftigung wurden als wirtschaftliche Ziele ausgegeben, sondern Inflationsbekämpfung und außenwirtschaftliche Priorität.

An diesen Prämissen hält die jetzige konservative Regierung im Prinzip fest; sie vertiefte die Einschnitte ins Sozialsystem und brachte sie im wesentlichen zu einem vorläufigen Abschluß, während sie die von den Sozialdemokraten bereits begonnene angebotsorientierte Politik konsequent fortsetzte, die ,,Ertragskraft der Unternehmen'' zu steigern, damit diese wiederum kräftig investieren, um die Weltmarktexpansion fortsetzen zu können.

Das Leitmotiv der SPD: „Internationalen Herausforderungen offensiv begegnen"!

Wer den sozialdemokratischen Programmentwurf aufmerksam durchliest, wird sehr schnell den roten Fäden finden. Er besteht keineswegs im ,,ökologischen Umbau'' der westdeutschen Volkswirtschaft, sondern die ,,ökologische Erneuerung'' à la SPD ordnet sich deutlich unter die folgende Kernaussage unter: ,,*Ökologische Erneuerung, Strukturanpassung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen erfordern eine kräftige und dauerhafte Steigerung der Investitionstätigkeit des öffentlichen Sektors und noch mehr der Unternehmen ... Vielmehr kommt es darauf an, Kapital in weit größerem Maße als bisher in die Unternehmen zu lenken und so ihre Eigenkapitalausstattung zu verbessern*''.

Den Umweltschutz sieht die SPD in ihrem Programmentwurf als einen ,,*Motor für die technische Entwicklung mit langfristigen Wachstumschancen*'' an, die ,,ökologische Erneuerung'' soll also den Kapitalisten dadurch schmackhaft gemacht werden, daß diese sie als einen internationalen



Wettbewerbs- und Wachstumsfaktor nutzen.

Im Zentrum des Programmentwurfs der SPD steht die Sicherung und der Ausbau der Konkurrenzfähigkeit auf

Wettbewerbs- und Wachstumsfaktor nutzen.

Im Zentrum des Programmentwurfs der SPD steht die Sicherung und der Ausbau der Konkurrenzfähigkeit auf

dem Weltmarkt. Es ist daher kein Wunder, wenn der Abschnitt ,,*Politik für technischen und sozialen Wandel*'' den größten Raum im Programmentwurf einnimmt.

,,*Neue Techniken werden die Produktionsverhältnisse von Grund auf verändern und völlig neue Produkte hervorbringen*'', schreiben die Sozialdemokraten. ,,*Das Aufkommen neuer Konkurrenten auf den Weltmärkten wird die internationale Arbeitsteilung weiter verändern und unsere Volkswirtschaft unter Anpassungs- und Erneuerungsdruck setzen*'', heißt es weiter. Da habe der Staat Mitverantwortung zu tragen, um ,,*die Erneuerung der Wirtschaft in Bahnen zu bewegen, die Menschen und Natur zugute kommen*'', denn zweifellos sieht die SPD ,,*in den neuen Techniken große Chancen für mehr Wohlstand und Wohlbefinden der Menschen.*''

Das sind alles Aussagen, die beileibe nicht neu sind. Schon 1975 proklamierten die Sozialdemokraten Volker Hauff und Scharpf die sozialdemokratische ,,Modernisierung der Volkswirtschaft'' (3). Im neuen Programmentwurf heißt es in diesem Sinne, daß ,,*wir Sozialdemokraten die staatlichen Einflußmöglichkeiten nutzen und der japanischen und amerikanischen Herausforderung offensiv begegnen*'' wollen.

Soweit der Staat direkte Einflußmöglichkeiten auf diese Modernisierung der Volkswirtschaft habe, beabsichtigen die Sozialdemokraten die Mobilisierung ,,*aller finanziellen Kräfte*'', und ,,*das bei Arbeitnehmern, Managern, Wissenschaftlern und Technikern verfügbare gesellschaftliche Wissen*'', um vor allem:

— die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren voranzutreiben,
— neue Energietechniken, umweltfreundlich, versteht sich, zu entwickeln,
— neue Nah- und Fernverkehrssysteme auf den Markt bringen,
— die Städte ,,sozial und human'' zu gestalten,
— Probleme der Müll- und Abfallbeseitigung zu lösen,
— den Aufbau ,,eines modernen Kommunikations- und Informationsnetzes'' zu bewerkstelligen und
— den Aufbau ,,komplexer Büro- und Verwaltungsstrukturen'' zu beherrschen.

Eine zentrale Rolle spiele dabei die Deutsche Bundespost, mit deren Hilfe der Aufbau eines ,,modernen Informations- und Kommunikationsnetzes'' erfolgen, neue technische Normen gesetzt und für die Mikroelektronik ,,nachhaltige Impulse'' ausgehen sollen.

Schwarz-Schilling läßt freundlich grüßen.

Das westdeutsche Kapital müsse, so die SPD, ,,*in genügend Sektoren der technischen Entwicklung über Spitzentechnologien verfügen und dadurch die Voraussetzungen schaffen, durch Koo-*

Das westdeutsche Kapital müsse, so die SPD, ,,*in genügend Sektoren der technischen Entwicklung über Spitzentechnologien verfügen und dadurch die Voraussetzungen schaffen, durch Koo-*

peratin oder durch Lizenznahme auf anderen Gebieten ein ausreichendes Spektrum wettbewerbsfähiger Produkte zu erschließen'', wobei drei ,,zentrale Probleme'' zu lösen seinen, nämlich:
a) die Verknüpfung anspruchsvoller Mechanik und fortschrittlicher Elektronik (das betrifft vor allem die westdeutsche Maschinenbau- und Investitionsgüterindustrie, die weltweit führend ist);
b) die ,,Beherrschung'' der Automatisierung im privaten wie öffentlichen Büro- und Verwaltungsbereich und
c) die Entwicklung einer ,,umweltfreundlichen'' Chemie unter Einschluß der Biotechnologie.

Für diese drei Sektoren will die SPD den Forschungsbereich zuungunsten der Kernenergie-Forschung ausbauen. Ganz in diesem Sinne fordert die SPD die Förderung von ,,Technologie- und Gründungsparks'', einen Ausbau der Risikofinanzierung, die Förderung von Jungunternehmern usw. — also alles Dinge, die unter der Regierung Kohl eh schon betrieben werden. Und keineswegs originell ist auch die Forderung nach technologischer Zusammenarbeit in der EG und nach der Realisierung eines ,,europäischen Binnenmarktes'', denn schließlich hänge ,,*die Bereitschaft der Unternehmen, bei Forschung, Entwicklung und Investitionen Risiken einzugeheh, entscheidend von den künftig erzielbaren Erträgen ab*''.

SPD '85: „Wir brauchen den aktiven, selbstbewußten Unternehmer"

Einen zentralen Hebel, die westdeutschen Kapitalisten in ihren innovativen Kräften anzuspornen, sieht die SPD darin, spekulatives Geldkapital in investives Kapital umzuleiten. Die SPD hat erkannt, daß ein Kapitalist erst dann wieder in sein Unternehmen investiert, wenn die zu erwartenden Profite größer ausfallen, als die Spekulationen an den internationalen Finanzmärkten oder den Immobilienmärkten. Von daher fordert sie eine Änderung des geltenden Steuerrechts, eine Belastung von Kapital, das nicht investiv verwendet wird, um dadurch die Kapitalmassen in die Produktionsbereiche umzulenken.

Abgesehen davon, wie es die SPD denn bewerkstelligen will, an die Besteuerung der Kapitalmassen der Konzerne im Ausland heranzukommen, sehen die Steuerpläne der SPD lediglich eine ,,Änderung der Besteuerungsstruktur'' vor, nicht jedoch eine Änderung der Steuerquote; es sollen alle ,,steuerlichen Hemmnisse'' beseitigt werden, damit mehr Sparkapital als Eigenkapital für investive Zwecke in die Unternehmen fließen kann.

Ganz im Sinne der neo-liberalen Ökonomie fordert die SPD außerdem, den ,,Wettbewerb'' zu verschärfen, denn Wettbewerb wirke ,,der Verkru-

Unternehmen fließen kann.

Ganz im Sinne der neo-liberalen Ökonomie fordert die SPD außerdem, den ,,Wettbewerb'' zu verschärfen, denn Wettbewerb wirke ,,der Verkru-

stung von Märkten'' entgegen. Zu diesem Zweck möchte die SPD marktbeherrschende Großkonzerne ,,entflechten'', Fusionen verhindern, die macht der Banken zurückdrängen. Wie sie das konkret durchsetzen will — dazu fehlt jegliche Aussage.

Zur Förderung der Klein- und Mittelbetriebe möchte die SPD diesen ,,*eine steuerfreie Investitionsrücklage einräumen*'' und die Gründung von Unternehmensbeteiligungsgesellschaften fördern, um den chronischen Kapitalmangel von Klein- und Mittelbetrieben zu beheben.

Insgesamt setzt die SPD bei ihrer ,,Modernisierung der Volkswirtschaft'' also auf die ,,*aktiven, selbstbewußten Unternehmer*''. Während die CDU im großen und ganzen allein auf die Kräfte des Marktes setzt, die Ertragskraft der Unternehmen zu stärken, möchte die SPD die Weltmarktoffensive des westdeutschen Kapitals durch die dargestellten staatlichen Maßnahmen bewußt fördern und vorantreiben — ganz im Sinne des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth.

Sozialdemokratische Globalsteuerung: Abschied von Beschäftigungsprogrammen

Wirtschaftliche Globalsteuerung hieß seit Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes von 1967, vier wirtschaftspolitische Ziele gleichrangig zu behandeln: außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Preisstabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung. Spätestens seit 1975 gelten nur noch die beiden erstgenannten Ziele. Der neue Programmentwurf der SPD zeigt, daß sie an dieser Austerity-Politik im Kern festhalten will. ,,*Öffentliche Ausgabenprogramme zur Belebung der Gesamtnachfrage haben ... nicht immer den höchstmöglichen Wirkungsgrad zu erreichen vermocht*'', heißt es da zur Frage von öffentlichen Beschäftigungsprogrammen.

Mit einigen Verrenkungen und nebulösen Formulierungen wird dann die künftige Aufgabe der Globalsteuerung wie folgt definiert: ,,*In der Globalsteuerung muß jetzt die Verantwortung für mehr Arbeit im Vordergrund stehen, ohne daß das Ziel der Preisstabilität und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts vernachlässigt wird*''. Und mehr Beschäftigung sei auf Dauer nur zu erreichen, ,,*wenn die Einkommenspolitik auf die Preise, die Ertragslage und die Geldpolitik auf Zinsen und Investitionen Rücksicht nimmt*''. Im letzten Halbsatz wird dann also herausgelassen, worum es der SPD eigentlich geht: nämlich alles staatlich Mögliche zu tun, um die Investitionskraft der Unternehmen zu stärken, die dann angeblich zu mehr Beschäftigung führe. Eine ,,*investitionsorientierte*'' — keine beschäftigungsorientierte! — Geldpolitik sei geboten, die ,,*Steigerung der Investitionsquote*'' sei eine Voraussetzung, um ,,*Arbeit zu schaffen und die ökologische Erneuerung zu verwirklichen*''. Laut SPD-Programmentwurf komme es darauf an, für die Unternehmen investive Anreize bereitzustellen. Für diesen Zweck fordert die SPD

— eine Senkung der Realzinsen auf dem Kapitalmarkt,
eine Stärkung und Umverteilung der steuerlichen Aufkommen in den Kommunen und Gemeinden ,,zum ökologischen Umbau der Gemeinden'',
— langfristig eine Wertschöpfungssteuer, mit der vor allem lohnintensive Produktionen steuerlich entlastet werden sollen,
— die Erfassung von spekulativen Gewinnen und deren stärkerer Besteuerung und umgekehrt die steuerliche Entlastung von Gewinnen, wenn sie für investive Zwecke verwendet werden,
— die steuerliche Begünstigung von umweltfreundlichen Produkten und Produktionsverfahren und
— steuerliche und investive Begünstigungen insbesondere von Klein- und Mittelbetrieben.

Die auch bei den Sozialdemokraten heimisch gewordene neoliberale Logik, wonach Investitionen die Voraussetzung für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze sind, widerspricht der Realität. Das Bekenntnis der Sozialdemokratie, alles zu tun, um die exportorientierten Kapitale gut gerüstet in die Schlachten auf den Weltmärkten zu führen, heißt in der Konsequenz, den Weg der Modernisierung und damit

Realität. Das Bekenntnis der Sozialdemokratie, alles zu tun, um die exportorientierten Kapitale gut gerüstet in die Schlachten auf den Weltmärkten zu führen, heißt in der Konsequenz, den Weg der Modernisierung und damit

der weiteren Senkung der Produktionskosten durch Automatisierung und weiterer Freisetzung von Arbeitern zu beschreiten. Wenn bereits heute rund 55% der Investitionen allein der Rationalisierung dienen, und wenn Wolfgang Roth (SPD) die Investitionsquote von derzeit 19,5% auf 25% anheben will, so wird klar, daß die SPD in iherem Programm Dinge verspricht, die sich widersprechen: außenwirtschaftliche Prioritätensetzung wird die Arbeitslosigkeit noch weiter beschleunigen.

Den Wandel der Arbeit gestalten...

Die SPD weiß natürlich allzu gut, daß die offensive Begegnung mit den internationalen Herausforderungen immer weniger menschliche Arbeitskraft erfordert. Daher möchte die SPD ,,*den Wandel der Arbeit und der Arbeitsgesellschaft mitgestalten*''. Sie will sich dem Problem stellen, daß die Arbeitsintensität und -produktivität bei insgesamt weniger Arbeitszeit steigt, die Industriebeschäftigung zurückgehen wird und die Veränderungen in der materiellen Produktion neue Qualifikationsanforderungen nötig machen werden. Dem Problem, daß die Arbeitsproduktivität stärker steigt als der materielle Output, möchte die SPD durch Arbeitszeitverkürzungen beikommen. Dabei legt sie sich keineswegs auf das Ziel der Realisierung der 35-Stunden-Woche fest, sondern spricht sich sehr allgemein ,,*für freie, geordnete, tarifvertraglich geregelte Arbeitszeitverkürzungen, sei es bei der Wochenarbeitszeit, der Jahresarbeitszeit, der Lebens-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

arbeitszeit oder der freien Arbeitszeitwahl'' aus.

Das Angebot an Teilzeit-Arbeitsplätzen müsse erhöht werden, wobei ,,*alle Formen freierer Arbeitszeitgestaltung in den arbeits- und sozialrechtlichen Schutz mit einbezogen werden*'' müßten.

Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt: ja — aber in tarifvertraglich geordneten Verhältnissen, zu konkreteren Forderungen läßt sich die SPD in ihrem Programmentwurf nicht verleiten.

Der auch von der SPD prognostizierte weitere Arbeitsplatzabbau im Industriesektor soll zumindest teilweise durch die Schaffung neuer Arbeitplätze im privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich kompensiert werden. Im privaten Dienstleistungsbereich möchte die SPD eine Reihe vom Hemmnissen beseitigen, die darauf hinauslaufen, diese Dienstleistungen gemäß angebotsorientierter Politik billiger zu machen. Als ein Schritt in diesem Sinne sieht die SPD die Einführung eines Wertschöpfungsbeitrages an, um diesen Bereich vor allem steuerlich von den angeblich hohen Lohnkosten zu entlasten (4).

Die SPD fordert im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen (Gesundheit, soziale Dienste, Bildung usw.) zwar eine ,,*Expansion*'', nimmt allerdings diese Formel sogleich wieder zurück, denn diese ,,Expansion'' ,,*bereitet jedoch Schwierigkeiten*'', da eine weitere Steigerung der Abgabenbelastung nicht vertretbar sei.

Damit ist gesagt, daß die SPD auch weiterhin an einer restriktiven Haushaltspolitik festhalten will. Mehr Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst müssen also von anderswo her finanziert werden, wenn nämlich ,,*die Einnahmen- bzw. Ausgabenströme der öffentlichen Hand und die Einkommenstrukturen im öffentlichen Dienst geändert werden*''.

Konkret schlägt die SPD die Senkung höherer Einkommen (,,*Anpassung der Akademikergehälter an die Einkommen anderer Gruppen mit höherwertiger Berufsausbildung ...*'') vor, um die daraus frei werdenden Mittel für neue Arbeitsplätze zu mobilisieren.

Dies ist im übrigen der einzige Hinweis im SPD-Haushaltsprogrammentwurf zum Thema Sozialabbau. An anderer Stelle heißt es nur, SPD und DGB wollen weiteren Einschnitten ins soziale Netz ,,*mit äußerster Entschlossenheit*'' entgegentreten — aber an keiner Stelle tauchen Forderungen nach Rücknahme von sozialen Einschnitten auf. Eine soziale Reformpolitik wird es also mit der SPD in Zukunft nicht geben.

Korporative Einbindung der Arbeiterklasse in das außenwirtschaftliche ‚Wachstumsmodell'!

Korporative Einbindung der Arbeiterklasse in das außenwirtschaftliche ‚Wachstumsmodell'!

Es gehört zur Dialektik des ,,Modell Deutschland'', daß sich außenwirtschaftliche Orientierung und ,,Ruhe im Hinterland'' gegenseitig bedingen — ja mehr noch: daß die Gewerkschaftsführung und Teile der Arbeiterklasse, vor allem diejenigen, die in den exportorientierten Sektoren der westdeutschen Industrie arbeiten, dieses ,,Modell'' mittragen. Die beispiellos niedrigen Inflationsraten in der BRD seit Ende der siebziger Jahre, die Bereitschaft der Gewerkschaftsführung, Lohnsenkungen bewußt in Kauf zu nehmen, um die angebliche Wettbewerbsfähigkeit des westdeutschen Kapitals nicht zu gefährden, sind Ausdruck dieses klassenversöhnlerischen Konsenses.

Es nimmt daher nicht Wunder, wenn im neuen SPD-Programmentwurf die Forderung nach mehr Mitbestimmung gar nicht als zumindest partielle ‚Gegenmacht' aufgefaßt wird, sondern allein im korporatistischen Sinne. Schon in der Einleitung wird die Mitbestimmung rein betriebswirtschaftlich wie folgt definiert: ,,*Das Interesse der Arbeitnehmer an der Leistungsfähigkeit ihres Betriebes ist mindestens ebenso groß wie das der Kapitalseite, und die Mitbestimmung ermöglicht es, den Sachverstand der Mitarbeiter unmittelbar in die Unternehmensentscheidungen einzubringen*''.

Die SPD erklärt es zum Ziel der Arbeiterbewegung, daß sich die Arbeiter von ,,*Wirtschaftsuntertanen*'' zu ,,*gleichberechtigten Wirtschaftsbürgern*'' emanzipieren, dies entspreche obendrein der ,,immanenten Logik'' der wirtschaftlichen Entwicklung selbst.Um die ,,Wirtschaftsdemokratie'' Marke SPD zu verwirklichen, schlägt sie folgende Maßnahmen vor:

— Die Einrichtung von ,,Wirtschaftsräten'' in Bund, Ländern und Regionen mit beratender Funktion,
— Die Einrichtung von ,,Branchenausschüssen'' ausgerechnet in den von den Strukturveränderungen betroffenen Industriezweigen (Stahlindustrie) ebenfalls mit beratender Funktion,
— Sicherung der Montanmitbestimmung und deren Ausweitung auf alle Großunternehmen,
— bei der betrieblichen Mitbestimmung sollen die Betriebsräte sich ,,an der Planung, der Entscheidung und Einführung technischer Neuerungen beteiligen''. Der Mitbestimmungskatalog müsse z.B. bei der Einführung neuer Techniken und Verfahren erweitert werden, allerdings läßt der Programmentwurf eine Präzisierung offen,
— Arbeitnehmer sollen bei der Gestaltung ihrer eigenen Arbeitsplätze beteiligt werden.

Ökonomisches Herzstück neuer ,,Wirtschaftsdemokratie'' ist jedoch die Vermögensbildung, oder neumodischer ausgedrückt: die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Sie wird wiederum dem Gesichtspunkt untergeordnet, eine ,,*stärkere Neubildung von Produktivkapital*'' zu ermöglichen, also mehr Kapital für investive Zwecke zu mobilisieren. Die SPD tritt dabei für überbetriebliche Beteiligungen ein, um zu vermeiden, daß das Arbeiter- mit dem einzelnen Kapitalistenrisiko zusammenfällt.

Überbetriebliche Kapitalbeteiligungen der Arbeiter sollen staatlich gefördert und jeweils tariflich gesichert werden, das Vermögensbildungsgesetz für diese Anlageformen geöffnet werden. Die SPD fordert die Einrichtung von Kapitalsammelstellen, an denen sich dann die Arbeiter beteiligen können. Diese Sammelstellen können auch gemeinsam von den Tarifvertragsparteien eingerichtet werden.

Daß Ziel ist wiederum die Mobilisierung von investivem Kapital, wobei in diesem Fall der Vermögensbildung ein Teil der zuerwartenden Lohnerhöhungen direkt an die Kapitalisten zurückfließt.

,,*Mitbestimmung, Mitwirkung und Teilhabe*'' (SPD) haben also das Ziel einer weiteren konsensualen Einbindung der Arbeiter in das System des ,,Modell Deutschland''.

Wie die SPD die Arbeitslosigkeit bekämpfen will

Nichtnur Helmut Kohl, sondern auch die sozialdemokratischen Programmentwerfer betrachten die chronische Arbeitslosigkeit als eine ,,Herausforderung'', dem die SPD ein ,,*Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit*'' entgegensetzen will.

Dieses ,,Aktionsprogramm'' setzt sich aus mehreren Elementen zusammen, nämlich 1. einem ,,Solidarpakt für mehr Arbeit'', einem ,,Sondervermögen Arbeit und Umwelt'', 3. mehr öffentlichen Investitionen und 4. einer ,,Qualifizierungsoffensive und mehr

Dieses ,,Aktionsprogramm'' setzt sich aus mehreren Elementen zusammen, nämlich 1. einem ,,Solidarpakt für mehr Arbeit'', einem ,,Sondervermögen Arbeit und Umwelt'', 3. mehr öffentlichen Investitionen und 4. einer ,,Qualifizierungsoffensive und mehr

Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung''.

Kernstück des ,,*Solidarpaktes für mehr Arbeit*'' sind staatliche Förderungsprogramme speziell zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, für junge arbeitslose Frauen und Langzeit-Arbeitslose bereitzustellen. Kapital, Staat und Gewerkschaften, die diesen ,,Solidarpakt'' schließen sollen, werden aufgefordert, sich außerdem ,,*auf ein Tempo der Arbeitszeitverkürzung zu einigen*'', um den Arbeitsmarkt zu entlasten, die ,,*Überstunden auf das absolut unvermeidbare Maß zu reduzieren*'' und Teilzeit-Arbeitsangebote zu erweitern. Die Bundesbank solle ihrerseits durch eine entsprechende Geldpolitik die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit unterstützen. Konkreter wird die SPD dabei nicht. Wie sie auf dieser Grundlage ihre eindeutigen Wahlversprechen, innerhalb von 2 Jahren jedem einjährig-Arbeitslosen und innerhalb von 4 Jahren jedem halbjährig-Arbeitslosen einen Arbeitsplatz bzw. eine Bildungsmaßnahme anzubieten einlösen will, bleibt ihr Geheimnis.

Die zweite Maßnahme, das ,,*Sondervermögen für Arbeit und Umwelt*'', soll mittelfristig 400.000 neue Arbeitsplätze schaffen und das ,,qualitative Wachstum'' fördern. Das ,,Sondervermögen'' bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau stellt privaten und öffentlichen Unternehmen zinsgünstige Kredite für Umweltinvestitionen und ,,verlorene Zuschüsse'' für Umweltinvestitionen ,,von herausragender Bedeutung'' bereit und zwar in einem Zeitraum von 10 Jahren und einem jährlichen Umfang von ca. 18 Mrd. DM. Entscheidend ist die Finanzierung: sie wird in Form von Steuererhöhungen auf den Verbrauch von Mineralölprodukten, Erdgas und Strom ,,vergesellschaftet'', also letztenendes auf alle Teile der Bevölkerung, abgewälzt.

Neben einer geforderten Erhöhung der Investitionsquote in den Gemeinden, um damit Mülldeponien zu sanieren, das Wasser rein zu halten, Straßen zu bauen, Wohnungen instandzusetzen usw. — also neben der Förderung kommunaler Maßnahmen — möchte die SPD eine ,,Qualifizierungsoffensive'' und den Ausbau von Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen einleiten. Letztere zielen darauf ab, das große Heer der ,,Marginalisierten'' zu integrieren, zu befrieden und gleichzeitig zu disziplinieren.

Die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung werden von der SPD in ihrem Entwurf als ,,*Instrument antizyklischer Beschäftigungspolitik*'' verkauft und setzen nur das fort, was bereits die CDU praktiziert. Vor allem in den sozialen Diensten und im Umweltschutz möchte die SPD die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) wesentlich erweitern. Dabei sollen diese Maßnahmen ,,nicht nur'' befristete Beschäftigungsmöglichkeiten bieten, sondern langfristig zu einem Instrument ausgebaut werden, das in ein Konzept zur Entwicklung der sozialen Dienste mündet.

Hier wird nur zaghaft angedeutet, daß die SPD offenbar die gleichen Ziele verfolgt wie die Konservativen, nämlich die Kostensenkung bestimmter sozialer Dienste und deren ,,dezentrale'' Verlagerung in den ABM-Bereich. Unter der CDU in Westberlin läuft dieses Konzept bereits unter dem Motto ,,Hilfe zur Selbsthilfe'' oder ,,Subsidiarität'' ab, mit dem Ergebnis, daß zunehmend öffentliche Dienstleistungen abgebaut oder privatisiert werden.

Die SPD will die Zahl der ABM-Teilnehmer/innen von derzeit 80.000 auf 200.000 erhöhen und die Zahl der Teilnehmer/innen an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen von 200.000 auf eine halbe Million.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen möchte die SPD die Löhne subventionieren; die privaten Unternehmen, die Langzeitarbeitslose bzw. schwer vermittelbare Arbeitslose mindestens zwei Jahre lang beschäftigen, werden für ein Jahr von allen Lohn-Nebenkosten (Sozialversicherungsbeiträge plus Lohnsteuer) befreit.

Finanziert werden sollen diese gesamten Maßnahmen (außer dem Programm ,,Sondervermögen'') teils durch Subventionskürzungen, teils durch Streichung von Steuerbegünstigungen bei Abschreibungsgesellschaften und darüber hinaus in Form einer Ergänzungsabgabe auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer der Besserverdienenden — wobei die ,,Besserverdienenden'' nicht näher definiert werden.

Das sozialdemokratische ,,Aktionsprogramm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit'' stellt im Kern die bisher betriebene Politik nicht in Frage; der dick aufgetragene ,,Solidarpakt für mehr Arbeit'' besteht aus bloßen Appellen an die ,,Tarifpartner''; das ,,Sondervermögen für Arbeit und Umwelt'' setzt bewußt bei den **investiven** Förderungen an, deren Finanzierung sozialisiert wird und deren arbeits-

ge; der dick aufgetragene ,,Solidarpakt für mehr Arbeit'' besteht aus bloßen Appellen an die ,,Tarifpartner''; das ,,Sondervermögen für Arbeit und Umwelt'' setzt bewußt bei den **investiven** Förderungen an, deren Finanzierung sozialisiert wird und deren arbeits-

platzschaffende Wirkung zweifelhaft bleibt.

Folge dieser Maßnahmen für die Betroffenen wird sein, daß ein Teil der industriellen Reservearmee als äußerst billige, tariflich rechtlose und äußerst flexible Manövriermasse zur Verfügung steht, denn die SPD fordert ausdrücklich nicht die tarifliche Bezahlung, rechtliche Absicherungen usw.

Die ,,ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft''

In der Öffentlichkeit hat die SPD schon mehrmals den Eindruck zu erwecken versucht, sie wolle Ökonomie und Ökologie miteinander versöhnen. Medienwirksam setzte sich die SPD in Szene, um mit Vokabeln aus dem grünen Repertoire (,,Umbau'' unserer Industriegesellschaft) den Eindruck zu erwecken, daß die Probleme des Umweltschutzes bei den Sozialdemokraten in guten Händen liegen. Dies wird die SPD auch weiterhin betreiben, um die Grünen möglichst ,,überflüssig'' (Brandt) zu machen.

,,Umbauen'' möchte die SPD diese Gesellschaft in ihrem neuen Programmentwurf nun nicht mehr, sondern ,,ökologisch erneuern''.

Dabei läßt die SPD in ihrem Programmentwurf überhaupt keinen Zweifel daran, daß sie die ,,ökologische Erneuerung'' auf streng **marktwirtschaftlicher** Basis durchzuführen gedenkt, denn da heißt es:,,*Entsprechend dem Verursacherprinzip müssen die ökologischen Kosten der Herstellung und des Verbrauchs von Gütern und Dienstleistungen in Zukunft in den Preis dieser Güter und Dienstleistungen eingehen*''.

Hier wird das Verursacherprinzip verballhornt: nicht diejenigen, die die umweltschädigende Produktion und Produkte zu verantworten haben, werden zur Kasse gebeten — sondern Umwelt hat ihren Preis, der auf die Konsumenten und Verbraucher abgewälzt wird. Statt Verursacherprinzip also Sozialisierung der Kosten.

Eine zweite Prämisse der ,,ökologischen Erneuerung'' à la SPD-Entwurf besteht in der eindeutigen Unterordnung der ,,ökologischen Erneuerung'' im Dienste der ,,Modernisierung der Volkswirtschaft''; ,, ... *die Entfaltung der schöpferischen Kräfte einer Wettbewerbswirtschaft im Dienst der ökologischen Erneuerung müssen unser Ziel sein*'', heißt es. Aufgabe des Staates müsse es sein, ,,*ökonomische Anreize*'' zu schaffen, ,,*über gesetzliche Umweltanforderungen hinauszugehen und Innovationen zu enwickeln und durchzusetzen*''.

Und weiter: ,,*Umweltschutz ist ein Motor für die technische Entwicklung mit langfristigen Wachstumschancen. Durch die zügige Sanierung unserer Umwelt wird unsere Wirtschaft ihren Vorsprung bei vielen Umwelttechnologien, umweltfreundlichen Produkten und Produktionsverfahren ausbauen und damit neue Absatzfelder auf den Weltmärkten gewinnen. So sind Anstrengungen zur Umweltschonung heute Wettbewerbsvorsteile der Industrie, und vor allem zukunftssichere Arbeitsplätze von morgen*''.

Das ,,umweltpolitische Sofortprogramm'' der SPD folgt der ,,Modernisierungs''-Prämisse und besteht aus dem bereits erwähnten ,,Sondervermögen Arbeit und Umwelt'', vage formulierten ,,Umweltgeboten und Umweltverboten'', ,,Umweltverträglichkeitsprüfungen'', Schadstoff- und Abwasserabgaben, einer Änderung des Umwelthaftungsrechts, dem Tempo-Limit, dem Ausbau der polizeilichen Apparate gegen die Umweltkriminalität, dem Wasserschutz und einer ,,Abfallwirtschaft''.

,,Sondervermögen Arbeit und Umwelt'': Umweltsanierung zu Lasten der Bevölkerung

Es ist bereits dargestellt worden, wie das ,,Sondervermögen'' zustande kommen soll und wer es finanziert. Angewendet werden soll dieses ,,Sondervermögen'' dort, wo

— es um ,,*die Beseitigung ökologischer Notstände*'' geht,
,,*bei bestimmten Umweltbelastungen Verursacher nicht oder nicht mehr ermittelt bzw. belastet werden können*'',
— ,,*die Anwendung des Verursacherprinzips zu unzumutbaren Belastungen für einzelne Regionen, kleinere und mittlere Unternehmen oder untere Einkommensgruppen führt*''.

Die letzte beiden Punkte lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es handelt sich beim ,,Sondervermögen'' um nichts anderes als zusätzliche Subventionen, wobei mit dem Verursa-

oder untere Einkommensgruppen führt''.
Die letzte beiden Punkte lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es handelt sich beim ,,Sondervermögen'' um nichts anderes als zusätzliche Subventionen, wobei mit dem Verursa-

cherprinzip nur noch Schindluder betrieben wird. Wenn es dem Kapital nicht mehr ,,zuzumuten'' ist, dann sollen die Kosten der Umweltsanierung der gesamten Bevölkerung über Zuschläge bei Strom, Erdgas und Mineralölproduktion aufgehalst werden.

Mit dem ,,Sondervermögen'' sollen außerdem kommunale Umweltinvestitionen ,,beschleunigt'' werden, ebenso die ,,Entwicklung und Einführung neuer umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren, die den Stand der Technik verbessern''.

Ausdrücklich bestätigt die SPD nochmals, daß sie dieses ,,Sondervermögen'' deshalb einführen will, um die Haushaltskonsolidierung nicht zu gefährden.

Einen Eiertanz führt die SPD in ihrem Programmentwurf auch in der Frage der Umweltge- und -verbote auf; sie bleiben als staatliche Steuerungselemente unentbehrlich und dürften nicht nur auf die Kontrolle der Umweltbelastungen abzielen. Die SPD möchte ,,*über die Senkung von Zielwerten die Umweltgefährdungen stetig weiter herabsetzen*''. Umweltauflagen müßten die ,,*technologische Entwicklung fördern*'', wobei in ,,*Stufenplänen ... schrittweise strengere Werte festzulegen*'' seien, damit die ,,*Marktteilnehmer kalkulierbare Vorgaben*'' erhalten.

Die ,,ökologische Erneuerung'' soll also, typisch sozialdemokratisch, Schritt für Schritt für Schritt ... vonstatten gehen, um die ,,Marktteilnehmer'', sprich Kapitalisten, ja nicht zu überfordern.

Den in der Tat unbestreitbaren Widerspruch zwischen kapitalistischer Produktion und produzierten Waren einerseits und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrunglagen als Folge dieser Produktionsweise andererseits löst die SPD zugunsten der Ökonomie; nicht die an sich erforderlichen Grenzwerte für Luft, Wasser und Boden werden als Ziel vorgegeben, sondern umgekehrt: die umweltpolitischen Grenzwerte richten sich danach, ob sie die technischen Entwicklungen fördern bzw. den Kalkulationen der Unternehmen genehm sind.

Diese betriebswirtschaftlichen Prinzipien sollen auch im Bereich der von der SPD geforderten zusätzlichen Schadstoffabgabe gelten: die Abgabe soll so hoch angesetzt werden, daß es für die Verursacher lohnender ist, umweltschonende Investitionen zu tätigen.

Fazit

Wirtschaftspolitische Themen werden im Bundestagswahlkampf einen hohen Stellenwert haben. 1983 hat der Kohl'sche ,,Aufschwung''-Wahlkampf nicht unerheblich zum CDU-Sieg beigetragen. Ob die SPD mit ihrem Programm die wirtschaftspolitische Kompetenz zurückgewinnen kann, erscheint fraglich:

— Gegenüber Reformerwartungen, den grünen Anhängern und und den Linken dürfte es — wenn Programme im Wahlkampf überhaupt eine Rolle spielen — kaum integrativ wirken.
— Gegenüber den Konservativen wirkt es nicht polarisierend. Beide ,,Volksparteien'' halten in den Grundzügen an der Priorität fest, den ,,Sachzwängen des Weltmarkts'' offensiv zu begegnen und dementsprechend die staatlichen Rahmenbedingungen zu setzen.

Die SPD möchte die ,,Modernisierung der Volkswirtschaft'' — ökologisch aufgepäppelt, in den Folgen sozial abgefedert, mit Einschnitten ins ,,soziale Netz'', resriktiver Geldpolitik und Haushaltskonsolidierung. Das Kapital soll mit Steuererleichterungen zu Investitionen ermuntert werden. Fast alles könnte auch Lothar Spät unterschreiben.

Eine schärfere Polarisierung wäre nur zu erwarten, wenn das Kapital aufgrund der ,,Weltmarktzwänge'' auf eine härtere Gangart drängt und die neoklassischen, brutalen Konzepte der FDP und heute minoritärer Teile der CDU eindeutig favorisiert. Eine solche schärfere Option hält sich die Bourgeoisie offen. Gerade deshalb setzt sie für 1987 nach wie vor auf die CDU/FDP-Regierung. Derzeit jedoch wird in der Haupttendenz eine Modernisierungsstrategie betrieben, die den bestehenden ,,sozialen Frieden'' nicht aufkündigt. Damit ist der Spielraum für die SPD nicht groß.

Auch SPD und Gewerkschaften setzen wie schon unter Schmidt auf Weltmarktorientierung und Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft, statt mehr binnenwirtschaftlicher Nachfragesteuerung. Die im Verlaufe der siebziger Jahre aufgrund struktureller Veränderungen auf dem Weltmarkt erfolgte Internationalisierung der Waren- und Kapitalmärkte

fähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft, statt mehr binnenwirtschaftlicher Nachfragesteuerung. Die im Verlaufe der siebziger Jahre aufgrund struktureller Veränderungen auf dem Weltmarkt erfolgte Internationalisierung der Waren- und Kapitalmärkte

hat die Spielräume nationaler Wirtschaftspolitik zunehmend verengt. Der Zwang zu erhöhter Konkurrenzfähigkeit ist immanenter Bestandteil solcher Weltmarktorientierung. Stützen können sich die staatstragenden Parteien der BRD auf eine breite Zustimmung für diese Politik in der Bevölkerung und der Arbeiterklasse. Der DGB hat die Exportstrategien des Kapitals — anders als Gewerkschaften in Frankreich oder Italien, die aufgrund geringerer Konkurrenzfähigkeit ,,ihrer'' Kapitale Importschranken fordern — voll mitgetragen, weil Teile seiner Klientel davon profitierten.

Der sozialdemokratische Wirtschaftsprogrammentwurf schwimmt bei seiner Exportorientierung mit dem Strom von Konservativen und Kapital.

D./ Westberlin

Anmerkungen

1) Die Besonderheit des BRD-Imperialismus im Vergleich zu allen anderen imperialistischen Ländern besteht in einer extrem hohen Exportorientierung; rund 30% des Bruttosozialprodukts werden jährlich ausgeführt (Zum Vergleich: Frankreich liegt bei etwa 15%, die USA bei 8%).

2) Nur 1978/79 wurde diese Politik durchbrochen und kurzfristig ein letztes Mal auf ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 13 Mrd. DM umgeschaltet, was einen Beschäftigunseffekt von ca. 160.000 Arbeitsplätze brachte. Dieses ZIP-Programm war jedoch nicht einmal in der Lage, die zuvor durch die Haushalts-Konsolidierungspolitik ausgelösten Arbeitsplatzvernichtungen zu kompensieren.

3) V. Hauff/W. Schrapf, Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik, Frankfurt/Main, 1975. Dieses Buch sei zur Lektüre empfohlen, weil der SPD-Programmentwurf 10 Jahre später in wesentlichen Zügen den Vorstellungen von Hauff/Scharpf folgt.

4) Unter „Wertschöpfung" wird die Gesamtheit aller Einkommen (Löhne, Gehälter, Gewinne, Zinseinnahmen usw.) verstanden, die bei der Produktion und dem Absatz von Waren oder Dienstleistungen anfallen.

»Ihr habt die naive Träumerei von der perfekten Defensivstruktur als Lösung des Friedensproblems«

Alfred Mechtersheimer über NATO-Austritt, 'alternative Verteidigung' und SDI-Kampagne

Alfred Mechtersheimer und Gert Bastian, der eine ehemaliger CSU-Wehrpolitiker und Oberstleutnant der Reserve, der andere ehemaliger Bundeswehr-General, zählten zu den ersten ,,Promis'' der jüngeren Friedensbewegung. Doch während es Bastian nie gelang, über seinen ,,militärischen Schatten,, zu springen, ging und geht Mechtersheimer in zunehmendem Maße auf Distanz zum Militärischen.

Mechtersheimer, ehemals selbst Protagonist ,,alternativer'' ,,Verteidungs''modelle, profiliert sich derweil als dezidierter Kritiker einer ,,Friedenssicherung mit militärischen Mitteln''.

Was wir an Mechtersheimer so schätzen gelernt haben, ist, daß es sich bei ihm um einen ausgesprochen klugen, unorthodoxen, aufgeschlossenen Kopf handelt, immer bereit, seine Positionen mit der Realität zu konfrontieren und gegebenenfalls zu ändern bzw. weiter zu entwickeln. Eine Eigenschaft, die man bei dem ,,General'', der immer ,,der General'' blieb, bislang vermißte.

Während Bastian im Herbst 1984 gegen die Manöverbehinderungen durch einen Teil der Friedensbewegung polemisierte, erklärte sich Mechtersheimer mit dem umstrittenen Anliegen und den Akteuren solidarisch. Und Mechtersheimer zählte auch zu den ersten prominenten Unterstützern der Aktivitäten gegen den Weltwirtschaftsgipfel im Mai dieses Jahres.

Ein nicht unwesentlicher Teil der Auffassungen Mechtersheimers findet allerdings nicht unsere Zustimmung. Weder seine teilweise opportunistisch anmutende Herangehensweise an die NATO-Frage (wo wir ihm allerdings Entwicklungsfähigkeit unterstellen), noch seine Vision von der ,,wiedervereinigten Kulturnation Europa'', die wir eher als etwas schrullig empfinden.

Und dennoch: Seine erfrischenden Ausführungen zur ,,alternativen Verteidigung'' haben uns schlicht vom Hocker gerissen. Vielleicht war dabei auch ein wenig Schadenfreude mit im Spiel, wurden doch die diesbezüglichen Erwartungen eines nicht unwesentlichen Teils seines Publikums enttäuscht. Aber gerade diese Bereitschaft, sich mit seiner ,,Klientel'' auch anzulegen, macht den Mann so sympathisch.

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einer Veranstaltung mit Mechtersheimer, die Mitte November in Dortmund über die Bühne ging. Die Wiedergabe konzentriert und beschränkt sich dabei auf seine Ausführungen zur ,,NATO-Frage'', zur ,,alternativen Verteidigung'' und zu SDI.

Mechtersheimer ist z.Zt. Leiter des Instituts für Friedenspolitik sowie ranghöchster Kriegsdienstverweigerer der BRD. Letzteres unterscheidet ihn wieder vom ,,General'', der erst kürzlich wieder unangenehm auffiel, als er der Bundeswehr — aus Anlaß ihres 30. Geburtstages — militärpolitische Legitimität und einen demokratischen Charakter attestierte.

we/dsm

Mechtersheimer: Ich habe an vielen Stellen erklärt, wie ich mir ,,Resouve-
hat, in Noten an die Westmächte, daß sie (die SU) und andere Staaten, die
we/dsm

Mechtersheimer: Ich habe an vielen Stellen erklärt, wie ich mir ,,Resouveränisierung'' vorstelle, es ist eine qualitative Souveränisierung, die sich dadurch auszeichnet, (...) daß auf gewisse Attribute von Staatlichkeit und hier insbesondere im Bereich von Rüstung verzichtet wird. Es geht z.B. darum, daß die von Ihnen erwähnten WEU-Beschränkungen, die aufgehoben worden sind, in Form eines freiwilligen Verzichtes — dann eben nicht nur der BRD — sondern aller Staaten, die man sich in der Form einer mitteleuropäischen Friedensunion vorstellen könnte, derartige Verpflichtungen übernehmen. Wichtig ist dabei, daß das nicht als Diktat von außen zum Instrument von Herrschaft eines Staates über einen anderen gemacht wird, sondern daß das (...) als politischer Willensakt aus dem Land heraus selbst entsteht. Das heißt z.B. Verzicht auf Panzer, Verzicht auf Flugzeuge als erster Schritt, um diese neue Qualität von Souveränisierung sichtbar zu machen. (...) Um eine von den USA unabhänige Politik — z.B. auch gegenüber der Dritten Welt oder insbesondere im Bereich von Rüstung — machen zu können, wenn man das in Bonn will, braucht diese Politik einen Handlungsspielraum. Und dieser Handlungsspielraum ist nur im Zusammenhang mit Unabhänigkeit und Selbstbestimmungsrecht verwirklichungsfähig, und nicht unter den Bedingungen von Diktat, Einpassung und Unterordnung. Sie berühren allerdings ein grundsätzliches Dilemma, das sich jedem stellt, der alternative Politik vorschlägt, daß möglicherweise ein Schritt begonnen wird, der vom politischen Gegner aufgegriffen und mißbraucht wird. Das ist das Problem, wie es sich immer stellt. Sie haben nur eine Alternative dazu, nämlich alles so zu lassen wie es ist.

NATO-Austritt

Zur Frage des NATO-Austritts, das habe ich immer wieder gesagt, wir wissen, die Militärstrukturen sind keine Instrumente des Friedens. Da kann an meiner Position überhaupt kein Zweifel sein, die Bündnisse müssen abgeschafft werden. Nur ist es ganz hilfreich, sich daran zu erinnern, daß die SU, am Vorabend dieser Grundsatzentscheidung über die Westintegration Deutschlands, selbst vorgeschlagen hat, in Noten an die Westmächte, daß sie (die SU) und andere Staaten, die dann später in den Warschauer Pakt gegangen sind bzw. gegangen wurden, Mitglieder der NATO werden. Das hört sich merkwürdig an, aber das ist eine interessante Perspektive und durchaus vereinbar mit dem Text des NATO-Vertrags. Man könnte nämlich aus dem NATO-Vertrag, ohne daß man ihn im Text ändern muß, ein Instrument kollektiver Sicherheit für den größten Teil Europas einschließlich Nordamerikas machen. Und nicht zwei Bündnisse, die kollektive Verteidungsorganisationen sind. Eine ganz interessante Perspektive, deswegen muß man nicht mit aller politischen Energie — ich würde das als Verschwendung bezeichnen — gegen den NATO-Vertrag selbst vorgehen, der hat keinen automatischen militärischen Beistand zum Inhalt (...). Was schmerzt, was unerträglich ist, was Ausbeutung ist, das ist diese hohe Konzentration von militärischen Einrichtungen auf dem Gebiet der BRD. Wobei ich Ihnen zustimme, zu sagen, Abbau dieser Militärintegration, aber auch darüber hinaus: Wir haben sehr viele rein amerikanische Militäreinrichtungen auf dem Boden der BRD (...)

„Soziale" und „alternative" Verteidigung

Ich persönlich bin kein Anhänger der sozialen Verteidigung, weil ich grundsätzlich kein Anhänger der Suche nach perfekten Formen von Abwehr bin. Denn wer sich darauf vorbereitet — und das tun sie ja auch bei der sozialen Verteidigung, emotional, ideologisch — der braucht dazu immer einen angriffsbereiten Gegner. Im Übrigen geht es darum, den Waffeneinsatz zu verhindern, nicht darum, dort wo er geschieht, ihn möglichst schnell zu parieren. Ich glaube nicht, daß sich die USA durch eine soziale Verteidigung davon abhalten lassen würden, in die BRD einzumarschieren, wenn sie glaubt, dies tun zu müssen, um die BRD vor sowjetischer Intervention zu schützen. Man sollte die Sache auch 'mal so rum diskutieren. (...)

Ich halte soziale Verteidigung als Form des gewaltlosen Widerstands und um Minderheitsinteressen durchzusetzen — innerhalb eines jeden Staates — für eine demokratische Selbstverständlichkeit, aber als Alternative zur Landesverteidigung, dafür kann ich mich nicht begeistern. (...)

Ich bin der Auffassung, daß man Abrüstung betreiben soll, keine Umrüstung. Es geht darum, der Rüstung, die da ist, die Lebensbedingungen zu rauben. Wenn sie ein ,,Freeze'' im Verteidigungshaushalt machen, einen finanziellen ,,Freeze'', nehmen sie der Rüstung die Bedingungen, die sie braucht, um auf dem bisherigen Stand zu bleiben, da die Preissteigerungsraten im Bereich von Rüstung immer höher sind, als im sonstigen wirtschaftlichen Bereich. Man kann durchaus mit einer zehnprozentigen Reduktion an diese Rüstung herangehen, dann haben Sie diesen Prozeß in Gang gesetzt.

Die Frage, wie schnell das dann weitergeht, das kann man dann ja abhängig machen auch von Verhandlungen und den konkreten Konstellationen, so daß man wirklich reduziert, aber keine neuen Schleusen öffnet und beispielsweise mit defensiver Verteidigungsstruktur neue Strukuren, Konzentrationen entlang der Grenze aufbaut. Lesen Sie mal nach was der Oberstleutnant Hannig beispielsweise vorschlägt an Abwehrfähigkeit, der will nämlich diesen ,,Fleischwolf'' an der Grenze organisieren. Da wird mit so viel moderner, präziser Waffentechnologie in einen kleinen Streifen entlang der Grenze hineingefeuert, daß die Zerstörungen, die dort eintreten, sich nicht mehr grundsätzlich von den Zerstörungen durch Nuklearwaffen unterscheidet. Ich frage mich, wo da die neue Qualität ist (...) Ich warne davor, nur weil es konventionelle Waffen sind, zu sagen, derartige Defensivstrukturen sind wesentlich besser. Die haben natürlich den Vorteil, daß der Gegner sich herausgefordert fühlt, deswegen kann man dann ja auch auf Panzer verzichten (...).

In der SU findet das Konzept keine Zustimmung, weder für die eigene Seite, noch für die Seite der NATO. Mir haben sehr früh schon sowjetische Generäle gesagt, ,,wir haben die Option eines schnellen Vormarsches auf das NATO-Gebiet''. Das weiß man, das wird geübt, das steht in all den Vor-

neräle gesagt, ,,wir haben die Option eines schnellen Vormarsches auf das NATO-Gebiet''. Das weiß man, das wird geübt, das steht in all den Vor-

schriften. Die sowjetischen Divisionen, die neunzehneinhalb in der DDR und die sechs NVA-Divisionen, sind nicht ausgerichtet auf Verteidigung auf dem Gebiet der DDR. Sie sind vorbereitet, logistisch — wenn auch sehr unzulänglich — aber prinzipiell organisiert, so trainiert, nach vorne angreifen zu können: Panzerkrieg, Bewegungskrieg. Historisch verständlich, aufgrund dessen, was im Zweiten Weltkrieg passiert ist. Ich diskutiere die Frage von Angriff und Gegenangriff nicht, weil es dann immer ja Ideologie ist. Jeder wird von sich behaupten, daß sein Angriff Gegenangriff sei. Es kommt zum Krieg, und der beginnt dadurch, daß eine Militärkolonne der Amerikaner — die auf dem Weg nach Berlin ist — in Helmstedt aufgehalten wird. Und dann gibt es einen Zwischenfall. Dann marschiert hier ein Panzer hin und dort schießt einer, ich weiß nicht, wo da der Angriff ist. Es gibt Kampf, Krieg. Dies ist die wahrscheinlichste Form des Kriegsbeginns, nicht der schlagartige Überfall der einen Seite auf die andere. Das Überschwappen von Konflikten aus dem Nahen Osten auf diese militärisch vollgestopfte Region. (...) Ich will nur meine Skepsis gegenüber dieser wilden Begeisterung, wie sie merkwürdigerweise meine Kollegen von mir in der Friedensforschung neuerdings entwickeln, effektive Defensivstrukturen zu schaffen, zum Ausdruck bringen. Die MBB-Leute (Messerschmidt-Bülkow-Blohm) sind mit dabei. Es gibt gemeinsame Arbeitsgruppen zwischen Friedensforschungskollegen und der Rüstungsindustrie. Die freuen sich natürlich über jede Verbesserung der Leistungsfähigkeit von Waffen — ,,fire and forget'' wie das heißt, dafür begeistern sich sogar Pazifisten, ich bin da immer wieder ganz erschüttert. Man begreift nicht, daß dasselbe Profitinteresse, derselbe Technologiewahn, auch der sogenannten defensiven Rüstungskomponente innewohnt. Wer eine defensive Bundeswehr schaffen will und nicht die Amerikaner aus dem Land rausschmeißt, der sorgt nur dafür, daß diese amerikanischen Divisionen besser angreifen können, denn die brauchen unbedingt für Angriffsverbände Verteidigungswaffen, da sie mehr offene Flanken schützen müssen, als wenn sie eine Verteidigung auf einer Linie machen würden. Es wird oft übersehen, daß in Verbindung mit dem ,,Rogers-Plan'' eine Bundeswehr durchaus noch defensiver stärker gerüstet sein kann, ohne daß sich dadurch irgendetwas verbessern würde, im Gegenteil, die Situation verschlimmert sich damit noch.

(...) Sicher, die nächste Panzergeneration kann man vergessen, muß man vergessen nach diesem Denken (,,Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit'' etc.). Weil sich in dieser Panzerwaffe alles mögliche eben akkumuliert, aber nicht irgendeine Form von Landesverteidigung. Sondern da akkumuliert sich Technologieinteresse, rüstungsindustrielle Interessen, politische Interessen ... Wenn zu entscheiden ist — im nächsten Haushalt —, was macht man mit den Forderungen der Hardthöhe, dann kann man genau darüber reden, nach dem Maßstab, was ist politisch verträglich, was ist politisch unverträglich. Tornado ist politisch unverträglich, alle Nuklearträgersysteme sind politisch unverträglich, bis du die aber alle weg hast, hast du zehn Jahre zu tun. Du brauchst keine Energie aufzuwenden, um eine ideale Bundeswehrstruktur zu schaffen, du mußt diesen Mistkram Stück für Stück — an der gefährlichsten Stelle beginnend — abhaken und nicht eine neue, phantastische Verteidigungsstruktur aufbauen



... Ich werde das mit aller Enegie — auch in der Friedensbewegung vertreten — und ich bin sicher, das dauert drei bis vier Jahre, da wird man sich an den Kopf fassen und sich fragen, was haben wir da für ein Übergangsstadium gehabt ... Das sind ja Essener Beschlüsse der SPD ... Die muß natürlich als Partei, die sich mausert, von einer NATO-Partei zu einer Partei europäischer Eigenständigkeit, über die Krücke ,,defensive Verteidigung'' gehen. Wir alle sind wahrscheinlich darüber gegangen, ich auch. Da kann man nämlich politisch alles beim Alten lassen, und ändert nur so ein bißchen am Militärischen herum. Da kann man umrüsten, ohne umdenken zu müssen. Das ist durchaus möglich, viele Leute machen das so. Löser z.B. hat das alte Feindbild, hat die alte Feindbedrohung. Wo ist da die neue Qualität, wenn ich nur mit anderen Mitteln — mit effektiver Defensivität — mit Bezug auf deutsche Überlegenheit bei der Technologie und den Panzerabwehrwaffen die alte sowjetische Bedrohungsvorstellung militärisch auffangen will.

Wie dargestellt, hat die SU die Option, vorzudringen. Wenn daran etwas geändert wird, durch eine bisher nicht gegebene defensive Abwehrfähigkeit *(durch verstärkte Konzentration der NATO auf Panzerabwehrwaffen; Anm. we/dsm)*, ändert dies die Optionskonstellation für die SU, die mit einer verstärkten Panzerrüstung antworten wird. Das nennt man im Allgemeinen ,,Wettrüsten''.

Zwischenruf: ***Sie kann doch auch auf defensive Verteidigung übergehen ...***

Kann sie nicht, kann sie in absehbarer Zeit bei ihrer Interessenlage nicht. Die kann doch nicht mit Panzerabwehrwaffen ihren Herrschaftsbereich in Osteuropa sichern ... Da haben die Panzer doch eine ganz andere Funktion, das muß ich doch sehen ... Und dann gibt es nur noch ein Argument der Leute, die diese Defensiveuphorien haben, und zwar: ,,Das hält die SU nicht durch.'' Dann ist man genau auf der Ebene von Herrn Rogers, der sagt, wir rüsten solange, bis die einfach ökonomisch nicht mehr alles können. Es muß doch irgenwie irgendjemandem mal zu denken geben, daß es Forschungsanträge gibt, wo drin steht, wir wollen ein Konzept anstreben, das irgendwo zwischen Afhelt-Konzept und Rogers-Plan liegt ... Anträge bei der DFG liegen auf dem Tisch, das wißt ihr alle nicht ... Ihr habt diese blinde, naive, zivilistische Träumerei von einer effektiven, perfekten Defensivstruktur als Lösung des Friedensproblems. Ist es definitiv nicht!

Du kannst doch nicht Blocküberwindung praktizieren und entlang der Grenze so eine Art ,,Fleischwolf'' installieren. Ich habe mit dem Bülow darüber diskutiert, da sagt er, ,,so habe ich das aber nicht gemeint''. Die Konzentration ,,vorne'', die alle Pläne enthalten, was Löser, Hannig, auch Afhelt vertreten müssen, wenn sie sich selbst treu bleiben, das wollt ihr natürlich alle nicht ... Da denke ich manchmal schon an das Argument von Baudissin, den ich ansonsten nicht unbedingt als Kronzeugen verwende: wer in diesen Kategorien der Abwehrfähigkeit und des Angriffs denkt, der denkt natürlich auch in Kriegsführungskategorien. Und das hat uns gerade noch gefehlt: von oben die nukleare Kriegsführungsfähigkeit der USA, die auf uns einregnet, und wir von unten — in einem falsch verstandenen Alternativdenken — Kriegsführungsfähigkeit im konventionellen Bereich. Was Schlimmeres kann uns eigentlich gar nicht passieren. Wieso ist das kein Krieg, wenn da angegriffen wird und Menschen umgebracht werden! (...) Wieso wird kein Krieg geführt, wenn behauptet wird, ja dies ist defensiv und dies ist Angriff? Das hat es immer gegeben. Es gab immer — egal mit welchen Waffen — Konstellationen, wo einer auf eigenem Gebiet abgewehrt hat ... Ist doch trotzdem Krieg ... ist doch Massenvernichtung ... Militär ist doch ein Instrument von Konfliktaustragung, das wir überwinden wollen, dann können wir es doch nicht verbessern. Wir brauchen doch eine grundsätzliche Allergie zu dem Instrument Militär.

Strategie des „zivilen Ungehorsams"

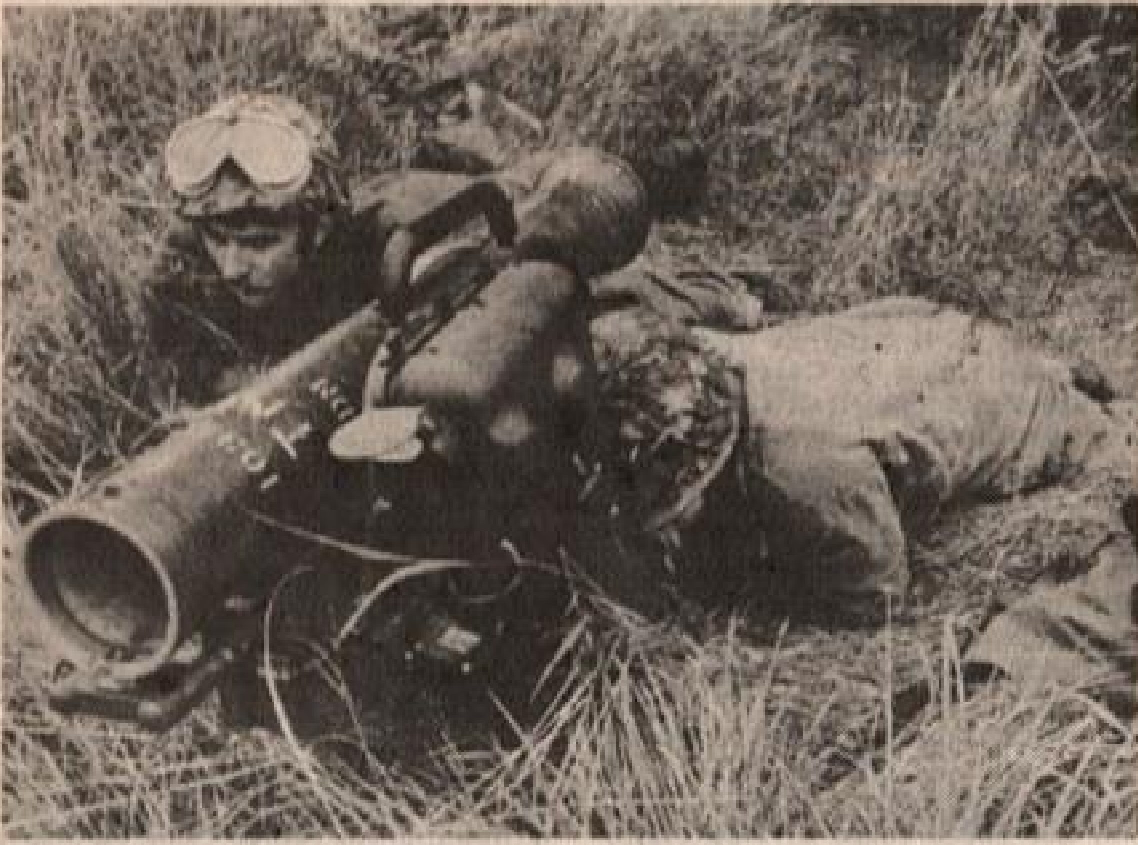
Strategie des „zivilen Ungehorsams"

Ich habe mich selbst an diesen Kampfformen des zivilen Ungehorsams beteiligt, ich habe dies allerdings nicht getan in der Annahme, auf diese Weise die Stationierung der Pershing II verhindern zu können. Ich habe gewußt, daß die Reaktion der Herrschenden eine Beschleunigung des Aufrüstungsprozesses sein würde. Das ist ja auch eingetreten, die 108 Raketen stehen da, ursprünglich waren dafür zwei Jahre vorgesehen. Wenn man Angst hat, da könnte doch noch was unsicher werden, lautet die Reaktion, mit Härte dagegen. So machen dies die Herrschenden, wenn sie herausgefordert werden. Derartige Maßnahmen des Widerstands haben nur die Aufgabe, Bewußtwerdungsprozesse auszulösen, nicht die Raketen selbst zu verhindern, das geht auf diese Weise nicht. Wenn Sie grundsätzlich ja sagen zu diesem System und seinen Willensbildungsmechanismen, dann müssen Sie ja sagen zu der Veränderung über die Wahlen. Ich sage noch ja dazu, das ist der einzige Weg, der mir bleibt. Wie ich jedoch dies in zehn Jahren beurteile, wenn man immer wieder und wieder versucht dem Bürger klarzumachen, daß er über seinen Stimmzettel zumindest Voraussetzungen schaffen muß, daß da die Wende wirklich stattfindet (weg von der Konfrontation der Aufrüstungspolitik, weg von der europäischen Teilungspolitik), weiß ich noch nicht zu sagen. (...) Momentan sehe ich noch keinen Grund, aufzuhören mit der Hoffnung, daß sich eine politische Veränderung auch im politischen Stimmbürgerverhalten ausdrückt. (...) Die Friedensbewegung muß — neben vielem anderen — auch Wählerinitiative sein. Sie muß versuchen ihr Stimmpotential, das sie hat, möglichst geschlossen als Instrument in die Waagschale zu werfen.

SDI

Es ist richtig, daß hinter SDI massive ökonomische Interessen stehen, doch sind die mit SDI verbundenen ökonomischen Interessen der USA zumindest teilweise entgegen gerichtet zu denen der deutschen Industrie, japanischen Industrie, westeuropäischen Industrie.

Fortsetzung nächste Seite



„Verteidigung alternativ"? Bundeswehr-Panzerabwehrwaffe Milan

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Young-Bericht, der im Januar dieses Jahres vorgelegt wurde und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie zum Thema hat. Dabei wird festgestellt, daß sich dort erhebliche Lücken auftun, nur als kleine Illustration: Die USA bauen ja diesen ,,Stealth''-Bomber, der durch Radarstrahlen nicht mehr entdeckt werden kann, da er diese absorbiert anstatt reflektiert. Dazu benötigt man sehr fortschrittliche Werkstoffe, die USA brauchen diese für die Rüstung, aber die US-Industrie kann diese Werkstoffe selbst nicht mehr herstellen, die werden von Mitsubishi geliefert. Das bedeutet, daß die USA in ihrem rüstungstechnischen Anspruch Leistungen verlangt, die die eigene Industrie nicht mehr liefern kann. Hier soll SDI, durch die Kooperation mit anderen verbündeten Staaten, die Wettbewerbsfähigkeit der USA gegen die BRD, gegen Japan stärken. Der Verweis auf die ökonomische Relevanz ist ein Hinweis auf die tendenzielle Konfliktträchtigkeit des Themas (...).

Zwischenfrage: ,,Ich habe vom Ärztekongreß gehört, sie hätten gesagt, SDI wäre nicht mehr zu verhindern. Sind diese ökonomischen Widersprüche nicht vielleicht ein Ansatzpunkt, um SDI doch zu verhindern? Führt das nicht zu Resignation, wenn als einzige Meldung vom Ärztekongreß in den
nicht zu Resignation, wenn als einzige Meldung vom Ärztekongreß in den
Medien 'rüberkommt, SDI sei nicht mehr zu verhindern?''

Die USA werden, weil SDI nicht nur ein ökonomisches, nicht nur ein militärisches, nicht nur ein patriotisches Programm ist, von SDI nicht mehr herunterkommen. Das ist die massivste Machtkonzentration, die es in den USA bezüglich eines Großtechnologieprojektes je gegeben hat. Das geht weit über ,,Manhattan'' *(gemeint ist das A-Bomben-Projekt, Anm. we/dsm)* hinaus. Ich kenne weitgehend die Struktur der Interessen, die hinter SDI stehen, und deswegen — ich kann ja nicht immer nur auf Effekt hin argumentieren — komme ich zu dem Ergebnis: SDI ist nicht zu verhindern. Was verhindert werden kann, und was Thema ist, ist die Form, wie sich die Verbündeten der USA zu SDI stellen. Und daran wird sich nämlich entscheiden, wie sich dieses SDI-Programm zu einem Instrument zur Vorherrschaft der USA eignet oder nicht. Denn nur mit den nationalen Ressourcen werden die eigentlichen Ziele — sozusagen Ressourcen, auch personelles Know how aus der ganzen Welt in die USA zu locken — nicht so leicht zu erreichen sein. Deshalb hat es einen Sinn, wenn Naturwissenschaftler, wie dies jetzt immer wieder geschieht (...), erklären, wir machen bei SDI nicht mit. (...) Wir müssen von nationaler Seite aus Verweigerungspolitik betreiben, aber wohl wissend, daß in den USA dieses Programm auf jeden Fall kommt.

(...) Es gibt keine Chance, einen absolut sicheren Schirm gegen strategische Offensivwaffen zu schaffen. Eine einzige Rakete mit Megatonnen-Sprengkopf auf das Regierungszentrum in Washington würde schon einen unakzeptablen Schaden anrichten, würde völlig ausreichen. Es ist völlig absurd davon auszugehen, daß es gelingt, diese ,,Sicherheit'' zu schaffen. Zudem können sie nichts ausrichten gegen Cruise Missiles, sie sind dazu in der Lage, einen Plutoniumsprengkopf zu tragen mit einer Sprengkraft in Megatonnen-Größenordnung, selbst die ,,Tomahawk'' kann das machen, sogar mit MIRV neuerdings. Von daher gibt es überhaupt keine Chance, den Anspruch, den das Programm hat, militärisch in der Praxis einzulösen. Dies ist ja der Grund warum ich sage, darin kann nicht die Haupttriebkraft liegen für diese forcierte Entwicklung von SDI.

(...) Natürlich gelingt es auf diese Weise einen ohnehin vorhandenen Prozeß der Erstschlagsfähigkeit weiter voranzutreiben und mit einem symphatischen Mäntelchen zuzudecken. Insbesondere deswegen, weil ja im Bereich der orbitalen Rüstung Offensivkomponenten geschaffen werden, als hervorragende Ergänzungen der neuen und bereits vorhandenen Angriffskapazitäten. (...) Das Ganze verschiebt sich in Richtung Kriegsführungsfähigkeit, die natürlich immer auch den Schutz vor der Wirkung des Gegners braucht. Nur das Militärische ist sicherlich nicht so wichtig, weil das ganz schnell durch sowjetische Entwicklungen wieder entwertet werden kann. Deswegen überlegt man in den USA ja heute schon die Antworten auf die Gegenantworten der SU auf SDI, wieder einmal eine ganz schlimme Normalität des Rüstungswettlaufs. An der Grundthese, daß SDI vor allem ein ökonomisch motiviertes Unterfangen ist, möchte ich grundsätzlich nichts zurücknehmen. Die Nebenwirkungen sind enorm für diesen Bereich, sie sind es insbesondere deswegen — und das ist die eigentliche militärische Funktion von SDI —, um
deswegen — und das ist die eigentliche militärische Funktion von SDI —, um
außerhalb der USA riskanter mit dem eigenen Potential und dem der Alliierten umgehen zu können, weil die Gefahr des Überschwappens auf den US-Kontinent zwar nicht 100%ig verhindert wird, aber doch deutlich verringert wird mit jeder neuen Technologie von Abwehr. Insbesondere in der relativen Position zur Sowjetunion. Und das ist die große Gefahr und der Zusammenhang auch mit airland-battle. Durch diese neue Kategorie von Rüstung wird sich die Risikobereitschaft — nicht nur in Europa, sondern überall auf der Welt — so erhöhen, daß wir bald noch mehr mit örtlichen Kriegen — z.B. im Golf — rechnen müssen.

Wenn die Bundesregierung sich so verhalten würde wie die dänische, die holländische und die norwegische, die ja alle schon nein gesagt haben zu SDI, würde überhaupt nichts passieren. Es gibt z.Zt. ohnenhin nur zwei Regierungen, die da mitmachen, das sind die britische und die deutsche. Alle anderen NATO-Regierungen kümmern sich um SDI überhaupt nicht. Wieso soll dann die NATO kaputtgehen, wenn die Bundesregierung nein sagen würde. Washington würde dann sagen, dann macht halt nicht mit, dann machen wir mit Dornier einen Vertrag und es gibt kein Rechtsmittel, mit dem man Dornier zwingen könnte, sich nicht mit einer US-Firma im SDI-Projekt zu verbinden. Ich verstehe nicht, warum Sie so dezidiert sagen, daß dann irgendetwas passieren würde, Sie kennen doch die Politik.

SDI, das haben die Amerikaner immer gesagt, ist ein nationales Programm (...)die Bundesregierung wird keinen Pfennig ausgeben für SDI, was sind das für Ängste? Bauen wir doch nicht so viel auf SDI, im Sinne dessen, was wir hier verändern wollen, gibt SDI nicht so viel her. Das ist ein amerikanisches Arroganzprogramm. Das ist keine Sache, wo eine Rakete in der BRD stationiert werden müßte, dazu benötigte man die Zustimmung der Bundesregierung oder erpreßt sie sich. Aber wir können sagen und machen was wir wollen, die machen dieses SDI-Programm.

NATO-Herbst 84 — Nachlese 85 oder Unterrichtsstunde in Klassenjustiz

Als ein um die Zukunft besorgter Bürger fuhr ich im September '84 zu den Natomanöverbehinderungen im Raum Hildesheim. Dort schloß ich mich mit meinem Motorrad einem Autokonvoi an, und wir tuckerten über die Dörfer auf der Suche nach dem Manöver, das wohl wegen der Demonstration auf Sparflamme lief.

Nach einigen kurzen Stops und Blockierungen erreichten wir Eldagsen, wo wir auch wieder eine kurze ,,Rast'' einlegten. Ich fuhr auf den Bürgersteig, um mir ein Flugblatt zu besorgen. In der Zwischenzeit fuhr unser Konvoi bereits weiter in Richtung Springe, allerdings stand auf der Gegenfahrbahn noch eine wartende Autoschlange, weil die herbeigeeilte Polizei den Verkehr blockierte. Ich fuhr also durch die wartenden Autos auf meine freie Fahrbahnseite und wollte hinter meinem Konvoi her. In diesem Moment scherte vor mir einer der wartenden PKW aus und wollte an der Schlange vorbeifahren. So kam es, daß wir Auge in Auge gegenüberstanden. Wir hatten beide angehalten, jedoch bevor wir uns irgendwie verständigen konnten, legte er den Gang ein und fuhr mich um und setzte sogar noch einmal auf das liegende Motorrad nach. Dem aufnehmenden Polizeibeamten erklärte ich, daß ich wohl auf eine Anzeige verzichten werde, da nichts passiert sei. Der PKW-Fahrer war mittlerweile sowieso weitergefahren, worauf der Polizist noch meinte: ,,Dann hat der ja eigentlich Fahrerflucht begangen!''

Bereits einen Monat später begann ich aus allen Wolken zu purzeln: Als erstes bekam ich einen Anhörungszettel über ein Bußgeldverfahren gegen mich (von dem später nie mehr die Rede war), da der Bulle so nebenbei festgestellt hatte, daß das Profil am Hinterrad abgefahren war. Schon da war mir klar, daß das gegen den Demonstranten gerichtet war und von höherer Stelle dirigiert, denn sonst hätte der Bulle an Ort und Stelle kassiert. Nachdem ich darauf nicht reagierte, bekam ich am 22.11.84 eine Anzeige wegen Nötigung im Straßenverkehr. Angezeigt hatte mich der PKW-Fahrer. Zu dem Zeitpunkt dachte ich noch, daß da nur etwas verwechselt worden sei. Eigentlich hätte ich aus den Erfahrungen von Brokdorf, Grohnde, Kalkar usw. es besser wissen müssen. Zum Glück nahm ich mir doch einen Anwalt.

Nachdem wir die Einstellung des Verfahrens gefordert hatten, bekam ich als erstes Angebot am 31.1.85 einen Strafbefehl über 530,- DM, denn ein Verfahren würde wesentlich teurer werden. Wir lehnten dankend ab und so kam es am 30. Mai 85 zum Prozeß im Amtsgericht Springe. Wie sich nun aber herausstellte, hatte der PKW-Fahrer nur ,,Anzeige gegen Unbekannt'' erstattet, da einige Demonstranten, als sie mir zu Hilfe eilten, sein Auto etwas verbeult hatten. Von höherer Stelle wurde dann nur anstelle von ,,Unbekannt'' mein Name eingesetzt, wohl um mir die Teilnahme an weiteren Demos zu vermiesen.

Im Prozeß waren nach meiner und der Aussage des PKW-Fahrers der Richter und der Staatsanwalt sich auffallend schnell einig, daß der Straftatbestand der Nötigung nicht aufrecht gehalten werden könnte und daß die Anhörung meiner fünf Zeugen nicht mehr notwendig sei. So blieb es denn auch allein dem Empfinden, nicht der Wahrheitsfindung, des Richters überlassen festzustellen, daß ich wenn schon keine Straftat so doch wenigstens eine Verkehrsordnungswidrigkeit begangen habe und dafür müsse er mich zu 60,- DM Buße verurteilen. Er war noch so scheißfreundlich, es unter 80,- DM zu machen, wegen der Punkte in Flensburg. Ich wollte schon frohlocken, als mein Anwalt mich über einen hinterhältigen Verfahrenstrick aufklärte.

Da die Verkehrsordnungswidrigkeit in Tateinheit mit dem Vorwurf der Straftat liegt, bleiben die Kosten eines angestrebten Strafverfahrens an mir hängen. Und wenn die Verurteilung in einem Strafverfahren unter 150,- DM liegt, ist noch nicht einmal eine Berufung möglich. Klassenjustiz wie sie leibt und lebt, was der Staatsanwalt durch gelegentliche Hetztiraden noch untermalte. Bleibt anzumerken, daß das Landgericht Hannover unserer Kostenbeschwerde stattgegeben hat, da ihm wohl das Vorgehen seines Provinzgerichts etwas zu haarig erschien. Dennoch hat mich diese Lektion ca. 700,- DM gekostet.

Trotz alldem — bis zum nächsten Mal.

U.S., Westberlin

Leserbrief, betr. AK 265
Aktionen zu 30 Jahren Bundeswehr

Betr.: AK Nr. 264, S. 9 Bericht „Lübeck"/Aktionen zum Bundeswehrgeburtstag

Hallo!
Euer Bericht ist falsch!
Die ,,örtlichen Autonomen'' waren das Lübecker Friedensplenum, bestehend aus mehreren Friedensgruppen, DKP, GEW, MLPD, AKAW (Arbeitskreis antiimperialistischer Widerstand) u.a.

Die geplante ,,kleine Aktion'' war die durchgeführte Demonstration, eine der größten Lübecks in den letzten Jahren.

Das ,,öffentliche Gelöbnis'' war ein großer Zapfenstreich. Die ,,550 Leute'' waren nach Angabe der Polizei!! 800-1.000 Personen. (LN, 14.11.85)

Der ,,fröhliche Umzug'' war ,,ein ohrenbetäubendes Lärm-Konzert mit Trillerpfeifen und Sirenen ...; das auch auf dem von etwa 3.500 Menschen besuchten Marktplatz deutlich zu hören war.'' (LN, 14.11.85)

Es war eine der größten und erfolgreichsten Demonstrationen bzw. Aktionen innerhalb der letzten Jahre für Lübeck.

Vielleicht solltet Ihr das nächste Mal Leute aus Lübeck — und nicht aus Kiel — befragen, wenn Ihr über Lübeck berichtet.

Z.B. Das Friedensplenum
2400 Lübeck
auf der Wallhalbinsel 27

Tschüß
J.K., Lübeck

Anmerkung des betroffenen Autors:
Das waren noch Zeiten, als wir direkt aus Lübeck solche Berichte bezogen. Aber auch so vielen Dank und Entschuldigung.
HH.

Abschiebung im Dienste der NATO

,,Der Erteilung eines Fremdenpasses an einen Angehörigen eines NATO-Staates, der dadurch seiner Wehrpflicht im Heimatland entzogen wird, stehen in jedem Fall erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland entgegen.'' Mit dieser auf NATO-Verpflichtungen hinweisenden Abschiebungsandrohung begann die Stadt Celle jetzt ein neues Kapitel bundesdeutscher Ausländerpolitik.

Die Ausländerbehörde der niedersächsischen Stadt verweigert dem seit 1976 in Celle lebenden türkischen Staatsangehörigen Ishak Akkaya die Erteilung eines Fremdenpasses. Akkaya, der seit fast neun Jahren mit einer deutschen Lehrerin verheiratet ist, soll — so das gemeinsame Ansinnen von Stadt Celle und türkischem Generalkonsulat — den Wehrdienst in der Türkei ableisten.

Ishak Akkaya reiste 1976 als Tourist in die BRD ein und erhielt nach seiner Heirat eine bis 1982 befristete Aufenthaltserlaubnis. Doch kaum hatten die faschistischen Generäle die Macht übernommen, wehte auch für die Arbeitsemigranten und Asylbewerber in der BRD ein anderer, rauher Wind. Ohne Angabe von Gründen lud man Ishak Akkaya im April 1981 ins ,,Generalkonsulat der türkischen Republik'' in Hannover und nahm ihm gegen seinen Protest den Nationalpaß weg, um — wie die Stadt Celle heute schreibt, und Akkaya später auch erfuhr — ,,die Ableistung seines Wehrdienstes in der Türkei zu gewährleisten.''

Die Stadt zeigte Verständnis für das Ansinnen der faschistischen Junta, die Wehrpflicht auch gegenüber im Ausland lebenden Türken durchzusetzen, und lehnte Ishak Akkayas Antrag auf Erteilung eines Fremdenpasses, der ihm den weiteren Aufenthalt in der BRD gestatten würde, ab. Es schloß sich ein Streit vor dem Verwaltungsgericht an, der vor einem Jahr mit einem Vergleich endete, in dem die Stadt aufgefordert wurde, ihren ablehnenden Bescheid zurückzunehmen.

Jetzt meint die Stadt, ein Türchen sei offen geblieben, habe man sich doch im Vergleich nur verpflichtet, ,,nach dem neusten Stand der Dinge ... neu zu entscheiden.' Der ,,neue'' Bescheid war dann am 19. November wieder ein ablehnender.

Die Abschiebungsandrohung wird mit der ,,Beeinträchtigung erheblicher Belange er Bundesrepublik Deutschland'' begründet. Worin diese Belange bestehen, zeigt eine weitere Passage aus der Abschiebungsandrohung: ,,Diese Belange ergeben sich aus Art. 3 des Nordatlantikvertrages, wonach die Vertragsstaaten verpflichtet sind, einzeln und gemeinsam durch ständige und wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung die eigene und gemeinsame Widerstandskraft gegen bewaffnete Angriffe zu erhalten und fortzuentwickeln. Die Interessen der Bundesrepublik Deutschland an der Fortdauer guter Beziehungen zu den Bündnispartnern und damit an der Erhaltung und Förderung der Kraft des Bündnisses sowie an der Vermeidung unerwünschter Gegenmaßnahmen sind bedeutend. Sie müssen auch in diesem Fall den Ausschlag zuungunsten des Bewerbers um einen Fremdenpaß geben.''

Der Ermessensspielraum, den die Ausländerbehörde auch in diesem Fall hätte, schrumpft bei Einbeziehung der ,,Sicherheitsinteressen'' des ,,freien'' Westens auf das Volumen einer Streichholzschachtel. Abschiebung im Dienste der NATO — anders läßt sich dieser Vorgang kaum beschreiben, der bislang wohl einmalig in der BRD ist.

Bei ,,deutschverheirateten Ausländern'' wäre allerdings u.a. von einer Abschiebung abzusehen, wenn ,,die Rückkehr des Ausländers in seinen Heimatstaat wegen drohender Sanktionen für die Nichterfüllung der Wehrpflicht zu einer derart langen Trennung der Familie führen würde, daß der Bestand der Ehe gefährdet wäre. Eine solche Gefährdung ist dann zu bejahen, wenn ein Ausländer mit einer Verlängerung seines zweijährigen Grundwehrdienstes auf vier bis fünf Jahre zu rechnen hat.'' Die Stadt Celle geht indes nicht davon aus, ,,daß die für Herrn Akkaya im ungünstigsten Fall zu erwartende Trennungszeit von 3 Jahren und 6 Monaten (Wehrdienst und Freiheitsstrafe, d.V.) zu einer Gefährdung der Ehe führt.''

,,Nicht zu berücksichtigen'' war bei ihrer Entscheidung, schreibt die Stadt Celle weiter, daß Ishak Akkaya seine Furcht vor politischer Verfolgung bei einer Rückkehr in die Türkei vorgebracht habe. Ishak Akkaya hat in Celle den kurdischen Arbeiterverein KKDK mit aufgebaut und war lange Zeit dessen Vorsitzender. Er hat sich nicht nur für die Interessen der jetzt in Celle lebenden türkischen und kurdischen Arbeitsemigranten und Asylbewerber engagiert, sondern hat sich auch für die Sache des von den türkischen Regierungen unterdrückten kurdischen Volkes eingesetzt. Letzteres wird in der Türkei mit Zuchthausstrafen verfolgt, und so ist zu befürchten, daß Ishak Akkaya bei einer Rückkehr in die Türkei, bevor er den Leopard II auch nur von außen sieht, im Knast landet. Die Stadt Celle antwortet auf diese Befürchtung nur lapidar, daß Ishak Akkaya nach wie vor die Möglichkeit habe, ,,die Furcht vor politischer Verfolgung in einem Asylverfahren ... vorzubringen.''

In Celle hat sich ein Solidaritätskomitee gebildet, das die Rücknahme der Abschiebungsandrohung und die sofortige Erteilung eines Fremdenpasses fordert. Dem Komitee gehören an: die GRÜNEN, Jusos, AWO, ASF, VVN-BdA, ai und KKDK; die lokale SPD hält sich zurück.

Die GRÜNEN im niedersächsischen Landtag haben zu der Abschiebungsandrohung eine Anfrage an die Landesregierung gerichtet.

R., AK-Leser aus Celle

Mehr Schule der Nation — weniger Schule

Kaum hatte das Bundesverfassungsgericht erklärt, der Zivildienst könne ruhig länger dauern als der Wehrdienst, da stehen schon wieder neue Maßnahmen zur Ausweitung des Wehrdienstes ins Haus. Der neueste Knüller ist die Verkürzung der Schul-„Dienst"-Zeit, damit die „Schule der Nation", die Bundeswehrzeit, umstandsloser ausgeweitet werden kann.

Ausweitung der Bundeswehr — ein Überblick

Bereits im Oktober 1984 (s. AK 261) hat die Bundesregierung ihren Fahrplan für die Ausweitung des Militärs festgelegt. Grundlage bildeten die Vorschläge der Langzeitkommission der Bundeswehr.
Danach sind geplant:
— „finanzielle Anreize" für Längerdienende
— Erhöhung des Freiwilligenanteils von 10 auf 12,8% (ab 1986)
— Verlängerung der Dienstzeit Freiwilliger von 7,4 auf 8,8 Jahre (im Durchschnitt)
— bis 1991 Abbau des „Verwendungsstaus", die Verrentung älterer Offiziere (ab 45 Jahre) zugunsten der Beförderung junger Offiziere. Erhöhung des „Kernbestands" von 84.000 auf 90.000 Mann bis 1995.
— Ab 1989 werden die Tauglichkeitskriterien herabgesetzt, Freistellung vom Wehrdienst für den Zivil- und Katastrophenschutz entfällt
— 1989 die Verlängerung des Wehrdienstes von 15 auf 18 Monate
— Erhöhung der Wehrübungsplätze um 15.000 bis zum Jahre 2000, gleichzeitige Erhöhung der Wehrübungen für Reservisten.
Nicht ausdrücklich erwähnt wird der Plan, die Bundeswehr ab 1995 eventuell durch 15.000 ‚freiwillige' Frauen aufzustocken.

Aktuelle Beschlüsse

Ende September gerieten sich FDP und CDU/CSU in die Haare, ob tatsächlich der Zivildienst grundsätzlich jeweils ein Drittel länger sein müsse als der Wehrdienst. Daß dies ein gleicher Dienst sei, wie es das Grundgesetz vorschreibt, hatte das Bundesverfassungsgericht bekanntlich vorher errechnet. Ganz ‚liberal' wollte sich die FDP mit 23 Monaten bescheiden. Die CDU/CSU ließ sich keinen Monat abhandeln, stimmte aber ganz unverbindlich zu, daß ab 1991 die Sache erneut geregelt werden müsse. Gleichzeitig vereinbarten die Koalitionspartner Regelungen zur Verschärfung der Einberufungspraxis (auch für Berlin- und Auslands-‚Flüchtige'), zum Ausbau der Wehrübungsplätze und zur Anwerbung Freiwilliger.

Ersatzdienste

Neben der Verlängerung des Zivildienstes von erst 16 auf 20 und dann 24 Monate sind auch andere anerkannte ‚Ersatzdienste' von Verschärfungen betroffen, Freistellungen sollen in Zukunft nur noch in „unumgänglichen Fällen" zugelassen werden.
— Wer vorzeitig aus dem Polizei- oder Entwicklungsdienst ausscheidet, wird wie die Zivil- und Katastrophenschützer einberufen (falls sie sich nicht vor dem 22. Lebensjahr verpflichtet haben).
— Wer mit einem Auslandsdienst „das Zusammenleben der Völker fördern will", kann freigestellt werden.
— Der Ersatzdienst wird im Kriegsfall unbefristet sein.
— Zeugen Jehovas dürfen ein „freies Arbeitsverhältnis" anstelle des Zivildienstes eingehen, wenn es mindestens 3 Jahre (bisher 2,5) dauert.

Verkürzung der Schule

Derzeit fordert die CDU, das 13. Schuljahr an den Oberschulen zur Hälfte zu streichen, damit die Verlängerung der Wehrdienstzeit nicht gleich ein ganzes Studiensemester später kostet. Der Penner von der SPD (ehemaliger Staatssekretär des Kriegsministeriums) schloß sich dem Vorschlag an. Inzwischen wird der Vorschlag Bayerns und der CDU-regierten Landeschefs favorisiert, der die Schulentlassung auf den 1. Juni und dann den Wehrpflichtigen am Schluß einen längeren ‚Urlaub' ermöglichen soll, damit sie das Semester nicht verpassen müssen. (taz, 9.12.85)
Als Rosine wird das Entlassungsgeld für Wehr- und Zivildienstleistende von 1.000 auf 5.000 DM erhöht, was inzwischen vom Bundesrat angenommen wurde (am 29.11.85). (FR, 30.11.85)

Weitere Vorstöße

Abgelehnt hat der Bundesrat den Plan, „die Wehrdienstausnahmen für Polizeivollzugsbeamte und die Freistellungsmöglichkeit für den Zivil- und Katastrophenschutz aufzuheben oder einzuschränken". Die „Innere Sicherheit" soll nicht leiden.
Mediziner haben sich inzwischen gefunden, die mit neuen „wissenschaftlichen" Erkenntnissen den Gesundheitszustand der Bevölkerung verbessert haben, so daß jetzt „medizinisch" auch 81,9 statt 76,5% eines Jahrgangs tauglich sein werden. Außerdem wird ein Dienst für weniger Taugliche eingeführt. („Ausbruch" NR. 22, Zeitung der SOdZDL)
Für den Militärdienst von Frauen machte sich BVG-Präsident Zeidler stark: Frauen würden „in den kommenden Jahrzehnten ihren gleichrangigen Anteil am Waffentragen, an der Gestaltung der bewaffneten Streitkräfte werden leisten müssen." Familienministerin Süßmuth will erst später daran, erst müsse man den Frauen bessere Chancen bei Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, beim Aufstieg und in politischen Ämtern einräumen, „erst (...) dann könne man zwei Jahrzehnte später auch noch einmal über die Gleichberechtigung bei der Bundeswehr sprechen." (FR, 25.11.85)
Mit „Teilzeitsoldaten, die gegen Bezahlung in ihrer Freizeit Reservisten ausbilden, der verstärkten Einberufung von ‚Gedienten' zu Wehrübungen und der Aufstellung von milizähnlichen Verbänden will die CDU/CSU sicherstellen, daß die Bundeswehr im Verteidigungsfall 1,34 Mio. qualifizierte Soldaten zur Verfügung hat." Die bisherige Kriegsstärke wird aufgrund des „Wartime-Host-Nation-Support" von bisher 1,2 Mio. entsprechend erhöht.

Proteste

„Es sei jetzt schon klar, daß der Wehrdienst im Jahr 2000 noch einmal um drei Monate verlängert werden müsse, wenn es bei der derzeitigen Bundeswehrstärke bleiben solle", erklärte Erwin Horn von der SPD (FR, 3.10.85)
„Wer es nicht im Kopf hat, der läßt länger dienen", meinte v. Bülow.
Die Grünen hatten sich ausgedacht, daß man mit einem Wehr- und Zivildienst von 12 Monaten auskommen könne. Sie forderten zudem die Abschaffung der Gewissensprüfung, einen tatsächlichen „sozialen Friedensdienst" und die Einstellung der Verfolgung von Totalverweigerern.
Die DFG-VK forderte die gleiche Dauer von Wehr- und Zivildienst. (taz,3.10.85)
Pastor Ulrich Finkh als ständiges demokratisches Gewissen der Kriegsdienstverweigerer, erklärte, daß die alte Argumentation zur Ausweitung des Zivildienstes nun absurd geworden sei, weil man beide Dienste verlängert habe. Er wiederholte seine Kritik an der fortbestehenden Gewissensprüfung, sowie der Irreführung der Öffentlichkeit durch die amtlichen Zahlen zu KDV-Anträgen. (Weser-Kurier, 10.10.85)
Am 22.10. fand in der staatlichen Zivildienstschule in Karlsruhe eine Protestaktion mit 100 Teilnehmern statt („Badische Neueste Nachrichten", 23.10.85)
Soweit, so wenig!

Antimilkommission Göttingen



Niederlande: Polizei überfällt antimilitaristische Untersuchungsgruppe

Am 19. November — auf den Tag genau ein Jahr nach dem aufsehenerregenden Einbruch von Onkruit in das Utrechter Büro des militärischen Geheimdienstes „Contra Inlichtingendienst", CID (1) — überfiel die „Groep Bijzondere Opdrachten", eine Spezialeinheit der niederländischen Kripo, das antimilitaristische Dokumentationszentrum AMOK in Utrecht. In Anwesenheit des Staatsanwalts wurde das Dokumentationszentrum sowie die darüber gelegene Wohnung eines AMOK-Mitarbeiters durchsucht.

Ein halber Lastwagen voll Archivmaterial wurde beschlagnahmt. Ein AMOK-Mitarbeiter, Roger Vleugels, wurde verhaftet. Ein im Dokumentationszentrum anwesender Radio-Journalist, Anne Boermans, wurde vorübergehend festgenommen.

Der dem Durchsuchungs- und Haftbefehl zugrunde liegende Verdacht lautete „Einbruch und Diebstahl in Vereinigung, Hehlerei und Veröffentlichung bzw. Besitz von Staatsgeheimnissen". Ein Polizeisprecher erklärte der Presse gegenüber, man habe heiße Informationen erhalten, daß bei AMOK geheime militärische Dokumente lägen. (2). Erst drei Tage später ließ die Polizei wissen, in den AMOK-Regalen habe man Original-Dokumente gefunden, die im April 1983 aus einem Kommandobunker für Zivilverteidigung in Noordwijk gestohlen worden waren. (3).

Staatsgeheimnis?

AMOK erklärte, mit dem Einbruch nichts zu tun zu haben. Die Dokumente habe man im Mai dieses Jahres von einem anonymen Absender erhalten. Es sei absurd, das Material nach der Veröffentlichung durch Onkruit, wogegen Polizei und Justiz übrigens nichts Sichtbares unternommen hatten (!), noch als „Staatsgeheimnisse" zu bezeichnen. Herman Pieter Bakker Schut, einer der Anwälte von AMOK, fügte hinzu, die Anschuldigung der Hehlerei sei eine „unsinnige Konstruktion", da Gewinnsucht überhaupt keine Rolle spiele.

Die liberale und sozialdemokratische Presse berichtete ausführlich und kritisch über die Polizei-Aktion („Vrij Nederland": „Die niederländischen Geheimdienste füllen ihre Karteikästen auf — Die politischen Gründe für den Überfall auf AMOK und die beunruhigenden Nebeneffekte"). Auch Radio und Fernsehen zeigten reges Interesse an der Affäre. Die rechten Medien verhielten sich — von wenigen Ausnahmen abgesehen — auffallend zurückhaltend.

Unter anderem durch die Verhöre von Roger Vleugels entstand der Eindruck, daß Polizei und Justiz vor allem auf der Suche nach den Tätern des CID-Einbruchs seien. CID-Materialien waren jedoch bei AMOK nicht gefunden worden.

Beschlagnahmt worden waren keineswegs nur die Noordwijker Dokumente. Das komplette Foto-Archiv von AMOK, Tausende von Zeitungsausschnitten, Protokolle von Parlamentsdebatten, Material über die künftige Cruise Missiles-Basis Woensdrecht, über sexuelle Gewalt in der Armee oder über Zivilverteidigung wurden ebenso eingesackt wie Kassetten mit Interviews, Notizbücher, externe und interne Korrespondenzen, die komplette Buchhaltung sowie die Abonnentenliste von AMOK. Es ging den „Sicherheitskräften" also keineswegs nur darum, „geheime Dokumente" sicherzustellen, sondern zumindest auch darum, sich einen genauen Einblick in die Arbeitsweise und das Kontaktfeld von AMOK zu verschaffen und die Arbeit der Gruppe zu sabotieren.

AMOK-Unterstützungskomitee

Das Wort „Amok" hat im Niederländischen die gleiche Bedeutung wie im Deutschen. Als Abkürzung AMOK steht es für Antimilitaristisches Untersuchungs-Kollektiv. Die Gruppe besteht seit Ende 1982. Gegründet wurde sie von ehemaligen Mitgliedern der im Dezember 1983 (4) aufgelösten radikalen Soldatenorganisation BVD. AMOK hat sich immer mehr zu einem zentralen Informations-Knotenpunkt der Antimil- und Friedensbewegung entwickelt. In der dreimonatlich erscheinenden gleichnamigen Zeitschrift des Kollektivs wurden seinerzeit Teile aus der CID-Beute von Onkruit publiziert. Im März dieses Jahres veröffentlichte AMOK Auszüge aus einem internen Geheimdienstbericht, den die Gruppe zugespielt bekommen hatte. Diese Veröffentlichungen führten seinerzeit nicht zu einem Eingreifen der Behörden, wohl aber zu einer Eildebatte im Parlament über die Machenschaften der Geheimdienste. AMOK übersetzte und veröffentlichte auch einen Teil der AK-Serie „Zwischen den Weltkriegen" sowie eine erweiterte Fassung des „Kleinen AK-Lexikons: Die niederländische Friedensbewegung".

Am 22. November wurde ein Unterstützungskomitee für AMOK gegründet, in dem ein paar Dutzend Gruppen, Organisationen, Institionen und die kleinen linken Parteien im Parlament (PSP, CPN, PPR, EVP) vertreten sind.

Gleich nach der Gründung gab das Komitee eine Presseerklärung heraus, in der die Operation gegen AMOK als Angriff auf die Friedensbewegung bezeichnet wurde, die sofortige Freilassung von Roger Vleugels, die sofortige Rückgabe des beschlagnahmten Materials und die Einhaltung des Rechts auf Informationsfreiheit gefordert wurden. Das Komitee ließ Zeitungsanzeigen drucken, organisierte finanzielle Unterstützung und will ein Schwarzbuch über die Affäre zusammenstellen und herausgeben.

Am 27. November schickten der Interkirchliche Friedensrat (IKV) und Pax Christi ein gemeinsames Protestschreiben an die Staatsanwaltschaft, in dem deren Vorgehen als „schwer übertrieben und panikartig" charakterisiert wurde. Die Anschuldigungen gegen AMOK seien zu vage. Für geheime Dokumente, die einmal in die Öffentlichkeit gelangt seien, müsse die Informationsfreiheit gelten. Die beiden kirchlichen Friedensorganisationen, die nicht im Unterstützungskomitee vertreten sind, forderten die Rückgabe „aller Materialien von AMOK, die nichts mit einer möglichen Straftat zu tun haben".

Der Vorstand der Niederländischen Vereinigung von Journalisten protestierte beim Justizminister gegen die Beschlagnahmung des halben AMOK-Archivs, was eine schwerwiegende Behinderung, „wenn nicht gar eine Stillegung eines Presseorgans" bedeute (5).

„Vergeltungsaktion" von Onkruit

Die linken Zeitungen Bluf! und Vredesaktiekrant machten eine gemeinsame Zeitung über AMOK, die in recht großer Auflage vertrieben wurde.

AMOK-Sympathisant/inn/en führten diverse geräuschvolle Protestaktionen vor dem Utrechter Polizeipräsidium durch, wo Roger Vleugels gefangengehalten und verhört wurde und wo seit dem 1. Dezember eine Reihe weiterer Antimilitarist/inn/en gefangengehalten wurden.

„Als Vergeltung für den Überfall auf AMOK" war Onkruit am 1. Dezember in Ijsselstein (gut zehn Kilometer südwestlich von Utrecht) am hellichten Tag in einen bis dahin geheimen Bunker mit einem Radio-Notsender eingebrochen. Die 52 Besetzer/inn/en, die nach einer halben Stunde den Bunker wieder verließen, wurden sämtlich festgenommen. Noch unklar ist, ob bei dem Einbruch Dokumente oder anderes Material entwendet wurden. AMOK bekundete — unter anderem in einer Erklärung an die Staatsanwaltschaft — Solidarität mit den Festgenommenen und der Bunker-Besetzung.

Am 4. Dezember, also nach fünfzehntägiger U-Haft, wurde Roger Vleugels freigelassen. Wenige Stunden später wurde er ausführlich im Fernsehen interviewt.

Am 5. Dezember wurden auch die 52 festgenommenen Besetzer/innen des Ijsselsteiner Notsenders freigelassen.

Härterer Kurs gegen die Friedensbewegung?

Hintergrund der Operation gegen AMOK dürfte in erster Linie der auf Seiten des Staates wachsende Frust darüber sein, daß es bisher nicht gelungen ist, die Täter der diversen Enthüllungs-Raubzüge von Onkruit und mittlerweile auch von anderen Gruppen zu fassen.

Im Januar 1982 wurden zwei renommierte Amsterdamer Buchhändler, die staatsgefährdende Onkruit-Publikationen in ihren Schaufenstern liegen hatten, festgenommen und verhört. Wenige Tage später wurde die öffentliche Ausstellung der von Onkruit im Mai 1981 beim Provinzial Militärkommando Amsterdam abgeholten Geheimdokumente von der Kripo beschlagnahmt. Außer einer Welle von Protesten, extra Publizität für die Ausstellung (Onkruit hatte eine Kopie davon bereits gehalten) und einem sprunghaften Ansteigen der Besucherzahlen hatte das Polizei-Eingreifen keine sichtbaren Ergebnisse. (6). Im Juni 1982 wurden vier Mitglieder der Soldatengewerkschaft VVDM unter der Beschuldigung, Geheimdokumente entwendet zu haben, verhaftet. (7). Zu einem Prozeß kam es nicht. Die Verhafteten wurden einer nach dem anderen wieder freigelassen und bekamen zum Teil sogar eine finanzielle Entschädigung vom Staat.

Vor allem seit dem Onkruit-Einbruch beim militärischen Geheimdienst CID, im November vorigen Jahres, der von vornherein ein bis dahin ungekannt großes Echo in der liberalen und sozialdemokratischen Öffentlichkeit fand, mehren sich auf der Rechten die Stimmen für ein härteres Einschreiten. So wurde Justizminister Korthals

Fortsetzung nächste Seite

„Bisher ist die NATO für die Friedensbewegung weitgehend ein Tabu. Einzelne (Rüstungs-)Maßnahmen werden zwar teilweise vehement kritisiert, aber über das sie organisierte Bündnis wird grundsätzlich nicht gesprochen". So beginnt die politische Plattform, für einen Kongreß „FRIEDEN MIT DER NATO?", die wir in diesem AK dokumentieren. Auf Initiative des BUF (Bundeskongreß Unabhängiger Friedensgruppen) hat sich inzwischen ein Trägerkreis gebildet, der diesen Kongreß am 12./13. April 1986 in Köln durchführen will. Dem Trägerkreis gehören bisher folgende Gruppen an: BUF, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Comisión Anti-OTAN Madrid, Demokratische Sozialisten (DS), Friedensliste, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Grün-Alternative Liste Hamburg, GIM, Initiative: Kein Frieden mit der NATO/Raus aus der NATO, KB, KJD. Diese Gruppen haben gemeinsam diese Plattform und einen Aufruf verfaßt. Wie der Kongreß im einzelnen gestaltet werden soll und kann, wird in weiteren Vorbereitungssitzungen erarbeitet (die nächste findet am 15.12. statt). Unklar ist derzeit, wieweit es tatsächlich auch mit diesem Kongreß gelingen kann, andere Kräfte der Friedensbewegung mit in die Diskussion um die NATO-Frage einzubeziehen, was auch ein Ziel des Kongresses sein soll.

Die Bundes-AG der Grünen hat in einer ersten Stellungnahme eine Mitarbeit am Kongreß angekündigt, gleichzeitig aber gleich ein Stück Distanz zum Kongreß genommen, der für sie alles offen läßt (s. Kasten).

Politische Plattform für den Anti-NATO-Kongreß

Bisher ist die NATO für die Friedensbewegung weitestgehend ein Tabu. Einzelne (Rüstungs-) Maßnahmen werden zwar teilweise vehement kritisiert, aber über das sie organisierende Bündnis wird grundsätzlich nicht gesprochen. Dies alle wäre und ist Grund genug, endlich eine öffentliche Diskussion um die NATO zu beginnen. Aber auch aus unserer inhaltlichen Einschätzung der NATO leitet sich die Notwendigkeit einer solchen Debatte ab. Diese Einschätzung ist im Grundsatz Konsens des Koordinationskreises und wird von uns auf dem Kongreß zur Diskussion gestellt.

❶ Die NATO ist offensiv gegen die UdSSR

Mit Kriegsende erkannte die USA, daß in der UdSSR eine neue Weltmacht entstanden war, deren Existenz sie in ihrer Handlungsfähigkeit einschränkte. So war es von diesem Zeitpunkt an ihr Interesse, die SU als Weltmacht und damit deren Gesellschaftssystem zu beseitigen. Zu diesem Zweck wurde u.a. die NATO gegründet. Sie ist seither das wichtigste Instrument der US-Regierung zur weltweiten militärischen Absicherung ihrer Interessen.

❷ Die NATO dient der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen

In diesem Rahmen spielt vor allen Dingen die sogenannte Dritte Welt eine wichtige Rolle. Stärker werdendes Selbstbewußtsein der Völker und immer schwerer zu lösende Probleme (Schuldenkrise) bringen die NATO dazu, auch in der Dritten Welt immer öfter bis hin zu offenen Kriegen zu intervenieren, um ökonomische Interessen ihrer Mitglieder abzusichern. Dabei

zu, auch in der Dritten Welt immer öfter bis hin zu offenen Kriegen zu intervenieren, um ökonomische Interessen ihrer Mitglieder abzusichern. Dabei

geht es um weltweite Sicherung und Ausbau von Absatzmärkten, Rohstoffquellen und billigen Arbeitskräften. Im Rahmen der NATO-Arbeitsteilung fällt diese Rolle meist — wenn auch längst nicht immer — den USA zu.

❸ Die NATO sucht die strategische Überlegenheit

Seit in den fünfziger Jahren das atomare Patt entstand, ist die NATO stets bemüht gewesen, dieses zu durchbrechen. Atomkriegspläne der fünfziger und sechziger Jahre, Mehrfachsprengköpfe in den Siebzigern und aktuelle Umrüstung auf zielgenaue Waffen sind Ausdruck dafür. Die NATO ist für alle großen Aufrüstungsschübe der Vergangenheit verantwortlich. Diese Vorrüstung wurde mit der angeblichen „Bedrohung aus dem Osten", frei erfundenen „Raketenlücken" oder angeblich notwendigen „Nach"rüstungen begründet. Tatsächlich war die NATO nie unterlegen.

❹ Die NATO sucht Kriegsführungsfähigkeit auf allen Ebenen

Bei dieser Vorrüstung geht es heute nicht mehr um die „Zentralfront" in Europa. Mit neuen Strategien (horizontale Eskalation), neuen militärischen Instrumenten (Schnellen Eingreiftruppen) und der Diskussion um die Ausweitung des Vertragsgebietes (u.a. Naher Osten) bereitet sich die NATO darauf vor, an verschiedenen Fronten und auf verschiedenen Eskalationsebenen gleichzeitig kämpfen zu können.

❺ Die Bundeswehr — eine Armee für die Offensive gen Osten

Die Bundeswehr ist von Anfang an in die NATO-Arbeitsteilung einbezogen. Die Entscheidung über eine westdeutsche Wiederbewaffnung war zwischen Adenauer-Regierung, US-Führung und alten Wehrmachtsoffizieren schon vor 1950 (Himmeroder Denkschrift) gefallen. Dabei war das gemeinsame Interesse an der Revision der Kriegsergebnisse und der „Befreiung" des Ostens maßgeblich. Dem diente auch die Integration der Bundeswehr als stärkster europäischer Territorialarmee in die NATO. Unabhängig davon, ob alle Militärs und Politiker dies tatsächlich selbst bewußt wollten, war damit die Bundeswehr eines der wesentlichen Elemente für einen möglichen Angriffskrieg der NATO gegen Osten. Ihre Rolle in einem solchen Krieg war immer als eine offensive gedacht. „ ... Nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien", war Aufgabe für eine westdeutsche Armee (Konrad Adenauer, 5.3.1952). „Die Verteidigung muß ... offensiv geführt werden. Das bedeutet, daß überall und von Beginn an angegriffen werden muß ..." (Himmeroder Denkschrift 1950). „Vorwärtsverteidigung" war schon die Strategie vor Gründung der Bundeswehr: Air-Land-Battle 1950.

❻ Die Bundeswehr auf dem Weg zur Atomstreitmacht

Um wirklich militärische Großmachtpolitik betreiben zu können, fehlt der Bundeswehr der Zugang zu den Atomwaffen. Seit ihrem Bestehen wurde von BRD Politikern versucht, diesem Mangel abzuhelfen: Durch den Adenauer-Vorstoß zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr 1957, durch die Initiative für eine Multilaterale Atomstreitmacht (MLF) 1963 und die Zielsetzung einer westeuropäischen Atomstreitmacht. Bereits heute verfügt die BRD über die technischen Voraussetzungen zur Produktion von Atomwaffen. Aktuell spielt beim Streben der Bundeswehr nach atomarer Bewaffnung die Diskussion über die „Europäisierung" (Westeuropäische Union, Europäische Verteidigungsinitiative, Eureka etc.) eine entscheidende Rolle.

❼ Die Bundeswehr — eine Armee zur Unterstützung von Interventionen

Trotz ökonomischer Konkurrenz und teilweise unterschiedlicher strategischer Vorstellungen: Im Rahmen der NATO-Arbeitsteilung bedeutet diese „Europäisierung" keineswegs eine Schwächung, sondern vielmehr eine Stärkung der NATO-Länder insgesamt gegenüber Dritten. Neben den Zugang zu Atomwaffen verspricht sich die Bundesrepublik von einer solchen „Europäisierung" auch den Ausbau eigener militärischer Handlungsmöglichkeiten in der Dritten Welt, z.B. über die Schaffung einer gemeinsamen westeuropäischen Schnellen Eingreiftruppe. Bereits heute ist die Bundeswehr z.B. durch das Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen in die US-Interventionsstrategie eingebunden und beteiligte sich mehrfach indirekt an französischen oder britischen Interventionen (Zaire 1978, Malwinenkrieg 1981, Tschad).

❽ Die Bundeswehr in der NATO — eine Partnerschaft zur inneren Disziplinierung

Der nationale Konsens über die Bundeswehr und NATO-Mitgliedschaft konnte erst über die Ideologie des Antikommunismus geschaffen werden. Bis heute dient die Ideologie auch nach innen zu Repressionen vielfältigster Art. Schon in sogenannten Friedenszeiten werden in der BRD Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei entsprechend aufgerüstet und über die zivil-militärische Zusammenarbeit die zur Aufstandsbekämpfung (Notstandsgesetze) notwendige Infrastruktur entwickelt. So können gesellschaftliche Diskussionen um Alternativen immer wieder unterbunden und offensive außenpolitische Konzepte gerechtfertigt werden.

❾ Die NATO ist nicht reformierbar

Die NATO kann in ihrem Charakter als Kriegsführungsbündnis nicht verändert werden. Eine Politik, die auf eine Veränderung der NATO hin zu einem „Friedensbündnis" zielt, ist illusorisch. Schon immer wurden auch nur Diskussionen in diese Richtung über bündnisinterne Disziplinierungsmechanismen im Keim erstickt. Auch die Entspannungspolitik stößt innerhalb der NATO an ihre Grenzen. Im Rahmen des Bündnisses würde sogar die Entwicklung einer eigenständigen westeuropäischen „Sicherheitspolitik" nur zu einer größeren Effektivität der NATO-Arbeitsteilung und damit weltweit zur Erhöhung der Kriegsgefahr führen.

❿ Konsequente Friedenspolitik ist in und mit der NATO nicht durchsetzbar

Die Einbindung der BRD und der Bundeswehr in die NATO hat zentrale Be-

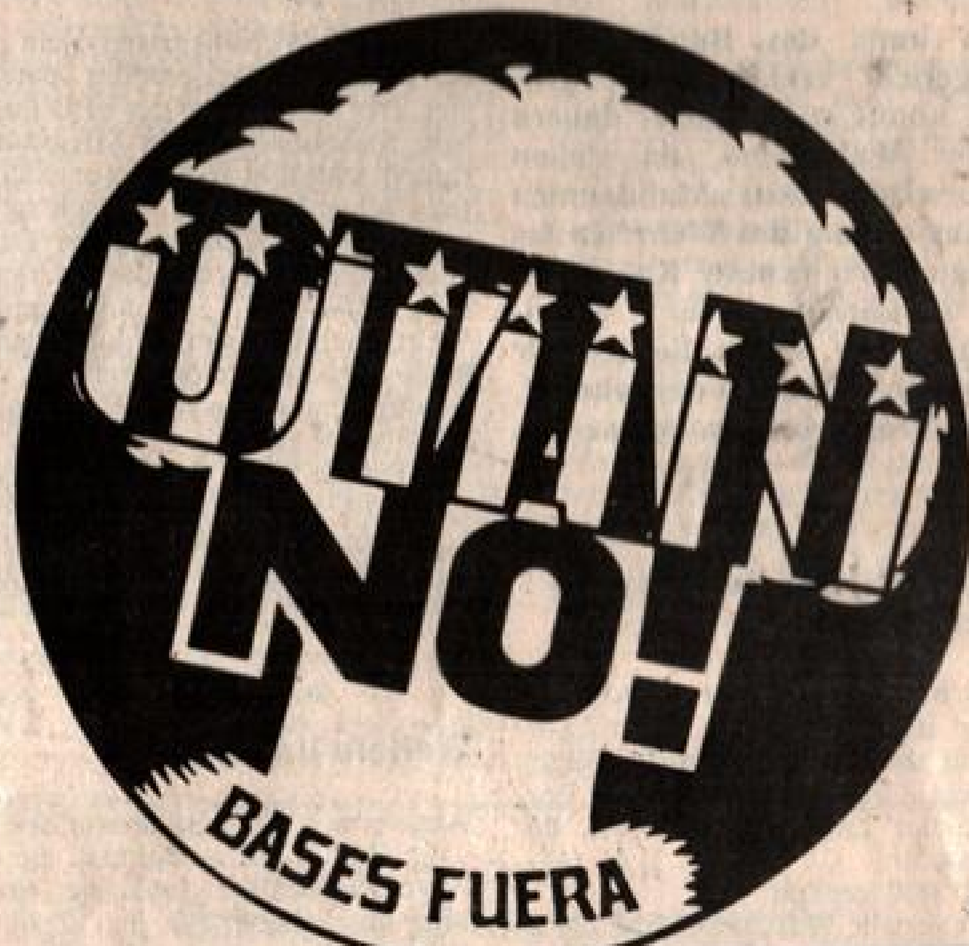
Die Einbindung der BRD und der Bundeswehr in die NATO hat zentrale Bedeutung sowohl für das Fortbestehen dieses Bündnisses als auch für die „Sicherheitspolitik" der BRD. Eine Diskussion sicherheitspolitischer Alternativen muß die Bündnisfrage einschließen.

Bei grundsätzlicher Zustimmung zu den hier vorgelegten Thesen gibt es immer noch unterschiedliche Einschätzungen über die notwendigen Konsequenzen und deren politische Durchsetzbarkeit. Gerade dies macht die angestrebte Diskussion so notwendig!

verabschiedet auf dem 2. Koordinationskreistreffen in Dortmund am 19. Oktober 1985

Dem **Koordinationskreis Kongreß** gehören an (Stand 19.10.85): Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BUF) / Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) / Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie / Grün-Alternative Liste Hamburg / Kommunistische Jugend Deutschlands / Initiative „Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der NATO" / Kommunistischer Bund (KB) / Friedensliste / Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) / Demokratische Sozialisten (DS) / Comision Anti-OTAN Madrid

Koordinationskreis Kongreß „Frieden mit der NATO?"
c/o BUF-Büro
Am Schwarzen Meer 67
2800 Bremen 1



Der Button der Bewegung: NATO Nein — Basen raus

Betr.: Anti-NATO-Kongreß
Beschluß der BAG-Frieden der GRÜNEN vom 9.11.85

Betr.: Anti-NATO-Kongreß
Beschluß der BAG-Frieden der GRÜNEN vom 9.11.85

1. Die BAG hält eine offensive Diskussion über die NATO innerhalb der Friedensbewegung für sehr wichtig. Dies gilt ebenso für die Rolle der Bundesrepublik (und West-Europa) innerhalb der NATO.

2. Die vorliegende Plattform ist unserer Meinung nach nicht geeignet, diese Diskussion im Sinne einer blockübergreifenden Friedenspolitik konstruktiv voranzubringen und vor allem in politische Lager hineinzutragen, die bisher das Thema NATO umgangen haben.
Die Plattform enthält keinen Ansatz, der über eine traditionell antiimperialistische Position hinausgeht.

3. Die BAG wird die Plattform nicht unterschreiben. Falls die Unterschrift Bedingung ist, werden wir den Kongreß nicht politisch als Mitglied im Trägerkreis unterstützen.

4. Einzelne Mitglieder der GRÜNEN werden am Kongreß teilnehmen und sich im Vorfeld als Referenten/innen anbieten für Referate und Arbeitskreise, die inhaltlich auch über die Plattform hinausgehen... Es bleibt dem Trägerkreis frei, auf entsprechende Angebote einzugehen, oder aber diese abzulehnen.

5. Wir werden weiterhin als Beobachter an den Trägerkreissitzungen teilnehmen und Vorschläge für den Kongreß einbringen.

6. Generell bedauern wir, daß eine dringend notwendige Diskussion auf breiter Basis durch unnötige Grundsatzentscheidungen erschwert wird.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Altes im Parlament dazu aufgefordert, etwas gegen die Verbreitung der Onkruit-Publikationen zu unternehmen. Wirtschaftsminister Van Aardenne ließ in einem Fernseh-Interview wissen, er sei äußerst besorgt über die Unbesonnenheit, mit der ein Großteil der Presse gestohlene Geheimdokumente publiziere. Anlaß für diese Erklärung war eine — auf Antrag der Opposition zustandegekommene — Parlamentsdebatte über die neuen AKW-Pläne der Regierung, die durch einen Einbruch von AKW-Gegnern im Wirtschaftsministerium im Juni dieses Jahres enthüllt worden waren.

Glaubten Justiz und Polizei tatsächlich, über eine Aktion gegen AMOK an die gesuchten Einbrecher heranzukommen? Oder sollte die Operation in erster Linie eine Warnung an die Adresse der demokratischen Presse darstellen?

Der Überfall auf AMOK diente allem Anschein nach auch dazu, die Datenspeicher der Geheimdienste zu aktualisieren. Desweiteren kann die AMOK-Affäre im Zusammenhang gesehen werden mit dem spürbar härteren Kurs gegen die (radikaleren Teile der) Friedensbewegung seit dem endgültigen Stationierungsbeschluß vom 1. November. AMOK arbeitet mit bei der Initiative für Zivilen Ungehorsam und Nicht-Kooperation (BONK), gehörte zu den Organisatoren der „Alarm-Demonstration" vom 26. Oktober dieses Jahres (8) und nimmt in diversen Zusammenhängen aktiv teil an der Debatte um die Frage „Wie geht's weiter mit der Friedensbewegung?". Außerdem sammelte die Gruppe schon eine ganze Weile Informationen über den anstehenden Bau der Stationierungsanlage in Woensdrecht (in der aktuellen Diskussion eines der zentralen Widerstands-Objekte). (9).

AMOK-Anwalt Jurrien Pen kommentierte in der radikaldemokratischen Vrij Nederland: „Der Übergriff auf AMOK ist eine politische Angelegenheit und zwar eine der schockierendsten, die es in den letzten Jahren in der Niederlande gegeben hat".

Die Niederlande Kommission des KB grüßt die Genossinnen und Genossen von AMOK herzlich, wünscht ihnen alles Gute und Erfolg bei ihrer weiteren Arbeit und nimmt Solidaritätserklärungen zur Weiterleitung an das Unterstützungskomitee gerne entgegen.

Niederlande-Kommission

Quellen und Anmerkungen:
1) s. AK 253, S.9: Niederlande: Antimilitaristen klauen Geheimdienst-Dokumente; AK 259, S.24: Onkruit-Beute — elfte Fortsetzung
2) vgl. Vrij Nederland, 30.11.1985, und De Volkskrant, 20.11.1985
3) s. AK 245, S.16ff: „Wir sind gekommen, dem Militär den Krieg zu erklären" — Ein Bericht aus der niederländischen Terror-Szene (Bunker-Beute, Teil 3)
4) s. AK 243, S.27: Niederlande: Bond voor Dienstplichtigen aufgelöst
5) zit. nach: De Volkskrant, 7.12.1985
6) s. Anm. 3)
7) s. AK 223, S.24: Niederlande: Soldatengewerkschafter verhaftet; AK 224, S.8: Niederlande: Militärjustiz konfus — Soldatengewerkschafter wieder frei; AK 259, S.24: Die CID-Dossiers
8) s. AK 265, S.11ff: Niederlande: 3.743.455 mal Nein und dennoch ein Stationierungsbeschluß
9) vgl. AMOK, Anti-Militaristies Tijdschrift, Dezember 1985

Der Nürnberger Prozeß

— Ein notwendiger Rückblick —

Am 20. November 1945 wurde im kriegszerstörten Nürnberg das Verfahren des Internationalen Militärtribunals (IMT) gegen die „Hauptkriegsverbrecher" — besser bekannt unter dem Begriff „Nürnberger Prozeß" — eröffnet. 18 führende Repräsentanten des Nazi-Reiches mußten sich wegen der vom „Dritten Reich" innerhalb und außerhalb seiner Grenzen verübten Verbrechen vor einem von den Staaten der Anti-Hitler-Koalition eingesetzten internationalen Gerichtshof verantworten. Angeklagt waren aber nicht nur Politiker, Militärs und Wirtschaftsführer der Hitler-Diktatur, sondern auch mehrere Organisationen und Institutionen ihres Regimes sollten als verbrecherisch verurteilt werden.

Fast ein Jahr später, am 1. Oktober 1946, wurde das Urteil verkündet. Drei Angeklagte wurden freigesprochen, sieben zu Haftstrafen verurteilt, drei NS-Organisationen für verbrecherisch erklärt und zwölf Angeklagte zum Tod durch den Strang verurteilt, darunter einer in Abwesenheit.

Grundlage des Verfahrens war das im Rahmen der Londoner Vereinbarungen vom 8. August 1945 von den vier Mächten Frankreich, Sowjetunion, Großbritannien und den USA verabschiedete Statut des IMT, das sowohl die Tatbestände der internationalen Verbrechen, mit denen man die Untaten der Nazis erfassen wollte (Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen den Frieden) nebst entsprechenden Strafdrohungen als auch Vorschriften für das Verfahren enthielt.

Dieses Statut, der Ablauf des Prozesses und das Urteil bildeten von Beginn des Verfahrens an den Anlaß erregter Debatten unter Politikern und Juristen. Waren für die einen die „Nürnberger Prinzipien" ein Markstein in der Entwicklung eines demokratischen Völkerrechts und wichtiger Maßstab für die weitere Verfolgung faschistischer Verbrechen, so stellte der Prozeß für die anderen nichts anderes als die juristisch verkleidete Rache der Sieger des 2. Weltkrieges dar, der einen Rückschritt des Völkerrechts bedeute und für die weitere Verfolgung von NS-Verbrechen keinerlei Konsequenzen habe.

Diese Auseinandersetzung durchzieht die völkerrechtliche Diskussion seit Kriegsende; Nürnberg ist heute nach wie vor aktuell, etwa was die rechtliche Beurteilung des NATO-Aufrüstungskurses (Stichwort Angriffskrieg) oder der Verbrechen des Apartheid-Regimes in Pretoria gegen die schwarzen Völker im südlichen Afrika (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) angeht.

Gleiches gilt für den Bereich des innerstaatlichen Rechts: Der Skandal der „justiziellen Aufarbeitung der Vergangenheit" in der Bundesrepublik, sprich die Privilegierung, Amnestierung und Rehabilitierung von Nazi-Verbrechern ist eine direkte Folge der Ablehnung des westdeutschen Staates, Nürnberger Grundsätze in das nationale Strafrecht zu übernehmen.

In der Öffentlichkeit war der Nürnberger Prozeß nach seiner Beendigung

Grundsätze in das nationale Strafrecht zu übernehmen.

In der Öffentlichkeit war der Nürnberger Prozeß nach seiner Beendigung

sehr schnell kein Thema mehr. Er fiel der im Zuge der Restauration massiv geförderten Haltung des „endlich einen Schlußstrich ziehen" zum Opfer und gab bestenfalls noch Lehrstoff in den Schulen oder Material für melodramatische Hollywood-Schinken ab.

Erst gegen Ende der 60-iger Jahre trat hier eine gewisse Änderung ein: Die Bewegung gegen den Krieg der USA in Vietnam stützte sich auch auf Aussagen des IMT. Die verstärkte Problematisierung der Verfolgung von NS-Verbrechen im Zuge der Verjährungsdebatten zeitigte auch eine vermehrte Beschäftigung mit dem Nürnberger Prozeß und brachte gegen Ende der 70-iger Jahre eine Palette vor allem historisch orientierter Veröffentlichungen hervor.

Anläßlich des 40. Jahrestages des Prozesses hat sich nun auch der „Spiegel" unter dem Titel „ ‚Revolution' oder ‚riesenhaftes Theater'?" des Themas angenommen (Nr. 47/1985, S. 72 ff.), wobei der Autor sich alle Mühe gibt, in seiner Polemik keines der Argumente auszulassen, die seit 1945 zwecks Diffamierung des Nürnberger Prozesses ins Feld geführt worden sind. Daß das Verfahren vor dem IMT **kein** Schauprozeß der Besatzungsmächte war, bei dem „unqualifizierte und fanatisierte Besatzungsoffiziere" willkürlich neues Recht schufen und bestehendes beugten, soll im folgenden Überblick unter anderem gezeigt werden. (Darüber hinaus könnte es auch von aktuellem Interesse sein, den Impulsen nachzugehen, die von Nürnberg aus die Entwicklung des Völkerrechts beeinflußten, sowie deren nationale Umsetzung hier und in der DDR zu untersuchen. Das muß jedoch einem möglichen weiteren Artikel vorbehalten bleiben.)



Angeklagte Nazi-Verbrecher vor dem Nürnberger Militärgericht 1945

Schlechte Erfahrungen nach dem 1. Weltkrieg

Die Vorgeschichte des Nürnberger Prozesses beginnt schon nach dem 1. Weltkrieg. Damals verlangten die Siegermächte gemäß den Vereinbarungen des Versailler Vertrages die Auslieferung des deutschen Kaisers und 900 anderer Personen, um sie wegen begangener Kriegsverbrechen vor ein internationales Gericht zu stellen. Daraus wurde nichts, weil Deutschland — und im Falle Wilhelms II. Holland — die Auslieferung verweigerten. Später wurden dann von einem deutschen Gericht ganze vier untergeordnete Militärs wegen Kriegsverbrechen zu Bagatellstrafen verurteilt.

Im 2. Weltkrieg war die historische Situation eine andere. Nach dem Überfall Hitlers auf die SU hatte sich der Charakter des Krieges gewandelt; von einem reinen Umverteilungskrieg unter imperialistischen Großmächten konnte nicht mehr die Rede sein. Hauptaggressionsopfer war jetzt ein Staat, der selbst keine Eroberungsambitionen

imperialistischen Großmächten konnte nicht mehr die Rede sein. Hauptaggressionsopfer war jetzt ein Staat, der selbst keine Eroberungsambitionen

verfolgte und folglich ein anderes Interesse an der Verfolgung und Bestrafung der Kriegstreiber und Kriegsverbrecher besaß.

So gab es in der Anti-Hitler-Koalition durchaus unterschiedliche Vorstellungen, die auch die „militärische Lösung der Kriegsverbrecherfrage" — sprich summarische Exekution — umfaßten (Churchill wird verschiedentlich damit in Verbindung gebracht). Es liegt auf der Hand, daß die kriegführenden kapitalistischen Staaten kein allzu großes Interesse daran haben konnten, die inneren Ursachen der faschistischen Verbrechen und die Rolle des Monopolkapitals dabei in einem langwierigen Prozeß aufzudecken. Auch sind Vorbehalte Großbritanniens gegenüber der Kennzeichnung des Angriffskrieges als internationales Verbrechen belegt. In der Erklärung von Moskau 1943, den Beschlüssen von Jalta und Potsdam 1945 und schließlich den Londoner Vereinbarungen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher wurde jedoch festgelegt, daß die Nazi-Verbrecher vor ein internationales Gericht gestellt werden sollten.

Götterdämmerung in Nürnberg

Dem Londoner Abkommen, dem insgesamt 19 Staaten beigetreten sind, wurden in Form des Statuts des IMT die wichtigsten Rechtsnormen, die dem Verfahren zugrunde gelegt werden sollten, beigefügt. Das Tribunal selbst setzte sich aus vier Richtern zusammen, die die vier Großmächte entsandten. Chefankläger wurde der Amerikaner Robert T. Jackson, der auch einen wesentlichen Teil der Vorarbeiten zum Londoner Abkommen geleistet hatte.

Angeklagt waren ursprünglich 24 führende Personen des „Dritten Reiches". Der „Reichsmarschall" Hermann Göring und der „Stellvertreter des Führers" Rudolf Heß hatten lange Jahre die zweite und dritte Stelle in der Hierarchie eingenommen. Die Außenminister v. Ribbentrop und v. Neurath — letzterer später „Reichsprotektor von Böhmen und Mähren", standen unter der Anklage, außenpolitisch den Krieg vorbereitet und zahlreiche Verbrechen ermöglicht zu haben. Die Militärs Raeder, Dönitz, Keitel und Jodl mußten sich für die Mitwirkung der Wehrmacht an nationalsozialistischen Verbrechen und Führung eines Angriffskrieges verantworten. Die Parteiführung und Verwaltungschefs Bormann, Ley, Rosenberg, Frick, v. Schirach und Sauckel, der Chef des Reichssicherheitshauptamts Kaltenbrunner, „Generalgouverneur" Frank, die Wirtschaftsminister Funk und Schacht, Chef-Hetzer Streicher und der Nazi-Statthalter in den Niederlanden Seyß-Inquart waren angeklagt, in Planung und Ausführung an zahlrei-

Schacht, Chef-Hetzer Streicher und der Nazi-Statthalter in den Niederlanden Seyß-Inquart waren angeklagt, in Planung und Ausführung an zahlrei-

chen Verbrechen beteiligt gewesen zu sein. Außerdem waren angeklagt der Totengräber der Weimarer Republik v. Papen, Rundfunk-Chefpropagandist Fritzsche und der Industrielle Gustav Krupp. Auf der Anklagebank fanden sich allerdings nur 21 der 24 Angeklagten ein: Ley hatte vor Beginn des Prozesses Selbstmord begangen, Krupp war verhandlungsunfähig und Bormann unauffindbar.

Ebenso wie die von den Verantwortlichen des „Dritten Reiches" begangenen Verbrechen von bis dahin unvorstellbarem Ausmaß sich darstellten, sprengte auch der Prozeß den üblichen Rahmen. Über 5.000 Beweisdokumente wurden von Anklage und Verteidigung vorgelegt und 240 Zeugen vernommen; die Dokumentation des Prozesses füllt insgesamt 42 Bände.

Das Urteil des IMT erkannte gegen Göring, v. Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frank, Frick, Seyß-Inquart, Sauckel, Jodl und Bormann auf Tod durch den Strang. Zehn dieser Urteile wurden vollstreckt, Göring beging vorher Selbstmord. Schacht, v. Papen und Fritzsche wurden freigesprochen, der Rest zu lebenslangen und zeitigen Freiheitsstrafen verurteilt.

Zusätzlich wurden das Korps der politischen Leiter der NSDAP, die Gestapo, der SD und die SS zu verbrecherischen Organisationen erklärt, nicht jedoch die Reichsregierung, die SA sowie Oberkommando und Generalstab der Wehrmacht, wie von der Anklage gefordert worden war.

Die dem Urteil zugrunde liegenden Grundsätze sind unter dem Begriff „Nürnberger Prinzipien" von der Völkerrechtskommission der UN später folgendermaßen zusammengefaßt worden:

— Jede Person, die ein völkerrechtliches Verbrechen begeht, ist dafür strafrechtlich verantwortlich.

— Auch wenn das Völkerrecht für ein derartiges Verbrechen keine Strafe androht, ist der Täter nach Völkerrecht strafbar.

— Auch Staatsoberhäupter und Regierungschefs sind für von ihnen begangene Verbrechen verantwortlich.

— Handeln auf höheren Befehl befreit nicht von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, sofern der Täter auch hätte anders handeln können.

— Jeder, der eines völkerrechtlichen Verbrechens angeklagt ist, hat einen Anspruch auf ein ordentliches Verfahren.

— Völkerrechtliche Verbrechen sind Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

— Auch die Verschwörung zur Begehung eines der genannten Verbrechen stellt ein Verbrechen dar.

Der Apparat des IMT wurde entgegen den ursprünglichen Absichten nicht noch einmal in Gang gesetzt.

stellt ein Verbrechen dar.

Der Apparat des IMT wurde entgegen den ursprünglichen Absichten nicht noch einmal in Gang gesetzt.

Stattdessen fanden zwölf von den USA im „internationalen Auftrag" durchgeführte Nachfolgeprozesse in Nürnberg statt, deren Grundlage das am 20.12.1945 erlassene Kontrollratsgesetz Nr. 10 (KRG 10) bildete, das im wesentlichen den Bestimmungen des IMT-Statuts entsprach. Dieses Gesetz galt auch für die Verfahren, die von den Alliierten in eigener Verantwortung durchgeführt wurden, sowie auch später — aufgrund spezieller Anwendungsermächtigungen — für deutsche Gerichte, die Straftaten der Nazis gegen Deutsche abzuurteilen hatten.

Zunächst war man davon ausgegangen, daß gegen Hunderttausende von Mitgliedern der für verbrecherisch erklärten Organisationen verhandelt werden würde, angeklagt wurden im Rahmen der Nürnberger Nachfolgeprozesse nur 185 Personen, jeweils ausgewählt aus einer politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Führungsgruppe des Nazi-Systems. In diesen Verfahren wurden 24 Angeklagte zum Tode verurteilt, 35 wurden freigesprochen, die übrigen erhielten Freiheitsstrafen, die wenig später durch Gnadenerlaß des US-Hochkommissars zumeist drastisch herabgesetzt wurden.

Breite Ablehnungsfront

Sowohl die rechtlichen Grundlagen der Prozesse als auch deren Durchführung selbst stießen in Deutschland — wie zu erwarten — auf wenig Gegenliebe. War in der breiten Öffentlichkeit das Erstaunen eher groß, daß man sich überhaupt die Mühe machte, offensichtliche NS-Verbrecher in einem mühseligen Verfahren zu überführen und ihnen dabei weitestgehende Verteidigungsmöglichkeiten einräumte, galten den Verteidigern speziell, aber mit ihnen auch der Mehrheit der deutschen Juristenzunft, die eben noch willig den Staatsapparat der Nazis in Gang gehalten hatten, die Nürnberger Urteile als „Willkür" und „Ausnahmerecht" und die Kompetenz des IMT als internationales Gericht als angemaßt, da er nichts weiter als ein Besatzungstribunal darstelle.

Die Zuständigkeit des IMT konnte nach dieser Auffassung schon deswegen nicht gegeben sein, weil Deutschland seiner Errichtung nicht zugestimmt habe. Dabei wurde geflissentlich übersehen, daß nach der Zerschlagung des deutschen Reiches, also nach dem 8. Mai 1945, gar keine deutsche Regierungsgewalt mehr bestand. Die war von den vier Alliierten übernommen worden, deren Maßnahmen als für Deutschland verbindlich galten, ohne daß eine Zustimmung deutscher Stellen vonnöten war.

Auch waren die Grundsätze eines fairen Verfahrens keineswegs verletzt worden. Den Angeklagten stand ein Stab von 27 — in der Regel frei gewählten — Hauptverteidigern, 54 Assistenten und 67 Schreibkräften zur Verfügung. Die Verfahrensgarantien des IMT-Statuts standen nicht nur auf dem Papier, sondern konnten auch intensiv genutzt werden. Die in den Polemiken gegen den Nürnberger Prozeß gebetsmühlenhaft wiederholte Behauptung von der Unterlegenheit der Verteidigung hält einer Überprüfung nicht stand. So waren die Verteidiger, wie der Ankläger Robert M. W. Kempner berichtete, sogar in der Lage, zusammen mit nichtangeklagten Funktionären des alten Staatsapparates einen funktionierenden Apparat zur „Betreuung" der Zeugen zu installieren.

Verfahren ohne Rechtsgrundlage?

Hauptvorwurf der Verteidigung damals wie der entsprechenden Literatur bis heute war der, die Strafbestimmungen des IMT-Statuts stellten eine verbotene rückwirkende Gesetzgebung dar, da bis dahin keine völkerstrafrechtlichen Kodifizierungen existierten.

Hinsichtlich der Verbrechenskategorien der Kriegsverbrechen im engeren Sinn und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit gab es zwischen Anklage und Verteidigung allerdings keine grundsätzlichen Differenzen. Deren Strafbarkeit war nach übereinstimmender Meinung schon vorher nach Völkergewohnheitsrecht und entsprechenden nationalen Normen strafbar, so daß sich die Frage der Rückwirkung allerhöchstens in einem formalen Sinn stellen konnte. Hauptstreitpunkt war vielmehr die Kategorie des Verbrechens gegen den Frieden, d.h. die Planung, Vorbereitung, Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges. Diese Tatbestände seien 1939 keineswegs strafbar gewesen, trug die Verteidigung vor.

Durchführung eines Angriffskrieges. Diese Tatbestände seien 1939 keineswegs strafbar gewesen, trug die Verteidigung vor.

Dagegen wurde richtigerweise gehalten, daß der Angriffskrieg zu jener Zeit keineswegs erlaubt, sondern schon ausdrücklich verboten gewesen sei, was seinen Ausdruck etwa im Kriegsächtungspakt von 1928 (Briand-Kellogg-Pakt) gefunden habe, dem fast alle Staaten beigetreten waren. Die Strafbarkeit eines Verstoßes gegen dieses Verbot war damit allerdings noch nicht hergeleitet; hier ist die Londoner Konferenz im Sinne der Konkretisierung rechtsschöpferisch tätig gewesen — als „Sprachrohr des Völkerrecht konstituierenden Weltgewissens" (Gelberg) — eine für das in ständiger Entwicklung sich befindende Völkerrecht keineswegs atypische Erscheinung. Daß die Kriminalisierung des Angriffskrieges allerdings für Ideologen imperialistischer Politik eine schwerlich zu akzeptierende Festlegung darstellt, belegen die diesbezüglich bis heute — siehe etwa den schon erwähnten Spiege-Artikel — vorgetragenen Angriffe in Fachliteratur und politischer Publizistik.

Bezüglich des ebenfalls umstrittenen Tatbestandes des Organisationsverbrechens, durch den — mittels der Feststellung des verbrecherischen Charakters einer Gliederung des Nazi-Systems — die Beweislast für zukünftige Verfahren gegen einzelne Mitglieder dieser Gruppen erleichtert werden sollte, ist hier nur anzumerken, daß die westdeutschen Juristen ihre Vorbehalte gegenüber einer solchen Regelung weitgehend vergessen hatten, als es um die Einführung der „terroristischen Vereinigung" ins StGB ging.

Ebenfalls heftig gestritten wurde um die im Rahmen der „Nürnberger Prinzipien" festgeschriebene individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Täter eines völkerrechtlichen Verbrechens, unabhängig davon, ob dieser im Namen des Staates gehandelt hat. Niemand könne Straffreiheit deswegen erlangen, weil er aufgrund der Staatshoheit handelte, wenn der Staat Handlungen gutheißt, die sich außerhalb der Schranken des Völkerrechts bewegen, hieß es dazu im Urteil.

Ähnlich bekämpft wurde die Regelung des sog. Befehlsnotstandes durch das IMT. So wie durch die bisherige Rechtspraxis die Vorgesetzten gedeckt waren, weil ihre verbrecherischen Befehle als Staatsakte bezeichnet wurden, waren die Untergebenen dadurch gegen eine Haftung geschützt, daß sie nur auf höheren Befehl handelten. Das IMT lehnte die Straflosigkeit von Verbrechen, die auf Befehl begangen wurden, dagegen ab; allenfalls als Strafmilderungsgrund sollte dieser Gesichtspunkt gewertet werden können. Die Verteidigung versuchte dagegen den Beweis zu führen, daß innerhalb der Vernichtungsapparate des Nazi-Regimes die Befehlsempfänger bei Gefahr für Leib und Leben gehalten waren, Befehle auch auszuführen, was eine Schuld ausschließe. Konsequent durchgeführt hätte danach niemand wegen NS-Verbrechen bestraft werden können, denn die Hauptverbrecher Hitler und Himmler, auf deren Befehle sich jeder Beshuldigte letztlich hätte zurückziehen können, hatten sich ihrer Strafe ja bereits durch Selbstmord entzogen.

Das Nürnberger Urteil stellte demgegenüber darauf ab, daß gerade die in diesem Prozeß Angeklagten, die maßgeblich an der Errichtung der Nazi-Herrschaft beteiligt gewesen waren, sich jederzeit gefahrlos von der Bühne ihres Wirkens hätten zurückziehen können. Spätere Untersuchungen haben bewiesen, daß von einem generellen Befehlsnotstand im ,,Dritten Reich'' keine Rede sein konnte.

Die Verteidigung argumentierte im Prozeß zusätzlich mit dem Argument, daß auch von den Alliierten Kriegsverbrechen begangen worden seien, die ungestaft blieben. Dem ist berechtigterweise — neben dem Verweis darauf, daß der ,,totale Krieg'' keine Erfindung der Alliierten war und sich die systematisch geplanten und durchgeführten Ausrottungsfeldzüge der Nazis kaum gegen alliierte Kriegsverbrechen aufrechnen lassen — entgegengehalten worden, daß auch auf anderen Rechtsgebieten Rechtsgutverletzungen vorkommen, die ungeahndet bleiben, ohne daß deswegen aber die Rechtswidrigkeit solcher Handlungen infrage gestellt sei.

Nürnberg eher „kontraproduktiv"?

Keineswegs sollte die Ablehnung der Positionen der Verteidigung damals und der hierzulande bis heute vorherschenden Polemik gegen die Nürnberger Prozesse dazu führen, jeden gegen diese Verfahren erhobenen Einwand beiseite zu wischen.



Albert Speer in Haft

So sind ernstzunehmende Zweifel daran geäußert worden, ob justizförmige Verfahren wie das vor dem IMT überhaupt geeignete Mittel zur Zerschlagung des faschistischen Apparates sein konnten. Danach habe Nürnberg eher kanalisierende Wirkung gehabt und so die notwendige ,,revolutionäre Katharsis'' (Ridder) behindert. Auch der konkrete Ablauf des Verfahrens habe diesem Ziel mehr geschadet als genützt.

Der erstgenannte Einwand kann hier nicht erschöpfend diskutiert werden. Ob der Verlauf des Übergangs vom Faschismus zur bürgerlichen Demokratie wesentlich anders verlaufen wäre, ob ein radikalerer und konsequenterer Bruch stattgefunden hätte, hätte man die Bestrafung der NS-Verbrecher ,,den Volksmassen'' überlassen, muß bezweifelt werden. Die Bedingungen, die einen revolutionären Umbruch von innen heraus in Deutschland verunmöglichten, hätten wohl auch ohne den Prozeß ihre Wirkung entfaltet.

Richtig ist aber auf jeden Fall, daß der Ablauf der Verfahren eine Reihe von Fragwürdigkeiten aufwies, die den Glauben in die Ernsthaftigkeit der Bemühungen zur Entnazifizierung nicht gerade erhöhten. Zurückzuführen sind diese Vorgänge auf die unterschiedlichen Positionen der beteiligten Mächte. So konnte man sich trotz des Drängens der SU nur mühsam darauf einigen, Vertreter des deutschen Kapitals auf die Liste der Angeklagten zu setzen. Bezeichnenderweise tauchte auf ihr schließlich lediglich der Name des schon senilen Gustav Krupp auf, gegen den dann auch prompt wegen Krankheit nicht verhandelt werden konnte. Den Antrag, zusätzlich dessen Sohn Alfred Krupp anzuklagen, lehnte das Gericht ab. Ebenso war bei dem Bankier und früheren Reichsbankpräsidenten Schacht schon in einem frühen Stadium des Verfahrens klar, daß er — vor allem auf Druck des US-Außenministeriums, zu dem er auch im Krieg Kontakte gepflegt hatte, sowie britischer Bankiers — nicht verurteilt werden würde.

Der ursprüngliche Plan, nach dem Verfahren gegen die ,,Hauptkriegsverbrecher'' auch die führenden Industriebosse und Kriegsgewinnler vor dem IMT anzuklagen, wurde auf Druck der USA, die inzwischen eine Politik der ökonomischen, politischen und militärischen Rekonstruktion Deutschlands (bzw. seines westlichen Teils) verfolgten, fallen gelassen. Stattdessen fanden kleinere Verfahren vor von den einzelnen Alliierten gestellten Gerichten statt, deren Urteile so milde ausfielen, daß — nimmt man die wenig später einsetzende Praxis der Amnestierung hinzu — von einer ernsthaften Strafverfolgung der eigentlichen Hintermänner und Nutznießer des faschistischen Systems kaum die Rede sein konnte. Auf diesem Gebiet jedenfalls hatte sich das ,,Krähen-Prinzip'' ohne Ausnahme durchgesetzt.

Insgesamt betrachtet ist es eher erstaunlich, daß trotz der in der Anti-Hitler-Koalition angelegten Widersprüche die Prozeße überhaupt durchgeführt wurden. Ihr Zustandekommen wird wohl nicht zu Unrecht auf die spezielle historische Konstellation, vor allem auf den nach dem gewonnenen Krieg erheblich gewachsenen internationalen Einfluß der Sowjetunion sowie den von den ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands ausgelösten Druck der Weltmeinung zurückgeführt. Daß diese Bedingungen sich wenig später vollständig änderten, sollte nicht den Blick auf die historische Bedeutung des Nürnberger Prozesses verstellen.

A., Bremerhaven

Tod von Günter Sare: Verantwortliche spielen auf Zeit

Frankfurt. Zweieinhalb Monate nach dem Tod des antifaschistischen Demonstranten Günter Sare unter einem Wasserwerfer der Polizei gibt es noch immer keine amtliche Version der ermittelnden Staatsanwaltschaft, der Polizei, des hessischen Innenministers oder des von ihm ernannten ,,unabhängigen Untersuchungsbeauftragten'' Erkel zu den Verantwortlichkeiten für das Unglück.

Nach wie vor wird der Rechtsanwältin, der Mutter von Günter Sare die Einsicht in die Unterlagen der Staatsanwaltschaft verwehrt, müssen sich ihre Ermittlungen also auf die Vernehmung gutwilliger Zeugen beschränken. Die Vernehmung der Tatzeugen und Beteiligten, von der anderen Seite, der Polizisten, Zivis, Verfassungsschützer, Polizeistrategen aus Präsidium und Ministerium bleibt für sie tabu. Dadurch gerät der Staatsapparat in einen kaum wettzumachenden Informationsvorsprung, können Spuren verwischt, Aussagen stimmig und eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden.

Auch ein Antrag der Landtagsfraktion der Grünen auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde mit den Stimmen aller übrigen Parteien abgelehnt. Aber damit nicht genug: Der Innenminister Winterstein verweigert seinen grünen Bündnispartnern die Beantwortung einer Vielzahl von Fragen, die diese im Innenausschuß des Hessischen Landtags gestellt hatten und verwies auf den für den 22. Januar '86 angekündigten Bericht seines sog. ,,unabhängigen Untersuchungsbeauftragten'', des ehemaligen Staatssekretärs im Bundesjustizministerium, Erkel.

Dies ist starker Tobak: Es soll ja gelegentlich vorkommen, daß Justiz und Verwaltung ihre Aufgaben mitunter nicht ganz ordnungsgemäß erfüllen, wie wir alle noch aus dem Gemeinschaftskundeunterricht wissen. Dieser Vorbehalt ist bei der Aufklärung eines durch die Polizei zu verantwortenden Todesfalles mehr als angebracht. Für diesen Fall haben demokratische Verfassungen (wir sind wieder beim Gemeinschaftskundeunterricht) der Legislative gleichfalls Untersuchungsmöglichkeiten eingeräumt, um die Arbeit der Verwaltung und der Justiz zu kontrollieren. In Frage kommen für die Parlamentarier dabei Anfragen, Ausschußberatungen, Landtagsdebatten und als schärfstes Mittel der parlamentarische Untersuchungsausschuß mit einem verbrieften Recht, Zeugen zu vernehmen, Akten einzusehen und Beweise zu erheben. Durch die Weigerung der großen Landtagskoalition von SPD, FDP und CDU, einen solchen Ausschuß zu installieren, durch die Weiterung des Innenministers Winterstein, die parlamentarischen Fragen zu beantworten, wird deutlich, daß gemauert werden soll. Der Verweis des Innenministers auf den Bericht von Erkel ist insofern eine Brüskierung der parlamentarischen Untersuchungsrechte der grünen Fragesteller. So erklärten es auch die Grünen: *,,Die Beauftragung eines externen Untersuchungsführers entbindet die Landesregierung nicht davon, dem Parlament Rede und Antwort zu stehen.''* Gut gebrüllt Löwe! Um direkt danach keinerlei Anlaß für irgendwelche Sanktionen gegen den großen Koalitionspartner SPD zu sehen ...

Über die Beratungen im Innenausschuß wurde Vertraulichkeit vereinbart. Es darf vermutet werden, daß die SPD damit verhindern will, daß hier getane unbedachte Äußerungen hoher Polizeifunktionäre, die im Widerspruch zu späteren ,,Ermittlungsergebnissen'' des Krisenstabsspezialisten Erkel stehen könnten, gar nicht erst an die Öffentlichkeit gelangen. Wir werden sehen.

Aber auch die Grünen selber dürften nur ein geringes Interesse an einer umfassenden Erörterung des gesamten Komplexes haben. Darin dürfte der Grund für die schnelle Akzeptanz Erkels durch die realpolitischen Wortführer der Landtagsgruppe liegen. **In einer umfassenden Erörterung würde unzweifelhaft auch für die Öffentlichkeit nachvollziehbar zur Sprache kommen, daß die Grünen im hessischen Landeshaushalt 1983 unter dem Titel 811 01 042 der Anschaffung zweier Wasserwerfer vom Typ Wawe 9 für 1,42 Mio. DM zustimmten, unter dem gleichen Titel weiterhin die Verpflichtungsermächtigung zum Ankauf zweier weiterer Wasserwerfer gleichen Typs für 1984 absegneten und 1984 wiederum unter dem Titel 811 01 042 ihr Placet für noch einen Wasserwerfer für 725.000 DM gaben.** Kann man noch sagen, daß die Zustimmung zum Haushalt '83 rückwirkend für schon ausgegebene Mittel der Landesregierung erfolgte, so gilt für die Verpflichtungsermächtigungen und den Haushalt '84, daß die Grünen für zukünftige Anschaffungen gestimmt haben.

Grüne Würdenträger haben explizite Stellungnahmen auf diesen Vorwurf bisher umgangen, dafür aber jeden, der ihn erhob, der ,,Leichfledderei'' bezichtigt. Jutta Ditfurth soll auf dem grünen Bundesparteitag aus dem Bundesvorstand abgesägt werden, wegen der Erhebung dieser sachlich berechtigten Vorwürfe. Handelt es sich bei diesem Vorgehen um die Anerkennung des ,,staatlichen Gewaltmonopols''? Dann gute Nacht.

KB/Gruppe Frankfurt

NPD kommt wieder — NSDAP-Verbot 'aufgehoben'?

Wenige Wochen nach dem Tode von Günther Sare wollte die NPD es erneut wissen. Wieder bemühte sie sich in Frankfurt um öffentliche Räume der städtischen ,,Saalbau GmbH''. Diese versagte der NPD ihre Einrichtungen, woraufhin die Rechtspartei vors Verwaltungsgericht zog. In einem Beschluß wies das Verwaltungsgericht die NPD ab, mit einer in der Geschichte der BRD bisher wohl einmaligen Begründung. Dabei blieb es nicht lange. In der nächsten Instanz, dem Verwaltungsgerichtshof Kassel, bekam die NPD dann doch Recht. Der gegenteilige Kasseler Beschluß ist nicht weniger aufsehenerregend.

Auf Anweisung von CDU-OB Wallmann hatte die unter städtischer Regie stehende Saalbau GmbH der NPD in den vergangenen Jahren schon wiederholt die Nutzung ihrer Räumlichkeiten versagt. Das zuständige Verwaltungsgericht hob bisher diese Versagung regelmäßig wieder auf, da auf Wallmanns Weisung das Saalverbot gegen die NPD lediglich mit einer ,,Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung'' durch **Gegen**demonstranten, keineswegs jedoch mit dem rechtsradikalen Charakter der Veranstaltungen **selber** begründet worden war. Wallmann stellte also in seiner Begründung auf Argumente aus dem Bereich Gefahrenabwehr / Polizeirecht ab, anstatt auf die Verfassungswidrigkeit des Auftretens der Neonazis. Genauso verfuhr er auch bei den von ihm verfügten Versammlungsverboten gegen die NPD.

Nun gehört es zum kleinen Einmaleins des Verwaltungsrechts, daß nicht gegen den Angegriffenen, mag er auch Verursacher sein, sondern gegen den sogenannten ,,Störer'' vorgegangen werden muß, um die ,,Gefahr'' abzuwehren. Das weiß Wallmann, der Ex-Richter, genau und natürlich erst recht seine Amtsjuristen. Deshalb war es auch verlogen, wenn Wallmann sich, die Träne im Knopfloch, in der Öffentlichkeit regelmäßig hinstellte und erklärte: ,,Ich habe das Auftreten der NPD ja immer verboten, aber die Richter haben meine Entscheidung immer aufgehoben.'' Nach vierzehn derartigen ,,Niederlagen'' wurde seit einem Magistratsbeschluß im September 1984 der NPD überhaupt nicht mehr entgegengetreten.

Nach dem Tod von Günther Sare Ende September änderte sich das wieder: Die NPD wollte in verschiedenen Bürgerhäusern Räumlichkeiten anmieten, u.a. zur Abhaltung sog. ,,Weihnachtsfeiern''. Wallmann wies die Saallbau GmbH an, die Mietverträge wieder mit der üblichen Begründung zu verweigern.

Doch diesmal erlebte die NPD vor dem angerufenen Verwaltungsgericht eine Abfuhr: Das Gericht verweigerte den Neo-Nazis den Erlaß einer ,,einstweiligen Anordnung'' **nicht** aus Gründen der Sicherheit und Ordnung, sondern weil die geplante Veranstaltung gegen bestehende Gesetze verstoße: Das Gesetz Nr. 5 der Militär-Regierung Deutschland, Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers (Alliiertes Kontrollratsgesetz), habe die NSDAP einschließlich der von ihr betriebenen, aufgebauten und kontrollierten Organisationen aufgelöst und verboten. In Ziffer 4 dieses Gesetzes heißt es: ***,,Jegliche Tätigkeit seitens der von der Militärregierung aufgelösten oder geschlossenen Organisationen, deren Offiziere oder Mitglieder, und irgendwelche Handlungen zwecks Fortsetzung oder Erneuerung solcher Tätigkeit in irgendeiner Form sind verboten.''***

Nach Artikel 139 Grundgesetz (GG) werden die zur Befreiung des Deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften von den Bestimmungen des GG nicht berührt. Das gelte nach Ansicht der Frankfurter Verwaltungsrichter insbesondere auch für das sogenannte Parteienprivileg des Art. 21 Abs. 2 GG. Der deutsche Verfassungsgeber habe mit der Aufnahme des Art. 139 ins Grundgesetz die Bestimmungen, wie sie im Kontrollratsgesetz Nr. 5 enthalten sind, ausdrücklich gebilligt und zwar auch für den Fall, daß sie mit anderen Bestimmungen des GG kollidieren.

Art. 139 Grundgesetz
Die zur ,,Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus'' erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

Diese Ausnahme vom allgemeinen Diskriminierungsverbot sei historisch gewollt gewesen und solle die Überwindung des Nationalsozialismus auf Dauer erleichtern. Mit der im Art. 139 GG wie auch in Art. 158 Hessische Verfassung zum Ausdruck gebrachten Entscheidung

Art. 158 Hessische Verfassung
Die verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte können nicht den Bestimmungen entgegengehalten werden, die ergangen sind oder vor dem 1. Januar 1949 noch ergehen werden, um den Nationalsozialismus und den Militarismus zu überwinden und das von ihm verschuldete Unrecht widergutzumachen.

segne der Gesetzgeber die antinazistischen Gesetze der Besatzungsmächte mit seinem eigenen Willen ab und habe ihnen verfassungsrechtliche und eigene innerstaatliche Legitimität verliehen. Nicht nur, daß sich die Frankfurter Verwaltungsrichter erstmals der Existenz des Artikels 139 im Grundgesetz erinnerten (und sich damit in Gegensatz zu dem sog. verfassungsrechtlichen ,,Standardkommentar'' Maunz-Düring-Herzog wendeten, der diesen Artikel als ,,obsolet'' disqualifiziert), sie wandten das Kontrollratsgesetz Nr. 5 auch auf die NPD an: Es gebe Anhaltspunkte, befanden die Richter, daß die Tätigkeit dieser Partei als Erneuerung der verbotenen nationalsozialistischen Tätigkeit anzusehen sei. Dies lasse einerseits die Befürchtung der städtischen ,,Saalbau GmbH'' wegen Verstößen gegen die öffentliche Sicherheit als berechtigt erscheinen. Das Ansinnen der NPD scheitere aber auch wegen des Verstoßes gegen die geltenden Gesetze. Die NPD orientiere sich an der im Nationalsozialismus schon einmal verwirklichten Idee. Dies schlossen die Richter (anhand von Verfassungsschutzberichten) aus der Volksgemeinschaftsideologie, dem Bekenntnis zur Ungleichheit der Völker und den rassistischen und repressiven Aussagen der NPD. Auch am Stil der NPD lasse sich zumindest eine nahe Verwandschaft mit dem Nationalsozialismus erkennen. Abgerundet wird die Qualifizierung der NPD mit Zitaten zur ,,Propagandalüge der deutschen Kriegsschuld''. Sauber, Euer Ehren!

Bei aller Anerkennung der antifaschistischen Argumentation des Gerichts muß mensch sich doch fragen, warum die Kammer in der 15. Streitsache dieser Art plötzlich ihre neuen Erkenntnisse dartut. Liegt es daran, daß nach Jahren *,,vor allem durch das Wirken der VVN-Bund der Antifaschisten, der Verfassungsschutz(!)-Artikel 139 gegen die Verschleierungsmaßnahmen der Behörden ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden konnte''* (,,DVZ / die tat'', 29.11.85)? Oder liegt es an *,,der neuen Qualität unserer Offensive''*, wie Frankfurter Autonome gerne annehmen?

Fortsetzung nächste Seite

Frankfurter Stahlhelmfraktion


Gallus Echo
Eine Zeitung für die Stadtteile Gallus, Gutleut, Bahnhof
Randalierender Mob wütet im Gallusviertel

28.9.1985: Der Demonstrant Günter Sare wird von einem Wasserwerfer der Polizei überrollt und getötet. Ein besonders widerwärtiges Gekläff stimmte die unweit vom Tatort (Ecke Hufnagelstraße/Frankenallee) hausende Gallus(Stadtteil)-CDU in ihrem Blättchen „Gallus-Echo'' an.

Unter der Überschrift ***„Randalierender Mob''*** heißt es in der Oktober-Ausgabe: *„Der Staat ist das Ziel der Zerstörung. Auch dem schlichtesten Antifaschisten muß inzwischen klar geworden sein, daß Faschismus, Apartheid, Startbahn-West u.ä. nur Vehikel sind, um den Staat — das heißt unsere parlamentarisch-demokratische Gesellschaftsordnung — zu treffen. Dies ist auch unschwer zu erkennen an den Slogans, die die rot-grünen Faschisten in den letzten September-Oktobertagen auf Frankfurts Strassen skandierten: ‚Feuer und Flamme für diesen Staat'.''*

Weitere Kostprobe: *„Bürgerkrieg in einer Demokratie: ein größerer gesellschaftspolitischer Widersinn ist kaum denkbar. Zumal in einem Staat, der zunehmend vor der Gewalt zurückweicht und den Bürger sich selbst überläßt...''* Wenigstens einige Bürger stehen ohne Wenn und Aber hinter ihrer Polizei: *„Die Politiker lassen die Polizei im durch Medien-Kritikaster vergifteten Regen stehen, weil ihnen erstens der Mut zu schärferer Gesetzgebung fehlt und zweitens das Stehvermögen, auch mal zu erklären, daß sich linksverdrehte Demonstranten gesetzwidrig, inhuman, ja banditenhaft gegenüber Polizei und Bevölkerung verhalten haben. Es ist mehr als merkwürdig, daß eine Woche nach dem Unglücksfall noch kein Politiker ein anerkennendes Wort für die Polizei gefunden hat. Stattdessen wird die Besatzung des Wasserwerfers nicht nur verhört wie bei einem Dienststrafverfahren, sondern auch Untersuchungen auf eidesstattlicher Ebene angestellt.''*

Nach dem Motto „Nicht kleckern, sondern klotzen'' geht's braun-munter weiter: **„Eine Polizeitruppe im Einsatz**

Wasserwerfers nicht nur verhört wie bei einem Dienststrafverfahren, sondern auch Untersuchungen auf eidesstattlicher Ebene angestellt.''

Nach dem Motto „Nicht kleckern, sondern klotzen'' geht's braun-munter weiter: **„Eine Polizeitruppe im Einsatz**

kann es sich nicht leisten, ihre Handlungen politisch abzuwägen oder gar die Geschwindigkeit ihrer Fahrzeuge auf den Rhythmus von Bürgerkriegsspielern einzustellen.''

Und: *„Es ist nunmal die Aufgabe der Polizei, die friedliche Bürgerschaft vor Banditentum zu schützen. Die Ordnungshüter haben bei ihrer Pflichterfüllung keine Rücksicht zu nehmen auf eventuelle rotgrüne Koalitionen in Wiesbaden!''*

Noch klarer: **„Die totale Demokratie taugt nicht für viele Deutsche. Sie führt zur Anarchie.''**

Auf breiten Protest stießen diese Provokationen; selbst die „FR'' sprach von einem rechtsradikalen Pamphlet. Allerdings: Der Vorsitzende der CDU-Stadtverordnetenfraktion im Römer, Wenderoth, hat sich nicht nur nicht distanziert, sondern gab ausdrücklich seinen Segen und erklärte, er könne das braune Gehetze sogar ***„Wort für Wort unterschreiben''***.

Anscheinend auch dadurch ermuntert, titelte die November-Ausgabe des „Gallus-Echo'' fröhlich: ***„Wir bleiben dabei''***.

Die Oktoberausgabe der Stadtteilzeitung habe noch *„wesentlich zurückhaltender kommentiert, als viele Bürger im Gallus ihre Meinung bei Gesprächen zum Ausdruck brachten.'' „Es ist interessant, wie empfindlich linke Gruppen und deren Steigbügelhalter auf den Inhalt des Artikels ‚Randalierender Mob ...' reagieren. Während viele der Empfindsamen vor Empörung aufschreien, überschütten sie gleichzeitig die CDU-Gallus mit übelster Kritik, die selbstverständlich noch dankend aufgenommen werden soll. Vorstand und Mitglieder des CDU-Ortsverbandes stehen Wort für Wort hinter dem, was Gerhard Wenderoth anläßlich seiner Pressekonferenz erklärte. Dabei nehmen wir keine Rücksicht auf das Geschreibsel eines Kommentators der Frankfurter Rundschau, der unser Blättchen ein ‚rechtes Kampfblatt' nennt. In guter linker Manier werden uns gleich noch deutlich erkennbare reaktionäre Tendenzen vorgeworfen.''*

Im Ortsbeirat haben inzwischen heftige Auseinandersetzungen stattgefunden, auch Eier wurden dabei gesichtet. Im alten Frankfurter Arbeiterviertel Gallus ist der Ausländeranteil mit 40% besonders hoch. Es verwundert nicht, daß die Weizsäcker-Partei 1984 hier einen deutschnationalen kommunalen Wahlkampf betrieben hat. Die neue, und keineswegs weltbewegende, hessische Ausländerpolitik wurde im „Gallus-Echo'' so kommentiert: *„Und das bedeutet: Jugendliche Mörder, Tot-*

daß die Weizsäcker-Partei 1984 hier einen deutschnationalen kommunalen Wahlkampf betrieben hat. Die neue, und keineswegs weltbewegende, hessische Ausländerpolitik wurde im „Gallus-Echo'' so kommentiert: *„Und das bedeutet: Jugendliche Mörder, Tot-*

schläger, Vergewaltiger, Erpresser, Schläger dürfen nicht, wie das Bundesgesetz es vorsieht, von den Ausländerbehörden ausgewiesen werden.'' (Wendepolitiker Wenderoth) Allerdings reichten die Stimmen für keine CDU-Mehrheit im Ortsbeirat, die besitzen SPD und Grüne.

Wachsamkeit ist angesagt: So tauchte an Gallus-Mauern der Spruch auf: „Günter Sare war Jude''. Man braucht nicht lange zu überlegen, wie der Satz gemeint ist.

O., Ffm.

Uni Hohenheim-Stuttgart:
Ein Platz für Rassisten?

Das Asta-Mitglied Anke Rigbers wird vom Uni-Präsidenten mit Strafen bedroht, weil sie gegen einen rassistischen Vortrag protestiert hatte.

Dies ist die unrühmliche Geschichte, die schon im Sommer 85 der Universität Hohenheim (Stuttgart) und ihrem Alleinherrscher Turner eine zweifelhafte Aufmerksamkeit von Presse, Rundfunk und Fernsehen bescherte.

Was war damals vorgefallen!

Im Sommersemester 85 war der Soziologe Hepp (Osnabrück) zu einem Gastvortrag im Rahmen des Studiums Generale eingeladen worden. Sein Thema: „Aufstieg in die Dekandenz — die Verdrängung der bevölkerungspolitischen Probleme der BRD''!

Recherchen von studentischer Seite ergaben, daß Prof. Hepp u.a. in einer Broschüre „Deutschland ohne Deutsche'' — gedruckt und vertrieben über den „Schutzbund für das Deutsche Volk'' und erschienen im Grabert-Verlag, Tübingen — veröffentlicht hatte, in der er u.a. schreibt: *„Dekadente Nationen haben immer Nachbarn von frischerer Lebenskraft, die auf ihren Gebieten kein Auskommen finden. Immer mehr Immigranten überschreiten daher die Grenzen, überschwemmen das Land, unterwandern zuerst die unteren Schichten des Gastlandes, bis sie nach und nach die ursprüngliche ‚ethnische Masse' ersetzen.''* Und: *„Unfruchtbare Emanzen können kinderreiche Ausländerfamilien betreuen, katholische Bischöfe können sich in der Pose Nathans des Weisen üben und Staatsanwälte haben nach dem Aussterben der Weltkriegsgefahr endlich wieder Gelegenheit, biedere Deutsche wegen ‚Volksverhetzung' und ‚Aufstachelung zum Rassenhaß' zu verfolgen.''*

Nachfragen an der Universität Osnabrück ergaben weiterhin, daß Prof. Hepp dort seit langem umstritten ist. Unter anderem auf Initiative der IG Metall war seine Lehrbefugnis durch den NRW-Wissenschaftsminister Cassens geprüft und — natürlich — nicht entzogen worden. Die Äußerungen Hepps seien durch die Wissenschaftsfreiheit gedeckt. Bereits im April 85 forderten deshalb die studentischen Senatsmitglieder unter Wortführung von Anke Rigbers Unipräsident Turner auf, Hepp wieder auszuladen und wollten diesen Antrag auch ganz formell in der Großen Senatssitzung am 8.Mai (!) diskutieren und zur Abstimmung vorlegen. Doch bereits die Aufnahme des Antrags in die Tagesordnung wurde von der Mehrheit mit 12 : 12 : 1 Stim-

auf, Hepp wieder auszuladen und wollten diesen Antrag auch ganz formell in der Großen Senatssitzung am 8.Mai (!) diskutieren und zur Abstimmung vorlegen. Doch bereits die Aufnahme des Antrags in die Tagesordnung wurde von der Mehrheit mit 12 : 12 : 1 Stim-

men abgelehnt.

Viele Gruppierungen aus einem breiten politischen Spektrum wandten sich daraufhin an Präs. Turner mit der Aufforderung, die Einladung an Hepp rückgängig zu machen, darunter SPD, Grüne, DGB, Interessengemeinschaft ausländischer Mitbürger, zahlreiche Frauengruppen, VVN/BdA, Ausländerausschuß der Stadt Stuttgart, ASten der Unis Marburg, Frankfurt, Göttingen, Dortmund, Osnabrück.

Das Konzil der Universität Osnabrück verabschiedete am 5. Juni eine Resolution, in der sich 137 Wissenschaftler von Hepps Thesen distanzierten. Diese Resolution wurde auch an den Hohenheimer Unipräsidenten geschickt. Doch Turner hielt an der Einladung fest, obwohl nur noch die NPD den Vortrag Hepps unterstützte.

Der 8. Juli 85

Am 8. Juli kam Hepp nach Hohenheim — und mit ihm ca. 1.000 Menschen, die in der überwiegenden Mehrheit der Meinung waren, daß die unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit vorgenommene Verbreitung von rassistischem und faschistischem Gedankengut verhindert werden soll.

So wurde das Podium des Hörsaals spontan von über 100 Personen besetzt, unter ihnen auch Anke Rigbers. Nach tumultartigen Szenen — die Presse sprach später vom „Hexenkessel'' und unter den Rufen „Nazis raus'' mußte Hepp unverrichteter Dinge wieder abziehen. Präs. Turner erklärte noch an Ort und Stelle, daß er den Soziologen nicht wieder einladen würde — der „Aufwand'' sei zu groß. Kurz: Die Aktion war ein voller Erfolg für den demokratischen Protest gewesen!

Nachspiel zum Fall Hepp

Uni-Präsident beschimpft Politiker

„Das geht Sie einen Dreck an." Mit dieser Äußerung des Präsidenten der Universität Hohenheim, George Turner, hat nach Berichten von Teilnehmern gestern abend ein Gespräch zwischen den Bezirksbeiräten von Birkach und Plieningen und Vertretern der Universität Hohenheim geendet. Nach einem zweistündigen Gespräch hatten sich Grüne und SPD bei Turner für jene Studenten eingesetzt, denen wegen des Falles Hepp ein Ordnungsverfahren droht. Turner hat auf die Äußerungen der Politiker sehr heftig reagiert und damit gedroht, das Gespräch abzubrechen. „Diese Reaktion war für mich völlig unverständlich", kommentiert Stadtrat Dr. Rainer Kußmaul den Vorgang. Grüne und SPD verließen unter Protest den Saal. meg

„Stuttgarter Zeitung", 27.11.85

Ein Sieg für die Demokratie! Nicht ganz

Denn Mitte Oktober wurde bekannt, daß gegen Anke Rigbers ein von der Universität eingeleitetes Ordnungsver-

Ein Sieg für die Demokratie! Nicht ganz

Denn Mitte Oktober wurde bekannt, daß gegen Anke Rigbers ein von der Universität eingeleitetes Ordnungsver-

fahren läuft.

Das **Ordnungsrecht** stützt sich auf das Universitätsgesetz, das in BaWü gleichzeitig mit der Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes und der Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft eingeführt wurde.

Es sieht vor, daß eine sogenannte „Einleitungsbehörde'', deren Leiter der Stuttgarter Staatsanwalt Dr. Schick ist, angeblich unabhängig von der Universität ermittelt und dieses Ermittlungsergebnis dann dem Unipräsidenten mitteilt. Dieser kann dann in alleiniger Entscheidungsbefugnis eine Ordnungsmaßnahme aussprechen, z.B. Hörsaalverbot, Rauswurf aus Gremien, bis hin zur Exmatrikulation.

Bemerkenswert an diesem Fall ist, daß sich vor allem Turner in diesem Verfahren gleichzeitig als Ankläger, Zeuge und Richter betätigt — eine Unmöglichkeit in einem „normalen'' Strafverfahren.

Der Antrag des Staatsanwaltes ging an der Uni am 22.11.85 ein. Er fordert gegen Anke den Ausschluß aus den universitären Gremien (d.h. Senat und Fakultätsrat) für die Dauer von zwei Semestern. Anke, die bis zum 3.12. Zeit hatte, dazu eine Erklärung abzugeben, ließ über ihren Rechtsanwalt Thomas Fischer verlauten, daß sie gegen jede Maßnahme vor dem Verwaltungsgericht klagen wird, da sie schon die Einleitung des Ordnungsverfahrens als Ungerechtigkeit und Diffamierung von politisch aktiven Studenten insgesamt einschätzt. Das Ordnungsrecht ist eine Methode, alle Studenten, die unter den besonders in BaWü restriktiven Bedingungen an den Hochschulen noch aktive Politik betreiben, einzuschüchtern. Dies ist in der Vergangenheit auch immer wieder gelungen. Erinnert sei hier nur an die massenhaften Exmatrikulationen in Heidelberg.

Es ist allerdings auch immer wieder gelungen, auf der Grundlage einer persönlichen Betroffenheit von vielen Studenten einen breiten Widerstand gegen Ordnungsverfahren zu organisieren und Turner so unter Druck zu setzen, daß eine harte Bestrafung des „Übeltäters'' ihm politisch nicht mehr opportun erschien. Dies war z.B. 1977 der Fall, als gegen drei AStA-Mitglieder in Hohenheim Ordnungsverfahren liefen.

Daß Turner auf Druck sensibel reagiert, belegt der neben abgedruckte Zeitungsausschnitt auf eindrucksvolle Weise.

Zur Zeit steht seine endgültige Entscheidung noch aus. Man muß nun abwarten, ob die Berichterstattung in Presse, Rundfunk, Fernsehen, die Intervention der SPD im Landtag und nicht zuletzt die Aktionen an der Uni selbst ihr Ziel erreicht haben. Die aktuellste Aktion: Am Mittwoch, den 4.12. sollten 1338 Protest-Unterschriften Herrn Turner übergeben werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die dennoch sein Büro betraten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn

ben werden — von 150 Studentinnen und Studenten. Doch er hatte — natürlich — keine Zeit, da eine wichtige Sitzung. Drei Studentinnen, die dennoch sein Büro betraten, drängte er mit körperlichem Einsatz wieder hinaus. Sein Rechtsreferent drohte sogar mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Wenn

bei dieser Aktion das eigentliche Ziel auch nicht erreicht wurde, so hat es zumindest eines bewirkt: Das Verhalten Turners demonstriert wirkungsvoller als jede theoretische Aufklärung die Arroganz der Macht und zeigt, wie notwendig eine konsequente Interessenvertretung an der Universität ist.

Birgit

Fortsetzung von vorheriger Seite

Leider muß man annehmen, daß nicht in erster Linie antifaschistischer Druck, sondern eher ein sich ins „Peinliche'' steigernder Augenmerk der bundesweiten und z.T. auch internationalen Öffentlichkeit auf Frankfurt für die Entscheidung maßgeblich war. Kam zuerst der Demonstrant Günther Sare beim Protest gegen die NPD durch einen Wasserwerfer der sie schützenden Polizei zu Tode, gab es im Anschluß daran die heftige Debatte um Antisemitismus wegen der versuchten Aufführung des Fassbinder-Stückes „Der Müll, die Stadt und der Tod''. So half der Beschluß der Verwaltungsrichter der Stadt etwas aus der Verlegenheit der negativen Schlagzeilen (wer's genau wissen will: Das Aktenzeichen ist VII/3G 2531/85).

Aber nur vorübergehend. Am 12.12. befand der Verwaltungsgerichtshof Kassel (VGH) das genaue Gegenteil: Die NPD dürfe sich am 15.12. im Haus Dornbusch im Frankfurter Norden versammeln. Die Rechtsvorschriften der Alliierten zur Befreiung vom Nationalsozialismus, jenes Kontrollratsgesetz Nr. 5, seien 1958 „aufgehoben'' worden. Wenn dem so wäre, dann ist es außerordentlich interessant, daß die Öffentlichkeit erst heute davon unterrichtet wird. Dann wäre der Artikel 139 de facto nicht existent: Es stünden also Sätze in der bundesdeutschen Verfassung, die keine reale Bedeutung haben, die lediglich zum Zweck der Optik ausgedruckt werden. Es gäbe gar keine antifaschistische Aussage des Grundgesetzes,... und es gäbe möglicherweise nicht einmal ein rechtswirksames NSDAP-Verbot! Der hessische VGH hat ein erstaunliches, wenn nicht sensationelles Urteil gefällt, das den einschlägigen Ruf der BRD-Justiz einmal mehr unterstreicht. Wie wird das demokratische Lager auf diesen Handstreich reagieren, der die Rechtsprechung möglicherweise beachtlich verändert? Die Kasseler oder die Frankfurter Linie — die Gesellschaft muß sich entscheiden.

KB/Gruppe Frankfurt

Haltet die Mülltonnenplätze rein,
werft Müll und Asche nicht daneben,
sondern stets in die Tonne hinein.
Ihr wollt doch nicht wie Zigeuner leben.

Hamburg:
Konservative Provokation in Polizeifestung

Die Hamburger Polizei hat sich wieder einmal um die Aufrechterhaltung der Demokratie verdient gemacht. Ungeachtet öffentlicher, selbst bis in die SPD hineinreichender Proteste, sicherte sie mit mindestens 1000 Mann die Durchführung des von der ,,Konservativen Aktion'' für das Wochenende des 30.11. und 1.12. angekündigten ,,Freiheitskongress'' für Rudolf Hess.

Die von zeitweise bis zu zweitausend Menschen versuchte Blockade des Kongress-Beginns wurde von den Ordnungshütern blutig auseinandergeknüppelt.

Auf dem von ca. 500 Anhängern der ,,Konservativen Aktion'' besuchten Kongress konnten die konservativen Provokateure dann die ihrer Ansicht nach überfällige Revision der Ergebnisse des 2. Weltkriegs fordern und ihre Absicht verkünden, einen erneuten Anlauf für die Bildung einer 4. Partei bis zum Jahr 87 unternehmen zu wollen.

Das ,,Aktionsbündnis gegen den ,,Freiheitskongress'' der ‚Konservativen Aktion' '' erklärte, man habe vor der polizeilichen Machtdemonstration zurückweichen müssen, werde aber auch in Zukunft vergleichbare Provokationen wie die dieses Kongresses nicht tatenlos hinnehmen.

Vor weiteren Aktionen soll allerdings eine kritische Auswertung der Ergebnisse der Aktion vorgenommen werden, die auch eine Bewertung der in den letzten Monaten in Hamburg vorangegangenen Aktionen zum Tod von Günter Sare und zur Verhinderung des HIAG-Treffens einschließen soll.

Schon im Vorfeld des angekündigten Kongresses war es zu erheblichen öffentlichen Auseinandersetzungen gekommen.

Ermutigt durch die erfolgreich durchgeführte Protestdemonstration gegen den Tod von Günter Sare am 5.10.85, sowie die gelungene Verhinderung der geplanten SS-HIAG Jubelfeier anläßlich von deren 35jährigem Bestehen, hatte dasselbe Aktionsbündnis, das diese Aktivitäten getragen hatte, schon Wochen vor dem Kongress-Termin zu dessen Verhinderung aufgerufen.

Das Bündnis reichte diesesmal von den Jusos über das DKP- und VVN/BdA-Spektrum über die GAL und den KB bis hinein ins autonome Lager. Nicht an den Aktionseinheitsverhandlungen beteiligt waren die um die Hafenstr. gruppierten Teile der Szene.

Das auf die Verhinderungsaufforderung hin einsetzende politische Spielchen von Senat und SPD wurde wieder einmal zum staatsbürgerlichen Lehrstück in Sachen SPD und Antifaschismus:

Erster Akt: Der Senat erwägt ein Verbot — allerdings nicht etwa des geplanten Kongresses der konservativen Provokateure, sondern der angemeldeten Gegenaktion vor dem als Tagungsstätte vorgesehenen Gebäude der ,,Patriotischen Gesellschaft''.

Zweiter Akt: Auf dem Landesparteitag der SPD wird ein Antrag verabschiedet, der die ,,Konservative Aktion'' als ,,direkte Nachfolge der Steigbügelhalter des Faschismus in der Weimarer Republik'' bezeichnet. Die ebenfalls in dem Antrag geforderten praktischen Konsequenzen allerdings, u.a. die ,,Kündigung des Mietvertrags, ggfls. das Verbot der Veranstaltung'', sowie die Aufforderung ,,Verständnis und Unterstützung für Proteste der Hamburger Öffentlichkeit' zu äußern, werden ersatzlos gestrichen.

Dritter Akt: Nachdem schon die VVN/BdA und die GAL sich per entsprechendem Schreiben an die ,,Patriotische Gesellschaft'' mit der Aufforderung gewandt hatten, der ,,Konservativen Aktion'' die Versammlungsräume zu kündigen, lanciert nun auch die SPD mit viel Getöse ein gleichartiges Schreiben an die Öffentlichkeit.

Vierter Akt: Der allseits beliebte juristische Eiertanz um die Raumvergabe beginnt. Die ,,Patriotische Gesellschaft'' kündigt die Versammlungsräume. Die ,,Konservative Aktion'' erwirkt eine einstweilige Verfügung, die Kündigung für nichtig erklärt. Die Gesellschaft legt Widerspruch gegen diesen Entscheid ein. Der Widerspruch wird am Freitag vor Beginn des Kongresses abgelehnt.

Während dies alles läuft, erscheint ein Vertreter der Hamburger SPD — in Gestalt eines Mitglieds eines ihrer Bezirksverbände — im Bündnis. Er versucht, den bis dahin geltenden Aktionskonsens zu kippen und das Bündnis zu spalten. Er fordert eine Umbesetzung der Redner für die geplante Veranstaltung. Der KB-Redner soll raus. Dafür soll ein SPD-Redner rein, weil die SPD die Massen repräsentiere. Des weiteren verlangt er, daß in Bezug auf die geplante Blockade-Aktion eine öffentliche Gewaltverzichtserklärung abgegeben werde.

Als er sich weder mit diesen Vorstellungen durchsetzen, noch das Bündnis an diesen Fragen spalten kann, verläßt er mit der Drohung nicht näher bezeichneter ‚politischer Konsequenzen', die die Versammelten zu tragen haben werden, die Verhandlung.

Fünfter Akt: Bereits ab Freitag abend läßt Hamburgs Innensenator Lange die Zugangsstraßen zum Gebäude der ,,Patriotischen Gesellschaft'' mit Containern und sog. Hamburger Gittern abriegeln. 1000 Mann Polizei, samt zivilen Greif- und Schlägertrupps, sichern diese Polizeifestung nach Brokdorf-Manier. Ca. 500 Mann stehen mit einer Wagenburg im Innern des abgeriegelten Geländes. Weitere ca. 500 stehen — in Eingreifzügen von je 50 bis 100 Mann im Ring von außen um das gesicherte Gelände.

Anderthalb Stunden lang, von ca. 13.00 Uhr bis eine halbe Stunde nach dem offiziellen Beginn um ca.14.30 Uhr, können die ca. 2.000 Demonstranten und Demonstrantinnen vor den insgesamt 5 Polizeisperren den Zugang für die Teilnehmer des Kongresses blockieren.

In den erregten Auseinandersetzungen vor diesen Blockaden erleidet ein sehr bejahrter Parteigänger der ,,Konservativen Aktion'' eine Herzattacke, der er kurz darauf im Krankenhaus tödlich erliegt. Die Polizei nimmt dies zum Anlaß, daraufhin die Blockaden durch Ausfall aus dem Innern der Absperrung blutig auseinanderzujagen.

Soweit der Auftritt der Hamburger SPD und des SPD-geführten Senats, der keinen Zweifel daran läßt, auf wessen Seite sowohl SPD wie auch Senat stehen und in Zukunft stehen werden, sofern es nicht um schöne Sprüche, sondern um die Praxis geht.

Grund genug für ehrliche SPD-Linke, sich und ihrer Partei einige unbequeme Fragen zu stellen.

Unbequemen Fragen muß sich aber sicher auch das Aktionsbündnis stellen.

Angesichts der erkennbaren Aussichtslosigkeit weiterer Verhinderungsversuche sah sich die Aktionsleitung des Bündnisses nach dem Polizeiausfall genötigt, zum Abbruch aufzurufen. Das angegebene Aktionsziel, die Verhinderung des Kongresses der ,,Konservativen Aktion'', wurde nicht erreicht.

Das wirft selbstverständlich die Frage nach der von dem Bündnis gegebenen Aktionsorientierung auf: War die Absicht der Verhinderung angesichts des Zwittercharakters der ,,Konservativen Aktion'' als gutbürgerlicher, mit Kräften der CDU/CSU verbundener Agentur faschistischer Inhalte im konservativen Lager zum einen, sowie angesichts des aktuellen Kräfteverhältnisses zum andern eine realistische Zielsetzung, oder wäre in diesem Fall weniger mehr gewesen?

Wäre es andererseits ohne eine solche Orientierung gelungen, die öffentliche Aufmerksamkeit so weit, wie es immerhin erreicht wurde, auf das provokative Gebaren der ,,Konservativen Aktion'' zu lenken? Wenn über diese Frage auch im Bündnis eine offene Auseinandersetzung zustandekäme, wäre das sehr zu begrüßen.

F.


Konservative Aktion
Schwanenwik 33, 2000 Hamburg 76, Telefon: 040/2295212

burg darauf hinwiesen, wollten uns ...
niederbrüllen. Moskaus nützliche Idioten hatten Großeinsatz. Der rote
Pöbel tobte durch die Hamburger Innenstadt. Aber ein Großteil unserer
Medien feierte dieses Gesindel als "friedliebend" als "junge, mutige
Leute gegen die alten Faschisten". Weil wir uns für die Freiheit eines
fast 92 Jahre alten Mannes einsetzen, sind wir "Faschisten". Wir lassen
uns nicht einschüchtern. Auch in Zukunft nicht. Jetzt erst recht nicht.

Ihnen haben wir zu danken, daß dieser Kongreß – trotz allem – zu einer
machtvollen Demonstration der Deutschen Konservativen werden konnte.
Ihnen haben ... ken, daß auf diesem Ko...

Der Kongreß live:

Der Kongreß live:

Wo, bitte, geht's hier zum Erfolg?

Auf dem Kongreß bemühte sich die ,,Konservative Aktion'', den großspurigen Ankündigungen ihrer Hochglanzeinladungen gerecht zu werden. ,,In diesem Jahr'', so hatte sie in ihrem letzten Einladungsschreiben vor dem Kongreß verlauten lassen, ,,gab es für die

hatte sie in ihrem letzten Einladungsschreiben vor dem Kongreß verlauten lassen, ,,gab es für die

KONSERVATIVE AKTION kein einziges politisches Tabu vor dem wir uns nicht gedrückt hätten.'' Angekündigt war diesmal u.a.: die Forderung ,,Freiheit für Heß'', ,,Ausländer und Abtreibung / Untergang der deutschen Nation'', ein Law-and-order-Auftritt des Hamburger ex-VS-Chefs J. Horchem zur ,,Inneren Sicherheit'', Fackelmarsch und Feuerwerk ,,für die Freiheit für die unterdrückten Deutschen im kommunistischen Machtbereich'', Fahnenaufmarsch von ,,allen deutschen Ländern'' uam.

Nicht alles kam so wie angekündigt. Auf der Strecke blieb der Fackelmarsch. Auf der Strecke blieb der Auftritt Horchems. Der Redner aus dem ,,engsten Mitarbeiterkreis Ronald Reagans'' erwies sich als untergeordneter US-ex-Militär mit ,,Verbindungen zu ...'', auch die großspurig angekündigten ,,Spontanaktionen'' der ,,Konservativen Jugend Deutschlands'' blieben aus.

Was blieb, war aber durchaus noch provokativ genug:

— Die Podiumsdiskussion zum Thema ,,Ausländer und Abtreibung — Untergang der deutschen Nation?'': Dort versammelte sich ein bemerkenswertes Spektrum knallharter Rassisten. Es reichte von dem Mitglied des ,,Heidelberger Kreises'', Robert Hepp über den radikalen Abtreibungsgegner Joachim Wiesner (FDP) bis hin zu dem Braunschweiger Oberstadtdirektor Weber. In drastischen Tönen forderte man die Vertreibung von Ausländern aus der BRD beklagte den ,,biologischen Selbstmord'' des angeblich von ,,Abtreibungsseuche'' und ,,Asylflut'' gebeutelten deutschen Volkes. Das Fazit: Ausländer raus. Deutsche rein!'' (HR, 5.12.)

— Zentraler Aufhänger blieb, wie angekündigt, die Podiumsdiskussion zum Thema ,,Freiheit für Heß''. Eine — allerdings! — ,,aufrüttelnde Video-Rede des Historikers Golo Mann wurde eingespielt: Er vermochte in Heß lediglich einen ,,wahren Grünen'' und ,,überalterten Pfadfinder'' zu entdecken, ,,der rein gar nichts Bösartiges an sich hat'' (DAS, 8.12.)

Mit dieser Schützenhilfe bekräftigten der langjährige Heß-Anwalt und ehemal. bayerische Innenminister Seidl sowie der Vorsitzende der ,,Konservativen Jugend'', Michael Stange die immer wieder aus Nazi Kreisen vorgebrachte Behauptung, Heß säße nur deshalb im Knast, weil er ein ,,Opfer der Sieger- und Unrechtsjustiz sei''.

Im übrigen, betonten sie, ginge es keineswegs darum, Heß' Freilassung aus humanitären Gründen zu fordern, vielmehr sei es notwendig, die deutsche Geschichte endgültig von ihrem ,,Verbrecheralbum''-Image zu befreien.

Das waren deutliche Worte, die von der Mehrheit der Kongreßgäste dankbar aufgenommen wurden.

Es fehlten nicht die Reden zur ,,Erneuerung konservativer Politik'', zur ,,deutschen Einheit in den Grenzen von 1939'' — untermalt durch die ,,kulturellen Höhepunkte'' wie das Abspielen der Nationalhymne in allen drei Strophen, den Vorbeimarsch einer ,,gesamtdeutschen Fahnenstaffel'' etc. — ,,viel nationalistisches Brimborium'', wie die FAZ (2.12.) bemerkenswerterweise kommentierte.

Schwarzbraun — eine schwierige Basis

Wenige Tage vor dem Kongreß drohte die ,,Konservative Aktion'' den angekündigten Gegendemonstranten, der eigens von ihnen angeheuerte Staatsschutz werde dafür zu sorgen wissen, daß es ,,eindringenden Störenfrieden ... nach wenigen Minuten leid tun dürfte ...'', daß ,,die rot und grün lackierten Nazis ... dann ihr ‚blaues Wunder' erleben'' würden.

Die Wirklichkeit unterschied sich von dieser Drohung um eine interessante Variante: Gegen die Proteste brauchte nicht die ,,Konservative Aktion'' ihre Schläger einzusetzen; das besorgte die Hamburger Polizei. Stattdessen wurden die KA-Schläger gebraucht, um die auf dem Kongreß erschienene NPD am Verteilen ihres Flugblattes zu hindern.

Dies kennzeichnet sinnfällig den Widerspruch, unter dem der gesamte Kongreß der KA stand: Einerseits möchte man der ,,erneuerungsbedürftigen'' CDU/CSU ein ,,neuer Partner'' sein, die überfällige Wende endlich durchzusetzen und die Bündnistreue zu NATO und USA zu stärken. Andererseits ist man einem geschichtsrevidierenden, mit völkisch-rassistischen Spitzen durchwobenen ,,deutschen Nationalismus'' verpflichtet — der sich mit der NATO-Treue nur mühsam verbindet.

Der ausdrückliche Wunsch, Deutsch-Nationalismus ,,klassischer'' Art und NATO-Bündnistreue in Einklang zu bringen, die heißen Eisen des Neo-Faschismus mit Erneuerung von Konservatismus in der heutigen europäischen Wirklichkeit zu verbinden, förderte auf diesem Kongreß einmal mehr skurile Formen zutage:

— Während die Führung der KA auf einen Kurs orientiert, der die USA sowie ihre militärische Präsenz in der BRD zum A & O antisowjetischer Strategie, die Hofierung Reagans als Hohepriester des Antikommunismus zum wichtigen Bestandteil der Agitation macht, stoßen diese Tendenzen auf nicht unerhebliche Kritik in den eigenen Reihen. So wurde der Position, die Angriffe auf die ,,alliierte Rache- und Unrechtsjustiz'' doch bitte schön zugunsten eines einheitlichen Kurses gegen die Sowjetunion einzustellen, von Ludek Pachmann entgegengehalten: *,,Falls es notwendig ist, die Geschichtsbücher zu revidieren,* (in Bezug auf die ‚Denunziation' des Faschismus als verbrecherisch, d.V.) *werden wir das tun!''* (DAS, 8.12) Das rief begeisterte Reaktionen bei Teilen des Publikums hervor.

Desgleichen ist der KA das Votum der US-Führung gegen die SU zwar wichtig, nur radikaler möchte man es schon. Um hier vorhandene ,,Ableichungsprobleme'' zu beseitigen, ging man während des Kongresses u.a. so weit, den Redebeitrag des so angekündigten ,,geheimnisvollen US-Politikers'', des Vorsitzenden des antikommunistischen ,,United States Council for World Freedom'', Chopiwsky, ,,sehr frei, aber emphatisch'' in der gewünschten Richtung zu übersetzen.

— Ähnliche Probleme ergaben sich bei der Behandlung der ,,Ausländerfrage'': Auf der einen Seite ein scharfer Radikalismus, der Untergang und die ,,genetische Degeneration des deutschen Volkes'' mit ungeschminktem Rassismus beschwörend, zum anderen aber, für die Öffentlichkeit bestimmt und daher im internen Kreis der Anhänger nicht gerne gehört, ein moderater Ton, der ,,billige, polemische Hetze nach dem Motto ‚Ausländer raus!' '' als momentan nicht sehr dienlich beurteilt. Und wenn gegen ,,die Türken'', dann bitte vorsichtig, denn schließlich deckt die Türkei die Ostflanke der NATO, leistet also mithin dringend erwünschte Bollwerkarbeit gegen die ,,Bestie der Menschheit — den Kommunismus''.

— Letztlich die Frage nach dem Bündnisangebot an CDU und CSU: Seit ihrer Gründung ist die KA, z.T. erfolgreich, erpicht darauf, Vertreter der Unionsparteien in ihre Reihen einer ,,neuen Poltik, einer sauberen konservativen Politik'' (so im Einladungsschreiben vom 7.11.) einzubinden.

So gehört etwa F.J. Strauß für die KA zu den Menschen, auf die ,,wie immer in heiklen Situationen, Verlaß ist'', zu jenen, die sich auch herabließen, mal eine Spende oder ein Dankschreiben für US-freundliche Aktionen der KA abzudrücken. Jedoch: Gerade der Hamburger Kongreß pochte deutlich darauf, sich von ,,Kreditvermittlern für Honnecker'' abzugrenzen und der ,,versprochenen Wende'' Forderungen nach ihrer endlichen Umsetzung gegenüberzustellen.

Unter dem Gesichtspunkt, daß gerade letztere Kritik bei den Anhängern auf offenbar weitgehende Unterstützung stößt, verwundert es zunächst nicht, daß sich etliche Unionspolitiker, zumindest in der Öffentlichkeit, gegenüber dem Verein mit der kaum zu überdeckenden braunen Weste zunehmend distanzierter verhalten.

Rechte Schreihälse

An dieser Distanz wie auch an den mit

Rechte Schreihälse

An dieser Distanz wie auch an den mit dreister Radikalität vorgebrachten Parolen dürfte es denn auch liegen, daß von den Ankündigungen der KA bezüglich ihrer mobilisierbaren Sympathisanten sowie ihres politischen Einflusses im wesentlichen Großmäuligkeit zurückbleibt.

Waren bereits ihre 1983 in Berlin angekündigten Aktionen überwiegend mangels Masse ins Wasser gefallen, so konnten auch in Hamburg die ursprünglich anvisierten ,,Tausende'', selbst die später korrigierend genannten ,,Hunderte von Konservativen'' nicht auf die Beine gebracht werden. Bei Teilnehmerzahlen, die sich im Bereich von 140 (HA, 2.12.) und maximal 350 (HR, 5.12.) nachmittags, sowie hochgeschätzt 600 am Heß-Abend bewegten, auch in Hinblick auf die ausgefallenen Teile des Programms, nimmt sich der vollmundige Anspruch der Löwenthal/Pachmann-Truppe eher als propagandistisches Wunschdenken aus.

Die angekündigte ,,Entscheidungsschlacht der Deutschen Konservativen'', die ,,Ende des Jahres (...) unsere Ideen für unser geliebtes Vaterland endgültig zum Durchbruch bringen'' sollte, war höchstens der magere Auftakt zur Neuauflage der Bestrebungen zur Gründung einer ,,4. Partei''. Unter dem ambitionierten Anspruch, bis 1990 zur drittstärksten politischen Kraft in Deutschland'' heranzuwachsen, propagierte die KA zum Kongreßschluß trotzdem unverdrossen die Gründung einer ,,Konservativen Partei''. Ausgerechnet zur Landtagswahl 1987 in Bremen soll dieser Haufen antrittsbereit sein und erste Lorbeeren gewinnen. Mit wem?

Die bisherige und durchaus für einige Zeit absehbare Erfolglosigkeit der KA bei der Entwicklung einer Massenbasis darf allerdings nicht über die Gefährlichkeit dieses Vereins als provokatives rechtsradikales Propagandazentrum mit Einflußmöglichkeiten im konservativen Lager hinwegtäuschen. Seine Versuche, explizit faschistisches mit konservativem Gedankengut zu verbinden und diese Mischung zu verbreiten, bedarf einer gründlichen Aufmerksamkeit.

Pe.

Die 'Wirtschaftswunderkinder' aus Hannover oder »Die Terroristen sind nicht vom Himmel gefallen«

(Dregger im Bundestag, 1977)

Wie man eine ,,terroristische Vereinigung'' macht, demonstrierten Bundesanwaltschaft und Ermittlungsbehörden exemplarisch in Hannover.

Seit am 1. Juni vor dem Verwaltungsgebäude der Messe-AG ein ,,Attentäter von einer Bombe zerfetzt'' wurde (Presseslogan), ermittelt man hier nach §129a nach einer vermeintlichen ,,terroristischen Vereinigung Wirtschaftswunderkinder''. Fünf durchgeführte bzw. geplante Anschläge möchte die Bundesanwaltschaft mittlerweile den fünf der Mitgliedschaft oder Unterstützung Beschuldigten zuordnen. Obwohl von diesen — nach der Haftaussetzung für Horst Mönnecke im September und der Einstellung der Ermittlungen gegen einen Beschuldigten — nur noch Isabel Jacob in Untersuchungshaft sitzt, wurde der Haftbefehl gegen sie ausgeweitet. Gesucht wird außerdem nach weiteren ,,unbekannten Personen''.

Keine Erzwingungshaft für den Zeugen Albrecht W.; Aussetzung des Haftbefehls für Horst Mönnecke — diese beiden erfreulichen Nachrichten erreichten Ende September die von den 129a-Ermittlungen Betroffenen.

Von Albrecht, einem ehemaligen Mitbewohner Isabel Jacobs, die als Hauptbeschuldigte seit Anfang Juni in Untersuchungshaft sitzt, hatte die Bundesanwaltschaft vor allen Dingen etwas über Isabels politische Einstellung zum Staat und zur Gewalt wissen wollen. Nachdem Albrecht trotz Androhung von Beugehaft mehrmals eine Aussage zu diesem Punkt vor der Bundesanwaltschaft verweigert hatte, mußte er am 19.9. vor Ermittlungsrichter Gollwitzer am BGH erscheinen. Wider Erwarten beschränkten sich die Fragen auf die Vorfälle am 2. Juni, zu denen Albrecht bereits öffentlich erklärt hatte, nichts aussagen zu können. Er war aus der gemeinsamen Wohnung mit Isabel schon längere Zeit vorher ausgezogen.

Daß die sachlich ungerechtfertigte und zudem ergebnislose Vernehmung trotzdem durchgeführt wurde, diente augenscheinlich der Bundesanwaltschaft dazu, ihr Gesicht zu wahren. Noch überraschender kam die Aussetzung des Haftbefehls gegen Horst Mönnecke. Nach mehr als drei Monaten Untersuchungshaft konnte Horst am 24.9. die Braunschweiger Justizanstalt verlassen. Er war wenige Tage nach der Explosion am Messegelände zunächst unter der Beschuldigung der Unterstützung, später der Mitgliedschaft in einer ,,terroristischen Vereini-

am 24.9. die Braunschweiger Justizanstalt verlassen. Er war wenige Tage nach der Explosion am Messegelände zunächst unter der Beschuldigung der Unterstützung, später der Mitgliedschaft in einer ,,terroristischen Vereini-

gung'' verhaftet worden. Über die vorliegenden ,,Beweise'' für die Untersuchungshaft waren ebenso dürftige und widersprüchliche Angaben gemacht worden, wie über die Gründe zur Haftaussetzung. Sie sei ,,nach dem Stand der Ermittlungen zu verantworten'', heißt es dazu im Entlassungsbescheid. Die Entlassung selbst war durch einen Anruf beim Anwalt von der BAW initiiert worden. Zudem wurde dem Anwalt von Horst unter der Hand mitgeteilt, daß die Ermittlungen wahrscheinlich Anfang Dezember abgeschlossen seien.

Einschätzungen allerdings, nach denen ,,die Haftentlassung von Horst als indirektes Eingeständnis der BAW, daß ihre Konstruktion auf tönernen Füßen steht'' zu werten sind und damit verbundene Hoffnungen erwiesen sich als trügerisch. Nach der Freilasung von Horst wurde von Isabel und ihrem Anwalt ein außerordentlicher Haftprüfungstermin beantragt. Er fand am 5.11. statt und endete mit einer Erweiterung des Haftbefehls wegen unerlaubtem Waffenbesitz und wegen eines Sprengstoffanschlags am 10. Mai vor dem Gebäude des Einzelhandels in Hannover. Seit Anfang Juli waren die Ermittlungen auf diesen Anschlaag mit ausgedehnt worden. Ein Sprengkörper der Bundeswehr war angeblich im Keller von Isabels Wohnung gefunden worden. Allerdings war dieser Keller bereits am 3. Juni durchsucht worden. Warum der Sprengkörper erst jetzt, fünf Monate später, auftaucht, ist erstaunlich ...



Bemerkenswerter ist die Erweiterung des Haftbefehls auf den Anschlag am Einzelhandel, der sich auf ein Gutachtern über die verwendete Bombe sowie auf einen Vergleich der Bekennerschreiben zum Einzelhandel (unterschrieben ,,die Unausstehlichen'') und der angeblich in 138 Exemplaren gefundenen Erklärung der Wirtschaftswunderkinder stützt. Wie aus einem an die (aussageverweigernden) Zeugen gerichteten Schreiben und den Anwälten inzwischen überlassenen Akten hervorgeht, möchte die Bundesanwaltschaft den ,,Wirtschaftswunderkindern'' fünf durchgeführte bzw. geplante Anschläge zuordnen:

— Anschlg am 10.5. am Einzelhandelsgebäude in Hannover. Verwendet wurde eine sogenannte Kordelbombe. Ein Bekennerbrief, unterzeichnet ,,die Unausstehlichen'', wurde an die Presse verschickt.

— Anschlag am 1.5. am Verwaltungsgebäude der Messe-AG, bei dem Jürgen Pemöller starb, mit einer Feuerlöscherbombe. Zugeordnet wird diesem Anschlag die im Keller ,,gefundene'' Erklärung der Wirtschaftswunderkinder. Außerdem sei am Messegelände ein präparierter Wecker entdeckt worden, den die BAW

— einer Kordelbombe zuordnen möchte, die laut besagtem Bekennerbrief am Wirtschaftsministerium in derselben Nacht explodieren sollte. Diese Kordelbombe wurde nicht gefunden. Dieser Punkt wird von der BAW u.a. als Beweis dafür herangezogen, daß es weitere Mitglieder der ,,Wirtschaftswunderkinder'' geben

derselben Nacht explodieren sollte. Diese Kordelbombe wurde nicht gefunden. Dieser Punkt wird von der BAW u.a. als Beweis dafür herangezogen, daß es weitere Mitglieder der ,,Wirtschaftswunderkinder'' geben

muß.

— Desweiteren wird aus den ,,Kellerfunden'' einer ,,vorbereitete Kordelbombe'' genannt

— genauer: ein Karton, in dem sich eine Plastiktüte mit Sprengstoff befunden hätte; der Karton sei noch nicht mit ,,Kordeln'' umwickelt gewesen — und ein aufgebohrter Feuerlöscher, der aus einem Unigebäude gestohlen worden sei, in dem Isabel gearbeitet hatte.

Alle diese Behauptungen stützen sich im wesentlichen nur auf die ,,Funde'', die man in Isabels Keller gemacht haben will (und bei dessen Durchsuchung unseres Wissens kein unabhängiger Zeuge dabei war). Laut Gutachten konnten die gefundenen Gegenstände bislang keinem der Beschuldigten zugeordnet werden. Einziges konkretes Ermittlungsergebnis war ein Fingerabdruck von Isabel auf einer Broschüre und die Entdeckung, daß Schaltvorrichtungen an zwei Bomben mit einem Filzschreiber derselben Sorte gemacht wurden. Erhärtet werden konnte auch eine Beteiligung Isabels an der Messeaktion nicht. Eine Gegenüberstellung mit dem Kleingärtner, aufgrund dessen Beobachtungen damals die bundesweite Fahndung gegen sie u.a. ausgelöst wurde, hat bis heute nicht stattgefunden. Weitere Zeugenaussagen aus der Umgebung des Messegeländes liegen nicht vor. Vor diesem Hintergrund stützt sich die Beweisführung der Bundesanwaltschaft für die Existenz einer ,,terroristischen Vereinigung'' vorwiegend auf die politische Auswertung von Texten, die ebenfalls im Keller gefunden worden sein sollen. ,,Dieses (das Bekennerscheiben der Wirtschaftswunderkinder) und anderes sichergestelltes Schriftgut deutet darauf hin, daß sich nicht der tödlich verunglückte Jürgen Pemöller und die Beschuldigte Jacob hinter der Bezeichnung Wirtschaftswunderkinder verbergen, sondern daß sich zusammen mit ihnen noch weitere Personen zu einer Vereinigung zusammengeschlossen hatten, die einen revolutionären Umsturz herbeiführen wollte'' (aus dem Antrag an den Strafsenat bezüglich der aussageverweigernden Zeugen). Angeführt werden Texte wie ,,Konzept der Kaderguerilla'' oder Zitate wie ,,Zerschlagung des Systems''.

Antrag an den Strafsenat bezüglich der aussageverweigernden Zeugen). Angeführt werden Texte wie ,,Konzept der Kaderguerilla'' oder Zitate wie ,,Zerschlagung des Systems''.

Ob diese Beweisführung ausreicht, die dritte ,,terroristische Vereinigung'' der BRD (bislang gibt es nur RAF und 2. Juni) aus der Taufe zu heben, bleibt abzuwarten. Abgesichert werden soll damit auf jeden Fall eine abschreckend hohe Verurteilung von Isabel.

Über Hannover hinaus weist auch das Vorgehen der Bundesanwaltschaft gegen die Zeugen, die Anfang Juli die Aussage verweigerten. Diejenigen, die Widerspruch gegen das gegen sie erhobene Ordnungsgeld erhoben hatten, erhielten im November eine fünfzehnseitie Stellungnahme der BAW (anstelle eines Dreizeilers, der angesichts der Rechtslage zur Durchsetzung der Ordnungsgelder vollends genügt hätte). Neben einer ausführlichen Beschreibung des Ermittlungsstandes gegen die Wirtschaftswunderkinder enthält das Papier den Vorwurf des kollektiven Aktes der Zeugnisverweigerung — dessen politischer Hintergrund mit einem langen Zitat aus einem Zeugenflugblatt nahegelegt wird — sowie eine genaue Auflistung der Fragen, die an die Zeugen gestellt werden sollten:

,,Im einzelnen sollten die Zeugen danach befragt werden, ob sie einzelne oder alle Beschuldigten kennen, wann sie die Beschuldigten zum letzten Mal gesehen hatten, ob sie anwesend waren, als die Beschuldigten über Themen wie Terrorismus, Revolution, gewaltsame Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung, militante Anschläge und anderes gesprochen haben, ob sie aus eigenem Wissen sagen konnten, wie die Beschuldigten militanten Aktionen gegenüberstanden, ob sie bei einem Besuch in den Wohnungen der Beschuldigten Gegenstände bemerkt hätten, die mit der Herstellung von Sprengkörpern im Zusammenhang stehen und ob sie weitere ergänzende Angaben zu den persönlichen Verhältnissen der Beschuldigten machen konnten''.

Anwälte werteten das angfügte Zitat aus einem BVG-Urteil (es liegt nicht im Ermessen des Zeugen, die Aussage zu verweigern) als ,,Wink mit dem Zaunpfahl'', für diese offensichtliche Art von Ausforschungen ein Präzedenzurteil zu fällen.

Soweit zur Bundesanwaltschaft. Die Erforschung der Szene setzt derweil die Sonderermittlungskommission der Polizei fort. Schon kurz nach der Entlas-

Zaunpfahl'', für diese offensichtliche Art von Ausforschungen ein Präzedenzurteil zu fällen.

Soweit zur Bundesanwaltschaft. Die Erforschung der Szene setzt derweil die Sonderermittlungskommission der Polizei fort. Schon kurz nach der Entlas-

sung von Horst kam es zu einer neuen Welle von Vorladungen, überwiegend in seinem Bekanntenkreis. Betroffen u.a. waren Mitglieder der Naturfreundejugend, bei denen Horst 1981 Mitglied war. Damit nicht genug, erschien die Polizei im Büro der Naturfreunde und verlangte Einsicht in die Mitgliederkartei. Ohne Erfolg allerdings. Die illegalen Datensammler wurden abgewiesen.

Vorläufiges Fazit

Ein wesentlicher Punkt unterscheidet das hannoversche Ermittlungsverfahren bisher von dem 129a-Prozessen gegen Claudia Wannerdorfer und gegen vier Rüsselsheimer. In Hannover wurde offiziell darauf verzichtet, Bezüge zur RAF herzustellen und auf der Konstruktion der ,,Wirtschaftswunderkinder'' als einer politisch und praktisch eigenständig agierenden Gruppe beharrt.

Seit der Einführung des §129a 1977 sind gerichtsoffiziell nur zwei Gruppen ,,anerkannt'' worden: RAF und 2. Juni. Alle seitdem erfolgten Verurteilungen nach 129a stützen sich auf behauptete Mitgliedschaft, Unterstützung oder Werbung für eine dieser beiden Gruppen, meist der RAF. Der Begriff Mitgliedschaft wurde dabei inzwischen soweit ausgelegt, daß allein die angebliche Zugehörigkeit zu einer ,,terroristischen Vereinigung'' zur Verurteilung ausreicht. Ein konkreter Tatnachweis muß nicht mehr geführt werden. Ausgeweitet wurde aber auch der Begriff der Unterstützung. Zuletzt beim Anklagevorwurf gegen Claudia Wannendorfer. Weil der kollektiver Hungerstreik der RAF-Häftlinge eine ,,Fortsetzung des terroristischen Kampfes mit anderen Mitteln'' sei, sei eine Unterstützung des Hungestreiks auch zugleich Unterstützung der RAF — und die ist strafbar.

Es liegt auf der Hand, daß derart an den Haaren herbeigzogene Begründungen auf Dauer nicht haltbar sind. Zwar hat es schon früher Versuche gegeben, neue ,,terroristische Vereinigungen'' gerichtlich feststellen zu lassen — die Aburteilung der Revolutionären Zellen scheiterte mangels Beweisen — allerdings scheinen die zahlreichen kleineren Anschläge während und nach dem Hungerstreik der RAF-Häftlinge um die Jahreswende der Suche nach neuen Wegen Auftrieb gegeben zu haben.

In Rüsselsheim wird denn auch die ,,Werbung'' für die RAF (Beschuldigte sollen beim Malen von RAF-Parolen beobachtet worden sein) mehr Hilfskonstruktion für den Fall zu sein, daß sich die Hauptbeschuldigung ,,Bildung einer terroristischen Vereinigung'' in Rüsselsheim nicht durchsetzen sollte.

In Hannover wird gänzlich darauf verzichtet, offiziell Bezüge zur RAF herzustellen. Außerdem wird neben den Ermittlungen gegen die Beschuldigten über das Vorgehen gegen die Zeugen, denen die kollektive, sprich: politische Aussageverweigerung vorgeworfen wird, fleißig an einem ,,terroristischen Umfeld'' gebastelt.

Sollte sich die BAW mit dieser Konstruktion durchsetzen, so ist nicht nur eine neues Experimentierfeld zur Kriminalisierung einer örtlichen linken und radikaldemokratischen Szene eröffnet, sondern auch ein Präzedenzfall geschaffen, der bundesweite Wirkung haben würde.

KB Hannover

Keine Ruhe für die Zeugen ...

Nach Albrecht wurde nun Sabine T. als nächste vor Emittlungsrichter Gollwitzer in Karlsruhe vorgeladen.

Sabine war eine der vier Zeugen gewesen, die bereits im Juli in Karlsruhe geladen waren. Allerdings war dann das gegen sie verfügte Ordnungsgeld zurückgezogen worden, obwohl sie Fragen, die sich auf andere Zeugen und persönlich-politische Verhältnisse richteten, nicht beantwortet hatte. Als S. Anfang Oktober wegen einer Verkehrsordnungswidrigkeit eine zweitägige Erzwingungshaft in der selben Vollzugsanstalt verbringen mußte, in der auch Isabel einsitzt, genügten die von der Anstalt bestimmte Zellennachbarschaft und gemeinsamer Hofgang für den Einsatz der Sonderermittlungskommission. In einer großangelegten Aktion wurde am Abend nach Haftende ihre Wohnung und die zweier Mitbewohner (ebenfalls Zeugen) durchsucht. Als Begründung gab Bundesanwalt Senge dem anwesenden Anwalt die Auskunft: Sabine sei der Mitglied-

gelegten Aktion wurde am Abend nach Haftende ihre Wohnung und die zweier Mitbewohner (ebenfalls Zeugen) durchsucht. Als Begründung gab Bundesanwalt Senge dem anwesenden Anwalt die Auskunft: Sabine sei der Mitglied-

schaft in den Wirtschaftswunderkindern verdächtig; man suche nach Schriftstücken, die dem illegalen Informationsaustausch gedient hätten. Beschlagnahmt wurden zwei Papiere. Diese beiden Papiere, die sich mit Zeugenproblematik befassen, mußten dazu herhalten, Sabine vom Beschuldigten in den Zeugenstatus zurückzubefördern.

,,Daß man nichts sagt, nichts, was verwertbar wäre und Aufschlüsselung über Stukturen und Diskussionen innerhalb der Linken liefert'', weist, so die BAW darauf hin, daß die Zeugin ,,insbesondere über Kenntnisse zu den Verbindungen der Beschuldigten des vorliegenden Verfahrens untereinander verfügt''. Diese höchst kurjose Schlußfolgerung, die zwar viel über die Interessen der Ermittlungsbeamten, aber nichts über die ,,Aussagefähigkeit'' von Sabine besagt, wird damit abgerundet, daß ihr ,,eine kritische Einstellung ... zu den Taten des vorliegenden Verfahrens'' zugestanden wird — belegt mit einem weiteren Zitat. Deshalb könne sie daran nicht beteiligt gewesen sein und deshalb könne sie sich nicht darauf berufen, daß gegen sie ermittelt wird. Auf gut deutsch: Sie hat kein Recht, die Aussage zu verweigern ...

Logik hin, Logik her — sicherheitshalber bestritt die BAW dann noch, jemals den Verdacht der Mitgliedschaft (Begründung für die Hausdurchsuchung) erhoben zu haben. Der Anwalt, der dies bezeugt hatte, wurde der Lüge beschuldigt. Für ihr Nichterscheinen vor Ermittlungsrichter Gollwitzer wurde Sabine ein Ordnungsgeld von 300,- DM auferlegt.





Betrifft BND-Spende:

Erinnerungen an Stammheim

Insgesamt 840.000 DM, davon 400.000 DM direkt von Privatunternehmen, flossen der Privat-Detektei Mauss im August 1979 durch Vermittlung des BND als Sonderleistung für Sonderaufgaben im Zuge der „Terrorismusaufklärung" zu.

Im letzten „Arbeiterkampf" berichteten wir darüber und stellten die Frage: *„Die BND-Spende als Rache für Schleyer?"* Wurde mit dieser ungewöhnlich hohen „Spende" ein ungewöhnlicher Auftrag im Nachherein honoriert — die während der Schleyer-Entführung öffentlich erörterte Verschleppung oder gar Liquidation der Stammheimer Gefangenen? Bekräftigt die jetzt öffentlich erwiesene Vergabe von solchen enormen Summen für undurchsichtige private „Sonderaufträge" nicht die bisher immer abgestrittene Möglichkeit, daß die Stammheimer Gefangenen durch illegalen privaten „Sondereinsatz' beseitigt wurden?

Wie wir inzwischen den Bundestagsprotokollen entnehmen, sind nicht nur wir auf diesen Verdacht gekommen: In der Sitzung des Bundestages vom 15.11. stellte der Abgeordnete der GRÜNEN, C. Ströbele, die Frage, ob es glaubhaft sei, „ *daß für einen Vertrag, bei dem kein Erfolg zu verzeichnen war, also für den bloßen Auftrag, eine Summe von 850 000 DM gezahlt wurden? Meinen Sie nicht auch, daß das unglaubhaft ist, daß das auch bei solchen Verträgen mit Detektivbüros nicht üblich ist und daß das die Vermutung nahelegt, daß das Geld für ganz andere Zwecke gezahlt wurde?'*

Den SPDler Emmerich, der sich lautstark gegen die illegalen Methoden bei der Vergabe dieser Gelder wandte, fragte er, ob er bereit sei, „*dabei mitzuwirken festzustellen, was diese enormen Zahlungen der Privatwirtschaft an den Geheimdienst mit den toten Gefangenen in Stuttgart-Stammheim 1977 zu tun haben?*"

„Bedauerlicherweise" mußte Ströbele mitansehen, wie sein Vorstoß glatt vom „Konsens der Demokraten" übergebügelt wurde, in dem die Koalitionsparteien wie auch die SPD während der Debatte die angebliche existenzielle Bedrohung der Demokratie durch den Terrorismus in den Jahren 76 und folgende wieder heraufbeschworen.

Sein „Kollege" Schily war für Ströbele in dieser Frage auch nicht gerade eine Hilfe. Schily beschränkte sich darauf — ganz im Stile der Emmerlichs von der SPD — anzumerken, „bei allem Verständnis für die Bedrohungssituation' sei das, nämlich die Illegalität der Zahlung, der falsche Weg.

Hier gehen die Meinungen offenbar auseinander.

F.

Staatsschutz contra linke Stadtzeitung

Das Stuttgarter „s'Blättle" ist eine der letzten unzensierten Stadtzeitungen, die sich auch trauen bzw. es wichtig finden, über die Situation in den BRD-Knästen, Hungerstreiks, militante Aktionen etc. zu informieren. Wir berichten über den aktuellen Versuch und frühere Versuche, „s'Blättle" kaputtzumachen.

Aktuell

Die Herren des Morgengrauens kamen gegen Abend. Am 3. Dezember war es soweit. So schnell wie nie zuvor hatte das OLG Stuttgart einen Beschluß ausgespuckt, nach dem der Artikel „Südafrika-Erklärung der Revolutionären Zellen" einen Straftatbestand nach § 129 a StGB darstelle und somit zu beschlagnahmen sei.

Trotz vollständigen Impressums läuft ein Ermittlungsverfahren gegen „unbekannte Herausgeber, Hersteller und Verbreiter der in Stuttgart erscheinenden Druckschrift ‚s'Blättle' ". In der inkriminierten Erklärung bekennen sich die RZ zu einem Anschlag auf die Stromversorgung der Zahnradfabrik Friedrichshafen sowie auf die Daimler-Benz-Niederlassung in Schwäbisch Gmünd, um damit auf den Zusammenhang dieser beiden Firmen mit der Apartheidspolitik in Südafrika hinzuweisen. (...)

erste Mal in dem nun neunjährigen Bestehen des „blättle", daß der Verkauf einer Ausgabe direkt verhindert werden soll. Nach allen bisher verpufften Vorstößen, auf prozessualem Weg einzelne herauszugreifen, nach dem alljährlichen Durchsuchungsritual Mitte Oktober und dem Versuch, uns durch die Kriminalisierung der Druckerei den Boden zu entziehen, ist damit eine neue Qualität des Angriffs erreicht. Die Vorgehensweise ist direkt gegen unsere materielle Existenz gerichtet. Sie steht in einer Linie mit der Liquidierung der revolutionären französischen Zeitung L'international und der Berliner „Radikal" vor genau einem Jahr. Von L'international hatten sie gleich die ganze Redaktion gefangengenommen.

Eine Zeitung, die nicht verbreitet werden kann, ist keine Zeitung mehr! Deshalb brauchen wir eure Solidarität. Abonniert das blättle massenhaft!
Kontonummer 24 24 60 - 703 beim Postgiroamt Stuttgart (BLZ 600 100 70)
Halbjahresabo: 18,-- DM
Jahresabo: 36,-- DM
Redaktion und V.i.S.d.P.:
Hendrik van Straten,
Böblingerstr. 59,
7000 Stuttgart 1
(aus der Erklärung vom „blättle").

Ich/wir protestieren hiermit aufs Schärfste gegen die erfolgte Beschlagnahme der Dezemberausgabe des Stuttgarter Blättle bei allen Verkaufsstellen.

Anlaß ist der unzensierte Abdruck einer RZ-Erklärung zu zwei Aktionen im Zusammenhang mit Südafrika, die das Verhältnis und die Unterstützung der bundesdeutschen Konzerne (Daimler-Benz) zur Apartheidspolitik offen macht.

Damit soll nicht nur die Pressefreiheit allgemein um eine weitere Drehung eingeschränkt werden, sondern es ist ein ganz konkreter Schritt in die Richtung, eine der letzten unabhängigen Stadtzeitungen zu liquidieren.

Dagegen steht unser entschiedener Widerstand!

Bitte senden an:
Hendrik v. Straten
Böblingerstr. 59,
7000 Stuttgart 1

Chronologie der Staatsschutzangriffe auf s'Blättle

22.10.81
Die Räume des Blättle, der Fantasia-Druckerei, Emmaus e.V. und die Wohngemeinschaften und Wohnungen der Eltern zweier presserechtlich Verantwortlicher werden von ca. 150-200 Bullen durchsucht. Den Betroffenen wird fast ausnahmslos die Benachrichtigung von Anwälten verweigert, sie werden z.T. nach Waffen durchsucht, eine Frau muß sich nackt ausziehen.

Grund der Durchsuchung sind zwei Artikel: ein Bericht von einem Solidaritätskonzert vor dem Stammheimer Knast während des Hungerstreiks '81 und ein Nachdruck der 81er Hungerstreikerklärung aus dem Oldenburger „Nordwind".

Zur Erläuterung: das Blättle konnte sich zunächst wegen inhaltlicher Schwierigkeiten nicht dazu entschließen, die HS-Erklärung abzudrucken. Nachdem sie aber im „Nordwind" erschienen und dort kriminalisiert worden war, wurde der Artikel aus Solidarität dann doch noch veröffentlicht.

Erneute Durchsuchung des Blättle und der Fantasia-Druckerei wegen der gleichen Artikel wie oben.

Juli '82
Drei Leute aus dem Blättle-Kollektiv erhalten in Zusammenhang mit den beiden Durchsuchungen eine Anklageschrift, in der sie der „Werbung für eine terroristische Vereinigung" (§ 129 a) bezichtigt werden.

Parallel dazu wird ermittelt wegen eines Artikels aus der Ausgabe vom Mai '82. Dabei geht es um eine Stellungnahme der Angehörigen der politischen Gefangenen. Der Vorwurf, der bei diesem Verfahren erhoben wird, ist die „Verunglimpfung des Staates" (§ 90 a).

Januar '83
Das OLG Stuttgart teilt den drei wegen § 129 a Angeklagten mit, daß ihre Verfahren mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft gegen Geldbußen von je 500,- DM eingestellt werden können. Die Betroffenen gehen — trotz politischer Bedenken — auf diesen Handel ein.

26.9.83
In einem Bericht des „Spiegel" dieses Datums deutet sich die kommende Offensive an: *„Was Autonome und Antiimpis darstellen und womöglich anstellen wollen, wird in umfänglichen Strategiepapieren, anonymen Theorie-Broschüren und in zahlreichen Szene-Blättern diskutiert. Zum ‚praktischen Widerstand' und zum ‚massenhaften Rechtsbruch' wird in Schriften aufgerufen, in denen ‚Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen' aufgezeigt werden oder in denen, wie etwa in ‚Zoff', ‚Vitamino' und ‚Ramba Zamba' auch gleich zu Terroranschlägen animiert wird. Vor allem der Kommunikation untereinander dienen Druckerzeugnisse wie ‚Radikal' aus Berlin, die Hamburger ‚Große Freiheit', das Stuttgarter ‚Blättle' und der Oldenburger ‚Nordwind', wo auch schon mal Bekennerbriefe von ‚Terroristengruppen' abgedruckt werden."*

(Anmerkung: Von den vier erwähnten „Druckerzeugnissen" existiert heute nur noch das Blättle).

10.10.83
Durchsuchung der Blättle-Räumlichkeiten, der Fantasia-Druckerei und der Wohnung des presserechtlich Verantwortlichen der Nr. Juli/August '83.

Ermittelt wird wieder mit den Gummiparagraphen 129 a und 90 a. Anlaß zu diesen Vorwürfen gibt der Artikel „Nachtrag zum EG-Gipfel". Inhaltlich setzt sich dieser Artikel mit dem in Stuttgart vom 17.-19.6.83 stattgefundenen EG-Gipfel auseinander. Darin wird eine Darstellung der „handelnden antiimperialistischen Front" gegeben und zur „Solidarität mit allen gefangenen Revolutionären in Irland, Italien, Türkei, Spanien" aufgerufen sowie die Zusammenlegung aller politischen Gefangenen gefordert.

17.10.84
Durchsuchung der Räume des Blättle und der UWS-Druckerei wegen eines Artikels in der Ausgabe vom Juli '84. Darin wurde ein Bekennerbrief zum Anschlag auf eine NATO-Pipeline abgedruckt.

Die Begründung der Durchsuchung entbehrt nicht einer gewissen Kuriosität. In dem Beschluß des OLG Stuttgart heißt es:
„Soweit das ‚s'Blättle-Kollektiv' erneut eine Durchsuchung über sich ergehen lassen muß, hat es dies seiner eigenen Unbelehrbarkeit zuzuschreiben."

Die an diesem Abend anwesenden zehn Personen werden im LKA erkennungsdienstlich behandelt und gegen alle werden 129a-Verfahren eingeleitet. Nach einer Woche werden neun von zehn, nach einer weiteren Woche wird auch das 10. Verfahren wieder eingestellt.

Januar '85
Während einer Endredaktion wird das Blättle-Büro von Bullenfahrzeugen umstellt.

6.3.85
Vor dem Amtsgericht Stuttgart werden zwei inzwischen zum Presserechtsdelikt heruntergestufte Verfahren gegen zwei presserechtliche Verantwortliche der Nummern Januar '84 — Erklärung der Roten Zora — und Mai '84 — Interview mit den Angehörigen der politischen Gefangenen — verhandelt.

Ersteres Verfahren endet mit Freispruch, letzteres wird vertagt, nachdem die Unterschlagung von Akten seitens der Staatsanwaltschaft festgestellt wird.

3.7.85
Fortsetzung des Prozesses vom 6.3. wegen § 90 a in Verbindung mit Landespressegesetz. Freispruch, die Staatsanwaltschaft legt aber Berufung ein.

25.11.85
Das Regierungspräsidium Stuttgart droht den Verkaufsstellen (Buchläden, Kioske u.a.) des Blättle eine Geldbuße von bis zu 10.000,- DM an. Der Verkauf stelle eine Ordnungswidrigkeit dar, da das Impressum des Blättle angeblich nicht vollständig sei.

3.12.85
Mit Beschluß vom selben Tag wird die Dezember-Ausgabe bei allen Verkaufsstellen beschlagnahmt.

18.12.85
Fortsetzung des Prozesses vom 3.7. vor dem Landgericht. (Urteil bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt)

Birgit

s'Blättle

Bombe auf US-Einkaufzentrum nicht von der RAF gelegt?

Am Sonntag, 23.11., detonierte eine Autobombe auf dem Gelände des US-Militärkaufhauses ‚PX' in Frankfurt. 35 Menschen, darunter mehrere Kinder, wurden verletzt.

Die Bundesanwaltschaft stellte Verbindungen zum Anschlag auf die US-Airbase in Frankfurt vor zwei Monaten her, bei der zwei Menschen getötet und der US-Soldat Pimental erschossen worden war. Zu diesem Anschlag, einschließlich der Erschießung des GIs hatte sich die RAF bekannt. Inzwischen hat sie dies Bekenntnis durch ein Interview in der Stadtzeitung „sBlättle' noch einmal ausdrücklich bestätigt.

Mit Datum vom 10. 12. ging der Redaktion des 'Arbeiterkampf' jetzt ein anonymes Schreiben zu, in dem eine nach eigenen Angaben der RAF nahestehende Gruppe stellvertretend für die RAF erklärt:„*Wir denken, daß der Geheimdienst den faschistischen Anschlag auf die PX gemacht hat.*" Dafür sprächen die „Ziellosigkeit des Anschlags" und die Tatsache, daß die Bundesanwaltschaft mehr als beflissen sei, einen Zusammenhang zum Air-Base-Anschlag herzustellen. Außerdem habe sich keine Gruppe für den Anschlag verantwortlich erklärt.

Das Schreiben distanziert sich zugleich von einer Reihe ähnlicher uneindeutiger Anschläge, wie das auf den Frankfurter Zivilflughafen im Sommer dieses Jahres, den „Counteranschlag in Brüssel auf Bayer-Leverkusen von einer sog. ‚peace-conquerer-Gruppe, die sich in ihrer faschistoiden Erklärung" mit diesem Anschlag solidarisierte, von dem Bombenanschlag auf ein indisches Flugzeug, das dabei mit über 300 Menschen über irischem Gewässer abstürzte. Schließlich wird noch einmal an die Dortmunder Kaufhaus-Bombe erinnert, von der die RAF sich eindeutig distanziert habe.

Eine Bewertung des Schreibens fällt schwer. Abgesehen davon, daß es anonym bleibt, werden außer allgemeinen Ableitungen über die Interessen der Geheimdienste kaum harte Fakten als Beweise für die Urheberschaft „des Geheimdienstes' gebracht. Mit der gleichen Beweiskraft könnte man behaupten, der Anschlag auf die US-Airbase sei ein solcher faschistischer Anschlag von Geheimdienstseite. Die Unsicherheit bleibt.

F.

Das britisch-irische Abkommen:

Der Weg zum gemeinsamen Polizei- und Militärstaat

15. November 1985. In dem kleinen hübschen nordirischen Dorf Hillsborough unterzeichnen Garret Fitzgerald, Premier der Republik Irland, und Margaret Thatcher, Premierministerin Großbritanniens und damit ,,Hausherrin'' im Nordosten der irischen Insel, ein Abkommen von ,,historischer Tragweite''. Die feierliche Zeremonie muß auf Fahnenschmuck verzichten. Denn zum Zeitpunkt des irisch-britischen Gipfels ist das Hissen der irischen Trikolore noch gesetzlich verboten. Und da Margaret Thatcher weder die ohnehin aufgebrachten Loyalisten durch das Aufziehen der irischen Fahne auf nordirischem Boden unnötig provozieren will, noch ihren Gast und Vertragspartner aus der ,,Republik'' durch das alleinige zur Schaustellen der britischen Fahne zu brüskieren gedenkt, verzichten Frau und Mann auf das ansonsten bei derartigen Anlässen übliche Brimborium von Flaggen und Emblemen.

,,Ulster's new beginning'' etikettiert der ,,Observer'' die Premiere. Zum ersten Mal einigten sich die Regierungen in Dublin und London in Form eines Vertragswerkes auf eine gemeinsame Nordirlandstrategie. Während alle Welt das Abkommen euphorisch begrüßt und das Ende des blutigen Krieges auf der ,,grünen Insel'' herannahen sieht, bereiten sich die Loyalisten auf eine neue Runde Bürgerkrieg vor. Und die Regierungen in London und Dublin auf einen ,,großen militärischen Schlag'' gegen die radikalrepublikanische Bewegung. Was ist dran am Abkommen von Hillsborough?

Vorgeschichte

Nicht nur London, sondern vor allem Dublin beobachten seit einigen Jahren mit Sorgen ein politisches Erstarken von Sinn Féin, dem politischen Flügel der IRA.

1982 wurde erstmals wieder seit vielen Jahren ein nordirisches Regionalparlament gewählt. Die ,,assembly'' galt als Herzstück eines umfassenderen politischen Plans der Regierung in London, der auf ,,rolling devolution'', d.h. die schrittweise Rückgabe der Selbstverwaltung an die Provinz, abzielte. Von den Wahlen erhoffte man sich die Herausbildung und Etablierung einer ,,interkonfessionellen'', politisch-gemäßigten ,,Mitte'', als Träger des Prozesses der ,,rolling devolution'' und der Neuanpassung der Provinz an das europäische und internationale System. Noch vor den Wahlen hatte Thatcher Verhandlungen mit der IRA abgelehnt, mit der Behauptung, die IRA repräsentiere ohnehin lediglich eine verschwindende Minderheit der nationalistischen Population. Um das Gegenteil zu beweisen, möge sie sich doch erst einmal an die Wahlurne begeben.

Ermuntert durch die Wahlerfolge von IRA-Hungerstreikern und Kandidaten der Anti-H-Block-Bewegung in den Jahren 1980 und 1981, beschloß Sinn Féin die vorläufige Suspendierung der Estrategie des Wahlboykotts und kandidierte zur neuen nordirischen ,,assembly''. Im britischen und südirischen Stablishment löste das Wahlergebnis einen regelrechten politischen Schock aus: Sinn Féin gelang es wider Erwarten auf Anhieb, obgleich die Partei längst nicht in allen Wahlkreisen antrat, 1/3 der katholischen Wählerstimmen auf sich zu vereinigen. Damit mußte der Plan der ,,rolling devolution'' ad acta gelegt werden.

Als 1983 zur Wahl des britischen Unterhauses aufgefordert wurde, fand der Trend zugunsten von Sinn Féin seine Fortsetzung. In West-Belfast, dem größten katholischen Arbeiterviertel von Nordirland und einem Wahlbezirk von hoher politisch-symbolischer Bedeutung, überflügelte Sinn Féin die gemäßigte Konkurrenz aus der eigenen ,,communitie''. Gerry Adams wurde mit deutlichem Vorsprung zum West-Belfaster Abgeordneten des britischen Unterhauses gewählt. Im Landesdurchschnitt votierten ca. 40% der katholischen Bevölkerung für den politischen Arm der IRA.

Letzte Etappe in diesem Prozeß der Schwächung des ,,konstitutionellen Nationalismus'' waren auf parlamentarischer Ebene, seinem ,,ureigensten Feld'', die Kommunalwahlen vom Frühjahr dieses Jahres. Allen Wahlbehinderungen und einer Änderung des Wahlprozesses zum Trotz, die insbesondere potentielle Sinn Féin-Wähler tangierte, gelang es Sinn Féin, den radikalrepublikanischen Stimmenanteil
hinderungen und einer Änderung des Wahlprozesses zum Trotz, die insbesondere potentielle Sinn Féin-Wähler tangierte, gelang es Sinn Féin, den radikalrepublikanischen Stimmenanteil
zu konsolidieren. In Belfast wurde Sinn Féin stärkste Partei im Lager der Nationalisten (7 Sinn Féin Stadträte, 6 SDLP Stadträte). In zwei mittelgroßen nordirischen Städten, Fermanagh und Omagh, avancierte Sinn Féin zur stärksten Partei überhaupt.

Die Wahlerfolge Sinn Féins dokumentierten eindrucksvoll den Grad der Entfremdung der nationalistischen Minderheit vom unionistischen Separatstaat und seinen Sicherheitsorganen. Und sie signalisierten die relative Schwäche des ,,konstitutionellen Nationalismus'', verkörpert durch die gemäßigte SDLP, sowie der südirischen Regierung in der Nordirlandfrage. Meinungsforscher konstatierten gar, daß auch noch 40% der SDLP-Unterstützer die IRA als ,,patriotische'' und ,,idealistische'' Kraft betrachten würden und 46% der SDLP-Wähler äußerten, daß sie sich bei fortgesetzter Unbeweglichkeit der britischen Regierung und einem weiteren Verfall der sozialen Strukturen in den katholischen Ghettos vorstellen könnten, bei nächster Gelegenheit in Richtung Sinn Féin zu konvertieren (,,MORI''-Umfrage vom Juli 1984).

Für London, aber insbesondere Dublin und den ,,gemäßigten Nationalismus'' im ,,Norden'', hatte sich somit das Problem ergeben, daß ein nicht unerheblicher Teil der nationalistischen Population und ehemaliger SDLP-Wähler sehr bewußt die reale Machtlosigkeit von Dublin und der SDLP in der Nordirlandfrage registrierten. Mittelfristig konnte dies nicht ohne Auswirkungen auf den ,,Süden'' bleiben. Eine Regierung, die in Sachen Nordirland gegenüber Großbritannien nichts zu bewegen versteht, muß nicht nur in den Augen der nordirischen Nationalisten, sondern auch im Bewußtsein der Nationalisten in der ,,Republik'' an Autorität einbüßen. Der Autoritätsverlust der SDLP und der Dubliner Regierung bei der Minderheit im ,,Norden'' und die wachsende Zustimmung für Sinn Féin und die IRA, bzw. deren Strategie der Kombination von militärischer Kampagne und politisch-parlamentarischem Agieren, sind letztendlich Resultat des evidenten Scheiterns des ,,konstitutionellen Nationalismus''. Die SDLP ist im Vergleich zu Sinn Féin, den besseren Wahlergebnissen zum Trotz, eine schwache Partei. Sie verfügt nicht über eine mit Sinn Féin in vergleichbare Aktivistenbasis und vor allem nicht über einen militärischen Arm, der ihren politischen Forderungen militärisch Nachdruck verleihen könnte. In der politischen Landschaft und Kultur Nordirlands ist jedoch ein derartiger militärischer Arm für eine politische Strömung von existentieller Bedeutung. Die loyalistischen Parteien sind mehr oder weniger eng verquickt mit den loyalistischen Paramilitärs ,,Ulster Defence Association'' und ,,Ulster Volunteer Force'', ganz abgesehen davon, daß jeder loyalistische Politiker ohnehin über seine bewaffnete Leibgarde verfügt. Zudem unterhalten sie beste Verbindungen zu den offiziellen, domestiken ,,Sicherheitskräften'' (Royal Ulster Constabulary = Polizei, Ulster Defence Regiment = Parapolizei), die zu über 90% aus Protestanten/Loyalisten bestehen und deren Mitglieder z.T. einer Doppelmitgliedschaft bei den offiziellen
heitskräften'' (Royal Ulster Constabulary = Polizei, Ulster Defence Regiment = Parapolizei), die zu über 90% aus Protestanten/Loyalisten bestehen und deren Mitglieder z.T. einer Doppelmitgliedschaft bei den offiziellen
,,Sicherheitskräften'' und den Paramilitärs frönen. Sinn Féin wiederum weiß die IRA an ihrer Seite, nur die SDLP und die kleine ,,Alliance''-Partei können sich nicht der Unterstützung ihrer Politik durch eine bewaffnete Macht erfreuen. Dies bedeutet, daß die SDLP im extrem hohen Maße auf Zugeständnisse der britischen Regierung angewiesen ist. Nicht anders geht es der formell souveränen Regierung in Dublin. Da sie nichts mehr fürchtet, als ein ,,Überschwappen'' des Konfliktes aus dem ,,Norden'. in den ,,Süden'', als eine Destabilisierung der Verhältnisse im ,,Süden'' in Folge der Polarisierung im ,,Norden'' und der Schwächung ,,konstitutioneller Politik'', ist sie in den Augen Londons erpreßbar. Ob in Dublin arbeitslose Jugendliche Autos kapern und in Brand stecken, oder in der Nähe zur Grenze mit dem ,,Norden'' ein IRA-Trainingscamp entdeckt wird. Stets beschwört das Dubliner Establishment die Gefahr ,,nordirischer Verhältnisse'' im ,,Süden'', die Gefahr des Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung. Die ,,Republik'' soll ,,ordentlich'' bleiben und zugleich ,,modern'', ,,kontinental'' werden, sich nahtlos an das westeuropäische System anpassen, alle irischen ,,Besonderheiten'' — und dazu zählt an allererster Stelle der radikale Republikanismus — über Bord zu werfen. Dieses Ansinnen des südirischen Establishments findet in einer nur scheinbar widersprüchlichen Politik seinen Ausdruck: Ein wenig Säkularisierung des bislang stark von der katholischen Hierarchie und ihrer Ideologie geprägten Staatswesens und gesellschaftlichen Lebens, um mit den Unionisten und Briten besser ins Geschäft zu kommen. Legalisierung der Ehescheidung und ein bißchen Legalisierung der Abtreibung, das gehört heute zum modernen, nach kontinentalen Maßstäben ausgerichteten kapitalistischen Staat. Dieser partiellen und kontrollierten ,,Liberalisierung'' des ,,kulturellen'' Bereichs steht gegenüber der massive Ausbau des staatlichen Gewaltapparates und der massive Abbau des demokratischen Rechtsstaates. Die ,,Republik'' kann heute getrost, abgesehen vom ,,Norden'' der irischen Insel, als der repressivste Staat Westeuropas denunziert werden. Ein Innenminister Zimmermann bekommt feuchte Augen, wenn er sieht, was bereits heute in der ,,Republik Irland'' alles möglich ist.

Um diesen ,,Modernisierungs-'' und ,,Neuanpassungsprozeß'' jedoch durchführen zu können, bedarf es einer Abschwächung der gesellschaftspolitischen Polarisierung im ,,Norden'' sowie einer ,,Eindämmung'' und geographischen Begrenzung des nordirischen Krieges. Die ,,Sicherheit'', die Dublin bezüglich seines ,,Modernisierungs''-modells wünscht und benötigt, diese ,,Sicherheit'' kann es jedoch nur mit und nicht gegen London geben. Margaret Thatcher und ihr Kabinett wissen um die Nöte des südirischen Establishments und machen sich diese fast schon in schamlos anmutender Weise zunutze. So stimmt es denn auch nicht verwunderlich, daß ,,security'' — Sicherheit — der hauptsächliche Gegenstand des britisch-irischen Abkommens ist. Kooperation bei der Bekämpfung der IRA
schamlos anmutender Weise zunutze. So stimmt es denn auch nicht verwunderlich, daß ,,security'' — Sicherheit — der hauptsächliche Gegenstand des britisch-irischen Abkommens ist. Kooperation bei der Bekämpfung der IRA
und Ausdehnung dieser Bekämpfung auf das gesamte irische Inselterritorium.

Ende 1984 unterbreiteten die Dubliner Regierung und die SDLP Thatcher einen sogenannten ,,Forum-Report'', der Vorschläge zur Lösung der ,,nordirischen Krise'' enthielt. Die Vorschläge waren recht moderat gehalten und signalisierten bereits ein Abrücken der Dubliner Regierung vom Modell des ,,irischen Einheitsstaates'' und dem im Artikel 2 der südirischen Verfassung niedergelegten Anspruch auf das gesamte irische Inselterritorium. U.a. wurde eine gemeinsame Verwaltung des ,,Nordens'' durch Dublin und London vorgeschlagen oder eine irisch-irische Konföderation. Es ist schwer zu sagen, inwieweit Dublin und die SDLP seinerzeit tatsächlich geglaubt haben, die Vorschläge könnten für Thatcher eine akzeptable Diskussionsgrundlage darstellen, jedenfalls kommentierte die ,,Iron Lady'' den ,,Forum Report'' und seine drei Lösungsmodelle mit den schlichten Worten ,,Out, out, out'' und wies den Dubliner Emissären barsch die Tür. Die Medien konstatierten eine der peinlichsten außenpolitischen Schlappen, die eine südirische Regierung je erlitten hatte. Die Abkehr von der Idee des irischen Einheitsstaates (der zwar formell, als dritte Lösung, erwähnt wurde, jedoch nicht den Kerngedanken des ,,Reports'' darstellte) war Thatcher nicht genug, ein Dubliner Mitregieren im ,,Norden'' zu viel. Die Dubliner Regierung wußte somit, was sie von der ,,Iron Lady'' zu erwarten hatte. Diese hatte selbst wiederholt klargestellt, daß ihr Hauptinteresse der Effektivierung des Kampfes gegen den ,,Terrorismus'' gelten würde. Und in den ungleichen Beziehungen zwischen London und Dublin bestimmt noch immer die ehemalige Kolonialmacht, was Gegenstand irisch-britischer Gespräche und Abkommen ist, und was nicht. Das Abkommen von Hillsborough ist hierfür ein weiteres Indiz. Bevor wir uns dem Inhalt dieses Abkommens widmen, sollten noch kurz die unterschiedlichen Ausgangspositionen abgeklärt werden. Das Interesse der Dubliner Regierung und der SDLP am Zustandekommen eines Abkommens war — im Gegensatz zum Interesse Londons — ,,existentieller Art''. Die Regierung in London benötigt nicht unbedingt ein Abkommen, sie dürfte mit der existierenden Situation auch noch einige weitere Jahre ,,dealen'' können. Aber die SDLP und Dublin benötigten einen Erfolg, in Form irgendeiner Art von Abkommen, das ihnen eine Autorität in Sachen ,,Nordirland'' seitens London attestierte, daß ihr stark angegriffenes Ansehen bei der nationalistischen Minorität im ,,Norden'' und der Bevölkerung im ,,Süden'' aufpolierte. Ansonsten mußte eine weiter anhaltende Schwächung ,,konstitutioneller Politik'' im ,,Norden'' wie im ,,Süden'' befürchtet werden. Man benötigte etwas, mit dem man vor die nationalistische Population treten konnte, um zu sagen: ,,Seht her, London hat uns — und nicht die IRA — als Gesprächspartner in Sachen Nordirland und als legitime Vertreter eurer Interessen anerkannt. Und wir haben — durch unsere ,,konstitutionelle Strategie'' — auch bereits etwas erreicht. Aber wenn Ihr wollt, daß weitere Verbesserungen Eurer Lage erfolgen und der Konflikt ein Ende nimmt, dann müßt ihr der IRA — den Zerstörern Irlands — absagen, um Euch unserer Politik zuzuwenden. Und Ihr müßt das politische System in Nordirland, so wie es existiert, zunächst einmal anerkennen, um dann innerhalb dieses Systems für positive Veränderungen einzutreten''.

Die Anerkennung als Repräsentant der Interessen der nationalistischen Minorität im ,,Norden'' durch London ist für Dublin nicht ohne Bedeutung. Dublin muß fürchten, daß bei ei-
Die Anerkennung als Repräsentant der Interessen der nationalistischen Minorität im ,,Norden'' durch London ist für Dublin nicht ohne Bedeutung. Dublin muß fürchten, daß bei ei-
nem weiteren Erstarken Sinn Féins und der IRA die radikalrepublikanische Bewegung zum ,,natürlichen Gesprächspartner'' für London avanciert, aufgrund der Tatsache, daß nicht Dublin und nicht die SDLP (als ,,verlängerter Arm'' Dublins) im Lager der Minorität das Sagen haben und deren Denken und Handeln bestimmen, sondern Sinn Féin/IRA. Dies würde jedoch die Autorität der Dubliner Regierung — auch im eigenen Lande — noch weiter unterminieren.

Das Abkommen von Hillsborough: ,,No authority — but much security''

Der ,,historische'' und ,,bahnbrechende'' Charakter des Abkommens von Hillsborough wird im allgemeinen damit begründet, daß die Verwaltung der nordöstlichen Provinz in Zukunft durch London und Dublin erfolgen würde. Von einer Mitverwaltung Nordirlands durch Dublin kann jedoch überhaupt nicht die Rede sein. Die Direktregierung verbleibt weiterhin ausschließlich in den Händen Londons, die britische Souveränität über diesen Teil der irischen Insel wird durch das Abkommen nicht angetastet. Der Dubliner Regierung wurde lediglich das Recht zugestanden, in Zukunft zu Fragen die Situation in Nordirland betreffend eigene Vorschläge zu unterbreiten (was erst einmal jede souveräne Regierung tun oder lassen kann), die dann in einer gemeinsamen irisch-britischen Kommission erörtert werden können (,,consultative role''). Dieses eher symbolische Zugeständnis wird den Spielraum der Dubliner Regierung in Sachen Nordirland gegenüber London eher einengen: Dublin wird in Zukunft von London für alles, was in der Provinz geschieht, mitverantwortlich gemacht werden können, ohne selbst die Autorität zu besitzen, über das, was geschieht, mitentscheiden zu können. Hessische Verhältnisse in Nordirland? So eingebunden in die britische Nordirlandpolitik wird es Dublin in Zukunft kaum mehr möglich sein, sich von allzu unpopulären Aktionen der loyalistischen ,,Sicherheitskräfte'' und der britischen Armee abzusetzen und Profil gegenüber der britischen Regierung zu demonstrieren. Dublin bleibt natürlich theoretisch die Möglichkeit, an einem bestimmten Punkt — wenn London das Abkommen überstrapaziert — auszusteigen. Aber dies müßte zur Zerstörung jener ,,einzigartigen'' Beziehungen mit Großbritannien führen, denen sich das südirische Establishment mit Haut und Haaren verschrieben hat und die es als Voraussetzung für ,,Sicherheit'', Modernisierung und Neuanpassung an das westeuropäische System betrachtet. So wird das südirische Establishment zum Gefangenen der eigenen Logik.

Auch aus der Auflösung des sektiererischen ,,Ulster Defence Regiment'' (UDR), der Parapolizei, die eng mit den loyalistischen Paramilitärs und Terrorgruppen verquickt ist, und — wie auch die offizielle nordirische Polizei (RUC) — seitens der Minderheit nicht als ,,Sicherheitskraft'' akzeptiert wird, wird nichts werden. Die Auflösung des UDR wird seit Jahren selbst von den gemäßigten Nationalisten und der SDLP gefordert, sie ist das größte Hindernis auf dem Weg zur Identifikation der Minderheit mit dem nordirischen/unionistischen Staat. Stattdessen soll sich eine gemeinsame Kommission mit Vorstellungen die Reform der ,,Sicherheitskräfte'' betreffend befassen. Am Ende wird voraussichtlich ein weiterer ,,Report'' über das Problem der ,,Sicherheitskräfte'' und der ,,Entfremdung'' der nationalistischen Minorität gegenüber diesen stehen. Ein Reformvorschlag lautet,
sichtlich ein weiterer ,,Report'' über das Problem der ,,Sicherheitskräfte'' und der ,,Entfremdung'' der nationalistischen Minorität gegenüber diesen stehen. Ein Reformvorschlag lautet,
daß das sektiererische UDR auf seinen Patrouillen in Zukunft von der etwas weniger sektiererischen RUC begleitet werden soll ... Daß eine ,,Reform'' der ,,Sicherheitskräfte'' ungeeignet ist, das viel grundsätzlichere Problem von UDR und RUC zu lösen, zeigt das Beispiel der Auflösung der berüchtigten ,,B-Specials''. Diese sektiererische Parapolizei wurde Anfang der 70er Jahre, nach Vorlage eines Untersuchungsberichtes des von der Regierung eingesetzten ,,Hunt Committee'', suspendiert und durch eben jenes ,,Ulster Defence Regiment'', das heute als Inbegriff einer sektiererischen ,,Sicherheitskraft'' und Symbol eines sektiererischen staatlichen Gewaltapparates gilt, ersetzt.

Ein Zugeständnis von geringer Substanz und ausschließlich symbolischem Wert ist die beabsichtigte Abschaffung eines Gesetzes, das bislang das Aufziehen der irischen Trikolore auf nordirischem Boden untersagt (s.o.). Dieses völlig anachronistische Gesetz hatte in der Vergangenheit wiederholt zu peinlichen Situationen geführt, die dem internationalen Ansehen Londons nicht gerade zuträglich waren und zudem den überaus reaktionären Charakter britischer Nordirlandpolitik enthüllten. Wenn in Belfast eine Kommission der EG tagte, durfte die Fahne des EG-Mitgliedstaates Republik Irland nicht gehißt werden. Dies wäre jedoch einem quasi symbolischen Ausschluß der ,,Republik'' gleichgekommen. Ergo verzichtete man stets auf eine Demonstration nationalstaatlicher Symbolik.

Der Hauptbestandteil des Abkommens ist ,,Sicherheit'', ,,security'', und diesbezüglich blieben die Vertragsparteien durchaus nicht bei Symbolik stehen. Thatcher hat immer betont, daß bevor sie mit einem irischen Premier über die politische und soziale Si-



Premier Margaret Thatcher, Kollege FitzGerald

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

tuation im „Norden" reden würde, zunächst einmal Übereinstimmung in der Frage „koordinierter Terrorismusbekämpfung" existieren mußte.

Mit dem Abkommen, daß eine engere Kooperation der Polizei- und Armeekräfte aus dem „Norden" und „Süden" beinhaltet, wird das gesamte irische Inselterritorium zum Gegenstand der IRA-Bekämpfung mit polizeistaatlichen und militärischen Mitteln. Während die britische und die südirische Armee entlang der unübersichtlichen und nur schwer zu kontrollierenden Grenze zwischen „Norden" und „Süden" bereits auf das Engste miteinander kooperieren, werden sich in den kommenden Wochen hochkarätige Delegationen von „Garda" (südirisehe Polizei) und RUC treffen, um die Form einer gesamtirischen Koordination der Polizeikräfte zu diskutieren. Bereits seit Sommer 1984 soll ein informelles Geheimabkommen zwischen „Garda" und RUC bestehen, das der RUC erlaubt, IRA-Mitglieder bis drei km tief auf südirisches Territorium zu verfolgen.

Die Harmonisierung der repressiven Rechtssysteme beider Staaten dient der Effektivierung der Aburteilung von IRA-Mitgliedern. Faktisch hat eine Harmonisierung bereits stattgefunden. Bereits in den 70er Jahren wurden die repressiven Momente im südirischen Rechtssystem enorm verstärkt, aus Furcht vor einem „Überschwappen" des Konfliktes auf den „Süden". Die Harmonisierung der Rechtssysteme soll für die Zukunft eine schnellere Abwicklung von Auslieferungsverfahren ermöglichen, durch die Anerkennung der nordirischen Gerichtsbarkeit, die in Westeuropa ihres Gleichen sucht (es handelt sich dabei um Sondergerichte, die ohne Geschworene tagen). Bis Anfang der 80er Jahre hatte in der „Republik" ein ungeschriebenes Gesetz Gültigkeit, wonach ein Mitglied der IRA der von der nordirischen Polizei wegen politisch motivierter Taten gesucht wurde und sich dem Zugriff der „Sicherheitskräfte" durch Flucht in den „Süden" entzog, nicht an die nordirische Justiz ausgeliefert wurde. Die Harmonisierung der repressiven Rechtssysteme und Gerichtsbarkeiten soll die Auslieferung in Zukunft juristisch erleichtern (bislang ist die neue Auslieferungspraxis arg umstritten, in drei Fällen wurde sie bereits praktiziert) und politisch legitimieren (durch Erklärung eines „gesamtirischen Notstandes" und „Reinwaschen" der sektiererischen nordirischen Justiz). Am Ende dieser Entwicklung könnte der „gesamtirische Polizei- und Militärstaat" stehen.

Das Ziel des Abkommens ist evident: Mehr und koordinierte „Security" sowie Eindämmung der radikalrepublikanischen Bewegung. Dabei soll verschärfte Repression mit symbolischen Zugeständnissen gegenüber der Minorität und finanziellen Zuwendungen für die besonders sozial deprivierten Regionen Nordirlands kombiniert werden. Die auf diese Weise verfolgte

soll verschärfte Repression mit symbolischen Zugeständnissen gegenüber der Minorität und finanziellen Zuwendungen für die besonders sozial deprivierten Regionen Nordirlands kombiniert werden. Die auf diese Weise verfolgte

Absicht lautet, die IRA von der nationalistischen Bevölkerung zu trennen. Die in Aussicht gestellte Reform der „Sicherheitskräfte" und Verbesserung der sozialen Situation soll die militärische Ausradierung des radikalen Republikanismus zu einer akzeptablen Angelegenheit machen, zu einem notwendigen „Opfer", das zu erbringen ist, durch das sich die Situation zum „Positiven" wenden soll.

Im Zusammenhang mit finanziellen Zuwendungen für die Wohngebiete der Katholiken bzw. nach dem prinzip der Bedürftigkeit gelenkten Investitionen wird auch stets über die Möglichkeit eines „Marshall-Planes" spekuliert. Erstmals war von diesem Projekt im Vorfeld der Kommunalwahlen die Rede, um die SDLP, deren Führer John Hume diesen „Marshall-Plan" angeblich mit eingefädelt hat, als „konstitutionelle Kraft" gegenüber Sinn Féin zu stärken.

Dublins Probleme

Die Regierung in Dublin sieht sich nun mit dem Problem konfrontiert, daß sie zwei unterschiedlichen Auditorien in unterschiedlicher Form den Inhalt ein und desselben Abkommens vermitteln muß. Für London besteht dieses Problem zwar auch (s.u.), für Dublin jedoch in wesentlich schärferer Form, weil es zunächst einmal die Aufgabe Dublins ist, das Abkommen den Nationalisten schmackhaft zu machen, und weil Dublin daran gelegen sein muß — aus Gründen der Legitimation —, daß die symbolischen Zugeständnisse realisiert werden und daß die Loyalisten hierbei mitspielen. Schließlich will man ja die Minorität dazu bewegen, den Status Quo im „Norden" und die loyalistische Identität anzuerken-



Alltag in Belfast

nen, um nicht länger mit radikalrepublikanischen Wiedervereinigungssehnsüchten konfrontiert zu werden.

Der katholischen Minorität muß sie nun suggerieren, daß das Abkommen die Möglichkeit einer substantiellen Veränderung der politischen und sozialen Situation im „Norden" beinhaltet. Dabei kommt ihr ein kontrollierter loyalistischer Protest durchaus gelegen, erweckt dieser doch den Eindruck, es ständen tatsächlich substantielle Veränderungen (insbesondere hinsichtlich eines Dubliner Mitspracherechts) an. Andererseits könnten die Loyalisten jedoch das Abkommen zum Scheitern bringen, durch anti-katholische Pogrome gegen die Minorität, Anschläge gegen Einrichtungen auf südirischem Territorium etc. Von daher muß Dublin gleichzeitig den Loyalisten vermitteln, daß das Abkommen eine Effektivierung des Kampfes gegen die IRA bedeutet (also ganz in ihrem Sinne ist, da sie ja immer beklagt haben, daß die „Republik" ihr Territorium den IRA-Terroristen zur Verfügung stelle) und zudem eine faktische Anerkennung des nordirischen Separatstaates, seiner Einbindung in den britischen Staatsverband und der loyalistischen Identität bedeutet.

Bereits in einigen Monaten könnte sich erweisen, daß das Abkommen nicht zur politischen Stärkung von SDLP und Dublin, sondern vielmehr zur Schwächung der „konstitutionellen Kräfte" geführt hat. Das südirische Establishment hat sich auf einen höchst riskanten Prozeß eingelassen: Es hat einer „konsultativen Rolle" zugestimmt, die nicht bedeutet, daß Dublin fortan im „Norden" mitregiert, sondern darauf hinausläuft, daß Dublin für alles, was in Nordirland geschieht, mitverantwortlich zu erklären ist. Und was besonders riskant ist: Es hat diese Zustimmung erteilt, noch bevor die sektiererischen Institutionen des nordirischen Separatstaates einer grundlegenden Reform unterzogen

schieht, mitverantwortlich zu erklären ist. Und was besonders riskant ist: Es hat diese Zustimmung erteilt, noch bevor die sektiererischen Institutionen des nordirischen Separatstaates einer grundlegenden Reform unterzogen

wurden. Es hat der RUC attestiert, daß es sich bei ihr um eine legitime „Sicherheitskraft" des nordirischen Staates handele und ihr somit das Plazet für die Rückkehr in die katholischen/nationalistischen Ghettos erteilt. Das Problem der „Entfremdung" („alienation") der katholischen/nationalistischen Population und dem nordirischen Staat mit seinen loyalistischen/protestantischen „Sicherheitsorganen" läßt sich jedoch nicht dadurch lösen, daß man RUC, UDR etc. zu etwas erklärt, was diese Organe des nordirischen Staates faktisch nicht sind und auch nicht sein können, so lange die Einbindung des „Nordens" in den britischen Staatsverband fortbesteht.

Die Loyalisten: „Dieses verräterische Weib ..."

fluchte Ian Paisley, Chef der radikalen „Democratic Unionist Party" (DUP) auf einer Kundgebung von 100.000 Loyalisten in Belfast. Vom drohenden „Armageddon" ist in loyalistischen Kreisen die Rede, von einer letzten Schlacht um die Zukunft Nordirlands und seiner protestantischen/loyalistischen Bevölkerungsmehrheit. Dem tatsächlichen Inhalt des Abkommens („security" und Anerkennung des nordirischen Staates sowie der loyalistischen Identität) zum Trotz, betrachten die Loyalisten Hillsborough nur als „Anfang vom Ende". Auch wenn die „konsultative Rolle" Dublins lediglich kosmetischen Charakters sei, so habe Dublin doch mit dem Abkommen von Hillsborough erstmals den Fuß in der nordirischen Tür. Da das Abkommen als Reaktion auf die militärische Kampagne der IRA und die Wahlerfolge Sinn Féins zu verstehen sei, würden IRA und Sinn Féin nicht locker lassen, sondern „nachsetzen", auf daß sich die Tür zum „Norden" mehr und mehr öffne, bis eines Tages die Souveränität des nordirischen Separatstaates zur Disposition stehe. IRA und Sinn Féin, aber auch Moskau, Rom und Dublin müßten sich durch das Abkommen bestätigt und ermutigt fühlen. Derweil haben die Loyalisten eine ausgeklügelte Gegenstrategie entworfen. Die erste Etappe beinhaltete eine juristische Klage gegen das Abkommen sowie die Forderung nach einem Volksentscheid/Referendum in Nordirland. Das „Hohe Gericht" in London beschied diese Klage mittlerweile abschlägig und Thatcher verweigerte den loyalisten das geforderte Referendum. Die zweite Etappe, derweil bereits eingeläutet, besteht im Rücktritt der loyalistischen Unterhausabgeordneten. Als erste der 15 MPs haben Paisley und der DUP-Fraktionschef im nordirischen Regionalparlament, Robinson, ihre Mandate niedergelegt. Die restlichen 13 sollen nach und nach diesen Schritt ebenfalls tun. Thatcher macht sich noch gewisse Hoffnungen, diese Front zu durchbrechen, da 2 der 15 Loyalistischen MPs über relativ knappe Mehrheiten verfügen und im Falle ihres Rücktrittes und folgender Neuwahlen die Wahl nationalistischer Kandidaten zu befürchten hätten. Durch den Rücktritt der loyalistischen MPs sollen Neuwahlen in der Mehrzahl der nordirischen Wahlkreise erzwungen werden, als Ersatz für das verweigerte Referendum. Hält die Regierung auch nach diesem Ersatzreferendum, von dem man sich eine Bestätigung bzw. Stärkung der radikalen „Ablehnungsfront" erhofft, an einer „konsultativen Rolle" Dublins fest, soll die Provinz durch Streiks, „zivilen Ungehorsam" etc. „unregierbar" gemacht werden. Vierte und letzte Etappe: Die Erklärung einer „provisorischen nodirischen Regierung". Mit den Paramilitärs verquickte loyalisti-

soll die Provinz durch Streiks, „zivilen Ungehorsam" etc. „unregierbar" gemacht werden. Vierte und letzte Etappe: Die Erklärung einer „provisorischen nodirischen Regierung". Mit den Paramilitärs verquickte loyalisti-

sche Politiker haben bereits zudem Anschläge gegen Einrichtungen des Tourismus in der „Republik" angedroht sowie jeden Dubliner Regierungsbeauftragten, der nordirischen Boden betritt, zum „legitimen militärischen Ziel" erklärt. Parallel zur politischen Kampagne erfolgt bereits die Bewaffnung der loyalistischen Bevölkerung, z.T. mit der Begründung, eine „provisorische Regierung" benötige eine „bewaffnete Verteidigungsstreitmacht". Bereits heute dürften ca. 20% der protestantischen/loyalistischen Bevölkerung im Besitz von Waffen sein.

Erinnerungen an „Sunningdale" werden wach. Seinerzeit, im September 1973, hatte eine „power sharing executive", bestehend aus der SDLP, der liberal-loyalistischen „Alliance"-Partei und der damals noch existierenden „Unionist Party", die Einrichtung eines „allirischen Rates" beschlossen. Ein Streik der radikalisierten loyalistischen Arbeiter ließ dieses Vorhaben scheitern und brachte die „power sharing executive" zu Fall. Bei den Wahlen zu einem neuen verfassungsgebenden Konvent siegte dann 1975 „eine loyalistische Koalition" der „Sunningdale"-Gegner (Paisley's DUP, die „Vanguard Party" und der erz-konservative Flügel der „Unionist Party").

Dennoch gibt es einige Unterschiede zu heute, die nicht unerheblich sind:

a) waltete seinerzeit eine Labour-Regierung in London des Amtes. Teile der konservativen Opposition sowie des Geheimdienstes leisteten den radikalen Loyalisten offen oder verdeckt Unterstützung. Die britische Armee machte keinerlei Anstalten, die von den Loyalisten errichteten Barrikaden zu beseitigen, sondern verhielt sich vielmehr — gelinde gesagt — wohlwollend gegenüber der reaktionären Rebellion loyalistischer Arbeiter und Mittelständler. Die Tatsache, daß große Teile der staatlichen Organe in Großbritannien die radikalen Loyalisten unterstützten und somit die Politik der eigenen Labour-Regierung unterliefen, die ja selbst „Sunnigdale" eingefädelt hatte, dürfte entscheidend für den Erfolg der loyalistischen Rebellion gewesen sein. Das Abkommen von Hillsborough genießt jedoch nicht nur die Unterstützung der jetzigen parlamentarischen Opposition, sondern auch der überwältigenden Mehrheit der „Tories" und des „Sicherheitsapparates". „Hillsborough" ist nicht gleich „Sunningdale", ein Unterlaufen des Abkommens aus „den eigenen Reihen" heraus steht nicht zu erwarten.

b) Eine Rebellion „aus dem Stand" läßt sich für die Loyalisten offensichtlich nicht bewerkstelligen. Einerseits fühlt sich die loyalistische Bevölkerungsmehrheit hinsichtlich ihrer Identität schwer getroffen, zumal es eine erz-reaktionäre „Torry"-Regierung ist, die sie an die „Republik" „verkauft". Sie fühlen sich als „ungeliebte Kinder" Londons herumgestoßen und verraten, und das, obwohl sie doch „britischer" eingestellt sind als jeder Brite auf der britischen Insel. Aber 15 Jahre Krieg sind auch an den Loyalisten nicht spurlos vorübergegangen und möglicherweise wird ein Teil der loyalistischen Mehrheit nicht den radikalen Sprüchen Ian Paisleys folgen, sondern resignieren.

c) Viel wird davon abhängen, für wie bedeutend die Regierung in London die „Zugeständnisse" an Dublin hinsichtlich der Realisierung des „security"-Inhaltes des Abkommens hält. Klar ist nur, daß Thatcher sich nicht — wie zuvor einige Labour-Premiers — von den Loyalisten diktieren lassen wird, was sie zu tun und zu lassen hat. Sie wird zunächst versuchen, den Loyalisten klar zu machen, daß dieses Abkommen in ihrem Interesse liegt und der Eindämmung des radikalen Republikanismus dient. Sie wird den Loyalisten desweitern zu verstehen geben, daß die „konsultative Rolle" Dublins bezüglich der Einbindung des „Nordens" in den britischen Staatsverband ohne Bedeutung ist, ja vielmehr einer Anerkennung der Teilung der Insel gleichkommt. Nordirlandminister Peter King hat bereits anläßlich der Unterhausdebatte über Hillsborough den Loyalisten bedeutet, daß sie die „konsultative Rolle" Dublins und die im Akommen aufgeführten Reformvorschläge „nicht so hoch hängen" sollten. Was unter dem Strich bliebe, wäre „more security". Derweil stehen in England bereits 2 „Spearhead"?Bataillone in Alarmbereitschaft, die im Falle von Anzeichen eines Bürgerkrieges die britische Armeepräsenz im „Norden" verstärken sollen. Ein „begrenzter Konflikt" mit den Loyalisten liegt durchaus im Interesse Londons, könnte er doch das Image der Regierung bei der Minorität verbessern und suggerieren, daß sich die „security"-Maßnahmen auch gegen die loyalistischen Paramilitärs — ergo überhaupt gegen die Gewalt im "Norden" — richten würden. Problema-

könnte er doch das Image der Regierung bei der Minorität verbessern und suggerieren, daß sich die „security"-Maßnahmen auch gegen die loyalistischen Paramilitärs — ergo überhaupt gegen die Gewalt im "Norden" — richten würden. Problema-

tisch wird die Situation allerdings dann, wenn die „Entfremdung" der loyalistischen Mehrheit von der Armee und London ein Ausmaß annimmt, das bedeutet, daß sich London nicht nur einer „unregierbaren" nationalistischen Minderheit, sondern auch nocheiner „unregierbaren" loyalistischen Mehrheit gegenüber sieht, ihres „kolonialen Klientels" verlustig wird. Ein derartiger „Zweifrontenkrieg" müßte die Autorität Londons im „Norden" untergraben und würde ein „machtpolitisches Vakuum" schaffen. Von daher muß London daran gelegen sein, bereits vorab die Aussichtslosigkeit jeder loyalistischen Rebellion glaubwürdig zu demonstrieren.

Die Möglichkeit eines Sinn Féin-Verbotes

Für den Fall, daß sich die Loyalisten nicht belehren lassen, verfügt man noch über ein „Bonbon" in der Hinterhand, das den Loyalisten das „security"-Abkommen „schmackhaft" machen soll. Ein Verbot von Sinn Féin, und zwar nicht nur im britisch regierten „Norden", sondern auch im „republikanischen" „Süden". Die „Republik" könnte auf diese Weise einmal mehr gegenüber den Loyalisten dokumentieren, daß sie es nicht ernst mit der „Entrepublikanisierung" der Insel und der Bekämpfung der IRA. Für London ist es wichtig, daß das Verbot Sinn Féins sich nicht nur auf den „Norden" bezieht, sondern durch ein entsprechendes Vorgehen Dublins im „Süden" abgedeckt wird. Auf diese Weise soll internationalen Protesten gleich der Boden entzogen werden. Ein Verbot Sinn Féins im „Süden" suggeriert, daß es sich bei dem Konflikt im „Norden" nicht um eine antikoloniale irisch-britische Auseinandersetzung handelt, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen „demokratischen Staaten" und einer „terroristischen Gruppierung". Mit dem Sinn Féin Verbot soll ein „Schlußstrich" unter die ewigen irisch-britischen Fehden gezogen werden, jedenfalls auf Regierungsebene. Es geht in Zukunft nicht mehr um „Wiedervereinigung versus Kolonialismus", sondern um „law and order versus Terrorismus".

Derweil werden bereits umfangreiche Vorbereitungen für einen „größeren Schlag" gegen Sinn Féin und IRA getroffen. „Süden" wie „Norden" haben die Präsenz von Armeeinheiten und Polizei entlang der Grenze in den letzten Wochen erheblich verstärkt. Der „Schlag gegen den Terrorismus" soll kurz vor Weihnachten erfolgen. Zuvor soll mit amerikanischer und EG-Hilfe das polizeiliche Kommunikationsnetz zwischen „Norden" und „Süden" effektiviert werden, um eine schnelle Datenübermittlung etc. zu gewährleisten. Ein britischer Informant gegenüber der „Times": Unsere geheimdienstlichen Einrichtungen werden in Zukunft dazu in der Lage sein, alle IRA-Bewegungen auf der gesamten Insel zu registrieren" („Times", 17.11.1985). Ein „gesamtirischer Sicherheitsstaat" unter britischer Kontrolle.

Sinn Féin hat auf ihrem Parteitag Anfang November bereits die Möglichkeit des Verbotes erörtert. Offensichtlich wird der Parteiapparat bereits entsprechen umstrukturiert, die Mitgliedschaft auf die Illegalisierung vorbereitet. Die Schließung der Sinn Féin-Büros wird wahrscheinlich mit Massenverhaftungen im „Norden" wie im „Süden" einher gehen. In den grenznahen Polizeistationen auf dem Boden der „Republik" wurden bereits neue Computer installiet, die die totale Erfassung der Bevölkerung in dieser radikal-republikanischen Region, die für die IRA von ernormer Bedeutung ist, zu ermöglichen.

Ein Verbot von Sinn Féin, einer Partei, die immerhin von einem guten Drittel der nationalistischen Population Nordirlands gewählt wird, aber auch im „Süden" in zahlreichen Kommunal- und Provinzparlamenten vertreten ist, wäre ein Novum in der jüngeren Geschichte der sogenannten „westeuropäischen Demokratien". Ein Verbot von Sinn Féin sollte nicht isoliert als „britisch-irische Besonderheit" (wo nun mal die „Demokratie" außer Kraft gesetzt ist), sondern im größeren Kontext einer westeuropäischen Rechtsentwicklung verstanden werden. Zumindest darf das, was in den nächsten Wochen im „Norden" wie im „Süden" der Insel geschehen wird, nicht von der innergesellschaftlichen Entwicklung, die England seit Antritt der „Tory"-Regierung selbst durchgemacht hat, isoliert werden. Die „Republik Irland" wie Großbritannien können heute nur noch im sehr eingeschränkten Sinne als „parlamentarische/bürgerliche" Demokratien bezeichnet werden. Der Malwinen-

durchgemacht hat, isoliert werden. Die „Republik Irland" wie Großbritannien können heute nur noch im sehr eingeschränkten Sinne als „parlamentarische/bürgerliche" Demokratien bezeichnet werden. Der Malwinen-

krieg, der Krieg in Nordirland und der Krieg gegen die Bergarbeiter haben das Gesicht der „britischen Demokratie" wie der politischen Kultur in Großbritannien verändert. Die „Tory"-Regierung wähnt sich in einem permanenten Kriegszustand, gegen rebellierende Farbige und sozial deprivierte Jugendliche, gegen „Argies" und „irische Terroristen".

Anläßlich des Bergarbeiterstreiks erklärte Thatcher, „nach dem äußeren Feind (gemeint waren die ‚argies') werden wir den inneren Feind besiegen". Und „Arthur Scargill und Gerry Adams (Sinn Féin-Chef) sind die größten Feinde der britischen Demokratie". Eine ähnliche Belagerungsmentalität läßt sich auch für das Establishment der „Republik" konstatieren; das nun um „seiner Sicherheit willen" auch noch die letzten Reste irischer Souveränität verkauft und die „Britannisierung" der „grünen Insel" betreibt.

dsm

Frauen in der Produktion oder:

Gibt der Imperialismus den nicaraguanischen Frauen die Möglichkeit zur Befreiung vom Machismo?

Die Unterdrückung der Frau in der sog. Dritten Welt ist dreifacher Art: Sie ist betroffen durch die Ausbeutung der abhängigen Länder durch den Imperialismus, der Bevölkerung durch die jeweils herrschende Klasse und ihre direkte Unterdrückung durch den Mann. Die mit der nicaraguanischen Revolution in Gang gesetzten Gesellschaftsformationen bieten Ansatzpunkte, diese dreifache Unterdrückung aufzubrechen.

Die Frauen wollen in der gegenwärtigen Situation von Krieg und Wirtschaftskrise verstärkte Integration in den Produktionsprozeß, jedoch unter Veränderungen der bestehenden Strukturen und Arbeitsbedingungen. Damit wollen die nicaraguanischen Frauen sowohl auf der wirtschaftlichen Ebene die Einflußmöglichkeiten erkämpfen, die ihrer wichtigen Rolle, die sie real in der Wirtschaft spielen, entsprechen, als auch auf politisch-ideologischer Ebene das in der machistischen Gesellschaft vorherrschende Frauenbild nachhaltig verändern.

Frauen in die Produktion! Verteidigt die Revolution!

„Einige dachten, daß Traktorfahren zu schwer und nichts für Frauen ist, daß es Männerarbeit ist. Wir aber sahen, daß der Krieg zunahm, daß immer mehr Männer in der militärischen Verteidigung aktiv werden mußten. Und wir Frauen haben immer schwere Arbeiten ausgeführt: Aussaat, Insektenbekämpfung, Ernte, alles halt." So begründete Victoria Torres ihre neue Tätigkeit als Traktoristin im Kriegsgebiet von Jalapa. (1) In diesen Worten spiegelt sich eine allgemeine Problematik der nicaraguanischen Kriegswirtschaft: 53.000 Arbeiter sind gegenwärtig für die militärische Verteidigung mobilisiert (2), was sich auf die ohnehin durch Wirtschaftkrise, Blockade und
siert (2), was sich auf die ohnehin durch Wirtschaftkrise, Blockade und
Kriegsschäden angeschlagene Produktion negativ auswirkt. Als eine der dringenden Aufgaben nannte die FSLN am 1. Mai in ihrer Botschaft an die Arbeiter: „Wir müssen die Ausbildung und Integration der nicaraguanischen Frau in den produktiven Aufgaben fördern, damit diese die Plätze der Männer einnehmen können, die in den Kampf ziehen." (3) Damit griffen sie eine Forderung auf, die bereits in der Abschlußresolution der IV. Nationalen Gewerkschaftsversammlung im Januar dieses Jahres formuliert war, nämlich „die produktive Integration und eine größere gewerkschaftliche Organisierung der Frau anzuregen." (4)

Im Zuge ihres achten Jahrestages hat die Frauenorganisation AMNLAE im September einen breiten Diskussionsprozeß initiiert, um die bei der Umsetzung dieser Forderungen aufgetretenen Schwierigkeiten, aber auch erste Erfolge zu analysieren.

Auf ihrer II. Nationalen Versammlung war AMNLAE auch Forum für einen Erfahrungsaustausch für Frauen vom Land, die gleichzeitig als Bäuerinnen in UNAG (oder als Landarbeiterinnen in ATC) (5) organisiert sind. Auf zuvor regional durchgeführten Versammlungen kamen die Bäuerinnen zu dem Schluß: „Wir sind zwar UNAG, aber gleichzeitig haben wir Arbeitsprobleme, die die Männer nicht haben, und die wir Frauen gemeinsam angehen müssen." (6) Die Integration der Frau in die Produktion, besonders im landwirtschaftlichen Bereich ist nicht neu. Traditionell mußten die Frauen zum Lebensunterhalt der Familien beitragen, sowohl im Subsistenzbereich, wie auch als billige, jederzeit zur Verfügung stehende Reserve-Arbeitskraft. Oft wurde ihr der Lohn noch nicht einmal direkt ausgezahlt, da sie auf den Lohnlisten unter dem Namen ihres Mannes geführt wurde. Seit 1979 nahm der Anteil der lohnabhängigen Frauen ständig zu. Besonders stark in den letzten drei Jahren. (7)

Der schwierige Weg nach „oben"!

Nach sechs Jahren Revolution ist die Mehrheit der Frauen immer noch an Arbeitsplätzen beschäftigt, die wenig Verantwortung erfordern. Die Frauen haben kaum Zugang zu Leitungs-, Organisations- und Arbeitskontrollfunktionen. (8) Vor allem auf dem Land verrichten die Frauen immer noch die am schlechtesten bezahlten Arbeiten, die wenig Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Die historische Begründung dafür — die fehlende Grundausbildung der Frauen — trifft teilweise nicht mehr zu. Seit der Alphabetisierungskampagne können alle Frauen lesen und schreiben und stellen nun den größten Anteil in den laufenden Erwachsenenbildungsprogrammen. (9) Bislang sind wenig Frauen in den Bereich der beruflichen und technischen Ausbildung vorgedrungen, bzw. mann hat ihnen nicht die Möglichkeiten dazu gegeben. Eine Studie , die der Staat momentan durchführt, zeigt, daß die Mehrheit der Frauen wegen zu geringer oder fehlender Ausbildung niedrig bezahlte Arbeitsplätze haben, oder, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen aus dem produktiven in den informellen Sektor drängen. Die gleiche Studie beweist, daß die Ausbildungszentren immer noch Männer als am geeignetsten für die meisten Berufe erachten. Sogar das staatliche Fortbildungsinstitut SINAFORP fordert jedes Mal, wenn ein neuer Kurs beginnt, männliche Kandidaten an. (10)

Jedoch ist das Ausbildungsproblem nicht das einzige Problem. Frauen, die um bessere Arbeitsplätze kämpfen, sind mit vielfältigen gesellschaftlichen
nicht das einzige Problem. Frauen, die um bessere Arbeitsplätze kämpfen, sind mit vielfältigen gesellschaftlichen
Vorurteilen konfrontiert. „Die immer noch tief verwurzelte Vorstellung, daß die Frau ‚zerbrechlicher', ‚schwächer' ist und ‚nicht zum Befehlen taugt', hat ihren Zugang zu technisierten oder mechanisierten und besser bezahlten Arbeiten, sowie zu Leitungsaufgaben beschränkt." (11)

Größtes Handikap: Die Hausarbeit

Obwohl die Mehrzahl der nicaraguanischen Frauen ihre Familien ernähren muß bzw. in irgendeiner Form Lohn erwirtschaften muß, bedeutet dies nicht, daß sie die Hausarbeit vergessen könnten. Im Gegenteil: Diese bleibt ihre exklusive und ihnen gesellschaftlich traditionell zugewiesene Aufgabe. Das gleiche gilt für die Versorgung und Erziehung der Kinder. So nannte AMNLAE auf ihrer Nationalen Versammlung im September des Jahres als eines der vordringlichsten Probleme das Fehlen von Unterstützungsstrukturen, die die Belastung der Frau durch Haushalt und Kinder vermindern können. (12)

Die Konsequenzen der Doppelbelastung und häufiger Schwangerschaften, Geburten und Stillperioden führen zu zunehmender und anhaltender Erschöpfung der Frau.

Politische Organisierung tut not

Die extrem schwierigen Bedingungen, unter denen die Frauen einer Lohnarbeit nachgehen müssen, erfordern eigentlich einen besonders hohen Organisationsgrad in den Gewerkschaften. Neben der fehlenden Zeit und Kraft wird die Frau — will sie sich gewerkschaftlich betätigen — noch konfrontiert mit den Männern zu Hause (Ehemann oder Vater), die meinen, gewerkschaftliche Arbeit sei nichts für Frauen, und den Männern in der Gewerkschaft selbst, die frauenspezifische Probleme nicht auf die Tagesordnung setzen. Ähnlich wie im Produktionsprozeß sind auch in der Gewerkschaft die Frauen in den Leitungsinstanzen erheblich unterrepräsentiert. Die Frauen werden bei der Auswahl für gewerkschaftliche Fortbildungskurse selten berücksichtigt, mit dem Ergebnis, daß „sich die Arbeiterinnen großen Hindernissen gegenübersehen, um die Verantwortung als Leitungskaderin zu übernehmen, außerdem ist es nicht sehr häufig, daß sie dafür vorgeschlagen werden." (13) Mittlerweile stellen die Frauen einen beträchtlichen Anteil der Mitgliedschaft in ATC, UNAG, CST etc. und beteiligen sich an den gewerkschaftlichen Aktivitäten. In den Gewerkschaftsversammlungen selber melden sich die Frauen jedoch selten zu Wort in der Annahme, ihre Probleme beträfen nicht alle Arbeiter. Darauf versucht nun AMNLAE eine Antwort zu finden. AMNLAE propagiert nicht in erster Linie die massive Integration der Frau in ihre Reihen. Ihr Ziel ist es vielmehr, möglichst viele Frauen in den übrigen politischen und Massenorganiatonen zu organisieren und deren Einfluß dort durch politische Schulung und organisatorische Rückendeckung zu vergrößern. Darüberhinaus besteht AMNLAE jedoch auch auf der Notwendigkeit einer eigenständigen Frauenorganisation. Konzept dieser realistischen Politik ist, die politische Arbeit mit den Frauen in den Bereichen zu suchen, wo sie mit ihren unmittelbarsten täglichen Problemen konfrontiert sind, und darüber auch allmählich fortschrittliche Inhalte einer Frauenpolitik in der Basis zu verankern. (14)

Diese Verknüpfung der beiden Arbeitsbereiche der Frau — in Produktion und Reproduktion — in der Politik von AMNLAE findet sich auch in den Gewerkschaften wie z.B. ATC wieder.

„Wir können die Arbeit der Männer machen"

In der Goldmine El Limon

Als die Goldmine vor 1979 noch in der Hand der Yankees war, arbeiteten dort nur wenige Frauen (als Sekretärinnen oder Putzfrauen). Heute tragen mehr als 100 Frauen in den verschiedensten



Funktionen zur Goldproduktion in der Mine El Limon bei. Die Goldminen erwirtschaften einen nicht unwichtigen Teil am nicaraguanischen Devisenaufkommen. 45 dieser Frauen erfüllen Aufgaben, die bis vor wenigen Monaten nur Männern vorbehalten waren. „Als die Nationale Leitung uns Frauen am 1. Mai dazu aufrief, uns auszubilden und in die Produktion zu integrieren, haben wir uns hier vorgenommen, das in Angriff zu nehmen." (15)

Diese Integration war ein hartes Stück Arbeit, das AMNLAE, FSLN und die Gewerkschaft gemeinsam leisteten. „*Es gibt immer noch Leute, die der Meinung sind, Frauen sind für solche Arbeiten nicht tauglich*". (16) Bezeichnenderweise war der Widerstand größer bei den Verantwortlichen, als bei den Arbeitern selber.

In der Viehzucht

Auf den UPEs (17), die Viehzucht betreiben, verrichtet die Mehrzahl der Frauen traditionell niedrig bezahlte Arbeiten, wie z.B. Aussaat und Jäten beim Grünfutteranbau, was kaum Aufstiegsmöglichkeiten bietet. Vor kurzem führte MIDINRA (18) auf zwei ausgewählten UPEs in der Region II einen Versuch durch mit positivem Ergebnis: In Amatitan und San Judas übernahmen Frauen die traditionelle Männerarbeit der Rinderaufzucht. In einer vergleichenden Studie stellt MIDINRA fest, daß die Rindersterblichkeit auf einer herkömmlichen UPE (El Triunfo) 12,8% betrug, auf San Judas jedoch nur 2,7%. Als Grund nennt MIDINRA die gute Führung durch weibliches Personal und schlägt vor, diese Aufgaben in Zukunft auf allen UPEs ausschließlich Frauen zu übertragen. Dieser Vorschlag rief unter den Arbeitern anderer UPEs heftigen Widerstand hervor.

In den Baumwollfeldern

In der Region II werden 90,5% der nationalen Baumwollproduktion erwirtschaftet, ein Relikt aus der Somoza-Zeit. (19) Der saisonbedingte Baumwollanbau traf u.a. die Frauen. Während die Männer außerhalb der Erntezeit als Tagelöhner durchs Land ziehen mußten, waren die Frauen, zuständig für die Kinderaufzucht, dazu gezwungen, die miesesten und schlechtbezahltesten Arbeiten anzunehmen, um den Unterhalt der Familie zu gewährleisten. Als Reservearmee billigster Arbeitskräfte und weit entfernt von jeglichen Ausbildungsmöglichkeiten, begann die aktive Beteiligung der Landarbeiterinnen — schon lange vor dem Sieg der Revolution — bei Landbesetzungen, die sie in Frauenkomitees mitorganisierten. Heute hat sich vieles geändert: die Frauen erhalten den gleichen Lohn wie die Männer und sind ihnen rechtlich gleichgestellt. Sie haben sich alphabetisiert und kommen in den Genuß von verschiedenen sozialen Dienstleistungen (Versicherung, Gesundheitsversorgung, Kindertagesstätte etc.).

„Aber vor allem lernen wir Frauen uns zu organisieren und auf unsere eigenen Kräfte zu vertrauen." (20)

Jedoch nur 10% der bei der Baumwollernte anfallenden Kontrollaufgaben, z.B. Wiegen und Registrierung, werden von Frauen ausgeführt. Diese Funktionen werden besser bezahlt und sind körperlich weniger anstrengend. Deshalb streben die Frauen an, diese Aufgaben voll zu übernehmen. Außerdem fordern sie die Ausbildung und Beteiligung der Frauen an Maschinen (Traktor, Erntemaschine etc.), die noch exklusive Männerdomäne sind

Bei diesen Beispielen darf mensch nicht vergessen, daß „wenn der Abend kommt und die Arbeitszeit zuende ist, geht der Mann nach Hause, um sich auszuruhen, während die Frau mit der Hausarbeit ihren Arbeitstag dort weiterführen muß. Das ist immer noch die Realität." (22)

Die ökonomische Notwendigkeit als historische Chance nutzen

Wir haben gesehen: Die ökonomischen Schwierigkeiten, mit denen Nicaragua im Moment fertig werden muß, und die vor allem ihren Ursprung in dem von außen aufgezwungenen Krieg haben, haben u.a. durch die hohe Anzahl der mobilisierten Arbeiter einen zunehmenden Mangel an qualifizierter Arbeitskraft im gesamten Produktionssektor zur Folge.

Für die Frauen stellt dieses Problem eine historische Chance dar. Entscheidend für die Weiterentwicklung des Integrationsprozesses der Frau ist, daß hier nicht nur ein politischer Wille besteht, sondern daß dieser politische Wille übereinstimmt mit den Erfordernissen einer konkreten geschichtlichen Situation: Die Integration der Frau ist ein Überlebensfaktor für die nicaraguanische Wirtschaft. Diese Entwicklung verläuft nicht geradlinig und reibungslos. Die ökonomische Notwendigkeit gerät in Widerspruch zu der traditionellen Rolle der Frau in der nicaraguanischen Gesellschaft. Damit wird der Machismo, der ideologisch noch nicht allgemein von der Revolution angegriffen wird, zu einem objektiv reaktionären Element.

Auch ist die ökonomische Notwendigkeit in sich widersprüchlich. Der Krieg, der auf der einen Seite den Arbeitskräftemangel in der Produktion verursacht, verhindert auf der anderen Seite die völlige Integration der Frau, da er wichtige materielle Voraussetzungen — vor allem Einrichtungen zur Kinderbetreuung — dafür blockiert.

AMNLAE geht es in dieser Situation nicht nur darum, das größte disponible Arbeitskräftepotential „Frau" — gemäß der Regierungspolitik — in Aktion zu setzen, sondern auch einen entscheidenden Schritt vorwärts zu tun in Sachen Befreiung der Frau. Dabei orientiert sich AMNLAE an dem Konzept, daß *gleichzeitig* für die Entwicklung neuer Wirtschaftsstrukturen zugunsten der Frau gekämpft werden
zept, daß *gleichzeitig* für die Entwicklung neuer Wirtschaftsstrukturen zugunsten der Frau gekämpft werden
muß und die ideologische Auseinandersetzung um die Rolle der Frau in der Gesellschaft und entsprechende Wertvorstellungen geführt werden muß.

Die FSLN will in der neuen nicaraguanischen Verfassung die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verankern. Diese Forderung schließt logischerweise die Beendigung der Frauenausbeutung und Unterdrückung ein. Dies wird jedoch von der Frente im Verfassungsentwurf nicht ausdrücklich benannt, was laut AMNLAE jedoch notwendig ist, um der besonderen Situation der Frau als doppelt Unterdrückter Rechnung zu tragen. AMNLAE ist mittlerweile, wie viele andere politische und Massenorganisationen zum Verfassungsentwurf angehört worden. Die Frauen fordern nun eine Verfassung „zugunsten der Frau". Darunter verstehen sie nicht einfach nur Gleichheit und Gleichberechtigung der Geschlechter, sondern Privilegierung und Bevorzugung der Frauen. Konkret bedeutet dies u.a. Vorrang von Frauen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen und Verpflichtung des Staates und der Unternehmer, die Ausbildung und Qualifizierung der Frauen so zu fördern, daß sie technische und Leitungsaufgaben übernehmen können und in diesen den Anteil stellen, der proportional zu ihrer Gesamtpräsenz im jeweiligen Arbeitszentrum ist. (23)

Korrespondenz aus Nicaragua

Anmerkungen:
1) Barricada, 25.9.85 (Barr.)
2) Barr., 10.9.85
3) Barr., 30.9.85
4) ebd.
5) UNAG = Union Nacional de Agricultores y Ganaderos (Kleinbauernverband), ATC = Asociacion de Trabajadores del Campo (Landarbeitergewerkschaft)
6) Barr., 28.9.85
7) Barr., 5.10.85
8) 22.9.85
9) Früher begründeten die Männer ihre Kontrollfunktionen mit ihrem Bildungsvorsprung
10) SINAFORP = Sistema Nacional de Formacion Profesional (Nationales Berufsbildungssystem), Barr., 21.10.85
11) Barr., 5.10.85
12) Barr., 24.9.85
13) Barr., 5.10.85
14) Die Vorgängerorganisation AMPRONAC, die vor dem Sieg der Revolution eine nicht unbedeutende Rolle spielte, war hauptsächlich zusammengesetzt aus fortschrittlichen Frauen des Mittelstandes und des Bürgertums
15) Barr., 30.9.85
16) ebd.
17) UPE = Unidad de Produccion Estatal (Staatliche Produktionseinheit = staatliche Farm)
18) MIDINRA = Agrarministerium
19) Während des sog. Baumwollbooms in den 50er Jahren wurden Kleinbauern massiv von ihren Ländereien vertrieben, damit die Somozisten und Transnationalen den monokulturellen Baumwollanbau extensiv betreiben konnten.
20) Barr., 30.9.85
21) Ventana, Barricada cultural, 28.9.85
22) ebd. 28.9.85
23) Barr., 22.9.85

von Rainer Werning

Die Philippinen 1898 - 1985:
Etappen einer vergessenen Intervention

Das fernöstliche Inselreich hatte das unsägliche Pech, Amerikas einstige und einzige Kolonie in Asien zu sein. 1898 entstand in den Philippinen Asiens erste, freilich kurzlebige Republik. Die 300jährige spanische Kolonialherrschaft — von Filipinos sarkastisch als Zeit im „Madrider Konventsmief" bezeichnet — hatte ein Ende gefunden. Für 20 Mio. US-Dollar kungelte Washington den Archipel den Spaniern ab — ein Kolonialschacher par excellence.

„Wohlwollende Assimilierung"

Die naive Geschichtskenntnis des damals amtierenden US-Präsidenten McKinley wähnte ein Sendzeichen des Herrn heraufziehen. Nunmehr, so McKinley, schicke sich „die große nordamerikanische Nation" an, die Inseln „im Geiste der wohlwollenden Assimilierung zu zivilisieren und zu christianisieren."

Säkular und zutreffender dagegen die Rede des aus dem Bundesstaat Indiana stammenden Senators Beveridge im US-Kongress: „*Die Philippinen sind für immer unser. Hinter den Philippinen liegen die schier unermeßlichen Weiten des chinesischen Marktes.*" Die Philippinen: Sprungbrett einer imperialen und kolonialen Politik in Ost- und Südostasien.

Kehrseite der Medaille: Die „renitenten" Filipinos verweigerten sich dem Diktat des „Wohlwollens". Das in der Region größte Kolonialmassaker nahm seinen Lauf.

„Befriedung" ...

„Pacification" („Befriedung") wurde zum Schlüsselbegriff. Die Bevölkerung wurde buchstäblich dezimiert. Über 120.000 amerikanische Soldaten schlugen den neuerworbenen Pazifik-Besitz in Botmäßigkeit. Das war wörtlich zu nehmen: Hier praktizierte die US-Soldateska jene „Aufruhrbekämpfung" (Counterinsurgency) — wie **Base Denial, Hamletting** (strategische Wehrdörfer,), **Zona** (systematisches Durchkämmen ganzer Wohnviertel) u.ä. —, die den Briten in Malaya (1948-60) als Vorbild diente. In Vietnam erfuhren diese Taktiken — flankiert von B52-Flächenbombardements bis hin zur geophysikalischen Kriegsführung (Erzeugung künstlichen Regens) — ihre „Verfeinerung".

... im „Rambo-Zambo"-Stil

Auf der ostphilippinischen Insel Samar beispielsweise wütete der US-Haudegen Jacob H. Smith. Folgender Tagesbefehl dieses Alchimisten des Terrors ist überliefert: „*Ihr sollt töten, plündern und niederbrennen*", peitschte Smith seine Untergebenen an. „*Je mehr ihr das tut, umso größer wird mein Wohlgefallen sein.*"

Die amerikanische Presse schnupperte begierig die Blutspuren „ihrers boys" ab. Frontkommentare fanden mühelos ihren Weg in den Blätterwald, die „Rambo" im nachhinein als schüchternen Samariter mit Schellenkappe erscheinen lassen ...

schüchternen Samariter mit Schellenkappe erscheinen lassen ...

Flaggenunaghängigkeit

Sommer 1946. Nach kurzem japanischen Herrschafts-Intermezzo (Dezember 1941 — Anfang 1945) und der Rückkehr der Amerikaner unter General Douglas MacArthur wurden in der Hauptstadt Manila die Nationalfahnen gehißt. Noch am Tag der Flaggenunabhängigkeit ist mit Washington ein Bündel bilateraler Verträge ausgehandelt, die — auf den Punkt gebracht — den Amerikanern in den Philippinen dieselben Rechte wie den Filipinos in den USA zugestehen (sog. Gleichheitsklausel).

Die vormals starke Antijapanische Volksbefreiungsarmee **Hukbalahap** (kurz: Huks), gilt in MacArthurs Sicht als ein „Haufen von Banditen". 1950 erfolgt die Umwandlung der Huks in die Volksbefreiungsarmee (HMB). Schwere politische und taktische Fehler brechen ihr in Verbindung mit Washingtons „**civic action**"-Programm das Genick.

Erfolgreiche Konterrevolution

Unter Federführung des CIA-Mannes Oberst Edward G. Lansdale war diesem Programm — also auf Bürgernähe getrimmte Zuckerbrot-Häppchen wie Verteilung von Lebensmittel-Rationen, Umsiedlungen und Landzuteilungen an Huk-Deserteure — Erfolg beschieden. In Vietnam schlug die Kopie des „philippinischen Erfolgs" fehl ...

Gegenliebe verpönt

1969. Stadt und Land werden von einer Protestwelle gegen die Politik des seit 1966 amtierenden Präsidenten Ferdinand E. Marcos und seiner betont amerikahörige Position erfaßt. Ende März erfolgt die Gründung der **Neuen Volksarmee (NPA)**. Aufnahme des Guerilla-Kampfes.

Im amerikanischen Repräsentantenhaus konstatiert der unter Vorsitz von Senator Symington erstellte Bericht (sog. **Symington Report**) über die US-„Verpfichtungen" in Übersee: „*Die Vereinigten Staaten (durch die JUSMAG, Vereinigte US-Militärberater-Gruppe; R.W.) unterstützen also die philippinischen Streitkräfte (AFP) gegen die Filipinos, die die Amerikaner immer weniger mögen.*"

Die Situation wird brenzlig. Vietnam — bereits absehbar — droht aus dem US-Machtbereich herauszukippen. Die Philippinen aber dürfen nicht wanken. Sie stellen die militärische Infrastruktur und Logistik für das „Abenteuer Indochina".

Vom **Clark Luftwaffenstützpunkt** setzen sich die B52-Bombergeschwader gen Indochina in Bewegung. **Subic Naval Base** war und ist **der** Stützpunkt der 7. US-Flotte. Und: deren Operationsgürtel schnallt sich in weitem Bogen vom Pazifik über das Südchinesische Meer, den Indischen Ozean und Persischen Golf bis hin zum Roten Meer.

Kriegsrecht: Die „Unnormalität" ...

1972. Im Herbst verhängt Marcos das Kriegsrecht. 1974 würden die Gleichheitsklauseln auslaufen. Eine US-Kongreßdelegation stattete den Inseln und Südkorea Ende des Jahres einen Besuch ab. Fazit ihres im Februar 1973 publizierten Reports: „*Eine uns wohlgesonnene Regierung* (d.h. das Marcos-Regime; R.W.) *und die Aufrechterhaltung unserer dort installierten Militärbasen sind wichtiger denn die Wahrung demokratischer Institutionen.*"

Washington stockt seine Militärhilfe drastisch auf. Zug um Zug mausert sich unter seiner Ägide das philippinische Militär (1972 = 62.000 Mann; heute = ca. 300.000 Mann exklusive

sche Militär (1972 = 62.000 Mann; heute = ca. 300.000 Mann exklusive

paramilitärischer Einheiten/Banden) zum Frankenstein-Monster. Mit betörenden Worten ist dieser „Ungeist" nicht mehr zurück in die Flasche zu bannen.

... wird „normal"

1981. Aufhebung des Kriegsrechts im Januar — pro forma. Die „unnormale" Situation wird kurzerhand zur „Normalität" erklärt. Die Militarisierung erhält einen neuen Drall. Um die Zahl politischer Gefangener rechnerisch gen Null zu drücken, wird das **Salvaging** in Anschlag gebracht. Ein schier prototypisch zu nennender Zynismus, der schauerlich Wort und Tat zusammenfallen läßt. Dem **Salvaging** (wörtl: „Rettung/Bergung von in (See)Not Geratenen") sind seitdem Tausende zum Opfer gefallen.

Im Klartext: Leute „verschwinden" durch „unsichtbare" Soldatenhand, um — sofern überhaupt — irgendwo in unwegsamem Gelände notdürftig verscharrt aufgefunden zu werden.

Onkel Sam zeigt Verständnis. Im Juli 1981 lobt der angereiste Reagan-Vize George Bush Marcos über den grünen Klee — vor allem dessen „unerschütterliches Festhalten an demokratischen Traditionen".

Von der Polarisierung ...

1983. Der bürgerliche Oppositionspolitiker Aquino wird bei seiner Rückkehr aus 3jährigem Selbstexil in den USA buchstäblich auf Manilas Flughafen „umgenietet". Das lange Zeit auf einen friedlichen Wandel erpichte Bürgertum ist aufgescheucht. Die Phase schroffer gesellschaftlicher Polarisierung schlägt um in einen Prozeß zunehmender Isolierung des Regimes. Die Legitimation staatlicher Autorität und Reputation ist in den Orkus gerutscht. Schuldenmoratorien — Kapitalflucht — harte Auflagenpolitik der IWF-Weltbank-Gruppe — Massenstreiks: die Zahnpasta ist nicht mehr länger zurück in die Tube zu pressen.

Aus Repräsentanten des US-Schatzamtes, der CIA, internationaler Gläubigerbanken, des Weißen Hauses, von Pentagon und State Department entsteht die sog. **Intergovernmental Task Force on the Philippines**. Dieser behördenübergreifenden Arbeitsgruppe obliegt die Formulierung einer stromlinienförmigen — zumindest mittelfristig verbindlichen — US-Politik vis-à-vis Manila. Danach ist Marcos strategisch „out". Ersatz — im Sinne eines Post-Marcos-Szenarios nach Washingtons Gusto — soll eine Allianz aus bürgerlichen Oppositionspolitikern und „effizienten" Militärs um den in West Point geschulten Generalstabschef Fidel Ramos mit dem in internationalen Geschäfts- und Bankkreisen geachteten Premier und Finanzminister Cesar Virata als Bindeglied schaffen.



Trauerzug zur Beerdigung des angeblichen Attentäters Galman, Galman-Sohn: „Er war unschuldig"

... zur Isolierung des Regimes

1985. Wer in Washington Rang und Namen hat, wird neuerlich in Manila vorstellig. **CIA-Chef William Casey** und Sonderemissär Reagans, Senator Laxalt, drängen Marcos im Mai bzw. Oktober zu vorgezogenen Präsidentschaftswahlen. Der Geheimdienstausschuß des US-Senats unter Vorsitz David Durenbergers zeigt sich nervös. Sollte das alte Regime in althergebrachter Weise weitermachen, so sei binnen drei Jahren „die Karre im Dreck". Die „weltweit schnellstwachsende" NPA-Guerilla zähle bald 30.000 Mitglieder und täglich verstärke sich ihr Zulauf.

Anfang dieses Monats. Der Freispruch des Ex-Generalstabschefs und Marcos-Chauffeur-Leibwächter-Intimus, General **Fabian C. Vers**, im Aquino-Mordprozeß beschleunigt den Bankrott des Regimes.

Für Anfang Februar 1986 werden vorgezogene Präsidenschaftswahlen anberaumt. Fest steht: das Damoklesschwert einer direkten militärischen US-Intervention senkt sich. Auf den Basen Clark und Subic sind bereits US-Eliteeinheiten — die **Special Operations Forces (SOF)** — angelandet worden. Philippinisch-amerikanische Manöver haben in der Vergangeheit stets die Grundannahme „niederzuschlagender interner Unruhen" einkalkuliert.

Südostasien — seit Vietnam das ungeliebte, schmuddelige Kellerkind der internationalistischen Linken hat uns nunmehr eingeholt. Es gilt Position zu beziehen — hier und bald.

Bonn hat das bereits getan: Noch im Oktober sicherte Bundesminister Dr. Jürgen Warnke dem Marcos-Regime die Aufstockung bundesdeutscher Entwicklungshilfe zu ... während Washigton zur „Stimme seiner Herrn" bereits langsam auf Distanz geht.

Auch das hat — gleichwohl kürzere — Tradition: um die Jahreswende 1982/83 überreichte ein Ministerpräsident aus Bayern seinem Gastgeber Marcos als Präsent einen Revolver. Zum Russischen Rolette — wie wohlmeinende Zyniker dereinst unkten — ist das Schießeisen nun wahrlich nicht verwandt worden.

Literaturhinweise

1) Rainer Werning, **Zur Geschichte des philippinischen Befreiungskampfes: 1930-1975**, Bonn 1975, 145 S.

2) Aktionsgruppe Philippinen/medico international (Hg.), **Die gestutzten Flügel der Freiheit — Menschenrechte und Militarisierung in den Philippinen**, Münster 1985, 72 S.

3) R. Werning, **Berstender Bambus — Gesundheit und Befreiung in den Philippinen**, hg. von medico international, Ffm. 1986, ca. 180 S.

Alle Schriften sind zu beziehen über: Aktionsgruppe Philippinen (agphi) Postfach 32 / 5444 Polch

Philippinen:

Philippinen:

Marcos deckt seine Kumpane

Präsident Ferdinand Marcos, der durch Korruption und Vetterwirtschaft seinen Familien-Clan zu einem der reichsten der Welt machte, kämpft nach 20 Jahren der unumschränkten Herrschaft um sein politisches Überleben. Heute muß Marcos zu immer brutaleren Repressionen gegen das philippinische Volk greifen, um seine Herrschaft aufrecht erhalten zu können. Dies belegen die jüngsten Ereignisse auf den Philippinen.

13 Jahre Kriegsrecht auf den Philippinen

Am 21. September war der 13. Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts durch Präsident Ferdinand Marcos. Während die Regierung diesen Tag als nationalen Feiertag begeht, wird das 1981 formal aufgehobene Kriegsrecht dennoch nach wie vor angewandt.

Mit der Ermordung des philippinischen Ex-Senators Benigno Aquino wurde auf den Philippinen eine neue Phase des Widerstands gegen Marcos eingeläutet. Zum ersten Mal beteiligten sich auch massenhaft die städtischbürgerlichen Schichten, vor allem in Manila, an den Protesten gegen Marcos. Aquino, der als Repräsentationsfigur dieses Teils der Opposition seine Rückkehr aus dem Exil mit einem Aufruf zum „Nationalen Versöhnungsprogramm" zwischen der Marcos-Diktatur und anderen Politischen Parteien verbunden hatte, wurde bei seiner Ankunft auf dem Flughafen von Manila rücklings erschossen. Seitdem ebbt die Welle der politischen Unruhen auf den Philippinen nicht mehr ab. Zu offensichtlich war, daß Marcos sich eines potentiellen Konkurrenten nur durch Ermordung entledigen konnte. Mittlerweile sind alle Angeklagten, die beschuldigt waren, an dem Attentat beteiligt zu sein, freigesprochen, unter ihnen auch der beurlaubte Generalstabschef Ver, der engste Vertraute von Marcos. Obwohl eine unabhängige Untersuchungskommision beträchtliche Beweise für eine Beteiligung der Militärs an der Ermordung Aquinos beigebracht hatte und Marcos' Verschwörungstheorie, nach der ein Mitglied der kommunistischen Partei Aquino ermordet haben soll, widerlegt hatte, folgte das von Marcos eingesetzte Sondergericht diesen Beweisen nicht. Wen wunderts, sitzt doch der Drahtzieher des Attentats im Präsidentenpalast.

Die Ermordung Aquinos leitete aber auch eine härtere Gangart gegen die Opposition ein. Vor der Aufhebung des Kriegsrechts im Jahr 1981 hatte es die Opposition vor allem mit Verhaftungen zu tun. Seither sind noch andere Formen der Repression hinzu gekommen. Schwester Mariani Dimaranan von der philippinischen Menschenrechtsorganisation „Task Force Detainees" (TED) nennt neben Verhaftungen unter Anwendung der „Preventive Detention Action" (PDA) — jeder kann solange inhaftiert werden, bis Marcos die Entlassung anordnet — vor allem das „hamletting" (die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

zwangsweise Umsiedlung von Menschen in Wehrdörfer). Mittlerweile sollen über 500.000 Menschen von ihren Wohngebieten in solche strategischen Wehrdörfer, eine Art Konzentrationslager, umgesiedelt worden sein. Weiterhin gab es zahlreiche Massaker, bei denen Menschen auf offener Straße erschossen werden. Nach Angaben von TFD soll es allein 1984 538 solcher Fälle gegeben haben. Hinzu kommt noch eine steigende Zahl von Verschwundenen.

Zahlreiche Aktionen gegen Marcos

Die philippinische Opposition nutzte den 13. Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts zu zahlreichen Aktionen gegen die Herrschaft von Präsident Marcos. Schätzungsweise 350.000 Menschen beteiligten sich landesweit an den Protesten. Diese konzentrierten sich allerdings auf die Städte. Allein in Manila nahmen über 50.000 Menschen an einer Demonstration teil, die direkt zum Präsidentenpalast führte. Dort stießen die Demonstranten auf Polizei und Militär, die mit Schlagstöcken versuchten, die Demonstranten auseinander zu treiben. Die Demonstration wurde von dem neuen, nationaldemokratisch ausgerichteten Bündnis „Bayan" (Volk) organisiert, zu dem etwa 500 Organisationen gehören. Bayan ist die größte legale Oppositionskraft auf den Philippinen.

Zuvor hatte das gemäßigtere Bündnis „Bandila" (Fahne), das sich aus sozialdemokratischen und liberalen Kräften zusammensetzt, ein „Volksgericht" gegen Marcos organisiert. Dem Präsidenten und seiner Frau Imela wurde eine massive Mißachtung der Menschenrechte vorgeworfen, sowie die Kultur- und Lebensgrundlagen von Minderheiten zerstört, die Prostitution von Frauen und Mädchen gefördert, die Wirtschaft des Landes ruiniert und sich selbst bereichert zu haben. Marcos wurde in allen sechs Punkten für schuldig befunden und „zur Strafe des Landes verwiesen".

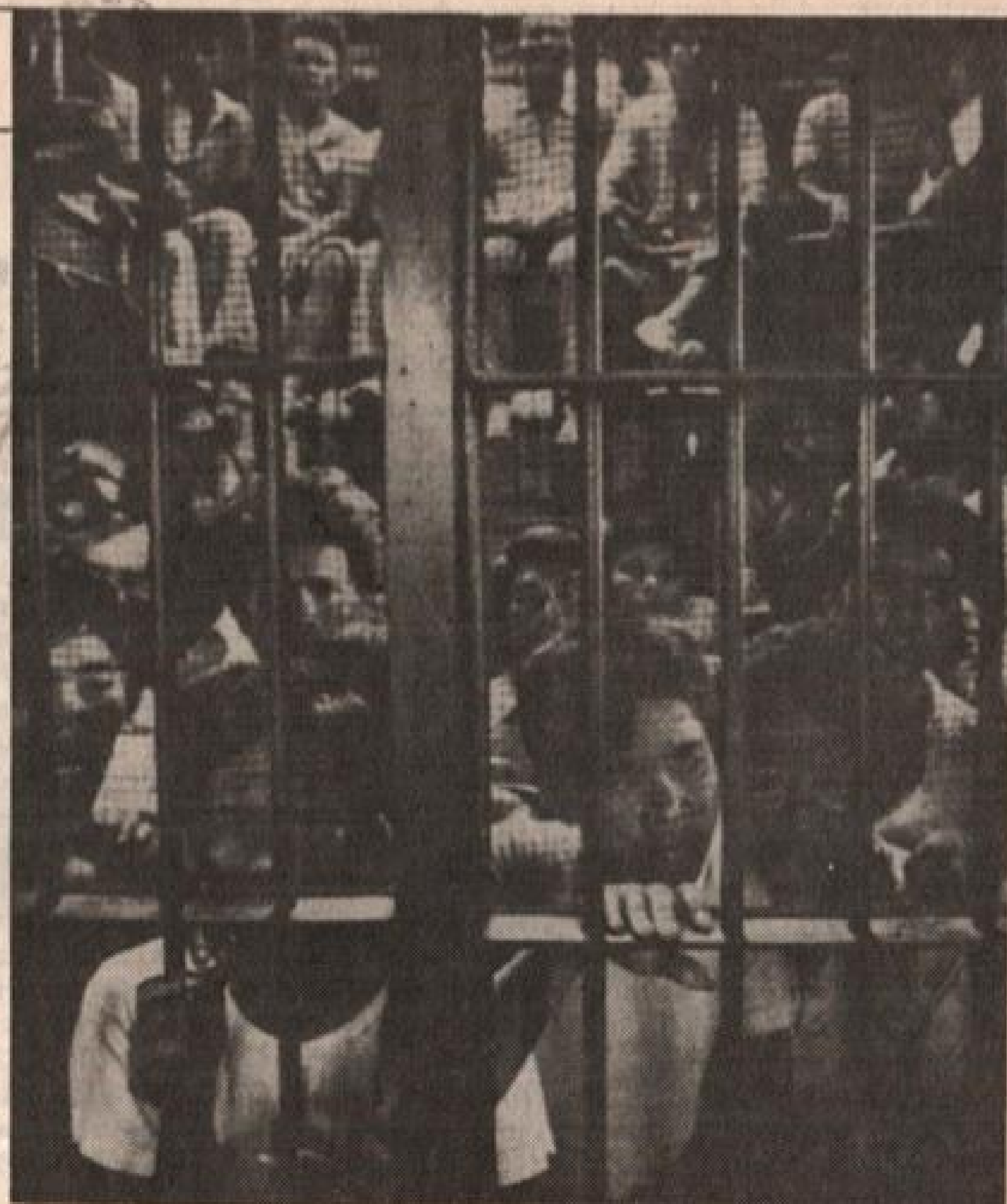
Nach dem Ende der Sitzung des Volksgerichts zogen die Teilnehmer zum Sitz des militärischen Oberbefehlshabers General Fidel Ramos, um ihm symbolisch das Urteil des Volkes zu überreichen. Teile der Bandila-Demonstration vereinigten sich später mit der Bayan-Demonstration, wo viele Mitglieder von Bandila zum ersten Mal mit der Staatsgewalt konfrontiert wurden.

In den Provinzstädten gipfelten die Aktionen in sogenannten „Welgang Bayan" (eine Art Generalstreik verbunden mit Straßenbarrikaden und anderen Formen des Protests), die von den örtlichen Abteilungen von Bayan organisiert worden waren. Die abgehaltenen Welgang Bayan u.a. in Davao-City, Butuan-City und Cagayan de Oro-City lähmten den gesamten Handel und den Verkehr. Bei dem Welgang-Bayan in Cebu, wo 80% aller wirtschaftlichen Aktivitäten in der Stadt verhindert worden waren, wurden 179 Menschen vom Militär verhaftet. Hauptstützen der Kämpfe auf dem Lande sind die Gewerkschaftsgruppen in Bayan unter der Führung der Kilusang Mayo Uno (Bewegung des ersten Mai) und der National Peassant Union.

Das Massaker von Escalante

Auch auf der Insel Negros war der Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts Anlaß zu zahlreichen Aktionen gegen das Marcos-Regime. Für die Menschen auf Negros geht es in erster Linie darum, für bessere Lebensbedingungen zu kämpfen. Hunger, der tägliche Kampf ums Überleben und militärische Gewalt sind leidvolle Alltagserfahrung der Bevölkerung.

Die katastrophale Lage der Menschen von Negros ist das Ergebnis der verfehlten und korrupten Politik von Marcos und seiner Kumpane. Einer von Marcos' Günstlingen ist Roberto Benedicto, Chef der staatlichen Zuckerbehörde „Philsucom". Die Philsucom hat das Monopol für den Ankauf der Zuckerernte und den Export ins Ausland. Doch Benedicto nutzt diese Position zur persönlichen Bereicherung. Unter anderem wird ihm vorgeworfen, ausländischen Zucker ins



Gefängnis auf Mindanao: Folter gehört zum Alltag

Land geschmuggelt zu haben, wo er dann zu gestützten Preisen verkauft wurde. Während der Weltmarktpreis derzeit bei 3 Cent je Pfund liegt, zahlen die USA den Philippinen 21 Cent. In einem anderen Fall wird ihm vorgeworfen, verdorbenen Zucker billig an sich selbst verkauft und später zu normalen Preisen abgesetzt zu haben, eine Operation, die ihm immerhin 15 Millionen Dollar eingebracht haben soll. Weil Benedicto in der Hochzeit, als der Zuckerpreis bei 67 Cent je Pfund lag, den amerikanischen Markt vernachlässigte, um im asiatischen Raum kurzfristig noch bessere Geschäfte zu machen, ist die Ausfuhrmenge in die USA heute beschränkt. Die USA gewähren den Philippinen zur Zeit nur eine Quote von 300.000 Tonnen. Für viele Hacienderos, die sich früher stolz Zuckerbarone nennen durften, bedeutet das, daß sie ihre Ernte nicht mehr absetzen können. Sie reagieren mit einer rapiden Senkung der Anbaufläche. Leittragende sind die Zuckerarbeiter. Während die Löhne immer neue Tiefstände erreichen, sie liegen beträchtlich unter dem offiziellen Mindestlohn des Arbeitsministeriums in Manila für Agrararbeiter, steigen die Akkordvorgaben der Hacienderos ständig an. Auch bisher waren die Arbeitsvorgaben schon so bemessen, daß Frauen und Kinder mitarbeiten müssen. Die Landarbeiter und ihre Familien sind quasi Eigentum der Hacienderos. Doch diesen Arbeitern geht es noch vergleichsweise gut, denn über 300.000 Zuckerarbeiter auf Negros sind arbeitslos, ohne Aussicht auf Arbeit und ohne jede finanzielle Absicherung. Die Folge ist nackter Hunger unter den Zuckerarbeitern: Siebenjährige Kinder sehen aus wie Zweijährige. 67% der Kinder von Zuckerarbeitern sind bereits alarmierend fehl- und unterernährt. Berichte häufen sich, wonach sich ganze Familien nur noch von Zuckerrohr und Wurzeln ernähren.

Da die Hilfsprogramme der Regierung und der Kirchen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, fordern die Menschen, brachliegendes Land mit Reis und Gemüse anbauen zu dürfen. Dies war auch der Anlaß für eine Demonstration in Escalante, einem Städtchen nördlich der Provinzhauptstadt Bacolod-City. Am Vorabend des Jahrestages der Verhängung des Kriegsrechts versammelten sich 7.000 Menschen, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Die Demonstranten wurden jedoch völlig unerwartet und ohne Vorwarnung von Wasserwerfern des Militärs angegriffen und mit Tränengas bombardiert. Die Demonstranten stürzten zu Boden, hakten sich unter und versuchten dem Angriff standzuhalten. Als ein Demonstrant eine Tränengasbombe zu den Soldaten warf, gingen Gewehrsalven aus den Maschinenpistolen los. Das Militär feuerte 15 Minuten in die Menge. Ein Beteiligter kommentierte die Ereignisse folgendermaßen: „Wir riefen nach Reis und sie antworteten uns mit Kugeln." Das Massaker von Escalante forderte viele Menschenleben. 17 starben an Ort und Stelle, 10 andere erlagen Stunden später im Krankenhaus ihren Verletzungen. Darüber hinaus werden seit der Militäraktion noch knapp 200 Personen vermißt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß noch weitere Tote in den Zuckerrohrfeldern gefunden werden, wohin sich zahlreiche Verwundete geflüchtet hatten.

Brigadegeneral Guzmann, der die Truppen in Escalante befehligte, behauptet, daß das Militär in Notwehr gehandelt hat. In Wirklichkeit waren die Demonstranten dem Militär wehrlos ausgesetzt. Die meisten Opfer wurden im Kopf bzw. im Rücken getroffen, was darauf hindeutet, daß sie entweder auf dem Boden lagen oder sich auf der Flucht befanden.

auf der Flucht befanden.

Das Massaker von Escalante forderte den höchsten Blutzoll bei einer einzelnen Protestaktion seit der Machtergreifung von Präsident Marcos vor 20 Jahre. Das Massaker von Escalante ist kein Einzelfall, am 11. Oktober wurden wiederum bei einer friedlichen Demonstration in Manila zwei Menschen erschossen und 11 weitere Demonstranten verletzt, als die Polizei aus dem Auto heraus das Feuer eröffnete. Auch bei dieser Demonstration bestand ein großer Teil der Teilnehmer aus Landarbeitern. Gerade dieser Teil der Bevölkerung, der aufgrund seiner sozialen Lage den Kampf gegen Marcos am konsequentesten führt, ist immer stärker von der Repression betroffen. In Zentral-Luzon sind 90% der Opfer der militärischen Aggressionen Bauern oder Landarbeiter.

Nach Berichten der Menschenrechtsorganisation TED sollen in der Zeit von 1972-1985 65-70.000 Filippinos aus politischen Gründen verhaftet und ins Gefängnis geworfen worden sein. Viele von ihnen seien gefoltert und mehr als 2.200 ermordert worden.

Quellen:
Tagespresse September, Oktober 1985
Liberation, 4/1985
AGPHI-Rundbrief Oktober 1985

Ks., Internationalismus-Kommission

Wolff Geisler:

Premierminister Pieter Botha ungeeignet zur Erhaltung des Apartheidsystems

Die bundesdeutsche Unterstützung der Apartheid ist nicht wirtschaftlich

Wären Überlegungen, wie Rohstoffe und Arbeitskräfte Südafrikas und Afrikas am intensivsten genutzt werden können, Grundlage der Südafrika-Politik der Bundesregierung, so würde sie entweder mit Vertretern der Mehrheit in Südafrika oder z.B. des 100 Millionen Personen starken Nigerias gemeinsam Ausbeutungsmechanismen zu verwirklichen suchen. Ausgerechnet aber stärker als mit allen anderen Führungsgruppen afrikanischer Länder mit der todgeweihten rassistischen Minderheitsregierung Südafrikas zusammen zu arbeiten, zeigt einen Glauben an die besondere Effektivität der weißen Herren. Und der Wohlstand Südafrikas, das industrielle, landwirtschaftliche und Infrastruktur-Potential, rühren nicht nur aus der Ausbeutung dunkelhäutiger Bewohner. Denn auch in den anderen Ländern Afrikas werden Menschen ausgebeutet. Aber an kein Land werden soviel Kredite gegeben, werden derart modernste Fabrikationsanlagen geliefert, derart viele und moderne Waffen geliefert wie an Apartheid-Südafrika. Auch der korrupteste und brutalste dunkelhäutige Potentat — z.B. Mobutu — ist nicht so kreditwürdig wie der todgeweihte Rassismus. Trotz der Erfahrungen in Guinea-Bissao, Angola, Mosambik, Simbabwe, in denen PAIGC, MPLA, Frelimo und Zanu die rassistische Herrschaft weißer Kolonialisten überwanden.

Das Apartheid-System hängt vom Ausland ab

Das Apartheid-System ist nur mit Investitionen, Maschinen, Kontrollinstrumenten, Militärmaterial aus dem Ausland lebensfähig. Bisher haben die USA, die BRD, Großbritannien die unveränderte Beibehaltung des rassistischen Systems gewollt. Eine Änderung konnten und können sie sehr schnell durch Kreditstop und Nichtbelieferung haben.

Zur Zeit wollen sie tatsächlich eine Änderung der Führungsspitze, nämlich die Ablösung von Ministerpräsident Botha; und sie werden sie bekommen.

Apartheid-Chef Botha soll verschwinden

Über Jahre wurde der gewalttätige, reaktionäre ehemalige Verteidigungsminister als „Reformer" in den hiesigen Zeitungen ausgegeben, der sich gegenüber der zögernden Nationalen Partei und den Wähler/inne/n mit seinen fortschrittlichen Ideen durchsetzen mußte. Die Änderung der Verfassung vom letzten Jahr mit der Festschreibung der Rechtlosigkeit der schwarzen Südafrikaner/innen und beschränkten Teilrechte für die sogenannten Inder/innen und sogenannten Mischlinge wurde von Regierungen in Bonn, Washington, London als Schritt in die richtige Richtung bezeichnet. Seit ca. Mai dieses Jahres wird Botha persönlich aber nicht mehr als fähig dargestellt, die Geschicke Südafrikas zu führen.

Anti-Apartheid Demonstrationen in den USA von der Regierung gefördert

Dieses Datum zeichnete sich bereits ab, als im November 1984 in den USA die Demonstrationen vor der südafrikanischen Botschaft begannen und bereits damals hiesige Zeitungen schrieben, daß sie sich steigernd bis Mai 85 andauern würden. Diese Demonstrationen wurden weder durch entsprechend großflächige Absperrungen verhindert noch wurden die permanenten Gesetzesbrecher/innen je bestraft. Jede/r bekam seine/ihre 50 Dollar Strafe zurück. Die Demonstrationen wurden also von der US-Regierung gefördert. Die Prominentenbeteiligung daran und das große Presseecho sowie der Besuch Kennedys in Südafrika sollten also der US-Bevölkerung oder der hellhäutigen südafrikanischen Minderheit oder sogar der unterdrückten dunkelhäutigen Mehrheit oder dem Ausland etwas demonstrieren. Seit Mai 85 wird Botha als unfähig hingestellt. Und nun werden auch Daumenschrauben angelegt.

Industrielle und Presse spielen antirassistische Ungeduld vor

Unmißverständlich war die Verminderung wenn nicht gar Einstellung der Kreditvergabe durch die meisten bisherigen Geberländer an den Apartheid-Staat. Als Folge dieser veränderten Politik mußte Pretoria bereits bis Ende 85 seine Zahlungsunfähigkeit eingestehen. Die EG diskutierte plötzlich die Möglichkeit von Sanktionen. Der Verkauf von Krügerrand soll u.a. eingestellt werden. Vor allem aber wurde mit Berichten über den ANC die Alternative zur jetzigen Regierung dargestellt. Und die Besuche südafrikanischer Großkapitalisten beim verbotenen ANC im Exil in Sambia zeigen ebenfalls deren Bedürfnis, sich anders darzustellen als die Nationel Partei. Als Botha mit einem Stop der Chromlieferungen drohte, sagte ein Vertreter der führenden bundesdeutschen Einfuhrfirma Metallgesellschaft im Fernsehen, daß diese Maßnahme keine Auswirkung auf die BRD-Wirtschaft hätte. Bisher hatte die Bundesregierung verbreiten lassen, dann gäbe es drei Millionen zusätzliche Arbeitslose.

Bonner Regierung hält am Rassismus fest

Die Regierung in Bonn signalisiert allerdings, daß am System des Rassismus nicht gerüttelt werden soll. Bundeskanzler Kohl wird am 21.9.85 in der SZ zitiert, daß gleiches Wahlrecht für alle in Südafrika nicht in Frage komme. Bei der Kündigung des Kulturabkommens im September 85 gab die Bundesregierung gleichzeitig bekannt, ein neues Abkommen mit verstärkten Beziehungen auch zur herrschenden rassistischen hellhäutigen Gruppe abschließen zu wollen. Durch die dramatisch dargestellte Auseinandersetzung Strauß-Genscher werden die rassistischen Argumentationen von Strauß als diskutabel wirkungsvoll verbreitet. Und als mit den Berichten über die Hinrichtung Benjamin Moloises, eines bis dahin fast unbekannten Mannes die bisher unbeanstandete Mordpraxis des Regimes in diesem Fall kritisiert und Botha wegen dieses einen Mordes als trotzig, stur, dargestellt wurde, da signalisierten wohl im Auftrag ihrer Stichwortgeber in der Bundesregierung Kommentator/inn/en in vielen Zeitungen, daß Botha persönlich nicht befähigt sei, das prinzipiell richtige Apartheid-System zu erhalten.

Wird Botha der südafrikanischen Mehrheit oder dem Ausland zuliebe geopfert?

Was ist der Anlaß für die geplante Absetzung Bothas? Wäre es nur die Änderung seiner Innenpolitik, so könnte man ihn ohne Aufhebens mit Kreditstop, Einstellung staatlicher Garantien für Lieferungen, erneute Besteuerung der bundesdeutschen Investitionen in Südafrika wie bis 1975 auch in der BRD usw. zu diesen Änderungen veranlassen. Möglicherweise geht's aber um die Person Botha, die zu einer Belastung für die südafrikanische Regierung gemacht werden soll. Botha persönlich steht als Unterzeichner der Abkommen Südafrikas mit Angola und den USA vom Februar 1984 und des Abkommens Südafrikas mit Mosambik vom März 1984 zur Disposition. Denn im geheimgehaltenen Abkommen mit Angola garantieren die USA u.a. durch ihre Teilnahme an der gemeinsamen Überwachungskommission die Sperrung Südangolas für SWAPO-Kämpfer und für erneute südafrikanische Besetzungen. Pretoria ist von der Regierung Angolas bei der Verletzung dieses Abkommens ertappt worden. Genau das Gleiche geschah in Mosambik, wo bei der Eroberung des Hauptquartiers der Rebellenbande MNR der mosambikianischen Regierung das Tagebuch der MNR-Präsidenten mit Details über fortwährende militärische Unterstützung aus Südafrika in die Hände fiel. Durch diese Nachweise sind außenpolitische Ziele der USA gefährdet. Mit der Ablösung Bothas und dem Versprechen, daß das zu selbständige südafrikanische Militär zurückgepfiffen wird, versuchen die USA möglicherweise den Schaden zu begrenzen.

Betr.: AK 264 „Schwierigkeiten mit der Solidaritätsarbeit?"

oder der Kampf gegen ANC und SWAPO in der Bundesrepublik

In dem Artikel setze ich mich u.a. mit einem von Akafrik Münster/Verena Rosenke formulierten Flugblatt auseinander, in dem gefordert wird: „Der ausdrückliche Wille aller Teile der südafrikanischen schwarzen Bevölkerung muß für die Solidaritätsbewegung vorrangig sein." Ich habe daher Verena vorgeworfen, zu fordern, „der Wille von allen dunkelhäutigen Personen, also auch von Angestellten des Regimes wie Polizisten, den Homeland Führern Prinz Buthelezi, Kaiser Mantanzima, Häuptling Mangope sowie den angeblich eine Million Mitgliedern der Inkatha sollen Leitschnur unserer Politik sein." Ich wußte, daß sie dieses trotz ihrer Worte nicht fordern wollte und bitte für die Anführung der Beispiele um Entschuldigung.

Wolff

200.000 Exemplare der Fibel „Kinder aus aller Welt" eingestampft

1982 erschien die aus dem Norwegischen übersetzte Kinderfibel „Ein Bilderbuch zum Mitdenken". (3) Diese Kinderfibel, die vor allem für Kindergärten und Grundschulen gedacht war, benannte nicht nur die Ursachen der Armut an konkreten Beispielen (Bananen-/Kakaoanbau), sondern verglich auch, wie die wichtigsten Grundbedürfnisse in Industrie- und Entwicklungsländern erfüllt (bzw. nicht erfüllt) werden.

Die Fibel wurde kurzerhand eingestampft und die schwarz/gelbe Koalition kam mit einem eigenen Entwurf in die Schulen; mit dem bezeichnenden Titel „Von Kindern in fernen Ländern". 93.000 mal sei dieser „Renner" bereits 1984 verschickt worden, so der Leiter im Referat für Information und entwicklungspolitische Bildung, Dr. H. Lindhardt. In 18 bunten Bildtafeln wird dem komfortablen Leben in Europa das „primitive" Leben der Schwarzen in Afrika gegenübergestellt: Lehmhütten, Elendsviertel; die Kleider werden auf den Dächern getrocknet; Kinder schauen mit großen Kulleraugen traurig und hungrig in die Welt. Alles Elend wird auf die Unfähigkeit, Ungeschicklichkeit der Schwarzen und angeblich naturgegebene Ursachen zurückgeführt. Die Schwarzen können erst „selbst satt werden", wenn sie das aus der BRD gelieferte „Handwerkszeug" benutzen: „*Lastwagen, Autos und Maschinen, die sie bei uns kaufen, brauchen die Entwicklungsländer, um Schulen zu bauen, Ärzte in weitgelegene Dörfer zu bringen oder um in Fabriken Handwerkszeug herzustellen. Mit dem Handwerkszeug können die Bauern mehr Brotgetreide anbauen. Damit sie selbst satt werden. Dann können sie auch Früchte erzeugen und an uns verkaufen. Früchte, die hier nicht wachsen ...*". Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich. Die Schwarzen werden in bekannter rassistischer Manier dargestellt: Große weiße Kulleraugen, Kräusellocken und große Münder mit wulstigen Lippen. Wenn sich die Kinder mit Unterstützung ihrer Lehrer diese Bildtafel reingezogen haben, wissen sie über Afrika folgendes: „*Hütten stehen ohne festen Untergrund im Schlamm. Ihr Boden wird feucht. Dabei müssen Kleider und Lebensmittel ja verschimmeln.*" Und weil die Familien „nicht genug Korn ernten" müssen sie hungern und die Hühner legen auch nicht genug Eier, „weil sie nicht genug Futter bekommen". Der Vorwurf der Unfähigkeit oder eigenen Schuld — zumindest Mitschuld — der Schwarzen an ihrer eigenen Situation wird den bundesdeutschen Kindern über lustige bunte Bilder ebenso ständig suggeriert, wie die Überlegenheit westlicher Kulturwerte und Technik. Man könnte es so ausdrücken: Und die Moral von der Geschichte, folgst du den Weißen, leidest

tuation wird den bundesdeutschen Kindern über lustige bunte Bilder ebenso ständig suggeriert, wie die Überlegenheit westlicher Kulturwerte und Technik. Man könnte es so ausdrücken: Und die Moral von der Geschichte, folgst du den Weißen, leidest

du nicht. Natürlich werden die Kinder nach solcher Lektüre kaum Verständnis für den Widerstandskampf der Schwarzen gegen Rassismus haben, müßten die uns doch eigentlich dankbar sein: „*Überlegt mal miteinander*", so unser Menschenfreund W., „*an wievielen Stellen auf diesem Bild ihr Dinge sehr, die aus der Bundesrepublik stammen können. Merkt euch die Zahl. Vergleicht sie mit der Zahl der Dinge aus Entwicklungsländern, die ihr zum Beispiel im nächsten Supermarkt entdeckt.*"

»Die Europäer haben ... die Eingeborenen gelehrt«

Abendländische Kulturüberheblichkeit und Rassismus in Kinder - und Jugendmedien

„Lesen — Schreiben — Rechnen. Auch Kinder in Afrika können es kaum erwarten, bis sie in die Schule gehen dürfen. Doch nicht überall gibt es Schulen. Und schon gar nicht sind es wie bei uns schöne Gebäude mit Pausenhallen und mit Gong. Aber auch unter einem Dach mit Stroh oder Palmwedel kann man viel lernen" (1) Dieses Zitat stammt aus einer Bildtafel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, gedacht für Kindergärten und Grundschulen. Ein Beispiel für imperialistische Kulturüberheblichkeit, ideologische Rechtfertigung für Ausbeutung und Unterdrückung der Länder der „Dritten Welt" — Grundlage auf der Rassismus blüht und gedeiht. Hat sich die „Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei", als „allererste an Erziehung" (2) — 40 jahre nach der Niederlage des Hitlerfaschismus — weder in der offiziellen Schulliteratur, noch in der Kinder- und Jugendbuchliteratur niedergeschlagen? In Südafrika werden schwarze Kinder und Jugendliche auf der Straße erschossen, togeprüget, zusammengeschlagen, in Gefängnisse geworfen, weil sie gegen das Apartheid-Regime protestieren. Die Bundesregierung hat kein Interesse, wirksame Sanktionen — wie mensch sie ja aus anderen politischen Zusammenhängen kennt — gegen die RSA zu verhängen. Bundesdeutsche Firmen unterstützen dieses Regime militärisch, wirtschaftlich, finanziell und ziehen auch noch ihren Profit aus der Aufrechterhaltung des Apartheid-Regimes, der auf nurmehr militärische Übermacht gestützt ist.

Hierzulande regt sich kaum großer Protest gegen Apartheid und die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit.

Vielleicht auch ein Ergebnis imperialistischer Kulturüberheblichkeit — hierzulande fester Bestandteil bürgerlicher Erziehung, wenn es um die Länder der „Dritten Welt", die dort lebenden Menschen und ihre Kulturen geht. Wie sich dies in den offiziellen Schulbüchern sowie Kinder- und Jugendbüchern niederschlägt, soll im folgenden dargestellt werden.



Textbeispiel aus der „Kinderfibel":
Trotzdem essen dort die Kinder kaum Schokolade. Auch die Großen bekommen keine, obwohl sie doch den Kakao anbauen, bearbeiten und ernten. Ist das nicht seltsam? Am Steuer des Schoko-Lasters könnte genauso gut einer aus dem Kakaoland sitzen. Auch der Schokoladenhändler könnte aus dem Kakaoland sein. Dann gäbe es überall für alle Kinder Schokolade. Und sie würde bestimmt genauso gut schmecken wie bisher.

Textbeispiel aus der „Kinderfibel":
Trotzdem essen dort die Kinder kaum Schokolade. Auch die Großen bekommen keine, obwohl sie doch den Kakao anbauen, bearbeiten und ernten. Ist das nicht seltsam? Am Steuer des Schoko-Lasters könnte genauso gut einer aus dem Kakaoland sitzen. Auch der Schokoladenhändler könnte aus dem Kakaoland sein. Dann gäbe es überall für alle Kinder Schokolade. Und sie würde bestimmt genauso gut schmecken wie bisher.

„Dritte Welt" und die „Führungskräfte" von morgen

Das „Institut für Sozialforschung" untersuchte bereits 1970 und später in einer aktualisierten Auflage 120 Schulbücher aus einem Zeitraum von 1958-60 und 1968-70 bezüglich ihrer Darstellung der „Dritten Welt". 1977 erschien die Untersuchung „Dritte Welt in den Medien der Schule" (4) die die Ergebnisse der o.g. Studien ebenso bestätigt. Ergänzt wurden diese Ergebnisse von 7 Erdkundebüchern und 5 Geschichtsbüchern, die täglich in den Schulen im Unterricht benutzt werden (5). Die benannten Untersuchungen stellen fest, daß sich die Darstellung der „Dritten Welt" von einer eher kolonialistischen zu einer technokratischen verändert hat:

1. Schulbücher spiegeln, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, gesellschaftliche Interessen und ihren Wandel wieder. Konkret: Seit zunehmend mehr ehemalige Kolonien in die Unabhängigkeit „entlassen" wurden, seit das Interesse der Imperialisten eher über die Schiene wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe (60er Jahre) abgewickelt wird, wurde in den Schulbüchern von der alten kolonialistischen Darstellung (Eroberer, Entdecker, Lettow-Vorbek, „Auf freudige Germanen", Albert Schweitzer) hin zu einem modernen technokratischen Weltbild orientiert.

2. Es konnten entscheidende Differenzen nachgewiesen werden zwischen Büchern, die sich an die zukünftig gesellschaftlich Herrschenden (Gymnasiasten) richteten, denen eine Darstellung aus der „Vogelperspektive" vermittelt wird, im Gegensatz zu den wohl auch zukünftig Beherrschten (Haupt- und Realschüler), denen die Erde und die Geschichte aus der „Froschperspektive" vermittelt wird. Die Haupt- und Realschüler erlernen ein von künftigen Arbeitern und Angestellten erwünschtes Verhalten und Wissen:

— „*Afrika verdankt seine erstaunliche wirtschaftliche Entwicklung dem Fleiß und der Tatkraft der Europäer, was freilich ohne die Mitwirkung der Eingeborenen nicht möglich gewesen wäre*" (6).

Die Gymnasiasten erfahren das potentiellen „Führungskräften" angemessene Bewußtsein:

— „*Unreflektiert und instinktiv — im scharfen Gegensatz zum reflektierenden und moralisierenden Kontinent Europas — freut sich der Afrikaner seines 'Schwarzen-Mensch-Seins'*" (7).

3. Die in Schulbüchern gängigen Weltbilder wiederholen sich täglich in allen Medien — an Orten und Gelegenheiten, die weit größeren Einfluß auf das Bewußtsein haben als gerade Schulbücher (Videos, Film, Zeitschriften, Fernsehen...) — die aber umgekehrt die in Schulbüchern produzierten Weltbilder und Vorurteile bewußtseinsmäßig verstärken. Das, was im alltäglichen Leben ständig erfahren wird, bekommt durch die Schule seine Autorität.

4. Erdkundebücher haben sich von der deskriptiven Länderkunde völlig abgewandt und untersuchen heute primär wirtschaftsgeographische und andere „raumrelevante" Faktoren. Es wird vor allem eine „Inwertsetzung von Räumen" — näheren oder ferneren — betont. Solche Ansätze auf die Länder der „Dritten Welt" übertragen führen schnell zu neokolonialistischen Sichtweisen und Einstellungen, auf die unsere zukünftigen Herrscher ja auch vorbereitet werden sollen, um die imperialistischen Interessen an diesen Ländern frühzeitig zu erkennen und zu vertreten.

In den Geschichtsbüchern hat sich zwar teilweise ein Wandel in Richtung sozialer und wirtschaftsgeschichtlicher Ansätze entwickelt, praktisch wird allerdings die „Dritte Welt" nach wie vor aus dem Blickwinkel imperialistischer Interessen gesehen.

Erdkundebücher

Die untersuchten Erdkundebücher verwenden im wesentlichen ein „rassistisches" Menschenbild. Der „Naturmensch" wird durch eine fast steckbriefähnliche Darstellung dingfest gemacht durch „*artenmäßige Merkmalsbeschreibung*":

— „*der leicht erregbare Bantu*"
— „*der vulkanische Kubaner*".

Aus einer solchen Darstellung ergibt sich „ganz natürlich", daß der „Naturmensch" dem vergleichsweise „rationaleren Kulturmenschen" unterlegen sein und von diesem erstmal erzogen werden muß (Kulturmensch = weißer Europäer). Der „Naturmensch" ist „grundsätzlich kulturfähig". Ob und wieweit ihm das gelingt, hängt vor allem davon ab, welches Interesse die Imperialisten an ihm haben: „Primitive", „Eingeborene", „Nachläufer von Hochkulturen" oder nützliche Sozialpartner":

„*Die Europäer haben sich in den Lebensräumen der Afrikaner festgesetzt und sie wirtschaftlich ausgenutzt. Sie haben die Eingeborenen aber auch als Helfer und Lehrmeister gelehrt, ihre Felder besser zu bebauen. Sie haben ihnen ferner handwerkliche und andere technische Fähigkeiten beigebracht, für ihren Lebensunterhalt gesorgt und dabei ihre Lebensverhältnisse verbessert. Dadurch wuchs der Wohlstand der Eingeborenen und auch ihre Zahl. Es wuchs aber auch ihr Selbstbewußtsein. Sie verlangten mehr Rechte und Unabhängigkeit*".(8)

Politische, wirtschaftliche, historische Abhängigkeitsverhältnisse als Ursachen der Armut, Ausbeutung und Unterdrückung, Rassismus, Apartheid werden kaum näher untersucht, selten dargestellt bzw. verschwiegen oder be-

sein. Sie verlangten mehr Rechte und Unabhängigkeit".(8)
Politische, wirtschaftliche, historische Abhängigkeitsverhältnisse als Ursachen der Armut, Ausbeutung und Unterdrückung, Rassismus, Apartheid werden kaum näher untersucht, selten dargestellt bzw. verschwiegen oder be-

schönigt:

„*Die Bantu haben außerdem einen viel zu großen Viehbestand; denn sie schätzen nur die Größe ihrer Herden, nicht deren Qualität ... Die südafrikanische Regierung ist bemüht, die Landwirtschaft der Bantu zu verbessern, wertvolleres Vieh einzuführen und die Herden an Zahl zu verringern.*"(9)

Die Welt wird in „Länder und Völker" aufgeteilt. Kapitalinteressen und die „terms of trade" gibt es natürlich nicht: Z.B. daß die imperialistischen Länder die Preise für die Rohstoffe aus den Ländern der „Dritten Welt" diktieren und diese damit in Abhängigkeit halten; ganz im Gegenteil wird mit dem „Ewigen Kreislauf der Armut", „Wesensmerkmale der Menschen", „zu heißem Klima", zu „wenig Kapital", zu „viele heilige Kühe", zu „starken Familienbindungen" Armut und soziales Elend erklärt und die ideologische Rechtfertigung für die imperialistischen Interessen geliefert; „*Ganze Völker sind in diesem Bannkreis der Armut gefangen. Sie können sich nicht aus eigener Kraft befreien*". Brechen Konflikte aus, sind es stets der „Staat" oder der „Westen" oder „internationale Organisationen", die mittels überlegener Einsicht und technisch-militärischem Know-how, planender Vorausschau die „Verantwortung für die Krisenlage übernehmen". In „Problemlösungsversuche" von Diktaturen greift man nicht ein. Revolutionäre Bewegungen, sich auflehnende Bevölkerungsgruppen gegen koloniale Gewalt werden pauschal als „illegitim" verurteilt:

„*Der innere Friede der Republik Südafrika ist in zunehmendem Maße durch den Anspruch des schwarzen Bevölkerungsteils auf politische Mitbestimmung gefährdet*".



So sieht ein/e Australier, Chinesin, Japanerin aus. Rassen-Steckbriefe aus dem Schulbuch „Terra - 7/8 Geographie"

Geschichtsbücher

Geschichte erscheint in diesen Büchern als ein unverbundenes nach- oder nebeneinander: früher-heute, sowohl-als auch, entweder-oder: „*...nachdem auch die weißen Flecken in Afrika beseitigt waren ...*" (10), oder „*Der dunkle Erdteil tritt immer mehr ins helle Licht der Weltwirtschaftspolitik*" (11), „*Überall im schwarzen Erdteil*

als ein unverbundenes nach- oder nebeneinander: früher-heute, sowohl-als auch, entweder-oder: „...nachdem auch die weißen Flecken in Afrika beseitigt waren ..." (10), oder „Der dunkle Erdteil tritt immer mehr ins helle Licht der Weltwirtschaftspolitik" (11), „Überall im schwarzen Erdteil

bricht heute die neue Zeit in das Leben der Afrikaner ein" (12). Auch Geschichte wird ausnahmslos durch die Brille imperialistischer Interessen gesehen: „Aufteilung Afrikas", „Entstehung und Probleme der Dritten Welt" (Kapitelüberschriften). Kolonialistische Interessen der Weltmächte gab es nicht: Da ist die Rede vom „Wettlauf um herrenlose Gebiete", oder „Cecil Rhodes (13) erwirbt Südafrika".

„*Geographen und Forschungsreisende wie Henry M. Stanley oder Heinrich Barth unternahmen kühne Entdeckungszüge ins Landesinnere. Christliche Missionare wie David Livingstone wollten den Schwarzen die „Heilslehre" bringen. Kaufleute und Vertreter von Handelsgesellschaften sicherten sich die Lieferung von Palmöl, Erdnüssen und anderen Rohstoffen*". Aber nicht alle, nur „*manche Politiker und Militärs strebten nach bloßer Herrschaft über Land und Leute*".

Fortsetzung nächste Seite





Rassistische Darstellung in der „Bildmappe": Kulleraugen und Wulstlippen. Dagegen Jaffas Freunde aus „Jaffa und seine Familie".



Originalbildunterschrift im Erdkundebuch „Asien, Afrika, Australien": Straßenszene. Beschreibe die moderne Kleidung der Mädchen und des Motoradfahrers. Die alten Verkehrsmittel sind durch Kraftfahrzeuge und Motorräder verdrängt worden.

(Geschichtliche Weltkunde, Verlag Moritz Diesterweg, Band 3). „Holländische Siedler hatten diese Gebiete in der ersten Jahrhunderthälfte **erschlossen ...**". (Verlag Moritz Diesterweg, Spiegel der Zeiten, Band 3). Zwar gibt es zahlreiche Originalzitate, sogar von Karl Liebknecht zur Frage des Kolonialismus, aber diese bleiben unkommentiert, eingerahmt von Fotos, auf denen Schwarze in unterwürfiger Haltung, Demut , oder als stramm stehende Soldaten in den Kolonialheeren gezeigt werden. Aber: „*Eine positive Seite des kolonialen Regiments war mancherorts die ärztliche Betreuung der Farbigen*" (Geschichtliche Weltkunde, s.o.)

Beispiel Südafrika: Den Schwarzen geht es unter der Herrschaft der Weißen viel besser

Unter dem Stichwort „*Das Verhältnis zwischen der schwarzen und weißen Bevölkerung in Südafrika*" ist beispielsweise in einem Erdkundebuch für 8. Klassen des Klett-Verlages „Afrika-Asien-Australien" (8) zu lesen: „ *Die*

Unter dem Stichwort „*Das Verhältnis zwischen der schwarzen und weißen Bevölkerung in Südafrika*" ist beispielsweise in einem Erdkundebuch für 8. Klassen des Klett-Verlages „Afrika-Asien-Australien" (8) zu lesen: „ *Die*

Regierung hat seit langem damit begonnen, die Elendsquartiere zu beseitigen und geschlossene Wohnsiedlungen zu bauen, die von den Städten der Weißen getrennt sind. Jeden Morgen und jeden Abend bringen Busse und Eisenbahnen die Menschen aus diesen Stadtrandsiedlungen in die Fabriken und zurück. Jede Familie erhält ein kleines Haus mit drei Wohnräumen, Küche, Garten, Wasser- und Lichtleitung ... Um die Bantu überwachen zu können und das Einsickern in die Städte zu verhindern, hat die Regierung ein Paßgesetz erlassen. Jeder Bantu muß einen Paß besitzen und bei sich führen, in dem sein Arbeitsverhältnis, die Aufenthaltsgenehmigung und seine rassische Zugehörigkeit eingetragen sind. Nach den blutigen Unruhen im März 1960 hat die Regierung diese Vorschriften gemildert, aber nicht aufgehoben." Die Weißen haben aus dem Land erst das gemacht, was es heute ist: „*Aber artesische Brunnen, mit hohen Kosten angelegte Talsperren und Kanäle machen stellenweise eine Bewässerung möglich. Damit gewinnen die B a u e r n (!) zusätzliche Nutzflächen für Acker und Weiden.*" Dagegen erzeugen die Bantu auf den Böden ihres „Siedlungsraumes" nur das, was sie „*für den eigenen Bedarf brauchen. Der Ackerbau auf den Farmen sorgt für den Bedarf des Marktes in den Städten.*" Die Weißen sind überhaupt sehr nett zu den Schwarzen. Die dürfen nämlich mit den Bergwerken und Fabriken „Verträge abschließen". Und das ist für sie sehr verlockend, da sie da viel mehr verdienen als in der Feldarbeit. Selbst die schwarzen Bergleute sind von Gefahren umgeben: „*Viele leben in Elendsvierteln, die oft von ihren eigenen Landsleuten teuer vermietet werden.*" So geht es den Schwarzen unter der Herrschaft der Weißen eigentlich viel besser. Wenn sie auch nicht gleichberechtigt sind, so ist ihnen der „berufliche Aufstieg" doch nur „erschwert". Und Schüler wird nach all diesen einfühlsamen Informationen sicherlich Verständnis für die Sorgen der Rassisten haben, denn die „*Weißen befürchten, bei der e r d r ü c k e n d e n zahlenmäßigen Überlegenheit der Bantu jeden entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung und damit auf die Verwaltung und Wirtschaft des Landes zu verlieren, wenn sie den Bantu die gleichen Rechte einräumen, die sie selbst haben*". Aber eigentlich haben die Schwarzen gar keinen Grund, die „*Weißen*" zu erdrücken, denn „*Die Regierung sorgt im übrigen für die Afrikaner, auf deren Arbeitkraft die Weißen angewiesen sind, und fördert vor allem die Schulbildung ... Bei keinem afrikanischen Volksstamm ist die Zahl der Analphabeten so gering wie bei der schwarzen Bevölkerung Südafrikas.*"

So gesehen, könnten die Schwarzen zufrieden sein, wären da nicht schwarze Bösewichte am Werke: „*Besonders seitdem die Eingeborenen in vielen afrikanischen Staaten ihre Unabhängigkeit erlangt* " haben, „*lehnen sich die Bantu gegen die Politik der Rassentrennung auf*". Aber auch hier halten die netten Weißen bereits mit einer Lösung vor: Mit der Bildung von **Bantustaaten** (im Original kursiv geschrieben) sollen die Schwarzen die Möglichkeit haben, die „Regierungsgewalt" selbst in die Hände zu nehmen und dort sind's nun „*die Weißen, (die) keinerlei politische Rechte haben*". (alles 8)

Kinder und Jugendbücher: Die schwarzen Bimbo waren schon immer gut für Späße

Kinder und Jugendbücher: Die schwarzen Bimbo waren schon immer gut für Späße

Die meisten Untersuchungen, die sich mit der Darstellung der „Dritten Welt" in Kindermedien beschäftigen, wurden im Bereich der Kinder- und Jugendbuchliteratur gemacht (14) . Hier werden die bereits in den Schulbüchern gemachten Erfahrungen bestätigt. Jörg Becker (15) analysierte über 1.000 Kinder- und Jugendbücher, die seit 1970 erschienen sind. Er faßte die Ergebnisse in Merkmalskategorien zusammen:

— Entweder werden gesellschaftliche Konflikte überhaupt nicht thematisiert. „ Konflikte" haben hier nichts in der Welt der Kinder zu suchen. Hierzu gehören vor allem Nonsens- und Tiergeschichten: Viel Dschungel, Tiere, Safaris (Dr. Schmidts Safari). Bei einer Untersuchung, der 400 KJB zugrunde lagen, die sich mit Afrika beschäftigen, waren ein Drittel Tierbücher, Sachbücher mit Fotographien, teilweise in Anlehnung an bekannte Fernsehserien (16). Der Dschungel entpuppt sich als aufgeblasene Insel (Crazy, Crazy). Afrika ist in diesen Büchern Tummelplatz für das Groteske; eine Zirkusarena für schwarze Clowns, die ab und zu an Affen erinnern: „*Sonnenschirm rot und braun, alle sehr hübsch anzuschaun, mit lamgem Stiel für die Giraffen und klein und zierlich für die Affen; große für die Elephanten, schwarz für dicke Negertanten*" (Die Reise auf dem blauen Krokodil). In dem Bildband „Lustige Safari" tummelt sich ein „kleines Negerlein" inmitten einer bananenfressenden Gorillafamilie.

— Oder Rassenbegegnungen, Konflikte werden nach dem traditionell ältesten Muster mit Kategorien aus der Erblehre (Zoologie) dargestellt. Danach haben Schwarze Wulstlippen, große weiße Kulleraugen, weiße Zähne, Kräusellocken, kräftige Muskulatur (Sexsymbole), große Körper: „*Der Massaboy kommt gelaufen. Er schmatzt mit den wulstigen Lippen...*" (Mukama, der Geisterlöwe).

— Besonders beliebt ist, Konflikte zwischen imperialistischen Ländern und solchen der „Dritten Welt" zwar aufzugreifen, aber in unpolitische Kategorien von Armut-Reichtum, Rückschritt-Fortschritt, Aberglaube-Religion, Stammeskultur-Moderne Verwaltung, Primitivität-Zivilisation usw. zu lenken, um damit vom eigentlichen Konflikt, nämlich den imperialistischen Interessen, abzulenken.

— Wird ein Schwarzer im Zusammenhang mit Weißen dargestellt, so als Boy, Farmhelfer usw. Hier bilden Schwarze die Kulisse für die Safaris, Abenteuer oder Eroberungen der Weißen. Besonders in Jugendbüchern findet sich die aus Kolonialromanen bekannte Rolle der Schwarzen: der unterwürfige, hilfsbereite Diener, der für „Master Weißmann" kocht. Konfliktlösungen finden nicht statt. Es wird versucht, den Schwarzen in die Welt der Weißen zu integrieren, ihn nach westlichen Kulturwerten streben zu lassen — sofern der Schwarze „kultivierbar" ist. Treten Afrikaner aus Nebenrollen heraus, so nur, weil sie zu den weißen Hauptakteuren eine engere Beziehung entwickeln: Entweder über ein Liebesverhältnis oder eine Freundschaft. In 230 untersuchten Büchern (17) wird das Thema Liebe zwischen Schwarzen und Weißen n u r dreimal behandelt, zweimal lokalisiert auf Südafrika (viermal wird Freundschaft zwischen weißen und schwarzen Kindern behandelt). Hauptakteure sind Schwarze selten, und dann als Bösewichte, Wilderer, Diebe — wobei die Ursachen im Dunkeln bleiben. In den o.g. 230 Büchern waren Afrikaner nur 29 mal Mittelpunkt der Geschichten, davon 28 mal fiktive Hauptpersonen. Nur sieben mal kommen afrikanische Heldinnen vor, viermal bei Tuaregs und Berbern.

— Oftmals wird in imperialistischer Kulturüberheblichkeit die schwarze Kultur als „Kultur der Armen" gegenüber der überlegenen weißen Kultur dagestellt. Der Schwarze „kann noch nicht schreiben", er hat „noch kein Auto", spricht „noch kein richtiges Englisch", er gehört „immer noch zu den Naturvölkern" ist „noch nicht zivilisiert" oder „freut sich auch auf die Schule". Statt der gleichberechtigten Anerkennung anderer Kulturen wird die weiße Kultur jener der Schwarzen als überlegen hingestellt. Die Mängel können aber mit „Menschlichkeit überwunden" werden: Integration in die Welt der Weißen.

— Tauchen Befreiungsbewegungen auf, ist gleich Gewalt mit im Spiel. Diese sind „eitel", „frustriert" und „ruhmsüchtig". Sie sind schuld, wenn sich ihre Anhänger nicht in die weiße Kultur integrieren lassen wollen. Entsprechend sind auch die Vorstellungen der „Dritten Welt", die über die Geschichten vermittelt werden — alles bekannte Vorurteile:

— Afrika ist ein dunkler Kontinent mit riesigen Urwäldern, vielen Tieren und Tierparks, primitiven Eingebore-

schichten vermittelt werden — alles bekannte Vorurteile:
— Afrika ist ein dunkler Kontinent mit riesigen Urwäldern, vielen Tieren und Tierparks, primitiven Eingebore-

nen, seltsamen Riten und Tänzen, viel Jagd, Safari, vor allem viele nackte „Neger" — dagegen stehen die modernen Großstädte und akademisch gebildete Afrikaner, dank der Integration in die westliche Kultur.

— Die Afro-Amerikaner erfährt kind als Sportler, Jazz-Sänger, Künstler, arme Sklaven, Onkel Tom usw. Sie sind vom Gemüt her gutmütig, naiv, fromm, gehorsam, und die Welt der Weißen ist ihr Vorbild. Und noch ein Beispiel. Der vordere Orient läßt sich zusammenfassen in folgendn Stereotypen: Islam, Schleier tragende Frauen, Harem, Blutrache, schnelle Pferde, heimlicher Weingenuß, Stadt Mekka, Wüstensöhne. Ähnlich die Darstellung von Indien (Maharadschas), Lateinamerika (Inka, Maya, Banditen), Asien (gelber schlitzäugiger, tückischer und gefährlicher Mann). (16) Diese Vorurteile werden täglich in den Medien produziert, reichhaltiger Stoff für Sex-and-Crime-Geschichten oder indirekten Aufrufen zur Eroberung der Welt.

— Beliebt ist es auch, kritischen Auseinandersetzungen auszuweichen, indem man die gegenwärtige Epoche und sonst nur noch die Zeit der Slavenbefreiung thematisiert. Da gibt's dann nur Abraham Lincoln und gerade noch M.L. King: Nat Turner, Du Bois, Marcus Garvey, Malcom X, Bobby Seale, Angela Davis — da traut sich keiner ran. Wenn überhaupt afrikanische Kultur behandelt wird, so nur aus der Sicht imperialistischer Interessen (Eurozentrismus): Erforschungs-, Kolonial- und Entwicklungshelfergeschichten. Der Kolonialismus wird selten problematisiert. Stattdessen werden solche Verbrecher wie Heinrich Barth, Richard F. Burgon, Gustav Nachtigal, Henry Stanley, Mary Kingsley oder Lzigi Negrelli als Helden der Menschheit gefeiert: „*Die Helden dieser Bücher öffneten den Völkern Europas das Tor in die weite Welt ... Sie bestanden gefahrvolle Kämpfe und wagten ihr Leben, um Vorposten der Zivilisation zu gründen ...*" (18) (Die Abenteuer der Weltentdeckung).



Abb. 3
Hergé: *Tim im Kongo.* Reinbek: Carlsen 1976, S. 12.

Seit 1978 hat sich allerdings einiges getan

1978 stand die Buchmesse in Frankfurt unter dem Zeichen der „Dritten Welt" in der KJL. Dieses starke Interesse hat natürlich auch politisch wirtschaftliche Hintergründe — die Imperialisten suchten in den Ländern der „Dritten Welt" den revolutionären Bewegungen (Angola, Mozambique usw.) mit veränderter Taktik den Wind aus den Segeln zu nehmen. Einen erheblichen Anteil an dieser Entwicklung hat auch die Linke, die sich mit den Befreiungsbewegungen der Länder der „Dritten Welt" solidarisierte. Seit 1976 sind etwa 150 bis 200 Bücher erschienen, die sich realitätsgerechter und solidarischer mit den Menschen in Afrika, Asien, Lateinamerika auseinandersetzen und die Ursachen der Armut, des Elends und des Hungers kritisch oder parteiisch untersuchen. Diese erfreuliche Entwicklung darf allerdings nicht

Asien, Lateinamerika auseinandersetzen und die Ursachen der Armut, des Elends und des Hungers kritisch oder parteiisch untersuchen. Diese erfreuliche Entwicklung darf allerdings nicht

darüber hinweg täuschen, daß diese Bücher nur einen ganz geringen Teil der gesamten KJL ausmachen und sich eine ähnliche Entwicklung in viel wirkungsvolleren Medien wie Fernsehen, Video, Kinderfilmen überhaupt nicht vollzogen hat. In der Mehrzahl der Kindermedien — visuelle einbezogen — sind imperialistische Kulturüberheblichkeit und latenter Rassismus vorherrschend. Um dies einmal quantitativ zu konkretisieren: In dem 1985 erschienenen Katalog der „Erklärung von Bern" (19) werden 32 empfehlenswerte Bücher zum Thema „Afrika" angeboten, die Mehrzahl dieser Bücher erschienen 1980/82. In dem Katalog des „Roten Elefanten" (19) zum Thema „Dritte Welt" in der KJL werden beispielsweise zum Thema „Afrika" 13 empfehlenswerte Bücher benannt. Allerdings wird in diesen Büchern die „Dritte Welt" aus der Sicht der von imperialistischen Machtinteressen Betroffenen dargestellt: alltägliche Probleme, Widerstand; die Ursachen dieser Situation werden mehr oder weniger direkt durch das Leben von Einzelpersonen (Kinder, Jugendliche, Erwachsene) oder Familien dargestellt. Besonders hervorzuheben sind zahlreiche Fotobände über das Leben der Kinder in diesen Ländern, in denen die Umwelt und Probleme aus der Optik der Kinder dargestellt werden: Joseph lebt in Soweto, Carlos und die Wellblechkinder (Kolumbien). Um beim Beispiel Afrika zu bleiben — die Qualität dieser neueren Bücher liegt sicherlich vor allem darin, daß sie nicht von Weißen, sondern in der Mehrzahl von Farbigen, also von Betroffenen — geschrieben wurden.



aus: „Joseph lebt in Soweto" (Jugenddienst-Verlag)

Kinderkommission/KB Hamburg

Anhang

1) Bildtafel des Bundesministeriums für wirtschäftliche Zusammenarbeit, 1984
2) Erziehung zur Mündigkeit, Adorno, Suhrkamp tb 11
3) Kinderfibel — Ein Bilderbuch zum Mitdenken: Kinder in unserer Welt. Alleine die Einleitung hebt sich wohltuend ab: „Dies ist ein Heft für Kinder...", „dieses Buch spricht über Kinder: über unsere eigenen hier und über die in der ganzen Welt, die uns noch fremd sind".
4) Heile Welt und Dritte Welt — Medien und politischer Unterricht, Leske-Verlag, erschienen 1971. Erdkunde-, Geschichts- und Soziologiebücher werden ausführlich mit vielen Beispielen bzgl. der Darstellung der Dritten Welt untersucht. Ergänzt mit einer parallelen Untersuchung der bekannten Tageszeitungen usw.
5) Terra, Geographie 7/8, E. Klett-Verlag, 1979

Beispielen bzgl. der Darstellung der Dritten Welt untersucht. Ergänzt mit einer parallelen Untersuchung der bekannten Tageszeitungen usw.
5) Terra, Geographie 7/8, E. Klett-Verlag, 1979

— Dreimal um die Erde, Band 2, Räume und Probleme, Geograph. Verlagsanstalt, 1970/75
— Velhagen & Klasing und Hermann Schroedel, 1975
— Asien, Afrika, Australien, E. Klett-Verlag, Ausg. B, 1971
— Geographie 7. und 8., Mit der Erde und ihren Gesetzen leben, E. Klett-Verlag, 1972
— Welt und Umwelt, 7/8, Westermann, 1973
— Welt und Umwelt, 9/10, dito 1975
— Geschichtliche Weltkunde, Diesterweg, 1976
— Unser Weg durch die Geschichte, Bd. 2, Hirschgraben-Verlag, 1973
— dito, Bd. 3, 1971
— Fragen an die Geschichte, Verlag dito, 5. Auflage, 1980
— Spiegel der Zeit, Bd. 3, Diesterweg-Verlag, 1975
6) Die Länder der Erde, Hirschgraben-Verlag, Hauptschule, 1967
7) Afrika, Harms Erdkundebuch, List-Vlg., Gymnasium, 1967
8) Afrika, Asien, Australien, Klett-Verlag, Ausgabe B, 1971
9) Hermann Schroedel, 7./8. Schuljahr
10) Entwicklungshilfe als Weltproblem, Diesterweg, 1963
11) Kleine Weltkunde, Dümmlers, 1953
12) Erkunden und Erkennen, Schroedel, 1968
13) Geschichtliche Weltkunde, Bd. 3, Diesterweg, 1976
14) Alltäglicher Rassismus, Jörg Becker, Campus-Verlag, 1977
— Die Dritte Welt im deutschen Kinderbuch 1967 - 1977, Rösemarie Rauter, Jörg Becker
— Die Menschen sind arm, weil sie arm sind, Haag und Herchen-Verlag, Jörg Becker, 1977
— Das Gift der frühen Jahre, Rassismus in der Jugendliteratur, Regula Rentschler, Roy Preiswerk, 1981. Dies ist das aktuellste Buch, u.a mit Beiträgen von Jörg Becker und vor allem zahlreichen Autoren aus den Ländern der „Dritten Welt". Sehr differenziert wird der Begriff „Rassismus" analysiert. Untersucht wird auch Rassismus in USA.
— Der Afrikaner arbeitet nicht, Politik und Zeitgeschichte, Ansgar Skriver
— Neger & Co. — Päd.es.-Verlag, 13/74
16) „Das Land war immer besser als die Leute", Brigitta Benzing in „Die Dritte Welt im deutschen Kinderbuch 1967 - 1977".
17) dito
18) Die Verherrlichung der schlimmsten Kolonialisten, die immer als große Eroberer und Entdecker gefeiert werden, zieht sich durch die gesamte KJL. Selbst in Kinderlexika fortschrittlicher Verlage steht kaum etwas über die Verbrechen eines Henry Stanley drin, der Probleme mit Schwarzen mit den Gewehren löste, u.a. mit dafür verantwortlich ist, daß Schwarzen, die sich weigerten, Kautschuk für den belgischen Imperialismus zu zapfen, eine oder beide Hände abgehackt oder ermordet wurden.
19) Dritte Welt: Empfehlenswerte Kinder- und Jugendbücher, 1985. Die Gruppe „Erklärung von Bern" gibt auch regelmäßig Beiträge zur entwicklungspolitischen Diskussion heraus, so z.B. Nr. 9 „Wilde, Unzivilisierte oder Noch-nicht-Weiße".
— Die „Dritte Welt" in der Kinder- und Jugendliteratur, Roter Elefant, Arbeitskreis Kinder-Bücher-Medien, 1983

Mutter und behindertes Kind

Zur Forderung nach dem »'Recht' auf ein behindertes Kind«(AK 263)

„Für das ‚Recht' auf ein behindertes Kind" votieren At. und C., Frauenzelle Hamburg-Eimsbüttel, im AK 263. Illustrativ unterstützt wird diese per Artikelüberschrift bekanntgegebene Forderung mit dem Foto eines lächelnden contergangeschädigten Kindes sowie dem Foto von einer glücklichen Mutter, die mit ihrem zwar behinderten aber nicht minder glücklichen Kind herumtollt. Zusammenklang von Titel und Bild legen zumindest die Annahme nahe, daß es sich um Mutter und Kind handele. Tatsächlich aber entstammt die Abbildung einer Hochglanzbroschüre der Alsterdorfer Anstalten in Hamburg (eine Einrichtung für psychisch Kranke, geistig und körperlich Behinderte), und die Bildunterschrift, von den AK-Autorinnen bedauerlicherweise nicht mitgeliefert, läßt keinen Raum mehr für die Illusion vom Mutterglück mit einem behinderten Kind: „Der große Kreisel dreht sich schnell, wird langsamer, steht still. In seiner Mulde liegen Karin, 27, und Joanna, 12, eng aneinander gekuschelt. Joanna jauchzt vor Freude, ihre sonst starre Körperhaltung ist entspannt. Dieser Spaß ist Teil der krankengymnastischen Behandlung des mehrfachbehinderten Mädchens (...)."

Diese ausgebliebene Information zum Bildinhalt könnte durchaus als aus einem Versehen resultierend gewertet werden, wenn es hier nicht (wiewohl den Autorinnen bewußte Absicht nicht unterstellt werden soll) dem Gesamtcharakter des Artikels so genau entsprechen würde: Geringachtung bis Herunterspielen der tatsächlichen Problematik von Behinderten wie der der Eltern, insbesondere der Mutter, ein behindertes Kind zu bekommen und mit ihm zu leben. „Die Angst vieler Frauen, ein behindertes Kind zu bekommen, hat verschiedene Gründe", schreiben At. und C. Und qualifizieren: „Zum Teil verständliche." Es soll, Derbheiten wie diese mal beiseite gelassen, den Autorinnen nicht vorgeworfen werden, daß sie die Probleme eines behinderten Kindes und des Lebens mit ihm nicht *benannt* hätten. Aber es bleibt beim Benennen, kurzen Anreißen, sodaß die Forderung „Für das ‚Recht' auf ein behindertes Kind" nicht nur nicht auf konkrete Untersuchungen gestützt wird. Als message des Artikels wird vielmehr rübergebracht, daß das Leben mit einem behinderten Kind so heavy ja gar nicht sei.

Dies zum einen. Zum anderen: Reflektieren die Autorinnen die Lage der Mutter eines behinderten Kindes nur oberflächlich, blenden sie völlig aus, daß bei werdenden Müttern ein großer Bedarf an möglichst frühzeitiger Diagnostik besteht. (Eine Umfrage bei 272 Schwangeren in Münster ergab, daß 72 Prozent der Frauen ein frühes Ergebnis begrüßen würden). Und zum dritten: Heißt die Förderung nach einem „ ‚Recht' auf ein behindertes Kind": Ich möchte gern ein behindertes Kind haben? Das wäre kaum ein Problem, die Anstalten sind voller Kinder, die adoptiert werden könnten. Was heißt diese Forderung dann? Läuft die Ablehnung bestimmter Untersuchungsmethoden, wie sie von At. und C. propagiert wird, nicht darauf hinaus, daß die Frau sich dem „Schicksal" überantwortet?

Eine Kollegin, die seit vier Jahren, die längste Zeit davon in den Alsterdorfer Anstalten, mit Behinderten arbeitet, hat eine sehr umfangreiche Kritik des Artikels von At. und C. verfaßt, aus der im folgenden die Passagen wiedergegeben werden, die das Leben, insbesondere der Mutter, mit einem Behinderten zum Inhalt haben.

In dem Artikel fehlt jede Erklärung, was überhaupt unter „behindert" verstanden wird, wie(weit) ein Mensch durch die Gesellschaft behindert (gemacht) wird, und es fehlt ebenso die unverzichtbare Information, daß es bei der Grundbehinderung nicht bleibt, daß es vielmehr zu organischen und sozial bedingten *Folge*behinderungen kommt. „Teilweise geht die Angst vor Behinderungen soweit", schreiben die Verfasserinnen, „daß frau meint, wenn eine schwangere Frau es psychisch nicht verkraftet, daß das Kind mit einer Hasenscharte auf die Welt kommen würde, die Frau das Recht haben muß, sich aus diesem Grund, wenn es sich feststellen ließe, das Embryo abzutreiben." Mit der „Hasenscharte" wird hier ein Pappkamerad aufgebaut, da diese „Entstellung" heute einfach zu beheben ist. Für diese „Entstellung" galt aber früher, was heute noch für die schwerere Form dieser Behinderung, die Lippen-Kiefer-Gaumenspalte („Wolfsrachen") gilt: Die unmittelbare, die Grundbehinderung ist eine Schädigung des Sprachvermögens; die mittelbaren, also Folgebehinderungen sind Lernbehinderungen aufgrund des reduzierten Sprachvermögens und Folgen sozialer Art wie Verhaltensstörungen aufgrund der Reaktionen die lieben Mitmenschheit auf die „Entstellung". So wie die Behinderung durch eine Lippen-Kiefer-Gaumenspalte zieht auch *jede* andere Behinderung Folgebehinderungen nach sich. (Dies wie alles andere ist aufgrund der Intervention meines Ko-Autors sehr verknappt dargestellt, da er meint, ein Diskussionsbeitrag müsse nicht unbedingt alle die Fragen beantworten, die in dem Artikel unzureichend beantwortet oder nicht einmal gestellt worden sind).

Es fehlt jedoch in dem Artikel nicht nur die Erklärung dessen, was Behinderung ist, wie die Folgebehinderungen aussehen. Es fehlt auch die — unter der ausgegebenen Parole unverzichtbare — konkrete Darlegung, wie es denn für eine Mutter mit einem behinderten Kind aussieht.

Ich arbeite acht Stunden am Tag (Wochenende frei und Urlaub) mit Behinderten, danach habe ich Feierabend. Die Mutter eines behinderten Kindes hat *nie* Feierabend oder Urlaub.

Wie läuft es, wenn eine Frau ein behindertes Kind bekommt? Häufig weiß sie es erst einmal gar nicht, da Blindheit, Taubheit, geistige Behinderung, Epilepsie, Wahrnehmungsstörungen etc. beim Kleinkind nicht (sofort) zu sehen sind. Was meist folgt ist (in Kurzfassung): ein immenser Schock, Identifizierungsschwierigkeiten der Mutter mit ihrem Kind, inkompetente Ärzte, Verdrängung und gegenseitige Schuldzuweisung bei den Eltern, gesellschaftliche Isolation der Eltern wie des Kindes, zerbrochene Beziehungen bzw. Ehen. Was folgt ist — am Alltag der Mutter aufgezeigt — dieses: Sie muß *immer* mindestens ein Auge für das Kind haben, je nach Behinderungsgrad. Bei z.B. einem geistig stark behinderten und (als Folgebehinderung) verhaltensgestörtem Kind muß die Mutter es vor Autoaggressionen bewahren, da das Kind sich selbst beißt, schlägt, kratzt, den Kopf an die Wand oder auf den Fußboden haut. Die Mutter muß ständig darauf achten, ob ihr behindertes Kind aggressiv oder in Unterschätzung der eigenen Kraft „zu liebevoll" zu seinen Geschwistern ist.

Ein Kind wird älter. Bei einem „normalen" Kind heißt das, es wird selbstständiger, die Mutter wird entlastet. Für die Mutter eines behinderten Kindes aber wird — und dies scheint bei der Forderung nach dem „ ‚Recht' auf ein behindertes *Kind*" völlig übersehen worden zu sein — die Pflege häufig schwerer und schwerer.

Ich will das an ein paar noch ganz *einfachen* Sachen klarmachen. A., der in einer Einrichtung für behinderte Kinder lebt, hat eine Spastik. Seine Eltern wohnen mit ihm in einem Haus im vierten Stock. Seine Mutter hat einen Rückenschaden und kann A., was nötig ist, nicht die Treppen raufschleppen. Eine andere Wohnung war nicht zu bekommen. A. mußte ins Heim.

Das Heben eines Vierjährigen ist für jemanden, der einen heilen Rücken hat, kein Problem. Aber wie sieht es aus, wenn das Kind mit zehn Jahren dreißig Kilo wiegt, mit fünfzehn Jahren fünfundvierzig oder mehr? Ein Kind, das wie gesagt wächst, schwerer, älter wird, das stark körperbehindert ist bzw. durch eine starke geistige Behinderung nicht laufen gelernt hat, muß morgens vom Bett in den Rollstuhl gehoben werden, vom Rollstuhl in die Badewanne, von der Badewanne in den Rollstuhl, vom Rollstuhl aufs Bett zum Abtrocknen und Anziehen und vom Bett wieder in den Rollstuhl, dazu mehrmals täglich vom Rollstuhl auf die Toilette, von der Toilette ... Bei einem Spastiker, der keine Kontrolle über seine Bewegungen hat, sich willkürlich versteift, kann alleine schon das An- und Ausziehen eine langwierige und kräfteraubende Aktion sein. Obwohl in einer Anstalt meist mehrere Betreuer/innen (da sind für schwere Hebearbeiten, fürs Anziehen und dergleichen, sind dennoch gerade Rückenschäden bei den Kolleg/inn/en sehr verbreitet.

Dies aber sind allein die ganz *alltäglichen* Probleme (deren noch viele weitere zu nennen wären), denen die Mutter eines behinderten Kindes zuhause ausgesetzt ist. Hinzu kommen die Anmachen von Nachbarn, schiefe Blicke und verletzende, behindertenfeindliche Sprüche auf der Straße: Hätte man doch gleich umbringen sollen, unsere Steuergelder, Zumutung ... Und es kommt hinzu die finanzielle Seite insbesondere bei alleinstehenden Müttern. Kann sie sich überhaupt ein behindertes Kind „leisten"? Oder ist stillschweigend abgemacht, daß sie sich und ihr Kind, da sie nicht arbeiten gehen kann, vom Sozialsatz unterhält?

Alles in allem ist unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen *in aller Regel* für zumindest die Mutter die Pflege eines schwerer behinderten Kindes der *soziale Tod*, wenn sie es zuhause pflegen will, sofern und solange sie es überhaupt zuhause pflegen *kann*.

Ein „ ‚Recht' auf ein behindertes Kind" fordern? In Abgrenzung zu Vorhaben der Ausmerzung „unwerten Lebens", zur Betonung des *vollen Lebensrechts Behinderter* unbedingt! Ansonsten aber und in der *Hauptsache* kann die Forderung nur lauten: Schaffung medizinischer und gesellschaftlicher Bedingungen, damit Kinder so wenig behindert wie möglich auf die Welt kommen — damit die Kinder die Welt erobern können, damit den Müttern nicht die Welt genommen wird.

S. und K., Hamburg

Für die Abschaffung der humangenetischen Beratungsstellen

In der ersten Stellungnahme zum Artikel **„Für das ‚Recht' auf ein behindertes Kind"** verwahrte sich E. in AK 263 dagegen, daß ein Ziel der Diskussion über pränatale Diagnostik der Rückgang der Anzahl gemachter Amniozentesen und Chorionbiosien sein solle. Ich meine, in der Tat wäre dieses eine begrüßenswerte Nebenerscheinung einer überfälligen Diskussion im AK.

Seit der Diskussion über Gen- und Reproduktionstechnologien ist das Thema „Behinderung" auch für die links/feministische Szene brandaktuell geworden.

Bei der Frage: „Wie hälst Du's mit einem behinderten Kind?" verliert die Diskussion um die Vor- und Nachteile der Gen- und Reproduktionstechnologien ihren zukunftsvisionären Charakter und wird unangenehm konkret.

Denn gerade die pränatale Diagnostik und Therapie ist durch die gentechnologische Entwicklung sowohl quantitativ als auch qualitativ erweitert worden, bzw. wird in nächster Zukunft um einige — bereits im experimentellen Stadium „funktionierende" — Verfahrensweisen erweitert werden.

Einen sehr guten Überblick dazu gibt das bereits im letzten AK zitierte Buch „Gen-Technologie — Die neue soziale Waffe", hrsg. von R. Kollek, F. Hansen.

Es soll hier nicht im einzelnen auf die jeweiligen Verfahrensweisen der Analyse und Therapie eingegangen werden; diese fachlich zu beurteilen, wäre sicherlich eine lohnenswerte Aufgabe für „Sachkundige". Festgehalten werden sollte aber: immer mehr Krankheits- und Behinderungsbilder werden entdeckt und können, wenn auch mit zweifelhafter Zuverlässigkeit, vorhergesagt werden. *„Die Geschwindigkeit der Entwicklung der diagnostischen Möglichkeiten übersteigt bei weitem die der Präventions- oder Therapiekonzepte. Im weitesten Sinn ‚produziert' diese Art von Diagnostik Krankheiten, für die in vielen Fällen kaum eine Heilungschance besteht."* (1)

In dieser Entwicklung nehmen die Humangenetischen Beratungsstellen (HB), die erstmals 1972 in Marburg der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden und seitdem in ihrer Anzahl sprunghaft angestiegen sind (2), eine wichtige Funktion ein: Ihr erklärtes Ziel ist es, den so ‚beklagenswerten' Rückgang der ‚deutschen' Geburten *„optimal zu betreuen"* (3) d.h. die *„Geburt behinderter Kinder zu verhindern"* (4). Über die humangenetischen Beratungsstellen werden die neuesten Erkenntnisse in der pränatalen Diagnostik bevölkerungspolitisch umgesetzt bzw. ausgetestet, wobei die Praktiker selbst feststellen, daß dieses Ziel mangels flächendeckenden Zugriffs auf die Bevölkerung noch bei weitem nicht erreicht sei. (5)

„Ich kann mich doch immer noch frei entscheiden, ob ich ein behindertes Kind will oder nicht"

Populistisch verkauft sich die HB als „individelle Aufklärung" (6) oder individuelle Hilfestellung für die individuelle Familienplanung, um sich so von den unangenehmen Vorläufern, den rassehygienischen Instituten des Nationalsozialismus, abzugrenzen. (6)

Genau wie bei der Reproduktionstechnologie geschieht hier natürlich alles nur zum Wohle der Menschheit. Will mann hier kinderlosen Frauen Mutterglück bescheren, soll dort „Unglück verhütet" werden, wie es z.B. in einem Informationsblatt der HB Hamburg-Barmbek heißt.

Auch in der Frauenbewegung, so wurde auf dem Gentechnologie-Kongreß in Bonn deutlich, wird die HB — wie die pränatale Diagnostik insgesamt — als neutrale Entscheidungshilfe für eine selbstbestimmte Entscheidung gesehen.

In der Tat ist es ja zunächst einmal nur eine Information, die den Ratsuchenden mit auf den Weg gegeben wird, die auch das Recht auf Informationsfreiheit haben.

Fraglich ist aber bereits, w o z u dieses Mehr an Information, und w i e es gegeben wird. Angeknüpft wird doch erst einmal an der weithin bestehenden Angst vor Behinderung, und — worauf ja auch E. hinweist — daran, daß viele Frauen noch nicht einmal die gesellschaftlichen Voraussetzungen als gegeben sehen, überhaupt ein Kind zu haben, geschweige denn, ein behindertes.

Und das wissen die Humangenetiker nur zu gut: Die Entscheidung der Frau wird durch die gesellschaftliche Umgehensweise mit Behinderung vorstrukturiert.

D.h. aber für die Diskussion um humangenetische Beratung: es kann nur eine gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweise der Problematik geben.

Dazu gehört zum einen die Frage, wie das Behinderten-Bild heute aussieht. Sie läßt sich kurz beantworten mit: Aussonderung aus allen gesellschaftlich relevanten Bereichen; Isolierung ihrer Familien, besonders der Mütter. Hinzu kommt die finanzielle Not wegen des erhöhten pflegerischen Bedarfs, der Kampf mit dem Sozialamt usw.

Vor dem Hintergrund der bereits seit Jahren andauernden sozialen Sparmaßnahmen und „Kostendämpfungen" und dem dazugehörenden Background-Geschrei um einen angeblichen „Mißbrauch von Sozialleistungen" erscheinen mir noch zwei parallele Entwicklungen erwähnenswert:

Wie schon im letzten AK angedeutet, wurde vor vier Jahren, durch den Prozeß gegen den Privatklinikarzt Appel, bekannt, daß behinderte Säuglinge auf bundesdeutschen Säuglingsstationen „liegengelassen" werden, d.h. sie bleiben unversorgt, bis sie sterben. Ungefähr zur gleichen Zeit häuften sich Pressemeldungen just zu dem Thema, ob behinderte Kinder „wider die Natur" am Leben erhalten werden sollten. (7) Die (Presse-)Meinung war nahezu einhellig: Das behinderte Kind wurde für die Belastung der Familie verantwortlich gemacht, und daß behindertes Leben „trostloses Leben" bedeutet, daran gab es keinen Zweifel.

Es fügte sich ausgezeichnet, daß gleichzeitig, mit Hackethals medienwirksamer Euthanasie-Aktion, die Diskussion um „Sterbehilfe" wieder in Gang kam und sich seither auch nicht wieder legte.

Hier wurde mensch schon deutlicher in der Diskussion. So ist eine Hauptthese Jo Fomans — Autorin des 1983 erschienenen Buches „Freiwillig aus dem Leben. Ein Dokument" —, daß Verantwortung für sein Leben zu übernehmen auch heiße, Verantwortung für die physische, psychische und finanzielle Belastung zu übernehmen, die man seinen Verwandten und der Gesellschaft als Sterbenskranke(r) aufbürde. Die zweite Entwicklung, auf die ich aufmerksam machen möchte, sind zwei Entscheidungen des Bundesgerichtshofes, in denen die Haftung des behandelnden Arztes für den Unterhalt bzw. Mehraufwand eines — aufgrund unzulänglicher Beratung nicht abgetriebenen — behinderten Kindes verhandelt wurde. (8)

Seit diesen Entscheidungen des BGH stellt nun ein nicht abgetriebenes behindertes Kind für die Eltern einen zivilrechtlichen Schaden dar.

Für die HB, aber auch für die übliche Schwangerschaftsbehandlung durch den/die Arzt/Ärztin, lassen sich daraus entsprechende Prognosen für zukünftige Beratungen stellen: „Bei Risikoschwangerschaften kann nicht eindringlich genug gewarnt werden!", lautet m.E. die Warnung an die Ärzte, die von diesen Urteilen ausgeht ...

Die Vorstellung von einer Beratung, die auch ein Leben mit einem behinderten Kind vorstellbar macht, rückt damit — einmal den good-will der Berater/innen unterstellt — in utopische Ferne.

Und wer weiß heute schon, was morgen bereits als Krankheit oder Behinderung definiert wird?

Mit der Entwicklung der gentechnologischen Analyse und Diagnostik sowie der Verfeinerung biochemischer Testmethoden sind die Möglichkeiten zur Feststellung bestimmter genetischer oder biochemischer Eigenschaften von Zellen unglaublich gestiegen. (9)

Die genetische Basis für immer mehr „Erbkrankheiten" wurden auf diese Weise entschlüsselt. Diese Art von Entdeckung und Entschlüsselung schreitet sprunghaft voran. *„Molekular- und Humangenetiker sagen, daß in wenigen Jahren eine Restriktionsgenkarte menschlicher Chromosomen vorliegen wird, sodaß sämtliche genetische Krankheiten bzw. die vererbbaren Anteile multifaktorieller Erkrankungen auf der DNS-Ebene identifizierbar werden. Es ist also zu erwarten, daß auf diese Weise Abweichungen von einem genetischen ‚Normalzustand' definiert werden können, die bis heute unauffällig geblieben sind."* (10)

In der Ultraschall-Diagnostik zeichnen sich ebenso „gewaltige Fortschritte" ab: In der Universitätsfrauenklinik bonn, wo man *„neben den großen Zentren in San Francisco und King's College in London über die größten Erfahrungen mit der Ultraschalldiagnostik verfügt"*, hat man sich *„auf die Erkennung von Mißbildungen spezialisiert"*. Die dort in den letzten Jahren *„gesammelten Erfahrungen haben ergeben, daß immerhin bei 88% der mit Ultraschall festgestellten Anomalien diese später als richtig bestätigt wurden"*. Mit den dortigen *„leistungsfähigen Ultraschallgeräten kann (...) die Entfaltung der wichtigsten Organsysteme, etwa des Hirns, des Herzens oder der Bauchorgane verfolgt werden. Auch die Stellung und Beweglichkeit der Extremitäten von Händen und Füßen lassen sich so genau ermitteln, daß fast immer zuverlässige Angaben über ihre Form und Funktion möglich sind."* (11) Leider, so beklagt man dort, könnten nur gut ein Drittel der Fälle innerhalb der legalen §218-Zeitgrenze „entdeckt" werden. Die Zahl „früher Diagnosen" nimmt jedoch laut Prof. Dr. Hansmann (Uniklinik Bonn) stetig zu und dürfte bald 50% erreichen. (11)

Läßt sich also auf der einen Seite ein unglaubliches Anwachsen an „entdeckten" Krankheits- und Behinderungsbildern feststellen, so nimmt auf der anderen Seite die medizinische und gesellschaftliche Akzeptanz von Behinderung ebenso rasant ab. Mit pseudowissenschaftlichen „Theorien", werden bereits kleinste Abweichungen zu Risikofaktoren erklärt. So besitzen nach Aussagen einer Mainzer Beratungsstelle Fehlbildungen im Bereich der Hände einen sehr hohen Stellenwert. *„Sie würden nicht nur erste Anzeichen für weitere körperliche oder geistig-seelische Schäden sein, sondern die zwischenmenschliche Kommunikation schwer beeinträchtigen."* (12)

In die gleiche Kerbe haut ein Zweig der Humangenetik, der sich erst in jüngster Zeit (vor allen Dingen zur Freude der Chemie- und Industriebosse) entwickelt hat: Die Ökogenetik. Sie basiert auf der Erkenntnis, daß es Menschen mit krankheitsdisponierenden Faktoren gegenüber bestimmten

Fortsetzung nächste Seite

Buchbesprechung: »Irren ist menschlich«

Bereits im letzten Jahr erschien eine Neubearbeitung von „Irren ist menschlich — Lehrbuch der Psychiatrie/Psychotherapie". Von der ersten Auflage wurden 100.000 Exemplare seit 1978 verkauft. Die Autoren: Klaus Dörner, lange Zeit Arzt an der psychiatrischen Klinik Hamburg und Dozent für medizinische Soziologie, heute Leiter des Landeskrankenhauses Gütersloh; Ursula Plog war ebenfalls an der Hamburger Uniklinik tätig, heute arbeitet sie in einer psychosozialen Beratungsstelle bei der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen, Westberlin.

Der Psychiatrie-Verlag, der 1978 mit Erscheinen des Buches gegründet wurde, wird von vier psychosozialen Verbänden getragen: Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP), Dachverband psychosozialer Hilfsvereinigungen sowie zwei Helfervereine an Krankenhäusern. Das knapp über 600seitige Buch soll „*den psychiatrisch tätigen Leser, egal ob als Arzt, Sozialarbeiter, Krankenschwester, Psychologe, Werktherapeut, Ökothropologe oder Bewegungstherapeut/Krankengymnast befähigen, seine Alltagsarbeit nachdenklicher, mit mehr Verständnis für sich und andere, vollständiger, wahrhaftiger, leichter und mit mehr Freude zu tun.*" Es soll aber auch „*für Laien, Patienten und Angehörige lesbar (sein), damit die Psychiatrie aufhört, eine Geheimwissenschaft zu sein und in ihren Möglichkeiten einsichtig und kontrollierbar wird...*"

Während mit der ersten Auflage die Aufmerksamkeit sozusagen nach innen, auf „*die bisher wissenschaftlich vernachlässigte Subjektivität des Menschen*" gelenkt wurde, ist in der zweiten von den Autoren der Versuch gemacht worden, den Menschen „in seiner Landschaft" zu sehen, das heißt im Zusammenhang mit seinen Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen:

„*Weil die zahlreichen (...) kritischen Leseräußerungen uns dazu drängen mußten, und weil wir es bei zunehmender Bürokratisierung, ungleicher Verteilung der Arbeit und sozialen Sicherheit, rational begründeter tödlicher Ausbeutung der Natur und äußerster, auch atomarer Bedrohung des Menschen durch den Menschen für erforderlich halten, den Irrsinn zu kennzeichnen, den Menschen sich antun, und von den Problemlösungen zu berichten, die wir für wissenschaftlich begründet und für gesund halten,*" („Absichten des Buches", Seite 7.)

In der BRD sind über eine Million Menschen in psychiatrischer bzw. psychotherapeutischer Behandlung. Allerdings, müßten entsprechende Fragebögen von jeder und jedem ausgefüllt werden, wären es, so Dörner, 90% der Gesamtbevölkerung ... In psychiatrischen Einrichtungen stehen die Patienten mit der — im übrigen nicht viel aussagenden — Diagnose einer schizophrenen Erkrankung an zweiter Stelle der Erstaufnahmen mit 20 bis 25%.

Gleichzeitig sind mehr als die Hälfte der chronisch hospitalisierten Patienten solche, die ursprünglich mal die Diagnose einer „Schizophrenie" erhalten haben. Unter der erwachsenen Bevölkerung der BRD erkranken an „Schizophrenie" etwa 0,25% der Bevölkerung pro Jahr. Im Durchschnitt sind jeweils 0,3% der Bevölkerung mit dieser Diagnose in Behandlung, und etwa 1 bis 2% (also 600.000 Menschen) kommen aus diesem Anlaß einmal im Leben in Kontakt mit der Psychiatrie.

1971 sind 12.838 Menschen infolge eines Selbstmordversuchs gestorben. Die Suizidziffer ist seit 1951 von 18,5 pro 100.000 Einwohner auf 21,0 im Jahre 1971 gestiegen. Die Zahl der Suizidversuche beträgt allerdings das zehnfache, also 100.000 jährlich. Überhaupt: Suizid ist die dritthäufigste Todesursache im Alter von 15 bis 45 Jahren ...

3 bis 5% aller Kinder in der BRD kommen in eine längerfristige psychiatrische Behandlung — 10 bis 17% aller Kinder suchen Erziehungsberatungsstellen und psychiatrische Dienste auf.

1,2 bis 1,5 Millionen Bundesbürger sind Alkoholabhängige; mit den Familienangehörigen zusammen leiden insgesamt 4 Millionen Menschen unter der Alkoholsucht. Als alkoholgefährdet gelten 7% der Gesamtbevölkerung.

Lösten im Altertum bestimmte „kranke" Handlungsweisen alternativ Verehrung oder Entsetzen aus, fielen am Ausgang des Mittelalters viele psychisch Kranke als „Besessene" oder „Hexen" der Inquisition zum Opfer. Im 15. und 16. Jahrhundert, im Zeitalter der Renaissance, wurden die als störend Angesehenen in Zellen der Stadtmauern oder in Türmen („Narrentürme") untergebracht bzw. in abgelegenen Gegenden ausgesetzt.

In den zwei folgenden Jahrhunderten wurden erstmals sogenannte Umerziehungslager gegründet: in England „workhouses", in Frankreich „hopitaux generaux", in Deutschland Zucht-, Arbeits-, Korrektions-, Toll-, Versorgungs- oder Verwahrungshäuser genannt. Eingesperrt wurden Bettler, Vagabunden, Besitz-, Arbeits- und Berufslose, sogenannte „Asoziale", „Unmoralische", Prostituierte, politische Aufrührer, religiöse Ketzer, entjungferte Töchter, mißliebige Ehefrauen, Alkoholiker, Sonderlinge, eben die „Irren".

Eine eigenständige Psychiatrie entstand in England ab 1750, in Frankreich im Zusammenhang mit der Revolution von 1789 und in Deutschland zwischen 1800 und 1850. In Frankreich wurde die Befreiung der „Irren" von ihren Ketten als Akt der Revolution gefeiert — allerdings wurden sie als Allerletzte aller Eingesperrten davon befreit.

Im 19. Jahrhundert wurden die Kranken teilweise terroristischen Torturen ausgesetzt: Patienten wurden in Zuber mit lebenden Aalen gesteckt, mit Drehmaschinen wurden sie bewußtlos gemacht. Kurzum: Man versuchte, sie um jeden Preis zur allgemein herrschenden Vernunft zu quälen. Erste umfangreiche Familienforschungen wurden betrieben, wobei die Entdeckung der Erbfaktoren schnell dazu verführte, beispielsweise Psychosen zu „Erbkrankheiten" zu erklären. Aus ähnlichen Gedanken heraus wurde auch die „Theorie" des „physiologischen Schwachsinns des Weibes" entwickelt. Daraus wurden ebenso schnell rassistische und antisemitische Theorien, die die Vernichtung von allen „unnützen Ballastexistenzen", d.h. von „lebensunwertem Leben" forderten.

Viel zu stark in Vergessenheit geraten ist die Tatsache, daß das erste systematische Massentöten der Nazis das psychiatrische Töten gewesen ist — als Test für das allgemeine Vernichtungsprogramm. Gleich nach der Machtergreifung '33 begann das „Programm der Zwangssterilisierung zur Beschleunigung der Abschaffung seelischer Krankheiten". 300.000 Menschen sind jenem „Gemeinschaftsfremdengesetz" zum Opfer gefallen. Etwa 1000 sind dabei gestorben. Gleich nach dem Einmarsch im September '39 töteten die nachrückenden Nazi-Einsatzkommandos — öffentlich — die Patienten der


Foto: Abraham Menasse (aus „Inner Grace", New York, 1979)

psychiatrischen Krankenhäuser in Polen.

Später war es teilweise das Personal der psychiatrischen Vergasungseinrichtungen, das die Umrüstung der KZs in Vernichtungszentren betrieb. Auschwitz wurde zunächst im psychiatrischen Krankenhaus Sonnenschein entworfen und studiert. Insgesamt, zusammen mit der Ermordung psychisch Kranker in Polen und in der Sowjetunion, sind etwa 200.000 Menschen auf diese Weise umgebracht worden. Erst heute, nach 40 Jahren, können die noch lebenden Opfer auf Antrag — mit Attest — beim Bundesfinanzministerium eine pauschale „Entschädigung" erhalten in Höhe von ... 5000 DM! Hierzu soll im übrigen 1986 eine Kampagne stattfinden; Veranstaltungen und ein Kongreß sind geplant, u.a. auch von der DGSP getragen.

Dörners und Plogs Ziel ist es, eine demokratische Gemeindepsychiatrie zu verwirklichen. Das bedeutet einerseits die Schaffung neuer Einrichtungen in jeder Gemeinde, andererseits die Aktivierung jeder Form von Selbsthilfe, so daß die heutigen psychiatrischen Einrichtungen langfristig überflüssig werden.

Das Buch besteht aus 18 Kapiteln. Die zehn ersten behandeln die verschiedenen Krankheitsmöglichkeiten: Schwachsinn, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Sexualitätsschwierigkeiten, schizophrene Erkrankungen, Manie, Depression, Abhängigkeit und Sucht, Neurose, Selbst- und Fremdtötung, körperbedingte Psychosyndrome und die Gerontopsychiatrie, d.h. die Problematiken des alten Menschen. Sechs weitere Kapitel behandeln die heutige Situation der Psychiatrie mit einem kurzen geschichtlichen Überblick, die existierende Gesetzgebung und schließlich die verschiedenen sozio-, körper- und psychotherapeutischen Techniken.

„*Ein psychisch Kranker*", schreiben die beiden Autoren, „*ist ein Mensch, der bei der Lösung einer altersgemäßen Lebensaufgabe in eine Sackgasse geraten ist. Das Ergebnis nennen wir Krankheit, Kränkung, Störung, Leiden, Abweichung.*" Und: „*Es sind grundsätzlich allgemein-menschliche Möglichkeiten; Das heißt, sie sind für uns alle unter bestimmten inneren oder äußeren Kontextbedingungen Ausdrucksformen der Situation ‚So geht es nicht weiter'. Daher sind sie grundsätzlich uns allen innerlich zugänglich und bekannt.*" (S.13)

Jedes Kapitel beginnt mit einer sog. Landschaftsbeschreibung im oben gemeinten Sinne, d.h. im Rahmen der „*familiären, kommunalen und gesellschaftlichen Konstellationen und im Zusammenhang mit der inneren und äußeren Natur des Menschen.*" (S.16) Der zweite Abschnitt betrifft die Frage der Symptom-Diagnose, der dritte die Begegnung zwischen Patient, Angehörigen und psychiatrisch Tätigen, der vierte die Therapiemöglichkeiten, wobei auch Sinn und Unsinn der jeweiligen pharmazeutischen, d.h. medikamentösen Behandlung mit präziser Schilderung von Wirkungen und Nebenwirkungen ausführlich geschildert wird. Schließlich beendet ein Abschnitt zu Möglichkeiten der Prävention und zum Stand der Verbreitung jedes Kapitel.

Gerade weil das Thema Psychiatrie nach wie vor mit viel Dunklem, Geheimem, Tabuisiertem behaftet ist, und auch weil soviele Menschen direkt und indirekt mit ihr in Berührung kommen, ist die Existenz dieses Buches nur zu begrüßen und eine äußerst empfehlenswerte Hilfe, sich in entsprechenden Situationen besser zurecht zu finden.

E.

Irren ist menschlich — Lehrbuch der Psychiatrie/Psychotherapie
Klaus Dörner, Ursula Plog
Psychiatrie-Verlag, 1984
32 DM

Fortsetzung von vorheriger Seite

Arbeitsstoffen gibt. D.h. es gibt beispielsweise Arbeiter/innen, die aufgrund genetischer Dispositionen anfälliger für bestimmte krankmachende Gifte oder Bedingungen am Arbeitsplatz sind.

Über die Zuverlässigkeit dieser Erkenntnis wird noch gestritten (13). Unklar ist beispielsweise, ab welcher Konzentrationsschwelle die angebliche Disposition zum Tragen kommt (14), oder inwieweit andere Faktoren, wie frühere Gifteinwirkungen, besonders belastete Wohngegend, Medikamenteneinnahme usw. (15) zu erhöhter Anfälligkeit führen. Trotz dieser Unsicherheiten, wird eifrigst an dieser diagnostischen Methode geforscht. (16)

Dieser Zweig der Arbeitsmedizin eröffnet phantastische Möglichkeiten der Profitmaximierung bei gleichzeitiger „Lösung" der lästigen Diskussion um Gesundheit am Arbeitsplatz oder gar Umweltvergiftung. Mit dem genetischen Screening (wie das Verfahren zur Feststellung besagter Disposition genannt wird) können „labile Arbeiter/innen" ausgesondert, sprich: entlassen, werden; die Belastungsschwelle am Arbeitsplatz kann mit den verbleibenden „resistenten" Arbeiter/innen angehoben werden. Mit dem gegenwärtigen Reservoir an Arbeitslosen wird es dabei vermutlich keine großen Widerstände seitens der Arbeiterschaft geben.

Und für die Gesundheit am Arbeitsplatz gilt: „*Wozu noch Risikoforschung im Umfeld neuer und alter Technologien betreiben, wenn ein Verfahren angeboten wird, das verspricht, künftig solche Risikofaktoren gebündelt inm menschlichen Genom identifizieren zu können. So tritt diese Art von ökogenetischen Tests im Gegensatz zu der wichtigen Forderung nach Reduzierung der Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz für alle Beschäftigten.*" (15) Die betroffenen Beschäftigten werden diskriminiert und als krank, „mit schlechtem Genom ausgestattet", stigmatisiert.

Auch hier ist die Tendenz wieder eindeutig: Die Betroffenen werden für ihre Anfälligkeit verantwortlich gemacht. Soziale- oder Umweltbedingungen werden aus dem Blickwinkel verdrängt, was bei der Ökogenetik perverse Ausmaße annimmt, indem tatsächlich nachweisbare Ursachen, nämlich die äußeren Arbeitsbedingungen, völlig verschleiert werden.

Selbstbestimmung für wen?

Wie vor diesem Hintergrund ein Recht auf freie Selbstbestimmung der Frau, das z.B. ja auch ein Recht auf Nichtwissen einschließen würde, gesichert werden soll, bleibt mir unklar. Das Beispiel der Ökogenetik zeigt überdies, daß ein Mehr an Information zum Nachteil und gerade nicht zur freien Selbstbestimmung der/des Betroffenen geraten kann. (Selbst wenn es durchsetzbar wäre, daß dem Arbeiter/der Arbeiterin das Recht zustünde, eine eventuelle genetische Disposition dem Arbeitgeber nicht mitzuteilen, bleibt das Verfahren nach wie vor fragwürdig, da es nur einen Zweck haben kann: zu selektieren).

Abgesehen davon ist die gegenwärtige Beratungspraxis alles andere als neutral.

Der Fall Stoeckenius (17), auf den bereits E. in AK 263 hinwies, ist nur die Spitze eines Eisberges, der Bevölkerungskontrolle heißt. So wird in der bereits zitierten Studie (18) von 15% der Ratsuchenden ein eindeutiges Verhalten verlangt: „auf eigene Kinder zu verzichten". (18)

Und wenn eine Frau nicht so ganz spurt, gibt es noch andere Methoden, wie uns eine Humangenetikerin verrät.: „*.... und wenn es in einzelnen Fällen notwendig ist, führen wir die Mutter in eine Abteilung unseres Krankenhauses, wo sie mongoloide, geistig zurückgebliebene Kinder und solche mit genetisch bedingten Abnormitäten sehen kann.*" (19)

Eine Beratung muß nicht immer so deutlich manipulativ ablaufen. Es geht auch subtiler. „Nun gut, dagegen kann ich mich wehren", könnte frau jetzt denken.

Wir haben es in Frankfurt versucht, und uns mit mehreren Frauen solch einer Beratung unterzogen. Hatten wir eindeutig nichts vererbbares vorzuweisen, war die Beratung relativ höflich, neutral. Sobald aber Risiken auftraten, wie z.B. vererbbare Faktoren, wurde es sehr schwer, sich der Kontrolle (die bis zur „dokumentarischen Photographie" an Handinnen- und -außenfläche, ebenso die Füße — bei einer Sehbehinderung! — ging), zu entziehen.

Das eindeutige Interesse der Humangenetiker an Verhinderung der Geburt Behinderter wird außer mit eugenischen, „volksgesundheitlichen" und teilweise auch sozialhygienischen (20) Beweggründen auch mit volkswirtschaftlichen Bedürfnissen begründet, und derlei Interessen sind bekanntlich hartnäckig.

So verkündete Humangenetiker Schlooth in Radio Bremen am 22.11.83: „*Es sind Berechnungen vor einigen Jahren vom Bremer Gesundheitssenator durchgeführt worden. Nach diesen Berechnungen muß man davon ausgehen, daß ein behinderter Mensch an zusätzlichen Aufwendungen Kosten in der Größenordnung von 1,5 Millionen und mehr verursacht. Hier wären wir also darauf angewiesen, eine langfristige Politik zu haben, die Konsens bedeutet, über die Parteigrenzen hinweg.*"

Derartige Zitate könnte mensch beliebig viele bringen. U.a. gibt es dazu bereits eine wirtschaftswissenschaftliche Dissertation; „Probleme der Erfolgskontrolle präventiv-medizinischer Programme, dargestellt am Beispiel einer Effektivitäts- und Effizienzanalyse genetischer Beratung", H.H. Freiherr von Stackelberg, 1980. Der Autor schlüsselt detailliert die möglichen volkswirtschaftlichen Einsparungen durch mehr HB auf.

Das sind im groben die Zusammenhänge, in denen die HB und pränatale Diagnostik diskutiert werden müssen. Zum Schluß noch einige Anmerkungen zum „individuellen Schlagabtausch": E. verwahrt sich dagegen, „falsche Fronten aufzubauen" und „Frauen, die kein behindertes Kind wollen, zu unterstellen, behindertes Leben quasi als ‚unwertes Leben' zu betrachten."

In dieser Plattheit haben das aber weder At. und C. behauptet, noch würde ich es tun. Allerdings wächst mit der Anzahl der Diskussionen, die ich hierzu führe, mein Mißtrauen gegen die Beteuerung, die bei diesen Verwahrungen immer mitschwingt, daß diese ganze Debatte frei jeder Behindertenfeindlichkeit sei.

Wer selbst betroffen ist, weiß, daß auch in der links/feministischen/alternativen Szene massive Behindertenfeindlichkeit herrscht.

Deutlich wird das an Diskussionen wie z.B. der um Auflösung aller Sondereinrichtungen für Behinderte. Ob unter linken Gewerkschaftern, GRÜNEN, Demokratischen Sozialisten oder teilweise auch bei uns: überall gibt es ein hartnäckiges Festhalten an der Vorstellung, daß für bestimmte Behinderte Ghettos notwendig seien. Da geht es nicht mehr nur um Nichtwissen und Ängste, womit sich hierzulande wohl ein Hauptteil der Behindertenfeindlichkeit erklären läßt. Es geht um die Frage der Akzeptanz der Andersartigkeit, der Abweichung, der Frage, wieweit Gleichberechtigung wirklich reicht.

Aber das nur als Beispiel; es soll hier nicht diskutiert werden und vor allen Dingen nicht auf dem Rücken der Frauen ausgetragen werden.

Vor allen Dingen — das möchte ich noch einmal betonen — soll hier nicht an unserer uralten §218-Forderung, nach absolutem Selbstbestimmungsrecht der Frau, gerüttelt werden. Zu fordern ist aber eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema „Behinderung".

M.E. legen sich die Frauen mit dem unreflektierten „run" auf die HB selbst eine Verantwortung auf, die sie nicht zu tragen haben, sondern die eine gesellschaftliche Verantwortung ist, und die auch einer gesellschaftlichen Lösung bedarf.

Frauen wird unter dem Deckmantel der „Informationsfreiheit" die Verantwortung für die Qualitätskontrolle des Nachwuchses auferlegt. Mit der zunehmenden Grenzverwischung zwischen Krankheit/Behinderung und Gesundheit wird es den ratsuchenden Frauen (und Männern) auferlegt, Fragen zu entscheiden, die zwangsläufig zu eugenischen Denkansätzen verführen: „*Wann ist eine Behinderung aufgrund eines genetischen Defekts so schwer, daß ein solches Leben unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr lebenswert erscheint? Was ist erbgesund, was sind gute, was sind schlechte Gene, welches Ausmaß an Behinderung ist gesellschaftlich noch zugelassen?*" (20)

Diese Verantwortungshaltung von Frauen ist gleichzeitig Vorbedingung für das sich abzeichnende Schuldprinzip: „Heute muß keine Frau mehr ein behindertes Kind gebären."

Gleichzeitig verfestigt sich die Stigmatisierung von Behinderung als etwas Statisches, ein von sozialen, psychosozialen und ökonomischen Bedingungen unabhängiges Lebensphänomen.

Thr, Ffm

Anmerkungen:

1. R. Kollek, F. Hansen: Gen-Technologie, Die neue woziale Waffe, 1985, S. 16
2. U. Sierck, N. Radtke: Die Wohltäter-Mafia, Juni 1984
3. siehe Anm. 1, S. 34
4. Genetische Beratung, ein Modellversuch der Bundesregierung in Frankfurt und Marburg, 1979, S. 92, 96, 116
5. ebd., S. 100
6. FR, 18.2.84
7. vgl. „Emma" 7/84
8. NJW 83, 1371; NJW 84, 658
9. vgl. dazu: „Deutsches Ärzteblatt" Nr. 81
10. Hohlfelde; siehe Anm. 1, S. 59
11. FAZ, 21.12.83
12. siehe Anm. 2, S. 58
13. Stellungnahme des DGB zum Fragenkatalog der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie" des Bundestages für die öffentl. Anhörung zum Thema „Genetische Analyse bei Arbeitnehmern" am 19.9.85
14. ebd.
15. Hansen, siehe Anm. 1, S. 40
16. So beschäftigt sich bereits Bayer-Leverkusens Arbeitsmediziner damit; siehe Anm. 15. Auch die Stellungnahme des Höchster Arbeitsmediziner Breitstadt, anläßlich der o.g. Anhörung, läßt gleiche Forschungsaktivitäten durchblicken
17. siehe Anm. 2, S. 102 ff.
18. siehe Anm. 4, S. 91
19. Adamson, Bild der Wissenschaft 5/1975
20. Hohlfeld, siehe Anm. 1, S. 60

Ohlele, Ohlala — Gegen Rassismus sind wir da!

Im Juni '85, auf dem Pariser Platz de la Concorde, waren es 300.000. Jetzt, am 7. Dezember, demonstrierten unter einem verregneten Himmel 40.000 Anhänger von SOS-Racisme, vor allem Jugendliche, von acht Jahren aufwärts. Mit Prominenz wie Jack Lang oder Jane Birkin oder dem Ehepaar Fabius, mit Luftballons: „Ich liebe, wen ich will", „Ich bewege mich, wie es mir paßt" und Parolen wie „Ohlele, ohlala, contre le racisme, on est toujours la". Abends fand ein Fest mit 15.000 statt, u.a. sang auch Moustaki, und der Film von Medhi Charef „Tee im Harem von Archimedes" wurde gezeigt ... Wie schon im Juni das Konzert, wurde das Fest finanziell großzügig vom Kulturministerium unterstützt.

Aufgerufen hatte auch eine ganze Reihe jüdischer Organisationen wie Bnai Brith, UEJF (Jüdischer Studentenverband Frankreich), die Föderation französischer Juden: *„Wir sind uns darüber bewußt, daß das Ansteigen von Rassismus und extremer Rechter die Einheit aller demokratischen Kräfte und aller Gemeinden nötig macht. Weil die jüdische Gemeinde unter dem Rassismus in seiner besonderen Erscheinung des Antisemitismus gelitten hat, rufen die unterzeichnenden jüdischen Organisationen zur Demonstration am 7.12. auf."* („Libération", 6.12.)

Nicht aufgerufen hatten die „beurs" (ein Semi-Anagramm auf arabes, ähnlich heißt es für juifs, Juden, „feufjs"), das heißt die zahlreichen autonomen anti-rassistischen Gruppen der jungen „Immigrés", genauso wie die traditionellen Organisationen der Ausländer in Frankreich wie z.B. die „ASTI" (Assoziation der ausländischen Werktätigen). Der Konflikt zwischen SOS-Racisme und der autonomen und traditionellen antirassistischen Bewegung ist nicht neu. 1983 fand der Marsch der beurs auf Paris, 1984 der Marsch „Convergence 84" statt. Dazwischen wurde SOS-Racisme, mit dem Segen und der materiellen Unterstützung der PS-Regierung, gegründet.) SOS-Racisme begriff sich sogleich als **der** Sprecher der Bewegung bzw. der Betroffenen. Kurz zusammengefaßt lautet hingegen die Forderung der autonomen Gruppen und traditionellen Verbände: Die Opfer müssen nach vorne, kein Show-Business, die Betroffenen selber müssen der Kopf der Bewegung sein, ihnen gehört das Wort. Die zahlreichen arabischen Vereine, beurs-Gruppen und multikulturellen Assoziationen bringen als weitere Kritik vor, SOS arbeite für die PS, in dem Sinne, daß SOS jegliche Auseinandersetzung mit Regierungs-, Institutionen- und Staatsapparatspolitik vermeidet. Ein weiterer Konfliktpunkt betrifft das Recht auf Mitgliedschaft bei SOS auf Organisationsebene, das exklusiv jüdischen Verbänden eingeräumt worden ist.

Ein Beispiel: In Lyon, wo die Idee des ersten antirassistischen Marsches geboren wurde, existiert eine breite autonome Bewegung. Die größte Organisation heißt JALB (Junge Araber aus Lyon und Umgebung). Während in Paris demonstriert wurde, besetzten 100 Jugendliche das Gericht. Ein paar Tage zuvor waren sie anläßlich des Prozesses gegen den Mörder eines der ihren, Ahmed Boutelja, von der Polizei aus dem Gerichtssaal geknüppelt worden... Der in Frankreich durch seinen Hungerstreik gegen Rassismus 1983 berühmt gewordene Priester Christian Delorme erklärt: *„Es ist ja ganz nett, so'n Fest, so'ne große Bewegung zu machen, um zu erklären, daß wir alle Brüder sind, daß wir uns alle lieben — aber gleichzeitig laufen die Zwischenfälle zwischen Justiz, Polizei und jungen Ausländern weiter, ohne daß versucht wird, darauf zu antworten"* („Libé", 6.12.). Das Mißtrauen gegenüber SOS hat schon ältere Ursachen: So wollte SOS im vergangenen Juni in Lyon ein Konzert arrangieren, auch mit dem Ziel der Gründung einer lokalen Gruppe; keine einzige der vor Ort seit Jahren arbeitenden Gruppen wurde auch nur konsultiert. Von solch saloppen Hauruck-Praktiken hört mensch aus allen Orten Frankreichs.

Einblick in Teile der aktuellen Auseinandersetzung gibt ein in Libération erschienenes Interview zwischen Julien Dray, Mitbegründer von SOS, früher LCR (IV. Internationale), heute PS, und Mejid Daboussi Ammar, Journalist bei „Sans frontières", d.h. der traditionellen Immigrantenbewegung zuzurechnen. Julien Dray ist jüdischer, Mejid Ammar arabischer Herkunft. Im übrigen demonstrierten beide am 5. Juli in ... Bitburg!

Zur Vorstellung:

M.D.A.: Ich bin tunesischer Herkunft und lebe in Frankreich seit etwa 20 Jahren ...

J.D.: Bei mir ist es ziemlich kompliziert. Ich bin Jude, stamme von den pieds-noirs ab *(Bezeichnung der französischen — Kolonial-Bevölkerung in Algerien, Anm. AK)*, und bin, per Erlaß, Franzose. Meine Ahnen sind gewissermaßen Araber: Sie waren Berater des Kalifen von Algier.

M.D.A.: Man sieht es sofort: Zwei verschiedene Geschichten, zwei völlig verschiedene Sozialisationen und doch leben wir beide in Frankreich. Hinzufügen möchte ich, daß wir — die jüdische und die arabische Gemeinde — die beiden einzigen außer-christlichen Gemeinden in Frankreich sind. Dennoch unterscheidet sich unsere Situation. Ich nehme ein naheliegendes Beispiel. Am Montag hatte Libération eine Überschrift, die hieß: „Er ist Franzose und heißt Said". Ein erstaunlicher Satz, der die Trägheit der Entwicklung zeigt, wie zäh nach wie vor der Ausschließungsmechanismus ist. Nach wie vor gilt als unnormal, daß sich ein Franzose Said nennt. Anders verhält es sich mit der jüdischen Gemeinde. Julien Dray ist Franzose, daran zweifelt kein einziger. Der Völkermord hat der jüdischen Gemeinde, als einzig nicht-christlicher, Akzeptanz und Integrierung ermöglicht — aber zu welchem Preis!



J.D.: Ich kann nicht im Namen der jüdischen Gemeinde reden. 1965 kam ich nach Frankreich. 10 Jahre wurde ich ausgeschlossen — von den anderen Rückwanderern, weil selber viel später gekommen, und von der französischen Gesellschaft, weil Jude. Gleichzeitig stand ich an einer Kreuzung zwischen verschiedenen Orten und Wurzeln. Eine ganze Menge anderer befand sich in ähnlicher Situation. Wir bestanden selber aus einer heterogenen Mischung, und die gleiche Frage warf sich uns allen auf: Wie ist eine moderne Gesellschaft in die Wege zu bringen, wo Gemeinden *(Gemeinde ist im Interview auch im Sinne von Gemeinschaft zu verstehen, Anm. AK)* mit unterschiedlicher Geschichte, unterschiedlichen Wurzeln, aber auch mit Gemeinsamkeiten und gemeinsamen Geschichtsabschnitten koexistieren? Ammar und ich haben Gemeinsamkeiten. Wir haben eine unterschiedliche Vergangenheit, aber eine gemeinsame Zukunft.

M.D.A.: Seien wir nicht allzu optimistisch. Man sollte nicht vergessen, daß nach wie vor hunderte von Menschen ihren Namen ändern lassen, von Fatima in Francoise, von Mohamed in Maurice. Weil sie isoliert sind, weil sie die Bürde ihres Vornamens nicht tragen können. Ähnlich wie bei vielen Juden in den 3Oiger Jahren. Du, Julien, behauptest, dich im bunten Miteinander, im Zusammensein wohler zu fühlen, und ich, ich wünschte, das Gleiche sagen zu können. Nur komme ich von einer niedergedrückten Gemeinde, die nie das Rederecht erhalten hat. Ich kann mir diesen Luxus nicht leisten. Du kannst es, weil du eine organisierte Gemeinde hinter dir hast, die sich wehrt.

J.D.: Ich würde es anders ausdrücken. Die einzige ihnen angebotene Perspektive, die heute viele Jugendliche sehen,

J.D.: Ich würde es anders ausdrücken. Die einzige ihnen angebotene Perspektive, die heute viele Jugendliche sehen, ist der Verlust von irgendetwas, von ihrer Geschichte, von ihrer Kultur ...

M.D.A.: Die Debatte wird eben immer in einer negativen Form geführt. Bourdieu (frz. Ethnologe) rief bei eurem Treffen SOS-Intellos (Versuch von SOS-Racisme, Intellektuelle zu mobilisieren) aus: „Genug der Moral, Taten!" Daran fehlt es entschieden. Beispiel: Wieso hat Mitterrand nie jemanden aus unserer Gemeinschaft auf einen symbolischen Posten befördert? An positiven Beispielen mangelt es furchtbar. Es gibt nichts, es ist die reine Wüste; das ist glücklicherweise bei der jüdischen Gemeinschaft anders. Und so gesehen ist es schade, daß SOS-Racisme an diesem Zustand nichts geändert hat. Es ist schade, daß es bei euch keine Beispiele, keine Persönlichkeiten, keine Symbole gibt, wo mit Positionen der Politiker gebrochen wird.

J.D.: Wir haben anfangs vielleicht Fehler gemacht, indem wir die Geschichte, die Sensibilität, die Empfindsamkeit dieser Gemeinde nicht zur Kenntnis nahmen. Gleichzeitig mußten wir in der ersten Etappe schockieren, uns gegen ängstliche, wenn nicht gar offen rassistische Verhaltensweisen wehren. Mit SOS ist auch Schaden angerichtet worden. Dennoch ist gleichzeitig aus dieser Bewegung eine Generation entstanden, die das Wort ergriffen hat, die immer lauter innerhalb der französischen Gesellschaft werden wird. Bei SOS gibt es Dutzende von beurs, die hier wie Fische im Wasser schwimmen, und nichts an eigener Geschichte geopfert haben.

M.D.A.: Nun doch etwas Geschichte: Diese Entwicklung hat doch viel früher begonnen. Mit dem Hungerstreik von Christian Delorme und mit dem anschließenden Marsch der beurs 1983. Es ist klar, Julien, daß ihr die Würde einer Gemeinschaft verletzt habt.

Frage: Seid ihr immer noch der Meinung, eine antirassistische Bewegung könne ausgehend von diesen zwei Gemeinschaften entwickelt werden?

M.D.A.: Die antirassistische Bewegung in Frankreich muß sich ausgehend von unserem gemeinsamen Exil entwickeln. Der Rassismus vereint uns, es ist aber auch klar, daß der Nahost-Konflikt uns entzweit. Die einzige Lösung ist also, ihn außen vor zu lassen. Wir alle sind bezüglich des Nahostkonflikts Zuschauer. In Frankreich aber sind wir selbst die Akteure. Im Rahmen einer antirassistischen Bewegung müssen wir völlig gleichberechtigte Akteure sein. Ich würde sogar sagen: mehr als gleichberechtigt, denn wir sind die unterprivilegierteste Gemeinschaft.

J.D.: Völlig einverstanden, was die jüdisch-arabische Ausrichtung betrifft. Bei SOS setzen wir auf die Karte der Vermischung. Wir haben das Tragen des khefiefs *(Fedajin-Tuch, Anm. AK)* durchgesetzt, wo man um die Tragweite der Bedeutung jenes Symbols bei Juden weiß. Diese Mischung ist ein unleugbarer Fortschritt. Es ist dadurch möglich geworden, daß heute in der französischen Gesellschaft eine neue Generation von Jugendlichen, Juden, Arabern, Antillanern etc., dazu steht.

M.D.A.: Diese Gemischtheit findet aber im Kontext der Ungleichheit der Gemeinden statt. Das betone ich nochmals. Es ist ein Luxus, den ich mir nicht leisten kann. Bevor wir zur Gemischtheit, zur Multikultur übergehen, muß erstmal eine bestimmte Gleichheit hergestellt werden.



J.D.: Das ist ein globaler Prozeß. Mit SOS und auch anderswo haben einige Araber sich ein Stück ihrer Geschichte wieder angeeignet. Symbolhaft zu wer-

J.D.: Das ist ein globaler Prozeß. Mit SOS und auch anderswo haben einige Araber sich ein Stück ihrer Geschichte wieder angeeignet. Symbolhaft zu werden, ist äußerst wichtig, denn ein Problem der arabischen Gemeinde liegt darin, positive Symbole zu finden, mit denen sie sich behaupten kann.

Frage: Beide scheint ihr die Nichtexistenz von symbolhaften Bezugspersonen zu beklagen ...

J.D.: Ja. Ich gehe noch weiter: Es muß eine Elite geben *(!? AK)*. Das würde die Spirale vonwegen „alles Diebe, Verbrecher" stoppen und die kolonialistischen Vorurteile zerschmettern.

Frage: Wie denn?

J.D.: Seien wir doch ein wenig provozierend. Der arabischen Gemeinschaft wird es gelingen, wenn sie sich engagiert. Hierbei stehen wir noch völlig in der Entwicklung. Sie muß den Kontakt mit der französischen Gesellschaft suchen *(daß derartige Sprüche nur als Zynismus aufgefaßt werden, kann man sich denken. Im Südosten Frankreichs wird praktisch jede Woche ein Jugendlicher verletzt oder ermordet; Anm. AK)*. Und genauso viel fordern, wie alle anderen auch *(s.o.; Anm. AK)*. Denn es gibt kein Entrinnen. Entweder verschwindet sie, oder sie findet zu einem Rückgrat, das stärker denn je ist. Wir befinden uns noch mitten in diesem Prozeß, nichts ist entschieden.

Frage: Und wie würdet ihr die gegenwärtige Situation kennzeichnen?

J.D.: In Generationsbegriffen. Ich glaube, es gibt zwei Bewegungen in der französischen Gesellschaft. Die eine Bewegung ist Trägerin einer Dynamik, die vieles wegfegen kann. Ein Beispiel: Für einen 14-jährigen ist es überhaupt kein Problem, daß ein Mohamed in seiner Klasse sitzt, er ist ein kleiner Franzose wie jeder andere auch. Das wird in der französischen Gesellschaft nicht akzeptiert. Die andere Bewegung ist die der Eltern, der vergangenen Traditionen. Zwischen der Welt der Erwachsenen und der Welt der Jugend besteht ein wirklicher Konflikt. Wie es ihren Gewohnheiten entspricht, haben die Politiker die falsche Seite gewählt. Immer noch halten sie die Rede: „Ach, diese braven Araber. Die müssen wir besser behandeln".

M.D.A.: Ich würde es nuancieren. Die Krise ruft auch unter Jugendlichen Konkurrenz hervor. Alles in allem habe ich Angst vor der Zukunft. Denn ich habe eine miese Ausgangssituation. Mies, was das Verhältnis zwischen den beiden Gemeinschaften betrifft, mies, weil dies auch einen Teil der Jugend erreicht hat. Außerdem sind die jungen Maghrebiner verwundet, verletzlich und entwurzelt. Darauf muß geachtet werden.

J.D.: Es gibt heute eine gefährliche Strömung, die der Assimilierung. Zusammengefaßt wird dort vertreten: „Wir haben die Grenzen dicht gemacht, es gibt vier Millionen Ausländer, jetzt müssen wir die verdauen". Es ist gefährlich, weil es nicht möglich ist: Das einzige, was dabei herausspringen wird, ist eine Zwei-Geschwindigkeiten-Gesellschaft, mit Ghettos und mit Ausgeschlossenen.

M.D.A.: Klar ist, daß es zwei Arten von Logiken gibt. Die eine ist die Apartheid-Logik, die andere die multikulturelle Logik. Von daher ist es notwendig, daß sich die arabische Gemeinschaft Instrumente, Verbündete, Brücken schafft und eine Identität gibt, die nicht auf der Vergangenheit gründet, sondern im Kontext der französischen Gesellschaft entwickelt wird.

J.D.: Und sie muß sich eigene Symbole setzen. Und dabei kann es auch ein Lernen von der jüdischen Gemeinschaft geben.

J.D.: Und sie muß sich eigene Symbole setzen. Und dabei kann es auch ein Lernen von der jüdischen Gemeinschaft geben.

M.D.A.: Exakt. Heute kann aber keiner sagen, unter welchem Label die arabische Gemeinde sich strukturieren wird. Islamisch? Maghrebinisch? Arabisch?

(Leicht gekürzt aus „Libération", 6.12.85).

Frankreich-Kommission

Anmerkungen zur Ermordung eines ehemaligen PKK-Mitglieds

Zu der Ermordung eines ehemaligen führenden Mitglieds der kurdischen Organisation PPK Anfang November in Stockholm hat die PKK inzwischen öffentlich Stellung genommen. Von Freunden wurden uns Übersetzungen aus Veröffentlichungen der PKK zur Verfügung gestellt, die die Hintergründe der Auseinandersetzung beleuchten. Sympathisanten der PKK in Hamburg haben die AK-Redaktion aufgefordert nach dem kritischen Bericht im letzten AK nun ihre Stellungnahme zu publizieren.

Wie schon im Falle der Ermordung Enver Atas im Sommer 1984 in Uppsala wehrt sich die PKK gegen den Vorwurf, der Mord an Cetin Güngör sei im direkten Auftrag der Partei erfolgt. Gleichzeitig rechtfertigt die PKK die Morde als „Bestrafung von Verrätern". Durch wüste Beschimpfungen gegen weitere „Provokateure" und „Verräter", die mit der Distanzierung von den Attentätern einhergehen erhärten sich die Vorwürfe, daß von seiten der PKK politische Auseinandersetzungen mit Gewalt bis hin zum Mord erledigt werden. Gegenüber einer Politik, die aus politischen Kritikern in den eigenen Reihen „Verräter" macht, die liqudiert werden, kann es kein Deckmäntelchen des Schweigens und erst recht keine Solidarität geben.

„Die PKK, die genau weiß, daß man gegen den äußeren Despotenkeinen Erfolg erzielen kann, wenn man nicht mit dem Verräter in den eigenen Reihen abgerechnet hat, ist eine Bewegung, die endlich das Dual von Verrat und ...

Eine Erlärung der Europavertretung der PKK vom November bezeichnet den Mord an Cetin Güngör, genannt Semir, am 2.November in Stockholm als Bestrafung eines Provokateurs durch einen Patrioten. Im türkischen Text der Erklärung heißt es, Semir sei ein bekannter Provokateur gewesen, der „gemeinsam mit der faschistischen türkischen Junta in den Zentren des Verrats Provokationen entwickeln wollte." Als „Beweis" für diese Behauptung werden Angaben der schwedischen Geheimpolizei zitiert, sie habe Semir vor seinem Tod mit falschen Ausweisen und mit Wohnungen versorgt.

In der PKK-Erklärung wie in Artikeln zum selben Thema in der Parteizeitung „Serxwebun" steht die Frage des Verrats im Mittelpunkt der Argumentation. In der kurdischen Geschichte habe Verrat eine große Rolle gespielt. Die PKK sei nun angetreten, mit dem Verrat gründlich abzurechnen und Verräter gnadenlos zu bestrafen. Die Hamburger Sympathisanten der PKK formulieren in ihrer uns übergebenen Stellungnahme zu dem Recht der PPK gegenüber Verrätern und Liquidatoren revolutionäre Gewalt anzuwenden: „Das tun, wie ihr wissen solltet, alle nationalen Befreiungsbewegungen der Welt."

Verrat und Provokation sind Vorwürfe, mit denen in der Geschichte der revolutionären und Arbeiterbewegung reichlich Schindluder getrieben wurde. Aufgrund dieser Erfahrungen nach Beweisen zu fragen, bevor jemand als Verräter bezeichnet und bestraft wird, ist mehr als legitim. Die Entwicklung der Auseinandersetzung in der PKK erhärtet den Eindruck, daß politische Auseinandersetzungen gewaltsam unterdrückt werden sollen. In einem Gespräch mit der „taz" erläuterte Semir kurz vor seiner Ermordung seine Kritik an der PKK. Mit seiner zentralen Aussage, der Befreiungskampf sei durch die Aktionen der PKK in der Bevölkerung völlig diskreditiert, steht er in den Augen der PKK als jemand da, der dem Kampf in den Rücken fällt, zur Kapitulation aufruft. Er wird zum „Verräter", weil er grundsätzliche Kritik an Struktur und Politik der PKK anmeldet und damit an die Öffentlichkeit geht.

Die Unmöglichkeit sich aus der Führung durch die „revolutionäre Avantgarde" der Partei zu befreien wird in vielen Stellungnahmen der PKK aus den vergangenen Jahren deutlich. Ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der Organisation mag verdeutlichen, daß dieser Führungsanspruch eher dem Wunschdenken der Führer der Organisation als der Realität in Türkisch-Kurdistan entspringt.

Die PKK wurde Ende der 70er Jahre von Abdullah Öcalan, genannt Apo, gegründet. Sie stammt aus der türkischen Studentenbewegung der 70er Jahre (Apo war einer ihrer Führer), aus der auch alle anderen nichtrevisionistischen linken Organisationen der Türkei entstanden. Während der kurzen Zeit bis zur Verhängung des Ausnahmezustands hatte die PKK in Kurdistan einigen Zulauf, brach sie doch die Waffenruhe, die seit der Zerschlagung der letzten Kurdenaufstände Ende der 30er Jahre geherrscht hatte. Allerdings war der Ton, den die PKK schon bei ihrer Gründung gegenüber politisch Andersdenkenden anschlug, wenig ansprechend. In ihrer Gründungserklärung heißt es u.a.: „Eine andere Aufgabe, die die PKK realisieren muß, ist die: (...) die sozialchauvinistischen Ideologien und ihre Machtzentren müssen dringend vernichtet werden, was immer das auch kosten wird. Die PKK ist der Meinung, daß der Kampf gegen diese Kräfte mit Gewalt gehandhabt werden muß." Politische Morde an anderen Linken — als Konsequenz dieser Position — sind Teil der Geschichte der jungen „neuen Linken' in der Türkei, durchaus nicht nur der der PKK.

Nach dem Militärputsch wurde von der PKK Selbstkritik geübt, „blinder Eifer (sei) an die Stelle der ideologischen Auseinandersetzung (getreten)". Es wurde die Direktive ausgegeben, in den Beziehungen zu anderen Gruppen und Organisationen, einschließlich der reformistischen Bourgeoisie „nicht von der Linie der ideologischen Kampfes abzuweichen, sondern vielmehr die politische Freundschaft bzw. Bündnisfähigkeit zu entwickeln." Diese Selbstkritik des Jahres 1981 fiel in eine Zeit, in der die PKK unter anderem mit der türkischen Organisation Devrimci Yol ein Bündnis einging.

Die Anhänger der PKK waren und sind die am brutalsten verfolgten Gegner der herrschenden türkischen Militärs seit dem Putsch. Über 10.000 Menschen wurden unter dem Vorwurf der PKK-Mitgliedschaft inhaftiert und vor Gericht gestellt. Die Zustände in den Gefängnissen in Diyarbakir und an anderen Orten Türkisch-Kurdistans sind geprägt von Folter und unmenschlichen Lebensbedingungen.

... Strafe gleichmäßig verfolgt. Es ist die Bewegung jener, die entschlossen sind, die Realität von Strafe, wo immer sich Verrat zeigt, leben zu lassen und diesen großen kurdischen Verrat am Boden zu zerstören. Und es ist ...

Für die türkischen Militärs ist Kurdistan Aufmarschgebiet Nr.1, nach dem Putsch wurden zwei Drittel der türkischen Streitkäfte in den Osten Anatoliens stationiert, um mögliche neue Unruhen von vornherein auszuschließen. Unter diesen Bedingungen begann die PKK im August 1984 mit etwa 100 bewaffneten Kämpfern militärische Aktionen, die weit über das Gebiet hinaus Beachtung fanden. Ein Angriff auf die Begleitung General Evrens sorgte für Sympathie über die Grenzen der Türkei hinaus.

Ob allerdings die Aufnahme des bewaffneten Kampfes über den Propagandaerfolg der ersten Aktionen, die die Verletzlichkeit des übermächtigen türkischen Militärs demonstrierten, von anhaltendem Erfolg und der Mobilisierung der kurdischen Bevölkerung nützt, ist zweifelhaft. Nachdem in diesem Jahr zusätzliche Probleme für die PKK im Verhältnis zu Barzanis Demokratischen Partei Kurdistans (Irak) auftraten, die bis dahin der PKK das nötige Hinterland gab, ist die Lage der bewaffneten Kämpfer der PKK noch schwieriger geworden. Das türkische Militär hat die Ansätze des bewaffneten Widerstandes erbarmungslos verfolgt und mit ihrer Übermacht den Druck auf die Bevölkerung des Gebietes verstärkt.

Vor diesem Hintergrund muß die Propaganda der PKK gegen Verräter und Kollaborateure gesehen werden. In zahlreichen Artikeln wurden u.a. Semir und weitere Dissidenten der Partei der Zusammenarbeit mit den Militärs bezichtigt und als deren Handlanger in der Partei denunziert. Seit Beginn der bewaffneten Aktionen meldete z.B. der Kurdistan-Report neben Angriffen auf Militäreinrichtungen auch „Strafaktionen" gegen „Verräter", „Spitzel" und „Denunzianten" in der Bevölkerung Türkisch-Kurdistans. Die hohe Zahl dieser Fälle läßt die Befürchtung naheliegen, daß die Haltung „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns" die gegenüber politischen Kritikern durchschlägt, auch die Haltung der PKK gegenüber der kurdischen Bevölkerung ausdrückt.

Die insgesamt eher verzweifelte Situation für den bewaffneten Befreiungskampf der PKK in Türkisch-Kurdistan, der von allen anderen türkisch-kurdischen Organisationen abgelehnt wird und auch in der Region wenig Anklang findet, steht im krassen Mißverhältnis zur Selbstdarstellung der Partei. In den Stellungnahmen der PKK ist nur von einem „ständig steigenden Einfluß und dem steigenden Prestige der PKK und ihrer Führung in den Massen" die Rede.

Weil die Aktionen der PKK so erfolgreich sind — so die Argumentation— ist die Kampagne gegen die PKK international organisiert ein Versuch, den erfolgreichen Aufschwung der Partei zu behindern. In die Reihe der Gegner werden umstandslos sämtliche kurdischen und türkischen linken Organisationen in ein Komplott mit den türkischen faschistischen Militärs projiziert und so eine umfassende Verschwörungstheorie gebildet. Diese Argumentationslinie macht aus Kritikern in der Partei gefährliche Verräter und aus Kritikern der Strafaktionen ebenfalls Kollaborateure des faschistischen türkischen Regimes. „All diese Kräfte und Kreise bemühen sich, mit der Angst und der Angriffslust, die sie gegenüber unserem Nationalen Befreiungskampf verspüren, eine neue Angriffs-, Lügen-, Demagogie- und Verleumdungskampagne zu starten und auf dieser Grundlage neue Komplottpläne gegen unser Volk und unsere Partei aufzustellen, in dem sie die Bestrafung eines unserem Volk und der revolutionär-demokratischen Öffentlichkeit gut bekannten Provokateurs von Seiten eines Patrioten am 2. November 1985 in der Hauptstadt Schwedens, Stockholm; und wiederum den Tod einer uns unbekannten Person in Dänemark, dessen Gründe uns ebenfalls nicht bekannt sind, als Vorwand dafür verwenden", heißt es in der Erklärung der Europavertretung der PKK zu dem Mord an Cetin Güngör.

Lautstark wird nach Beweisen für die Zusammenhänge zwischen den Morden und der PKK gefragt während nur einige Sätze darauf die Bestrafung von Verrätern und Provokateuren verteidigt wird. Dieses Verfahren wurde schon nach dem Mord an Enver Ata im Sommer 1984 praktiziert. Damals wurde ein konkreter Zusammenhang mit dem Mörder bestritten, gleichzeitig jedoch kräftig gegen „Verräter" zu Felde gezogen: „Diese Verräter, die Mustafa Kemal zum Diener und Sklaven wurden, sind derart erniedrigt, daß sie türkischer als ein Türke, dieses Mal unter der Maske der „Demokratie", schwedischer als ein Schwede benehmen und — sich selbst entfremdet — als neuer „Kurden"-Typus unserem Volk gegenüber stehen. Während die Unternehmungen, den Unabhängigkeits- und Freiheitskampf aus seiner Bahn zu lenken, durch den Widerstandsgeist unserer Partei scheiterten, sind ihre wahren Gesichter als Kollaborateure, Diener und Köder der Polizei entlarvt worden." Die Aufforderung: „Rechnet mit denjenigen ab, die die auf die Liquidation des Kampfes und der Organisation zielenden Provokateure schützer." liest sich im Zusammenhang nicht wie eine Aufforderung zur Diskussion sondern eher als Anstachelung für weitere Gewalttaten. Es wird sicher nicht darum gehen können, als Beweis für die Urheberschaft der Morde schriftliche Urteile des ZK der PKK vorzulegen, einzige Zeugen für die Existenz derartiger ZK-Beschlüsse sind die abtrünnigen ehemaligen Mitglieder des Zentralkomitees der Partei. Aus der PKK-Presse jedoch kann man die unverhüllten Drohungen gegen die Dissidenten entnehmen. Semir z.B. wurde u.a. so charakterisiert: „Er ist im Kern ein Kemalist im opportunistischen Gewand. Er ist ein Blutsauger, ein Drakula, der das Blut des Volkes saugen will." Und: „Dieser Verräter wird den Preis für das, was er getan hat, ganz sicher zahlen" kündigte die PKK im Sommer 1984 in „Serxwebun" an. Nach seinem Tod sind nun weitere Kritiker bedroht, unter ihnen das ehemals führende PKK-Mitglied Baki Karaer. Baki Karaer ist Gründungsmitglied der PKK und langjähriges ZK-Mitglied. Seit 1982 ist er bedroht, zur Zeit lebt er versteckt. Über ihn heißt es im türkischen Text der Erklärung der PKK-Europavertretung zum Tod von Semir: „Ein konkretes Beispiel (für einen Verräter und Provokateur, Anm.AK) ist Baki Karer, ein wilder Chauvinist und Kurdenfeind, bekannt mit dem Codenamen „Süleyman", dessen eingekaufte Provokateurs-Identität von unserer Partei und unserem Volk aufgedeckt worden ist." Im weiteren wird Baki Karaer als „Mörder" und „Konterrevolutionär" bezeichnet. Beweise werden nicht gegeben. Der politische Charakter der Vorwürfe wird in mehr allgemeiner Form in Artikeln der Parteizeitung „Serxwebun" deutlich. Aus „Verrätern" und „Provokateuren" wird die „liquidatorische Linke", also Menschen, die über den kurdischen und türkischen Befreiungskampf andere Ansichten als die offizielle PKK-Linie vertreten. „Die liquidatorische Linke hat sich ein weiteres Mal in ihrer Geschichte zum Reflektoren der herrschenden Klassen gemacht. Das ist der Grund, warum wir sie verdammen. (...) Die Führer dieser liquidatorischen Linken und die Denunzianten können ruhig kosmetische Operationen machen lassen und sich in entfernteste Teile der Welt begeben, z.B. nach Amerika, wir werden aber unsere Hand nicht von ihrem Kragen lassen und sie bestrafen", schreibt „Serxwebun" im Mai 1985.

In Aussagen wie diesen wird der politische Gehalt der Auseinandersetzung deutlich, an die Stelle von konkreten Beweisen für eine schädliche Zusammenarbeit von ehemaligen Parteimitgliedern mit dem Gegner treten politische Widersprüche, die zur Rechtfertigung von Gewaltausübung werden.

... eine Kraft, die an die Notwendigkeit glaubt, dies zur lebenswichtigsten Besonderheit zu machen und einen großen Haß und eine große Wut gegen den Verrat freizulassen." („Serxwebun", Nov. 85)

Auf „Beweise" aber legen die Sympathisanten der PKK in ihrer Kritik an der kritischen Einleitung der im letzten AK dokumentierten Stellungnahme einer türkischen Exilgruppierung besonderen Wert. Dem Arbeiterkampf wird mangelnde journalistische Sorgfaltspflicht vorgeworfen, wir seien von „dunklen Kreisen" informiert, die auch vor der schwedischen Geheimpolizei ausgesagt hätten. Dieser Vorwurf stützt sich auf einen Bericht der türkischen Zeitung „Cumhuriyet" vom 14. November, nach der Baki Karaer eine Erklärung über den Mord an Cetin Güngör in Stockholm abgegeben hat. Baki Karaer gab an, daß Semir der 21. sei, der von der PKK getötet worden wäre. Er machte Aussagen über die Entwicklung der Auseinandersetzung zwischen führenden Mitgliedern der PKK seit 1980 und gab sogar ein Datum an, wo die Todesurteile gegen die Abtrünnigen beschlossen worden wären. Von Baki Karaer stammen auch die Namen der 21 von der PKK getöteten „Abtrünnigen". Zu dieser Namensliste heißt es in der Stellungnahme von PKK-Sympathisanten in der Hamburger Stadtteilzeitung „Schanzenleben" und in der an den AK gerichteten Kritik, einige der aufgeführten Personen seien noch am Leben. Durch die Veröffentlichung ihrer Namen seien sie, da sie z.T. noch als Kämpfer in den Bergen Kurdistans leben oder in türkischen Gefängnissen seien, denunziert und gefährdet worden.

Was die Aussagen Baki Karaers gegenüber der schwedischen Polizei angeht, ist uns nichts bekannt, was darauf hindeutet, daß aufgrund seiner Aussagen einzelne PKK-Mitglieder verfolgt worden wären. Sicherlich ist die ganze Debatte über die Verbindung der PKK zu den Morden an bekannten Führungsmitgliedern ihrer Organisationen in dem Sinn schädlich für PKK-Mitglieder im Ausland, daß ihre Verfolgung durch die Polizei der jeweiligen Länder begünstigt wird. Die Verantwortung hierfür trifft jedoch in erster Linie die PKK selbst, die mit den Aufforderungen, „Verräter" zu bestrafen und mit ihrer Hetzkampagne gegen die Abtrünnigen überhaupt erst den Anlaß für die öffentliche Auseinandersetzung liefert. Einerseits die politischen Morde in der Parteipresse anzustiften und zu verteidigen, mit den ausführenden Personen aber nichts zu tun haben zu wollen, ist nicht nur im höchsten Maße unglaubwürdig, sondern fordert darüber hinaus zu einer öffentlichen Auseinandersetzung geradezu heraus.

Baki Karaers Motive, Aussagen gegenüber der schwedischen Polizei zu machen, kennen wir nicht. Seinen Aussagen zufolge gab es fünf Gründungsmitglieder der PKK, die ab 1980 Meinungsverschiedenheiten mit den anderen Mitgliedern des Zentralkomitees hatten. Von diesen fünf Menschen wurden bisher drei getötet: Resul Altunük, Enver Ata und Cetin Güngör. Baki Karaer muß um sein Leben fürchten. Aussagen über Struktur, Ausbildungslager und Aktionen der PKK hat er gegenüber der schwedischen Polizei ausdrücklich nicht gemacht. Das Vorgehen der PKK, an die Stelle von konkreten Beweisen für den Verrat der Dissidenten wüste Beschimpfungen zu setzen läßt den Schluß naheliegen, daß es solche Beweise nicht gibt. Verrat wohlgemerkt als nachweisbares Handeln, das Aktionen und Kämpfer der Partei der Verfolgung durch den Gegner aussetzt oder Aktionen der Partei sabotiert. Die Vorwürfe gegenüber den „abtrünnigen" ehemaligen ZK-Mitgliedern vonseiten der PKK sind samt und sonders allgemein gehalten und zielen auf deren politische Haltung. Wenn politische Kritiker ermordet werden sind Appelle an die Solidarität, wie sie im oben erwähnten Brief der Hamburger PKK-Sympathisanten wie in allen Stellungnahmen der PKK zu finden sind, sind heuchlerisch.

Seit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes durch Einheiten der PKK ist die Forderung nach Solidarität Hauptargument gegen kritische Fragen zum Umgang der Partei mit Dissidenten. Nach dem Mord an Enver Ata wurde mit dem Verweis auf die in der Tat vorhandene Gefährdung der Auslandsgruppierungen der PKK und ihrer Mitglieder in Europa versucht, Kritiker mundtot zu machen. Die Solidarität gegen eine drohende Kriminalisierung der PKK in Europa wurde beschworen, ohne daß durch eine umfassende Information zu den toten ehemaligen PKK-Führern eine Grundlage dafür geliefert wurde. Heute steht die PKK weitgehend isoliert, nach dem Mord an Cetin Güngör haben zahlreiche türkische und kurdische Exilorganisationen der Partei die Zusammenarbeit aufgekündigt. Die offenen Drohungen gegen weitere Ex-Parteimitglieder und gegen führende Personen der türkischen Linken im Exil bedeuten eine reale Gefahr weiterer Attentate. Linke, die hierzulande dem Revolutionspathos der PKK gerne Glauben schenken möchten und deren Aktionen als einzig sichtbare Opposition in Türkisch-Kurdistan bejubeln, müssen sich überlegen, ob sie diese Haltung aufrechterhalten können, wenn der nächste Mordversuch anstatt in Schweden z.B. in Hamburg oder Westberlin stattfindet.

Auch ohne die politischen Aussagen der PKK oder ihrer Kritiker inhaltlich bewerten zu wollen, auch wenn letztere zu Reformisten, Opportunisten oder gar Sozialdemokraten geworden sind — politischer Mord als Instrument des poltisch-ideologischen Meinungskampfes ist in keiner Phase eines nationalen Befreiungskampfes tolerierbar. Darüberhinaus spricht nach aufmerksamer Beobachtung der Entwicklung der PKK einiges dafür, daß in dieser Partei nicht nur halsbrecherische Politik sondern auch ein gehöriges Maß an Paranoia regiert.

S., Hamburg

Delegiertenkondferenz der GIM: »Aufbruchstimmung«?

Am 30.11. und 1.12. fand eine Delegiertenkonferenz der trotzkistischen Gruppe GIM statt. Die offizielle Hofberichterstattung dazu lautet: Die Konferenz „*setzte deutliche Zeichen für die Entwicklung unserer Organisation. Während andere den ‚Abschied vom Proletariat' nehmen und die sozialistischen Ideen für verstaubte Anachronismen des 19. Jahrhunderts halten, stand diese Konferenz ganz im Zeichen der Notwendigkeit einer klassenkämpferischen Orientierung der Arbeiterbewegung und des Aufbaus einer parteipolitischen Alternative zu SPD, DKP und grüner Sackgasse. Die Delegierten zeigten ihren Willen, die Herausforderungen der Zeit anzunehmen. Sie stellten den zähen Aufbau in Betrieben und Gewerkschaften, den Kampf für eine Alternative zu Kapitulation und Sozialpartnerschaft in den Gewerkschaften und für den Aufbau einer sozialistischen Arbeiterpartei in den Mittelpunkt ihrer Debatten... Die Überwindung des alten Sektierertums und das Selbstbewußtsein von Sozialistinnen und Sozialisten, daß es möglich ist, die Grundlagen zu schaffen für eine Kraft, die zur antikapitalistischen Aktion fähig ist und den Kampf für sozialistische Demokratie in der Arbeiterbewegung verankert, machten diese Konferenz zu einem Markstein gegen Resignation und falschen ‚Realismus', die sich beide mit dem Bestehenden im großen und ganzen zufrieden geben ... Es lohnt sich weiterhin, in der GIM Mitglied zu sein oder es zu werden.*" („was tun", 12.12. 85)

Zur Abwechslung noch ein paar Fakten: 81 Delegierte, die 263 Mitglieder vertraten, berieten über die kontroversen Perspektivenpapiere von drei „Tendenzen"(Fraktionen) der GIM. Das interessanteste der drei Papiere wurde bereits im letzten AK in zentralen Auszügen vorgestellt: Es fordert anstelle der bisherigen Schwerpunktsetzung auf Fusion mit der exmaoistischen KPD eine stärkere Einflußnahme auf die wirklichen politischen Prozesse, die vor allem im Dreieck DGB-SPD-Grüne vermutet werden. Um trotzkistischen Positionen ein stärkeres Gewicht zu verschaffen, wird der organisierte Eintritt („Entrismus") der GIM in die Grüne Partei befürwortet, um sich dort mit den sog. Ökosozialisten zusammenzuschließen. Für diese Ausrichtung („Tendenz 3") stimmten nur 17 Delegierte. 18 Delegierte stimmten für die „Tendenz 2", die der stärksten Strömung in der GIM („Tendenz 1", 43 Delegierte) eine Neigung zur sektiererischen Selbstisolierung von SPD und Grünen vorwirft, sich aber klar gegen eine „Arbeit in den Grünen" ausspricht.

Da die „Tendenz 3" bisher in den Leitungsgremien der GIM deutlich überrepräsentiert war, ergaben die Neuwahlen auf der Konferenz eine Korrektur entsprechend dem festgestellten Kräfteverhältnis. Für weitere Veränderungen an der Spitze sorgte der Quotierungsbeschluß, d.h. 50% aller Funktionen sollen nun von Frauen besetzt werden.

Für die Hauptresolution der Konferenz, die sich ausschließlich mit Einzelheiten der geplanten Fusion GIM-KPD beschäftigt, hatte man sich offenbar vorher erfolgreich um einen breiten Konsens zwischen den drei „Tendenzen" bemüht. Jedenfalls gab es nur eine Gegenstimme und sechs Enthaltungen. Wir dokumentieren die Resolution nebenstehend im vollen Wortlaut. Der Grundton der Resolution ist positiv für eine rasche Vereinigung mit der KPD, und die „Tendenz 3" hat ihre sehr große Skepsis in diesem Punkt offenbar zugunsten des Zustandekommens einer breit getragenen Resolution zurückgestellt. Auf der anderen Seite können allerdings diejenigen, die der geplanten „Elefantenhochzeit" eher mißtrauisch gegenüberstehen, mit der Resolution auch ganz zufrieden sein, weil ziemlich maximalistische Ansprüche an den Partner festgeschrieben worden sind: die Resolution fordert praktisch eine weitgehende Integration der neuen Organisation aus GIM und KPD in den trotzkistischen Dachverband und Arbeitszusammenhang „Vierte Internationale". Genau das hat aber die KPD gerade eben auf ihrem Parteitag eindeutig abgelehnt.

Aufgeregt hat die GIM auf der Seite 2 ihrer „was tun" kommentiert, daß im letzten AK zentrale Auszüge aus dem Papier der „Tendenz 3" publiziert worden sind, während die „was tun" bis dahin noch nicht einmal das Bestehen interner Meinungsverschiedenheiten mit einem einzigen Satz gemeldet hatte. Das sei doch „unseriös", und „aufgebauscht" hätten wir die Differenzen auch noch. Dafür bringt nun die „was tun" die Ansichten der „Tendenz 3" in einer äußerst knappen Zusammenfassung, die wesentliche Aussagen des Thesenpapiers dieser Strömung einfach nicht enthält, also unterschlägt. So kommt beispielsweise folgende interessante Aussage der „Tendenz 3" in der „was tun" nicht mehr vor: „*Die GIM steckt in einer tiefen Krise, deren wirkliches Ausmaß derzeit nur durch die Möglichkeit einer Vereinigung mit der KPD notdürftig verdeckt wird.*" Das Fusionsprojekt mit der KPD erkläre sich nur aus dem Schwächezustand beider Gruppen. „*Angesichts ihrer Orientierungskrise greifen beide ‚Ertrinkenden' nacheinander, um nicht zu versinken. Das beweist ihren Lebenswillen. Aber in blinder Panik können sie sich nicht helfen, sondern nur gemeinsam untergehen.*"

Der Sachverhalt ist also einfach und eindeutig: wir haben die Streitpunkte in der GIM nicht aufgebauscht, sondern die GIM möchte sie gern durch Weglassen herunterspielen. Wer dermaßen sein Publikum für dumm verkaufen möchte, hat es naturgemäß immer schwer, wenn er nachher über die Unseriosität anderer klagt, die ihm durch Indiskretionen einen Strich durch die Rechnung gemacht haben.

Resolution der Delegiertenkonferenz der GIM

Für die Vereinigung mit der KPD

1.

Die Delegiertenkonferenz der GIM stellt fest, daß die Vereinigungsgespräche zwischen den Leitungen von GIM und KPD ein hohes Maß an Übereinstimmung in wichtigen programmatischen Fraen zwischen beiden Organisationen hervortreten haben lassen. Die Leitungen beider Organisationen sehen nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen eine programmatische Einigung als Grundlage einer Vereinigung beider Organisationen als möglich an.

Eine neue Organisation, wie sie aus einer Vereinigung von KPD und GIM hervorgehen könnte, wäre ein positiver Schritt für die revolutionäre Linke in der BRD. Zum einen wäre es ein gewaltiger Fortschritt, wenn zwei Organisationen so unterschiedlicher Herkunft diese Chance realisieren würden, über den Schatten des Sektierertums, das die BRD-Linke der 70er Jahre prägte und heute noch fortwirkt, hinwegzuspringen. Zum anderen würde ein entsprechende Vereinigung von revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten im Gegensatz zur politischen Entwicklung in der BRD stehen, wo viele ehemals sozialistische Organisationen sich aufgelöst haben oder dem Marxismus lebewohl sagten.

Es wäre allerdings eine neuerliche Selbsttäuschung, wenn wir eine vereinigte Organisation bereits für die Realisierung einer sozialistischen Alternative zu SPD, Grünen oder DKP hielten. Diese mögliche neue Organisation wird erst rech mit den aktuellen politischen Fragen konfrontiert sein: den aktuellen Erfordernissen einer Einheitsfrontpolitik, der Notwendigkeit des Eingreifens in bestehende und kommende Differenzierungsprozesse innerhalb der Grünen, in der SPD, im Bereich klassenkämpferischer Kolleginnen und Kollegen mit dem Ziel des Aufbaus einer sozialistischen Alternative.

2.

Die Delegiertenkonferenz beauftragt das ZK, die Vereinigungsverhandlungen mit der KPD fortzuführen. Neben einer Vereinheitlichung in der praktischen Aktivität der Organisationen ist die Einigung über eine gemeinsame Programmatik und über Regeln für ein demokratisches Funktionieren der neuen Organisation das Kernstück des Vereinigungsprozesses. Bezüglich des demokratischen Funktionierens der neuen Organisation ist die Leitung der GIM beauftragt, weitere Konkretisierungen im Sinne des Dokuments zum Parteiverständnis/innerorganisatorische Demokratie in den Verhandlungen vorzutragen.

Die DK der GIM sieht im Programmentwurf der KPD, ergänzt um die von der DK vorgeschlagenen Änderungen (in der generellen Orientierung), eine hinreichende Grundlage für die Vereinigung beider Organisationen.

Dabei bleibt klar, daß bezüglich der Charakterisierung der RGW-Staaten, Chinas, Jugoslawiens usw., der Beurteilung der geschichtlichen Entwicklung der Sowjetunion (Stalinismus) sowie der Haltung zur Militärpolitik und der internationalen Rolle der Bürokratie weiterhin unterschiedliche Einschätzungen existieren. Ebenfalls bleibt die Frage der internationalen Orientierung (Anschluß an die IV. Internationale) different. Zu diesen Themenkomplexen muß eine weitere Debatte in der neuen Organisation geführt werden.

Weiterhin sollte die Diskussion neuer programmatischer Fragen von der neuen Organisation gesucht werden (z.B: zu Ökologie und Sozialismus, Haltung zu Neuen Medien, Gen- und Biotechnologien, Charakter der Immigration in der BRD, Strategie zur Frauenbefreiung usw.)

3.

Ein demokratisches Funktionieren ist für die neue Organisation unerläßlich, soll sie eine kollektive Verarbeitung von Erfahrungen ermöglichen und auch nach außen Attraktivität gewinnen. Die Delegiertenkonferenz hält folgende Eckpfeiler für ein demokratisches Funktionieren der neuen Organisation für unerläßlich:

• das Recht, alle politischen Positionen mündlich und schriftlich der gesamten Mitgliedschaft vortragen/bekanntmachen zu können einschließlich des Rechts auf Bildung von Tendenzen und Fraktionen;

• die Besetzung der zentralen Leitung der neuen Organisation unter anderem (Qualifikation/Repräsentation unterdrückter Schichten) entlang den Abstimmungsergebnissen für die auf der Konferenz präsentierten Abstimmungsplattformen. Ziel dabei ist, daß Mehrheiten genügend Handlungsfähigkeit erhalten, Minderheiten hingegen in die Leitung integriert werden. Mehrheitsbeschlüsse der Konferenz und der gewählten Leitungsorgane müssen von allen Mitgliedern durchgeführt werden.

• Lokale Gruppen (Ortsgruppen/Stadtteilgruppen) sollen die Grundeinheiten der neuen Organisation sein. Ihr Tagungsrhythmus soll so gestaltet sein, daß eine Arbeit der Mitglieder in Kommissionen und Zellen ermöglicht wird. So sollen alle Mitglieder gleichermaßen an Aktivitäten und Debatten der Organisation beteiligt sein können, wird die politische Interventionsfähigkeit auf Stadtebene gesichert und die Möglichkeit geschaffen, Erfahrungen in Teilbereichen zugunsten einer mehrere Gesichtspunkte zusammenfassenden Debatte zu bereichern.

• Die Beibehaltung des Prinzips, eine Organisation von möglichst Gleichen zu schaffen, d.h. die Ausbildung der Mitglieder zu gleichermaßen aktiven, qualifizierten und politisch bewußten Genossinnen und Genossen als Ziel zu setzen und hierzu bewußte Maßnahmen der Organisation (Mitgliedschaftskriterien wie von letzter DK verabschiedet, systematische Schulungsarbeit).

4.

Wenn zwischen den Leitungen von KPD und GIM bezüglich der Programmatik der vereinigten Organisation, des Statuts und des Selbstverständnisses und der demokratischen Funktionsweise der vereinigten Organisation Einigung erzielt ist, wird eine Delegiertenkonferenz der GIM über die erzielte Einigung als Grundlage für die Vereinigung mit der KPD befinden. Parallel dazu steht eine Debatte über die Perspektive der neuen Organisation für die Zeit nach dem Vereinigungskongreß an. Hält die Delegiertenkonferenz der GIM die erzielte Einigung in den oben genannten Punkten für ausreichend, ist folgendes Verfahren angebracht, um die Perspektivdebatte für einen Vereinigungskongreß demokratisch und verantwortungsvoll vorzubereiten:

• Zur Vorbereitung der Perspektivdiskussion soll eine gemeinsame Verhandlungskommission beider Organisationen versuchen, einen Vorschlag für die aktuellen Aufgaben der Organisation (Perspektivdokument) auszuarbeiten. In der Verhandlungsdelegation der GIM werden die entsprechenden Positionen hierzu proportional repräsentiert sein. Im Sinne einer fruchtbaren Debatte schlagen wir der KPD vor, ebenfalls so zu verfahren. Zu einem mehrheitlichen Vorschlag der gemeinsamen Verhandlungskommission können sowohl Änderungsanträge als auch Gegenresolutionen in der Debatte zum Punkt Perspektiven für den Vereinigungskongreß vorgestellt werden;

• die Diskussion über den Punkt Perspektiven für den Vereinigungskongreß sollte nach dem Weg über die Verhandlungskommission in gemeinsamen Leitungssitzungen der ZKs von GIM und KPD beginnen und über gemeinsame Mitgliederversammlungen fortgeführt werden. Für die schriftliche Debatte soll ein gemeinsamer Rundbrief erstellt werden. Die Diskussion sollte nach den vereinbarten Regeln für das demokratische Funktionieren der neuen Organisation stattfinden. Auf dem Vereinigungskongreß muß über Programm und Statut der neuen Organisation und sollte über den Punkt „Perspektive" abgestimmt werden.

• Die neue Leitung der neuen Organisation soll paritätisch aus GIM- und KPD-Mitgliedern bestehen. In ihr sollen alle Abstimmungspositionen zum Punkt „Perspektiven" für die neue Organisation entsprechend der Abstimmungsergebnisse repräsentiert sein.

Da die programmatische Diskussion schon weit fortgeschritten ist und beide Leitungen eine Einigung für möglich halten, muß der Zeitrahmen für die weiteren Vereinigungsgespräche deutlich abgesteckt werden, um den Prozeß überschaubar zu machen und auf ein erfolgreiches Ergebnis zuzusteuern. Die Delegiertenkonferenz hält den Zeitraum bis Mitte 1986 für angemessen, die verbleibenden Probleme zu klären und beauftragt die Leitungsorgane der GIM, in diesem Sinne zu wirken.

5.

Eine Vereinigung von GIM und KPD würde die Frage des Verhältnisses zwischen der neuen Organisation und der RSJ-Roter Maulwurf respektive der KJD neu aufwerfen. Die Delegiertenkonferenz begrüßt daher, daß die Leitungen von RSJ-rM und KJD aus eigenem Antrieb über die Möglichkeit einer Vereinigung beider Organisationen diskutieren.

Die GIM tritt dafür ein, daß die mögliche vereinigte Organisation für ein partnerschaftliches Verhältnis zu einer (möglicherweise vereinigten) unabhängigen Jugendorganisation einsteht. Die Diskussion über die internationale Orientierung wird ebenfalls in der möglicherweise vereinigten Jugendorganisation geführt werden. Die GIM wird sich dabei dafür einsetzen, daß die Debatte um die Sympathie zur IV. Internationale für die Jugendorganisation parallel zur Diskussion um die internationale Orientierung der „Erwachsenenorganisation" geführt wird.

6.

Die Frage der internationalen Organisierung gehört zu den strittigsten Problemen beim Vereinigungsprozeß zwischen KPD und GIM. Die Delegiertenkonferenz erklärt hierzu, daß sich die Mitglieder der IV. Internationale in der neuen Organisation dafür einsetzen werden, daß die neue Organisation Sektion der IV. Internationale wird. In einem demokratischen Diskussionsprozeß soll diese Frage von der neuen Organisation innerhalb von zwei Jahren entschieden werden. Für diese Diskussionsperiode sollen folgende Regeln gelten:

• Mitglieder der neuen Organisation, die für den Anschluß der neuen Organisation als Sektion der IV. Internationale sind, haben das Recht, für ihre Position mündlich und schriftlich in der neuen Organisation zu werben;

• Mitglieder der IV. Internationale in der BRD sind individuelle Mitglieder, die sich für den Anschluß der neuen Organisation an die IV. Internationale einsetzen und die IV. Internationale materiell unterstützen. Soweit sie Funktionen im Rahmen der IV. Internationale bekleiden (Vereinigtes Sekretariat, Internationales Exekutivkomitee, Internationale Kontrollkommission) nehmen sie diese weiterhin wahr.

Wir treten dafür ein, daß Mitglieder der Leitung aus beiden internationalen Strömungen (IV. Internationale/ex-KPD) dann mit Beobachterstatus an den Leitungssitzungen der IV. Internationale teilnehmen.

• die neue Organisation akzeptiert, daß das deutschsprachige Organ der IV. Internationale (Inprekorr/die Internationale) weiterhin verbreitet wird. Die DK der GIM schlägt vor, daß die neue Organisation diese Zeitschrift im Rahmen der Debatte um die internationale Orientierung anbietet.

Um den Diskussionsprozeß so durchsichtig wie möglich zu machen, schlägt die Delegiertenkonferenz vor, daß alle Dokumente/Materialien der IV. Internationalen für die Leitung der neuen Organisation und die Mitgliedschaft zugänglich sind. Weiterhin wäre es wünschenswert, wenn Nichtsektionsmitglieder der Leitung der neuen Organisation an internationalen Leitungssitzungen als Beobachter/innen teilnehmen und umgekehrt Beobachter/innen der IV. Internationale an Leitungssitzungen der neuen Organisation teilnehmen.

Für die Mitglieder der IV. Internationale gilt die Disziplin der neuen Organisation.

Schlußendlich ist anzustreben, daß über internationale Solidaritätsarbeit/kampagnen eine Abstimmung mit der IV. Internationalen erfolgt oder dort vorhandene Möglichkeiten genutzt werden. Ebenso sollten Repräsentanten der IV. Internationale zu Diskussionsveranstaltungen und zur Debatte um den Anschluß an die IV. Internationale eingeladen werden können.

Über die Organisierung der Diskussionsperiode um den Anschluß an die IV. Internationale muß die Leitung der neuen Organisation entscheiden und hierzu Regelungen vorschlagen.

7.

Die Vereinigungsdiskussion zwischen KPD und GIM führt bereits im jetzigen Stadium zu Diskussionen im revolutionären Milieu außerhalb der Grünen (Beilagenkreis, KB), die bisher im wesentlichen noch ab Abgrenzungsversuche angelegt sind. Trotzdem ist nicht auszuschließen, daß interessierte Kreise am Vereinigungsprozeß zwischen GIM und KPD teilnehmen wollen.

Die Delegiertenkonferenz würde solche Schritte generell begrüßen, weil sie zur weiteren Überwindung von Sektierertum führen könnten. Um jedoch den Vereinigungsprozeß nicht zum Spielraum für Manöver zu machen, müßten weitere Vereinigungsprozesse ebenso in geregelten Bahnen verlaufen, wie die Vereinigung zwischen KPD und GIM:

• Diskussion über die von GIM und KPD erzielte programmatische Einigung als Grundlage weiterer Vereinigungen, Austausch von Stellungnahmen usw.

• Verständigung über das von GIM und KPD vorzulegende Selbstverständnisdokument/Statutentwurf

• demokratische Perspektivdiskussion

Verhandlungen mit weiteren Kräften dürfen nicht zur Bedingung für den Fortgang der Verhandlungen zwischen KPD und GIM gemacht werden, sondern diese müssen in jedem Fall bilateral mit dem Ziel einer erfolgreichen Vereinigung von KPD und GIM weitergeführt werden.

8.

Wir schlagen für die vereinigte Organisation vor, nicht hinter einen 14-Tages-Rhythmus bei der Erscheinungsweise der neuen Zeitung zurückzufallen.

Quelle: „Roter Morgen", 6.12.1985



Aus dem Leben gegriffen: Das »Deutsche Denkmal«

Es trafen sich an einem Tag im November des laufenden Jahres Angehörige aller im Bundestag vertretenen Parteien, um über eines der Lieblingsprojekte des derzeitigen Kanzlers zu sprechen: ein Mahnmal am Rhein. Auf ausdrücklichen Wunsch der Regierung waren auch die GRÜNEN eingeladen worden, um in dieser so wichtigen Angelegenheit die Einheit der Demokraten herzustellen. Für diese nahm an dem Treffen Christian Ströbele teil, von dem auch die folgende Aufzeichnung für die Bundestagsfraktion der GRÜNEN stammt.

Am 28. November 1985 trafen sich bei Präsident Jenninger Herr Bundeskanzler Kohl, Herr Bundesminister Schneider, Herr Dregger, Herr Vogel, Herr Mischnik und der Abgeordnete Ströbele. Es ging um das weitere Vorgehen bei der Diskussion und Planung des in der Gronau am Rhein geplanten Mahnmals. Schon die erlauchte Besetzung dieses Treffens bei den anderen Parteien macht deutlich, wie wichtig das Thema dort genommen wird.

Kohl legt nochmals seine Überlegungen dar:
Er habe es immer als unwürdige Situation empfunden, wenn ein Staatsgast nach Bonn kommt und die Toten ehren will. Dann müsse man zum Nord-Friedhof fahren. Das Ambiente dort sei alles andere als angemessen. Er würde vorschlagen, das Mahnmal auf der Grundlage des Textes

wenn ein Staatsgast nach Bonn kommt und die Toten ehren will. Dann müsse man zum Nord-Friedhof fahren. Das Ambiente dort sei alles andere als angemessen. Er würde vorschlagen, das Mahnmal auf der Grundlage des Textes

Rede Bundespräsident vom 8. Mai 1985 (gemäß Nr. 3 des Antrags der Fraktion der SPD — Drs. 10/4293)

„Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.

Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben.

Als Deutsche gedenken wir in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei den Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind.

Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mußten.

Wir gedenken er erschossenen Geiseln.

Wir denken an die Opfer des Widerstandes in allen von uns besetzten Staaten.

Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunen.

Wir gedenken derer, die nicht aktiv Widerstand leisteten aber den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen."

zu errichten, der von allen Bundespräsidenten in der Vergangenheit akzeptiert worden sei und in jedem Jahr der Totenehrung diene. Der Text stamme von Eugen Gerstenmeyer und Carlo Schmidt (der Text ist als Anlage angeheftet). In diesem Text werde keine Gruppe hervorgehoben. Es gehe hier nicht um unser aller Verantwortung und persönliche Schuld, sondern es gehe darum, der Toten zu gedenken. Ursprünglich habe er ja als Ort des Mahnmals das Gelände vorgesehen, auf dem das WDR-Gebäude stehe. Er glaube aber jetzt nicht mehr an einen Abriß des Gebäudes. Der Platz da unten am Rhein sei jetzt der richtige Ort. Das Mahnmal müsse auf ganz hohem Niveau ausgeschrieben werden. Er lasse sich von der Idee leiten, nur eine Gedenkstätte für die Opfer des Krieges und der Gewalt zu errichten. All die vielen Diskussionen die in Berlin um das Historische Museum geführt würden seien hier fehl am Platze. Sinn sei bei der Gedenkstätte nur, der Toten zu gedenken. In jedem Land der Welt werde der Toten gedacht, so in Ost-Berlin, in Kiew und in Leningrad. Seine Initiative gehe dahin, einen Parteienstreit zu vermeiden. Über die Toten solle nicht gestritten werden.

Dregger bemerkt:
Er habe den Eindruck, die Sozialdemokraten wollten die Vergangenheit bewältigen. Sie wollten aber etwas anderes. Der CDU gehe es darum, unserer Toten zu gedenken und ihnen Respekt zu erweisen wenn die Staatsmänner in Bonn einen Kranz niederlegen, wollten sie nicht aller Toten dieser Welt gedenken, sondern den Toten dieses Volkes ihren Respekt erweisen, aber auch er suche den Konsens.

Mischnik schlägt ein ganz einfaches Motto vor, wie etwa: „*Verweile, gedenke!*" Dies tue er um jeder Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen. Die Stätte der Auseinan-
Respekt erweisen, aber auch er suche den Konsens.

Mischnik schlägt ein ganz einfaches Motto vor, wie etwa: „*Verweile, gedenke!*" Dies tue er um jeder Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen. Die Stätte der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sei nicht dieses Mahnmal, sondern seien die geplanten Museen in Berlin und in Bonn.

Vogel erklärt:
Nach sehr schwieriger Diskussion seien sie jetzt bereit, mitzuarbeiten. Er wolle aber keine Schwierigkeiten mit den Verfolgten, dem Kriegsgräberbund oder der jüdischen Gemeinschaft. Mit Geduld und Ruhe müßte die Sache angegangen werden. Er begrüße, was der Bundespräsident geschrieben habe. Dieser Text solle zugrunde gelegt werden. Er müsse nicht in voller Länge aufgenommen werden, aber eine Grundlage sein (auch dieser Text ist als Anlage beigefügt). Allerdings sei er eher der Meinung, Vergangenheitsbewältigung und Totenehrung lasse sich nicht trennen in zwei Abteilungen. Er halte eine Bundestagsdebatte zum jetzigen Zeitpunkt nicht für dringlich. Die SPD würde nicht auf die Behandlung ihres Antrags im Plenum drängen.

Ströbele teilt mit, die Diskussion in der Fraktion zu diesem Thema sei noch nicht abgeschlossen. Die Tendenz gehe aber dahin, jede inhaltliche Lösung ganz strikt abzulehnen, die nach einer Gleichsetzung zwischen Opfern und Tätern aussehe. Auch der geplante Ort am Rhein würde wahrscheinlich nicht akzeptiert werden. Jedes Mahnmal am Rhein bekomme in Deutschland immer eine ganz besondere Bedeutung. Im übrigen seien die Grünen dafür, der Geschichte und geschichtlicher Ereignisse, der Toten da zu gedenken, wo Geschichte stattgefunden habe.

Darauf Kohl:
Er sei überhaupt nicht bereit, sich an einer Geschichtsklitterung zu beteiligen, wonach ein Denkmal am Rhein immer gleich eine besondere Bedeutung in Deutschland habe. Dann müßte ja auch das Bundeshaus abgerissen werden. Er wisse um die Schuld der Deutschen in der Geschichte. Nach 40 Jahren seien wir aber jetzt inhaltlich frei, das hier zu tun, dies sei auch die Gegend, in der alle Bundesorgane angesiedelt seien, bis auf das Bundesverfassungsgericht. Der Text den er meine, sei unheimlich intensiv. Eine Unterscheidung in solche und solche Soldaten auch nicht in „SS-Soldaten" finde mit ihm nicht statt. Sein eigener Bruder sei im Krieg gafallen. Er habe in seinem Bekanntenkreis SS-Soldaten gehabt, deren Bild er nach wie vor vor sich sehe, und die auch gefallen seien. Das Mahnmal müsse geplant werden im Blick auf nachwachsende Generationen. Er wolle auch nicht bombastisches, er wolle aber mal laut denken. In Betracht komme etwas von Barlach.

Vogel erklärt dazu:
Er wolle keine neue Kontroverse im Volk. Die Grundlage des Wettbewerbs soll seiner Ansicht nach die beiden Texte sein. Zu der Standortfrage wäre bei ihnen noch keine abschließende Meinung gefaßt. Er könne sich aber vorstellen, daß der Inhalt wichtiger sei als der Standort.

usw. usw. usw.

Zum Abschluß erklärten alle, daß sie gegenwärtig eine Debatte im Bundestagsplenum nicht anstrebten. Vorgeschlagen wurde, alle Parteien sollten einen Beauftragten benennen und — möglichst noch in diesem Jahr — ihre Auffassung zu einem solchen Mahnmal aufschreiben und bei Herrn Präsidenten Jenninger reinreichen. Geplant seien Gespräche mit diversen Organisationen, bei denen Vogel darauf bestand, daß auch Vertreter der Verfolgten und der jüdischen Gemeinden und des Zentralrats der Juden beteiligt würden. Das wurde zugesagt.

Auf ausdrückliche Frage von Kohl habe ich erklärt, ich könnte für meine Fraktion nicht verbindlich zusagen, daß wir gegenwärtig keine Initiative im Parlament ergreifen. Wir seien aber bemüht, eine abschließende Meinung der Fraktion zu dem ganzen Komplex zu gewinnen und würden diese dann Herrn Präsidenten Jenninger übermitteln.

Beschließen muß die Fraktion nun:

1. Wollen wir uns an den Planungen des Mahnmals überhaupt beteiligen?
2. Lehnen wir das geplante Mahnmal an dieser Stelle grundsätzlich ab?
3. Wollen wir im Parlament (Plenum) oder sonst dazu in nächster Zeit initiativ werden?

Christian Ströbele
29.11.1985

Nekrolog des Bundespräsidenten am Volkstrauertag 17.11.1985

Wir gedenken heute

Nekrolog des Bundespräsidenten am Volkstrauertag 17.11.1985

Wir gedenken heute
der Opfer von Krieg und Gewalt:
der Soldaten, die in den beiden Weltkriegen gefallen, ihren Verwundungen erlegen oder in Gefangenschaft gestorben sind,
der Männer, Frauen und Kinder,
die durch Kriegshandlungen ihr Leben lassen mußten.

Wir gedenken
derer, die um ihrer Überzeugung oder ihres Glaubens willen Opfer der Gewaltherrschaft wurden,
und derer, die eines gewaltsamen Todes sterben mußten, weil sie einem anderen Volk angehörten oder einer anderen Rasse zugerechnet wurden.

Wir gedenken
der Männer, Frauen und Kinder, die in der Folge des Krieges, auf der Flucht oder bei der Vertreibung aus der Heimat und wegen der Teilung Deutschlands und Europas ihr Leben verloren.

Wir trauern
um die Toten aller Völker, die unter beiden Weltkriegen gelitten haben.

Wir trauern
um die Opfer des Terrorismus, der politischen Verfolgten der Kriege und Bürgerkriege unserer Tage.

Wir trauern
doch wir leben in der Hoffnung auf Versöhnung unter den Menschen und Völkern und auf Frieden in der Welt.

Entschließungsantrag

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Initiative der Bundesregierung zur Errichtung einer würdigen Stätte des Gedenkens in der Bundeshauptstadt. Er fordert die alsbaldige Verwirklichung des Vorhabens.

1. Jeder Staat bedarf einer Gedenkstätte, die auf seine Geschichte hinweist und zugleich Vertretern ausländischer Regierungen Gelegenheit bietet, den Toten des gastgebenden Staates ihre Referenz zu erweisen.
2. Die Gedenkstätte auf dem Bonner Nordfriedhof, die den „Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft" gewidmet ist, wird von der Bevölkerung nicht als zentrale Gedenkstätte verstanden. Nach Lage und Gestaltung weist sie lediglich provisorischen Charakter auf. Sie wird überdies den Erfordernissen des internationalen Protokolls nicht gerecht.
3. Daher sollte in der Bundeshauptstadt in unmittelbarer Nachbarschaft zum Zentrum des politischen Lebens der Bundesrepublik Deutschland, also innerhalb des Parlaments- und Regierungsviertels, eine zentrale Gedenkstätte errichtet werden. Der von der Bundesregierung vorgesehene Standort in der Gronau erfüllt diese Forderungen.
4. Die zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland soll den Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft, insbesondere den Toten unseres Volkes gewidmet sein, gleichgültig wie und wo sie umgekommen sind. Sie soll dem Gedanken Ausdruck geben, daß der Respekt vor den Toten zum sittlichen Erbe des Menschengeschlechts gehört. Für das deutsche Volk, das seine kulturelle Prägung im Christentum erhalten hat, ist das Kreuz Zeichen der Hoffnung und der Versöhnung. In der Arbeit des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge hat dieser Gedanke beispielgebend Ausdruck gefunden.

Diskussion um Fassbinders ''Der Müll, die Stadt und der Tod''

Das Recht zu schreien

Interview mit dem Knesset-Abgeordneten Prof. Schewach Weiss

Kanzler Kohl, versehen mit der „Gnade der späten Geburt'', auf Staatsvisite in Israel. Bei seinem Auftritt in der Knesset verlassen fünf Abgeordnete, sämtlich Überlebende des Holocaust, demonstrativ den Plenarsaal (1). Unter ihnen Prof. Schewach Weiss, Abgeordneter der Arbeiterpartei (Ma'arach), der jetzt im November, gemeinsam mit anderen Parlamenatriern, in der Knesset gegen die Aufführung von Fassbinders „Der Müll, die Stadt und der Tod'' votierte. Wir sprachen mit Schewach Weiss, der 1985 erstmals deutschen Boden betreten hat, über die Motive seines Protestes.

Auf die Wiedergabe der Interview-Fragen haben wir verzichtet, da es sich bei den Ausführungen von Schewach Weiss eher um eine in sich geschlossene Darlegung handelt. Der Text ist in der vorliegenden Form für die Veröffentlichung im Arbeiterkampf autorisiert.

Ich habe das Problem, daß ich das Theater als Zentrum des Rechts zu schreien (2) auffasse und als einen Ort, wo der Autor ohne jede Rücksicht auf äußere Bedingungen sein Gefühl äußern kann. Ich will, daß es einen solchen regellosen Raum in der menschlichen Kultur gibt.

Ich hätte dem Theater in Frankfurt nicht verbieten wollen, das Stück aufzuführen. Ich hätte mich gerne mit den Leuten unterhalten und versucht, sie zu überzeugen, freiwillig das Stück nicht aufzuführen.

In Israel haben wir eine Zensur für Theaterstücke und Filme. Nach meiner Natur bin ich gegen Zensur. Trotzdem bin ich eindeutig nicht gegen diese Zensur in unserem Land. Bei uns wurde eine Institution gegründet, die für die Zensur von Theaterstücken und Filmen fünf Prinzipien aufgestellt hat. Und zwei oder drei davon akzeptiere ich. Ich befasse mich jetzt nicht damit, wie diese Prinzipien verwirklicht werden sondern mit den Prinzipien als solchen.

Das erste Prinzip lautet, wenn ein Theaterstück aufgeführt werden soll, das die religiösen Gefühle der Menschen tief verletzt, nicht nur die religiösen Gefühle der Juden sondern aller Menschen (das ist ja gerade das schöne daran), wird die Zensureinrichtung dieses Stück verbieten.

Das zweite Zensur-Prinzip hat einen direkten Zusammenhang mit unserem Thema und betrifft die besondere Empfindsamkeit gegenüber dem Thema Holocaust (3). Wenn jemand ein Stück bringen wollte, das den Holocaust rechtfertigt, würde es verboten werden, auch wenn es den armenischen

caust rechtfertigt, würde es verboten werden, auch wenn es den armenischen

Holocaust beträfe.

Die weiteren Zensur-Prinzipien sind für unser Thema unrelevant, es geht darum, nicht die äußeren Beziehungen Israels zu schädigen, um Pornografie usw.

Obwohl ich also das Theater als Raum totaler Freiheit ansehe, denke ich, daß sich die Gesellschaft zwei, drei Beschränkungen auferlegen kann. Und es ist zu wünschen, daß diese Beschränkungen nicht einem Zwang entstammen sondern der inneren Kultur der Gesellschaft. Ideal wäre es, wenn die Theaterleute z.B. von sich aus die zwei Prinzipien beachten würden.

Ich will mich jetzt mit dem Stück von Fassbinder auseinandersetzen — im Rahmen meines Rechts zu schreien. Das Stück habe ich weder gelesen noch gesehen, ich beurteile es nicht als Theaterkritiker, ich führe eine moralische Kritik. Für mich reicht es, daß in dem Stück das Stereotyp von einem Juden gezeigt wird.

Was ich in der Knesset gesagt habe werde ich auch ihnen sagen: Ich bezweifle nicht, daß es in Frankfurt jüdische Bodenspekulanten gab — aber ist das typisch für Juden?

Ich stamme aus Borislaw (4). Ein Großvater von mir, der Vater meiner Mutter, Itzig, er war ein jüdischer Proletarier, war Bauarbeiter. Ein großer Jude mit Muskeln und Händen voller Schwielen. Er hat Häuser gebaut auf Boden, mit dem „Volksdeutsche'', deutsch-polnische Familien, spekuliert haben. Mein anderer Großvater, Opa Hirsch, war Arbeiter bei der Ölförderung. Über unsere Gemeinde in Borislaw gibt es eine interessante soziologische Untersuchung: die meisten Juden waren Arbeiter bei der Ölförderung, Tischler, Schneider und Bauarbeiter. Es gab auch ein paar Bodenspekulanten unter den Juden.

Unter den Diaspora-Juden waren viele Werktätige. Viele der Gründer der Trade Unions in den USA waren Juden. Juden waren Mitglieder sozialistisch-zionistischer Parteien wie Dror und Ha-Shomer ha-Za'ir (5), oder jüdischer sozialistischer Organisationen, die nicht zionistisch orientiert waren (6).

Es stimmt, daß die Juden in bestimmten Epochen unter bestimmten geschichtlichen Vorausetzungen kein eigenes Land gehabt haben, weil man ihnen kein eigenes Land geben wollte, und dann die Rolle von Vermittlern von Boden, Vieh, Geld usw. hatten, wo sie manchmal eine sehr unsympathische Rolle einnahmen. Diese Verhältnisse aufzuheben war eines der Ziele der zionistischen Bewegung, was innerhalb des jüdischen Staates zum Teil Erfolg gehabt hat.

Die Antisemiten haben sich auf diesen Abschnitt jüdischer Geschichte gestürzt, dieser Abschnitt hat ein ganzes Volk befleckt und hat die Herzen der nicht-jüdischen Menschen auf Auschwitz vorbereitet. Das ist ein Prozeß, der mit der Stigmatisierung der Juden begonnen hatte und in der „Endlösung'' gipfelte.

Und hier komme ich und sage: ein oder zwei Generationen nach Auschwitz und dann noch in Deutschland — ich betone: gerade in Deutschland ... ich spreche nicht aus Haß sondern aus schrecklicher geschichtlicher Erfahrung.

Ein Mensch, der eine innere Verantwortung hat, ein Schriftsteller, Lyriker, einer der von sich das Bild eines aufgeklärten Menschen hat, muß berücksichtigen, welche Gefahren in einem Wiederhervorholen dieses Stereotyps liegen. Nicht nur der Regisseur trägt die Verantwortung sondern — das ist der Hauptpunkt dessen, was ich in der Knesset gesagt habe — alle, die in der Welt der Kultur tätig sind. Im Namen der Aufklärung. Welch schreckliche Aussicht steckt im Wiederaufgreifen dieses Stereotyps.

Ich würde auch protestieren, wenn das Stück in Israel aufgeführt würde oder in Paris oder in New York. Auch in Albanien wäre ich dagegen.

Aber ich will auf einen anderen Punkt eingehen. Fassbinder hat gar nicht versucht, den stereotypisierenden Charakter seines Stücks zu verheimlichen, da er den Juden „Der Jude'', ohne eigenen Namen, nennt. Ich nehme an, Fassbinder ist Repräsentant einer Gruppe junger Leute, die — nach dem Krieg geboren — in der Weite des Raums totaler Kritik segeln, da sie von Schuld nicht belastet sind. Und ich denke auch, daß sie keine Schuld tragen, denn ich bin kein Vertreter des Prinzips, daß die Sünden der Väter auf die Söhne übergehen. Aber das befreit sie noch nicht von der Verantwortung, aus dem Vergangenen zu lernen. Keine juristische, eine moralische Verantwortung, die wir alle haben.

Meine Rede in der Knesset schloß ich damit, daß gerade diejenigen, Kulturschaffende, Intellektuelle, die keine direkte politische Verantwortung tragen, eine allgemeine innere, moralische Verantwortung aufbringen müssen.

Es ist meine Grundüberzeugung, daß der Mensch gut ist von Geburt her, und Locke (7) meint dazu, auch wenn diese Grundüberzeugung eine intellektuelle Fiktion sei, sei sie nötig für alle diejenigen, die nach einem gerechten demokratischen System streben.

Ich habe die gleichen moralischen Forderungen gegenüber der ganzen Menschheit, aber wenn es um Deutsche geht, nach dem was geschehen ist, da sind meine Forderungen noch entschiedener. Der Holocaust ist ein anderer Planet (8), ich messe ihn in Begriffen der KZ. Es gab nichts, was ähnlich war. Und wenn es sich um einen solchen anderen Planeten handelt, darf man mehr Behutsamkeit erwarten.

Auch die anderen Debattenredner in der Knesset, Jair Zaban von Mapam (9) und Jitzchack Artzi von meiner Partei haben in gleicher Weise gesprochen. Mati Peled von der Progressiven Liste (10) hat argumentiert wie ein Grüner: Sollen sie doch das Stück aufführen — ja, ja, es gibt Juden, die Spekulanten sind. Rabbiner Waldmann von der Tchiia (11) hat das Stück sehr scharf verurteilt wie die anderen, aber er meinte, warum wundert man sich, wenn Sobol „Getto'' nach Deutschland exportiert — was hat man über Faßbinder zu schimpfen. Obwohl ich Sobol schätze konnte ich darauf nicht antworten, weil ich denke, daß auch Sobol Stereotypen benutzt. Obwohl er die schreckliche Situation in den Gettos darstellt, benutzt er Stereotypen.

Nebenbei bemerkt war das eine meiner gemäßigtsten Reden über Deutschland in der Knesset. Früher habe ich die Deutschen viel stereotyper beurteilt. Daß auch nicht-jüdische Deutsche gegen das Stück protestiert haben, das habe ich besonders betont, das ist ein gutes Zeichen dafür, daß es heute den typischen Deutschen nicht mehr gibt, der sich in typischer Weise auf den „typischen Juden'' bezieht.

Schewach Weiss

Schewach Weiss wurde 1935 im damals polnischen Borislaw geboren. Vom Einmarsch der Nazis 1941 an bis 1945 lebte seine Familie mehrere Jahre im Keller versteckt. Von den ehedem rund 2.000 jüdischen Familien in Borislaw hatten 1945 nur zwei den faschistischen Terror vollständig überlebt. S. Weiss kam 1948, nach der Staatsgründung, nach Israel. Er studierte ab 1956 Politikwissenschaften und Jura. In den sechziger und siebziger Jahren hatte er an der Universität Haifa eine Professur für Politikwissenschaften inne. Seine wichtigste wissenschaftliche Arbeit hat das israelische Parlament zum Gegenstand. In Zeitungen und Zeitschriften publiziert er häufig zu aktuellen politischen und kulturpolitischen Fragen. Seit 1981 ist er Abgeordneter der Arbeiterpartei, Ma'arach, in der Knesset.

Anmerkungen

1) Kohl war im Januar 1984 auf Einladung des israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Shamir in Israel. Das demonstrative Verlassen der Knesset beim dortigen Auftritt Kohls bezog sich, sagte Schewach Weiss, „auf Kohls Äußerungen über die Waffen-SS, es bezog sich nicht auf die Person Kohls, es bezog sich nicht auf sein Amt.''

2) „Das Recht zu schreien'' meint eine bestimmte Haltung von Protest, auch außerhalb von „Regeln''. Der Begriff geht auf eine Äußerung des hebräischen Schriftstellers Josef Chaim Brenner (1881 - 1921), Mitglied der Poalei Zion, der Arbeiter Zions, zurück. Brenner, der beim ersten Versammlungstag der Histradut kein Rederecht bekam, machte viele Zwischenrufe, wurde vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen. Brenner entgegnete: „Aber ich habe das Recht zu schreien.''

3) Unter „Holocaust'' ist nicht, wie hierzulande recht verbreitet, allein die „Endlösung'' zu verstehen sondern der gesamte Zeitraum von 1933 - 1945. „The ‚Holocaust' started in Germany on Jan. 30, 1933, with the accession of the Nazis to power, and ended on May 8, 1945, with the unconditional surrender of Nazi Germany.'' (Enzyclopaedia Hebraica)

4) Borislaw — seinerzeit zu Polen, jetzt zur Ukrainischen SSR gehörig

5) Ha-Shomer ha-Za'ir: „Zionist-socialist pioneering youth movement whose aim is to educate Jewish youth for kibbutz life in Israel. (...) Ha-Shomer ha-Za'ir sought to create a synthesis between Jewish culture and the rebuilding an defending of Erez Israel, on the one hand, and universal cultural and philosophic values, on the other, and this was to become a characteristic aspect of the movement's ideology.'' (Enzyclopaedia Hebraica)

6) Vor allem der BUND, Abk. für Algemejner Jidisher Arbeter Bund in Lite, Pojln un Rusland (jidd.) ist hier zu nennen, der „sharply opposed to zionism and other conceptions of a world-embracing Jewish national identity'' (Enzyclopaedia Hebraica).

7) John Locke (1632-1704), englischer Philosoph. Locke formulierte — in Abgrenzung zu Hobbes — den Grundsatz der Volkssouveränität, auch in der Außenpolitik, und des Repräsentativsystems. Seine Gedanken hierzu wurden für die Theorie der englischen Demokratie klassisch, beeinflußten das europäische Denken und auch die amerikanische Unabhängigkeitserklärung.

8) Der polnisch-jüdische KZ-Häftling, der später unter dem Pseudonym Kazetnik publizierte, stellte seinem Buch über Auschwitz als Motto voran, er käme „von einem anderen Planeten'' (gemeint: Auschwitz).

9) Mapam, Abk. für Mifleget Poalim Meuchedet (hebr.), Vereinigte Arbeiterpartei. Linkssozialdemokratische Partei, zu ihr gehört als Kibbuz-Bewegung Ha-Shomer ha-Za'ir.

10) Die Progressive Liste kandidierte erstmals zu den Knesset-Wahlen 1984. Gemeinsame Liste arabischer und jüdischer Israelis, wird hauptsächlich von arabischen Israelis gewählt.

11) Tehiia, Renaissance-Partei, rechts-national, Partei der Siedler

Das Interview wurde geführt und bearbeitet von K., Hamburg — einer israelischen Freundin ist für die Hilfe bei der Übersetzung zu danken

Die Aufnahmen zeigen Prof. Schewach Weiss während des Interviews (Fotos: KM/AK)

TAZ: Lorbeerregen statt (Selbst)Kritik

Die taz hat es geschafft: Ihre Abo-Kampagne zum Jahresende 85 hob mit 700 neuen Abonnentinnen und Abonnenten den ABO-Stand der taz rasch über die 25 000er Grenze, die die tazler bei ihrem diesjährigen Hilferuf an ihre Leser als Soll angegeben hatten, unter dem eine Weiterführung der taz nicht mehr möglich sei.

Es war nicht die erste Kampagne der taz in dieser Art. Nicht anders als bei anderen linken Zeitungsprodukten gehört der jährliche Hilferuf bei der taz gewissermaßen zum Konzept:

1979, kein halbes Jahr nach Gründung der taz, wurde die erste Spendenkampagne gestartet, um die unhaltbare Selbstausbeutung des Gründungsteams einzudämmen. Im Dezember 1980 wurde ein „schwarzes Loch'' mit 200.000 DM Spendengeldern gestopft. 1982 startete die taz ihre erste große Abo-Kampagne, um ihr Erscheinen über den Spontanverkauf hin abzusichern. 1983 zog die taz-Geschäftscrew eine „Darlehenskampagne'' durch, bei der sich Leserinnen oder Leser durch Einkauf im Unternehmen taz zugleich das regelmäßige Erscheinen der Zeitung sichern konnten.

So gesehen lag der neue Aufruf ganz in der nunmehr sechsjährigen Tradition dieser Zeitung. Neu war allerdings, daß die taz — wie es ein Sprecher der Hamburger Redaktion bei der Solidaritätsveranstaltung zugunsten der taz nach dem Anschlag auf ihr Hamburger Büro ausdrückte — diesesmal einen „Sterbebeschluß'' gefaßt, für den Fall daß die für das Jahr 85 anvisierte Marge von 25 000 Abos nicht erreicht würde.

Nun ist es also erreicht. Die taz-PR-Promoter danken ihrer Leserschaft überschwenglich und setzen gleich neue Ziele: 30 000 Abos müßten bis zum Sommer 86 erreicht werden, wenn die angekündigten redaktionellen und gestalterischen Verbesserungen der Zeitung Wirklichkeit werden sollen. Professionalisierung wird angestrebt. **„Hauptziel für die nächsten Monate ist: Bessere Präsentation''**, verspricht die Redaktion der Hamburger taz. Neue journalistische Konzepte werden diskutiert,, um sich vom Geruch der grünen Hofberichterstattung zu befreien. Die taz soll sich mehr als bisher als „Austragungsort der wichtigen politischen Diskussionen des Landes' verstehen, soll weniger angegrünte Linienzeitung, mehr pluralistisches, über den linken Tabus stehendes Meinungsblatt werden u.ä.

Wir werden sehen, was da konzeptionell, redaktionell und bzgl. des outfits der Zeitung in nächster Zeit tatsächlich ausgekocht wird. Interessant ist allemal der Blickwinkel der „FAZ'' dazu, die der taz-Entwicklung immerhin eine ganze Seite ihres Feuilletons unter der Überschrift „Der Mut zu unbequemen Wahrheiten'' widmete. Sie schrieb u.a.: **„Doch verlangt dies von den Redakteuren auch Abschied zu nehmen von manch liebgewordener Illusion. So hatten viele zu Anfang noch von der ideologisch gern gesehenen, aber überaus langweiligen ‚Betroffenenberichterstattung' geschwärmt: Jeder linke Zirkel, jede sich sozial benachteiligt wähnende Gruppierung sollte die eigenen Ideen oder Probleme selbst und ungefiltert dem Leser vortragen dürfen. Inzwischen setzt sich mehr und mehr das Ideal eines eher traditionellen, sorgfältig recherchierenden und distanziert beurteilenden Journalismus durch. Mag sein, daß sich in der taz ein ähnlicher Prozess vollzieht wie — in größerem Maßstab — in der Partei der Grünen.''** An die Stelle der „Dogmatiker' der Gründungszeit seien auf Grund hoher Fluktuation innerhalb des taz-teams **„nun vor allem die Pragmatiker getreten: das Ziel der meisten scheint heute nicht eine ganz andere, bessere Welt zu sein, sondern zunächst einmal eine andere, bessere Zeitung.'' Zwar könne auch heute kein „Zweifel an den ‚linken' Grundsätzen der Gazette aufkommen, nur wird der früher so nachdrücklich betonte Zusatz ‚radikal' nun immer leiser ausgesprochen.' ''**

Ob sich solche Hoffnungen erfüllen, mag man der politischen Spekulation der „FAZ'' und Gleichgesinnten überlassen. Bedenklich stimmt allerdings schon, wenn gerade die Hamburger taz-Redaktion, der bis heute keine öffentlich bekanntgewordene selbstkritische Bewertung des nun schon fast zwei Monate zurückliegenden Lochte-taz-Konflikts gelang, ihren Jubel über die erfolgreiche Abo-Kampagne mit den Worten einleitet: *„Ohne die tatkräftige Unterstützung nach dem Anschlag auf uns, die neben den vielen Abos uns das ebenso wichtige Gefühl gab, daß wir bei aller notwendigen und richtigen Kritik interessierten bis enthusiastischen Rückhalt bei unserem Lesepublikum haben ...''*

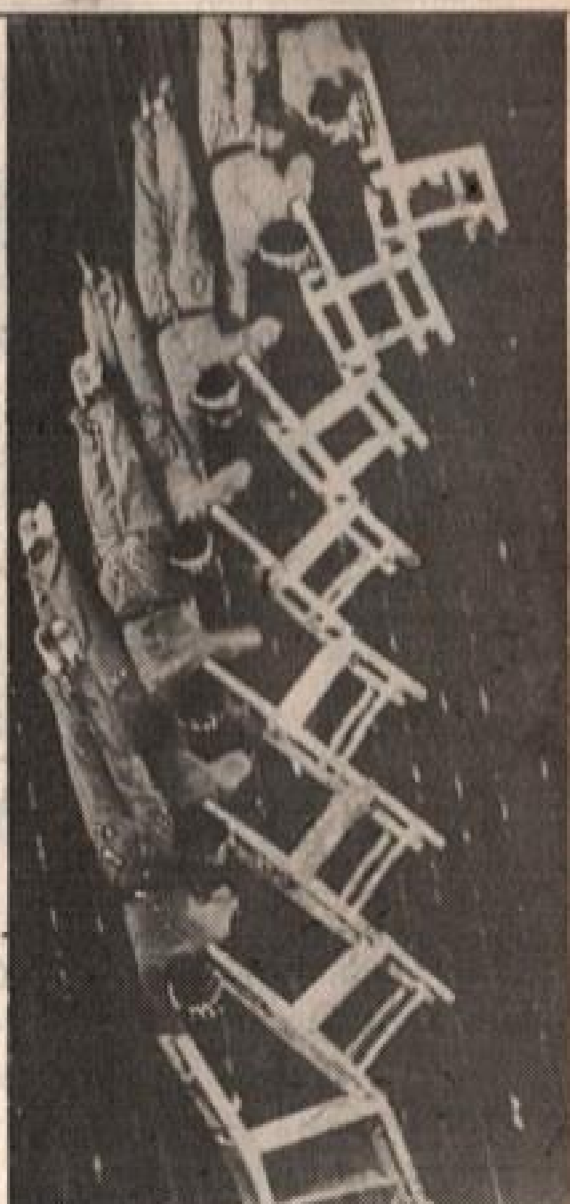
Auch wenn dann noch ein „selbstkritischer'' Hinweis folgt, *''daß die wichtigen und teilweise harten innerredaktionellen Auseinandersetzungen über Ursachen und Wirkung des Anschlags journalistisch nicht so aufbereittet werden konnten, daß sie in die Zeitung kamen''*, ändert daß nichts an der Tatsache, daß der Lochte-taz-Konflikt für die Hamburger taz-Redaktion offenbar im Wesentlichen nur als public relation-Faktor für die taz- Abo-kampagne begriffen und auch entsprechend genutzt wurde. Die Zentral-Redaktion der taz schwieg sich über diesen Zusammenhang ganz aus.

Ob die aktuelle Abo-Steigerung auch von der Leserschaft her als Bonus für einen linken Journalismus zu verstehen ist, der sich im Gespräch mit den herrschenden Kräften des Landes hoffähig macht, wage ich nicht zu beurteilen. Zu befürchten ist es schon.
F.



»Möge diese Übung gelingen«

Chinesische Meisterakrobaten in der BRD



„Als sich die feindlichen Schlachtreihen des Chu- und des Song-Reiches kampfbereit gegenüberstanden, lief Yi Liao plötzlich vor und begann mit seinen Kugeln zu jonglieren. Die Song-Soldaten schauten ihm so fasziniert zu, daß ihre Schlachtreihe in Unordnung geriet. Die Chu-Soldaten nutzten die Verwirrung aus und schlugen ihren Feind aus dem Feld."

Und wenn diese Geschichte, gute zweieinhalbtausend Jahre alt, vielleicht auch nicht wahr ist, so ist sie gut erfunden, entstand die chinesische Akrobatik doch dereinst in engem Zusammenhang mit Krieg und Jagd.

Nichts hiervon mehr, nicht von enger Zweckgebundenheit hat, was unter dem (mystizierenden) Titel „Begnadete Körper" derzeit in bundesdeutschen Großstädten zu sehen ist. Rund sechzig Akrobatinnen und Akrobaten der Schulen von Anhui und Peking bieten einem europäischen Publikum, was fast ungläubige Bewunderung wie große Begeisterung (worin der Wortteil „geist" hier wichtig) auslöst.

Ein Zwölfjähriger hebt auf seine Schultern eine Achtjährige, die sechs Schalen auf dem Kopf jongliert und deshalb, die Schalen wackeln kaum, einen Handstand auf dem Kopf ihres Trägers macht. Da für eine Großmeisterin der Akrobatik diese Übung allerdings zu einfach ist, trägt sie im weiteren Verlaufe, immer noch im Handstand auf dem Kopf des Trägers ein Mädchen, das selbstverständlich ebenfalls sechs Schalen auf dem Kopfe jongliert und nun ihrerseits auf den Schultern des ersten Mädchens in den Handstand geht. Alles verstanden? Nein? Das muß man auch gesehen haben!

„Möge diese Übung gelingen" — diesen Wunsch stellte die Ansagerin der oben beschriebenen „Kopfbalance", wie diese Darbietung in aller Schlichtheit heißt, voran und dieser Wunsch wird jeder weiteren „Übung" vorangestellt. Weniges könnte knapper die Haltung der chinesischen Akrobatik gegenüber ihrer Kunst besser bezeichnen als dieser Begriff „Übung". Er ist Ausdruck der Bescheidenheit, mit der die Akrobatinnen und Akrobaten auftreten; er besagt, daß eine Darbietung niemals als vollkommen angesehen wird, daß das Streben nach Vollkommenheit unendlich ist. Und der Begriff „Übung" ist Ausdruck der expliziten Sensationslosigkeit der Darbietungen. Natürlich, die einzelnen Übungen enthalten eine Steigerung zu immer schwierigeren Figuren, aber Sensationen ... nein. Sorgsamst vermieden wird daher auch, daß die Künstler bei ihren Übungen zu Schaden kommen. Entweder stehen Fänger zur Seite, wo Sturzgefahr besteht oder die Akrobaten werden, wo dies nicht ausreichen würde, angeseilt. Das Spiel auf der Bühne hat unendliche Möglichkeiten, völlig ausgeschlossen aber ist das „Spiel" mit dem Menschenleben. Ein ganz unbeschwertes, ein heiteres, ein erhebendes Erlebnis, zuschauender Gast dieser Übungen zu sein.

Nicht heiter und schon gar nicht erhebend ist indes, was André Heller, der laut Plakat, Programmheft und Presse die Akrobaten „ausgewählt", die Vorführungen „eingerichtet" hat, über das Zustandekommen der Tournee in Wort und Schrift äußert.

Zu danken ist Heller allerdings, daß er Sorge getragen hat, daß die Akrobaten in den alten Kostümen auftreten, daß die (laut Heller in China so beliebten) Cola-Flaschen als Requisiten nicht verwendet werden und daß die Übungen von einem kleinen Orchester auf den alten Instrumenten begleitet werden. Diese Leistung wird allerdings von Heller recht breitgetreten, sodaß die Wiener Theaterkritikerin Sigrid Löffler ihm entgegenhielt: „Sollen sich gefälligst hinter die Ohren schreiben, die Chinesen, wer ihren Artisten zu den begnadeten Körpern verholfen hat. Der liebe Gott war's jedenfalls nicht." (Spiegel, 11.11.85)

Pflichtübung scheint es ja zu sein, daß, wer drei Sätze über die VR China äußert, in zumindest einem Satz die Kulturrevolution verdammt. So auch Heller: „Die Kulturrevolution hat ihnen (den Chinesen) ihr Selbstbewußtsein von eigener Kultur zerstört. Wenn man mir dreißig Jahre lang erzählt ..." (Szene Hamburg, Nov. 85) — dreißig Jahre? Diese Zeitangabe hat zwar nichts mit der Kulturrevolution zu tun, recht viel aber mit seit der Gründung der Volksrepublik China (1949) verstrichenen Zeitraum. Meint er das?

Liest man Hellers Darstellung seines Aufenthaltes in China, könnte man das fast annehmen: „Von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends wurde geprobt. Als Probe gilt unter Chinesen das sorgfältige Diskutieren von Vorgängen, die man eventuell eines Tages in die Tat umzusetzen beginnen könnte. An diesen Diskussionen nahmen in unserem Fall meistens ein Minister und zwei oder drei Vizeminister für kulturelle Angelegenheiten teil. Dazu kommen die Provinz- und Stadtdirektoren für Belange der Akrobatik, der erste und zweite Vorsitzende des örtlichen Kulturbüros, zwei Vertreter der Pekinger Agentur für internationale Gastspiele sowie die unmittelbar betroffenen Direktoren der Akrobatengruppen, Trainer der Akrobatengruppen und Funktionäre der Akrobaten selbst. Es gibt zu jeden Thema leidenschaftlich gegensätzliche Meinungen, die mit den teilweise absurdesten Argumenten vorgetragen werden." (Stern, 30.10.85)

Den Eindruck, ihm ginge es um den Fight gegen eine wuchernde Bürokratie, beseitigt Heller dankenswerterweise selbst, wenn er schreibt, daß er „nicht das geringste von demokratischen Entscheidungen in Fragen der Kunst" halte, welchselbem Bekenntnis er jedoch sogleich folgen läßt, daß es um Demokratie sowieso nicht gegangen sei: „Ich habe sehr bald begriffen, daß daß durch die endlosen Diskussionen verhindert werden soll, daß es zu einer klaren Entscheidung kommt. Denn niemand will die Verantwortung für solch eine Entscheidung tragen." So ist das eben im Sozialismus.

Heller hat aber auch sonst, bei seiner Reise durch China, Tiefes heimgebracht. Eingangs schreibt er: „Immer wenn man glaubt, man hätte eine seiner Eigenschaften durchschaut, verwandelt sich diese". Hat aber achtzig Zeilen weiter den vollen Durchblick: „Mit den wechselnden Klimazonen verändern sich auch die Grade der Aufrichtigkeit. Man lernt, daß Kühle die Menschen genauer und Wärme sie verlogener macht."

„Möge diese Übung gelingen." Auftreten die „Diabolomädchen von Anhui". „Möge diese Übung gelingen". Die „Schleudervirtuosen" kommen. „Möge diese Übung gelingen." Es folgt der „Löwentanz" Heller? War da was? „Möge diese Übung gelingen": Auf die Bühne getragen wird ein kleiner Tisch, vier Flaschen werden daraufgestellt und auf diese Flaschen ein Stuhl, auf den eine Akrobatin steigt, sich einen zweiten Stuhl reichen läßt, den sie schräg auf den ersten aufsetzt, auf den eine zweite Akrobatin steigt, die sich einen dritten Stuhl reichen läßt, den schräg ... Jedenfalls: Auf dem Höhepunkt der Übung sind acht Stühle jeweils mit zwei Beinen schräg aufeinandergestützt und sieben Akrobatinnen machen auf den Lehnen einen einarmigen Handstand. Das kann mensch sich so nicht vorstellen? Nein? Das muß mensch eben, sagte ich schon mal, gesehen haben.

K., Hamburg

Aufbau-Literaturkalender

Im mittlerweile neunzehnten Jahrgang erfreut der Literatur-Kalender vom Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar, mit einem illustrierten Rundgang durch das Reich der Literatur vornehmlich dieses Jahrhunderts. Den Grafiken (Lithographien, Karikaturen), Gemälden, Fotografien, Plakaten, Buchillustrationen, Bühnenbildern und Figurinen — rund die Hälfte der Abbildungen ist farbig — sind jeweils kurze Texte zugeordnet. Zu Conrad Felixmüllers Gedenkblatt für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (s. Abb.) ein Antikriegs-Text von Rosa; zum Gemälde von Moses Mendelsohn ein Auszug aus Heinz Knoblochs „Herr Moses in Berlin"; zur Fotografie von Jewtuschenko ein Gedicht von ihm; zum Pastell, das die siebzehnjährige Ulrike von Levetzow zeigt, ein Auszug aus Thomas Manns „Phantasie über Goethe"; neben einem Gemälde von Turgenjew ein Brief des Portraitierten an Tolstoi ... viele kleine Happen aus der demokratischen und der sozialistischen Literatur, die Appetit machen (sollen).

Die Ausstattung ist solide wie stets, guter Druck, Spiralbindung, Schutzblatt. Und mit knappen zwölf Mark ist das Schmuckstück im Format 23 mal 31 Zentimeter äußerst preiswürdig. Wer sich jetzt beeilt, bekommt ihn noch in bestsortierten Buchhandlungen. Apropos: Linke kaufen selbstverständlich nur im linken Buchhandel!

K., Hamburg



Canto Generale

Der Flamingo aber, feucht wie
eine Seerose, spannte seine
rosenroten Kathedralenflügel auf
und flog wie die Morgenröte
weit fort vom drückendheißen Wald,
dorthin, wo des Quetzalvogels
Geschmeide
hängt, der, plötzlich erwacht,
sich regt, davonschlüpft und funkelt
und aufstieben läßt seine unberührte
Glut.

(Aus: Pablo Neruda, Canto General, übertragen von Erich Arendt)

Was geschieht, wenn das Werk eines Poeten wie Pablo Neruda von einem Komponisten wie Mikis Theodorakis vertont, interpretiert wird von einem Chor wie dem Hamburger Sängerhaufen und Gesangssolisten wie der Finnin Arja Saijonmaa und dem Griechen Petros Pandis? Was dann geschieht, das ist: Kunst. Das ist Mitleiden und ist Mitempfinden der Kämpfe der unterdrückten Völker der Welt. Und das ist: Kampf. Kampf, der große Trauer zum Inhalte hat wie den großen Zorn und den Mut zum Widerstand.

Der Canto General, der große Gesang — 342 Gedichte zur Entstehungsgeschichte des Kontinents und zur Geschichte des leidenden und kämpfenden Amerikas — ist das Hauptwerk Pablo Nerudas. Die meisten Verse wurden auf der Flucht und im Untergrund geschrieben. Der Canto General, hieß es 1971 bei der Verleihung des Nobelpreises an Pablo Neruda, sei „das amerikanische Gedicht, das Schicksal und Träume eines Kontinents zum Leben erweckt".

Mikis Theodorakis, von den griechischen Christen 1967 in ein Bergdorf verbannt, konnte 1970 aufgrund weltweiten Protestes Griechenland verlassen. Auf Einladung der Regierung Allende besuchte er 1971 Chile und begann mit den Kompositionen einiger Gedichte aus dem Canto General. Pablo Neruda bat ihn später, weitere Verse zu vertonen.

Nerudas wie Theodorakis' Absicht war es, das Gesamtwerk im September 1973 im Stadion von Santiago de Chile als Solidaritätskonzert für die Gegner der griechischen Militärjunta aufzuführen. Es kam anders: Im September 1973 putschten in Chile die Generäle; in Griechenland jedoch stürzte eine demokratische Massenbewegung die Militärdiktatur. Jetzt wurde der Canto General in den größten Stadien Griechenlands zur Solidarität für die Verfolgten Chiles dargeboten.

In den Jahren 1984 und 1985 wurde der Canto General mehrfach in Hamburg aufgeführt. Der Mitschnitt des NDR ist jetzt als Doppelalbum — in vorzüglicher Tonqualität — erschienen.

K. Hamburg

Der Life-Mitschnitt vom NDR ist zu beziehen über den Verein zur Förderung demokratischer Kultur e.V., Irmgard Schleier, Haynstr. 9, 2000 Hamburg 20 (DM 33,- bei Vorauszahlung per Scheck, DM 35,- bei Bezug per Nachnahme — Verpackung, Porto, Gebühren jeweils eingeschlossen.)



Spendenaufruf

5.000 neue Leser oder 40.000 Mark brauchen wir für das kommende Jahr, um die Existenz dieser Zeitung ein weiteres Jahr zu gewährleisten. Deshalb müssen wir uns auch in diesem Jahr wieder an unsere Leserinnen und Leser wenden mit der Bitte, durch eine Spende aus dem hoffentlich vorhandenen Weihnachtsgeld unsere notorische Finanznot zu lindern. Wie jedes linke Zeitungsprojekt in der BRD kann sich auch der AK nicht aus den Erlösen tragen, sondern wird von den Herausgebern d.h. den Mitgliedern des KB regelmäßig bezuschußt. Diese Finanzmittel sind beschränkt, denn leider ist der Staat nicht gegenüber allen Organisationen und Parteien so großzügig wie gegenüber den staatstragenden. Soll heißen, daß eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF **allein** auf die Hilfe der Leser und Leserinnen angewiesen ist. Wenn wir nun zunächst um Spenden bitten, so soll dabei nicht übersehen werden, daß das eigentlich drückende Problem die zu geringe Leserzahl ist. 3.500 Exemplare werden monatlich verkauft, das ist wenig, und es stimmt uns auch nur bedingt tröstlich, daß alle anderen linken Zeitungsprojekte noch unter dieser Zahl liegen. Neben Spenden wäre es für uns deshalb die beste Unterstützung, wenn die Leser und Leserinnen selbst überlegen könnten, wie diese Zeitung eine größere Verbreitung finden könnte.

Vor uns selbst wird die Aufgabe stehen, ein weiteres Absinken der Auflage zu verhindern, was auch die Frage nach dem Konzept und der Aufmachung berühren wird. Auch zu dieser Diskussion laden wir alle Leserinnen und Leser herzlich ein. Wer Vorschläge hat, wie die Zeitung besser, interessanter und wirkungsvoller gemacht werden kann, rüber mit den Ideen.

Also: Bei den Weihnachtsturbulenzen daran denken, daß etwas für diese einzigartige Zeitung auf dem westdeutschen Pressemarkt übrig bleibt!

Spenden bitte nur auf folgendes Konto:

Heinrich Eckhoff	*Bankleitzahl 200 800 00*
Dresdner Bank	*Kontonummer 4 806 104 00*

Spendenveröffentlichung von der Januarausgabe an.

Arbeiterkampf

Absender: ....

....

....

An die
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7685
2000 Hamburg 19

bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

○ Halbjahresabo DM 33,— ○ Förderabo DM 50,—
○ Jahresabo DM 60,— ○ Förderabo DM 100,—

○ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203

○ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

....
Ort, Datum Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos.

*Nichtzutreffendes bitte streichen

Kto. Nr.
Kto.-Inhaber
bei der BLZ
mittels Lastschrift einzuziehen

.........................., den.............. ....
(Unterschrift)

Inhalt

Europa